



massregelt worden war. Das Ressort des soz. Innenminister Dormoy sandte eine Abteilung Mobilgarde, um die Arbeiter mit Gewalt aus dem Betrieb zu entfernen. Eine Demonstration von über 30 000 Arbeitern u. Solidaritätsstreiks in benachbarten Rüstungsbetrieben zwang die Mobilgarde, von ihrem Vorhaben abzulassen.

Dormoy hat in einer Reihe von Fällen Polizei gegen die streikenden Arbeiter u. Angestellten der grossen Pariser Lebensmittelgeschäfte eingesetzt. Die Patrons dieser Branche verlangen das Recht, etwa 25 % der Belegschaften wegen Beteiligung am Streik zu massregeln. Der Ministerpräsident Chautemps hat den Arbeitervortratern geraten, sich im Prinzip mit Massregelungen einverstanden zu erklären.

Im Streik der Autotransportarbeiter der Pariser Region organisiert die Regierung den Streikbruch. Der Kriegsminister Daladier lässt die Zeitungshändler und die Markthallen mit Autos, die der Armee gehören, beliefern. Das ist ein guter Anschauungsunterricht über die Rolle, die die bürgerliche Armee im Klassenkampf spielt, dieselbe Armee, der KPF u. SFIO bei der Budgetberatung von neuem einstimmig die Kredite bewilligt haben.

Die Streikbrecherrolle der Regierung im Streik der Camionchauffeure rief - obwohl die Presse der SFIO u. der KPF diese Seite der Tätigkeit Daladiers zu begatelligieren suchte - bei den Massen der Pariser Arbeiterschaft berechtigte Empörung hervor. Die städtischen Arbeiter u. Angestellten, insbesondere die Arbeiter der Météo u. der Autobusgesellschaft drohten mit einem Solidaritätsstreik, falls der Skandal der Einsetzung von Militär zu Streikbruchzwecken nicht aufhöre. Als dann noch die Nachricht kam, dass der Pariser Municipalrat auf Antrag des Präfekten - der Präfekt untersteht bekanntlich dem Innenminister, d. H. Dormoy - beschlossen hatte, den Arbeitern u. Angestellten der Stadt Paris nur die Hälfte der unzureichenden Zulage zu bewilligen, die den staatlichen Beamten zuerkannt worden war, waren die Gewerkschaftsführer angesichts der Massenstimmung gezwungen, den Streik der städtischen Arbeiter von Paris zu erklären. Für die Führer der Gewerkschaften der städtischen Arbeiter ist es übrigens bezeichnend, dass sie in ihren Erklärungen, die sie nach dem Streikbeschluss abgaben, vermieden, auf die Frage der Solidarität mit den Autotransportarbeitern einzugehen, offenbar wollten sie aus Rücksicht auf die Volksfrontregierung nicht ausdrücklich die Forderung aufstellen, dass die Verwendung von Armeeaufzügen für den Zeitungstransport etc. aufhöre.

Der "Populaire" grenzte sich von vornherein von dem Streik der städtischen Arbeiter ab. Der Streikbeschluss sei unüberlegt gefasst worden, meinte das Zentralorgan der SFIO, Dormoy sei doch bereit gewesen, mit den städtischen Arbeitern zu verhandeln etc. Der "Populaire" vergisst, dass der Präfekt, auf dessen Antrag der Pariser Municipalrat die Forderungen der städtischen Arbeiter ablehnte, seine Ordres von Dormoy empfängt u. dass Dormoy, wenn er wirklich gewillt gewesen wäre, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, nichts anderes zu tun brauchte, als dem Präfekten die entsprechende Anweisung zu geben. Der "Populaire" vermeidet es auch, anzugeben, wie sich Dormoy u. die anderen sozialistischen Minister zu der Betätigung ihres Kollegen Daladier als Handlanger der Patrons des Transportgewerbes gestellt haben. Es ist bezeichnend, dass der "Populaire" darüber schweigt, denn die Dormoy, Blum etc. decken Daladier.

Die Regierung Chautemps-Bonnet-Blum reagierte auf den Streik der städtischen Arbeiter mit Erklärungen von provozierender Schärfe. Der Inhalt dieser Erklärungen entspricht dem, was die reaktionäre Scharfmacherpresse seit langem fordert. Diese Presse verlangt bekanntlich, dass die Regierung durch Einsatz der Staatsgewalt den "illegalen" Handlungen der Arbeiter ein Ende bereite - u. "illegal" ist für diese Herrschaften die gewerkschaftliche Aktion im allgemeinen und jeder Streik im besonderen. Die Regierung erklärt nun ganz im Stil der faschistischen u. der faschistenfreundlichen Scharfmacherpresse, dass sie "mit allen Mitteln" das Funktionieren der öffentlichen Dienste aufrechterhalten werde, dass sie es ablehne, mit den Streikenden zu verhandeln, bevor sie die Arbeit wieder aufgenommen haben, dass sie entschlossen sei, die "Ordnung" aufrechtzuerhalten - und wenn bürgerliche Regierungen von der "Aufrechterhaltung der Ordnung" sprechen, dann heisst das in der Regel den Einsatz von Polizei u. Militär. Diese Haltung der Regierung ist auf einem Minis-



terrat einmütig gebilligt worden, also auch mit den Stimmen der 14 sozialistischen Minister, voran Blum, Paul Faure u. Dormoy. Die SFIO-Führer erzählen zwar immer wieder, dass, wenn sie dieselbe Sprache führen wie die Clemenceau u. Briand vor dem Kriege u. die Noske u. Severing in der Weimarer Republik, das keineswegs bedeute, dass sie auf Arbeiter schiessen wollten, wie Clemenceau, Briand, Noske u. Severing. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Soiner Zeit wurde berichtet, dass Blum nach dem Blutbad von Clichy geweint habe. Aber diese Tränen änderten nichts daran, dass Clichy ein Ergebnis der Politik der Blum u. Dormoy gewesen ist, u. sie haben Blum u. Dormoy nicht gehindert, das Verhalten der Polizei in Clichy in Schutz zu nehmen. Als Blum im Sommer 1936 die Betriebsbesetzung für ungesetzlich erklärte, fügte er gleichzeitig hinzu, dass er keine Polizei gegen Streikende einsetzen wolle. Aber in der Folge führte die Erklärung Blums, dass Betriebsbesetzungen ungesetzlich seien, dazu, dass in wiederholten Fällen Polizei eingesetzt wurde, um mit Gewalt streikende Arbeiter aus Betrieben, die sie besetzt hielten, zu vertreiben. H. Daladier exerziert ja schon Militär zum Streikbruch ein. Wenn die Regierung dem Grosskapital verspricht, Streiks mit Gewalt zu brechen, dann wird das Grosskapital, auf dieses Versprechen gestützt, nach Repressalien u. Arbeiterblut rufen, dann wird es die Einlösung dieses Versprechens fordern, und wenn ihm das nicht gelingen sollte, so wird das sicher nicht an den SFIO-Ministern liegen, die ihm gegenüber so dienstbereit sind, sondern an der entschlossenen Haltung der Arbeitermassen, an ihrem Kampfwillen.

Alle Anzeichen deuten daraufhin, dass die Grossbourgeoisie jetzt auf eine "Reifprobe" hinsteuert. Ermutigt durch die liebedienerische u. rückgratlose Politik der Führer der grossen Arbeiterorganisationen, auf die Tatsache spekulierend, dass diese Führer bestrebt sind, die Arbeiter systematisch zur Passivität zu erziehen u. ausserparlamentarische Aktionen zu sabotieren, will die Grossbourgeoisie offenbar einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse u. insbesondere gegen die gewerkschaftliche Organisation führen. Es ist bezeichnend, dass die Unternehmer bei den gegenwärtigen Streiks vor allem Nachdruck darauf legen, dass sie das Recht erhalten, gewerkschaftliche Militanten nach Belieben zu massregeln. Es ist ganz klar, dass der schönste Kollektivvertrag ein Fetzen Papier ist, wenn die aktivsten u. besten Gewerkschafter aus den Betrieben hinaus geworfen werden. Um den Einfluss der gewerkschaftlichen Organisation in den Betrieben zu brechen, um den gelben, faschistischen Streikbrechergarden einen Auftrieb zu geben, verlangt die Grossbourgeoisie stürmisch den Einsatz der "Staatsautorität", d.h. von Polizei u. Militär gegen Streikende. Und die Volksfrontregierung tanzt nach der Pfeife der Grossbourgeoisie u. ihres faschistischen Anhangs. Dabei liegt es auf der Hand, dass die gewaltsame Unterdrückung von Streiks, das Regime des Polizeihüfels gegen die Arbeiterorganisationen notwendigerweise den Boden für die Bildung offenkundig reaktionärer Regierungen schafft und letzten Endes auch Vorkarbeit für die Errichtung einer faschistischen Diktatur darstellt. Die radikalsozialisten steuern allerdings schon seit längerer Zeit auf eine Umgruppierung der Regierungsmehrheit nach rechts, in der Richtung der union nationale, hin. Die SFIO-Minister u. auf ihre Art die KPF-Führer halten ihnen dabei die Steigbügel.

Was die Haltung der Führer der CGT u. der KPF zu den gegenwärtigen Streiks anbelangt, so erscheint sie nach aussen als eine Vogelstrauspolitik von "neuem Typus". Den Kopf haben diese Führer sorgfältig im Sande verborgen, nur ihr Hinterteil ragt stolz in die Luft. Die oberen Instanzen der CGT u. der KPF, so auch der Parteitag in Arles, beschränken sich auf orakelhafte, allgemein gehaltene Erklärungen, dass sie einseitig mit den Streikenden solidarisch seien, andererseits nach wie vor, treu zur Volksfront u. zur Volksfrontregierung stünden. Dabei sind die Führer der KPF u. der CGT natürlich nicht so naiv wie sie sich öffentlich geben. Ihre Einfalt, die sie nach aussen zur Schau tragen, ist von dem Bestreben diktiert, die Arbeiter über Ohr zu hauen. Die Führer der KPF u. CGT wollen sich nicht in den Augen der Arbeiter kompromittieren, die kämpfen wollen u. kämpfen, andererseits aber wollen sie sich nicht konsequent für die Forderungen der Arbeiter einsetzen, denn ein solches konsequentes Einsetzen würde eine offene Kampfstellung gegen die Regierung erfordern u. das wollen die Führer nicht.

Dabei zeigt die durch die gegenwärtigen Streiks geschaffene Situation in schlagender Weise wie schädlich die Volksfrontpolitik u. die Unterstützung der Volksfrontregierung durch Arbeiterparteien u. Gewerkschaften ist. In Arles

haben die verschiedenen Leuchten der KPF sich lang u. breit darüber ausgeh lassen, dass die Volksfront das Mittel sei, um alle möglichen Kräfte einschliesslich der katholischen Erzbischöfe zur Verteidigung der Forderungen der Werktätigen zusammenzufassen u. das die Existenz der Volksfrontregierung den Arbeitern eine mächtige Stütze gegen die Ansprüche des Grosskapitals gebe. Angesichts dessen, was sich jetzt in Paris abspielt, klingen die Phrasen von Arles wie der reine Hohn. Im Kampfe für die Verteidigung ihrer Lebenshaltung u. ihrer gewerkschaftlichen Rechte stossen die Arbeiter auf den offenen Widerstand der Volksfrontregierung, die sich als Werkzeug des profitgierigen u. blutdürstigen grosskapitalistischen Scharfmachertums betätigt. Dank der Volksfrontpolitik haben wir eine Lage, in der die SFIO-Minister als bürgerliche Ordnungshüter auftreten u. die Stichworte für den Einsatz des Polizeisabels gegen Streikende liefern, während die Führer der CGT u. der KPF es ängstlich vermeiden offen gegen die arbeiterfeindliche Politik der Regierung Front zu machen, ja, diese Politik durch ihr Festhalten an der Volksfrontpolitik ermöglichen u. faktisch fördern. Es ist insbesondere klar, dass die Volksfrontpolitik, die Bindung an die bürgerliche Regierung, eine schwere Belastung, eine Fesselung der Aktionsfähigkeit der Organisationen der CGT ist.

Es ist notwendig, jetzt alle Kräfte aufzubieten, damit dem Grosskapital die Kraftprobe, die es mit Hilfe der Regierung gegen die Gewerkschaften u. die Arbeiterklasse überhaupt durchsetzen will, nicht gelingt. Es muss überall gefordert werden, dass die CGT alle ihre Organisationen zur solidarischen Unterstützung der kämpfenden Arbeiter u. ihrer Forderungen mobilisiert. Die Forderung, dass Polizei oder Militär in keinerlei Weise gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden, muss von den Gewerkschaften mit allem Nachdruck u. durch die dazu notwendigen Aktionen verfochten werden. Die Solidarität der Pariser städtischen Arbeiter mit den streikenden Camionchauffeuren ist hier ein vorbildliches Beispiel. Die CGT-Mitglieder müssen eintreten für die Wahrung ihrer gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb, für eine Anpassung der Löhne an die Teuerung, gegen die Zwangsschlichtung, die sich als ein Instrument im Dienste des Patronats erwiesen hat. Sie müssen den Bruch der CGT mit der Volksfrontpolitik fordern. Eine wahre proletarische Einheitsfront für den Kampf gegen die Forderungen des Kapitals, eine Front, die auch imstande ist, die festen Sympathien der werktätigen Kleinbürger zu gewinnen, kann nur geschaffen werden, wenn die Arbeiterorganisationen mit der Volksfront u. ihrer Regierung brechen. Die jüngsten Erklärungen der Regierung, die von den soz. Ministern gebilligt worden sind, stellen den SFIO-Arbeitern die Gewissensfrage, ob sie eine Politik à la Nosko u. Severing mitmachen wollen, die in Frankreich zu keinen anderen Ergebnissen führen kann als in Deutschland.

-0-0-0-0-0-

#### NACH DEM SIEG VON TERUEL

==:==:==:==:==:==:~::~:~::~:~::~

In der "Humanité" versucht André Marty den Sieg der antifaschistischen Truppen bei Teruel als einen Beweis für die Richtigkeit der Politik der spanischen Volksfrontregierung und insbesondere der spanischen Stalinisten hinstellen. Marty hat bei dieser Gelegenheit den Mund nach seiner Gewohnheit sehr voll genommen. Er glaubt offenbar, französischen Arbeitern könne man Bären jeder Grösse aufbinden. In Wirklichkeit haben nämlich die Stalinjünger alle Veranlassung, in bezug auf den Sieg bei Teruel hübsch bescheiden zu sein, denn die Vorgeschichte dieses Sieges ist kein Ruhmesblatt für sie. Dem Angriff auf Teruel ging bekanntlich vor einigen Monaten eine andere Offensive an der Aragonfront voraus (bei Belchite), die erfolglos war u. zwar deswegen weil einige höhere Offiziere der stalinistischen Division "Carlos Marx" zu Franco überliefen u. die Faschisten über die Pläne der republikanischen Truppen informierten. Nach diesem Beispiel stalinistischen Verrats u. angesichts der Unfähigkeit anderer stalinistischer Militärs wurde an der Aragonfront eine Reihe der alten CNT-Kommandeure wieder eingesetzt, die das Terrain kannten u. Froten ihrer militärischen Fähigkeiten abgelegt hatten, das geschah, obwohl die Regierung Negrin-Prieto ihnen aus politischen Gründen begrifflicherweise nicht sehr gewogen war. Schliesslich wurde der nach den Kämpfen zum Oberbefehlshaber der Aragonfront ernannte General Pozas, der ein Vertrauensmann der Stalinisten war, abgesetzt u. verhaftet. Das ist die Vorgeschichte des erfolgreichen Angriffs auf Teruel, der wieder der "Libertaire" mitteilt, hauptsächlich von CNT-Kolonnen durchgeführt wurde. Was der Sieg bei Teruel also in bezug auf die Stalinisten lehrt, ist, dass es für die erfolgreiche Kriegsführung gegen Franco sehr nützlich ist, wenn die militärischen u. sonstigen Führer der Stalinisten ausgeschaltet werden.



Sonst beweist der Erfolg bei Teruel keineswegs die Richtigkeit der Volksfrontpolitik, sondern zeigt, - u. das wird insbesondere durch die Tatsache unterstrichen, dass es anarchistische Truppen waren, die diesen Erfolg errungen haben - dass trotz der Volksfront, trotz der Regierung Negrin u. ihrer konterrevolutionären Politik in den Arbeitern Spaniens ein mächtiger revolutionärer Kampfwille lebt. Nicht die Volksfrontpolitik sondern ihre revolutionäre, auf die Beseitigung des Kapitalismus gerichtete Gesinnung hat die anarchistischen Kämpfer bei Teruel beflügelt. Teruel zeigt, dass die Werktätigen Spaniens unter einer revolutionären politischen u. militärischen Führung, unter einer Arbeiterregierung, sehr wohl imstande wären, den militärischen Widerstand des Faschismus zu brechen u. Franco u. die Seinen zu zerschmettern. Aber die Regierung Negrin tut alles, um die antifaschistische Kampfmoral der Werktätigen Spaniens zu untergraben. Diese Regierung denkt auch keineswegs an eine energische, auf die Niederwerfung der Faschisten gerichtete Kriegsführung, denn dazu gehört eine revolutionäre und nicht konterrevolutionäre Politik. Für die Regierung Negrin ist Teruel ein willkommener Teilerfolg, wie sie ihn braucht, um die Niederlagen die auf ihr Konto kommen, vergessen zu machen. Sie scheint aber nicht daran zu denken, diesen Erfolg grosszügig auszubauen. Im "Manchester Guardian" v. 24.12. teilt der diplomatische Korrespondent dieses Blattes in einem Artikel unter der Überschrift "Teruel und hinterher" mit, dass die spanische Regierung mit einer weiteren Kriegsdauer von zwei Jahren rechne. Die Regierung Negrin stellt sich also auf eine Ermattungsstrategie ein, deren Sinn nichts anderes sein kann, als das Hinsteuern auf das vom britischen u. vom französischen Imperialismus gewünschte Kompromiss von Franco.

Der betreffende Artikel gibt nebenbei ein sehr ungeschminktes Bild der Lage im republikanischen Spanien, das eine drastische Widerlegung der Erzählungen der stalinistischen u. sonstigen Volksfrontpropheten ist. Der "Manchester Guardian" schreibt:

"Die Revolution ist vorbei u. ist tatsächlich in gewisser Beziehung rückläufig. Die Mittelklasse (Bourgeoisie), insbesondere die Ladeninhaber, gewinnen das verlorene Terrain zurück. Die Reallohne sinken u. die Betriebsführung ist viel "autoritärer" als früher. Aus der Armee ist die Politik ausgeschaltet worden u. sie wird von einem starken berufsmässigen u. nationalistischen Geist beseelt. Der Einfluss der Kommunisten ist aus der Armee verschwunden u. beschränkt sich jetzt auf das Hinterland, obwohl ihre zahlenmässige Stärke nach wie vor gross ist. Zu den Kommunisten gehen die unteren Schichten der Mittelklasse u. die kleinen Landeigentümer. Die Grossgrundbesitzer sind geflohen, bzw. im ersten Stadium der Revolution getötet worden. Die Arbeiter sind meistens Sozialisten, wenn sie nicht Anarchisten oder Anarchosyndikalisten sind u. die landlosen Bauern gehen auch zu den Sozialisten. (Die sozialistischen Arbeiter u. Landlosen Bauern stehen aber meistens hinter Caballero. Anmerkung der "Arbeiterpolitik"). Die Kommunisten sind, paradoxer Weise, der rechte Flügel der spanischen Republikaner. Der Einfluss der Komintern hat fast ganz aufgehört. Der russische Einfluss besteht kaum, insbesondere seit kein russisches Kriegsmaterial mehr in nennenswerter Menge geliefert wird (es ist übrigens stets mit Gold bezahlt worden). Sich vorzustellen, dass, das republikanische Spanien in irgendeiner Hinsicht "bolschewistisch" sei, heisst seinen Charakter völlig missverstehen".

Diese Schilderung der konterrevolutionären Politik der Negrin-Frieto u. ihrer stalinistischen Verbündeten aus der Feder eines bürgerlichen Sympathisierenden der spanischen Volksfront ist sehr instruktiv. Übrigens ist auch aus dieser Schilderung ersichtlich, wie die Negrin-Frieto u. die bürgerlichen Republikaner jetzt die Stalinisten abhängen, nachdem diese ihnen die schmutzige konterrevolutionäre Henkersarbeit geleistet haben.

== + ==

In der selten Nummer des "Manchester Guardian" finden wir ausserdem den Bericht eines nach Spanien gereisten Sonderkorrespondenten über ein Interview mit Negrin. In diesem Bericht lesen wir:

"Ich wies in diskreter Weise auf die von den P.O.U.-Leuten vorgebrachten Klagen hin"

"Meinerseits", sagte Negrin, "glaube ich nicht, dass Nin getötet worden sei. Jedenfalls aber - wozu all diese Aufregung wegen Nin?" Und auf die terroristischen Handlungen im Madrid u. in Barcelona im vorigen Jahr anspielend, sagte Negrin: "Was ist ein Mann im Vergleich zu den Tausenden unschuldiger Menschen die rücksichtslos getötet wurden, bevor die Regierung die Macht





RUMÄNIEN AUF DEM WEGE ZUR MILITÄRDIKTATUR.  
=====  
=====

Bei den Wahlen hat die Regierung Tataroski eine Niederlage erlitten, obwohl der schärfste Regierungsterror geübt wurde, wie dies in Rumänien herkömmlich ist. Die Niederlage ist zurückzuführen auf die Verbindung eines Teils der Eisernen Garde mit der nationalen Bauernpartei.

Der König hat darauf den Versuch unternommen, aus den Vertretern der christlich-nationalen Partei (Goga), Überläufern der nationalen Bauernpartei und dem General Antonescu eine Regierung zu bilden. Die Regierung verfügt in der Kammer von 387 Sitzen nur über 40. Die christlich-nationale Partei hat bei der Wahl nur 9,7 % aller abgegebenen Stimmen erhalten. Die neue Regierung, kann daher nur eine Fassade, für die von König erstrebte, vorzugsweise auf die Armee gestützte Diktatur sein. Da diese Regierung weder parlamentarisch, noch ausserparlamentarisch eine genügende Grundlage hat und die Haltung der Armee unsicher zu sein scheint, so ist es fraglich, ob dieses Experiment längere Dauer haben wird. Goga, der Führer der christlich-nationalen Partei, ist ein Agent Hitlers, Antisemit usw.

oo

"DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF"

Das theoretische Organ der IVKO, ist soeben (Dezemberheft, Nr. 4/1933) erschienen. Der Inhalt des Heftes umfasst folgende Beiträge:

Die Kommunistische Orientierung im nationalen Befreiungskampf in China/  
Der zweite Kriegswinter in Spanien/ Nach 20 Jahren Sowjet Union/ Zur Gewerkschaftsfrage/  
Zum Offenen Brief der Verebnler/ Die acht Punkte des Londoner Büros/ Die Krise der polnischen Diktatur/ Länderberichte: Amerika, Tschechoslowakei, Schweiz/ Terrorurteile gegen Genossen der KPD-(O)/ Dokumente.

Das Heft umfasst 16 Seiten (gedruckt) und ist zu beziehen durch Alfred Quiri, Köln-Deich, (Süd-Rhein) und durch die Vertrauensleute der IVKO zum Preise von 1.50 Frs.

oo

AUF DEM WEGE DER VERVOLLKOMMUNG DES SCHLICHTUNGSWESENS.  
=====  
=====

Angesichts der neuauftretenden Streikwelle hat sich die Regierung der Volksfront bemüht, das Gesetz über das staatliche Schiedsgerichtsvorfahren bis zum 31. Dezember 1933 zu verlängern. Sie hat zu diesem Zweck ein Gesetzesprojekt eingereicht, dass eine Änderungen an dem bisherigen Zustand vornimmt.

Eine der Änderungen sieht vor, dass die departementalen und auch die nationale Schlichtungskommission einem Verwaltungsbeamten oder ordentlichen Richter als Vorsitzenden unterstellt werden. Diese sind qualifiziert zu entscheiden, ob es sich bei dem der Schlichtungskommission zu unterbreitenden Fall um einen individuellen oder kollektiven Fall handelt und ob er der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte oder dem Schlichtungs- und Schiedsgericht untersteht. Damit soll dem Streit, ob es sich bei einem Arbeitskonflikt um einen Fall individuellen oder kollektiven Charakters handelt, die Spitze abgebrochen werden. Auf diesem Wege wird der Einfluss der staatlichen Bürokratie, die in der Mehrzahl der Fälle mit der herrschenden Klasse versippt ist, auf die Entscheidung der Arbeitskonflikte weiter erhöht.

Auf der anderen Seite wird gegen die Urteile der Oberschiedsrichter eine Berufungsinstanz eingesetzt, zu der der Staatsrat ernannt wird. Die von Chautemps angekündigte Sanktionsklausel im Falle der Nichtbefolgung von ober-schiedsrichterlichen Entscheidungen ist im Gesetzesprojekt nicht erwähnt. Es ist aber anzunehmen, dass die Entscheidungen des Staatsrats rechtliche Kraft besitzen u. gegen ihre Nichtbefolgung Sanktionen ergriffen werden können. Dieses Projekt macht noch mehr als bisher die obere staatliche Bürokratie zum Schiedsrichter über die Lohnbedingungen der Arbeiter.

Zahlen, die sich sprechen. Das letzte "Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches" enthält über das 1. Halbjahr 1937 über die verschiedenen Zweige der deutschen Sozialversicherung Zahlenangaben, die sehr lehrreich sind über die Entwicklung der Einkommensverhältnisse u. über den gesteigerten Grad der Ausbeutung, dem die Arbeiter in Deutschland heute unterworfen sind.

Nehmen wir zuerst die Krankenkassen. Sie zählten Ende Juni 22,7 Millionen Versicherte, die im ersten Halbjahr 1937 - 750,8 Millionen an Beiträgen entrichteten. Das wären im Durchschnitt 1,5 Milliarden jährlich.

Schlagen wir die alten Hefte der gleichen amtlichen Zeitschrift auf, so finden wir, dass im Jahre 1929, dem letzten Jahr der Hochkonjunktur vor der Nazi Herrschaft, zwar nur 20,1 Millionen Personen versichert waren, aber 2,1 Milliarden Beiträge entrichtet wurden. Man vergleiche diese Zahlen mit denen von 1937 und man wird ermessen können, wieviel niedriger das Lohnniveau heute sein muss im Vergleich zu damals, wo die Arbeiter sich durch ihre Organisationen - wenn auch unter reformistischer Führung unzulänglich - die Konjunktur auch für sich ausnutzen konnten. Wir setzen als bekannt voraus, dass die Beiträge nach den Lohnklassen abgestuft sind.

Sehen wir uns die andere Seite, die Leistungen an. Im ersten Halbjahr 1937 wurden 159,5 Millionen Mark Krankengeld bezahlt; das wären im Jahre rund 320 Millionen Mark. Im Jahre 1929 wurden aber 683,6 Millionen Mark an Krankengeld bezahlt, d.h. mehr als das Doppelte!

Kommen wir jetzt zur Unfallversicherung. Sie war insofern immer besser als die anderen Sozialversicherungen, als einmal die Arbeiter keine Beiträge zu zahlen brauchen, und zum anderen die Renten höher als z.B. in der Invalidenversicherung sind. Der Grund dafür war natürlich nicht in dem milden Herzen der Regierung u. der Unternehmer zu suchen. Vielmehr sollten dadurch die Arbeiter in den Betrieben weniger auf die Unfallvorschriften achten und sich ungestört dem Arbeitsprozess widmen können. Sie sollten das Gefühl haben, wenn ihnen was passierte, dann war ja für sie gesorgt. Die Verwaltung der Unfallversicherung war nie paritätisch, sie war immer gänzlich in Händen der Unternehmer u. die Arbeiter hatten überhaupt nichts dreinzureden. Wenn's dann wirklich ans Rentenzahlen ging, so konnte durch die berüchtigte "Rentenquetsche" dafür gesorgt werden, dass für die Arbeiter nicht die Büme in den Himmel wachsen.

Die Nazis haben wiederholt zugegeben, dass die Zahl der Unfälle sich in den letzten Jahren bedeutend und ständig vermehrt hat. Schon wir uns aber die Leistungen der Unfallversicherung an, so ergibt sich folgendes Wunder:

Die Rentenzahlungen betragen im ersten Halbjahr 1937 = 106,6 Millionen Mark. Das wären im Jahr rund 213 Millionen Mark. Im Jahre 1929 wurden aber 340 Millionen Mark an Renten ausbezahlt.

Das gleiche Bild ergibt sich bei der Invaliden- und Altersversicherung. Im Jahre 1937 gab es 20 Millionen Versicherte mit 550 Millionen Mark Beiträgen im ersten Halbjahr. Im ersten Halbjahr 1929 waren die entsprechenden Zahlen 18 Millionen Versicherte und 546 Millionen Mark Beiträge. Wie bei den Krankenkassen zeigt sich hier also das Sinken des allgemeinen Lohnniveaus, zumal die Beitragssätze heute genau noch dieselben sind wie 1929.

Invalidenrentner gab es 1930 = 2 Millionen. Sie erhielten 1,6 Milliarden Mark an Renten. 1937 aber gab es 2,6 Millionen Invalidenrentner. Sie erhielten im ersten Halbjahr 1937 753,4 Millionen Mark an Renten, das wären 1,5 Milliarden, rund gerechnet im Jahr. Das bedeutet nichts anderes als dass die durchschnittliche Invalidenrente für den einzelnen von 650 Mark im Jahr auf 500 Mark gesenkt worden ist. Wie man sieht, haben die Nazis gründlich aufgeräumt mit dem "Wohlloben" der "Schmarotzer".

Zum Schluss noch ganz kurz über die Arbeitslosenversicherung. Nach dem Bericht der Reichsanstalt betragen im 2. Vierteljahr 1937 die Einnahmen 417,7 Millionen Mark. An Unterstützungen wurden einschliesslich Krisenfürsorge 138,5 Millionen Reichsmark bezahlt! Ausser den Verwaltungskosten und diversen Zuschüssen, deren Höhe nicht angegeben ist, hat den "bescheidenen" Rest der Militarismus verschlungen.

Der Rekordkäufer u. "Führer" der Arbeitsfront Dr. Loy hat bestimmt recht; Das Leben ist schöner geworden in Deutschland, nämlich für ihn u. seine Kumpane.



Zum Streik in den Batawerken:Der Schiedsrichter erteilt Eselstritte.

=====  
 =====  
 =====  
 =====

Am 8. Mai brach in den Batawerken ein Streik aus. Der oberste Schiedsrichter fand in Dezember endlich die Zeit, dem provozierenden Verhalten der Batadirektion Moussey-Bataville (Moselle) seinen Segen zu geben. Nach bürgerlichen Pressmeldungen sieht dieser so aus:

- 1) dass der Streik v. 8. Mai 1937 als ein schwerer Fehler anzusehen sei, der nicht entschuldigt werden könne;
- 2) dass die Direktion der Batawerke rechtmässig zu Entlassungen schreiten konnte, und auch eine Wiedereinstellung unter diesen Umständen unmöglich ist.

Die Batawerke sind in allen Ländern nach autoritärer Betriebsweise organisiert, CGT oder christliche Gewerkschaften werden nicht geduldet, nur gelbe Betriebsvereine.

Die Streikwelle der franz. Arbeiterklasse vom Juni 1936 beflügelte auch die Bataproleten. Es rumorte. 40-Stundenwoche, bezw. die Verteilung der Arbeitszeit, Betriebsdelegierte, Gewerkschaftsrechte, so etwas ging der Batadirektion gegen den Strich. Sie roch was im Anzuge ist u. provozierte. Es kam zum Streik. Die "Huma" berichtete, dass die Mehrheit der Arbeiter in der CGT organisiert sind. Die CGT erkannte den Streik an.

Die ausländische Kapitalistengruppe, die durch Bata repräsentiert wird, u. ein Kontingent ausländischer Arbeiter als Spezialisten zugebilligt erhält, zeigte jetzt zu welcher Spezialität sie diese Ausländer gebraucht. Die Belegschaft wurde aufgehetzt u. gespalten u. einiges kurz u. klein geschlagen. Die CGT sollte als die Organisation der roten u. wilden Männer diffamiert werden. Das ist auch gelungen. Der Einfluss der CGT reichte nicht aus die Bewegung in der Hand zu halten. Doch der Druck war so stark, dass nach einer Woche der Betrieb geschlossen wurde. Die CGT verdächtigen Arbeiter wurden gemassregelt u. nicht mehr eingestellt. Die Direktion ging aufs Ganze.

Die CGT legte alles in die Hände der Schlichter. Die "Huma" verlor die Sprache. Bata lehnte ab vor dem Schlichter zu erscheinen. Inzwischen wurde der Betriebsverein ausgebaut und "Betriebsdelegierte" ernannt. Jetzt erschien auch Bata beim Schlichter in Metz u. hatte an 70 Leute seines Betriebsvereins mitgeschleppt um diese Organisation als Gewerkschaft anzuerkennen lassen. Das ist tatsächlich erfolgt, mithin waren die gesetzlichen Vorschriften auf Bataart befolgt und die CGT lag völlig daneben und wandte sich an den obersten Schiedsrichter. Jetzt ist auch dieser Akt zu Ungunsten der Arbeiter und der CGT beendet. Bata besiegte die CGT plus Volksfront.

Interessant ist, dass gerade die scharfmancherischen Maulaufreisser, die sich nach der Gewerkschaftsfreiheit heisser schreien, in ihren eigenen Betrieben, wie Bata es zeigt, CGT, wie christliche Gewerkschafter völlig unterdrücken. Eine Gruppe ausländischer Kapitalisten durchkrouzt straflos die Rechte der französischen Arbeiterklasse u. die Schlichter der Volksfrontregierung klatschen Beifall dazu.

Bei dieser Gelegenheit sei nicht versäumt zu erwähnen, dass der Batadirektor im Wahlkreise Sarrebourg, sich neben dem Feuerkreuzlerkandidaten, als besonders faschistisch grosskapitalistischer Kammerkandidat aufstellen liess. Es war wohl der erste Jude mit einem rein faschistischen Programm.

Die kleinen Handwerker, die von dem Bataunternehmen bedroht sind, haben ebenfalls ihre Niederlage. Die vorhergehenden Rechtsregierungen taten so als ob sie etwas für das Handwerk tun wollen. So wurde u. a. in einem Gesetz den Batafilialen die Reparatur von Schuhwerk untersagt. Das Gesetz wurde veröffentlicht, aber sonst geschah nichts, keine konkreten Ausführungsbestimmungen wurden erlassen. Einzelne Handwerker oder die Innungen, mussten auf dem Klagewege vorgehen. Dabei sassen sie in der Tinte.

Tatsächlich untersagte die Batadirektion bei Verkündung des Gesetzes ihren Verkaufsfilialen zuerst die Schuhreparatur. Doch als sie merkte, dass das Gesetz zum Schutze des Handwerks nur Seifenschaum war, stiess sie wieder

vor. In Strasbourg ist es zwar bei der Schliessung der Reparaturwerkstatt der Batawerke geblieben. In anderen Orten der drei elsässischen Departements ist alles beim Alten. Wenn der Filialleiter gelernter Schuhmacher war, übernahm er die Reparatur auf eigene Rechnung, bestmöglich trennte er die Werkstatt vom Verkaufsladen wie in Sarrebourg u. anderen Orten. Alles floriert weiter. Den Kleinhandwerker, der sich keine Maschinen anschaffen kann, drückt die grosskapitalistische Konkurrenz weiter wie bisher. Die Bata-Direktion kann nicht einmal behaupten, dass sie ihre illegalen Reparaturwerkstätten nicht kennt, denn sie liefert diesen Filialen das Leder u. schreibt die Preise vor.

Die Volksfrontregierung hat noch keine Zeit, oder Lust, gefunden, das Geschenk der Rechtsregierungen an die Kleinhandwerker zu reformieren, oder eigene Massnahmen zu treffen, die mehr als Scham sind.

Die Bataproloten, in der CGT organisiert, repräsentieren einen Teil der französischen Arbeiterklasse, so wie die kleinen Handwerker ein Teil des werktätigen Mittelstandes. Hinzu kommen die Kleinfabrikanten, denen der ausländische Bata-Konzern ein lästiger Konkurrent ist. Der Mangel an gegenseitiger Solidarität u. der ungenügende Einsatz des gesamten sozialen Gewichts dieser Klassen verhilft Bata (und allen gleichen Konzernen) vorerst noch zu ihrem Siege. Wir sind gespannt, was die CGT, die "Huma", wie auch die Föderation der Schuhmachermeister daraus lernen werden.

Abbau der 40-Stundenwoche. Die Volksfrontregierung hat drei Verordnungen erlassen, die sich mit den zulässigen Abweichungen von der 40-Stundenwoche beschäftigen. Diese Verordnungen sind die volksfrontliche Folgerung aus der Produktionsquote, die bekanntlich von der Führung der CGT angeregt, und den Arbeitern als ein Mittel zur Aufdeckung der Unternehmersabotage gegenüber der Produktion dargestellt wurde. Die Verordnungen selbst zeigen, welche Pläne von der Chautemps-Blum mit der Produktionsquote verfolgt werden; der Übergang von der "Fauso" zur schrittweisen Zurücknahme der sozialen Errungenschaften des Juni 1936.

Die eine Verordnung gestattet die Einführung von Mehrarbeit über die 40 Stundenwoche hinaus, wenn in den der 40 Stundenwoche unterworfenen Industriezweigen ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften auftritt. Dies wird sich besonders in der Rüstungsindustrie auswirken. Eine weitere Verordnung gestattet allen Unternehmungen, soweit sie als sogenannte Saisonbetriebe gelten, die Aufholung der in der toten Saison verloren gegangenen Arbeitsstunden in der Zeit der Hochsaison. Damit wird im Baugewerbe, das noch heute unter besonderer Arbeitslosigkeit leidet, der 40 Stundenwoche ein tödlicher Schlag versetzt u. den Wünschen des Patronats Rechnung getragen. Es ist bekannt, dass diese Pläne besonders von den Radikalen bereitwillig aufgenommen und vertreten wurden. Die dritte Verordnung gestattet den Industrie- u. Handelsunternehmungen, die infolge schlechten Geschäftsganges vorübergehend zu Betriebseinschränkungen und zur Kurzarbeit übergehen, die dadurch verloren gegangene Arbeitszeit in der Zeit der Geschäftsbelebung wieder aufzuholen.

Mit diesen Verordnungen ist das Prinzip der 40-Stundenwoche durchbrochen und der Unternehmersabotage Tür und Tor geöffnet. Dort wo Arbeitermangel vorhanden, kann die 40-Stundenwoche durchbrochen werden, dort wo vorübergehend zur Kurzarbeit übergegangen wird, kann in der folgenden Zeit die 40 Stundenwoche missachtet werden, und im Saisongewerbe ebenfalls. Es liegt an den Arbeitern, ob sie ihren Führern weiter gestatten wollen, an der Aushöhlung ihrer Errungenschaften aktiv mitzuwirken. Die Arbeiter dürfen sich diesen Verordnungen nicht beugen. Sie müssen ihre Errungenschaften auch gegenüber der unternehmerfreundlichen Volksfrontregierung verteidigen.

Julia Landau aufs neue verhaftet. Julia Landau u. Elso Hornberger, die auf Intervention der Delegation Mac Govern-Chalaye durch die spanische Regierung in Barcelona aus der Haft entlassen wurden, sollen nach einer Meldung der "I.N." erneut verhaftet worden sein. Die Verhaftung ist diesmal durch die Polizei der Spezialbrigade auf direkten Befehl der Stalinisten erfolgt.





# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVMO)

Nr. 2/V. Jahrgang.

Zweite Januarwoche 1938

## AN DER JAHRESWENDE

oooooooooooooooooooo

Die Stimmung, die in der bürgerlichen Presse der "demokratischen" Länder an der Jahreswende zum Ausdruck kommt, ist durch zwei Züge charakterisiert: einmal die Erwartung, dass es auf dem Wege der Verhandlungen und der Zugeständnisse gelingen könne, von Deutschland, Italien und Japan einen Frieden von längerer Dauer zu erkaufen, dann die Spekulation, dass in diesen Ländern die inneren Schwierigkeiten, vor allem die wirtschaftlichen und finanziellen so wachsen werden, dass sie nicht imstande sein würden, ihre Angriffs- und Eroberungsabsichten durchzuführen. Man ist dieser Spekulation aber nicht so sicher, deshalb wird für jeden Fall in den demokratischen Ländern beschleunigt und verstärkt aufgerüstet.

Nun ist es durchaus möglich, dass in den faschistischen Ländern die wirtschaftliche und Finanzlage sich noch weiter verschlechtert. Aber in Amerika ist die neue Wirtschaftskrise schon da und es ist klar, dass sie auf die anderen Länder übergreifen wird. Die demokratischen Länder werden also den faschistischen keineswegs das Bild der Prosperität entgegenhalten können. Die Wirtschaftskrise in den demokratischen Ländern gibt ihrerseits einen Antrieb, um das Tempo der Rüstungen zu beschleunigen (Rüstungen reichen aber auf keinen Fall aus, um die Wirtschaftskrise zu kompensieren oder zu beseitigen). Dieser Umstand zusammen mit den wachsenden inneren Schwierigkeiten wirkt sich seinerseits in den faschistischen Ländern als kriegsbeschleunigende Kraft aus.

Was die internationale Arbeiterklasse anlangt, so wirken der traditionelle Reformismus der Zweiten und der Neu-Reformismus der Dritten Internationale zusammen, um zu verhindern, dass die internationale Arbeiterklasse als wirkungsvolle Kraft gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen eingesetzt werden kann. Die Gegenkräfte gegen diese Politik in der internationalen Arbeiterbewegung sind noch schwach und uneinheitlich. Sie zu stärken, zusammenzufassen und auf eine einheitliche, wirklich kommunistische Linie zu bringen, ist die dringendste und wichtigste Aufgabe dieses Jahres.

Wenn diese Kräfte sich nicht rechtzeitig und in genügender Stärke entwickeln, so wird das Kommen des nächsten Weltgemetzels unausbleiblich und der Augenblick, wenn es kommt, hängt mehr oder weniger von Zufällen ab.

-o-o-o-o-o-

## DER PAPST UND DIE POLITIK DER "AUSGESTRECKTEN HAND".

=====  
=====

Die Presse der KfF macht jetzt einen Riesentatam, weil der Papst angeblich die von der KfF propagierte Politik der "ausgestreckten Hand" gebilligt habe. Liest man die KfF-Presse, so könnte man glauben, der Papst trete jetzt für die Volksfront ein.

Auch wenn das wahr wäre, hätte die KfF keinen Grund, darauf besonders stolz





hat, denn in den Preis jeder Ware, die zum Konsumenten gelangt, sind die Frachtkosten einkalkuliert. Die neue Erhöhung der Eisenbahntarife zeigt übrigens, dass die Nationalisierung durch den bürgerlichen Staat keineswegs eine Änderung der kapitalistischen "Struktur" der Wirtschaft herbeiführt. Obwohl die Eisenbahnen jetzt unter dem vorwiegenden Einflusse des Staates verwaltet werden, hat sich "strukturell" nichts geändert; die Eisenbahnmagnaten streich nach wie vor ihre Gewinne ein und diese Gewinne werden nach wie vor durch die Masse der Werktätigen aufgebracht, ja die Werktätigen müssen jetzt noch mehr zahlen als vorher.

Gleichzeitig werden die Mieten erhöht, was gleichfalls eine beträchtliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten für die breiten Massen bedeutet. Es war der Senat, der die Initiative zu der Erhöhung der Mieten ergriffen hat. Aber wir dürfen uns nicht durch die Propaganda der SFIO und der KPF täuschen lassen, die immer wieder versuchen, den Senat zum alleinigen Sündenbock für arbeiterfeindliche Massnahmen zu stempeln, um die Mitschuld der Volksfront, ihrer Regierung und ihrer Parteien zu vertuschen. Im Senat dominieren bekanntlich die Radikalsozialisten und wenn der Senat es wagt, provozierende arbeiterfeindliche Massnahmen zu beschliessen, so geschieht das nicht zuletzt deshalb, weil sowohl die SFIO als auch die KPF gehorsam nach der Pfeife der Radikalsozialisten tanzen und deshalb keinen ernsthaften Konflikt mit dem Senat wagen, so sehr sie auch Entrüstung über dessen Haltung mimen. Übrigens liegt die Mietspreiserhöhung ganz in der Linie der Politik der Regierung Chautemps-Bonnet. Nach dem die Grossindustriellen und Bankiers dazu ermutigt worden waren, an der Frankenentwertung zu profitieren, nachdem so reichliche Liebesgaben ausgeschüttet worden waren, wie z.B. der 8 Milliardenfonds zur "Stützung der Renten", der in vollem Umfang in die Kassen der Grossbanken wanderte, war ein Geschenk an die Hausbesitzer bei dieser Politik eigentlich fällig.

Die heutige Situation, in der die Tourerung immer wieder die Lohnerhöhungen zunichtemacht, die die Arbeiter sich mit grossen Anstrengungen erringen, in der eine neue Wirtschaftskrise mit neuer Massenarbeitslosigkeit droht, die heutige Situation beweist mit deutlicher Sprache die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für den Sturz des Kapitalismus. Aber die Volksfrontpolitik, die eine Politik der Erhaltung des Kapitalismus war und ist, wirkt innerhalb der französischen Arbeiterklasse der Idee des Kampfes für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Errichtung des Sozialismus, der Idee der proletarischen Revolution direkt entgegen. Auf dem Parteitag der KPF in Arles figurierte der Sozialismus nicht einmal mehr als Phrase, als "fernes Endziel". Die Volksfront und die bürgerliche Demokratie sollen nach der Meinung der Führer der KPF den Werktätigen das Glück auf Erden sichern. Aber die Entwicklung zeigt täglich aufs Neue, dass in niedergehenden Kapitalismus keine einigermaßen dauernde Besserung oder auch nur Sicherung der Lage der Werktätigen möglich ist. Die spanische Revolution hat am Beispiel eines westeuropäischen Landes gezeigt, wie rasch und erspriesslich die Organisation der Wirtschaft unter der Kontrolle und Leitung der Arbeiter durchgeführt werden kann. Die spanische Revolution hat gleichfalls von neuem gezeigt, dass zur Durchsetzung und Sicherung des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse gehört.

==+==

Die Volksfront hat dazu geführt, dass die Militärkredite jetzt im Parlament ohne Kritik und einstimmig bewilligt werden. Die Losung "Keinen Mann und keinen Sou den bürgerlichen Staat" hat jetzt bei der SFIO und der KPF Platz gemacht einer Praxis der Bewilligung von Milliarden und Abermilliarden für die Aufrüstung des französischen Imperialismus. Das geschieht natürlich unter dem Deckmantel der "Erhaltung des Friedens", der "Verteidigung gegen den Faschismus" usw.

Die IVKO hat schon wiederholt dargelegt, dass der antifaschistisch verbrämte Sozialpatriotismus den Grundsätzen des Marxismus und Leninismus völlig zu widerspricht. Heute wollen wir nur einige Tatsachen aufzählen, die den vorhängnisvollen Charakter der Bewilligung der Militärkredite durch SFIO und KPF beweisen.





in Bari (Südditalien) hat seit langem ständige arabische Sendungen eingerichtet, wo offen Propaganda gegen England gemacht wird. An der syrischen Grenze sollen italienische Emissäre gefasst worden sein. So ergibt sich für die arabischen Länder der Tatbestand, dass bei gleichzeitigem Einschlagen der marxistischen Einschätzung der Kolonialfrage durch die Komintern, der Faschismus in den Unabhängigkeitskampf der arabischen Massen aktiv einzugreifen beginnt, wobei es sich für ihn natürlich um die Schwächung der "demokratischen" Konkurrenz dreht, und - in weiterer Perspektive - um Gewinnung neuer Kolonien.

Inzwischen sind aus Falästina eine Reihe arabischer Persönlichkeiten, welche im "Hohen Arabischen Komitee" an führender Stelle standen, auf englischen Kriegsschiffen nach Inseln im atlantischen Ozean gebracht worden, dem Ort ihrer Verbannung. Der Mufti ist nach Syrien geflohen, das Komitee aufgelöst und für illegal erklärt und englisches Militär "überdeckt das Land von den Terrorbanden". Aber Militär und Militärgerichte haben bisher den Widerstandswillen des arabischen Volkes nicht brechen können. Die Brutalität des englischen Vorgehens wird den arabischen Widerstandswillen nur noch kompakter machen. Ob hierbei die Spekulation Mussolinis gelingt, auf den Verlauf und Ausgang dieser Kämpfe entscheidenden Einfluss zu gewinnen, das wird nicht zuletzt von der Haltung der revolutionären Partei abhängen.

Die Rolle einer wirklichen kommunistischen Partei ist in diesen Kämpfen von ausserordentlicher Bedeutung, weil nur sie eine richtige Marschroute und ein Ziel weisen kann, um das es sich zu kämpfen lohnt. Von ihr hängt es ausschliesslich ab, ob im national-revolutionären Freiheitskampf des arabischen Volkes die arbeitenden Klassen zum führenden Faktor dieses Kampfes werden und die Abschüttelung des imperialistischen Joches zur Errichtung der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern führt. Da steht in erster Linie für die arabischen Fellachen und Kleinbauern die Lösung der Bodenfrage, die eine der Haupttriebfedern für das Handeln der Massen darstellt. Die jetzt führenden Effendis sind natürlich an einer revolutionären Lösung der Bodenfrage nicht interessiert.

Die Parole der Landaufteilung würde dem Kampfe einen konkreten revolutionären Inhalt geben, der die Effendis zwingen würde, Farbe zu bekennen. Als zweites müsste die Frage der Hebung des Lohnniveaus für die arabischen Arbeiter auf die Tagesordnung gesetzt werden, vielleicht in Verbindung mit der Forderung nach Sozialversicherung und einer Reihe kultureller Forderungen. Die Lebenshaltung der arabischen Arbeiter entspricht heute der chinesischer Kulis. Der Kampf würde so neben seiner anti-imperialistischen Zielsetzung zugleich seinen sozialen Inhalt bekommen. Die grosse Masse der arabischen Bauern und Arbeiter wäre dann eher imstande, die Handlungen ihrer jetzigen Führung richtig einzuschätzen und könnte heranreifen zur führenden Klasse in dieser Endauseinandersetzung. Die Haltung der KP Falästinas entspricht jedoch heute nicht dieser leninistischen Perspektive.

Aus dem Memorandum, welches die KP Falästinas dem in Syrien im September 1937 abgehaltenen all-arabischen Kongress überreichte, geht hervor, dass die KP Falästinas beginnt, sich selbst auf den Boden des Zionismus zu begeben.

Wer den arabischen Freiheitskampf gegen den Imperialismus aus der Forschungsperspektive der "Judenfrage" betrachtet, muss unzweifelhaft auf die Plattform des Zionismus abrutschen. Und er wird damit - gewollt oder ungewollt - zum Verbündeten des englischen Imperialismus. Es wird keinen wirklichen Marxisten geben, der sich dagegen wendet, dass emigrierte Juden - genau wie andere Emigranten auch - nach Falästina kommen können. Diese Forderung sollte in jedem Lande aufgestellt werden, wo es nur irgendmöglich ist. Wie wir aber vorher gesehen haben, handelt es sich beim Zionismus um ganz etwas anderes. Er fordert ja Falästina für die Juden als "Heimstätte", wofür er ein "historisches Recht" geltend macht und sein formelles Recht in der Balfour-Deklaration erblickt. Nach faschistischen Begriffen ist bekanntlich Recht immer das, "was der Nation nützt" und hier finden wir im Zionismus eine auffällige Seelenverwandtschaft mit dieser "Rechts"-Auffassung. Für Marxisten kann es hier keine Konzessionen geben; hier stehen sich zwei Weltanschauungen gegenüber, die keine Brücke zueinander haben. Die proletarische Klassenbewegung muss daher den Zionismus schärfstens ablehnen, weil er der historischen Entwicklung entgegenarbeitet.

DIE PRAXIS DES ENGLISCHEN IMPERIALISMUS ÜBER PALÄSTINA.  
oo

Aus London wird uns geschrieben:

Die Klassenkämpfe in Palästina, welche in diesem Halb-Kolonialland national-revolutionären Charakter haben, sind wieder in ein verschärftes Stadium getreten. Der Bürgerkrieg jagt durch das Land und wieder kämpft ein Volk um seine nationale Unabhängigkeit. Hierbei unterscheiden sich die Methoden des "demokratischen" England durch nichts von denen seiner faschistischen Konkurrenten.

Seit einem dreiviertel Jahr sind in Palästina die Grundrechte der Verfassung aufgehoben. Mit einem Federstrich sind beseitigt worden: Post-, Telefon- u. Telegraf-Geheimnis, Versammlungs-Vereins- und Demonstrationsfreiheit, Freiheit der Person, Freiheit des Wortes und Freiheit der Presse. Die zivile Gewalt ist ihrer ohnehin wenigen Rechte fast ganz beraubt und die Macht liegt in den Händen der militärischen und polizeilichen Behörden. Bei ihnen wird die "öffentliche Meinung" geboren und die Presse darf nicht einmal über erfolgte Korrekturen berichten. Es versteht sich von selbst, dass zu dieser Militärdiktatur Konzentrationslager gehören, in welchen nach amtlicher Verlautbarung vom 25.11.37. - 360 Gefangene gehalten werden. Die Zahl der übrigen politischen Gefangenen beträgt nach dieser Mitteilung - 120. Die letzten "demokratischen" Erlasse der englischen Regierung bescherten dem Lande militärische Kriegsgerichte, welche gleich vorgeschrieben bekamen, dass auf Waffenbesitz und Beteiligung an "Terrorakten" die Todesstrafe zu fällen ist. Das erste Todesurteil ist bereits vom Haifaer Kriegsgericht gefällt und durch Erhängen ausgeführt worden. Es handelt sich um den 80 Jährigen Scheich El Kassum, einen der führenden arabischen Männer im Kampfe um die nationale Unabhängigkeit. Damit die englische Polizei in Palästina den richtigen Schliff bekommt, ist Sir Charles Teggart zum Leiter derselben ernannt worden, der als Bengaleschlächter in Indien sein blutiges Examen bereits bestanden hat.

Der englische Imperialismus setzte auf die zionistische Karte und glaubte sich einen jüdischen Vasallenstaat in Palästina zu errichten, der ihm wertvolle Dienste leisten sollte. Die zionistischen Führer waren verblendet genug, hierauf einzugehen und verkoppelten sich auf diese Weise auf Gedeih u. Verderb mit den Interessen des englischen Imperialismus. Sie verbarrikiadierten sich dadurch jede Möglichkeit des Zusammengehens mit den arabischen Massen, die seit langem ihren anti-imperialistischen Unabhängigkeitskampf führten. Im Laufe der Zeit wurde es immer offensichtlicher, dass die zionistische Einwanderungs- und Kolonisationstätigkeit nicht nur zur Landlosmachung, sondern direkt zur Vertreibung der arabischen Fellachen und Bauern führte. Schliesslich sprach man von zionistischer Seite offen von der kommenden jüdischen Majorität im Lande. Der Kampf um jüdische Arbeitsplätze führte zur handgreiflichen Vertreibung arabischer Arbeiter und damit wurde auch von zionistischer Seite jede Möglichkeit der Verständigung arabischer und jüdischer Arbeiter verschüttet. Die besonders von den Zionisten-Revisionisten (jüdische Faschisten mit Braunhemd und Hitlergruss!) geschürte Fregromstimmung gegen die Araber schlichthin tat ihr Übriges, um selbst jede liberale Stimme zur Verständigung zu ersticken. Solche Stimmen werden als "kommunistisch" niedergeschrien und auf diese Weise zum Schweigen gebracht. So ist es erklärlich, dass die Selbstwehr national-revolutionärer Araber sich gegen Juden und Engländer gleichermaßen wendet, wobei den jüdischen Arbeitern vor Zionismus die Rolle des Winkelried zugewiesen wird, die sie teils aus Selbsterhaltungstrieb zu übernehmen gezwungen sind, teils aus politischer Verblendung bewusst übernehmen.

Fompliziert werden die Dinge dadurch, dass die kommunistische Internationale die national-revolutionären Kämpfe in den Kolonien der sogenannten demokratischen Länder nicht mehr unterstützt, weil diese Kämpfe ihre stille und offene Koalitionspolitik (Volksfront) durchkreuzen. Die Kolonialklaven werden so in die Arme der faschistisch-imperialistischen Staaten getrieben, die ihrerseits wieder jeden Anlass benutzen, um in diesen Kolonien den demokratischen Staaten Schwierigkeiten zu machen. Mussolini hat sich bekanntlich zum "Beschützer aller Moslems" ausrufen lassen. Der Faschistenbender





somit rechnen, dass die .OUM aufgehört hat dem Gemeinderat von Valencia, anzuschließen, dem einzigen, wo sie noch eine Vertretung hätte.

### Wo sind die Vorräter?

=====  
 =====

Die spanische Presse publiziert eine Note, aus der hervor geht, dass Nicolas Contreras Cerillo, Rat. u. Volksrichter, Representant der Komm. Partei und José Corballeu, Geschworener der UGT verhaftet worden sind, weil sie die "erhabene Mission der Rechtsverwaltung in ein einträgliches Geschäft für sich verwandelten".

Der Sohn Miajas bei Franco. Die faschistische Telegrafagentur Spaniens teilt unter dem 18. Dezember mit, dass das Kriegsgericht in Burgos gegen den Leutnant der Sturmgarde, José Miaja, Sohn des Marxistengenerals des gleichen Namens, getastet hat, ihn von den Anklage freigesprochen und in Freiheit gesetzt hat. Seine Aktivität während der Zeit, da er eine Sektion der Sturmgarde unter der roten Vorherrschaft kommandierte, sei geklärt worden. Im Verlauf eines Kampfes an der Front von Toledo sei der Leutnant José Miaja in die Linie der "nationalen" Armee übergelaufen.

### Um die Verfolgung des kommunistischen Député Bolivar.

"Independent News" meldet: Am 10.12.37 tarte die Untersuchungskommission des Parlaments und prüfte die Anklageakten gegen den Abgeordneten Lucia, Führer der Gil-Roblespartei in der Region Valencia, und die des kommunistischen Abgeordneten Bolivar. Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität gegen den kommunistischen Abgeordneten wurden unter Hinweis auf die formelle Anklage, am Fall von Malaga, wo B politischer Kommissar war, verantwortlich zu sein.


Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität gegen den Abgeordneten Lucia wurde bewilligt. Der Antrag gegenüber der kommunistischen Abgeordneten begegnete begreiflicherweise grossen Widerstand. Bolivar war der erste Abgeordnete der K. im Parlament. Zugunsten des Angeschuldigten stimmten verschiedene Parteien, darunter auch die .Partei Companys. Aber es scheint nicht unwahrscheinlich (im Hinblick auf die Verhaftung des Generals Asensio im Zusammenhang mit der Schuldfrage des Falls von Malaga und die Folgerungen die daraus die K. gegen Caballero zu ziehen versuchen), dass die K. ihren Député diesem Zweck opfert.

Wir würden in diesem Fall einem gleichartigen Vorfalle beiwohnen, zu dem das baskische Regierungsmitglied Juan Astigarrabia bewogen wurde, der durch seine Partei angeklagt wurde, nachdem sie ihn zuerst verteidigt hatte, sich aller Verbrechen schuldig zu bekennen, welche die Führer ihn vorwarfen.

### Die Arbeitslosen besetzen die Colmarer Mairie.

In Colmar kam es vor einiger Zeit zu einer vorübergehenden Besetzung der Mairie durch die Arbeitslosen. Die Stadt hatte einen Teil junger Arbeitsloser unter der Drohung des Unterstützungsbezugs in die Umgegend von Toul zur Arbeit vermittelt. Die Behandlung und Entlohnung die dort den Arbeitslosen zu teil wurde (sie mussten in ungeheizten Barraken schlafen usw.), veranlasste die Arbeitslosen zur Rückkehr nach Colmar. Dort angekommen wurden den Arbeitslosen bekannt gegeben, dass sie infolge Verlassens ihrer Arbeitsstelle ohne triftigen Grund keine Unterstützung mehr beziehen könnten. Darauf fand eine Versammlung der Arbeitslosen statt, nach der die geschlossen vor das Rathaus rückten und während der Zeit der Verhandlungen mit der Volksfrontstadtverwaltung die Mairie besetzten. Der Maire sagte darauf die Einberufung der zuständigen Kommission zu um ihre Unterstützungsansprüche erneut zu prüfen. Es bracht nicht hinzu gefügt werden, dass das Verhalten der Volksfrontstadtverwaltung unter den Arbeitslosen grosse Aufregung hervorgerufen hat. Die Klerikalen haben daher auch nicht versäumt diese Haltung politisch in ihrem Sinne auszuschlachten. Bereits die letzten Wahlen in Colmar haben gezeigt, dass die Arbeiterparteien, die mit der Verantwortung für die Regierungstätigkeit belastet sind, mehr und mehr Terrain an die Klerikalen um Rossé verlieren.





# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 4./V. Jahrgang.

Vom 10. Januarwoche 1937

DIE VOLKSFRONT IN DER AUFLÖSUNG.1. Die Hintergründe der Regierungskrise.

Die letzte Regierungskrise wurde von der Grossbourgeoisie auf die übliche Art inszeniert. Die Grossbanken liessen unter freundschaftlicher Assiatenz des Finanzministers Bonnet, der den Währungsausgleichsfonds verwaltet, den Franc um ein paar Punkte heruntersausen. Eine kleine oder grössere Börsenpanik - das ist das traditionelle Mittel, das die französische Grossbourgeoisie anwendet, um ihre politischen Absichten durchzusetzen. Damit hatte sie erst die "Pause", dann den Sturz Blums u. die Ernennung Bonnets zum Finanzminister durchgesetzt, sie liess auch jetzt dieses Mittel spielen, das allerdings nur wirksam ist, wenn die Arbeiterklasse nicht auch ihrerseits ihre ausserparlamentarische Macht in die Waagschale wirft. Aber die Grossbourgeoisie verliess sich in dieser Hinsicht auf die Führer der grossen Arbeiterorganisationen und deren Volksfrontpolitik.

Als s. Zt. die Regierung Blum gestürzt wurde, erzählte man uns (es waren vor allem die Führer der SFIO, die das taten), daran sei nur der Senat Schuld, u. man versuchte geflissentlich, die Tatsache zu verschweigen oder zu verhüllen, dass die Politik der Senatsmehrheit nichts anderes ist als die Politik der Führung der an der Volksfront beteiligten radikalen Partei. Diesmal wird es den Volksfrontaposteln schwieriger fallen, die Rolle der radikalen Volksfrontpartner zu vertuschen, denn die radikalen Führer haben sich bei der letzten Krise nicht erst hinter den Senat versteckt, sondern sind offen als Sprecher u. Instrumente des Grosskapitals, der "200 Familien" aufgetreten.

Schon seit einiger Zeit piffen es die Spatzen von allen Dächern, dass die Radikalen den Übergang von der Volksfront zu einer Regierungskombination mit den Rechtsparteien vorbereiten u. zu diesem Zwecke zunächst einmal der KPF einen Fusstritt geben wollen. Das Auftreten eines Flandin machte immer mehr den Eindruck, als habe er bereits feste Abmachungen mit den Radikalen in der Tasche. Bonnet wurde von verschiedenen Seiten als kommandierender Ministerpräsident einer neuen Auflage der "Union nationale" genannt. Daladier, der von der reaktionären Presse jetzt sehr gefeiert wird, weil er das Vertrauen des Generalstabs besitze, wurde (in der "Flühne") die Absicht zugeschrieben, eine "Konsularregierung", d. h. ein Kabinett mit diktatorischen Allüren zu bilden.

Nachdem das Grosskapital die Arbeiterklasse mit Hilfe der Volksfront u. ihrer Regierungen schrittweise zurückgedrängt hatte, glaubte es jetzt die Zeit zu einem Frontalangriff gegen die Arbeiter u. vor allem gegen deren gewerkschaftliche Organisation, die CGT, die es zerschlagen möchte, gekommen. Die SFIO-Minister hatten während des Streiks der Pariser städtischen Arbeiter sich im Prinzip für die Niederschlagung von Streiks durch Militär u. Polizei erklärt. Die Grossbourgeoisie u. ihre radikalen Interessenvertreter provozierten die Regierungskrise, um durch eine Veränderung der Regierung nach rechts ein Kabinett zu bekommen, das diese Ankündigungen in die Praxis umsetzt u. streikende Arbeiter niederknüpeln u. niederschliessen lässt, ohne allzu viel Rücksicht auf die Gefühle der Massen der Werktätigen zu nehmen. Die CGT-Führung tat, indem sie Abwehraktionen der Arbeiter

gegen die Kapitaloffensive zu kommen, wenn nicht ganz zu verhindern suchte, u. indem sie angesichts der Provokationen der Unternehmer den "sozialen Frieden" predigte, das Ihrige, um die Grossbourgeoisie zu weiteren Angriffen gegen die Arbeiterschaft zu ermutigen. Die Föderation des Patronats proklamierte durch den Mund des Herrn Gignoux ihren Willen, die Organisationen der CGT zu zerstören. Die Erklärung Gignoux' war für Chautemps u. Bonnet nur das erwünschte Signal, um die von ihnen vorbereiteten Pläne in bezug auf die Umbildung der Regierung ins Werk zu setzen.

Ein Umstand, der das Grosskapital u. seine radikalen Handlanger veranlasste, die Regierungskrise zu beschleunigen, war die Entwicklung, die die Affäre der Cagoulauds genommen hatte. Dormoy ist zwar kein antifaschistischer Drahtzieher, aber immerhin war die Untersuchung gegen die Cagoulauds so weit gediehen, dass es klar war, dass es sich um eine umfassende Verschwörung handelt, die von einflussreichen Kreisen des Grosskapitals unter Teilnahme von prominenten Politikern u. hohen Militärs dirigiert wurde. Als ein Zentrum der Cagoulauds erwiesen sich die Büros der Firma Michelin, die zu den grössten industriellen Unternehmungen Frankreichs gehört. Der Privatsekretär Lavals ist in die Verschwörung verwickelt. Der Cagoulaudhof Deloncle verteidigt sich, indem er auf seine Beziehungen zum Generalstab hinweist... Die Grossbourgeoisie u. die Generalität hatten u. haben das grösste Interesse daran, die Cagoulauds-Affäre zu vertuschen u. zu verhindern, dass die Frage, wer die Hintermänner der Cagoulauds sind, etwas näher untersucht u. überhaupt allzu viel in der Öffentlichkeit behandelt wird. Die KI behauptet seit einigen Jahren, es sei möglich, mit Hilfe der "weniger reaktionären", demokratischen Elemente des Grosskapitals die ganz reaktionären, faschistischen Kreise der Grossbourgeoisie zu bekämpfen. In der Praxis aber ist es so, dass eine Krähne der anderen kein Auge aushackt u. dass die radikalen Geschäftsträger der "200 Familien" à la Chautemps u. Bonnet gar kein Bedürfnis haben, sich ins eigene Fleisch zu schneiden u. gegen ihre grosskapitalistischen Freunde u. Auftraggeber vorzugehen, weil diese die Cagoulauds finanzieren. Die Unzufriedenheit, die das Grosskapital u. die mit ihm verbundenen radikalen Führer mit dem ihrer Meinung nach unangenehmen Eifer Dormoys empfanden, hinderte u. hindert sie jedoch keineswegs zu versuchen, die SFIO-Führer gegen die Führer der KPF u. CGT auszuspielen, denn sie hoffen, auf diese Weise die Massen der Arbeiter durcheinander- u. gegeneinanderzubringen.

Wir haben oben darüber gesprochen, wie die Regierungskrise durch einen Frankensturz inszeniert worden ist. Man muss sich jedoch dabei hüten, in Auffassungen zu verfallen, wie sie heute verschiedentlich vertreten worden, so z. B. von Georges Politzer in einem Artikel der "Humanité" vom 19. Januar wo es heisst:

"Es ist nicht die Erschwerung der wirtschaftlichen u. finanziellen Lage, die die Kapitalflucht u. die Währungskrise hervorruft. Diese werden absichtlich durch die kapitalistischen Oligarchien erzeugt, u. zwar ist das aus dem Grunde möglich, weil Frankreich seit 18 Monaten künstlich am Rande der Devaluation gehalten wird".

Wenn Bonnet erklärt, die Finanzlage Frankreichs u. die Situation des Franc seien an sich glänzend u. nur die Streiks seien daran schuld, wenn der Frankenkurs wackelt, so ist das natürlich ein ganz grober Schwindel. Dass die Frankewährung unsicher ist, liegt an der Finanzpolitik der verschiedenen Regierungen u. nicht zuletzt an der Bonnets, dessen Optimismus in bezug auf die Finanzlage Frankreichs von keinem ernstem bürgerlichen Fachmann geglaubt wird. Die Finanzpolitik, die die Volksfrontregierungen im Interesse der französischen Bourgeoisie getrieben haben, spiegelt aber nur die Widersprüche u. Schwierigkeiten des niedergelassenen französischen Kapitalismus wieder. Die Vorstellung des Wirtschaftstheoretikers der "Humanité", es sei möglich durch eine "richtige" Volksfrontpolitik eine Blüte der französischen kapitalistischen Wirtschaft hervorzuzaubern u. sie von allen ihren Schwierigkeiten zu befreien, ist kindisch. Die wirkliche Alternative zu der Finanzpolitik der Aurial u. Bonnet sind revolutionäre Massnahmen, die vom Willen zur Begünstigung des Kapitalismus getragen sind. Es ist garnicht nötig zu erklären, die Finanzen u. die Währung des kapita-



listischen Frankreich seien kerngesund, wenn man die Tatsache erklutern will, dass die Grossbourgeoisie die unsichere Lage des Franc ausnutzt, um Bursenpaniken zu inszenieren, die sie für ihre politischen Erpressungsmanover braucht.

Ubrigens kann die jetzige Haltung der Grossbourgeoisie u. die jetzige Regierungskrise nur dann ganz verstanden werden, wenn man berücksichtigt, dass sie im Augenblick einer heraufziehenden neuen Wirtschaftskrise stattfindet, die auch Frankreich nicht unverschont lassen wird. Die Kriegserklärung der Grossbourgeoisie an die Gewerkschaften hängt damit zusammen, dass die Unternehmer die kommende Wirtschaftskrise in ihre Rechnung stellen.

### 2. Der Ausbruch der Regierungskrise.

Die Radikalen, Chautemps an der Spitze, gingen offen darauf aus, die Regierungskrise zu provozieren. Nach dem Rücktritt seiner Regierung gab Chautemps in einem Briefe an Blum zu, dass er von der SFIO schon am Morgen vor dem Ausbruch der Krise darauf aufmerksam gemacht worden war, dass der Rückzug der Kommunisten aus der Regierungsmehrheit den Rücktritt der sozialistischen Minister zur Folge haben werde.

Jedoch legten die Chautemps, Bonnet etc. Wert darauf, die SFIO-Minister möglichst im Sinne der Forderungen des Grosskapitals festzuhalten, bevor sie die Regierung hochgehen liessen. Vor der entscheidenden Parlaments-sitzung fand ein Ministerrat statt, in dem zum "Schutze des Franc" mit den Stimmen der Sozialisten ein energisches Auftreten ( gegen die Arbeiter) zur Aufrechterhaltung des "sozialen Friedens" u. der "Ordnung" u. ferner er-nout die Ablehnung jeder Art von Wahrungskontrolle beschlossen wurde. Was die Wahrungskontrolle anbelangt, so ist dazu nur zu sagen, dass sie erstens in der Hand des burglichen Staates absolut keine antikapitalistische Massnahme ist u. dass es zweitens eine eigentümliche Art der "Verteidigung des Franc" ist, wenn die Regierung ankündigt, sie werde unter keinen Umständen Massnahmen zur Kontrolle des Handels mit Devisen u. das heisst auch der Devisenspekulation ergreifen.

Mit der Zustimmung der SFIO-Minister bewaffnet, trat Chautemps vor das Parlament u. hielt eine Rede, die von A bis Z aus Hetze u. Drohungen gegen die Arbeiterschaft bestand, eine Rede, die den begeisterten Beifall der Faschisten u. Faschistenfreunde auf der Rechten fand u. die auch von wohlberech-neter Bosheit gegenüber der SFIO erfüllt war. Blum beklagte sich später auf dem Nationalrat der SFIO, dass Chautemps nicht, wie offenbar verabredet war, seine Attacken gegen die Arbeiterschaft durch eine Kritik der Unternehmer "aufgewogen" habe. Aber Chautemps nahm auf das Bedürfnis der SFIO-Führer ihre Verraterereien vor den Arbeitern zu verdecken, keine Rücksicht u. drohte den streikenden Arbeitern mit Gewaltanwendung, während er es ablehnte, et-was gegen die Cagoulauds zu sagen u. so tat, als sei die Untersuchung gegen die Cagoulauds eine Privatsache Dormoys. Nach dieser Rede kuschte die SFIO von neuem. Chautemps hielt eine zweite Rede, die sich von der ersten nicht in der Sache, sondern nur im Ton unterschied, aber das genügte der SFIO damit sie sich bereit erklärte, der Regierung für diese Politik ihr Vertrauen auszusprechen u. auch die von Bonnet gewünschte ausdrückliche Ablehnung jeder Art von Wahrungskontrolle zu schlucken.

Nachdem die SFIO sich so platt in den Dreck gelogt hatte, starteten Chau-temps u. Bonnet ihren Coup. Der KPF Redner Ramette hielt eine Rede, in der er die Regierung kritisierte u. die Stimmenthaltung der KPF ankündigte. Ramettes Kritik war nicht scherfer gehalten u. nicht ernsthafter gemeint, als die linken Phrasen, mit denen die Führung der KPF auch früher ihre Volksfrontpolitik begleitet hatte. Aber Chautemps suchte einen Vorwand, um der KPF den Lauffpass zu geben u. er hette sie auch dann aus der Regierungsmehrheit verwiesen, wenn Ramette statt einer zahmen Kritik die Marseillaise vorggetragen hette. Die SFIO-Minister traten zurück. Die Regierungskrise war da.

### 3. Der Verlauf der Krise.

In der Maienblute der Volksfrontpolitik erzählten uns die Führer der KPF, diese Politik sei etwas ganz anderes als die traditionelle Koalitions-

politik der Sozialdemokratie. Die französische Erfahrung der letzten Jahre hat uns gezeigt, dass die Volksfrontpolitik nur eine Abart der Koalitions-politik ist, dass sie ebenso wie diese nur das Proletariat schwächt u. der offenen Reaktion, den Vorstößen des Grosskapitals u. letzten Endes auch den von diesem Grosskapital ausgehaltenen faschistischen Banden den Weg bahnt. Die Volksfrontpolitik, so sagte die KI, unterscheidet sich dadurch von der Koalitionspolitik, dass bei ihr nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse unter Führung der KP die Hegemonie innehat. Nachdem sie die ganze Zeit, solange die Volksfront bestand, nach der Pfeife der Radikalen Kapitalistenpartei getanzt hatten, wurden SFIO u. KPF jetzt von ihren bürgerlichen Partnern öffentlich mit Fusstritten bedacht, - vor allem aber die "Führerin" u. "Initiatorin" der Volksfront, die KPF.

Es entsprach ganz dem Geiste der Volksfrontpolitik, dass die Führer der SFIO u. der KPF nach dem Rücktritt der Regierung Chautemps-Blum einander mangelnde Nachgiebigkeit gegenüber den Radikalen vorwarfen. Die SFIO kritisierte, dass die KPF sich im Parlament der Stimme enthalten wollte, statt Chautemps für seine Drohungen, die er an die Adresse der Arbeiterschaft richtete, das Vortreten auszusprechen. Thorez aber warf den SFIO-Ministern vor, sie hätten, "indem sie demissionierten, die Regierungskrise provoziert" u. seien "auf diese Weise zum zweiten Mal davongelaufen, statt den Attacken der Reaktion zu trotzen". Thorez meinte also, die SFIO-Minister hätten trotz der Kampfansage Chautemps an die KPF ruhig in der Regierung bleiben sollen.

Wie das von den Regissuren der Regierungskrise geplant war, erhielt Bonnet, der spezielle Vertrauensmann der Grossbanken, den Auftrag zur Kabinettsbildung. Er sollte eine Regierung mit einer neuen, nach rechts verschobenen Mehrheit bilden.

Über gleichzeitig begannen die Massen zu reagieren. Der Druck der Massenstimmung veranlasste die Führer der KPF u. auch die der SFIO zu einer etwas kräftigeren Sprache. Die SFIO erklärte, dass sie an einer Regierung Bonnet nicht teilnehmen u. sie auch nicht unterstützen werde. Bonnet fand schliesslich in einer Sitzung der Parlamentarier der radikalen Partei nur eine Minderheit, die ihn unterstützte. Die schwache Gegenliebe, die Bonnet bei den Abgeordneten der eigenen Partei fand u. die ihn veranlasste, auf den Versuch einer Regierungsbildung zu verzichten, war ein neuer Beweis dafür, dass die Stimmungen der werktätigen Wählermassen der radikalen Partei u. die Absichten ihrer kapitalistischen Führung ganz verschiedene Dinge sind. Die Volksfrontpolitik hindert die Arbeiterparteien diese Lage auszunützen u. einen Spalt zwischen die Massengefolschaft der Radikalen u. ihre Führer hineinzutreiben. (Natürlich taten die radikalen Deputierten, die sich gegen Bonnet aussprachen, das nicht "weil sie Vorkämpfer der Interessen der Werktätigen wären, sondern weil sie wussten, dass sie ihren werktätigen Wählern nicht alles zu nutzen können).

Nach dem Scheitern der Kombination Bonnet war es an Léon Blum, der der Grossbourgeoisie aus der Fatsche half u. die Voraussetzungen dafür schuf, dass Chautemps eine neue Regierung bilden konnte, die im grossen u. ganzen das brachte, was das Grosskapital im Augenblick wünscht.

Die letzte Regierungskrise fiel in eine Zeit eines Wiederauflebens der ausserparlamentarischen Aktivität der Massen. Einige grosse Streiks haben stattgefunden u. ohne die Bemühungen der Führer der CGT um den "sozialen Frieden" wäre die Streikwelle noch ausgedehnter. Die Massen der Arbeiter haben es allmählich satt bekommen, sich von ihren Führern mit Versprechungen über künftige Grosstaten der Volksfront in Regierung u. Parlament abspolieren zu lassen. Sie haben aus der Praxis der Volksfront gelernt. Sie wollen, dass es anders wird. Und wenn während der Regierungskrise in zahllosen Resolutionen die Forderung einer "Regierung nach dem Muster der Volksfront", d.h. unter Beteiligung der KPF u. der CGT aufgestellt wurde, so hatte u. hat diese Forderung in den Augen der Massen der Arbeiter einen anderen Sinn als für die KPF-Führer, die mit ihr hausieren gehen. Was die Arbeiter wollen, ist eine Regierung, die wirkliche Massnahmen gegen das Kapital ergreift u. die jedenfalls die Arbeiter nicht daran hindert, selber der Grosskapital an den Krügen zu gehen.



Nun ist die Volksfrontpolitik stets eine Koalitionspolitik, auch wenn die KP in der Regierung sitzen sollte. Für die KPF-Führung bedeutet die Lösung der "Regierung nach dem Muster der Volksfront" auch nichts anderes, als die Möglichkeit einer Beteiligung an der bürgerlichen Regierungspolitik, wie sie bisher der SFIO zu teil geworden war. Wenn die Massen für diese Lösung eintreten, so zeigt das, dass sie trotz aller Enttäuschung über die Volksfrontpolitik sich noch nicht völlig von ihren Illusionen darüber befreit haben.

Angesichts der Massenstimmung, die eine Erweiterung der Regierung nach links wollte u. den Forderungen der Bourgeoisie, sie sie nach rechts zu erweitern wünschte, schlug Blum vor, beides zu kombinieren u. eine Regierung von Thorez bis Paul Reynaud zu bilden, ein wahres Kabinett des Burgfriedens, der "union sacrée". (Der Faschist Kerillia fand dann auch, dass der Blumsche Plan im Falle eines Krieges das Gegebene sei). Soeben hatte die SFIO noch Bonnet abgelehnt. Jetzt wollte Blum Paul Reynaud zum Minister machen, der in finanzpolitischer Hinsicht genau dasselbe ist wie Bonnet u. parteimässig rechts von diesem steht. Soeben hatte noch Dunois in der Presseübersicht des "Populaire" (v. 16. Januar) den Leitartikler des "Ordre" Bure vorlacht, weil dieser eine Front von Thorez u. Blum bis zu den "nichtfaschistischen" Rechten à la Reynaud u. Mandel forderte. Jetzt stellte Léon Blum einen Mann wie Reynaud, der seine Wahl zum Deputierten im 2. Arrondissement von Paris der Wahlhilfe der "Croix de Feu" verdankt, ein antifaschistisches Leumundszugnis aus.

Die KPF erklärte sich sofort bereit, die von Blum ins Auge gefasste Kombination mitzumachen. Die lockere Aussicht, dass Thorez das Postministerium bekommen könnte liess sie vergessen, dass sie noch eben gefordert hatte, dass in der künftigen Regierung nur Männer sitzen sollten, die den Volksfrontpakt beschworen hatten. Sie begnügte sich von Reynaud die Anerkennung des Volksfrontprogramms zu fordern. Nachdem sie sich bitter beklagt hatte, dass Chautemps u. die Radikalen dem Volksfrontprogramm zuwiderhandelten, folgerte sie daraus, dass man seine Durchführung dem früheren Minister Tardieu anvertrauen könne.

Die Regierung "von Thorez bis Reynaud" kam nicht zustande, weil Reynaud auch die Hinzuziehung von Marin, dem Führer der Russisten Rechten des Parlaments forderte, dessen Partei einen beträchtlichen offen faschistischen Flügel besitzt.

Aber Blum hatte durch seinen Plan der "nationalen Einheit um die Volksfront" der Grossbourgeoisie auch so einen unschätzbaren Gefallen erwiesen. Die radikalen Führer können sich jetzt darauf berufen, dass auch die SFIO u. die KPF prinzipiell nichts gegen eine Hineinnahme der Rechtsparteien in die Regierung einzuwenden haben.

Zwischen den Radikalen, der SFIO u. der KPF ist ein grotesker Streit darüber ausgebrochen weshalb Blum nach dem Scheitern der Kombination "von Thorez bis Reynaud" nicht eine "Regierung nach dem Muster der Volksfront" gebildet hat. Blum erklärt, die Radikalen seien gegen eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten gewesen, die Radikalen weisen darauf hin, dass sie in dieser Frage keinen offiziellen Beschluss gefasst hätten u. die KPF beklagt sich darüber, dass Blum sie um die Ministerposten gebracht habe, die ihr die Radikalen zugedacht hatten. In Wahrheit haben die Radikalen nichts von einer Regierungsbeteiligung der KP wissen wollen u. auch Blum hat kein Ministerium der Volksfront mit der KP gewollt, weil er die Bourgeoisie nicht vor den Kopf stossen wollte. Hat er doch später selbst auf dem Nationalrat der SFIO erklärt, dass die Anwesenheit von Thorez im Ministerium seiner Ansicht nach die Erweiterung der Volksfront zur "nationalen Einheit" voraussetzte. Und die KPF macht sich nur lächerlich, wenn sie bei den Radikalen, die ihr den Stuhl vor die Tür gesetzt haben, um Ministerpöstchen bettelt.

#### 4. Die neue Regierung.

- Bevor wir auf die Tagung des Nationalrats der SFIO eingehen, wollen wir noch kurz die neue Regierung Chautemps kennzeichnen. Diese aus Radikalen u.

einigen Angehörigen der "sozialistisch-republikanischen Union" gebildete Regierung bezeichnet sich selbst nicht mehr als Volksfrontregierung. Sie ist in der Tat eine Regierung der Liquidation der Volksfront, des Übergangs zu einer offenen Kombination mit den Rechtsparteien. Das wird nur dadurch bestätigt, dass Chautemps erklärt hat, dass die neue Regierung sich das "Volksfrontprogramm des vorhergehenden Ministeriums" zu eigen machen wolle. Dieses Programm hieß nämlich - Bonnet. Und wenn Chautemps auch erklärt, die neue Regierung werde "keinerlei Massnahme treffen, die geeignet sei, die in der Volksfront vereinten Parteien voneinander zu trennen", so gehen seine wahren Absichten daraus hervor, dass er von der SFIO eine Unterstützung gefordert hat, die "von der eventuellen Haltung der EPF unabhängig sein soll". Chautemps will also die EPF nach dem Motto behandeln: "Friss Vogel oder stirb!" Sie soll nur noch die Möglichkeit erhalten, nachträglich für Dinge ihre Hand hochzuheben, die vorher zwischen Regierung u. SFIO ausgeknobelt worden sind.

Auch die personelle Zusammensetzung der Regierung ist aufschlussreich. Bonnet ist geblieben, Finanzminister wird Marchandeau, der unter Doumergue Minister war u. womöglich noch rechts von Bonnet steht. Innenminister wird Serraut, der dasselbe auch unter Doumergue bekleidete, zu der Zeit als die Croix de Feu sich der offiziellen Protektion der Regierung erfreuten. Die Cagoulaards u. ihre Hintermänner können also beruhigt sein. Auch Frossard, früherer Minister Levels u. Fürsprecher einer "union nationale" à la Van Zeeland taucht wieder auf. Dafür ist Pierre Cot, der auf dem linken Flügel der Radikalen steht u. bei den Faschisten nicht sonderlich beliebt ist, auf einen minder wichtigen Ministerposten versetzt worden.

#### 5. Der Nationalrat der SFIO.

Eines der wichtigsten Ereignisse der letzten Tage war die Sitzung des Nationalrats der SFIO. Sie zeigte, dass in der Mitgliedschaft der SFIO ein starker Linksruck vor sich gegangen ist. Die bisherige Führung der Partei mit Blum u. Paul Faure an der Spitze kam bei der entscheidenden Abstimmung in die Minderheit. Für die Resolution Blum, die die Beteiligung am neuen Kabinett Chautemps vorschlug, wurden 4 035 Stimmenmandate abgegeben, die Resolution der "Bataille Socialiste" (Zyromski-Brecko) erhielt 2 659, die von Marcou Pivert 1 496. Paul Faure gab darauf seine Demission als Generalsekretär der Partei u. mit Joh u. Krach gelang es Blum u. seinen Freunden dann eine Resolution durchzubringen, die Chautemps die Unterstützung der SFIO in Aussicht stellte. Die Anhänger Piverts stimmten auch gegen die Unterstützung von Chautemps.

Wir wollen hier einige bezeichnende Aussprüche aus der Debatte zitieren. Vivier (Euro-et-Loir) fordert eine "reinsocialistische Kampfregierung". Falls keine Mehrheit in der Kammer möglich sei, müge man an die Wähler appellieren. Vielle (Gironde) erklärt, dass die "Krise eine Erlösung für die Gewissen der Sozialisten" darstelle. Er begrüßte die Wunsche sich zum Scheitern der Formel "von Thorez bis Reynaud". Marcou Pivert erklärt, eine Politik des "sozialen Friedens" sei gefährlich. Er sei gegen jede Regierung, die nicht absolut nach dem Muster der Volksfront und unter Führung der Sozialisten gebildet sei. Wenn die radikale Partei nicht bei der Konstituierung dieser Kampfregierung behilflich sein wolle, müsse man den Vertrag mit ihr aufkündigen.

In seiner Resolution forderte Marcou Pivert die Organisation von außerparlamentarischen Massenaktionen. Seine Resolution unterschied sich vor allem dadurch von der Entschliessung Brecko-Zyromski.

Auch Marcou Pivert u. seine Freunde haben sich noch nicht völlig von der Volksfrontpolitik emanzipiert, von ihrer Idee der "Volksfront des Kampfes" befreit. Aber wir haben gesehen, dass Pivert immerhin den Bruch mit den Radikalen ins Auge fasst, dass Vivier eine "reinsocialistische Regierung", d.h. eine Regierung ohne Radikalen verlangt hat.

Nun ist die Notwendigkeit des Bruchs mit der Volksfrontpolitik, mit den Radikalen eine entscheidende Lehre der letzten Regierungskrise. Dass die Bourgeoisie, dass die Radikalen so froh werden konnten, ist darauf zurück-

(Fortsetzung Seite 11)





ist im Parteiarchiv abgelagert worden. "Einigt Euch, der Papst will es!" - heisst es dafür jetzt. Nach Marx u. Lenin ist nur Derjenige Marxist, der den proletarischen Klassenkampf bis zur Diktatur des Proletariats anerkennt. Das was Lenin als klassischen Opportunismus bezeichnete, passt auf die gegenwärtige Tätigkeit der Komm. Internationale selbst haargenau:

"Das Befürworten der Klassenharmonie, der Verzicht auf die Idee der sozialistischen Revolution und der revolutionären Kampfmethoden, die Anpassung an den bürgerlichen Nationalismus, das Vergessen der Tatsache, dass die Grenzen der Nationalität oder des Vaterlandes historisch veränderlich sind, die Erhebung der bürgerlichen Legalität zum Abgott, der Verzicht auf den Klassenstandpunkt und den Klassenkampf aus Furcht, die 'breiten Massen der Bevölkerung' (lies: das Kleinbürgertum) abzustossen - das sind unzweifelhaft die geistigen Grundlagen des Opportunismus" (Lenin, Lage und Aufgabe der sozialistischen Internationale; Nov. 1914).

Ja, die "kommunistischen" Opportunisten verwischen schon die tatsächlichen und grundsätzlichen Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie u. Sowjetdemokratie, wenn sie Leute wie Thorez in Arles feierlich erklären lassen, dass es neben der SU "nur noch ein freies Land" gebe, nämlich Frankreich, - was Stalin wiederum in seiner Art bestätigt, indem er die wirkliche Sowjetdemokratie in Scherben schlagen u. ihre wirklichen Verteidiger zu Tausenden massakrieren und füsillieren lässt.

Am 14. Jahrestag von Lenins Tod feiert die opportunistische, verräterische prinzipienlose Politik des "Nachfolgers" von Lenin, des "Grössten aller Zeiten", nämlich Stalins, die verheerendsten Triumphe. Auch die progressive Rolle Stalins in der sozialistischen Aufbauarbeit der SU hat aufgehört. Die Komintern aber ist zu einem Anhängsel der "demokratischen" Länder geworden, sie hat aufgehört auf das Weltproletariat und auf die Weltrevolution zu setzen. Total unfähig zur marxistisch-leninistischen Analyse der Kräfteverhältnisse in den Ländern, torckelt die KI vor dem gähnenden Abgrund und jene tollen Orgien des Opportunismus, die in ihr sich abspielen, haben nur in der II. Internationale ihresgleichen.

Das krönende Werk der Lebensarbeit von Lenin, Luxemburg, Liebknecht und den anderen grossen Toten ist seit Jahr und Tag gefährdet. Lenins weite Voraussicht, die in seinem Testamente zu den bekannten Vorbehalten in bezug auf Stalins Herrschaft in der Partei führte, ist in einem furchtbarern Masse von der Geschichte bestätigt worden. Diesem Zustande, welcher in der gesamten kommunistischen Internationale wie auch in der SU eingegrissen ist u. die Existenzgrundlagen beider bedroht, kann nur Einhalt geboten werden durch die Befolgung eines anderen leninischen Ratschlages den er anlässlich einer Parteireinigung der KPdSU durchzuführen empfahl:

"Es gilt, die Partei zu säubern - sagte Lenin - von den kleinen Lumpen, von denjenigen, die sich verbürokratisiert haben, von den unehrlichen Kommunisten, von den schwankenden Gestalten und von den Menschewiki, die die 'Fassade' neu aufgeputzt haben, aber im Inneren Menschewiki geblieben sind" (Lenin in der "Prawda" v. 21. September 1921).

Konkret gesprochen heisst das auf die gegenwärtigen Umstände übertragen: Vertreibung der stalinischen Oligon aus dem Komintern-, dem Staats- und Parteiapparat in der SU, denn ihre erzwungenen Wendungen lassen nur Ausweglose entströmen, sie führen jedoch, wie die Erfahrung zeigt, nicht die Gesundung herbei. Ohne diese schwere Voraussetzung, deren Erfüllung an die revolutionären Arbeitermassen in- und ausserhalb Russlands gewaltige Anforderungen stellt, wird die revolutionäre Wiedergeburt der KPdSU und KI im leninischen Sinne nicht zu denken sein.

-o-o-o-o-

#### Aus Hitlerdeutschland:

Die hitler'sche Terrorjustiz gegen die KPD (O).

=====  
 :::::=====  
 :::::=====  
 :::::=====

Von der KPD(O) wird uns geschrieben:

Wie wir bereits gemeldet haben, endete der Prozess vor dem sogenannten Volksgerichtshof in Berlin am 29. November gegen sieben Genossen der KPD (O) mit schweren Zuchthausstrafen für die Angeklagten. Der Verlauf des Prozesses zeigte, dass es weder der Gestapo noch dem Gericht gelungen war, den



Widerstandswillen u. die Überzeugungsmöglichkeit unserer Genossen zu brechen

Genosse Walter Uhlmann, Betriebsfunktionär der KPD(O) in den Zeiss-Ikon-Werken in Berlin-Zehlendorf u. Mitglied der Reichsleitung, erklärte in seiner Verteidigungsrede im Namen aller unter anderem: "Wir sind vor u. nach dem Kriege als junge Arbeiter zum Kommunismus gekommen, weil wir erkannt hatten, dass er der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Ausbeutung u. Barbarei ist. Wir stehen zu dieser unserer Auffassung, denn bis heute hat uns niemand eines besseren belehren können. Wir waren Kommunisten und bleiben Kommunisten".

Gen. Werner Müller, der organisatorische Leiter der KPD(O), war von der Gestapo in furchtbarer Weise misshandelt worden. Vor dem Untersuchungsrichter u. in der Verhandlung hat er erklärt, dass er allein verantwortlich für das sei, was man den anderen zur Last lege. Er bemühte sich, die anderen Angeklagten zu entlasten und zu decken. Das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus.

Dieselbe Strafe erhielt der Gen. Kurt Weise, seit vier Jahren Leiter der illegalen Internationalen Hilfsvereinigung (IHV) in Deutschland. Zu ihm erklärte der Vorsitzende, dass bei der Zumessung der Strafe vor allem die Tatsache ausschlaggebend gewesen sei, dass Weise Mitarbeiter von Max Hülz war. (Gen. Weise ist nach dem mitteldeutschen Aufstand im Jahre 1921 schon einmal zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt u. nach dem Mord an Rathenau ernannt worden).

Die Genossen Otto Öhring, Theo Gabby und Uhlmann erhielten als Mitarbeiter der Reichsleitung je 8 Jahre, Ernst Paul 4 Jahre und der Gen. Häske als Techniker der Reichsleitung 2 1/2 Jahre Zuchthaus.

Ebenso tapfer wie die Angeklagten verhielten sich auch ihre Frauen und Angehörigen, die der Verhandlung beiwohnten.

Der Vorsitzende des Gerichts gab in der Urteilsbegründung eine ausführliche "fachmännische" Darlegung über die Ziele u. die Taktik der KPD(O). Sie tröte für die Diktatur des Proletariats, für den bewaffneten Aufstand ein. Sie lehne zwar den individuellen Terror ab, aber dies nur aus Zweckmässigkeitsgründen. Sie sei hingogen für den revolutionären Massenterror. Es sei falsch die KPD als eine unbedeutende kommunistische Richtung anzusehen. Es handele sich vielmehr um den aktivsten Teil der kommunistischen Bewegung in Deutschland, der viel gefährlicher sei als die KPD selbst. "Denn, so erklärte er, diese Leute arbeiten viel intelligenter u. geschickter u. sie sind viel schwerer zu fassen. Wenn das nationalsozialistische Regime einmal eine Krise durchmachen müsste, so wäre jeder einzelne der Angeklagten instand, grosse Massen von Arbeitern um sich zu scharen u. dadurch würde eine schwere Gefahr für das Regime entstehen". Über die Führer der KPD sagte der Vorsitzende u. a., von Brandler sei es schon seit langem gerichtsanotorisch, dass er der klügste u. gefährlichste Führer der KPD gewesen sei. Thalheimer sei ein anerkannter Wissenschaftler, dessen Werke in der ganzen Welt bekannt seien. "Und die auch wir gut kennen", fügte er hinzu.

Der Reichsanwalt hatte je 10 Jahre für die Hauptangeklagten u. 6 bez. 2 Jahre für die anderen beantragt. Einer der Verteidiger meinte, wenn ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten oder Monarchisten, zu denen er übrigens selbst gehöre, zusammenkommen, so sei dies doch noch keine strafbare Handlung. Es lägen auch keinerlei Beweise dafür vor, dass die Tätigkeit der Angeklagten dem Staate geschadet habe. Worauf sich der Reichsanwalt erhob u. erwiderte, dass wenn der Verteidiger diese seine Theorie zur Praxis erheben würde, er sehr schnell auch auf der Anklagebank Platz nehmen müsste.

Dass das Gericht, den Ausführungen des Verteidigers nicht folgte, bewies die Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden u. die Tatsache, dass das Gericht in den meisten Fällen weit über das beantragte Strafmass hinausging

Über den Verlauf eines zweiten Prozesses, der zur gleichen Zeit hinter verschlossenen Türen vor dem Kammergericht gegen eine weitere Serie von Angeklagten stattfand, sind bis jetzt nur die Urteile bekannt geworden. Sie











Erscheint wöchentlich.

Einzelo exemplar: 0.75 Cts.  
Monatlich: 2.50 Frs.  
Ausland: 3.50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 5./V. Jahrgang.

Fünfte Januarwoche 1938.

## SFIO und KPF für die Regierung Chautemps. oo

Bei der Kammerabstimmung über die Erklärung der neuen Regierung Chautemps hat diese eine Mehrheit erhalten, die von der KPF bis zur Flandingruppe reicht, also eine Mehrheit "von Thorez bis Reynaud", wie sie Blum während der jüngsten Regierungskrise befrwortete. Die äusserste Rechte, die Marinogruppe, die Abgeordneten der Croix de feu etc. enthielten sich der Stimme, um dem Votum der Kammer seinen Charakter als einer Kundgebung der breitesten "union nationale" zu wahren. Nur der Frontist Bergery stimmte gegen die Regierung. Die Kammerabstimmung bringt zum Ausdruck, dass die Regierung Chautemps eine Regierung der Liquidation der Volksfront, des Übergangs zu einer offenen Regierungskombination mit den Rechtsparteien ist. Die Führer der SFIO und der KPF versuchen das Votum der Kammer als einen grossen Sieg über die Reaktion darzustellen. Sie werfen sich stolz in die Brust, die Volksfront sei, sagen sie, nicht tot, die Volksfrontmehrheit in der Kammer sei nach wie vor intakt, u. die neue Regierung sei, alles in allem genommen, auch eine Volksfrontregierung. Daran ist nur soviel wahr, dass das Zustandekommen der Regierung Chautemps eine Konsequenz der Volksfrontpolitik der SFIO u. der KPF ist, dass die Volksfrontpolitik die SFIO und die KPF schliesslich dazu geführt hat, dass sie der von Chautemps gebildeten Regierung der früheren Mitarbeiter Doumergues u. Leval, die von Flandin u. seinen Freunden mit Recht als Übergang zu einem Kabinett der "union nationale" begrüsst wird, gehorsame Gefolgschaft leisten. Die Politik des Bündnisses mit der radikalen Kapitalistenpartei hat die SFIO u. die KPF zu immer schmäherlicheren Kapitulationen vor der Grossbourgeoisie, zu immer schändlicheren Verrätereien an den Interessen der Arbeiterklasse veranlasst. Um das Bündnis mit den Radikalen aufrechtzuerhalten, sind SFIO u. KPF folgerichtig (folgerichtig im Sinne des Reformismus) dazu gelangt, dass sie jetzt in einer Reihe mit den Flandin u. Reynaud marschieren. Wenn man einmal anfängt, die Zusammenarbeit mit den "fortschrittlichen", "freiheitliebenden" Kapitalisten zu predigen, dann ist man auf der Rutschbahn, auf der die deutsche Sozialdemokratie schliesslich bei Hindenburg als Repräsentanten des "kleineren Übels" gekommen ist. Blum hat während der Regierungskrise den "Antifaschismus" von Paul Reynaud entdeckt. Und bei der Kammerabstimmung haben SFIO u. KPF zusammen mit Flandin u. Reynaud gestimmt, um "die Reaktion zu schlagen". Die Intaktheit der Volksfrontmehrheit im Parlament ist nur dadurch aufrechterhalten worden, dass SFIO u. KPF sich in eine neue Regierungsmehrheit, die bis Flandin reicht, eingegliedert haben. Die Aufrechterhaltung der Volksfront bedeutet heute weiter nichts, als dass SFIO u. KPF die faktische Zusammenarbeit der Radikalen u. der Flandingruppe unterstützen, dass sie eine Politik der "union nationale" fördern, dass sie es Chautemps gestatten, die Hineinnahme der Rechtsparteien in die Regierung, die den Radikalen bei der jüngsten Krise infolge der Stimmung der werktätigen Massen nicht gelungen ist, jetzt besser vorzubereiten. Der Endeffekt dieser Politik wird natürlich sein, dass die Radikalen der SFIO u. der KPF, u. vor allem der letzteren, zum Dank schliesslich doch einen Fusstritt versetzen werden.

Die Presse der SFIO u. der KPF versucht, die Regierungserklärung von Chautemps als ein Bekenntnis zur Volksfront u. zu ihrem Programm, sowie zu den sozialen Errungenschaften, die sich die Arbeiter 1936 erkämpft haben, hinzustellen. In Wirklichkeit hat Chautemps zwar einige Allgemeinheiten über die Volksfront gesagt, es aber geflissentlich vermieden, sich auf das Pro-

gramm der Volksfront festzulegen. Als erstrebenswertes Ziel jedoch hat er die von Blum angestrebte, breite "nationale Front", d.h. die Hineinnahme von Vertretern der Rechtsparteien in die Regierung bezeichnet.

Chautemps versprach zwar eine Bestrafung der Cagouards, aber die Art, wie jetzt die Untersuchung in dieser Affaire weitergeführt wird, zeigt, dass die Regierung keineswegs daran denkt, den Hintermännern der Cagouards aus den Kreisen der Grossindustrie u. der hohen Militärs nahezutreten. In der Regierungs Erklärung wird zudem die Bestrafung der Cagouards im Zusammenhang mit dunklen Drohungen gegen "alle Störungen der Ordnung", gegen "die Treiber der verdächtiger Ausländer" usw. erwähnt. Nun weiss jeder, dass für die Bourgeoisie streikende Arbeiter die "Ordnungsstörer" u. antifaschistische Emigranten "verdächtige Ausländer" sind. Dieser Passus der Regierungs Erklärung ist der Sache nach also weiter nichts als eine Wiederholung der provokatorischen Erklärung, die zum Rücktritt der Regierung Chautemps-Blum führte.

Auch in bezug auf die Stellung zu Streiks u. zur Gewerkschaftsbewegung überhaupt hat die bürgerliche Reaktion allen Grund, mit Chautemps zufrieden zu sein. Das neue "Statut der Arbeit", das Chautemps dem Parlament unterbreitet, sieht eine weitere beträchtliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften u. vor allem des Streikrechts vor. Erstens soll jetzt die Verbindlichkeits Erklärung von Schiedssprüchen u. die Bestrafung von Gewerkschaften, die trotz einem für die Arbeiter unbefriedigenden Schiedsspruch Streiks führen, vorgesehen werden. Zweitens sollen Betriebsbesetzungen ausdrücklich verboten, u. das heisst auch, unter Strafe gestellt werden. Drittens sollen Streiks nur nach einer geheimen Urabstimmung der beteiligten Arbeiter geführt werden dürfen, eine Bestimmung, die in das innere Leben der Gewerkschaften eingreift u. die vor allem die spontane Aktivität der Arbeiter ersticken soll. Wenn dieses Statut der Arbeit zum Gesetz wird, dann hat die Regierung allerlei formelle Handhaben u. Vorwände, um so, wie das die Grossbourgeoisie wünscht, mit Gewalt gegen streikende Arbeiter vorzugehen. Die Führungen der SFIO, der KPF u. der CGT sind allem Anschein nach bereit, das geplante "Statut" zur Beaufsichtigung der Gewerkschaften durch den bürgerlichen Staat u. zur Drosselung des Streikrechts anzunehmen, wenn die Regierung ihnen dabei einige Konzessionen in Nebenfragen macht. Es ist notwendig, dass diese Absicht der Bürokraten der SFIO, KPF u. CGT durch einen entsprechenden Protest der Arbeiter vereitelt wird.

Die Sprecher der SFIO u. der KPF preisen es als einen grossen Erfolg, dass die Regierungs Erklärung erklärt, dass die "rechtmässig erworbenen sozialen Errungenschaften nicht angetastet" werden sollen. Sie vergessen aber hinzu zufügen, dass Chautemps die "Anpassung" der Sozialgesetze an das "national Leben" ankündigt, u. bekanntlich sind die Unternehmer der Ansicht, dass die Vierzigstundenwoche erst dann "passt", wenn sie mindestens 48 Stunden lang ist. Das meinte ja auch Chautemps, als er von einer "Beschleunigung des Rythmus der Produktion" sprach.

Schliesslich hat Chautemps die Einführung einer "Hilfe für die alten Arbeiter...", die keine anderen Existenzmittel haben als den Schutz der Allgemeinheit, angekündigt. Das ist, wie selbst der Chautemps-freundliche SFIO-Führer Février zugeben musste, keine Altersunterstützung, keine Unterstützung aller Arbeiter, die ein bestimmtes Alter erreicht haben. Was Chautemps vorhat, ist nichts als eine Art von Armenunterstützung für diejenigen alten Arbeiter, bei denen durch eine schikanöse u. erniedrigende Bedürftigkeitsprüfung nachgewiesen werden wird, dass sie wirklich vor dem Hungertod stehen.

Andererseits verkündete Chautemps die Weiterführung u. Verstärkung der militärischen Rüstungen des französischen Imperialismus u. die Fortführung der bisherigen Aussenpolitik, deren Glanzpunkt bekanntlich die Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien ist.

Die neue Regierung Chautemps ist verschiedentlich mit den radikalen Kabinetten der Zeit von 1932 bis 1934 verglichen worden, deren Regierungsfähigkeit schliesslich die faschistische Emeute v. 6. Februar 1934 ermöglicht hat. Aber aus diesem Vergleich, der auch in der Presse der KPF vorzufinden ist, folgt, dass SFIO u. KPF Vorarbeit für den Faschismus leisten, wenn sie die Regierung Chautemps unterstützen. Dadurch, dass die grossen Arbeiterparteien



im Namen der Volksfrontpolitik alle reaktionären Massnahmen der Radikalen unterstützen u. mit diesen durch Dick u. Dünn gehen, verschaffen sie dem Faschismus auf die Dauer noch viel bessere Möglichkeiten, als er sie vor dem 6. Februar 1934 hatte.

-o-o-o-

MOCH ZUR FINANZLAGE.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Im "Populaire" vom 24. Januar finden wir einen Artikel von Jules Moch zur Finanzlage, in dem es u. a. heisst:

"Das Problem der Staatskasse läuft auf die Tatsache hinaus, dass die öffentliche Maschine im Jahre 1938 mehr als 130 Milliarden kosten wird... Diese astronomische Gesamtsumme wird aufgebracht werden durch 13 Milliarden direkter Steuern..., 60 Milliarden indirekter Steuern, 10 Milliarden Einnahmen aus Staatsbesitz u. Staatsbetrieben u. schliesslich 50 Milliarden Anleihen des Staates oder der lokalen Körperschaften.

Nun wird das Einkommen der Gesamtheit der Bürger (aus Gehältern, Pensionen, Wertpapieren, Industrie, Landwirtschaft u. Grundbesitz) auf 200 - 250 Milliarden geschätzt. Daraus ergeben sich drei scharfe Probleme: 1) wie soll auf die Dauer mehr als die Hälfte der Einkommen des Landes mit Beschlag belegt werden, so dass kaum 100 Milliarden für das Leben von 40 Millionen Bürgern u. von Tausenden von Unternehmungen zur Verfügung bleiben? 2) wie soll auf die Dauer eine Milliarde pro Woche im Anleihewege aufgebracht werden, wo die jüngsten Erfahrungen zeigen, dass in solchen Mengen nicht geht? ... Unsere Wirtschaft ist zur Hälfte mobilisiert; der Dienst der Kriege- u. Wiederaufbauanleihen, Pensionen, Militärausgaben budgetärer Art oder für militärische Anlagen betragen 45 - 50 Milliarden von insgesamt 133; die Hälfte unseres Bergbaus, unserer Metall- u. chemischen Industrie lebt lediglich von wirtschaftlich unproduktiven Aufträgen für die Landesverteidigung."

Diese sachliche Darstellung der Finanzlage Frankreichs durch Moch steht in einem völligen Kontrast zu den optimistischen Schilderungen über die sogenannten Wirkungen der Politik der Volksfrontregierungen, die wir bisher von den Führern der SFIO zu hören bekamen. Der Artikel von Moch ist ein unfreiwilliges Eingeständnis dessen, dass die Instanzen der SFIO die Arbeiter bisher völlig über die wirkliche Lage getäuscht haben. Welche Auswege sieht nun Moch aus der Finanzkrise Frankreichs? Einmal die Inflation, wie während des Weltkriegs u. wie, fügen wir hinzu, sie von Chautemps u. Bonnet mit Unterstützung der SFIO betrieben wurde u. betrieben wird. Andererseits Nationalisierungsmassnahmen, sowie eine Kontrolle der Devisengeschäfte u. des Aussonhandels. Zu den letzteren Massnahmen will Moch die Volksfront, d. h. die Radikalen, überreden. Bisher haben die Überredungskünste der SFIO bei den Radikalen keinen Erfolg gehabt, vielmehr waren es die Chautemps u. Bonnet, die die SFIO-Führer veranlasst haben, ihrer Finanzpolitik Folge zu leisten. Aber in jedem Falle würden Nationalisierungsmassnahmen im bürgerlichen Staat (nach dem traurigen Muster der "Nationalisierung" der Rüstungsindustrie u. der Eisenbahnen), sowie eine Kontrolle des Devisenverkehrs u. des Aussonhandels durch den bürgerlichen Staat u. seine Behörden keine Lösung im Interesse der Werktätigen darstellen. Die Zahlen, die Moch anführt, zeigen, dass eine Lösung des Problems der Finanzen im Interesse der Werktätigen nur möglich ist durch eine umfassende Expropriation kapitalistischer Vermögen, durch die proletarische Revolution. So ist z. B. eine Annullierung der inneren Schuld auf zweierlei Weise möglich: 1) durch eine Inflation, wie Moch das andeutet u. wie das z. B. in Deutschland geschehen ist, durch eine Entwertung der Währung bis auf den Nullpunkt d. h. auf Kosten der werktätigen Massen u. zugunsten der Grossbourgeoisie. 2) auf Kosten der Grossbanken u. der sonstigen kapitalistischen Kreise im Zusammenhang mit einer Entschädigung der kleinen Sparer durch eine ausreichende Rente; aber dies ist nur durch die proletarische Revolution möglich, denn nur so ist es möglich, die Kapitalisten zugunsten der Werktätigen zu expropriieren. Um der proletarischen Revolution den Weg zu bahnen, müssen die Arbeiter aber für eine Kontrolle der Banken u. der Industrie nicht durch den bürgerlichen Staat, sondern durch Organe der Werktätigen kämpfen. Und dazu gehört auch, dass man die importa-

listischen Rüstungen bekämpft u. nicht unterstützt, wie Moch u. seine Freunde

-0-0-0-

DER REGIONALKONGRESS DER SEINEFÖDERATION DER SFIO.

oo

Am letzten Sonntag fand die erste Sitzung des Regionalkongresses der Seineföderation der SFIO statt. Die Mehrheit der Delegierten des Kongresses gehörten der von Marceau Pivert geführten Fraktion der "Gauche Révolutionnaire" an. Die Richtung Marceau Piverts hat sich also die Führung in der neben der des Nord wichtigsten Föderation der SFIO erobert. Das Auftreten Piverts u. seiner Freunde auf dem Bezirksparteitag zeugte von einer weitere Klärung der politischen Auffassungen des "Gauche Révolutionnaire". Während Pivert bisher noch an der Lösung einer "Volksfront des Kampfes" festhielt u. noch auf der jüngsten Tagung des Nationalrats der SFIO eine "Regierung nach dem Bilde der Volksfront" forderte, erklärte er jetzt, dass die Volksfront tot sei u. dass es notwendig sei, eine "revolutionäre Front", eine Front der Arbeiterorganisationen zu bilden. Dementsprechend forderte Pivert auch eine "Regierung der revolutionären Front". Die "Gauche révolutionnaire" verlangt ferner u. a. einen Kampf gegen die neue Regierung, gegen die imperialistischen Rüstungen, sowie die Schaffung von Selbstschutzorganen gegen die faschistischen Putschvorbereitungen. Der "Populaire" druckt einen Artikel von Costedoat, dem jungen Mann Paul Faures in der Seineföderation, ab, der gegen die neue Mehrheit der Seineföderation ins Feld zieht, weil sie gegen die Volksfront sei u. man denke nur - die proletarische Revolution befürworte. Ebenso bringt die "Humanité" ein Artikelchen, in dem sie sich über die Politik Marceau Piverts entrüstet. So finden sich die rechten Führer der SFIO u. die Bürokraten der KFF im Kampfe gegen die oppositionellen, sich nach links entwickelnden Arbeiter zusammen. Wenn Marceau Pivert u. seine Freunde nach der Eroberung der Seineföderation einen wirklich revolutionären Kampf gegen die Volksfrontpolitik führen wollen, wenn sie wirklich imstande sein wollen, die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront im Zeichen des Klassenkampfes zu fördern, dann dürfen sie nicht vor dem endgültigen Bruch mit den reformistischen Führern der SFIO zurückschrecken, sondern müssen sich auf diesen Bruch vorbereiten. Sie brauchen vor einem solchen Bruch keine Angst zu haben, er würde im Gegenteil die Scheidung der Geister innerhalb der KFF fördern, in der die Unzufriedenheit der Mitglieder ebenfalls steigt.

-0-0-0-

DER SPLITTER IM AUGEN DES NÄCHSTEN...

oo

Die stalinistischen Volksfrontpolitiker vermeiden es für gewöhnlich, u. aus gutem Grunde, sich auf Marx u. Lenin zu berufen. Eine Ausnahme bildet Julius Alpari, dem es von seinen Vorgesetzten gestattet ist, von Zeit zu Zeit in der "Rundschau" eine Sondervorstellung mit "marxistischen" Attraktionen zu geben, womit bewiesen werden soll, dass die Jünger Stalins orthodoxe Marxisten geblieben sind, obwohl sie vor der französischen Bourgeoisie, vor dem Papst, vor Roosevelt usw. bäuchlings daherrutschen. Die neueste Schau- stellung Alparis als marxistisch-leninistischer Illusionist ist ein in der "Rundschau" Nr. 53 (vom 9. Dezember 1937) erschienener Artikel über die englische Ausgabe der Marxbiographie von Franz Mehring. In ihrer Einleitung zu diesem Artikel bemerkt die Redaktion der "Rundschau", dass in letzter Zeit immer mehr versucht werde, "die alte Vorkriegslinken in Mitteleuropa gegen die Bolschewiki, besonders auch gegen die Volksfront" auszuspielen.

Für die Redaktion der "Rundschau" u. für Alpari sind also Bolschewismus u. Volksfrontpolitik, Leninismus u. Stalinscher Verrat an der Revolution ein und dasselbe. Alpari versucht nun folgenden Taschenspielertrick: er weist in seinem Artikel auf die bekannte Tatsache hin, dass Mehring sich in seiner Beurteilung der Auseinandersetzungen zwischen Marx u. Lasalle u. zwischen Marx u. Bakunin geirrt habe, woraus unser KI-Beamter für das Ressort "marxistische Theorie" dann die Folgerung gezogen haben will, dass es falsch wäre, Mehring zu studieren, um aus seinen Werken Argumente gegen die Volksfrontpolitik, gegen den Stalinismus zu schöpfen. Aber es handelt sich heute gar nicht darum, die deutschen Vorkriegslinken u. unter ihnen Mehring gegen Lo-



nin aus spielen zu wollen, dagegen ist es aber richtig u. notwendig sich ebenso wie auf die Werke von Marx u. Lenin auch auf die marxistischen Meisterleistungen von Rosa Luxemburg u. von Franz Mehring im Kampfe gegen die Frostitulierung des Marxismus durch Stalin u. seine Jünger zu stützen.

Was Alpari betreibt, ist keine Verteidigung, sondern eine Verfälschung des Marxismus und des Leninismus im Interesse der Volksfrontpolitik, auch wenn er sich bei dieser unsauberen Verrichtung als Hüter der marxistischen Orthodoxie aufspielt. Den Beweis dafür liefert er selber in seinem Artikel.

Auch eine eiserne Stirn u. ein Kautschukartiges Gewissen bringen es nämlich nicht fertig, die marxistisch-leninistische Theorie u. die stalinistische Praxis miteinander zu vereinbaren. So ist denn auch Alpari bei seinem Artikel ein kleines Malheur passiert. Er hat den weisen biblischen Spruch ausser Acht gelassen, der da empfiehlt, sich nicht über den Splitter im Auge des Nächsten aufzuhalten, wenn man im eigenen Auge einen Balken hat. Und so ist es gekommen, dass Alparis Bemühungen, bei Mehring Splitter zu finden, um denjenigen etwas auszuwischen, denen es einfallen sollte, sich auf Mehring gegen die Volksfrontpolitik zu berufen, nur die Balken, mit denen die Stalinisten behaftet sind, um so plastischer u. eindrucksvoller hervortreten lassen.

Alpari behandelt, wie gesagt, hauptsächlich Mehrings Stellung zu den Auseinandersetzungen zwischen Marx u. Lasalle u. zwischen Marx u. Bakunin (dabei vermeidet es Alpari mit ocht stalinistischer Gewissenhaftigkeit, darauf hinzuweisen, dass in dem Anhang zur letzten deutschen Ausgabe der Mehringschen Marxbiographie, die der englischen Übersetzung zu grundeliegen hat, die irrtümlichen Auffassungen Mehrings zu diesen Fragen richtiggestellt worden sind). Aber die Untersuchungen Alparis über den Splitter im Auge Mehrings, d. h. darüber, dass er die Kritik von Marx an Lasalle u. Bakunin als übertrieben, als allzu scharf verurteilte, führt uns sofort zum Balken in den Schorganen Alparis u. der anderen Stalinisten; denn in einer Reihe wichtiger Fragen beziehen die Stalinisten heute eine Stellung, die der, die Marx bei Lasalle u. bei Bakunin kritisierte, verzweifelt ähnlich sieht.

Alpari schreibt:

"Lasalle verherrlichte den Staat als Vorkammer der Zivilisation. Marx verkündete als erste Aufgabe der Revolution die Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie. Mehring, der diesen Gegensatz kannte, hielt ihn gar nicht für so wichtig u. versuchte Lasalle mit Marx auf eine Stufe zu stellen".

Der Gegensatz ist allordings sehr wichtig. Aber was gegen Lasalles Staatsauffassung zu sagen ist, gegen seine Lehre von der Rolle des allgemeinen Wahlrechts, gegen seine Meinung, dass der Staat über den Klassen stehe, richtet sich erst recht gegen die als Karikatur Lassallescher Gedankengänge anmutende Idee der von "tiefem sozialen Inhalt erfüllten Demokratie von neuem Typus", in der "die materiellen Grundlagen des Faschismus beseitigt" sein sollen.

Marx hat an Lasalle noch einige andere Dinge kritisiert, so die "Realpolitik", die Lasalle (wie Marx an Kugelmann schrieb), dazu veranlasst hat, "mit Bismarck im Interesse des Proletariats" die Hand zu schütteln. Marx verachtete die "Realpolitiker", von denen er schrieb: "sie wollen die Umstände nehmen, wie sie sind, die Regierung nicht reizen usw., ganz wie unsere "republikanischen" Realpolitiker einen Hohenzoller als Kaiser "mitnehmen" wollen". Marx fand, dass die Arbeiterklasse unter keinen Umständen versuchen dürfe, nach dem Beispiel bürgerlicher Politikanten "Realpolitik" zu treiben, denn sie, die Arbeiterklasse müsse der Natur der Sache nach... ehrlich "revolutionär" sein". (Marx an Kugelmann, Brief v. 23. Februar 1865). Wer denkt da nicht an die stalinistischen "Realpolitiker", die sich auf die Londoner City u. die New-Yorker Wallstreet gegen den japanischen Imperialismus, auf den Papst gegen den Faschismus stützen u. bereit sind, soviel "nicht ganz reaktionäre", "freiheitliche" Kapitalisten "mitzunehmen", als er nur irgend geht?

Und schliesslich erinnern wir daran, dass Marx auf das schärfste den undemokratischen Aufbau der Lassalleschen Organisation, die Führerdiktatur, die in ihr herrschte, den "speichellockenden Lassallekultus" verurteilte. Dabei

waren Lassalle u. Schweitzer im Vergleich zu Stalin u. seinen Statthaltern  
 in Thorez, Earl Browder usw. die reinen Weisenknaben!

Alpari versucht allerdings den Eindruck zu erwecken, als hätte Marx gegen-  
 über Lassalle eine Art Volksfrontpolitik vertreten. Er erwähnt die Stellung  
 von Marx u. Engels im Jahre 1859, als diese (im Gegensatz zu Lassalle) das  
 Eingreifen Preussens u. der anderen deutschen Staaten in den französisch-  
 österreichischen Krieg, einen nationalen Krieg Deutschlands gegen den fran-  
 zösischen Bonapartismus u. vor allem aber gegen den russischen Zarismus be-  
 fürworteten. Alpari schreibt dazu:

"Diese Stellungnahme von Marx... zur bürgerlich-demokratischen Revolution  
 ist uns heute besonders wichtig, da wir in Ländern, wo der Faschismus ge-  
 siegt hat, in den politischen Zustand der Zeit der Heiligen Allianz zu-  
 rückgeworfen wurden, da wir gegen den Faschismus alle demokratischen  
 Kräfte zusammenfassen müssen, ähnlich, wie es seinerzeit Marx gegen den  
 Zarismus, gegen diesen Gendarm Europas, empfohlen hat."

(Was die Heilige Allianz hier soll, ist völlig unerfindlich, denn sie be-  
 stand 1859 längst nicht mehr. Aber Alpari scheint sich neuerdings in einem  
 Umschulungskursus eine Ignoranz der Geschichte erworben zu haben, wie sie  
 sich zwar für einen heutigen KI-Theoretiker gehört, wie er sie aber früher  
 nicht besaß. So schreibt er z. B., die "lassallianische Taktik" habe die  
 deutsche Sozialdemokratie "später" dazu geführt, "dass sie jede politische  
 Einwirkung auf die Bauern u. Kleinbürger verlor". Es genügt die Stimmzah-  
 len heranzuziehen, die die deutsche Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit  
 bei den verschiedenen Reichstags- u. Landtagewahlen erhielt, um zu ersahen,  
 welchen Einfluss sie auf breite Kleinbürger- u. Bauernmassen ausübte.)

Die von Marx u. Engels im Jahre 1859 vertretene Politik hat mit der heuti-  
 gen Stellung der KI, die die Arbeiterklasse auffordert, sich im Namen des  
 Kampfes gegen den Faschismus für die imperialistischen Interessen der  
 Bourgeoisie der demokratischen Länder einzusetzen, nichts u. auch rein gar  
 nichts zu tun. Ebensovienig hat sie etwas mit der Haltung der KI gegenüber  
 dem nationalen Krieg Chinas gegen die japanischen Imperialismus gemein.  
 Die Auffassung von Marx u. Engels geht aus einem Brief hervor, den Engels  
 am 18. Mai 1859 an Lassalle schrieb. Über die Perspektiven eines Krieges  
 Deutschlands gegen das zaristische Russland u. das bonapartistische Frank-  
 reich sagt Engels da:

"In einer solchen Krisis müssen sich alle bestehenden Mächte ruinieren u.  
 alle Parteien nacheinander aufreiben, von der Kreuzzeitung bis zu Gott-  
 fried Kinkel u. vom Grafen Rechberg bis zu Hecker, Struve, Blanck, Zitz u.  
 Blum". In einem solchen Kampf muss der Moment eintreten, wo nur die rück-  
 sichtsloseste, entschlossenste Partei imstande ist, die Nation zu retten,  
 und müssen zugleich die Bedingungen gegeben werden, unter denen es allein  
 möglich ist, den ganzen alten Plunder, die innere Trennung einerseits und  
 die durch Österreich gegebenen polnischen und italienischen Anhängsel,  
 vollständig über Bord zu werfen".

Marx und Engels wollten also einen nationalen Krieg Deutschlands gegen den  
 Zarismus ausnützen, um die Revolution in Deutschland zum Siege zu führen.  
 Sie ~~fügen~~ die Übernahme der Macht durch die "rücksichtsloseste, entschlos-  
 senste Partei", d. h. die revolutionäre Arbeiterpartei ins Auge (die "Hecker,  
 Struve" usw. waren der äusserste linke Flügel der bürgerlichen Demokratie).  
 Durch eine revolutionäre Kriegführung sollte die Einigung Deutschlands  
 durchgesetzt werden. (Schluss folgt)

-o-o-o-

Berichtigung. In der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" (Nr. 4.5 Jahrgang)  
 soll es in dem Leitartikel auf Seite 2, Zeile 4 von unten natürlich rich-  
 tig heissen: "Die wirkliche Alternative zu der Finanzpolitik der Auriol u.  
 Bonnet sind revolutionäre Massnahmen, die vom Willen zur Beseitigung des  
 Kapitalismus getragen sind" und nicht, wie es der Tippfehlerteufel zustan-  
 degebracht hat, "Begünstigung des Kapitalismus".



DER IGB LEHNT DIE BEDINGUNGEN DER SOWJETGEWERKSCHAFTEN AB.  
 ooo

Am 12. u. 13. Januar tagte in Paris unter dem Vorsitz von Sir Citrine der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Sitzung beschäftigte sich auch mit dem Ergebnis der Ende November in Moskau abgehaltenen Besprechungen zwischen der Delegation des IGB u. dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften. Der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften hatte bei diesen Besprechungen den Anschluss an den IGB auf der Grundlage folgender Bedingungen vorgeschlagen:

- a) Verstärkung der Tätigkeit des IGB in den Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen Krieg u. Faschismus.
- b) Alle Mittel der Propaganda u. Agitation sollen gegen Krieg und Faschismus ins Werk gesetzt werden.
- c) In allen Ländern Organisation proletarischer Sanktionen gegen die Aggressorstaaten; Deutschland, Italien, Japan (Weigerung, Schiffe der Aggressorstaaten zu beladen; Weigerung, Transporte, die für diese Länder bestimmt sind, durchzuführen; Organisation von Streiks in den Unternehmen, die Waffen u. Kriegsmaterial für die Aggressoren herstellen usw.).
- d) Wirksame Unterstützung Spaniens und Chinas in ihrem Kampf gegen die Aggressoren; Deutschland, Italien, Japan.
- e) Mithilfe an der Herstellung der Einheit der Gewerkschaften in den Ländern (USA, Tschechoslowakei, Kanada, Südamerika, Spanien usw.), wo die Gewerkschaftsbewegung noch gespalten ist oder wo die Gefahr einer Spaltung besteht.
- f) Unterstützung der proletarischen Einheitsfront und der Volksfront, in den Ländern, wo diese bestehen, im Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Neben diesen Fragen stellte der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften noch folgende organisatorische Bedingungen:

- 1) Die Delegation des Zentralrats der Gewerkschaften der USSR schlägt vor, einen außerordentlichen Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes einzuberufen, an dem auch die Sowjetgewerkschaften teilnehmen werden, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu bekräftigen.
- 2) Der IGB soll drei Präsidenten haben, von denen einer Vertreter der Sowjetgewerkschaften ist. Im Vorsitz des Büros wird abgewechselt. Einer der Generalsekretäre muss Vertreter der Sowjetgewerkschaften sein.
- 3) Die Sowjetgewerkschaften müssen, wenn sie die ungeheuren Verpflichtungen finanzieller Art auf sich nehmen, die den Statuten entsprechen die Garantie erhalten, dass die von den Sowjetgewerkschaften einbezahlten Millionen Franken nicht zur Propaganda gegen die USSR u. gegen die sowjetische Gewerkschaftsbewegung dienen".

Die Vorstandssitzung des IGB hat nach der Entgegennahme eines Berichts über die Verhandlungen in Moskau und nach Kenntnisnahme der sowjetischen Bedingungen, in einer Entschliessung "festgestellt, dass nicht ein reguläres Aufnahmegesuch des Zentralrats der russischen Gewerkschaften vorliegt, sondern statt dessen eine Reihe von Bedingungen, die zu erfüllen wären, bevor ein Aufnahmegesuch eventuell an den IGB gerichtet werden könnte. Das Büro betrachtet diese Bedingungen als unannehmbar. Es beschliesst daher, den angeschlossenen Organisationen unverzüglich alle Einzelheiten der Frage mitzuteilen im Hinblick auf den Zusammentritt des Generalrats des IGB in Oslo..."

Die Entscheidung des Vorstandes des IGB zeigt, dass sich auf dem Gebiete der Gewerkschaftseinheit die gleiche Lage herausbildet, wie sie sich auf politischem Gebiete in der Frage der Einheitspartei entwickelt hat. Obwohl die Bedingungen des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften für den Anschluss des IGB in allen Punkten sich im Rahmen der reformistischen Politik der KI bewegen, lehnen die Vertreter der dem IGB angeschlossenen reformistischen Gewerkschaften dennoch diese Bedingungen ab. Die Bedingungen der sowjetischen Gewerkschaftsinstanzen legen dem IGB und seinen Organisationen keinerlei Verpflichtungen für den Kampf gegen den heimischen Imperialismus auf, sie fordern keine revolutionäre Politik gegen den heimi-





Wegen einigem Eigentum beschlagnahmt worden ist, so deshalb, weil seine Besitzer offen gegen die Regierung revoltiert u. den Rebellen geholfen haben

Dieses Eigentum bleibt in unserer Hut u. wird eventuell enteignet werden, da bei dem, dass seine Besitzer sich loyal gegenüber der Republik verhalten wollen. Zahlreiche Eigentümer haben übrigens ihren Frieden mit der Republik gemacht u. sind wieder in den Besitz ihres Eigentums gelangt... Was die ausländischen Eigentümer anbelangt, so wird jeder von ihnen, der nach Spanien zurückkehrt u. die Zurückgabe seines Eigentums verlangt, es sofort erhalten, u. es wird ihm ein Schutz gestellt werden, damit er es in Sicherheit nützen kann. Ich übernehme dafür eine feierliche Verpflichtung.

Die Beschlagnahme von Eigentum ist ungesetzlich. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um den ausländischen Besitzern oder Aktionären die volle Nützenutzung ihres Eigentums u. die vollständige Ausübung ihrer Rechte zu gewährleisten...

Inbezug auf das Eigentum oder die Sachen, die von den Arbeitern beschlagnahmt worden sind, hat sich die Lage in den letzten Monaten sehr stark geändert. Die Arbeiter erkennen die Schwierigkeiten, die die Führung der Betriebe mit sich bringt, u. sie werden jeden Tag mehr geneigt, eine Regelung anzunehmen, falls sie angemessen ist u. so etwas wie eine Gewinnbeteiligung einschliesst. Wir haben uns die Mitarbeit der Kommunisten bei dieser Sache versichert, u. wir werden die notwendigen Schritte tun, um die der Anarchisten zu erlangen.

Das Geständnis könnte nicht klarer sein: "Die Eigentümer, die Frieden mit der Republik schlossen, worden wieder in den Besitz ihres Eigentums gelangt". Das geschah bereits im Falle Portola Valladarez.

"Die Beschlagnahme von Eigentum ist ungesetzlich". Diese Erklärung ist eine absolute Verneinung des Prinzips der Autonomie Kataloniens. Denn im Oktober 1936 veröffentlichte die katalanische Regierung einen Erlass über die Kollektivisierung des gesamten Besitzes in Katalonien - mit Entschädigung für die Ausländer, die Möglichkeit einer Entschädigung der spanischen Eigentümer wurde offen gelassen. Etwas später veröffentlichte sie einen Erlass über die Kommunalisierung der städtischen Betriebe in Barcelona u. traf gleichzeitig alle Massnahmen für die Kollektivisierung des landwirtschaftlichen Eigentums. Wo bleibt da die Ungesetzlichkeit der Enteignungen?

Wenn das ungesetzlich wäre, wie Negrin behauptet, so hiesse das, dass alles, was in Spanien nach dem 19. Juli 1936 geschehen ist, u. sogar die neue Gesetzgebung vor der Bildung der Regierung Negrin als ungesetzlich betrachtet wird. Das erklärt, warum das Interview von Negrin nicht in Spanien veröffentlicht worden ist. Die Erklärungen von Negrin stehen in krassem Widerspruch zu der Kampagne, die die Stalinisten u. die Sozialisten unter den Arbeitern u. Bauern führen. Jeden Tag versichert man ihnen von neuem, dass die Errungenschaften der Revolution bewahrt bleiben würden u. dass man sie nur deshalb nicht erweitert, weil es gelte, alle Kräfte zu einigen, um den Krieg zu gewinnen.

Aus denselben demagogischen Gründen hat die "Humanité" den Teil des Interviews, der sich auf die angebliche Ungesetzlichkeit der Eigentumsbeschlagnahme bezieht, nicht veröffentlicht. Aber sie hat auch nicht dagegen protestiert u. die Behauptung Negrins, die Kommunisten unterstützen sein Programm nicht dementiert. Denn diese Behauptung entspricht der Wirklichkeit; sie stimmt mit der Politik überein, die die KP und die PSUC seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Spanien betrieben haben.

Dagegen veröffentlichte die "Humanité" mit grosser Befriedigung den Teil des Interviews, in dem Negrin für die Beibehaltung der Verfassung von 1931 u. für die Verteidigung der Kirche eintritt.

Diejenigen, die am meisten mit den Erklärungen Negrins zufrieden sind, sind die Faschisten. Das Informationsbulletin, das sie in Paris unter dem Namen "Spanisches Informationsbulletin" herausgeben, veröffentlicht ausführlich

diese Erklärungen u. kommentierte sie mit Wohlgefallen. Einer der Sätze, den die Faschisten voller Genuss wiedergaben, ist der, in dem Negrin sagt, dass er als Mitglied einer alten katholischen Familie "aufs tiefe die Ausschreitungen bedauert, die gegen die Priester oder die religiösen Orden besonders am Beginn des Aufstands begangen worden sind. Ausschreitungen, die z. T. auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass in den Augen des Volkes die Führer der Kirche eine grosse Verantwortung für den Aufstand tragen".

Das bedeutet, dass es für Negrin selber zweifelhaft ist, ob die Kirche mitverantwortlich für den faschistischen Militärputsch von 1936 ist. Diese Verantwortung wird jedoch von keinem kirchlichen Würdenträger gelugnet. Aber das kümmert Herrn Negrin nicht, der Hunderte von Arbeiter nach dem Gefängnis geworfen hat, weil sie kirchliche Personen in den ersten Monaten der Revolution verfolgt haben. Wahrlich, die Faschisten tun Herrn Negrin Unrecht, wenn sie an die Ehrlichkeit seiner Erklärungen zweifeln!

(Independent News)

### Konterrevolution u. Negrinregierung.

Die halboffizielle Agentur "Agence Espagne" in Paris veröffentlicht den folgenden Auszug eines Artikels des Mitarbeiters des "News Chronicle", Vernon Bartlett:

"Mit der Zeit haben sich die britischen Kreise davon überzeugt, dass die Gefahr eines kommunistischen Spaniens - im Falle eines Sieges von Barcelona - so gering ist, wie es der "News Chronicle" bereits vor 1 Jahre festgestellt hat. Die gemässigten spanischen Elemente gewinnen augenblicklich die Oberhand u. es kann sein, dass die englische Regierung, wenn sie dies erst einmal festgestellt hat, in Zukunft etwas weniger besorgt ist in Hinblick auf die Folgen eines Sieges der spanischen Regierung".

Herr Bartlett kann es nicht klarer sagen, dass die Politik der englischen Regierung kein anderes Ziel gehabt hat, als die Möglichkeiten eines Sieges der Revolution in Spanien zu zerstören. Es mag sein, dass diese Feststellung manchen etwas naiv erscheinen mag, weil man sich schliesslich auf nichts anderes gefasst machen konnte von Seiten einer Regierung, die den Kapitalismus in seiner ausgeprägtesten Form repräsentiert. Indessen stützt sich diese Feststellung diesmal auf Tatsachen. Für Stalinisten u. Sozialisten gab es als Verbrechen derartige Feststellungen zu machen; einige Monate ist das her.

Die "Batalla" (Organ der POUM) wurde, als dies einmal tat, von dem Journalisten für internationale Politik im stalinistischen UGT-Organ "Las Noticias" beschuldigt, ganz bewusst den Faschisten in die Hände zu arbeiten, indem sie versuche eine Atmosphäre des Misstrauens zwischen dem antifaschistischen Spanien und seinen Verbündeten England und Frankreich zu schaffen.

(Independent News)

### Die POUM aus dem Gemeinderat von Valencia ausgeschlossen.

Wir berichteten bereits über den Vorstoss der KP auf Ausschluss der POUM aus dem Gemeinderat von Valencia. Da die Mehrheit des Gemeinderats dem Verlangen des KP-Sprechers nicht nachkam, hat nunmehr der Gouverneur den Ausschluss der POUM aus der Gemeindeverwaltung verfügt. Die "Independent News" schreibt dazu u. a.:

"Das Leben in der Stadtverwaltung wird fortgesetzt wie vorher, aber ohne die Vertreter der POUM. Die POUM aber war es, die als einzige Partei mit der CNT nach dem Aufstand vom 19. Juli, unter Missachtung der Meinung der republikanischen Autoritäten von Valencia, die Arbeiterklasse aufrief, um das Militär zu entwaffnen, dass sich in den Kasernen eingeschlossen hatte, in der Erwartung sich dort zu halten. Der einzige Arbeiter, der im Verlauf dieses Kampfes getötet wurde, war ein Militant der POUM. Die Verwundeten gehörten der gleichen Partei und der CNT an. Die KP hatte kein einziges Opfer zu beklagen, weil sie damals in Valencia kaum existierte. Auch die sozialistische Partei hatte kein Opfer zu beklagen und noch weniger die republikanischen Parteien".

Diese Parteien aber fühlten sich jetzt unter Vorantritt der KP berufen, die POUM, unter der vorliegenden und infamen Beschuldigung, im Dienste Francos zu stehen, auch aus dem letzten Gemeinderat im republikanischen Spanien auszustossen.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.





Ist aber noch viel schlimmer. Sie sind bereit, dem Raub des Streikrechts und anderen massiven reaktionären Massnahmen zuzustimmen, ohne dafür auch nur eine nennenswerte Konzession einzuhandeln.

Das wichtigste der sechs Gesetze ist das Streikgesetz. Vor einem Streik oder einer Aussperrung muss der Konflikt der Schlichtungsinstanz unterbreitet werden. Wenn ein Streik ausbricht, delegiert der Prefekt oder, wenn es sich um mehrere Departements handelt, der Arbeitsminister einen Beamten, der alle am Konflikt beteiligten Arbeiter in gehobener Abstimmung über die Fortsetzung des Streiks abstimmen lässt. Die Teilnahme an der Abstimmung ist Pflicht, auf Nichtabstimmung steht Geldstrafe. Die Abstimmung wird, solange der Streik andauert, jede Woche wiederholt. Wenn die Mehrheit sich bei der Abstimmung für den Streik erklärt, muss der Betrieb geschlossen bleiben, solange noch durch eine neue Abstimmung der Abbruch des Streiks beschlossen ist. Während dieser Zeit darf der Unternehmer keine Arbeiter einstellen. Im Falle eines Streiks findet eine beschleunigte Schlichtungsprozedur statt. Der Schiedsspruch muss sofort durchgeführt werden. Der Artikel 5 des Gesetzes lautet:

"Wenn der Streik trotz einem ablehnenden Votum oder nach Bekanntgabe des Schiedsspruchs des Schlichters fortgesetzt wird, kann jeder, der mit Hilfe von Gewalt, Gewalttätigkeiten, Drohungen, betrügerischen Manövern, Besetzung der Arbeitsplätze die Freiheit der Arbeit beeinträchtigt oder zu beeinträchtigen vereucht, mit Gefängnis von 6 Tagen bis zu 3 Jahren und mit einer Geldstrafe von 16 bis 3 000 Francs oder zu einer von diesen Strafen bestraft werden, ausser wenn der Unternehmer nicht den Schiedsspruch durchführt".

Der Clou des Gesetzes ist aber folgender Absatz des Artikels 4, der es der Regierung und ihren Behörden gestattet, jeden Streik nach Belieben zu verbieten:

"Wenn das Funktionieren der Betriebe, des Betriebs oder der Betriebsabteilung, wo der Streik ausgebrochen ist, für die Existenz oder Sicherheit der Bevölkerung oder für das Funktionieren anderer Betriebe unerlässlich ist, wird die Regierung die notwendigen Massnahmen treffen, um das Funktionieren der unerlässlichen Dienste zu sichern, im Einverständnis mit den interessierten Unternehmern und Arbeitern oder falls kein Einverständnis erzielt wird, durch direkte Intervention".

Mit dieser Bestimmung des Artikels 4 des Gesetzes über die Streiks kann die Regierung, wenn es ihr passt, Streiks mit Gewalt niederschlagen, Streikbrecher einsetzen usw. Das Gesetz ist hier mit Absicht kautschuckartig gefasst, darunter fallen nicht nur die öffentlichen Betriebe, die für die "Existenz der Bevölkerung", sowie die Rüstungsbetriebe, die für deren "Sicherheit" als "unerlässlich" bezeichnet werden können, jeder x-beliebige Betrieb kann, wenn die Regierung u. ihre Behörden Lust haben, nach dem Wortlaut dieses Gesetzes als Objekt des amtlich organisierten Streikbruchs dienen, weil er "für das Funktionieren anderer Betriebe" notwendig ist. In dem Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft sind es gerade die wichtigen grossindustriellen Betriebe, von denen das Funktionieren der übrigen Teile der Wirtschaft abhängt.

Falls ein Streik dennoch erlaubt wird, werden die beteiligten Arbeiter einer speziellen Aufsicht durch die Behörden des bürgerlichen Staats unterworfen. Der Sache nach bedeuten die behördlich organisierten und beaufsichtigten Streikabstimmungen einen Eingriff des bürgerlichen Staates in das innere Leben der Gewerkschaften, einen Schritt zur Abhängigmachung der Gewerkschaften von diesem Staat.

Die Streikabstimmungen des neuen Gesetzes fussen bekanntlich auf einem Gesetzentwurf, den Millerand im Jahre 1901 als "sozialistischer" Minister der Regierung Waldeck-Rousseau einbrachte. Damals erklärte die CGT:

"Der Gesetzentwurf Millerand ist mehr als jeder andere Entwurf ein Anschlag auf das Recht der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter... Wenn es den Arbeitern gefällt, Streiks zu organisieren u. Urabstimmungen zu veranstalten, dann ist das ihre Sache, sie brauchen keineswegs ein Gesetz, das mit allen



möglichen Komplikationen diese Handlungsweise reglementiert, ein Gesetz, dessen Verfasser sie nicht sind, aber durch das sie betrogen werden können und dessen Opfer sie gewiss sein werden?.

In der Tat, die rührende Sorge der Regierung darum, dass ein eventueller Streik durch eine Mehrheit der in Frage kommenden Arbeiter unterstützt wird, verhält nur schlecht ihr Bestreben, die Gewerkschaften und ihre Betätigung unter staatliche Aufsicht zu stellen. Die Gewerkschaften haben selber das größte Interesse daran, sich die Mehrheit der Arbeiter zu sichern, wenn sie einen Streik führen, aber das ist ihre Sache und die Sache der Arbeiter überhaupt, und es geht die Regierung nichts an, auf welche Weise ein Streik organisiert und durchgekämpft wird.

Rosa Luxemburg schrieb in ihrer Arbeit "Die sozialistische Krise in Frankreich" (Gesammelte Werke, Band 3, Seite 324/25) über den Gesetzentwurf Millerands:

"Welche Rolle spielt demnach der Streik nach dem Millerandschen Gesetzentwurf? Lediglich den eines Signals für den Beginn eines Schiedsgerichts, - ein Ergebnis, das ebenso erfolgreich z.B. durch das Heraushängen einer Fahne aus einem Fenster der Werkstatt erreicht werden könnte.

Jetzt erst im Lichte des obligatorischen Schiedsspruchs erscheint die epochenmachende Wohltat der obligatorischen Streiks (obligatorisch im Falle eines Mehrheitsbeschlusses) in vollem Glanze; den Arbeitern wird der Schutz gegen die Streikbrecher gewährt, gleichzeitig dem Streik aber jeder Sinn und Zweck genommen. In diesem Lichte gewinnen auch die minutiösen und komplizierten Vorschriften über die Art und Weise der Abstimmung vor, während und nach dem Streik... ein eigentümliches Interesse. Den einzigen realen Sinn in diesem chinesischen Zeremoniell behalten in letzter Linie nur die rigorosen Schutzbestimmungen gegen die "Beeinflussung" der Streikenden... In der Millerandschen Vorlage figuriert der Streik auch nur als eine leere Form, die, wie es in der ministeriellen Begründung offen gesagt wird, nur aus Pietät für die Arbeiterklasse und Rücksicht auf ihre Vorurteile vorläufig erhalten bleibt. Die Tendenz und Vollendung des Gesetzes liegt in der endgültigen Abschaffung des Streiks.

(Weitere Artikel über das Arbeitsstatut folgen):

-o-o-o-o-

### DIE AMERIKANISCHEN ARBEITER UND DIE KRIEGSFRAGE.

Unsere amerikanische Bruderorganisation, die Unabhängige Kommunistische Arbeiterliga (ICLL), unterstützt das La Follette-Ludlow Amendement, das verlangt, dass in die Verfassung der Vereinigten Staaten eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach eine Kriegserklärung nur erfolgen darf, wenn vorher eine Volksabstimmung darüber stattgefunden hat. Die Stellung der ICLL geht aus folgenden Artikel, den wir dem "Workers Age" entnehmen, hervor.

In dem Artikel "Friedensbewegungen" (W A, Nr. 3/1938) heisst es:

"In dem Masse, wie die kriegerischen Ziele der Aussenpolitik der Regierung klarer umrissen werden, wächst ein starkes Friedensgefühl in breiten Schichten des amerikanischen Volkes... Eine "Friedensbewegung" beginnt bereits, sich in verschiedenen Teilen des Landes bemerkbar zu machen. Die Kriegstreiber passen sich dem an u. betreiben ihre dunklen Geschäfte im Namen des "Friedens"... Da sind zuerst die bürgerlichen Anhänger einer Isolierungspolitik, die eine auswärtige Politik des "Händeweg" in bezug auf Europa und den Fernen Osten betreiben wollen, weil sie in erster Linie an der Ausbeutung und Veraktung Lateinamerikas interessiert sind oder weil sie mit Italien, Deutschland oder Japan sympathisieren. Diese Leute, deren Sprachrohr Hearst ist, sind durch und durch reaktionär und imperialistisch; ihre unmittelbaren Interessen oder politische Neigungen fallen zufällig nicht mit der Regierungspolitik zusammen. Natürlich verborgen sie ihre räuberischen Ziele hinter allen möglichen "Friedens" Lösungen, aber sie sind und bleiben Imperialisten und Kriegstreiber. Man rühre nur an ihre eigenen ökonomischen Interessen, u. man wird erleben, wie laut sie nach Untersseebooten, Intervention und Krieg brüllen werden!

Dann gibt es die betrügerische "Friedens"-Bewegung der Stalinisten u. ihrer "liberalen" Verbündeten. Im Namen des "Friedens" unterstützen sie Roosevelts Rüstungsprogramm, machen Opposition gegen die Zurückziehung der amerikanischen Flotte aus China u. verleumden das La Follette-Ludlow-Amendement für eine Volksabstimmung über den Kriegseintritt... Im Namen des "Friedens" gründen sie Organisationen, wie den "Volkskongress für Frieden u. Demokratie", die in Wirklichkeit Agenturen zur Mobilisierung der Massen für den Krieg u. die Militärdiktatur sind, welche dem Krieg gelitten muss. Kurz, im Namen des "Friedens" öffnen sie dem Krieg die Tür u. versuchen die Massen auf einen Weg zu locken, der nur Unheil bringen kann.

Auch ausserhalb dieser beiden Gruppen, die scheinbar so verschieden, aber im Grunde genommen so gleich sind, gibt es eine echte Friedensbewegung in breiten Teilen des amerikanischen Volkes, die sich an den letzten Krieg erinnern u. die daher über die Aussicht stark beunruhigt sind, in einen neuen Krieg unter derselben alten, bluttriefenden Losung, "die Welt für die Demokratie zu sichern" (mit der der englische u. der amerikanische Imperialismus in den Weltkrieg gezogen waren) ziehen müssen... Als internationale Sozialisten sind wir uns völlig der Begrenztheit dieser Bewegungen bewusst, ihrer beschränkten Ziele, ihrer naiven Vorstellung darüber, wie der Friede gewahrt werden könne u. ihrer ebenso naiven Vorstellung über imperialistische Politik u. Diplomatie. Die grossen Massen des Volkes sehen noch nicht die organische Verbindung zwischen Kapitalismus u. den Kräften, die zum Kriege treiben, noch verstehen sie, dass die letzteren unvermeidlich aus dem ersteren entstehen. Sie erkennen noch nicht den inneren Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Reaktion im Lande selbst u. der imperialistischen Kriegspolitik draussen. Sie sind deshalb noch von jedem revolutionär-sozialistischen Kampf gegen den Krieg weit entfernt... Es ist unsere Aufgabe u. Pflicht als revolutionäre Marxisten, jeden Funken des Antikriegsgefühls unter den Massen zu pflegen, damit er zu einer grossen Flamme wird, der die Kriegstreiber aller Schattierungen zwingen wird sich zu verkriechen."

In einem weiteren Artikel ("Krieg und Demokratie) schreibt "Workers Age" in Nr. 4, 1938:

"Die wütende Kampagne, die von der Kriegspartei des Landes, an deren Spitze die Rooseveltregierung steht u. die laut schreiend von den Stalinisten unterstützt wird, gegen das La Follette-Ludlow-Amendement geführt wird, ist ein bezeichnender Vorgeschmack dessen, was mit unserer viel gelobten amerikanischen Demokratie geschehen wird, wenn das Land einmal in einen Krieg verwickelt sein wird, welche demokratischen Rechte, welche bürgerlichen u. politischen Freiheiten werden in den Fiebertagen des Kriegs übrigbleiben, wenn schon heute ein einfacher Vorschlag, dem Volke das Recht zu geben, darüber abzustimmen, ob der Krieg erklärt werden soll, so wütend von denen bekämpft wird, die in der Führung in erster Linie auf grund der Demokratie sitzen..."

Demokratie ist, scheint es, wie die Religion nur ein Expretartikel. Wie oft haben wir nicht unsere hochherzigen Staatsmänner ihre Arme in Entrüstung heben schon u. ausrufen hören: "Wenn nur das japanische (oder italienische Volk) sich über die Frage des Krieges äussern dürfte..." Aber wie steht es damit, das amerikanische Volk sich über die Kriegsfrage äussern zu lassen? Das ist etwas anderes.

Das La Follette-Ludlow-Amendement, so lesen wir in der "New York Times"..., würde bei einer Kriegsgefahr "den Störenfrieden der nationalen Einheit" gestatten, sich zu äussern. In einer solchen Krise würde das Amendement es den Antikriegselementen erleichtern, zu reden, ihre Stimme gegen einen Kurs zu erheben, der das Land direkt ins Unheil führt. Das darf natürlich nicht gestattet werden. Sogar ehe der Krieg ausbricht, muss jede Opposition zum Schweigen gebracht und unterdrückt werden. Man stelle sich vor, was geschehen wird, nachdem der Krieg da ist.

Aber wir brauchen uns das nicht auszumalen, wir wissen es nur zu gut. Mit dem Krieg wird eine Militärdiktatur kommen, die weit brutaler u. totalitärer sein wird als alles, was wir in diesem Lande während des letzten Kriegs durchgemacht haben. Der Krieg wird die sichere Zerstörung aller bürgerlichen Rechte, aller Schatzgesetze, die die Arbeiterbewegung augenblicklich besitzt,





von 1873 machten, erst recht die spanischen Stalinisten trifft. In seinem Aufsatz "Die Bakunisten an der Arbeit" zitiert Engels zustimmend folgende Stelle aus einem Bericht der Madrider Föderation der I. Internationale:

"Sie (die Bakunisten) haben nicht dafür gearbeitet, der Arbeiterklasse die politische Macht zu verschaffen, - diese Idee verabscheuen sie im Gegenteil - sondern einem Bruchteil der Bourgeoisie ans Ruder zu verhelfen, der aus Abenteurern, Ehrgeizigen u. Stellenjägern besteht u. sich intransigente Republikaner nennt".

An anderen Stellen desselben Artikels wirft Engels den spanischen Bakunisten vor, dass sie, statt sich die Führung in den revolutionären Regierungsausschüssen zu sichern, in ihnen "als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmt u. politisch exploitierte Minderzahl" figurierten. "Während diese letzteren (die bürgerlichen Republikaner) die politische u. militärische Leitung behielten, wurden die Arbeiter mit pomphaften Redensarten abgefertigt", sagt Engels über die Ergebnisse der Politik der spanischen Bakunisten im Jahre 1873.

Die "Ablehnung" des Staates u. der Politik war es, die die Bakunisten 1873 (wie auch jetzt die Führer der CNT u. der FAI) veranlasste, sich der politischen Führung der bürgerlichen Republikaner unterzuordnen. Bei den Stalinisten ist der Ausgangspunkt ein anderer; es ist die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie "alten" oder "neuen Typus", die sie zu einem Werkzeug in der Hand der Bourgeoisie macht. Aber wenn Engels den spanischen Bakunisten von 1873 ihre Lakalendienstleistungen gegenüber der republikanischen Bourgeoisie vorwarf, so treffen diese Vorwürfe erst recht die heutigen Stalinisten, die im Dienste der kapitalistischen Republik bis zu konterrevolutionären Verbrechen schlimmster Art gegangen sind.

Die Kritik, die Marx u. Engels an Bakunin übten, betraf bekanntlich nicht nur dessen Auffassungen vom Staat u. vom politischen Kampf, sondern auch seine innerparteilichen Methoden. Bei den Auseinandersetzungen innerhalb der I. Internationale vertraten Marx u. Engels den Grundsatz des demokratischen Zentralismus, der auf der innerparteilichen Demokratie beruhenden Zentralisation u. Disziplin. Bakunin dagegen sprach zwar sehr viel von völliger Autonomie der einzelnen lokalen Organisationen, von der Ablehnung jeder zentralen Autorität, in der Praxis aber handelte er ganz anders. Er baute sich innerhalb der von ihm beeinflussten "Allianz der sozialistischen Demokratie" eine Geheimgesellschaft auf, deren Struktur u. Methoden lebhaft an den Stalinischen Apparat erinnern.

Marx u. Engels haben sich in ihrer Broschüre "L'Alliance de la Démocratie Socialiste et l'Association Internationale des Travailleurs. Rapports et Documents publics par ordre du congrès International de la Haye. Londres, Hamburg 1873." ("Die Allianz der Sozialistischen Demokratie u. die Internationale Arbeiterassoziation. Berichte und Dokumente, veröffentlicht im Auftrag des internationalen Kongresses in Haag. London, Hamburg 1873"), ausführlich mit den Organisationsmethoden Bakunins auseinandergesetzt. Sie wiesen darauf hin, dass Bakunin in der Geheimorganisation, durch die er die Allianz dirigierte, die Stellung eines permanenten, unabsetzbaren Diktators einnahm. Marx u. Engels stellten den grundlegenden Gegensatz zwischen dem demokratischen Zentralismus der I. Internationale und dem diktatorischen Organisationsregime Bakunins fest:

"Um den Erfolg der Revolution zu sichern, ist die Einheit des Gedankens u. der Aktion notwendig. Die Internationalen (die I. Internationale) suchen diese Einheit durch die Propaganda, durch die Diskussion u. durch die öffentliche Organisation des Proletariats zu schaffen, - für Bakunin ist nichts weiter nötig als eine Geheimorganisation von 100 Personen, die die privilegierten Vertreter der revolutionären Idee sind, ein zur Disposition gestellter Generalstab der Revolution, der durch sich selbst ernannt ist u. von dem permanenten "Bürger B." (Bakunin) kommandiert wird. Die Einheit des Gedankens u. der Aktion bedeuten nichts anderes als Rechtgläubigkeit u. blinden Gehorsam. Perinde ac cadaver. Wir befinden uns in einem reinen Jesuitenorden." (S. 15).



(Wir bemerken hier gleich, dass die Gegenüberstellung von öffentlicher und geheimer Organisation durch Marx u. Engels keineswegs bedeutete, dass sie gegen illegale Arbeit gewesen wären. Was sie ablohten, waren Organisationen, in denen die Leitung der Kontrolle durch die Mitglieder entzogen war).

Die Tätigkeit der bakunistischen Organisation schilderten Marx u. Engels folgendemassen:

"Hier haben wir eine Gesellschaft, die unter der Maske des Russischen Anarchismus ihre Schläge nicht gegen die bestehenden Regierungen richtet, sondern gegen diejenigen Revolutionäre, die ihre Rechtgläubigkeit u. ihre Leitung nicht annehmen... Um zu ihren Zielen zu gelangen, schreckt sie vor keinem Mittel, keiner Illoyalität zurück: sie benutzt in gleicher Weise Lüge, Verleumdung, Einschüchterung, Hinterhalt. In Russland endlich setzt sie sich ganz an die Stelle der Internationale u. begibt in ihrem Namen gemeine Verbrechen, Betrügereien u. einen Mord, für die die Presse der Regierung u. der Bourgeoisie unsere Organisation verantwortlich macht. Und die Internationale soll über all diese Tatsachen schweigen, weil die Gesellschaft, die daran die Schuld trägt, geheim ist!" (S. 3, Einleitung).

Was hier über Russland gesagt wird, bezieht sich auf die Tätigkeit Netschajews, der der Bevollmächtigte Bakunins für Russland war und mit dem sich Bakunin bis zu dem Augenblick solidarisierte, da er die Methoden Netschajews am eigenen Leibe zu spüren bekam. Über Netschajews lesen wir bei Mehring (Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Leipzig 1933, S. 508-510):

"Seine hervorragendste Eigenschaft war... die Freiheit von allen moralischen Bedenken, wenn es seine Sache zu fördern galt. Persönlich begehrte er nichts u. entbehrte alles, wenn es nötig war, aber er schaute vor keiner noch so verwerflichen Handlung zurück, wenn er sich einbildete, dadurch revolutionär zu wirken. Er war schon im Frühling 1859 in Genf erschienen, im doppelten Glanze eines aus der Peter-Pauls-Festung entkommenen Staatsverbrechens u. des Abgesandten eines allmächtigen Komitees, das angeblich im geheimen die Revolution ganz Russlands vorbereite. Beides war erfunden; weder gab es ein solches Komitee, noch hatte Netschajew in der Peter-Pauls-Festung gesessen... Er (Netschajew) bekannte sich mit eisener Stirn zu seiner nichtswürdigen Methode, alle, die nicht vollständig solidarisch mit ihm seien, zu kompromittieren, um sie zu vernichten oder ganz in die Bewegung hineinzureissen. Nach derselben Methode liess er von Personen, die ihm vertrauten, in Augenblicken der Aufregung kompromittierende Erklärungen unterzeichnen oder stahl ihnen vertrauliche Briefe, in deren Besitz er einen opresserischen Druck auf sie ausüben konnte... Er nahm (bei seiner Rückkehr nach Russland im Herbst 1869) eine schriftliche Beglaubigung Bakunins mit, worin dieser ihn als "bevollmächtigten Vertreter" natürlich nicht der Internationalen u. selbst nicht einmal der Allianz der Sozialistischen Demokratie, sondern einer Europäischen Revolutionären Allianz anerkannte, die Bakunins erfindungsreicher Geist gewissermassen als Ableger der Allianz für russische Angelegenheiten gegründet hatte. Sie bestand vermutlich erst auf dem Papier, aber der Name Bakunins war wirksam genug, um der Agitation Netschajews unter der studierenden Jugend einen gewissen Nachdruck zu geben. In der Hauptsache arbeitete er aber auch jetzt mit dem Schwindel des "Komitees" u. als einer seiner neu geworbenen Anhänger, der Student Iwanow, an der Existenz dieser geheimen Obrigkeit zu zweifeln begann, schaffte er den unbequemen Zweifler durch Meuchelmord aus dem Wege."

Mehring hat versucht, die Verantwortung Bakunins für die Tätigkeit Netschajews heranzuhindern, ihn als irregeführtes Opfer Netschajews hinzustellen. Mehring irrte sich, wenn er diese Auffassung vertrat u. meinte, Marx und Engels hätten Bakunin unrecht getan, wenn sie ihn für die Schurkenstreiche Netschajews verantwortlich machten, denn Bakunin hat sich nicht nur mit Netschajew solidarisiert, sondern auch die "Theorie" zu der Netschajewschen Praxis geliefert. Aber was soll man zu der traurigen Zirkusfigur Alpari sagen, der mit gemachter Entrüstung Mehring deswegen abkanzelt, weil dieser die Marxsche Kritik an Bakunin zu mildern versuchte, u; der gleichzeitig Stalin preist, dessen GPU-Methoden innerhalb u. ausserhalb der SU, dessen diktatorisches Parteiregime in der KPdSU u. in der KI die Theorie u. Praxis von Bakunin u. Netschajew weit in den Schatten stellen. Unsere Leser haben sicher





"Einige der Grossgrundbesitzer in unserem Bezirk haben bereits Briefe an die Sowjetregierung geschickt, worin sie um besondere Erlaubnis zur Rückkehr ersuchen;"

Die KP Chinas hat anstelle ihres Sowjetprogramms ein Programm von 10 Punkten aufgestellt, aus dem hier zwei besonders kennzeichnende Punkte angeführt seien:

- 6) Eine antijapanische diplomatische Politik führen, ein Militärbündnis mit der USSR u. ein pazifisches antijapanisches Abkommen mit England, Amerika u. Frankreich zu schliessen.
- 10) Eine Einheitsfront des ganzen Landes mit der Vereinigung der beiden Parteien (Kuomintang u. KP) als Grundlage für den Kampf gegen Japan zu schliessen."

Diese 10 Punkte sind von der KP der Zentralregierung übersandt worden. Die Bereitschaftserklärung der KP, sich mit der Kuomintangpartei zu verschmelzen, ist die Krönung der Preisgabe des Kommunismus in China u. geht noch weit hinaus über die Verschmelzungsangebote der kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen Parteien in Frankreich u. Spanien. In Frankreich u. Spanien handelt es sich noch um Arbeiterparteien, wenn auch reformistische; in China handelt es sich um eine bürgerliche Partei.

-o-o-o-

#### Aus Spanien.

José Luis Arenillas durch die faschistischen Henker ermordet. Die "Independent News" meldet:

"Luz Social", das Organ der CNT von Valencia schreibt in seiner Nr. v. 21. Januar:

"Die Presse hat in den letzten Tagen aus einem faschistischen Journal von Bilbao die Liste von 147 Antifaschisten (Männer u. Frauen) veröffentlicht, die zwischen dem 14. u. 17. Dezember in der Hauptstadt von Euzkadio durch Erhängen hingerichtet wurden.

Darunter erscheint auch der Name von José Luis Arenillas. Dieser unglückliche Kamerad war noch ein junger, aber schon angesehener Arzt in Bilbao. Seit einigen Jahren kämpfte er bereits an der Spitze der Arbeiterbewegung. Er war ein guter marxistischer Schriftsteller u. hat an verschiedenen Zeitungen u. Zeitschriften mitgearbeitet, u. a. an der "Batalla" (Zentralorgan der POUM) von Barcelona.

Seit dem Ausbruch der faschistischen Rebellion im Juli 1936, nahm er seinen Posten in den ersten Reihen der antifaschistischen Kämpfer ein. Er beteiligte sich aktiv an der Organisation der ersten Milizkolonnen, die von Bilbao ausgingen, um den faschistischen Kräften den Vormarsch von Vitoria aus abzuschneiden. Mit dieser Kolonne kämpfte er mutig u. erfolgreich um das Vorrücken der faschistischen Kolonne aufzuhalten. Später stellte er sich in den Dienst der Organisation des Sanitätswesens. Kurz darauf wurde er zum Generalinspektor des militärischen Sanitätswesens im Gebiet von Euzkadio ernannt. Später wurde er zum Obersten Chef des Militär-Sanitätsdienstes der Nordarmee ernannt. In dieser Eigenschaft gehörte er dem Generalstab an. Auf diesem Posten organisierte er den Sanitätsdienst in Euzkadio, in Santander u. in Asturien. In enger Zusammenarbeit mit dem Kapitän Ciudad leitete er die Befestigungsarbeiten im Norden. Er war immer der Letzte der seine Stellungen während der grossen Serie von Rückzügen, welche den Kampf unserer Kräfte im Norden kennzeichneten, verliess. Bei Mondragon, bei Eibar, bei Bilbao, war er bei den Letzten die sich zurückzogen. Bei Santander blieb Arenilla an der Seite der wenig zahlreichen, aber heroisch kämpfenden Bataillone, welche bis zum Tode Widerstand leisteten. Arenilla wurde durch die faschistischen Eindringlinge gefangen genommen. Er war bis vor kurzem im Strafgefängnis von Duoso eingekerkert. Die faschistische Presse gibt jetzt bekannt, dass er im Gefängnis von Bilbao hingerichtet worden ist. José Luis Arenilla war Mitglied des Zentralkomitees der POUM."

Jose Maria Arenilla durch die Stalinisten ermordet. José Luis Arenilla, der von den Faschisten hingerichtete FOUM-Militant hatte einen Bruder José Maria. Über sein Schicksal

schreibt die "Independent News":

"José Maria Arenilla kam in den ersten Monaten von 1937 von Bilbao, wo er sich aufhielt, nach Barcelona. Er wollte direkten Kontakt zur Leitung der POUM herstellen, wozu ihn die Mitglieder von Norspanien delegiert hatten. Als gewissenhafter u. erfahrener revolutionärer Militant verliess er Barcelona vor Ausbruch der grossen faschistischen Offensive gegen Bilbao. Tausend Schwierigkeiten zum Trotz fand er den Weg nach Bilbao, um an der Seite der Arbeiter zu sein, die sich verteidigten. Kurz nach seinem Eintreffen in Bilbao, im Augenblick wo alle Kämpfer am notwendigsten gebraucht wurden, entflohen der Chef der KP, Estigarribia, im Flugzeug, José Maria war wie sein Bruder bei den Letzten die Bilbao verliessen. Er setzte den Kampf fort, bis ihn die Stalinisten auf Grund eines Artikels von Kolzov in der "Frawda" aufs Korn nahmen und im Gefängnis von Gijon festsetzten. Kurz bevor Gijon in die Hände der Faschisten fiel, handelten gewisse Stalinisten auf ihre eigene Rechnung. Ohne den geringsten Prozess, ermordeten sie José Maria ohne Wissen der Arbeiter. Die Stalinisten ermordeten José Maria nicht allein als den Verfasser des durch Kolzov zu seinem Vorteil gefälschten Briefes, sondern als den revolutionären Militanten, der mit seinem Bruder, einer der Organisatoren der FOUM im Baskenland gewesen ist.

Diejenigen, die das Dokument an Kolzov lieferten, wussten sehr gut, zu was Kolzov es verwandte und warum er nur gewisse Fragmente davon wiedergab. Während sein Bruder Luis der Organisator des Sanitätssystems der Nordarmee war, war José Maria in den ökonomischen Fragen spezialisiert u. Organisator in der revolutionären Junta von Bilbao. Er verliess diesen Posten als die erste Regierung unter Teilnahme der Katholiken formiert wurde." Die Stalinisten haben José Maria ermordeten als die Faschisten im Begriff standen Gijon zu nehmen. Selbst das Herannahen des gemeinsamen Feindes war für die Stalinisten kein Hindernis einen der besten Revolutionäre des Baskenlandes zu ermorden. Sie wollten das schändliche Werk der Ermordung revolutionärer Militanten nicht den Faschisten überlassen. Wer weiss, ob nicht das Schicksal José Marias nicht auch seinen durch die Faschisten ermordeten Bruder durch die Stalinisten zugebracht war. Die Umstände hinderten sie daran und jetzt hat ihnen Franco diese Aufgabe abgenommen.

Zersetzung im faschistischen Leter. "Independent News" gibt ein Flugblatt wieder, dass die Zersetzung im Francolager (allerdings stark gehemmt durch die konterrevolutionäre Politik im republikanischen Spanien) sich langsam zu entwickeln beginnt. Sie zeigt sich klar bei den oppositionellen Elementen der aufgelösten Phalanga, die mit den Requêtes die Partei der Spanischen Traditionalistischen Phalangisten der J.O.N.S. bilden, und auch bei den Elementen, die nicht mit der direkten Intervention der Italiener u. Deutschen in Spanien einverstanden sind. In dem erwähnten Flugblatt, das gewisse Requêtes in reichlichem Masse bei den Faschisten verteilen heisst es u.a.:

"Für Gott u. Vaterland gegen die Eindringlinge in Spanien... In Anspruch genommen von unserem Kampf... haben wir nicht darauf geachtet, dass wir unseren Boden den Fremden ausgeliefert haben. Unsere bewaffnete Macht, unsere Reichtümer, unsere Grenzen, die Einrichtungen unseres neuen Staates, alles ist in ihren Händen. Ihre Unverschämtheit kennt keine Grenzen... In einem grossen blutigen Kampf gegen Marxisten u. Spinozisten, die die Kirche Jesu in die Sklaverei führen wollen, sollten wir jetzt zustimmen, dass die Kirche von einem Staat vergewaltigt wird, der durch die Eindringlinge geformt wird... Nieder mit dem antikatholischen Eindringling! Es lebe die Kirche Jesu! Hinaus aus Spanien mit allen Fremden! Für Gott und das spanische Vaterland."

Aus der Sowjetunion. Für die Mitglieder des Präsidiums des Obersten Sowjets wurden Gehälter von je 300 000 Rubel pro Jahr bewilligt. Das ist mehr als das Zehnfache des Lohnes eines Durchschnittsarbeiters. Die Mitglieder der Sowjetparlamente erhalten während ihrer Anwesenheit in Moskau 150 Rubel täglich. Daneben halte man, dass es noch zahlreiche Arbeiter in der SU gibt, die weniger als 150 Rubel im Monat verdienen. Dies zeigt wie weit man sich von der Zeit entfernt hat, wo Lenin im Anschluss an die Pariser Kommune forderte, dass künftig keinem Beamten mehr bezahlt werden solle, als den "Durchschnittslohn eines mittleren Arbeiters" entspräche.





# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 7. / V. Jahrgang.

Zeit: 2. Februarwoche 1938.

## DIE ERGEBNISSE IN DEUTSCHLAND

Die jüngsten Ereignisse in Deutschland haben das Vorhandensein scharfer Konflikte in den Spitzen der faschistischen Diktatur offenbart. Die Nazi-Propaganda ist natürlich bestrebt, den Streit in den oberen Regionen des Hitlerregimes zu leugnen. Aber der Taktik, mit dem die deutsche Presse die Beschlüsse vom 4. Februar als einen Beweis für die Einheitslichkeit von Nazi-Partei und Reichswehr, für die unbestrittene Autorität Hitlers hinstellt, ist nichts als ein Versuch, die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, dass diese Beschlüsse nichts anderes sind, als ein Kompromiss zwischen den Spitzen der Nazi-Partei und den Reichswehrgenerälen, bei dem die Nazi-Führer nicht besonders günstig abzuhandeln und das unter Begleitumständen zustandekommen ist, die für Hitler ziemlich peinlich sind. Aus einem Bericht des "Temps" (den wir an anderer Stelle dieser Nummer wiederzugeben versuchen wir, dass die Reichswehrgeneräle in Berlin eine Art von bewaffneter Demonstration veranstaltet hatten, auf die sie sich bei den tagelangen Verhandlungen stützten, die dem 4. Februar vorausgingen.

Wirklich ist der Gegensatz zwischen den Reichswehrgenerälen und der Nazi-Partei ein Konflikt im Rahmen der faschistischen Regime, ein Gegensatz zwischen zwei Bestandteilen der faschistischen Diktatur. Das Offizierskorps der Reichswehr hat, wie wir erinnern an den 30. Juni 1934 - unter der Nazi-Diktatur seine traditionelle Zusammensetzung gewahrt, es der bekanntlich auch die Weimarer Republik nichts geändert hatte. Aber wenn die preussischen Junker, die nach wie vor in der Reichswehr massgebend sind, auf die "plebejischen" Nazi-Führer und darunter auch auf Hitler von oben herab schauen, so bedeutet das keineswegs, dass sie Gegner des Nazi-Regimes seien. Die vom "Temps" erwähnte "monarchistische Verschwörung" der Reichswehrgeneräle ist höchstwahrscheinlich eine Erfindung der Gestapo. Die Reichswehrgeneräle wissen, dass im heutigen Deutschland keine reine Militärherrschaft möglich ist, dass jede reaktionäre Diktatur dort eine Massenorganisation braucht. Deswegen haben sie sich mit der Herrschaft der Nazis abgefunden und halten an ihr fest. Warum es ihnen geht, ist, im Rahmen der faschistischen Diktatur dem Militär möglichst auf allen Gebieten den ersten Platz gegenüber den "Zivilisten" zu sichern, und so ist es auch uniformgeschmückte Nazis. Worauf die Reichswehrgeneräle letzten Endes abzielen, hat Ludendorff in seinem Buch über den "totalen Krieg" ausgedrückt. Er stellt dort die Forderung auf, dass im Kriegsfall das militärische Oberkommando auch über alle politischen Fragen zu bestimmen habe.

Ebenso wenig trifft es auch zu, dass die Reichswehrgeneräle, so wie das jetzt in der französischen Presse dargestellt wird, Gegner der Kriegspolitik der Nazis und gewissermaßen halbe Pazifisten seien. Schliesslich sind es nicht Streicher und Rosenberg und auch nicht einmal Göring und Goebbels, sondern die Reichswehrgeneräle, die den Hauptanteil an den Kriegsvorbereitungen des faschistischen Deutschlands haben. Der Unterschied zwischen den Reichswehrgenerälen und den Nazi-Führern besteht nur darin, dass die Militärs eine möglichst umfassende Kriegsvorbereitung wollen, dass sie sich nicht auf kleinere Abenteuer einlassen möchten, bevor sie zu einem grossen Krieg gerüstet sind. Damit hängt auch ihre Stellung zu den Wirt-

schaftsfragen zusammen, bei denen sie gleichzeitig die Stimmungen der ihnen nahestehenden Grossindustriellen und Grossgrundbesitzer wiedergeben. Die Reichswehrgenerale sind nicht gegen eine Militarisierung der Wirtschaft; sie wollen sich jedoch die Möglichkeit der Einfuhr ausländischer Rohstoffe sichern, weil sie wissen, dass sie mit lauter Ersatzstoffen keinen Krieg führen können.

Die gegenwärtige Zuspitzung des Konfliktes in den Spitzen der faschistischen Diktatur hing damit zusammen, dass die deutschen Kapitalisten befürchten, der Vierjahresplan, so wie er von den Nazis entworfen ist, könne ihre Profite gefährden, und dass sie eine geschmeidigere Aussenpolitik fordern, um auf diese Weise Kredite vom englischen und amerikanischen Kapital zu erhalten. Die Reichswehr machte sich aus den von uns erwähnten Gründen zum Sprecher dieser Stellung der deutschen Industriellen.

Ebenso wie die Reichswehrgenerale zwar bestrebt sind, die Naziführer etwas an die Wand zu drücken, aber keineswegs die Nazidiktatur beseitigen wollen, ebenso wissen die Nazis ganz gut, dass sie trotz allen Ansprüchen auf "totalo" und "totalitäre Staatsführung" mit den Forderungen der Grossindustriellen und Grossgrundbesitzer, sowie mit den Ansprüchen der Reichswehr rechnen müssen. Die Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen Deutschlands und innerhalb der regierenden Kreise der faschistischen Diktatur sind ein Streit der Ausbeuter und Unterdrückter der werktätigen Masse Deutschlands untereinander, aber es kennzeichnet die Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus und es beweist die Unfähigkeit der faschistischen Diktatur, den Niedergang des deutschen Kapitalismus aufzuhalten, wenn dieser Streit so scharfe Formen annimmt, wie wir das jetzt gesehen haben.

Was die Beschlüsse vom 4. Februar anbelangt, so sind sie, wie gesagt, ein Kompromiss. Dass die Reichswehr bei diesem Kompromiss günstig davon kommt, erklärt sich daraus, dass das Kräfteverhältnis zwischen Reichswehr und Nazi-Partei sich seit 1933/34 stark zugunsten der Reichswehr verschoben hat. Die Reichswehr ist riesig angewachsen, die Nazi-Partei aber hat die Massensympathien, die sie bei ihrem Machtantritt besass, zu einem grossen Teil eingebüsst.

Die Tatsache, dass Hitler jetzt den Oberbefehl der Reichswehr übernimmt, hat nur papierno Bedeutung, denn Hitler ist schon seit dem Tode Hindenburgs der oberste Befehlshaber der bewaffneten Kräfte Deutschlands; was diese bewaffneten Kräfte nicht gehindert hat, ihm in den letzten Januartagen, wenn man so sagen darf, aufs Dach zu steigen. An die Stelle des nazifreundlichen Feldmarschalls Blomberg tritt jetzt mit weniger schönen Titeln geschmückt, aber mit grösseren wirklichen Machtbefugnissen ausgerüstet der General Keitel, der ein Repräsentant der "reinen" Reichswehrtradition, d.h. der Machtansprüche der Generale ist. Der General Fritsch tritt zurück, an seine Stelle tritt der General Brauchitsch, der die gleiche Richtung repräsentiert. Obwohl der General von Fritsch offen gemeutert hat, ist Hitler gezwungen, ein Dankschreiben an ihn zu richten. Es ist übrigens für die faschistische Diktatur kennzeichnend, dass sie Arbeiter, die illegale Propaganda betreiben, wegen Hochverrats ins Zuchthaus schickt oder hinrichten lässt, während ein rebellierender General vom "Führer" einen Dankesbrief erhält.

In das Aussenministerium zieht der Nazi Ribbentrop ein, aber gleichzeitig wird durch die Einrichtung des Geheimen Rates offiziell der Anspruch der Reichswehr auf eine Kontrolle der Aussenpolitik anerkannt, und mit der Aussenpolitik hängen bekanntlich solche Fragen wie die des Umfangs der "Autarkie", d.h. der Wirtschaftspolitik, und überhaupt alle wichtigen Fragen zusammen.

Der jüngste Konflikt zwischen Reichswehr und Nazis war nicht der erste Konflikt in den Spitzen der deutschen faschistischen Diktatur und wird auch nicht der letzte sein. Es ist klar, dass das jetzige Kompromiss nur der Ausgangspunkt weiterer Auseinandersetzungen sein wird.

Die jüngsten Ereignisse zeigen, wie unsinnig der Versuch ist, in Deutschland Volksfrontpolitik zu treiben. Das "freiheitliche Bürgertum", von dem die KPD-Führung spricht, ist ein Phantom. Soweit reelle Interessenkonflikte





Dieser besondere Charakter unserer Organisation gibt uns heute schon unsere besondere Festigkeit und erhöht unsere Stosskraft an den Tagen, wo wir in Aktionen treten. Wir brauchen keine Rücksicht auf irgend welche Schichten zu nehmen, die klärsen müssen! nicht zu den Ausgebeuteten gehören. Wer von diesen Schichten übrigens den Sturz Hitlers ernsthaft will, mit dem können wir das Stück Weg bis zum Umsturz zusammengehen, ohne deshalb besondere Abmachungen zu treffen. Ernsthafte revolutionäre Kräfte sind im Lager der deutschen Bourgeoisie sowieso nicht zu finden! Was für diese Kreise Ziel ist, nämlich der Sturz Hitlers, ist für uns nur eine Etappe! An einem Kampf, der nur die Wiederherstellung der Zustände von 1918 bis 1932, das heisst eines demokratischen aber kapitalistischen Deutschland bedeutet, sind wir nicht interessiert. Unser Ziel ist weitgesteckt! Wir wollen ein Deutschland, in dem die organisierte Arbeiterschaft durch die von ihr gebildeten Organe, nämlich die revolutionären Organe, die Innen-Aussen- und Wirtschaftspolitik selbst bestimmt.

Nach der vollkommenen Auspöwerung Deutschlands durch die braune Faschistendiktatur kann das deutsche Proletariat nicht ein zweites Mal der Bourgeoisie gestatten, die Unkosten auf die arbeitenden Schichten abzuwälzen. Die Bourgeoisie, die heute mit Hitler geht, die Bourgeoisie, die dem Terrorregime tatenlos zusah, solange es sich nicht gegen sie selbst wandte, muss mit Hitler verschwinden! Ein freies Deutschland der Werktätigen kann keine Parasiten dulden!

Die heute noch illegale Gewerkschaftsbewegung, die überall in ständigem Wachsen begriffen ist, wurzelt in den Betrieben. Aus diesen Betrieben heraus wird auch die Aktion gegen Hitler und gegen die Hitler unterstützenden in Deutschland herrschenden Schichten begonnen werden. Die Freie Gewerkschaft ist der Träger dieses Gedankens, der schon immer im tiefsten Bewusstsein der Besten der deutschen Arbeiterschaft verankert war. Was nur verhältnismässig Wenige in der deutschen Arbeiterschaft in den Jahren 1918 unter Einsatz ihrer ganzen Kräfte erstrebten, wird heute mehr und mehr zum Gemeingut aller klassenbewussten Arbeiter, die sich unter dem faschistischen Gewaltregime neue Organisationsformen geschaffen haben.

... Jeder, auch der letzte Antifaschist, sowohl in der See- als auch in der Binnenschiffahrt muss wissen, was wir wollen. Jede Besatzung, oder zumindestens die entscheidenden Leute der Besatzung müssen sich über das Wie und Wann des Einsatzes der Kräfte im Klaren sein, wenn es zur ersten Aktion der deutschen Seeleute kommt.

Bis dahin wird der Rahmenapparat unserer Gewerkschaft durch das Vertrauensleutesystem weiter ausgebaut u. die Arbeit in den drei Branchen des Wassertransportes, Seefahrt, Binnenfahrt und Hafenbetrieben weitergeführt. Für jeden Tag muss sich jeder innerhalb seines Kreises neue Stützpunkte schaffen, neue zuverlässige Genossen an die Arbeit heranziehen. Das alles muss geschehen in der vorsichtigen und klug berechnenden Art, wie in den letzten zwei Jahren gearbeitet wurde. Es ist keine Kunst, ins Zuchthaus oder ins Konzentrationslager zu geraten, es ist eine Kunst draussen zu bleiben!

Jedes unnütze Risiko muss im Interesse der Gesamtarbeit unbedingt vermieden werden. Besonders in der durch die Gestapo mehr bedrohten Binnenschiffahrt u. in den Hafenbetrieben müssen die Genossen auch weiterhin mit allergrösster Vorsicht arbeiten. Viele ganz kleine Organisationseinheiten sind besser, als grosse starke Gruppen, da sie sich viel leichter tarnen können und ein Eindringen von Gestapagenten in Drei- oder Fünfergruppen fast ausgeschlossen ist.

Bis dahin tun wir tagaus, tagein unbeirrt unsere Pflicht. Wir stehen solidarisch zusammen im täglichen Kleinkampf an Bord und im Hafen. In diesem täglichen Kampf erproben wir unsere Kraft. Von keinem Spitzel fassbar knüpfen wir das Band enger, dass uns Wassertransportarbeiter eine unüberwindlich macht! Die Solidarität! Das Jahr 1938 wird uns auf dem Festen finden! Der gesamte deutsche Wassertransport muss für unsere Idee! Die freie Gewerkschaft ist der Träger der proletarischen Revolution der deutschen Betriebsbelegschaften restlos gewonnen werden!





ihm ein Dossier, aus dem hervorging, dass eine gewisse Anzahl von Reichswehr-Generälen, mit dem General von Fritsch an der Spitze, an einer Geheimorganisation beteiligt seien, deren Bestreben es sei, den zweiten Sohn des Kronprinzen auf den Thron zu setzen.

Man kennt das Misstrauen und die Feindseligkeit, die Herr Himmler in bezug auf die Reichswehr hegt. Im Laufe des letzten Sommers war das Gerücht verbreitet worden, dass er, als er von seinen Agenten in Russland über gewisse Verbindungen zwischen dem deutschen Generalstab und dem roten Generalstab informiert worden war, nicht zögerte, der Sowjetbotschaft in Berlin ein Paket mit Dokumenten zustellen zu lassen, die die Existenz dieser geheimen Beziehungen bewiesen.

Der Prozess, dann die Hinrichtung des Marschalls Tuchatschewski waren in Russland die Folge dieser Handlung. Herr Himmler denunzierte also gegen Ende Januar beim Reichskanzler Hitler, das "monarchistische Komplott" der Reichswehr. Am 27. (durch ein eigenartiges Zusammentreffen der Geburtstag Wilhelm II.) verbreitete sich in Berlin das Gerücht, dass die Polizei zur Verhaftung einer Gruppe von Generälen schreiten würde. Herr Himmler machte Anstalten, seine Rache für den 30. Juni zu nehmen.

Eine Atmosphäre der Angst lag über der Hauptstadt. Würde die Reichswehr passiv die Hinrichtungen hinnehmen, die in Vorbereitung waren?

Der General Fritsch, der monarchistische Tendenzen vertritt, zur Kühnheit entschlossen, berief eine gewisse Anzahl von Generälen zu sich, um mit ihnen einen Widerstandsplan auszuarbeiten.

Am Morgen des 28. Januar besetzte eine Kompanie der Reichswehr das Palais, das in der Wilhelmstrasse 64, ganz nahe bei der Reichskanzlei, liegt. Durch diese Tat wollte der General Fritsch der Polizei des Herrn Himmler zeigen, dass er bereit sei, Gewalt mit Gewalt zu beantworten. Gleiche Massnahmen wurden an verschiedenen strategischen Punkten der Hauptstadt getroffen, um jeden Handstreich der Gestapo zu verhindern.

Die Tage des 28. und des 29. verurteilte Berlin in einer Terrorstimmung. Eine gute Anzahl von bekannten Persönlichkeiten, die mehr oder minder in das Komplott verwickelt waren, verliessen die Reichshauptstadt überstürzt.

Am Abend des 29. erfolgte eine erste Entspannung. Man hörte, dass der Reichskanzler die Abberufung des Marschalls von Blomberg, die von der Reichswehr gefordert worden war, unterzeichnet hatte und die des General Fritsch, der schwerer Disziplinlosigkeit überführt worden war.

Die Entspannung sollte jedoch nur vorübergehend sein. Am 30. Januar liess der General von Fritsch, der von seiner Abberufung informiert worden war, wissen, dass er nicht daran denke, sich zu unterwerfen.

Am 31. verschärfte sich die Spannung. In diesem Augenblick scheint zum ersten Mal die Gestalt des Generals Keitel auf dem Schauplatz der Verhandlungen zwischen der Reichswehr und Herrn Hitler erschienen zu sein. Chef des Wehrmachtsamtes im Kriegsministerium, hatte er in den militärischen Kreisen eine Stellung ersten Ranges eingenommen, seit er im letzten Sommer beauftragt worden war, an Stelle des Generals von Fritsch die grossen Manöver zu leiten.

Im Laufe des 31. scheint der General Keitel seine Unterredungen mit Herrn Hitler begonnen zu haben. Ihr Ausgangspunkt sollte die Einwilligung der Reichswehr in die Entlassung des Generals von Fritsch und der Generäle sein, die in das monarchistische Komplott verwickelt waren. Das geschah. Am 1. Februar begab sich Herr Himmler zu dem General von Fritsch und teilte ihm im Auftrag des Reichskanzlers mit, dass er sich unter Arrest befände.

#### Die Lösung.

Von da an sollte sich die Krise schnell lösen. Die Unterredungen zwischen Herrn Hitler und dem General Keitel wurden im Laufe des 2. und 3. Februar









Unter der kapitalistischen Herrschaft richten sich alle Urteile und Verfügungen, die sich auf das Verhältnis zwischen der Ausbeuter- und der Arbeiterklasse beziehen, immer gegen die Letztere. Zahlreich sind die Beispiele und sehr selten die Ausnahmen, die man meistens der Einstellung eines einzelnen Mannes verdankt, dessen Urteile meistens für null und nichtig erklärt worden.

Übrigens ist der Arbeiter, der an die Gerechtigkeit glaubt naiv, denn die so Gerechtigkeit wird von Männern ausgeübt, die weder dieselbe Erziehung noch dieselben Bedürfnisse wie er haben und deren Interessen den seinigen absolut entgegengesetzt sind.

Mit diesem Gesetz werden immer die Arbeiter die Bestraften sein, niemals aber die Unternehmer.

Wir wissen alle sehr gut, dass jeder Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiter und Unternehmer gerechtfertigt ist, denn er hat immer seine Ursache darin, dass die Entbehrungen und Demütigungen der Arbeiter und die Angriffe auf ihre geringen Freiheiten, das Mass ihrer Geduld zum Überlaufen gebracht haben...

wenn es den Arbeitern gefällt ihre Streiks zu organisieren, wenn sie ihren Willen durch eine Abstimmung zum Ausdruck bringen wollen - so ist das ihre Sache und sie haben dazu keineswegs ein Gesetz nötig, das ihnen mit allen möglichen Erschwerungen ihre Handlungsweise vorschreibt. Ein Gesetz, dessen Urheber sie nicht sind, dass sie aber nur betrügen und dem sie gewiss zum Opfer fallen werden...

-o-o-o-o-

Proteste gegen das "moderne" Arbeitsstatut.

"L'Action syndicale", das Organ der Techniker und Angestellten der Industrie (CGT)

erhebt sich gegen das "moderne" Arbeitsstatut der Regierung Chautemps und fordert, dass die wahren Verantwortlichen der gegenwärtigen Situation angegriffen werden: die Trusts!

"Organisierung des "sozialen Friedens"? Wie? Nichts ist unternommen worden da der Diktator der Trusts und der Banken ein Ende zu machen, deren finanzielle Manöver sich frei entfalten konnten, deren schamlose Erpressung wie ein Alpdruck auf dem Lande lastet. Die ökonomische Krise erschwert sich Das Unbehagen, die Arbeitslosigkeit bedroht fortwährend unsere Heime. Das grosse Patronat behauptet entschlossen die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft um jeden Preis !!"

An Siege vorbei

Während die "Revolutionäre Linke" in der Seineföderation der SFIO bereits den Sieg in der Tasche zu haben glaubte, ist sie tatsächlich bei der letzten Entscheidung von den beiden anderen Fraktionen noch mit knapper Mehrheit geschlagen worden. Die Rechte behält also für ein weiteres Jahr den organisatorischen Apparat der Seineföderation in der Hand. Dieser Misserfolg hat vor allem seine Gründe in ungenügender organisatorischer Arbeit der "Revolutionären Linken".

Marchandeaun definiert seine Politik.

Der neue radikale Finanzminister Marchandeaun hat in einer Rede anlässlich der Eröffnung der Generalratssession der Marne seine Finanzpolitik näher umschrieben. Sie folgt getreulich den Spuren Bonnets. So sagte Marchandeaun u.a.:

"Zur Verbesserung des Staatskredits werden wir uns nicht darauf beschränken, die Ausgaben unter den aufgezeigten Bedingungen zu begrenzen. Wir müssen auch die Einnahmen steigern. Diese Steigerung kann nur durch eine Erhöhung der Produktion erreicht werden. Es handelt sich hier nicht nur um eine finanzielle Notwendigkeit, sondern um eine lebenswichtige Notwendigkeit. Ich lege Wert darauf hervorzuheben, dass die Anstrengung, die das Land machen muss, unzweifelhaft eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung zur Folge haben wird!"  
Das ist offenbar die Verwirklichung des Volksfrontprogramms.

Marchal-Bauer und die Volksfront. Wir berichteten (siehe Nummer 10/1937, Erste Märzwoche) seiner Zeit über den Strasbourger Prozess gegen den Generaldirektor und die Verwaltungsratsmitglieder der "Banque d'Alsace et Lorraine". In diesem Prozess waren auch die Herren Marchal u. Bauer als führende Verwaltungsratsmitglieder der Bank verwickelt. Im Verlauf des Prozesses wurde festgestellt, dass der Generaldirektor u. die Verwaltungsratsmitglieder, zu einer Zeit, in der die Bank faktisch bereits bankrott war, sich auf Grund einer gefälschten Bilanz 80000 Franken an Sitzungsgeldern u. 623 000 Franken an Tantiemen auszahlen liessen. Inzwischen hat der Appellationshof von Colmar das Urteil der ersten Instanz bestätigt, das die Herren Marchal und Bauer zu 1 Jahr Gefängnis mit Aufschub und zur Zahlung von 3000 Franken verurteilt u. ihnen das Recht entzieht, in Zukunft die Verwaltung oder Leitung einer Aktiengesellschaft auszuüben.

Die Strasbourger "Humanité" ist s. Zt. gegen die "faulen Könige" Bauer, Marchal (wie sie sich durch ihre Verteidiger selbst bezeichnen liessen) mit größtem Geschütz aufgefahren. Sie hat die Bauer, Marchal etc. mit Recht als die lebendige Verkörperung der "200 Familien" dargestellt, gegen deren Macht sich die Volksfront formiert habe und deren Entthronung ihres wichtigsten Ziel und ihre programmatische Verpflichtung sei.

Inzwischen ist bekannt geworden, dass die Herren Marchal und Bauer, diese ertappten Finanzhochstapler und von der "Humanité" zu Volksfeinden par excellence erklärten Grosskapitalisten einen keineswegs zu unterschätzenden Faktor in der Volksfront repräsentieren. Sie waren, wie sich herausstellt, bis in die letzte Zeit die eigentlichen Beherrscher des radikal-sozialistischen volksfrontfreundlichen "Oeuvre". Und sie haben, wie "La Flèche" berichtet, trotz der Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse der letzten Generalversammlung der Aktionäre des "Oeuvre", die auf Grund einer Klage eines Aktionärs unter Hinweis auf das Colmarer Urteil erwirkt wurde, vorstanden ihren Einfluss auf die Verwaltung dieses radikalen Volksfrontblattes zu sichern. Sie haben ganz einfach ihre Aktien einem guten Freunde, einem gewissen Herrn Lederlin übergeben, der nun ihre Interesse in diesem Volksfrontunternehmen vertritt.

"Gottes Wege sind oft wunderbar" sagt ein Sprichwort. Die Wege, auf denen die Marchal und Bauer mit der Volksfront verbunden wurden, können aber nur denen wunderbar erscheinen, die so naiv waren und sind - dazu gehört dem Scheine nach auch die KPF-Führung - zu glauben, dass die radikalen Kommandeure gegen die zu kämpfen fähig wären, mit denen sie durch tausend Kanäle aufs engste verbunden sind. Es ist daher auch kein Wunder, dass die "Humanité" über die sehr engen und materiellen Bindungen eines Teils der Volksfront - und zwar ihre bestimmenden Teiles - an die "faulen Könige" und Abstammlinge der "200 Familien", an die Bauer und Marchal, allgemeines Schweigen verbreitet. Offenbar befürchtet sie sonst ihr "blaues Wunder" zu erleben.

ENTGEGEN DEM GESETZ. Das Zivilgericht in Amiens hat auf Antrag der Patronatskammer gegen den Syndikatssekretär des Bekleidungsarbeiterverbandes der CGT ein Urteil erlassen, da er trotz eingeleiteter Verhandlungen über einen Kollektivvertrag einen Streik mit Betriebsbesetzung durchgeführt hat. Das Urteil lautet auf 41 000 Franken Schadenersatz, da der Gewerkschaftssekretär gegen das Gesetz gehandelt hat. Hier zeigt sich bereits, dass die bürgerliche Justiz, in deren Händen die Ausführung des kommenden Arbeitsstatuts liegt, aus dem Gesetz über das obligatorische Schiedsgericht eine Schlinge seilt, mit der die gewerkschaftliche Aktion stranguliert und unter Strafe gestellt werden soll.

#### Mitteilung an unsere Leser.

Wegen Andrangs aktuellen Stoffs mussten wir die Fortsetzung unserer Artikelserie über das "moderno" Arbeitsstatut auf die nächste Nummer verschieben. Wir bitten unsere Leser dies entschuldigen zu wollen.





Fakt der faschistischen Diktaturen Deutschlands und Italiens u. der demokratischen Imperialistischen Frankreichs und Englands, unter Ausschluss der SU und mit der Spitze gegen sie vorschlagen werde. In der französischen Bourgeoisie mehren sich die Stimmen für eine solche Annäherung an die deutschen und italienischen Faschisten. So ist z. B. Flandin am letzten Sonntag öffentlich dafür eingetreten. Wenn die Führer der KPF u. der SFIO die "nationale Einheit" zur Verteidigung des französischen Imperialismus gegen den äusseren Feind prodigen und wenn insbesondere die KPF sich Überpatriotisch gebärdet, so wird dadurch einerseits die imperialistische Aufrüstung in Frankreich u. in der ganzen Welt gefördert, andererseits aber der französischen Bourgeoisie erleichtert, sich mit Hitler gegen die SU zu verbündigen, denn sie ist dadurch in der Lage sich als Hüterin des Friedens gegen die "Kriegstreiberer" der KPF hinstellen, wie das Flandin getan hat.

-0-0-0-

### DIE NEUE STALINERKLÄRUNG.

XX

Die Korrespondenten der ausländischen Presse in Moskau melden, dass die "Prawda" vom 14. Februar den Brief eines jungen Kommunisten, namens Iwanow, an Stalin und die Antwort Stalins auf diesen Brief veröffentlicht habe. Nach dem Bericht des "Temps" (vom 16. Februar) hat Iwanow an Stalin geschrieben, um ihn um Rat zu fragen. Er, Iwanow, sei des Trotzismus angeklagt worden weil er die Auffassung vertreten habe, dass der endgültige Sieg des Sozialismus nur im Weltmassstabe möglich sei und dass er die Lösung des Antagonismus voraussetze, der durch die gleichzeitige Existenz von zwei verschiedenartigen sozialen Systemen in der gegenwärtigen Welt gegeben sei. In seiner Antwort habe Stalin Iwanow völlig recht und dessen ideologischen Gegnern unrecht gegeben, die behaupteten, dass der Sieg des Sozialismus in der SU endgültig und gegen eine Rückkehr des Kapitalismus durchaus gesichert sei. Der Sozialismus habe in der SU insofern gesiegt, so erklärte Stalin, als es gelungen sei, die Bourgeoisie zu liquidieren, eine brüderliche Zusammenarbeit mit den Bauern herzustellen u. eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Aber es gäbe eine zweite Seite des Problems.

"Wir könnten sagen", heisst es in Stalins Antwort, "dass der Sieg des Sozialismus endgültig sei, wenn unser Land eine Insel wäre und wenn es um es herum nicht eine grosse Anzahl von kapitalistischen Ländern gäbe. Aber da wir keineswegs auf einer Insel leben, sondern inmitten eines Systems von Staaten, von denen eine beträchtliche Anzahl dem Land des Sozialismus feindlich gegenüberstehen u. eine Gefahr der Intervention u. der Restauration des Kapitalismus darstellen, so sagen wir offen und ehrlich, dass der Sieg des Sozialismus in unserem Lande nicht endgültig ist. Dieses zweite Problem ist also nicht gelöst, und wir müssen es erst noch lösen. Wir können es übrigens nicht lösen, wie wir das erstere geköst haben, d. h. durch unsere eigenen Kräfte. Wir können es nur lösen, wenn wir die Anstrengungen des Weltproletariats mit den Anstrengungen unseres Sowjetvolkes vereinigen. Man muss die Bande der Arbeiterklasse der SU mit der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder verstärken, man muss die Hilfe der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder für die Arbeiterklasse unseres Landes im Falle eines militärischen Angriffs gegen uns organisieren, ebenso wie man jede nur mögliche Unterstützung der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder durch die Arbeiterklasse unseres Landes organisieren muss".

Zu dieser Erklärung Stalins möchten wir folgendes bemerken: erstens ist die Behauptung, dass der Sozialismus in der SU unwiderruflich gesiegt habe, keineswegs, wie Stalin den Eindruck zu erwecken sucht, eine Privatidee eines kleinen Provinzbenzen. Diese Behauptung hat der VII. Weltkongress der Komintern offiziell aufgestellt, und sie ist seit Jahren der Kohrreim aller offiziellen Kundgebungen der Sowjetregierung, der KPSU und der KI. Stalins Darstellung ist ein grober Schwindel, den er sich deshalb leistet, weil er weiss, dass in der SU ihm niemand, ohne sein Leben zu riskieren, widersprechen kann. Zweitens spricht Stalin von der Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe der Arbeiterklasse der SU und der internationalen Arbeiterklasse. Aber Stalins Politik in den letzten Jahren beruhte darauf, dass die SU und die KI





Martin berichtete über die Besprechung, die er u. seine Kollegen mit dem Präsidenten Roosevelt in der letzten Woche in Washington gehabt hatten. Er erklärte, dass Präsident Roosevelt eingewilligt habe, sich mit den zuständigen Instanzen für öffentliche Arbeiten in Verbindung zu setzen, damit noch eine Zuschusssumme unverzüglich zur Verfügung gestellt werde.

"Wir verlangen eine sofortige Hilfe", fuhr Martin fort. "Wir fordern unmittelbar eine Summe von 1 000 000 Dollar wöchentlich als direkte Hilfe im Staate Michigan."

Richard Frankensteen, der Vizepräsident der UAW, las eine Botschaft des Gouverneurs Murphy vor, der krank war, in der es hiess: "Wenn eine angemessene Arbeitslosenunterstützung ein Defizit bedeutete, so würde ich das Defizit wählen".

Der Gouverneur fügte hinzu, dass er eine Sondersitzung des Parlaments des Staates Michigan einberufen würde, wenn eine Untersuchung, die er gemacht habe, zeige, dass es notwendig sei, eine zusätzliche Unterstützung zu gewähren.

Die grösse Massenorganisation der Arbeiter von Detroit hat den ganzen Staat in Bewegung gebracht. Ähnliche Aktionen sind in Flint, Cadillac und anderen Zentren geplant.

Die U.A.W. sind ein anfeuerndes Beispiel für die ganze Arbeiterbewegung, denn sie zeigen, wie eine militante, fortschrittliche Gewerkschaft sich um das Wohlergehen ihrer Mitglieder in Zeiten der Krise u. Arbeitslosigkeit mit derselben Energie und Wachsamkeit kümmert, mit der sie ihre Interessen im Betrieb, wenn sie Arbeit haben, vertritt."

Bei der oben erwähnten Besprechung, die die Führer der U.A.W. mit dem Präsidenten Roosevelt hatten, forderten die ersteren:

1. Eine Ausdehnung der staatlichen Massnahmen für öffentliche Arbeiten, z.B. Bau billiger Wohnungen etc. 30 Millionen Dollar wurden für Michigan als sofortige Hilfe verlangt, weitere 100 Millionen Dollar sollen folgen.
2. Ein Lohnsystem, das einen jährlichen Mindestlohn garantiert, um die Beschäftigung u. den Verdienst der Automobilarbeiter zu stabilisieren, ein jährlicher Lohn von 2 000 Dollar wurde vorgeschlagen.
3. Eine Gesetzgebung, die die wichtigsten Industrien unter staatliche Kontrolle stellt, damit sie im öffentlichen Interesse auf der Grundlage eines begrenzten Profits, niedrigeren Preisen, uneingeschränkter Produktionserweiterung u. vollständiger Wiedereinstellung der Arbeiter mit höherer Bezahlung und weniger Arbeitszeit funktionieren.

Die Vertreter der U.A.W. wiesen daraufhin, dass 320 000 Arbeiter in der Automobilindustrie arbeitslos sind und 197 000 Kurzarbeit leisten.

Homer Martin, der Präsident der U.A.W., sprach sich scharf gegen öffentliche Arbeiten in Form von Rüstungsarbeiten aus. Er sagte in einer Ansprache in dem Ökonomischen Klub in New York:

"Wenn wir die Wirtschaft durch Bauten beleben müssen, dann lasst uns Wohnungen für den Teil bauen, der mehr als ein Drittel unserer Bevölkerung umfasst u. der in schlechten Wohnungen lebt. Wenn wir darauf bestehen, etwas zu produzieren, das keinen sozialen Wert in sich birgt, so ist es besser Talsperren etc. zu bauen als Kriegsschiffe."

Diese Stellungnahme von Homer Martin ist umso bemerkenswerter u. erfreulicher, als die Autoindustrie bekanntlich eine der wichtigsten Rüstungsindustrien ist. Übrigens haben auch die der CIO angeschlossenen Verbände der Stahl- u. Aluminiumindustrie, die auch Rüstungsindustrien sind, dieselbe Stellung eingenommen. Die KP unterstützt dagegen die Rooseveltsche Rüstungspolitik.



ZUR TAGUNG DES NATIONALKOMITEES DER CGT.  
oo

Auf der Tagung des Nationalkomitees der CGT, die am 14. und 15. Februar in Paris stattgefunden hat, wurde eine Resolution angenommen, in der es u.a. heisst:

"Zur Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Lage unseres Landes Übergchend, stellt das Nationalkomitee fest, dass sie gegenwärtig durch folgende Tendenzen charakterisiert wird:

Rückgang der Kaufkraft der Arbeiterlöhne u. aller sonstigen Entlohnungen infolge der fortgesetzten Preissteigerungen, die die Folge der Geldentwertung, der Spekulation und der Forderungen der Trusts sind, der Herren des Verkehrs der wesentlichen Produkte für den Lebensunterhalt;

Drohende Zerstörung des Werkes des sozialen Fortschritts, das seit Juni 1936 vollbracht worden ist...

Zunahme der vollständigen und teilweisen Arbeitslosigkeit;

Ausschaltung eines immer bedeutenderen Teils der Lohnempfänger aus dem Produktionsprozess infolge der Rationalisierung und der modernen Arbeitstechnik, da die Ausdehnung des Marktes nicht besonders entwickelt worden ist;

Unsicherheit der Währung, die zur Lähmung des Wirtschaftslebens und zum Ruin der Lohnempfänger, der kleinen Leute und der Rentner führt..."

Diese Schilderung der augenblicklichen wirtschaftlichen u. sozialen Lage Frankreichs bedeutet die schärfste Vorurteilung der bisherigen Politik der CGT. Aber die CGT-Führer, weit davon entfernt, die Lehren daraus zu ziehen, wollen im alten Fahrwasser weiter machen. In der Resolution wird ein Katalog von Forderungen aufgestellt (u.a. die Nationalisierung verschiedener Industriezweige), von denen die CGT-Führung ganz genau weiss, dass sie mit ihrer Politik, nämlich mit der Volksfrontpolitik, nicht durchzuführen sind. Das ist nichts anderes als ein grober Betrug an den Massen.

In bezug auf das Arbeitsstatut verlangt die CGT einzelne Verbesserungen, nimmt es aber im Prinzip an. Statt eine Kampagne gegen dieses Gesetz zu veranstalten, das von einem Redner auf der CGT-Tagung als eine Zwangsjacke für die Arbeiterklasse bezeichnet wurde, statt diesen Anschlag auf die Rechte der Arbeiterschaft durch Massendruck und Massenaktionen abzuwehren, stellt sich die CGT darauf ein, durch einen Kuhhandel in den Kulissen des Parlaments diesem arbeiterfeindlichen Gesetz eine besser aussehende Fassade zu geben. Dabei ist es klar, dass z.B. alle Bestimmungen über eine Anpassung der Löhne an die Teuerung auf dem Papier bleiben müssen, wenn das Streikrecht der Arbeiter in der einen oder anderen Weise faktisch annulliert wird, wenn die Unternehmer praktisch alle Möglichkeiten haben, um gewerkschaftliche Militanten und Betriebsdelegierte zu entlassen und Gelde einzustellen. Alle Konzessionen in Nebensachen sind auf die Dauer wertlos, wenn sie durch einen Verzicht der Gewerkschaften auf die freie Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel erkaufte werden.

-o-o-o-

Das Arbeitsstatut und die gleitende Lohnskala:

ZUR REITSCHT EIN ZUCKERBRÖTCHEN.

oo

Der "Republikaner" vom 3. Februar sucht in seiner gewerkschaftlichen Rundschau den Eindrück zu erwecken, als ob das neue Arbeitsstatut in den Kommissionsberatungen der Kammer eine einschneidende Änderung und Ergänzung im Interesse der Arbeiterschaft erfahren habe. In Wirklichkeit ist nichts entscheidendes am arbeiter- u. gewerkschaftsfeindlichen Charakter der Gesetzesprojekte geändert worden.

Wenn der "Populaire" vom 5. Februar in grossen Lettern verkündet, "dass die Anpassung der Löhne an die veränderten Lebenshaltungskosten durch den von der Arbeitskommission der Kammer angenommenen Text gesichert ist", so

das nicht nur eine grobe Irreführung der Arbeiter, sondern zugleich auch der Versuch, die Arbeiter durch eine scheinbare Konzession an die von ihnen erhobene Forderung auf Einführung der gleitenden Lohnskala, über den grundlegenden Charakter des Arbeitsstatuts hinwegzutäuschen.

Wenn Jouhaux erklärt, dass die CGT im Ganzen dem Arbeitsstatut günstig gesinnt ist und ihre Kritik nur eine Anpassung an den Grundton jedes Projektes erstrebt, so läuft diese Haltung auf das gleiche hinaus.

Und wenn das politische Büro der KPF kundgibt, dass es einknietig darin ist, dass die durch Jouhaux ausgedrückte Haltung ganz den Interessen der Arbeitermassen entspricht, so darf man wohl von einem Komplott gegen die grundlegenden Interessen der Arbeiter im Interesse der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie durch die grossen Arbeiterorganisationen sprechen.

Sehr klar wird dies, wenn man den so laut und als grossen Erfolg angekündigten Zusatzantrag der Arbeitskommission der Kammer in seinem wahren Inhalt ins Auge fasst. Der Text lautet:

"Wenn, <sup>die</sup> seit dem Datum der Festsetzung der Löhne durch einen der Offiziellen Indexe angezeigte Veränderung der Lebenshaltungskosten mindestens 5 Prozent beträgt, müssen die Schiedsrichter und Unterschiedsrichter in einem Masse, das mit den wirtschaftlichen Bedingungen in dem sich der Streit entwickelt hat, vereinbar ist, die Löhne oder den Teil des Lohnes, dessen Abänderung sich dringend notwendig macht, im Verhältnis zu der festgestellten Veränderung der Lebenshaltungskosten, festsetzen."

Dieser, als Verwirklichung der gleitenden Lohnskala gepriesene Text, ändert in Wirklichkeit nichts an dem bisherigen Zustande zu Gunsten der Arbeiter. Es ist nicht unbekannt, dass die Arbeiter bisher ebenfalls das formelle Recht besaßen, während der Laufdauer eines Kollektiv- oder Tarifvertrages unter Hinweis auf eine seit dem Vertragsabschluss eingetretene Erhöhung der Lebenshaltungskosten beim Schiedsrichter eine Anpassung der Löhne zu beantragen. Dieses Recht war ihnen formell im Abwertungsgesetz der Regierung Blum zugestanden worden und ist gleichfalls in einer grossen Zahl von Kollektivverträgen festgelegt. Zum anderen haben sich die Arbeiter dieses Recht einfach genommen.

Der von der Kammerkommission angenommene Text enthält sogar einen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Zustande. Die Formel "in einem Masse, das mit den wirtschaftlichen Bedingungen des Unternehmens vereinbar ist", gibt dem Patronat und dem Schiedsrichter eine willkommene Handhabe, sich ganz ihrer bisherigen Praxis entsprechend, der Anpassung der Löhne zu widersetzen und sich dabei noch auf das Gesetz zu berufen, wonach diese Anpassung "mit den wirtschaftlichen Bedingungen des Unternehmens vereinbar" sein muss. Mit Recht weist der "Libertaire" darauf hin, dass bis jetzt die Schiedsrichter stets erklärten, dass sie einer Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten deshalb nicht zustimmen könnten, weil eine solche Massnahme mit den wirtschaftlichen Bedingungen der Unternehmungen nicht vereinbar sei.

Der von der Kammerkommission votierte Text ist also in Wahrheit eine Karikatur auf die Forderung der Arbeiter nach der gleitenden Lohnskala. Er bedeutet sogar einen Rückschritt gegenüber dem bisher in die Praxis eingeführten Rechtsanspruch der Arbeiter. Wenn der Senat den Kammerkommissionstext ablehnen würde, so wäre damit sogar von seiten der Arbeiterparteien selbst zugegeben, dass die Arbeiter kein gesetzliches Recht auf Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung während der Dauer eines Tarifvertrages besaßen.

Es handelt sich demnach bei dem von der zuständigen Kammerkommission votierten Text in keinem Falle um einen Fortschritt des geschriebenen Rechts gegenüber dem bisher in der Praxis getätigten Rechtszustande im Interesse der Arbeiter. Der angenommene Text bedeutet in keinem Falle eine gesetzliche Erleichterung des Kampfes der Arbeiter um die Anpassung ihrer Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Der erwähnte Kammerkommissionstext:



macht die Projekte des "modernen" Arbeitsstatuts um nicht einen Deut annehmbarer. Er ist in Wahrheit nur ein Ausdruck des schlechten Gewissens der führenden Arbeiterparteien, die mit diesem Linsengericht, die Auslieferung des Erstgeburtsrechts der Arbeiter, die Ausübung ihres Streikrechts zur Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen, an die Willkür des bürgerlichen Staates, vorschleiern wollen.

Die Militanten der CGT dürfen sich durch dieses Manöver nicht irreführen lassen. Sie dürfen nicht dulden, dass ihr Streikrecht, die einzige Garantie für die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung, gegen einen faulen Wechsel eingetauscht wird, für dessen Einlösung niemand bereit ist. Die Arbeiterklasse wäre schlecht beraten, wenn sie die Peitsche erträglicher findet, wenn sie ihr mit einer, wie Zuckerbrot ausschauenden Garnierung, verabfolgt würde. Die Arbeiterklasse muss gegen das Arbeitsstatut in Aktion treten, weil es ihr ihr grundlegendes demokratisches Recht zur Verteidigung ihrer Lebensexistenz im Kapitalismus verschandeln und zerstören soll.

-o-o-o-

Aus Spanien:

DIE VERFOLGUNG DER ANTI-FASCHISTEN.  
oo

In der letzten Zeit sind eine Reihe von ausländischen Antifaschisten, die in den Gefängnissen des republikanischen Spaniens saßen, trotz dem Widerstand der Stalinisten entlassen worden.

Es ist klar, dass der moralische Druck von seiten der Arbeiter geholfen hat, die Befreiung dieser Genossen zu erreichen, aber es ist ausserdem nicht weniger klar, dass Prieto, wenn er sich heute entschliesst, gegen die Stalinisten zu handeln, vor allem von politischen Gesichtspunkten geleitet wird.

Die ausländischen Freunde Prietos, die ihm als Mittelsmänner zu den demokratisch-kapitalistischen Kräften Frankreichs und Englands dienen, müssen seine Aufmerksamkeit auf die verderbliche Wirkung gelenkt haben, die die Tatsache gehabt hat, dass Antifaschisten ohne jede Rechtsprechung viele Monate gefangengehalten worden, die dank der mit ihnen Sympathisierenden über genügend Mittel verfügen, um im Ausland eine Kampagne dagegen zu führen. Die bürgerlichen Elemente in Frankreich u. England und die Reformisten dieser beiden Länder, die Agenten der Verbindung zwischen dem Regierungsspanien u. der kapitalistischen Welt, die in Spanien Interessen hat, können die Meinung der Arbeiterklasse nicht einfach ignorieren.

Für Prieto besteht also das Mittel, die Protestaktionen gegen die Unterdrückung etwas zu beschwichtigen, darin, die revolutionären ausländischen Gefangenen in Regierungsspanien zu befreien, solange er die Verantwortung für ihre Verfolgung noch auf die Stalinclique abwälzen kann. Dies Spiel könnte ihm sehr schön gelingen, wenn es nicht eine gewisse Solidarität unter den revolutionären Arbeitern aller Länder gäbe. Es wäre wirklich zu einfach für die Herren, die das republikanische Spanien regieren, sich der Opposition im Auslande zu entledigen, nur dadurch, dass man die ausländischen Genossen in Freiheit setzte.

Es ist möglich, dass in einigen Wochen nicht ein einziger ausländischer Genosse mehr in den spanischen Regierungsgefängnissen wie auch in denen der Tscheka bleiben wird. Aber das Problem der Unterdrückung ist damit keineswegs gelöst.

Für Prieto u. die Helfershelfer seines gegenwärtigen politischen Manövers ist es die Hauptsache, einen legalen Ausweg aus der anormalen Situation zu finden, die die Stalinisten im Juni 1937 durch ihren Terror, der ihm aber keineswegs unbekannt geblieben war, geschaffen haben. Prieto u. die Republikaner waren nicht weniger entschlossen, die POUM zu erledigen, als die Stalinisten. Sie waren sich nur nicht einig über die Mittel. Der Arbeitsminister Aiguader, der in der Regierung die Richtung der katalanischen Linken von Companys vertrat, sagte im Juli 1937 dem Verfasser dieser Zeilen: "Ich bin nicht im mindesten mit der Politik der POUM einverstanden. Ich glaube, man muss Schluss machen mit ihrer Opposition gegen die Volksfrontregierung. Aber ich bin ebensowenig damit einverstanden, dass irgendeine Partei - die

stets mit grossem Geschrei und Getöse für die republikanische Gesetzlichkeit eingetreten ist (die KP)-die gesetzlichen Handhaben der Regierung benutzt, um Personen verschwinden zu lassen und um ihre Gegner zu verfolgen; und das, ohne dass die eigene Regierung irgendetwas davon weiss, bis zu dem Augenblick, wo die Tatsachen bereits geschaffen sind".

Herr Aiguader war nicht einverstanden und ebensowenig Herr Zugazagoitia als dieser die Genossen Nina bat, ihm zu helfen, Nin wiederzufinden. Vor zahlreichen Zeugen versicherte er -trotz dem von Georg Soria veröffentlichten Dementi -dass die Sowjetbotschaft der Ort sei, in den es am schwersten sei einzudringen, denn sie sei -nach seinen eigenen Worten - von "sieben ohinesischen Mauern umgeben". Auch andere Minister waren nicht einverstanden, aber weder Herr Aiguader noch Herr Zugazagoitia, noch die anderen versuchten diesem anormalen Zustand ein Ende zu bereiten.

Mit einem Wort: Sie stimmten nicht überein mit den angewandten Mitteln, aber sie waren ganz befriedigt von den durch dieses Vorgehen erreichten Resultaten, ein einziges vielleicht ausgenommen, die Ermordung Nina. Und das deshalb, weil es sich bei ihm um eine Persönlichkeit handelte, die ein grosses Ansehen in den katalanischen literarischen und wissenschaftlichen Kreisen genoss.

Es sieht also so aus, als ob wir einer Aera der Untordrückung entgegengehen, mit der alle Kategorien von "Demokraten", aus denen sich die Negrin-Regierung zusammensetzt, einverstanden sind; und, nach der Art, wie sich gewisse revolutionäre Organisationen (CNT -FAI) ausdrücken, die selber nicht an der Regierung beteiligt sind, ist zu befürchten, dass diese die gegebene Situation mit einer Art Fatalismus hinnehmen werden.

Die Stalinisten haben schon die widerwärtige Arbeit der Henker ihrer eigenen Kampfgenossen geleistet. Noch weiter zu gehen, wäre gefährlich für das Ansehen eines Menschen wie Prieto, der von sich mit Recht behauptet, zu wissen, was er will und seine Ruhe zu bewahren.

Es handelt sich also darum, eine legale Lösung dieses Problems zu finden und Schluss zu machen mit dem unerklärbaren Verschwinden von Kämpfern und ihrer Ermordung durch Unbekannte, die Jeder kennt und die kein Richter anklagen kann. Diese groben u. abtossenden Verfahren würden den vornehmen Manieren Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, deren Freundschaft man um jeden Preis zu gewinnen sucht, kaum entsprechen.

Deshalb müssen wir uns also, im Hinblick auf die Genossen, die sich noch in den spanischen Gefängnissen befinden, auf den Kampf gegen die angebliche "Gesetzlosigkeit" vorbereiten, d.h. gegen die Gesetze, die unter der Monarchie wie unter der Republik von 1931 geschaffen worden sind, und gegen die, die insbesondere zur Unterdrückung der Arbeiterklasse unter der nach dem Mai 1937 wiedererstandenen bürgerlichen Republik erlassen wurden.

Es ist wahrscheinlich, dass man nicht versuchen wird, die Genossen der POUM unter die Anklage der Spionage zu stellen. Diese Beschuldigung wäre zu plump, und bisher sind in den kleineren Prozessen, bei denen sich unter den Angeklagten Mitglieder der POUM befanden, diese letzteren stets freigesprochen worden. Und nur diejenigen hat man verurteilen können, die in einem faktisch geheimen, beschleunigten Scheinverfahren durch Sondergerichte der Stalinisten abgeurteilt wurden.

Aber man darf nicht vergessen, dass nicht nur das Delikt der Spionage die Genossen der POUM an den Hinrichtungspfahl stellen kann. Denken wir nur noch einmal an den Fall des Genossen Mena, der in Lerida erschossen wurde und zwar wegen der einfachen Anklage "möglicherweise" eine Kundgebung gegen die schlechte Verpflegung in der Kaserne ausserhalb derselben organisiert zu haben. Die Anklage wegen Spionage könnte heute Niemanden mehr überzeugen, und eine durch die neue Art der heute üblichen Verfolgungen erforderliche Bedingung ist die Glaubhaftigkeit der Anklagen, die "Gesetzlichkeit" der zugemessenen Strafen.





Die Vorseuge in Rumänien.

Die Regierung Goga ist unter dem Druck Frankreichs, Englands und der Sowjetunion zurückgetreten, die Militärdiktatur aber, die an ihre Stelle getreten ist, hängt aber mehr oder weniger in der Luft. Es ist anzunehmen, dass Nazi-Deutschland vorerst auf die Karte der Eisernen Garde in Rumänien setzen wird. Und es kann sehr wohl sein, dass der rumänische König mit dem jetzigen Kabinett seine letzte Karte ausgespielt hat. Von einer Rückkehr zu irgendwelchen scheinparlamentarischen Herrschaftsformen kann nicht gesprochen werden. Die neue Regierung hat alle demokratischen Rechte suspendiert. Für das rumänische Proletariat und Kleinbauern, wie für die nationalen Minderheiten ist durch den Regierungswechsel keine Milderung in ihrer rechtlichen und sozialen Lage eingetreten.

Um die internationale Gewerkschaftseinheit.

Der englische Gewerkschaftskongress hat sich jetzt ebenfalls zur Frage des Anschlusses der Sowjetgewerkschaften an den IGB geäußert. Unter dem Einfluss von Citrine hat sich der Kongress in einer Erklärung dem Beschluss des IGB-Vorstandes in dieser Frage angeschlossen.

Die Zentralkommission des deutschen Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei (Sudetengebiet) hat sich ebenfalls für den Beschluss des IGB in der Frage des Anschlusses der Sowjetgewerkschaften und gegen die Aufnahme derselben in den IGB ausgesprochen.

Gegen das "moderne" Arbeitsstatut.

Die section Syndicale des Compteur von Montrouge haben in einer Versammlung von 2 660 Militanten eine Resolution angenommen, die sich u. a. auch gegen das "moderne" Arbeitsstatut ausspricht. Wir geben daraus einige Auszüge wieder:

"Die Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Techniker des Unternehmens stimmen darin überein, dass dieses Statut sich in entscheidender Weise von den unabdingbaren Garantien entfernt hat, die von unserem Syndikat und unserer Federation der Metallarbeiter verlangt wurden und wie sie von der CGT im August 1937 gefordert wurden..."

Wir haben gewartet, wir warten noch - und die Existenzbedingungen der Arbeiter sind durch dieses Statut den auseinanderstrebenden Ungewissheiten des Schiedsgerichts ausgeliefert, die keine festen Grundlagen haben, denn die Garantie der Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Löhne ist bewusst vergossen."

Über die Frage der Einstellungen und Entlassungen wird gesagt:

"Die Willkür der direkten Einstellung durch die Unternehmer ist weiter gestattet. Folglich bleiben auch die Manöver der Unternehmer im ganzen bestehen, die wir in unserer Fabrik, die mit den Trusts des Gases, des Wassers und der Elektrizität in Verbindung steht, kennen gelernt haben und die sich in der Organisation der Teilarbeitslosigkeit für eine unbegrenzte Dauer (50 Prozent des Personals arbeitet nur 32 Stunden in der Woche) und in der Entlassung von neun Arbeitern im Januar 1938 äusserten."

Über das Streik-Statut heisst es in der Resolution:

"Es handelt sich darum unter dem Vorwand einer prinzipiellen Regelung des Streiks die Freiheiten der Arbeiter in Fesseln zu schlagen. Diese Regelung unter einer Regierung der Volksfront zielt in Wahrheit auf die Aufhebung aller Aktionsmöglichkeiten der Arbeiter gegen die unsozialen Massnahmen des Patronats ab.

Die Arbeiter können daher diese Projekte nicht annehmen, denn sie wollen nicht die Depiorten der Manöver des Patronats sein, das in Übereinstimmung mit der Regierung handelt. Die Parteilichkeit des modernen Arbeitsstatuts kann nur im Sinne einer unannehmbaren sozialen Unterdrückung ausgelegt werden."

Berichtigung: Auf Seite 6, 4 Absatz, Zeile 5 muss es hinter "Bedingungen" heissen "des Unternehmens".





Sie zeigen weiterhin das Arbeitsstatut ungeschminkt als eine wirksame gesetzliche Handhabe zur Begünstigung und Erleichterung der Unternehmeroffensive zur weiteren Herabdrückung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, zur Drosselung des Widerstandes der Arbeiter gegen diese Offensive mittels des Streikstatuts und der Vervollkommnung des Gesetzes über das Schiedsgerichts- und Schlichtungsverfahren.

Benoit Frachon, einer der Sekretäre der CGT, hat nach den Kammerberatungen über das Arbeitsstatut eine Erklärung abgegeben. In dieser Erklärung versucht er den Eindruck zu erwecken, als ob das Gesetz als ersten Grundsatz die Verpflichtung zur Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten proklamiere. Falls der Unternehmer erklärt, diese Anpassung nicht vornehmen zu können, so müsse er, setzte Frachon hinzu, den Beweis dieser Unmöglichkeit erbringen. Frachon hat weiter den Eindruck zu erwecken gesucht, als ob die CGT den Schiedsrichter aus ihren Reihen bestimmen könne und diesem weitgehende Befugnisse in der Richtung eines Eingriffs in die Betriebsführung gestattet seien. Frachon hat den Sinn des Kammertextes des Gesetzes sogar dahin zu interpretieren versucht, daß im Falle der Weigerung eines Unternehmers die notwendigen Dokumente über die wirtschaftliche Unmöglichkeit zur Anpassung der Löhne vorzulegen, dieser zur vollständigen Angleichung der Löhne an die festgestellte Erhöhung der Lebenshaltungskosten verpflichtet ist. Die radikalen Volksfrontpartner der Arbeiterparteien und der CGT haben diesen Auslegungskünsten ein sehr entschiedenes Dementi entgegengesetzt.

Die SFIC hat durch den Mund des "Populaire" verkünden lassen, daß, falls der Senat einen Konflikt mit der Kammer heraufbeschwören wolle, er ihn haben könne.

Dieses radikal scheinende Geschwätz ist keinen Pfifferling wert, solange die SFIC, wie die KPF und die CGT an der Volksfrontpolitik, also am Bündnis mit den Radikalen festhalten. Zum andern aber hat die radikale Volksfrontmehrheit durch ihre Beschlüsse nur den Punkt auf das 1 gesetzt und die grundlegende Linie des Arbeitsstatuts nur noch klarer herausgestellt.

Die Arbeiter dürfen sich durch die radikal scheinenden Leklamationen gegen den Senat nicht dúpieren lassen. Sie müssen in ihren Syndikaten fordern, daß die CGT eine umfassende außerparlamentarische Aktion - eingeschlossen den Proteststreik aller Federationen - gegen das arbeiterfeindliche Arbeitsstatut durchführt und die Arbeiterparteien auffordert, diese Aktion parlamentarisch und außerparlamentarisch ohne Rücksicht auf die Volksfront zu unterstützen.

Die Haltung der Radikalen zeigt, daß im Bündnis mit ihnen, selbst die Errungenschaften der Juni-Bewegung von 1936 nicht nur nicht verteidigt, sondern schrittweise preisgegeben werden müssen, und darüber hinaus die elementarsten Rechte der Arbeiter zur Organisation des Widerstandes zur Verteidigung ihrer Juni-Errungenschaften immer nachdrücklicher eingeschränkt und im Endeffekt aufgehoben werden. Indem aber die Volksfrontpolitik den Arbeitern die Mittel zur Verteidigung ihrer Lebens- und Existenz-Bedingungen beschneidet und die Unternehmeroffensive gegen diese zu erleichtern sucht, bereitet sie den Boden vor, auf dem der Faschismus gedeiht.

Damit beweist die Volksfront selbst, daß sie nicht nur in ihrer Form, sondern auch dem Inhalt ihrer Politik nach nichts anderes ist als die alte Koalitionspolitik, deren Folgen unter den Bedingungen einer schweren kapitalistischen Krise wir in Deutschland und Oesterreich in so eindringlicher Weise kennengelernt haben. Die französischen Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß sich auf ihrem Rücken die gleiche Tragikodie wiederholt. Sie dürfen nicht zulassen, daß ihre Führer unter einem neuen Firmenschild die alte Sache wiederholen: im Bunde mit der liberalen Bourgeoisie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie morgen auf den von der Volksfront geschaffenen Grundlagen gänzlich rechtlos gemacht werden.



Um die Arbeiter - Kontrolle .  
- - - - -

Wir veröffentlichen im Folgenden einen Artikel des Kameraden M. Collinet von der Lehrgewerkschaft über die Arbeiterkontrolle . Wir entnehmen diesen Artikel dem " Réveil syndicaliste " (15.2.38.), welcher von dem " Cercle Syndicaliste Lutte de Classe " herausgegeben wird, über den wir schon des öfteren in der " Arbeiterpolitik " geschrieben haben. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß der Artikel des Kam. Collinet in den Grundlinien mit den Auffassungen übereinstimmt, die die IVKO seit jeher in Bezug auf die revolutionäre Uebergangslösung der Arbeiterkontrolle der Produktion vertreten hat :

" Zur Geschichte :

Unter dem Einfluß der proletarischen Revolutionen nach dem Weltkriege bemächtigte sich der französischen und internationalen Arbeiterbewegung eine leitende Idee :

die Arbeiterkontrolle.

Auf ihren Kongressen von Clermont (1917) und von Orléans (1920) setzte die CGT an die erste Stelle ihrer Forderungen : " die Kontrolle der Arbeiter über die Industrie und den Handel, die durch die direkte Aktion dem Unternehmertum einen Teil seiner Macht und Autorität entreißen soll und die direkt zur vollständigen und grundlegenden Umwälzung führen soll".

In der folgenden Zeit blieb die Arbeiterkontrolle auf der Tagesordnung der großen Gewerkschaftsorganisationen, wie zum Beispiel der der Metallarbeitergewerkschaft.

Um die revolutionäre Entwicklung zu verhindern, bemächtigte sich die Bourgeoisie dieser Parole und verwandelte sie in ihre Karikatur: die paritätischen Schlichtungskomitees. Das ist der Fall in England (durch eine gesetzliche Verfügung) und in den Vereinigten Staaten (durch die persönliche Initiative von Großkapitalisten, wie Rockefeller und Ford). Es ist klar, daß die Arbeiterkontrolle, die die Autonomie der Arbeiterklasse voraussetzt, nichts mit diesen Versuchen gemeinsam hat, deren Zweck es ist, die Arbeiter jedes Unternehmens an ihren betreffenden Unternehmer zu binden.

Die Etappen der Arbeiterkontrolle.I. Kontrolle der Arbeitsbedingungen.

Es ist die erste Etappe der Arbeiterkontrolle, die durch die Sozialgesetze von 1936 im Allgemeinen verwirklicht worden ist. Durch ihre Betriebsdelegierten kann die Arbeiterklasse die Anwendung der Kollektivverträge kontrollieren und die Arbeits-, Sicherheits- und hygienischen Bedingungen überwachen. Gegen diese Bestimmungen, die vom Unternehmertum nur sehr ungern akzeptiert wurden, reagiert es, indem es die Betriebsdelegierten entläßt, oder nur Unorganisierte einstellt. Die einfache Sicherheit der Arbeiter erfordert also etwas anderes, das heißt :

II. Kontrolle der Einstellung und der Entlassung.

9/10 aller Streiks und Schiedssprüche haben seit einem Jahr willkürliche Entlassungen von Militanten zum Anlaß gehabt. Die Schiedssprüche in dieser Frage sind im entgegengesetzten Sinne gefällt worden : die meisten gewähren dem Unternehmertum das absolute Recht, einzustellen und zu entlassen, wen es will. Ueber die Vorschläge der CGT, in Bezug auf die Kontrolle der Einstellungen und der Entlassungen sind die Unternehmer außer sich. Herr Gagnoux lehnt jeden Vorschlag einer Kontrolle ab und fordert die Unternehmer, die der französischen Allgemeinen Arbeitgeber-Konföderation angehören, auf, sich nötigenfalls durch Aussperrung und Aufstand jeder Verwirklichung der Kontrolle zu widersetzen.

Im Mai 1937 machte die CGT die Kontrolle der Einstellung und der Entlassung zur Bedingung für die Erneuerung der Kollektiv-

Verträge; aber angesichts der heftigen Unternehmeroffensive verzichtete sie darauf; Ihr Projekt bedeutet indessen keine Gefahr für die Autorität der Unternehmer; denn sie zielt nicht auf eine wirkliche Gewerkschaftskontrolle; sondern auf die Schaffung von paritätischen Arbeitsnachweisen unter staatlicher Leitung hin:

Im Gegensatz zu diesem Projekt, das die staatliche Autorität an die Stelle des Unternehmers setzt, glauben wir; daß die Kontrolle von dem gesamten Personal des Unternehmens, in seiner Gewerkschaft vereinigt; ausgeübt werden muß. Nur unter dieser Bedingung können die Arbeiter jedes Unternehmens rasch und erfolgreich sich jedem Einschüchterungsversuch der Unternehmer widersetzen. Nach der Einstellung der Unternehmer zu urteilen; könnte diese gegenwärtig unumgängliche Forderung nur durchgesetzt und gesichert werden durch einen heftigen Kampf gegen die Unternehmer;

III. Kontrolle der technischen und finanziellen Geschäftsführung.

Die vorhergehenden Etappen begrenzen die Kontrolle auf die Verteidigung der Arbeits- und Sicherheitsverhältnisse der Arbeiter. Aber die technische und finanzielle Geschäftsführung bleibt in vollem Besitz der Unternehmer, die dank der Existenz der Fabrikationsgeheimnisse und des Handelsgeheimnisses ihre Vorrechte eifersüchtig verteidigen. Weder die Arbeiter, noch selbst der Staat sind genau über den Stand der Unternehmungen unterrichtet. Unter diesen Umständen hat das Unternehmertum ein leichtes Spiel, um

- (a) jede Lohnaufbesserung zu verweigern ;
- (b) gegen die Sozialgesetze (40-Stundenwoche) zu protestieren ;
- (c) die Preise zu erhöhen ;
- (d) den Fiskus zu betrügen.

Prüfen wir im Einzelnen die Rückwirkungen dieser vier Faktoren :

(a) der Arbeiter kennt nicht die Lage des Unternehmers; im Gegensatz dazu kennt dieser genau diejenige des Arbeiters. Dieser Letztere ist also ganz deutlich im Nachteil, wenn er über seinen Kollektivvertrag verhandelt.

(b) Um die Rückwirkungen der 40-Stundenwoche zu prüfen, hat die Regierung auf Grund einer Forderung der CGT eine umfangreiche Produktionsenquête eröffnet; sie hat zu diesem Zweck ein zentrales Enquête-Komitee und Korporativ-Komitees geschaffen. In jedem von diesen hat die Arbeiterklasse nur einen einzigen Vertreter gegenüber einem Dutzend von Vertretern, die dem Unternehmertum angehören oder sehr hohe Beamte des Staates, des Rechnungshofes etc. sind. Aber die Arbeiterklasse ist noch mehr benachteiligt; denn diese Komitees haben keinerlei Machtbefugnis zur Nachprüfung der Geschäftsführung des Unternehmens. Jedem Vorschlag der Arbeiter stellt das Unternehmen das Geheimnis der Buchführung entgegen (siehe den Konflikt zwischen den Angestellten und den Inhabern der großen Warenhäuser). Die Enquête hat unter diesen Bedingungen nur zu den Sozialgesetzen feindlichen Resultaten geführt.

(c) Um die Preissteigerungen zu bekämpfen, hat die Regierung ein nationales Ueberwachungskomitee geschaffen. Dieses hat ebensowenig wie das Enquête-Komitee ein Recht zur Nachprüfung und bis jetzt hat seine einzige Rolle darin bestanden, die Preiserhöhungen ganz klar und einfach zu beglaubigen.

(d) Heute ist es ein offenes Geheimnis, daß die Erklärungen für die Einkommensteuer, die Angaben über die Handels- und Industrie-Gewinne von jedem Unternehmer nach seinem Belieben gemacht werden. Die Steuerhinterziehung ist die logische Folge des Geschäftsgeheimnisses.

Die Kontrolle der technischen und finanziellen Geschäftsgebarung ist also eine aktuelle Notwendigkeit. Für die technische Kontrolle ist ein Betriebskomitee, gebildet aus den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Technikern des Unternehmens am besten imstande, in jedem Augenblick den Gang der Produktion und die Marktlage



zu verfolgen. Die finanzielle Kontrolle ist schwieriger wegen des außerordentlich geheimnisvollen Zusammenwirkens der Banken und der Industrie, und weil außerdem diese Kontrolle über den Rahmen des einfachen Unternehmens hinausgeht. Es ist also Sache der großen Gewerkschaftsorganisationen (Unions Départementales und der Federationen), die Verantwortung für diese Kontrolle mit Hilfe von Buchrevisoren zu übernehmen, und es wäre leicht, diese heranzubilden, wenn man die Kaders des gewerkschaftlich organisierten Personals der Steuerbehörden verwendet. Aber eine derartige Arbeit kann nur fruchtbar sein bei tiefgehenden "Strukturreformen", die nach ihrer Bedeutung geordnet, die folgenden sein müßten: Vereinheitlichung der Finanzbilanzen, obligatorische Kartellierung der Unternehmungen, die Verpflichtung für jedes Unternehmen, seine Betriebsfonds bei den Banken zu deponieren, und endlich die Nationalisierung des Kreditwesens. Die Arbeiterkontrolle ist also verknüpft mit dem Kampf für eine wirkliche Nationalisierung der Schlüsselindustrien.

#### Kontrolle und Klassenkampf.

Die Arbeiterkontrolle ermöglicht es, die Erziehung der Arbeiterklasse zu verbessern und die Arbeiterklasse auf rationelle Art für ihre Rolle als zukünftige Leiterin der Gesellschaft und besonders der Wirtschaft vorzubereiten. Die Arbeiterkontrolle steht also im Gegensatz zum kapitalistischen Privateigentum als auch zum staatskapitalistischen Eigentum des gegenwärtigen bürgerlichen Staates. Deshalb kann man die Arbeiterkontrolle das Vorzimmer des Sozialismus nennen.

Kein Beispiel in der Geschichte zeigt, daß eine wirkliche Arbeiterkontrolle ohne erbitterten Klassenkampf hätte ausgeübt werden können. Die ersten Verwirklichungen der Arbeiterkontrolle haben die großen Revolutionen (Italien, Spanien) begleitet. Selbst wenn man annähme, daß die Unternehmer sie ohne Widerstand akzeptierten, so ist die Kontrolle als solche doch eine Quelle ständiger Konflikte zwischen den Unternehmern und den Lohnempfängern. Sie setzt praktisch in der Fabrik eine doppelte Autorität voraus: die des Unternehmers und die des Arbeiterrats. Diese Doppelmacht ist nur in einer Periode möglich, in der diese auch auf politischem und sozialem Gebiet besteht, das heißt, wo sich gegenüber dem kapitalistischen Staat, der im Begriffe ist, gestürzt zu werden, bereits die Organe der revolutionären Macht (Sowjets, revolutionäre Komitees, etc.) erheben.

#### Schlußfolgerungen.

##### Zusammenfassung :

(1) Die Bourgeoisie akzeptiert niemals die Arbeiterkontrolle, nicht einmal die Kontrolle der Einstellung von Arbeitern. Diese Forderung kann also nicht durch eine Politik der Klassenversöhnung erreicht werden.

(2) Die Arbeiterkontrolle ist revolutionär, weil sie darauf hinausläuft, die göttliche Macht des Unternehmers in seinem Unternehmen zu zerstören.

(3) Die Arbeiterkontrolle wird notwendigerweise von einer Periode der revolutionären Spannung auf politischem und sozialem Gebiet begleitet.

(4) Die Arbeiterkontrolle ist eine Uebergangserscheinung. Sie kann nur entweder durch eine bürgerliche Reaktion verschwinden oder sich in eine vollständige Leitung der Produktion durch die Arbeiter verwandeln.

(5) Die Arbeiterkontrolle hat einen proletarisch-demokratischen Charakter, da sie die Initiative und die Fähigkeit der Arbeiterklasse entfaltet; sie steht also im Gegensatz zu den bürokratischen oder staatlichen Auffassungen über sie.

(6) Jeder klassenbewußte Gewerkschafter, der für die Befreiung der Arbeiterklasse durch sich selbst kämpft, muß also zu einem überzeugten Propagandisten der Arbeiterkontrolle werden.

## Die Lage in den französischen Kolonien .

= = = = =

Der " NEW LEADER " , das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens , veröffentlicht in seiner Nummer vom 11. Februar den folgenden Artikel des französischen Kameraden G. LENGLET, der in ihm die Ergebnisse einer Studienreise in den nordafrikanischen Kolonien schildert :

" Die französischen "Besitzungen" bestehen aus Marokko, Algerien und Tunis. Die Bevölkerung beträgt 15 ½ Millionen, von denen 14.300.000 Araber-Berber und 1.200.000 Europäer einschließlich einiger 250.000 Juden sind.

Algerien ist die bedeutendste dieser Kolonien. Es steht an der Spitze der mit Frankreich Handel treibenden Länder, sein Export und Import zusammen machen etwa 13 % des französischen Handels aus. Ein Drittel des Exporthandels hängt mit der Weinindustrie zusammen.

Zwanzig Prozent der Weinberge sind in den Händen von 6 Besitzern ! Die " Fellachen " oder Landarbeiter werden mit 5 - 11 Francs für einen zwölfstündigen Arbeitstag bezahlt.

Die französische Regierung hat wenig für die Erziehung getan. Nur 59.000 von den 900.000 eingeborenen Kindern gehen in die Schule. Nur 90 Eingeborene studieren an der Universität von Alger.

Die Eingeborenenquartiere von Alger sind unbeschreiblich überbevölkert und ungesund. Sie haben einen starken Prozentsatz von Banditen und Prostituierten. Kinder von - buchstäblich - 3 und 4 Jahren sind gezwungen, die Schuhe der Europäer zu putzen oder zu stehlen, um leben zu können. Das ist die " Zivilisation " , die der französische Imperialismus Algerien gebracht hat.

Etwa 30 % der algerischen Bevölkerung ist arbeitslos. Aber alle Suppenküchen sind nur für Europäer.

= o = o = o = o =

Diese gleichen Bedingungen herrschen in Französisch-Marokko und Tunis, aber im Hinblick auf die Unruhen in Marokko mag es von Interesse sein, einige weitere Tatsachen über die dortigen Bedingungen anzuführen.

Warum revoltierte das Volk ?

Die französischen Imperialisten - und selbst einige Sozialisten und Kommunisten - haben die Unruhen damit erklärt, daß sie sagten, italienische und deutsche Faschisten wären dafür verantwortlich. Nein - das fürchterliche Elend des Volkes war die Ursache.

Betrachten wir folgende Tatsachen :

Die Löhne in Französisch-Marokko sind so niedrig, daß sie nur 4 frs. pro Tag betragen. Die Preise sind um 60 % gestiegen, in der Hauptsache infolge einer Steuer von 31,5 Millionen frs. auf Zucker, Tee, Streichhölzer und andere Hauptkonsumgüter. ( Selbst der englische Regierungsbericht über die ökonomische Lage in Marokko kritisierte diese Maßnahme ) Die Landwirtschaft befand sich in einem starken Niedergang, und die Arbeiter drängten in die Städte. Sie waren am Verhungern.

Es war dieser äußerste Grad von Hunger, der die Unruhen verursachte. Aber es gab auch beständige Beschwerden. Die Eingeborenen haben 46 Millionen frs. jährlich für die französische Verwaltung aufzubringen. 1936 wurden nur 15 Millionen frs. für die Erziehung der Eingeborenen verausgabt gegenüber 49 Millionen frs. für die Erziehung der europäischen Kinder !

Kurzum - der französische Imperialismus war - wie überall der Imperialismus ist - eine brutale Ausbeutung der eingeborenen Bevölkerung im



"" Interesse der Kapitalisten und ihrer weißen Verwalter.

+ + +

Behalten wir dieses Bild des Elends und der Ausbeutung im afrikanischen Kolonialreich Frankreichs im Gedächtnis, wenn wir uns nun der Geschichte der Unruhen zuwenden.

Französische Sozialisten und Kommunisten haben in der Vergangenheit aktiv an der Organisation der eingeborenen Arbeiter mitgewirkt. Es gibt über 60.000 algerische und marokkanische Arbeiter in Paris, und nach dem Krieg arbeitete die Kommunistische Partei eifrig an ihrer Eingliederung in die Gewerkschaften der CGTU. Die algerische Nationalpartei " L'Etoile Nord-africaine " wurde mit kommunistischer Unterstützung gegründet. Was die marokkanische Nationalpartei " L'action Marocaine " betrifft, so wurden ihre Forderungen mit Hilfe von Jean Longuet und Renaudel formuliert.

Aber als Sowjetrußland Frankreich als einen militärischen Verbündeten suchte, änderte sich die Situation. "L'Etoile Nord-Africaine" wurde durch die Sarraut-Regierung 1936 aufgelöst und ihr Führer, Messali Hauj von den Kommunisten fallengelassen.

Er gründete die Volkspartei von Algerien. Sie war - und ist - weitgehend proletarisch und fordert radikale wirtschaftliche und soziale Reformen, wenngleich sie sich politisch mit der Forderung nach Autonomie begnügt. Sie ist eine starke Partei. Selbst in Paris hat sie an die 10.000 Mitglieder unter den Kabylen und arabischen Algeriern.

Als die Volksfront-Regierung verantwortlich wurde für die Verwaltung des französischen Imperiums, wurde die Haltung der kommunistischen Partei offen feindlich gegenüber der algerischen Volkspartei. Sie denunzierte die Partei als " dorietistisch " .

Am 14. Juli versammelte Messali 20.000 eingeborene Arbeiter zu einer Demonstration in Alger. Al Boukourt, der kommunistische Führer in Alger, denunzierte sie als eine " faschistische " Demonstration (alles, was sich gegen die imperialistische Macht Frankreichs richtete, wurde, nachdem es der militärische Verbündete Rußlands geworden war, als faschistisch bezeichnet), und Duclos und Deloche von der Kommunistischen Partei verlangten Messalis Verhaftung. Am 1. September wurden Messali und 5 andere Führer verhaftet und später zu 2 Jahren Gefängnis wegen " Fortführung einer aufgelösten Liga " verurteilt.

Im Gefängnis von Rusom mußten Messali und seine Kameraden vom Zentralkomitee einen elftägigen Hungerstreik durchführen, damit man sie als politische Gefangene behandelte. Der Umfang der Sympathien für Messali wurde durch die Tatsache enthüllt, daß er mit 4.031 Stimmen gegen 2.432 Stimmen gewählt wurde, während er im Gefängnis sass. Seine Wahl wurde für ungültig erklärt !

Einige Tage nach der Verhaftung der Führer wurden 2 Nationalisten in der Araberstadt von Tlecem verhaftet. Der Generalstreik wurde beschlossen. Die Polizei brach in die Parteigebäuden ein, schlug auf die Massen draußen ein. Sie verhaftete 13 Eingeborene und verurteilte 4 davon zu 2 Jahren Gefängnis wegen " Aufruhr ". Und dies alles unter der Volksfrontregierung - nicht zu vergessen !

Im Süden Algeriens besteht noch der Belagerungszustand.

Die Ereignisse in Französisch-Marokko verliefen ähnlich. 23 Eingeborene wurden im September in Meknez erschossen, weil sie dagegen protestierten, daß einige Europäer den Fluß ablenkten, der ihr Land bewässerte. Die Führer der Partei " Action Marocaine " (die mit Hilfe der sozialistischen Führer gegründet worden war) wurden verhaftet - unter der Volksfrontregierung mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten !

" In Port Lyautey gab es 358 Verhaftungen, und in Khenisset wurde eine Demonstration mittels Flugzeugen auseinandergetrieben. In Fez im Senegal wurde der Belagerungszustand verhängt, Maschinengewehre wurden an den Straßenecken aufgestellt, und Polizei und Soldaten drangen in die Moscheen ein. Mehr als 500 Gefangene sind noch in Haft.

Der marokkanischen sozialistischen Partei, der einzigen sozialistischen Partei in Nordafrika, die versucht hat, mit den Eingeborenen auf der Grundlage einer Einheitsfront zusammenzuarbeiten, wurde ihre Zeitung verboten, weil sie protestiert hatte.

Der gleiche ungesunde Zustand herrscht auch in Tunis. 30 Eingeborene sind seit dem März 1937 erschossen worden, unter ihnen 17 Arbeiter in den Schwefelbergwerken von Metlaoui und 6 Arbeiter in Bizerte, weil sie gegen die Ausweisung eines militanten Gewerkschaftlers protestierten.

Die Nationalpartei ( " Neo-Destour " ) und die tunesischen Gewerkschaften sind von ihren früheren sozialistischen und kommunistischen Genossen im Stich gelassen worden seit der Bildung der Volksfront. Gabriel Péri von der Kommunistischen Partei hat das Schreckensmärchen von deutschen " Manövern " in Marokko und italienischen " Manövern " in Tunis aufgebracht. Das ist ein Unsinn. Hunger ist die wahre Ursache der Unruhen.

Die wirklichen Faschisten in dem französischen afrikanischen Kolonialreich sind die Generäle, die dort herrschen. Wenn sich die Eingeborenen gegen die europäische sozialistische Bewegung wenden, so sind dafür die französischen sozialistischen und kommunistischen Führer verantwortlich. Es ist sehr dringend und wichtig, daß die revolutionären Sozialisten Europas den Ruf des Sozialismus retten, indem sie klar und eindeutig ihre Solidarität mit den nord-afrikanischen Arbeitern bezeugen. "

- o -

**S P A N I E N :**

- - - - -

**Die Rede Negrins in den Cortes.**

Am 1. Februar haben sich die spanischen Cortes in Montserrat versammelt. Zum ersten Mal seit dem Juli 1936 hat der Ministerpräsident in einer Parlamentssitzung eine Rede gehalten, in der er klar das Programm der Regierung dargelegt hat. Die Reden, die im Verlauf der früheren Parlamentssitzungen gehalten wurden, spiegelten die Unsicherheit der Situation der Machthaber wider. Dieses Mal hat Negrin, vielleicht im Hinblick auf die Anwesenheit der ausländischen Delegierten, den Eindruck erwecken wollen, daß die Regierung absolut Herr der Lage sei. Er hat den englischen, französischen und den Delegierten der anderen <sup>Ländern</sup> sagen wollen:

" Dieser Vorgang zeigt Euch, daß die Anklagen, denen zufolge Spanien in den Händen des Bolschewismus sei, völlig unzutreffend sind. Ihr könnt den Kapitalisten Eurer Länder sagen, daß sie nicht zu fürchten haben für ihre Kapitalien, die in Spanien angelegt sind und daß, in einer sehr nahen Zukunft, ein neuer Zeitabschnitt beginnen wird, in dem wir die ausländischen Kapitalien heranziehen müssen, um das Land wieder aufzubauen. "

In diesem Sinne ist die Rede von den ausländischen Teilnehmern nach der Rückkehr in ihre Länder interpretiert und berichtet worden sowohl von den französischen, als auch von den englischen Arbeiterparteilern, die während ihres Besuches in Spanien - nach der " Solidaridad Obrera ", dem Organ der CNT - "den Gewerkschaften nicht einmal einen einzigen Höflichkeitsbesuch abgestattet haben! Negrin, der Wortführer Prietos, kann diesen Erfolg zu seinem Vorteil buchen.



Betrachten wir jetzt einmal gewisse Abschnitte der Rede des Ministerpräsidenten, der die Verantwortung für die blutige und furchtbare Unterdrückung der Menschen trägt, die, nach den Worten des Oberhauptes der Regierung selbst - "in den ersten Augenblicken unsere Institutionen retteten". Als er im weiteren Verlauf seiner Rede von dem revolutionären Terror sprach, der auf den faschistischen Terror folgte, fügte er hinzu:

"Was diesen Terror anbetrifft, so ist unser Gewissen als Regierung rein".

In der Tat, das Gewissen verbot einigen jetzt an der Macht Befindlichen, im Besonderen Herrn Negrin, dem Gründer des Carabinieri-Korps, das zur Unterdrückung der Arbeiterklasse bestimmt ist, am revolutionären Terror teilzunehmen, der die aufständischen Militärs verhinderte, sich des ganzen Landes zu bemächtigen.

Negrin sprach dann über die politische Bedeutung der Verlegung des Sitzes der Regierung nach Barcelona. Negrin sagte, daß diese Verlegung sowohl aus Gründen der inneren, wie der äußeren Ordnung erforderlich gewesen sei.

"Es war ein unumgängliches politisches Erfordernis", sagte er, "das politische Kommando der besetzten Aragonzone wieder in die Hand zu bekommen, ein Prozeß, der trotz der düsteren Prophezeiungen ohne die geringsten Unruhen durchgeführt wurde und vollkommen befriedigende Resultate ergab."

In der Tat, Aragonien war das letzte wirkliche Bollwerk der CNT. Diejenigen, die im Ausland forderten, daß es in Spanien keine "bolschewistische Revolution" gebe - die Regierungen der USSR, Frankreichs, Englands etc. - konnten der Regierung Negrin erst dann wohlwollend gegenüberstehen, wenn auch nicht mehr eine einzige Parzelle des Landes sich in den Händen der Anarchisten befand.

Die Verlegung der Regierung nach Barcelona hatte als weiteres politisches Resultat die Einschränkung der katalanischen Autonomie. Negrin betonte die ausdrückliche Achtung des Statuts und der Verfassung. Er hat in gewisser Beziehung Recht. Aber er sagt nicht, daß die einzelnen Teile des Statuts, die vor der Ankunft der Regierung in Barcelona beschnitten worden sind, niemals wieder hergestellt worden sind.

Noch niemals hat die Arbeiterklasse ein Kompromiß mit dem Feind über sie hinweg so sehr gefürchtet, wie seit dem Regierungsantritt Negrins. Unter den Tausenden von der Regierung feindlichen Aufschriften, die täglich auf den Mauern Barcelonas, Valenciass, Madrids und anderen Städten und Dörfern erscheinen, sind die, die diese Furcht ausdrücken, nicht die seltensten. Das Organ der FAI in Valencia "Nosotros" veröffentlichte am 17. Dezember 1937 folgende Erklärung:

"Die Soldaten des II. Pataillons der 153. Brigade (einer derjenigen, die sich so glänzend am Sturm auf Teruel beteiligt haben und das fast ausschließlich aus Mitgliedern der CNT und PCUM besteht) werden niemals darin einwilligen, mit faschistischen Elementen in Spanien zusammenzuleben. Sie wollen nicht den Frieden! Sie fordern Waffen! Sie fordern, daß das Hinterland mobilisiert wird!"

Keine Regierung in Spanien hat sich bis jetzt so häufig genötigt gesehen, öffentlich zu versichern, daß sie keinen Waffenstillstand mit den Faschisten schließen werde. Negrin widmete ebenfalls einen Abschnitt seiner Rede dieser Zusicherung. Aber je mehr die Regierung ihre öffentlichen Erklärungen in diesem Sinne vermehrt, umso mehr fürchtet die Arbeiterklasse das Gegenteil: sie fürchtet, daß die Regierung, nachdem sie ihre Position verstärkt hat, sich ihrer Kraft bedienen wird, um den Bürgerkrieg durch einen Waffenstillstand zu beenden, der eine Militärdiktatur im Lande nach sich ziehen würde.

Negrin kann nur seine Zustimmung zu dem Kampf geben, der die revolutionären und die konterrevolutionären Lager seit Beginn des Krieges trennt.

" Das Land wird nach dem Kriege entscheiden " , ist seine Antwort an die Arbeitermassen, die schwanken und nichtzwischen den beiden Lagern zu wählen wagen. Und um die Einstellung der Regierung gegenüber denjenigen zu kennzeichnen, die versuchen würden, sich von neuem für die Revolution zu entscheiden, fügt er hinzu :

" Jeder Versuch , günstige Umstände oder kluge Konzessionen als Schwäche der Staatsmacht hinzustellen und sie auszunutzen, würde ein Verrat an der gemeinsamen Sache sein. "

Die Drohung ist deutlich genug .....

Sehen wir nun, was er im Gegensatz hierzu der spanischen und ausländischen Bourgeoisie verspricht. Er versichert ihr zuerst, daß sie weiter finanzielle Gewinne machen kann und im Besonderen Kriegsgewinne.

" Das Geld muß in die Geldschranke der Banken zurückfließen, damit diese es wiederum dem Staate leihen können, der durch Anleihen den Krieg finanzieren und die Entwicklung des spanischen Reichtums fördern muß "

Nachdem Negrin diese beruhigenden Worte an die Bankiers gerichtet hat, greift Negrin die Arbeiter wegen der Unzulänglichkeit der Produktion an. Er prüft die Ursachen, die den Mangel an zahlreichen Produkten hervorgerufen haben und macht die Arbeiter für diesen Zustand verantwortlich, ihr mangelndes Organisationstalent und ihre Unfähigkeit zu disponieren, hätten dazu geführt, daß sie die Reserven verausgabt hätten.....

Als Negrin von dem Mangel an Lebensmitteln sprach, mußte er auf die Spekulation anspielen. Auf diesem Gebiet hat uns die Regierung an feierliche Erklärungen , in der Praxis aber an eine absolute Passivität gewöhnt. Sie ist durch die Jagd auf Revolutionäre und durch die Notwendigkeit , die ausländischen und spanischen Kapitalisten zu beruhigen, derart in Anspruch genommen, daß sie nicht wirksam gegen die Spekulanten vorgehen kann. Diese Letzteren bilden gerade die Basis jener Klasse, die man zufriedenstellen will, indem man ihr versichert, daß die Sozialisierungsversuche vom Anfang des Krieges ein für allemal zu Ende sind.

Negrin beendete seine Rede mit einem öffentlichen Lob auf denjenigen, der der wirkliche Chef der Regierung ist, auf Prieto. Als er seinen Namen nannte, brachte die ganze Versammlung dem Minister der nationalen Verteidigung stehend eine Ovation dar.

Mit Hartnäckigkeit stellt Negrin, dank der Zensur, die Schlacht von Brunete als einen Sieg dar. Um sich vor dem Lande eine derartige Darstellung leisten zu können , muß dieses wirklich jeder Information beraubt sein. Die Preisgabe des Nordens wird mit dem Mangel an Reife der Volksarmee erklärt. Aber Jeder muß sich fragen, warum man sich nicht im Baskenland eine Armee organisieren konnte, wo im Wesentlichen die bürgerlichen, sozialistischen und stalinistischen Kräfte herrschten, die die FOUM und die CNT außerhalb der Gesetze gestellt hätten, und wer die Verantwortlichen sind.

" Bilbao fiel nach einem beispiellosen Widerstand.... Eine starke Demoralisation setzte ein, über deren Folgen wir uns klar waren "

Worauf noch einmal zu sagen ist, daß die Regierung niemals daran dachte, nach dem Verlust von Bilbao den Norden zu retten.

Abgesehen von einem Abschnitt, der der Hilfe der USSR und Mexikos gewidmet war und einem neuen Hochgesang auf die Unabhängigkeit Spaniens , haben wir hiermit die wesentlichen Abschnitte aus dieser Rede Negrins wiedergegeben.

Die von dem Regierungschef gebrauchten Redewendungen sowohl, wie die Wahl der nach Paris entsandten Botschafter - Marcelino Domingo und Portela Valladares - beweisen den Arbeitern , daß sie kein Vertrauen zu der gegenwärtigen spanischen Regierung haben können.

(Independent News )

Verantwortlich : Emile Hirtzel



Erscheint wöchentlich.

Einzelexemplar : 0.75 Cts.

Monatlich : 2.50 Frs.

Ausland : 3.50 Frs.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Op<sup>o</sup>sition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 10/V. Jahrgang.

Erste Märzwoche 1938.

## DIE WENDUNG DER ENGLISCHEN AUSSENPOLITIK.

\*\*\*\*\*

Chamberlain hat als das allgemeine Ziel seiner Aussenpolitik die Verständigung zwischen England-Frankreich, Italien-Deutschland angegeben. Er hat sie begründet mit dem Versagen des Systems der kollektiven Sicherheit und des Völkerbundes als Mittel dazu. Unabhängig davon, ob dieses Ziel erreicht wird oder nicht, so ergibt sich daraus jedenfalls, dass die ganze Grundlage der Aussenpolitik der Sowjetunion und der ihr entsprechenden Linie der Politik der Dritten Internationale, die auf dem angeblich unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Staaten des "demokratischen" und den des faschistischen Imperialismus eingestellt war, zusammengebrochen ist. Selbst wenn der gegenwärtige englische Versuch vollständig scheitert und der Gegensatz zwischen England-Frankreich einerseits, Italien-Deutschland andererseits danach wieder schärfer hervortreten würde, so zeigt der von England unternommene Versuch, dass die Grundlage der Aussenpolitik der Sowjetunion und der Politik der Kommunistischen Internationale der letzten Jahre auf Sand gebaut war. Das Ergebnis ist einerseits die aussenpolitische Isolierung der Sowjetunion, andererseits die Schwächung, Demoralisierung und Verwirrung der internationalen Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr.

Daher ist die grundlegende Forderung, die die internationale Arbeiterklasse aus diesen Tatsachen ziehen muss, die Rückkehr zum revolutionären Klassenkampf.

Stattdessen sehen wir in England die Gruppierung der Labor Party, der Kommunistischen Partei und der Liberalen um die Fahne Edens, den Ansatz also zu einer "Volksfrontpolitik" in England. Die Politik Edens unterscheidet sich aber von der Chamberlains, wie Eden selbst erklärt hat, nur in der "Methode" und im "Ausblick", nicht in den Zielen. Der Versuch, die Volksfrontpolitik in England zu verwirklichen, kann also nur mit einem neuen und noch tieferen Zusammenbruch für die Arbeiterbewegung enden.

In Frankreich sind die Arbeiterparteien schon einen Schritt weitergegangen. Bei der Abstimmung am Schluss der aussenpolitischen Debatte in der Kammer trat offen die "nationale Front" in die Erscheinung, die Front von Marin bis Thorez.

Was sind die Beweggründe der englischen Wendung?

Offenbar folgende: (1) der Versuch Englands, sich in Europa den Rücken zu decken, um im Fernen Osten, der für die englischen imperialistischen Interessen wichtiger und brennender ist, freie Hand zu bekommen; (2) das Bestreben bei niedergehender Konjunktur, Deutschland und Italien wieder stärker in die Weltwirtschaft hineinzuziehen; (3) das Bemühen der herrschenden Klassen Englands, den Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Italien und Deutschland zu verhindern oder hinauszuschieben; (4) Zeit zu gewinnen, um die englische Aufrüstung zu Ende zu führen.

Die unmittelbaren aussenpolitischen Folgen dieser Wendung zeichnen sich bereits in deutlichen Zügen ab:

Osterreich hat von den sogenannten demokratischen Mächten keine Hilfe zu erwarten. Die Tschechoslovakei ebensowenig, sie wird daher versuchen, mit







Theoretisch gibt es einen "freien Vertrag" zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter, die also beide vor dem Gesetz gleich sind; aber in der Wirklichkeit zwingt der wirtschaftliche Druck den Arbeiter, einen "unverteilhaften" Vertrag anzunehmen.

Theoretisch hat ein Arbeiter das Recht, an der Universität zu studieren; aber in Wirklichkeit kann er es nicht. Und so weiter und so weiter.

So steht dieses Problem auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Auf politischem Gebiet gibt es ebenfalls theoretisch eine formale Gleichheit, aber das ganze Wirtschaftssystem und der ganze Staatsaufbau mit seinem besonderen Mechanismus sichern der Bourgeoisie die wirkliche Macht, selbst wenn die unteren gesellschaftlichen Schichten "demokratische Freiheiten" genießen, wie Rede-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit etc. Ein Arbeiter darf nicht arbeiten, wann er will. Ein Arbeitsloser kann nicht Arbeit bekommen, wenn er will. Ein Arbeiter darf nicht regieren und den Staat leiten. Er kann nicht seine Studien machen und sich die wichtigsten kulturellen Güter aneignen. Dieser Widerspruch zwischen Form und Inhalt existiert jedoch nicht für die Bourgeoisie, die alle materiellen Garantien aller gesetzlich formulierten oder nicht formulierten Freiheiten besitzt.

Der Faschismus unterdrückt alle demokratischen Freiheiten. Er gewährt Freiheit nur seiner "Einheitspartei" und den Organisationen, die ihn unterstützen. Gesellschaftlich gesehen ist dies nur eine besondere, der Klasse angepasste Form der Diktatur des Monopolkapitalismus. Die unteren gesellschaftlichen Schichten (die "unedien" Organismen) bleiben im Produktionsprozess vollständig unterworfen, ihre Ausbeutung verringert sich nicht; außerdem besitzen sie keine demokratischen Rechte mehr, weder das Streikrecht noch das der freien Meinungsäußerung. Sie haben kein Recht weder gegenüber den Kapitalisten noch gegenüber deren Staat. Es ist möglich, dass alle diese objektiven Einschränkungen praktisch so lange nicht empfunden werden, als das Endziel des Faschismus (seiner Partei, seines Staates) von den Massen nicht als ihnen feindlich erkannt wird; die Illusion der Klassenversöhnung kann aus sehr konkreten historischen Gründen eine sehr reale Macht sein. Aber das ändert nichts an der objektiven Bedeutung dieser neuen Form des Kapitalismus: sie ist eine Freiheit für die kapitalistische Elite, die mit einer totalen Versklavung der Massen und einer systematischen physischen Vernichtung ihrer revolutionären Avantgarde zusammenfällt.

Die Diktatur des Proletariats hat offen die Freiheit für die unteren sozialen Schichten gegen die Freiheit für die Konterrevolutionäre proklamiert, denn in den kritischen Augenblicken des Kampfes handelte es sich darum, den Gegner zu schlagen, und diese Tatsache bestimmte das ganze Verhalten. Daraus ergibt sich diese "Despotie der Freiheit", von der in der Epoche der französischen Revolution die Rede war. Aber zu gleicher Zeit hat sich die Diktatur des Proletariats von Anfang an als eine proletarische Demokratie erwiesen, die materiell Millionen von Menschen alle Freiheiten und ein Maximum ihrer Ausübung sicherte. Der endgültige Sieg des Sozialismus hat die Privilegien des Proletariats überflüssig gemacht; daraus ergibt sich eine neue Entwicklungsphase der Sowjetdemokratie.

Wenn man die Grundelemente der Demokratie betrachtet, so kann man sagen, dass sie in der Sowjetunion zum ersten Male in der Geschichte in ihrem ganzen Umfang und nicht als Fälschungen oder Fiktiven verwirklicht werden können.

-o-o-o-o-o-

An unsere Leser.

Wir bitten alle Bezieher der "Arbeiterpolitik", auch die ausländischen, ihren Abonnementsverpflichtungen nachzukommen. Die Einzahlungen sind zu richten an: Emile Hirtzel, 18, rue des Foulons, Strasbourg-Montagne-Verte. Bestellungen sind an die gleiche Adresse zu richten. Die Bezugsbedingungen sind für das Inland 2.50 Frs monatlich, für das Ausland 3.50 Frs.



in den Wiener Metallbetrieben sind zwar gegen Hitler, aber niemals für Schuschnigg geführt worden.

Genossen! Wir stützen nicht die Diktatur Schuschniggs. Wir wollen aber nicht für den Klerikofaschismus die brutale und bestialische Knechtschaft des Hitlerfaschismus und des deutschen Imperialismus eintauschen;

Darum rufen wir Euch auf: Manifestiert überall in den Betrieben und Gewerkschaften Eure Entschlossenheit Österreich gegen Hitler zu verteidigen! Fordert sofortige Organisation der Abwehr; Arbeiterwehren in den Betrieben und Bewaffnung der Arbeiter.

Verstärkt den Kampf um Eure Freiheitsrechte und den Kampf gegen den feigen Klerikofaschismus, der sich als das grösste Hindernis der Verteidigung des österreichischen Volkes gegen den Nazifaschismus erwiesen hat.

Stärkt die illegalen Arbeiterorganisationen; Schafft die einheimische Kampffront gegen den schwarzen und braunen Faschismus.

..o-o-o-

BRIEF AUS ÖSTERREICH.

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

"Die Rede Hitlers hat auf unser Kleinbürgertum in zwei Richtungen gewirkt: teils anziehend durch das wirtschaftliche Material, teils einschüchternd durch die drohende Gewalt.

Die Stimmung ist im Allgemeinen sehr schlecht. In der Arbeiterschaft gibt es zwei Strömungen: die eine erkennt den Ernst der Lage, gibt aber alles verloren und glaubt nicht an die Möglichkeit eines raschen Eingreifens der Arbeiterklasse. Die zweite gibt ihrer Empörung Ausdruck, sieht aber nicht die Gefahr und glaubt, es handelt sich um ein Abkommen, wie 1936 durch das sich nichts entscheidendes ändern wird. Man wird den Nazis die Flügel schon wieder stutzen und das Ausland wird vielleicht auch etwas sagen. Die grosse Unterschätzung der Ergebnisse der Berchtesgadener Besprechung in den ersten Tagen kam daher, dass selbst die Auslandspresse von einem Sieg Schuschniggs sprach und die Inlandspresse den Verlauf und die Begleitumstände verheimlichte und leugnete.

In zwei Betrieben hat es kurze spontane Proteststreiks gegeben. Material ist bis heute (22.2.) weder von den Revolutionären Sozialisten, noch von der KP erschienen. Unsere Freunde haben das Flugblatt in einige Betriebe und in die RS-Kreise gebracht. Sie haben auch eine Besprechung mit den RS-Leuten über die Losungen und die Taktik vereinbart. Die Leute sind gegen die Bewaffnungslosung, da sie glauben, man kann damit nichts anfangen und von einer Verwirklichung sei keine Rede. Unsere Freunde sind aus folgenden Gründen dafür: die Regierungspresse, d.h. die Katholische und jüdische bringt gross aufgemachte Kundgebungen aus Gewerkschaftskreisen in Betrieben für ein selbständiges Österreich und Abwehrbereitschaft. Und auch Schuschnigg ist daran interessiert, zu zeigen, dass auch Arbeiter hinter ihm stehen. Im Zusammenhang mit den Putschdrohungen scheint es uns direkt in der Luft zu liegen, dass man in legalen Versammlungen sagt, nun ja, wir sind bereit, aber gebt uns was in die Hand, organisiert die Abwehr. Man muss eine Kampagne machen, in der man zu einem Teil das sagt, was die Christlich-Sozialen gern hören wollen und zum anderen das, was die revolutionären Arbeiter wollen und was gleichzeitig die Bewegung organisatorisch in Schwung bringt und ihr Kraftbewusstsein stärkt.

Lange wird der gegenwärtige Zustand ja nicht andauern. Der neue Innenminister wird eine solche Zwiespältigkeit nicht dulden. Es soll jedoch Tatsache sein, dass man Schuschnigg in seiner eigenen Umgebung Kapitulation vorwirft. Bei einer Zuspitzung der Lage, die ja bald kommen muss, erscheint daher eine Kerspaltung im bisherigen Regierungsblock nicht unmöglich. Ob aber überhaupt ein ernster Widerstand von diesen Leuten in Erwägung gezogen werden kann, wird davon abhängen, wie man die Lage in der Polizei und im Bundesheer einschätzt. Man nimmt an, dass die Hälfte der Polizei u. des Heeres im Ernstfall nicht gegen die Nazis zu gebrauchen ist. Momentan sind auch die sozialistischen Häftlinge frei, aber wir rechnen mit einer baldigen Verfolgung nach deutschen Methoden".





Für internationale Zusammenarbeit auf dem Boden der Grundsätze des

Klassenkampfes.

Vom 19. bis zum 24. Februar dieses Jahres fand eine internationale Konferenz statt, an der neben den dem sog. Londoner Büro angeschlossenen Organisationen (ILP, POUM, italienische Maximalisten, SAP usw.) und einigen anderen kleineren Gruppen auch die IVKO teilnahm. Die IVKO beteiligte sich an dieser Konferenz, um eine Sammlung und Zusammenarbeit der revolutionären sozialistischen und antistalinistischen kommunistischen Kräfte zu fördern, die bereit sind, gegenüber dem Reformismus der II. Internationale und dem Neoreformismus der Kommunistischen Internationale die Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes zu vertreten. Die internationale Konferenz, die jetzt stattgefunden hat, bedeutet einen beachtlichen und erfreulichen Fortschritt in dieser Beziehung, obwohl sie darunter litt, dass einige Organisationen auf der Konferenz gegen die Grundsätze auftraten, die als Bedingung für die Teilnahme an ihr festgelegt waren (so z. B. die PUP, die gegen die Verteidigung der SU auftrat). Wir hoffen, dass die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse dazu beitragen werden, bei zukünftigen Gelegenheiten solche Mängel abzustellen. Nichts destoweniger bot die Konferenz Gelegenheit zu einer ernsthafte Behandlung und Diskussion wichtiger Fragen der internationalen Arbeiterbewegung, was insbesondere angesichts der vom Reformismus und Stalinismus geförderten geistigen Üde und Konfusion bedeutsam ist.

Die Delegation der IVKO war in der Lage, den meisten Resolutionen der Konferenz zustimmen zu können. Der allgemeinen Resolution zu den Perspektiven der internationalen Arbeiterbewegung lag ein gemeinsamer Vorschlag der ILP, der italienischen Maximalisten und der IVKO zugrunde. Für die Resolutionen zur Frage der Volksfront und über Spanien wurden die von der IVKO eingebrachten Entwürfe zugrundegelegt. Die Delegation der IVKO stimmte dagegen gegen die Resolution über den Krieg; der Grund dafür war, dass in dieser Resolution der revolutionäre Defaitismus im Kriegsfall für alle kapitalistischen Länder, auch die mit der Sowjetunion verbündeten, festgelegt wurde. Die ILP hat, obwohl sie für die Kriegserolution stimmte, den Standpunkt der IVKO zur Frage des Defaitismus im "gemischten" Krieg geteilt. In der russischen Frage wurde keine Resolution beschlossen. Es wurde lediglich durch Mehrheitsbeschlüsse ein Entwurf als Diskussionsbasis angenommen, der so widerspruchsvoll war, dass selbst seine Fürsprecher nicht vorschlugen, ihn als definitiven Beschluss anzunehmen. Demgegenüber schlugen die ILP, IVKO und die sozialistische Partei Schwedens eine Resolution vor, die die Verteidigung der Sowjetunion als eines Arbeiterstaats mit einer sozialistischen Wirtschaft, die Demokratie in der KPSU, in den Sowjetgewerkschaften und in den Sowjets, den Kampf gegen den Stalinismus und die Solidarität mit den revolutionären Gegnern des Stalinsregimes in der Sowjetunion fordert. Für diesen Vorschlag stimmte eine starke Minderheit der Konferenz.

Die Konferenz hat zu einer ganzen Reihe von Fragen eine klare Stellung eingenommen. Sie hat z. B. die Volksfrontpolitik eindeutig abgelehnt (und daran ändern auch die rabulistischen Versuche der SAP, in den Resolutionen der Konferenz ein Hintertürchen für ihre Verteidigung der Volksfront zu finden, nichts). In anderen Fragen muss die Klarheit erst geschaffen werden. Die IVKO ist bereit, durch kameradschaftliche Diskussion das ihrige zu dieser Klärung beizutragen.

Im Übrigen hängt die Zukunft dessen, was auf der Konferenz angebahnt wurde, davon ab, dass eine internationale Zusammenarbeit auf Grund der praktischen Anwendung und Einhaltung der auf dieser Konferenz erzielten Übereinstimmung in wichtigen prinzipiellen Fragen zustandekommt.

F. FAUX PASSEPORTS.  
 FALSCHES PASSEPORTS.

Der diesjährige Prix Goncourt, der höchste französische Literaturpreis, ist dem Belgier Charles Plisnier für sein Buch "Faux Passeports" ("Falsche Pässe" erschienen bei Editions Corrèa, Paris 1937) zuerkannt worden. Das preisgekürnte Buch ist in Wirklichkeit eine politische Schrift in literarischer Form, und seinen politischen Charakter verdankt es das Aufsehen, das es erregt hat. Auch uns interessiert hier nur die politische Seite der Angelegenheit.

Plisnier war einige Jahre Mitglied der KP Belgiens und für die kommunistische Bewegung auch in anderen Ländern tätig. Er wurde 1929 aus der Kommunistischen Partei als Trotzkiist ausgeschlossen. In "Faux Passeports" schildert er in Novellenform die Schicksale verschiedener Menschen, die ihn im Laufe seiner Arbeit für die Kommunistischen Internationale begegnet seien. Wie Plisnier in seinem Vorwort bemerkt, handelt er sich dabei um wirkliche Personen, deren Namen bekannt seien; er habe nur, um zu vermeiden, dass diese identifiziert werden könnten, Ort, Zeit und Geschehnisse geändert.

Plisniers Buch ist eine Absage an den Kommunismus und die revolutionäre Bewegung überhaupt. Es endet mit einem Bekenntnis zu Gott. Es ist symptomatisch für den Umschwung, der sich bei einer ganzen Reihe Intellektueller, die bis vor kurzem mit der kommunistischen Bewegung und der Sowjetunion sympathisierten, vollzieht. Dass Plisnier einen so starken Widerhall finden konnte, ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass die Entartung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und der kommunistischen Internationale durch das Stalinregime bis tief in die Arbeiterbewegung hinein demoralisierend wirkt und den Glauben an den Kommunismus zerstört.

Die Helden des Plisnierschen Buches sind eigenartige Kommunisten, was damit zusammenhängt, dass Plisnier offenbar von der kommunistischen Bewegung nur den bürokratischen Apparat der Kommunistischen Internationale kennengelernt hat. Kein einziger dieser Repräsentanten des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale stammt aus der Arbeiterklasse; (der einzige klassenbewusste Arbeiter, der bei Plisnier auftaucht, ist ein spanischer Anarchist, interessanterweise ist dieser, dem Plisnier nur eine Nebenrolle zugeacht hat, die stärkste Figur des Buches). Sie kommen aus bürgerlichen Kreisen, haben ihre Klasse verlassen, ohne jedoch mit der Arbeiterklasse und den Massen der kommunistischen Bewegung zu verwachsen. Die meisten von ihnen schildert Plisnier als entwurzelte, haltlose, vor Zweifeln und Ängsten innerlich zerrissene Menschen. Einige sind oder werden Polizeispitzel, andere werden passiv oder kehren in den Schoß der Bourgeoisie zurück. Aber auch das Bild derjenigen, die der kommunistischen Sache treu bleiben und ergeben sind, leuchtet in trübem Licht, überschattet von den dunklen Gestalten zweifelhafter Existenzen oder verführt durch zwar heroische, aber sinnlose oder ungläubwürdige Opfertaten.

Die Grenzen der dichterischen Freiheit erweitert Plisnier in unzulässiger Weise. Der Held der letzten Novelle "Jegor" ist zweifellos Pjatakow. Jegor erleidet das Schicksal Pjatakows, d.h. er wird als "trotzkistischer Spion" in dem Moskauer Prozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Aber Plisnier hält sich nur z.T. an die historischen Tatsachen, erfindet neue, läßt andere aus usw. usw. und versucht, ein psychologisches Porträt Pjatakows zu geben, das ein reines Phantasieprodukt ist und objektiv auf eine Rechtfertigung des Stalinschen Terrorregimes hinausläuft. Plisnier behauptet nämlich, dass die Ablegung falscher Geständnisse und die Erschiessung Unschuldiger nicht nur eine stalinistische Methode sei, sondern gewissermaßen zum Wesen der kommunistischen Parteidisziplin gehöre. Wir finden, dass Plisnier besser getan hätte, nicht an den tragischen Ereignissen in der Sowjetunion seine literarischen Fähigkeiten zu erproben.



Erscheint wöchentlich.

Einzelexemplar: 0.75 Cts.  
Monatlich: 2.50 Frs.  
Ausland: 3.50 Frs.

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 11/V. Jahrgang.

Zweite Märzwoche 1938.

## RANDBEMERKUNGEN ZUM MOSKAUER PROZESS.

Der konterrevolutionäre Charakter des Stalinschen Terrors wird mit aller Deutlichkeit durch die Anklage klargestellt, die die Stalin, Wjeschinski und Joschov zur Begründung der von ihnen geplanten neuen Justizmordserie zusammengebraut haben. Diese Anklage ist nämlich nichts anderes als eine einschützige Verleumdung Lenins, des Bolschewismus u. der Oktoberrevolution. Lenin wird von Stalin und seinen Schergen als das Haupt einer Bande von Spionen, die bolschewistische Partei als ein Instrument in den Händen von Verrätern u. die Oktoberrevolution als die Tat von Verbrechern hingestellt. Die konterrevolutionäre, Verleumdung des Bolschewismus, das ist die "ideologische" Begründung des Stalinschen Terrors! Wem Stalin in die Hände spielt, wenn er jetzt die Führer der Oktoberrevolution, wenn er Lenin und sein Werk mit Dreck bewirft, zeigt ein Blick in die faschistische und sonstige reaktionäre Presse aller Länder. Goebbels und Lord Rothermere, die faschistischen Hetzblätter, die Unternehmerpresse der ganzen Welt reiben sich die Hände, weil sie jetzt Stalin als Kronzeugen für ihren alten Schwindel anrufen können, die russische Revolution sei von Verbrechern u. Verrätern ins Werk gesetzt worden.

Von den Mitgliedern des auf dem 6. Parteitag der bolschewistischen Partei im August 1917 gewählten Zentralkomitees, des Zentralkomitees, das während des Oktobers 1917 an der Spitze der Partei stand, sind gestorben: Lenin, Nogin, Swordlow, Arsen, Derschinski; während des Bürgerkriegs fiel Uritski dem Attentat eines Sozialrevolutionärs zum Opfer, Schaumjan wurde von den englischen Interventionstruppen erschossen; Joffe verübte Selbstmord; Sinowjew, Kamenew und Muralow sind von Stalin hingerichtet worden; Bobnow, Bersin, Smilga sind in den Kerkern Joschows verschwunden, - ob sie noch am Leben sind, ist zweifelhaft; Alexandra Kollontai steht auf dem Außerbetat; Trotzki ist aus der SU verbannt; Bucharin, Rykow und Krestinski sollen jetzt das Schicksal Sinowjews und Kamenews erleiden; in Amt und Würden befindet sich nur noch eines der Mitglieder des ZK von 1917 - nämlich Stalin.

Wenn man der Anklage, die im jetzigen Moskauer Prozess erhoben wird, Glauben schenken sollte, dann müsste man also annehmen, dass alle Führer der bolschewistischen Partei aus der Zeit der Oktoberrevolution zu Verrätern geworden seien oder gar, wie das Stalin u. seine Kreaturen jetzt behaupten, schon immer Verräter gewesen seien - mit der einzigen Ausnahme des "genialen" u. "unfehlbaren" Stalin. Da dies offenkundiger Unsinn ist, bleibt für jeden, der nicht mit Marcel Cachin das Denken als eine "sowjetfeindliche" Betätigung betrachten will, nur der Schluss übrig, dass die ganzen in dem Moskauer Prozess vorgebrachten Anklagen ein einziger verbrecherischer Schwindel sind. Dabei ist der Schwindel diesmal so ausgefallen, dass man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass Stalin der Berufskrankheit verfallene, ist, der alle unkontrollierbaren Despoten ausgesetzt sind, nämlich jener aus Größenwahn und Verfolgungswahn zusammengesetzten Geisteskrankheit, die man als Cäsarenwahnsinn bezeichnet.

Man nehme z. B. die groteske Behauptung der Anklage, Trotzki sei schon 1931 ein "deutscher Spion" gewesen. Bisher liess Stalin behaupten, Trotzki

sei nach seinem Ausschluss aus der Partei u. seiner Ausweisung aus der SU zur Spionage übergegangen, um wieder zur Macht zu gelangen. Auch das war purer Unsinn, aber es war dies noch eine Lüge, die die geistige Gesundheit ihres Urhebers nicht direkt in Frage stellte. Aber das, was Stalin jetzt gegen Trotzki vorbringen lässt, ist nicht nur erlogen, nicht nur völlig unwahrscheinlich, sondern verrückt. So sagt z. B. Krestinski aus:

"Im Jahre 1921 schlug Trotzki nur vor, bei Gelegenheit einer Zusammenkunft mit Seeckt, ihm, d. h. Seeckt, bei offiziellen Verhandlungen vorzuschlagen, dass er Trotzki systematisch finanzielle Subsidien zwecks Entfaltung einer illegalen trotzkistischen Tätigkeit erweist, wobei er mir sagte, dass, wenn Seeckt als Gegenforderung verlange, dass man ihm Dienste auf dem Gebiet der Spionage leiste, man auf dies eingehen müsse und könne".

(Der eigentümliche "Stil" dieses Satzes der Aussage von Krestinski ist bezeichnend. Bei der Lektüre der Berichte über die Moskauer Prozesse - der ausführlichen Berichte in der Sowjetpresse - fällt es auf, wie die Angeklagten, die hochgebildete Menschen und geübte Redner oder Schriftsteller sind, immer wieder den Gebrauch der Sprache zu verlieren scheinen, um in den Denunziantenlangon der GPU zu verfallen. Auch diese Ausserlichkeit ist ein Beweis dafür, dass die "Geständnisse" der Angeklagten eine ihnen von der GPU eingetrichterte Lektion sind, die sie aufzusagen haben).

Im Jahre 1921 war Trotzki Mitglied des Politischen Büros der KP und Leiter der Roten Armee. Er war damals in der Partei u. im Sowjetstaat nach Lenin die bekannteste Persönlichkeit. Und jetzt will uns Stalin weismachen, Trotzki habe damals begonnen, Spionage zu treiben (wobei Trotzki diese Spionage gegen sich selbst hätte betreiben müssen!), um Geld in die Hand zu bekommen (dabei verfügte Trotzki damals über ein riesiges Budget!) und zwar zu dem Zwecke "illegaler Fraktionsarbeit" (die sich zu jener Zeit gleichfalls gegen Trotzki selbst gerichtet hätte!). Das, was Stalin und Jeschow den unglücklichen Krestinski jetzt gegen Trotzki vorbringen lassen, läuft auf die Behauptung hinaus, Trotzki sei 1921 plötzlich wahnsinnig geworden. Davon hat bisher niemand etwas bei Trotzki bemerkt und wir glauben, dass auch in diesem Falle der Satz gilt, dass diejenigen, die alle anderen für verrückt halten, selbst mit ihrem Verstand aus dem Gelenk geraten sind, d. h. im vorliegenden Falle Stalin.

==+==+==

Auch in diesem Prozess sind die Behauptungen der Anklage über Personen und Vorgänge ausserhalb der SU prompt als glatter Schwindel festgestellt worden, was die Annahme, dass auch die anderen Teile der Anklage erlogen sind, bekräftigt. Krestinski will sich mit Trotzki in Meran getroffen haben. Aber vor dem Untersuchungsausschuss in Mexiko ist bereits mit Hilfe zahlreicher Zeugnisaussagen festgestellt worden, dass Trotzki sich damals in Frankreich befunden u. Frankreich nicht verlassen hat. Krestinski will Madeleine Paz und Rosmer in Berlin Geld gegeben haben. Madeleine Paz und Rosmer haben diese Lüge sofort entlarvt. Marcel Gitton spricht in der "Humanité" v. 9. III. von dem "sowjetfeindlichen Communiqué" von Madeleine Paz - für die Jeschowinisten aus der "Human" ist man ein "Sowjetfeind", wenn man sich gegen ehrabschneiderische Verwundungen wehrt). Rakowski hat erzählt, wie er in Moskau Emil Buré vom "Ordre" beauftragt habe, Laval gegen den Fakt zwischen Frankreich und der SU aufzuhetzen. Buré stellt fest, dass er trotz seinen Bombhungen bei seinem Aufenthalt in Moskau Rakowski zu sprechen, dies nicht erreichen konnte. Tschernow schildert seine "Besprechungen" mit Dan. Dan weist nach, dass er Tschernow nie gesehen habe. Wie die Anklage auf Tatsachen stützt, zerflattert sie wie Spinnwebewebe, wir haben in Spanien gesehen, wie die GPU Anklagen fabriziert, u. die Lügen der GPU sind in Moskau nicht besser als in Valencia und in Barcelona.

Zudem klappt die Jeschowsche Regie bei diesem Prozess nicht so gut wie bei den bisherigen. Zwar "gestehen" die Angeklagten alle möglichen "Verbrechen" ein, aber hier und da öffnet sich ein Loch in der Kette der "Geständnisse" und wenn es auch nur schmale Ritzen sind, durch die wir hinter die Kulissen des Schreckentheaters der Stalin u. Jeschow blicken können, so genügt das doch, um dieses Theater zu durchschauen.



Am ersten Verhandlungstag lehnte Krestinski es ab, sich als schuldig zu bekennen. Nach dem Bericht der Havasagentur erklärte Krestinski: "Ich bin kein Trotzki! Ich bin kein Spion! Ich hatte keinerlei Beziehungen zu Sedow (dem Sohn Trotzki's)! Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt habe, antwortete Krestinski: "Ich habe in der Voruntersuchung über das, was ich jetzt sage, geschwiegen, da ich nicht die Überzeugung hatte, dass meine Aussagen zur Kenntnis der Parteimitglieder und der Regierung gelangen würden". Krestinski sagt hier also dem Sinne nach, dass er ohne weiteres Verfahren umgebracht worden wäre, wenn er es in der Voruntersuchung abgelehnt hätte, ein Geständnis abzulegen. Er deutet auch an, dass Stalin und sein Helfershelfer Jeschow ihren Terror betreiben, ohne die übrigen Mitglieder der Regierung und des Polbüros zu fragen oder auch nur zu informieren. Man hatte auch in der Tat immer mehr den Eindruck, dass die offizielle Regierung u. die offizielle Parteileitung immer mehr zu der Rolle eines eingeschühterten Anhängels des Polizeiapparats hinabsinken, mit dessen Hilfe Stalin und Jeschow die Partei und den Staat "regieren". Krestinski sagte dann noch (nach Berichten der englischen Presse), dass er sich nach wie vor als Mitglied der Partei betrachte, d.h. dass er Stalin das Recht absproche, im Namen der KPSU zu handeln.

Am nächsten Tag gab Krestinski seinen Kampf auf u. erklärte sich bereit, alles zu "gestehen", was man von ihm wünsche. Er war, wie die ausländischen Berichterstatter meldeten, körperlich völlig zusammengebrochen u. es wurden ihm Pillen eingegeben, damit er sich überhaupt einigermaßen aufrechterhalten konnte. Das deutet darauf hin, dass der Unfall Krestinski's von der GPU durch irgendwelche Torturen herbeigeführt worden ist, - dass die GPU Foltermethoden anwendet, wissen wir aus Spanien. Aber auch so hat Krestinski durch seinen Protest am ersten Verhandlungstag die "Geständnisse" dieses Prozesses als Schwindel entlarvt; hätte er nämlich wirklich die Verbrechen begangen, die ihm vorgeworfen werden, dann wäre es unverständlich, warum er gegen die Anklage protestierte, nachdem er bereits in der Voruntersuchung ein Geständnis abgelegt hatte; sein Protest hatte nur Sinn als der Aufschrei eines Unschuldigen, nicht aber als das Manöver eines überführten Verbrechers; und dass es der Aufschrei eines Unschuldigen war, zeigte auch sein öffentlicher Appell, den er an die Parteimitglieder gegen Stalin richtete.

==++==++==

Noch bezeichnender aber war die Vernehmung Bucharins. Auch Bucharin hat "Geständnisse" abgelegt. Er hat "gestanden", dass er die "Restauration des Kapitalismus" beabsichtigt, dass er die Interessen der Kulaken wahrnehmen habe usw. Er hat es aber abgelehnt, sich als Spion hinstellen zu lassen, und er hat sich vor allem gegen die ebenso gemeine wie unsinnige Beschuldigung gewehrt, er habe Lenin 1918 ermorden lassen wollen. Und dort, wo Bucharin gegen die Anklage auftrat, hat er dies mit Erfolg getan, dort ist die Anklage kläglich zusammengebrochen.

Es lohnt sich, ausführlicher auf die Aussagen Bucharins einzugehen. Nehmen wir zuerst seine "Geständnisse". Zum besseren Verständnis dieser "Geständnisse" wollen wir die Reden Bucharins, Rykows und Tomskis, der drei Führer der "rechten Opposition" auf dem XVII. Parteitag der KPSU (im Januar 1934) zitieren. Wir lesen in der "Rundschau" (3. Jahrgang, Nummer 12 vom 1. Februar 1934) über die Rede Bucharins:

"Bucharin zählt... die Fehler der rechten Opposition auf, die zum Anziehungspunkt aller gegen die Partei kämpfenden bürgerlichen Kräfte geworden ist. Er weist darauf hin, dass, nach dem die Führer der rechten Opposition und er selbst als ihr Theoretiker, ihre Fehler eingesehen haben, seine Schüler den Kampf gegen die Partei u. ihre Führung fortführten u. so endgültig ins konterrevolutionäre Lager abrutschten und ihre verdiente Strafe erhielten".

Die "Rundschau" (Nummer 14) vom 8. Februar 1934 berichtete über die Rede Rykows: "Er gibt zu, dass der Weg, auf den Partei und Land von Rykow, Bucharin und Tomski gelockt wurden, unvermeidlich nach rückwärts zum Kapitalismus führt, und dass die rechte Abweichung das Sprachrohr der privatkapita-

listischen, kleinbürgerlichen und grossbäuerlichen Bevölkerungsschichten ist. Über Tomski heisst es in derselben Nummer der "Rundschau": "Tomski anerkennt, dass die Plattform der Rechten eine antileninistische, reformistische Plattform darstellt, deren Verwirklichung nur Wasser auf die Mühlen des Klassenfeindes gewesen wäre und den Sieg des Klassenfeindes herbeigeführt hätte. Tomski sagte, dass sich die Rechtsopposition formell wohl "an den Rahmen der Parteilegalität" gehalten habe, gleichzeitig erklärte er aber, dass sich der Rahmen der Partei als zu eng für die Rechtsopposition erwiesen habe und dass gerade dies ihn zu seinem Angriff auf Stalin veranlasst habe, der die Einheit der Partei verkörpere".

Tomski, Rykow u. Bucharin haben also schon auf dem XVII Parteitag "gestanden", dass sie für die Verteidigung der Kulaken, für die Restauration des Kapitalismus etc. seien. Tomski hat damals bereits "gestanden", dass die Kritik an Stalin eine "illegale" Handlung, eine Art von Hochverrat sei. Nach den damaligen "Geständnissen" wurden Bucharin, Rykow und Tomski als Kandidaten in das Z. K. der Partei gewählt und bekleideten daneben hohe Sowjetämter (Bucharin war Chefredakteur der "Iswestia", Rykow - Volkskommissar für Post und Telegraphen, Tomski - Leiter des Staatsverlags). Heute verlangt Stalin von Bucharin und Rykow das Geständnis, sie wollten den Kapitalismus wiederherstellen, nicht um ihnen ein Plätzchen in der Parteileitung zu geben, sondern um sie erschiessen zu lassen.

Wir sehen also, wie Stalin die Voraussetzungen für die heutigen "Geständnisse" seiner Opfer geschaffen hat. Er hat Vertreter oppositioneller Auffassungen immer wieder dazu gezwungen, innerlich unwahrhaftige Sündenbekenntnisse abzulegen, sich vor der Öffentlichkeit als Konterrevolutionäre hinzustellen, zu erklären, dass eine von der Stalinschen abweichende Meinung notwendigerweise ein Verbrechen sei u. dass jede Kritik am unfehlbaren "Meister der Revolution" einen Verrat darstelle. Die Geständnisse der Moskauer Prozesse sind nur die grausige Vollendung dieser Methode der erpressten Selbstbeschuldigungen. In den Kerkern der GPU u. im Angesicht des Todes erzwungen, entsprechen sie noch weniger der Wahrheit, als die früheren Erklärungen, die Stalin im Interesse der Errichtung seiner persönlichen Diktatur in der Partei verlangte und ausnutzte und die er selbst unfreiwillig demontierte, indem er die angeblichen "Konterrevolutionäre" mit verantwortlichen Parteifunktionen betraute.

An Bucharins Aussagen im gegenwärtigen Prozess ist nur bemerkenswert, dass er im wesentlichen nur das wiederholt, was er und seine Freunde bereits bei früheren Gelegenheiten, so auf dem XVII Parteitag, erklärt haben und dass er es ablehnt, Spionage, Sabotage oder individuellen Terror einzugehen. Diese Haltung Bucharins trägt zur Entlarvung des blutigen Betrügers Stalins bei, sie enthüllt die Stalinsche Justiz als ein Instrument der Rache und des Machthungers Stalins und seiner Clique.

Die Vernehmung Bucharins zeigte ferner, wie es in Wirklichkeit um die den Angeklagten angeblich zugesicherte volle Freiheit der Verteidigung steht. Die Jeschowinisten aus der "Huma" wiederholen ständig, dass den Angeklagten alle Möglichkeiten zu ihrer Verteidigung geboten seien. Es zeigt sich nun, dass das lediglich so lange der Fall ist, als die Angeklagten von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch machen. Sobald sie aber nicht alles gestehen wollen, schnürt man ihnen das Wort ab.

Die frühere Volkskommissarin für Finanzen der russischen Bundesrepublik der SU, Jakowlewa, wurde aus dem Gefängnis, in dem sie sich jetzt befindet, als Zeugin vorgeführt, um auszusagen, Bucharin habe im Jahre 1918 Lenin ermorden lassen wollen. Bucharin gab zu, dass er zur Zeit des Abschlusses des Friedens von Brest-Litowsk mit Vertretern der linken Sozialrevolutionäre über die Möglichkeit einer Verhaftung Lenins gesprochen habe, er wehrte sich aber gegen den infamen Versuch, ihn Mordabsichten gegen Lenin zu unterstellen. Nun ist es nicht erst seit heute, sondern seit Jahren bekannt, dass die linken Sozialrevolutionäre beim Abschluss des Brest-Friedens an die Fraktion der "Linken Kommunisten", zu deren Führern Bucharin gehörte, herantreten waren, um ihnen die gemeinsame Bildung einer neuen Regierung und die Verhaftung Lenins vorzuschlagen. Bucharin, Pjatakow u. die anderen "linken Kommunisten" gingen nicht auf den Vorschlag



der linken Sozialrevolutionäre ein. Diese machten dann später einen Aufstand, bei dessen Niederwerfung die "linken Kommunisten" als disziplinierte Parteimitglieder mitwirkten. Bucharin hat nie geleugnet, mit den linken Sozialrevolutionären über die Verhaftung Lenins gesprochen zu haben. Die Trotzlisten versuchten s. Zt., diese Geschichte gegen Bucharin auszuschlachten, allerdings vergebens; aber Bucharin wurden, obwohl sein sog. "Komplott" gegen Lenin bekannt war, die höchsten Ämter in der Partei anvertraut.

Als die Zeugin Jakowlewa ihre Beschuldigungen gegen Bucharin vorbrachte, stellte dieser ihr folgende Fragen:

"Kann die Zeugin bestätigen, dass ausser mir Kujbyschew, Menschinski u. Jaroslawski zur Gruppe der linken Kommunisten gehört haben?"

Will die Zeugin nicht bestätigen, dass die linken Kommunisten vor der Unterzeichnung des Brester Friedens über die Mehrheit im ZK verfügten?"

Will die Zeugin nicht bestätigen, dass ich Mitglied des ZK war, als nach der Ermordung des Grafen Mirbach der Befehl gegeben wurde, eine Gruppe linker Sozialrevolutionäre zu verhaften?"

Will Jakowlewa nicht bestätigen, dass ich 1918 und 1919 einige Male von den Sozialrevolutionären verwundet worden bin?"

Alle diese Fragen Bucharins wurden von dem Gericht als "nicht zur Sache gehörig" abgelehnt. So sieht die von der "Husa" gerühmte "freie Verteidigungsmöglichkeit" der Angeklagten aus! Bucharins Fragen stellen aber auch unbeantwortet eine schlagende Widerlegung der betreffenden Punkte der Anklage dar.

Da in dem Prozess versucht wird, Bucharin als einen erbitterten Feind Lenins und Lenin als einen entschiedenen Gegner Bucharins hinzustellen, seien hier die Sätze aus Lenins Testament angeführt, in denen von Bucharin die Rede ist. Es heisst da:

"Bucharin ist nicht nur der wertvollste und bedeutendste Theoretiker der Partei, sondern kann auch mit Recht als der Liebling der ganzen Partei betrachtet werden; aber seine theoretischen Ansichten können nur mit dem grössten Zweifel als völlig marxistisch angesehen werden, denn er hat etwas scholastisches an sich (er hat die Dialektik nie erlernt und, ich glaube, nie völlig verstanden)".

Diese Worte zeigen das wahre Verhältnis zwischen Lenin und Bucharin. Sie sind für Lenin charakteristisch, für seine Art, unrichtige Auffassungen offen zu kritisieren, aber nicht, in dem er ihre Vertreter mundtot machte und erniedrigte, sondern indem er für die Überwindung dieser Ansichten durch eine kameradschaftliche Diskussion im Interesse der Zusammenarbeit aller wertvollen Kräfte der Partei sorgte.

=+==+==

Einige besonderen Perlen der Anklage seien hier festgehalten.

Jagoda wollte Jeschow auf die Weise ermorden, dass er dessen Arbeitszimmer mit Quecksilberdämpfen vergiftete. Dieser famose "Mordplan" beruhte offenbar auf der Berechnung, dass Jeschow als lichtscheuer Geselle kein Fenster öffnen würde.

Trotzki, Rakowski und einige weitere Angeklagte figurieren nunmehr nicht nur als deutsche und japanische Spione, sondern auch als Agenten des britischen Geheimdienstes. Zwischen den "Verbrechern", die den Angeklagten der Moskauer Prozesse vorgeworfen werden und den jeweiligen diplomatischen Bedürfnissen und Beschwerden Stalins herrscht eine eigentümliche, vorausbestimmte Harmonie. Die Anklage will den Eindruck erwecken, als seien Trotzki und Rakowski in der weisen Voraussicht, dass Stalin 1938 von Chamberlain mit einer sowjetfeindlichen Wendung der britischen Aussenpolitik überrascht werden wird, in den Jahren 1924 und 1926 zu englischen Spionen geworden.

Wir erfahren ferner im Prozess eine neue Version -ist es die fünfte oder ist es die sechste- der "Verschwörung" Tuchatschewskis. Diesmal heisst es, dass er den Kreml besetzen, Stalin u. die Seinen verhaften oder erschiessen und nach den einen den Napoleon spielen, nach den anderen aber nur Volkskommissar für Heereswesen werden wollte. Diese neue Geschichte zur Begründung der Erschiessung Tuchatschewskis widerspricht den vorhergehenden Versionen und wird wahrscheinlich noch durch andere Lesarten ersetzt werden.

Schliesslich hat der neue Prozess die bereits ansehnliche Zahl der angeblichen "Kirowmörder" um eine neue Serie vermehrt. Mit der Ausschlichtung des Attentats auf Kirow haben Stalin und Jeschow einen grausigen Rekord aufgestellt. Das eine Attentat auf Kirow -ein Attentat, bei dem Stalins Rolle reichlich dunkel war- haben sie benutzt, um Tausende ihnen Missliebiger abzuschlachten.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, sie hätten Stalin ermorden wollen, sie hätten einen Militärputsch beabsichtigt, sie hätten den Kreml besetzen wollen etc. Diese Beschuldigungen tragen den Stempel der Lüge auf der Stirn. Wenn Jagoda, der langjährige Leiter der GPU Stalin nach dem Leben getrachtet oder die Besetzung des Kreml beabsichtigt hätte, dann hätte er hunderte von Gelegenheiten dazu gehabt. Wenn Tuchatschewski u. die anderen Generale irgendeine militärische Aktion geplant hätten, dann ist unklarlich, weshalb sie sich alle widerstandslos haben verhaften lassen.

Wenn man konterrevolutionäre Verbrechen finden will, dann darf man sie nicht bei den Angeklagten, sondern muss sie bei den Anklägern der Moskauer Prozesse suchen. Stalin wirft seiner Opfern vor, sie hätten die Sowjetregierung stürzen wollen. Sehen wir nun, was seit 1936 aus der Sowjetregierung und aus der auf dem letzten 17. Parteitag der KPSU gewählten Führung der Partei geworden ist.

Die Mehrheit der Präsidenten der Bundesrepubliken der SU sind seit 1936 dem Stalinschen Terror zum Opfer gefallen. Die Mehrheit des Rates der Volkskommissare der SU, die 1936 im Amte waren, sind gleichfalls unter die Stalinsche Guillotine geraten. Im gegenwärtigen Prozess sitzen sechs frühere Mitglieder des Rates der Volkskommissare der SU, die bis vor nicht allzu langer Zeit noch in Amt und Würden waren, auf der Anklagebank, nämlich Jagoda, Rykow, Rosengolz, Iwanow, Tschernow und Grinko; Krestinski war stellvertretender Volkskommissar. Von den 71 Mitgliedern des auf dem 17. Parteitag gewählten ZK sind nach einem flüchtigen Überschlagn mindestens 23 erschossen oder verhaftet. Von 68 Kandidaten stehen auch mindestens 23 auf der Verlustliste. Stalin hat sich eine "Mehrheit" im ZK also nur auf die Weise sichern können, dass er ein gutes Drittel, wenn nicht mehr, seiner Mitglieder eingekerkert oder hingerichtet hat, um den Rest einzuschüchtern.

Nachdem er die Mehrheit der Sowjetregierung seinen Schergen ausgeliefert hat, nachdem er einen Program im ZK der Partei veranstaltet hat, stellt sich Stalin hin und klagt andere an, sie hätten die Sowjetregierung stürzen wollen. Die Sowjetregierung u. die Partei -das ist für Stalin u. seine Clique die persönliche Diktatur des "unfehlbaren Führers" u. die unkontrollierte Wirtschaft seiner Prätorianer, Bucharin fing während seiner Aussage an, von einer "Palastrevolution" zu sprechen, die er u. seine Freunde beabsichtigt hätten. Aber der Gerichtsvorsitzende fiel ihm ins Wort u. liess ihn nicht darüber weiter reden. Man kann sich denken, dass verschiedene Mitglieder des ZK der KPSU s. Zt. untereinander davon gesprochen haben, dass es das Beste wäre, den Generalsekretär, der ja laut Parteistatut nur ein untergeordnetes Organ des ZK ist, abzusagen; dass eine solche durchaus legale Aktion den Generalsekretär mit den Bespotenmanieren, der befürchten musste, die Mehrheit des ZK gegen sich zu haben, dazu veranlasst hat, seine Stellung durch einen blutigen Rachefeldzug gegen alle ihm nicht blind Ergebenen zu sichern, wobei er darauf bedacht war, seinen Opfern die Methoden, mit denen er zu arbeiten pflegt, u. die Auswirkungen seiner eigenen Politik anzuhängen. Denn es ist Stalin, der durch seinen Terror die Sowjetwirtschaft und die Rote Armee desorganisiert, der durch seine Volksfrontpolitik die aussenpolitische Isolierung zum Besten der faschistischen Achsenpolitiker herbeiführt, der durch den neuesten Prozess dem Ansehen der SU und der Idee des Kommunismus einen furchtbaren Schlag versetzt hat.



Das "moderne" Arbeitsstatut:Das Gesetz über das Schlichtungs- u. Schiedsgerichtswesen.

=====  
 =====  
 =====

Kammer u. Senat haben endlich das erste Gesetz des "modernen" Arbeitsstatuts, das Schlichtungs- und Schiedsgerichtsgesetz, angenommen. Die Kammer hat im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Senat in allen entscheidenden Punkten nachgegeben. Das Gesetz ist im Verlauf der Debatten immer mehr zu Ungunsten der Arbeiter verändert worden. So sind die landwirtschaftlichen Arbeiter, die bereits seit langem auf die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die Kollektivverträge auf die Landwirtschaft warten, von dem Gesetz ausgeschlossen worden. Die von Monnet eingebrachte Vergleichsformel, wonach das beschlossene Gesetz solange auf die Landwirtschaft Anwendung findet, solange nicht ein Sondergesetz die rechtliche Seite der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter regelt, ist vom Senat abgelehnt worden. Die Kammer hat die vom Senat vorgeschlagene Formel angenommen. Danach soll bis zum 15.4.38. ein Sondergesetz angenommen werden. Die Haltung des Senats und der Kammermehrheit bedeutet nichts anderes, als dass die Landarbeiter rechtlich nicht mit den Industriearbeitern gleichgestellt werden sollen.

Wie bekannt, hatte die Kammer in der ersten Fassung des Gesetzes festgelegt, dass auch während der Dauer eines Kollektivvertrages eine Erhöhung der Löhne durch die Arbeitersyndikate gefordert werden könne, sobald die angezeigte Lebensvertüerung um 5 % gegenüber der Zeit des Vertragsabschlusses gestiegen ist. "Soweit es mit der Lage des betreffenden Unternehmens vereinbar ist", lautete allerdings die einschränkende Formel. Der Senat und mit ihm die Kammer der Volksfrontmehrheit haben jetzt festgelegt, dass

1) ein Antrag auf Lohnerhöhung erst gestellt werden kann, wenn der offizielle Index eine Erhöhung von 5 % anzeigt und sechs Monate seit dem Abschluss des Kollektivvertrages verflossen sind. Erst wenn die indexmäßige Erhöhung der Lebenshaltungskosten 10 % beträgt, kann der Antrag auf Lohnanpassung sofort dem Schlichter eingereicht werden;

2) dem Schiedsgericht sind alle Befugnisse im Hinblick auf die Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen entzogen worden. Die Prüfung, ob die Forderungen mit der Rentabilität der Unternehmen vereinbar ist, bezieht sich jetzt nur auf die von den Parteien dem Schiedsrichter nach eigenem Ermessen vorgelegten Unterlagen, deren Nachprüfung durch das Amtsgeheimnis verhindert wird. Zweitens ist bei der Prüfung der "Vereinbarkeit" der Lohnerrhöhung nicht von dem Betrieb oder den von der Bewegung betroffenen Betrieben auszugehen, sondern von den ökonomischen Bedingungen der lokalen u. regionalen Branche oder der nationalen wirtschaftlichen Aktivität.

Damit ist der Interpretation, die Frachon von der CGT dem ursprünglichen Kammertext des Gesetzes gab, wonach der von den Arbeitern bestimmte Schiedsrichter nicht nur das Recht zur Einsicht in die Geschäftsbücher hat, sondern auch Anweisungen zur Schaffung der Voraussetzungen für die Vereinbarkeit der Lohnerrhöhung mit der Lage der Unternehmen geben kann, deren Nichtausführung die Erfüllung der Arbeiterforderungen durch die Unternehmer zu einer zwingenden Verpflichtung macht, ein Ende gesetzt.

Das Grosskapital und das Gesetz.

Das Grosskapital betrachtet das Gesetz als ein Mittel zur Sicherung seiner weiteren Offensive auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, als einen weiteren Schritt in der Richtung der Unterordnung der Gewerkschaften unter das Kommando des kapitalistischen Staates u. der Aufhebung des Streikrechts. In dieser Beziehung ist die Haltung des "Temps" kürzerst aufschlussreich. In einem Artikel "Schiedsgericht und sozialer Friede" v. 6. März 1938 heisst es u. a.:

"Die neuen Gesetze selbst sind nicht ausreichend zur Sicherung des so-

zialen Friedens. Der Streik ist nicht ausdrücklich untersagt. Es ist aber wahr, dass nach dem Gesetz der Streik ausgeschlossen ist u. die kollektiven Arbeitskonflikte nunmehr ausschliesslich mit Hilfe friedlicher Prozeduren geregelt werden sollen und die Schiedssprüche obligatorisch und ausföhrbar sind. Aber der Streik ist nicht einem Verbrechen gleichgestellt und er kann nur durch die zivilen Sanktionen geschlagen werden, die eine Verletzung der Schiedssprüche und der Kollektivverträge oder der Bruch des Arbeitskontraktes nach sich zieht. Es ist gut, dass die Verantwortlichkeit der Arbeitersyndikate endlich in einer präziseren Formel als vorher festgelegt worden ist, doch die Gefahr des Streiks ist damit nicht beseitigt".

Der "Temps" erklärt dann, dass also der "soziale Friede" von der peinlichsten Beachtung des Gesetzes abhängt. "Sind die Arbeitersyndikate bereit diese Linie zu befolgen"? fragt der Temps und setzt hinzu: "Sie sind dazu umso mehr verpflichtet, da das obligatorische Schiedsgericht eine Institution ist, die sie selbst gewollt haben und man kann das Gesetz vielleicht als ihr eigenes Gesetz betrachten". Die Gewerkschaften sollen also in ihrer eigenen Schlinge gefangen werden.

Der "Temps" droht den Gewerkschaften und erklärt, dass wenn sie jetzt Streiks organisieren würden, sie mit den Konsequenzen ihres eigenen Gesetzes zu rechnen hätten, die die schlechte Befolgung des Gesetzes nach sich zieht. Er sagt weiter, dass, nachdem man sich der Freiheit begeben habe u. die Arbeitsbedingungen, die in breitem Masse das wirtschaftliche Leben des Landes bestimmen, den Entscheidungen einiger Schiedsrichter unterworfen habe, müssten die Streiks aufhören. Sonst müsse der Staat in wachsendem Masse intervenieren und die Arbeitersyndikate mehr und mehr unter seine Autorität beugen. Das sei die logische Konsequenz einer Nichtbefolgung des Gesetzes. Der "Temps" fordert von der Regierung, dass sie ihre ganze Autorität in den Dienst des Gesetzes stelle, denn nach dem Gesetz seien die Streiks weniger als jemals gerechtfertigt und entschuldbar, sondern sie würden nunmehr eine Revolte gegen den Staat bedeuten. Zu den Gewerkschaften gewandt aber, fordert der "Temps" die genaueste Beachtung des Gesetzes, da seine Nichtbefolgung zeigen würde, dass der "soziale Friede" im Rahmen des demokratischen Regimes nicht gesichert werden könne und das Gesetz selbst die Entwicklung zum Faschismus in diesem Falle begünstigen würde.

Diese Auslassungen zeigen mit aller Deutlichkeit in welchem Sinne das Gesetz vom Grosskapital verstanden wird. Die Arbeiterparteien und die CGT haben mit diesem Gesetz dem bürgerlichen Staat und den sie beherrschenden Kräften der Bourgeoisie eine schneidende Waffe gegen die Gewerkschaftsbewegung in die Hand gegeben. Die Bourgeoisie will, gestützt auf das Gesetz und mit Hilfe der staatlichen Machtmittel die Gewerkschaften aushöhlen und letzten Endes zertrümmern. CGT und die Arbeiterparteien haben dafür den Schrittracher gemacht. Dabei hat die Bourgeoisie sich selbst alle Garantien geschaffen um mit Hilfe des Gesetzes ihre Interessen sicherzustellen. Aus ihren Kreisen stammen die Oberschiedsrichter, aus ihren Kreisen stammen die Herren der Appellationsgerichte, sie haben sich im Gesetz genügend Sicherungen geschaffen, um ihren Profitinteressen wirksam zu verteidigen. Sie bezeichnen das Gesetz als von den Gewerkschaften gewollt und stellen diese vor die Frage, sich den wirtschaftlichen Interessen des Kapitals zu beugen, sonst verliere das demokratische Regime seine Berechtigung und man müsse naturnotwendig zum Faschismus kommen.

Die Arbeiterschaft darf sich in dieses Dilemma (dass das der Volksfrontpolitik ist) nicht einschliessen lassen. Bestimmend für die Auswahl ihrer Kampfmittel und deren Anwendung müssen allein ihre Lebensinteressen sein, die gerade in der Zeit des niedergehenden Kapitalismus in immer stärkerer Masse mit dessen Erfordernissen in Widerspruch treten. Gerade in einer Zeit, wo riesige Summen des gesamten Nationaleinkommens in beständig steigenden Dimensionen für die Kriegsvorbereitung ausgegeben werden, und wo, wie in Frankreich, noch das Bleigewicht der alten Kriegsschulden mitgeschleppt wird, darf sich die Arbeiterbewegung nicht in den Kreis einschliessen lassen, der durch die Interessen des Monopolkapitals gezogen ist. Die



Arbeiterbewegung würde damit nicht nur ihrer geschichtlichen Aufgabe untreu, sie könnte damit auch den augenblicklichen Tagesinteressen der Arbeiterklasse nicht dienen, sie müsste die Arbeiter in steigendem Masse enttäuschen und damit den Boden vorbereiten, auf dem der Faschismus in die Halme schießt.

Aus diesem Dilemma kann die Arbeiterklasse nur heraus, wenn sie sich von der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, d.h. von der Volksfrontpolitik löst und zum bewussten Klassenkampf zurückkehrt, dem alleinigen Motor des sozialen Fortschritts und revolutionärer Lösungen, die die Geschichte nötig macht.

-0-0-0-

### DIE ARBEITERKLASSE WILL DEN FRIEDEN.

von Homer Martin, Vorsitzender der Vereinigten Automobilarbeiter von Amerika.

Vorbemerkung: Wir haben in der "Arbeiterpolitik" bereits über die Antikriegsbewegung in den Ver. Staaten, die für das La Follette-Ludlow Amendment eintritt, berichtet. Während die KP der Ver. Staaten diejenigen, die dieses Amendment unterstützen, als Helfershelfer des Faschismus beschimpft, gewinnt die Antikriegsbewegung, in der unsere amerikanische Bruderorganisation, die ICLL, eine führende Rolle spielt, immer breitere Kreise der amerikanischen Arbeiterklasse. So haben sich die folgenden Gewerkschaften für das La Follette-Ludlow Amendment erklärt: das Organisationskomitee der Stahlarbeiter, die Gewerkschaft der Lokomotivführer, die Gewerkschaftsföderationen von Wisconsin u. von Chicago, die amerikanische Lehrgewerkschaft, die Vereinigten Automobilarbeiter von Amerika, die Gewerkschaft der Lokomotivheizer, die Gewerkschaftsföderation von Minnesota, der Verband der Aluminiumarbeiter, der Verband der Brauereiarbeiter, die Arbeiterpartei in Illinois, die Lokalverbände der Damenschneider umfasst, 6 Lokalverbände der Vereinigten Kleiderarbeiter und 20 Verbände, die der A.F. of L. angeschlossen sind, "Labor", eine Zeitung, die 15 Eisenerbeitergewerkschaften vertritt. Diese Organisationen repräsentieren 2 Millionen (oder mehr) organisierte Arbeiter. Die Bewegung für das La Follette-Ludlow Amendment hat auch die Farmer erfasst. So haben 60 000 Farmer Telegramme an ihre Vertreter im Kongress geschickt, in denen sie sie auffordern, das Amendment anzunehmen. Der folgende Artikel von Homer Martin ist ein Ausdruck des Willens der organisierten amerikanischen Arbeiter, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen.

"Die amerikanische Arbeiterklasse will den Frieden, weil sie für immer die Rechte behalten will, die sie jetzt besitzt und die sie mit grossen Opfern erkämpft hat. Sie möchte diese Rechte erweitern und neue dazu erobern. Die Arbeiterklasse will den Frieden, um den Faschismus wirksam bekämpfen zu können. Dies mag einige erschrecken: diejenigen in der Arbeiterbewegung, die die "kollektive Sicherheit" als das einzige Mittel anpreisen, das den Faschismus aufhalten könne. Wessen "kollektive Sicherheit"? Der britischen "City", der französischen "Bourse", der amerikanischen "Wall Street"? Kollektive Sicherheit unter ihrer Herrschaft bedeutet ihre kollektive Sicherheit. Muss die Arbeiterklasse in diesen Ländern auf Verlangen des Kapitals weiter vorklauen? Wird das Kernstück der neuen Kriegseklaverie -- der industrielle Mobilisierungsplan -- leichter zu ertragen sein, weil er die Etikette "Demokratie" hat?

Es wird von einigen in den Reihen der Arbeiterbewegung behauptet, dass die dringende Notwendigkeit, den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten, sogar eine "kollektive Sicherheit" unter reaktionären Auspizien rechtfertige. Das ist wirklich eine erschreckende Auffassung. Wo ist jener Glaube an die Arbeiterklasse, an die gemeinsame Aktion der organisierten Arbeiter-schaft aller Länder geblieben, der bisher die Theorie der Arbeiterbewegung beherrschte? Die Tatsache, dass einige den Glauben an die Fähigkeit der Arbeiter, aus den Niederlagen in Italien, Deutschland und Österreich zu lernen, verloren haben, ist kein Grund für die organisierte Arbeiterschaft,

sich für dumme u. gelähmt zu halten. Warum sollte die organisierte Arbeiterschaft heute diese wild gewordenen Propheten beachten, die, nachdem sie die Arbeiter in mehreren Ländern zum Ruin geführt haben, sich wie Päpste hinstellen, um die amerikanische Arbeiterklasse aufzufordern, eine imperialistische "kollektive Sicherheit" zu befürworten, die aber alle diejenigen, die nicht mit ihnen übereinstimmen, als "Faschisten" beschimpfen?

Die amerikanische Arbeiterklasse sollte sowohl die Politik der Isolierung als auch die der kollektiven Sicherheit ablehnen. Die "kollektive Sicherheit" ist nichts anderes als gelbe Gewerkschaftsbewegung in der Aussenpolitik. Die Politik der "Isolierung" der Hearsts und Vandenberges ist Wasser auf die Mühlen der Faschisten. Die amerikanische Arbeiterklasse will eine Politik der "kollektiven Sicherheit", die von der organisierten Arbeiterschaft in allen Ländern ausgeht. Das ist möglich, das ist wert, dass man dafür kämpft, das ist unsere einzige Chance.

Man muss entweder ganz verrückt oder skrupellos sein, um zu glauben, dass die Deutschen u. die italienischen Bankiers u. Industriellen von ihren reichen Klassengenossen in den demokratischen Ländern als ausgestossene betrachtet oder behandelt würden. General Motors hat nach wie vor ihre Opelwerke in Deutschland und einen Nazi in deren Direktorium. Ford hat gemeinsame Geschäftsinteressen u. Verbindungen mit den IG-Farben. Britische, französische und amerikanische Industrielle und Bankiers können ihre Klassenbrüder in Italien u. Deutschland bekämpfen, um sich einen grösseren Beuteanteil auf dem Weltmarkt zu verschaffen, aber sie werden niemals, soweit das ihnen möglich ist, eine Vernichtung des faschistischen Systems in diesen beiden Ländern zulassen.

Die amerikanische Arbeiterklasse will den Frieden, um ihre Organisation der Arbeiter der Grossindustrie zu vollenden, um ihre eigene politische Partei aufzubauen, um die grossen Massen der Lohnempfänger über das Wesen des Faschismus aufzuklären und sie zu lehren, wie man ihn bekämpft. Sicherlich, das kostet Zeit. Aber es gibt keine andere Wahl.

Ich hoffe ernstlich, dass jene liberalen und Arbeitergruppen im Inland und im Ausland, die in den ersten Monaten des Jahres 1933 an allen Strassenecken schrieen, dass Hitler unmöglich siegen könne, u. deren "Führung" zum Sieg des Faschismus beigetragen hat, heute mehr nachdenken und weniger schreien werden. Wie viele solcher Niederlagen muss die Arbeiterklasse noch erleiden, bis ihr "intellektueller" Hochmut, ihre diktatorische Arroganz verschwindet?"

Die Vereinigten Bergarbeiter von Amerika, deren Vorsitzender John L. Lewis, der Führer der CIO ist, nahmen auf ihrem 36. Verbandstag eine Resolution über die "Verurteilung der faschistischen Angreifer" u. "eine Erklärung für den internationalen Frieden" an, in der es u. a. heisst:

"Es wird beschlossen, dass es der Wille dieses Verbandstages ist, dass die Aussenpolitik der Ver. Staaten nicht bestimmt werden oder unabhängig sein soll, von dem Schutz der Privilegien oder der Eigentumsinteressen der grossen Kapitalgruppen dieses Landes, die sie in fremden Ländern besitzen, sondern dass die Aussenpolitik eher den heissen Wunsch des amerikanischen Volkes nach der grösstmöglichen Sicherung des internationalen Friedens zum Ausdruck bringen soll."

-o-o-o-o-

Mussolini begrüsst die Macht Stalins. Mussolini hat anlässlich des neuen Moskauer Prozesses selbst zur Feder gegriffen, um daraus Kapital für den Faschismus zu schlagen. In einem Artikel im "Popolo d'Italia" vom 5. März schreibt Mussolini darüber folgendes:

"Wie man es auch betrachten mag, Stalin leistet dem Faschismus unschätzbare Dienste indem er ganz Europa den Schrecken seiner Gerichte vorführt, indem er uns das wahre, von nun an unwandelbare Gesicht des bolschewistischen Russlands zeigt und indem er in Massen die erklärten, heute aber ohnmächtigen Feinde des Faschismus tötet".

Vielleicht gibt die "Humanité" auch davon ihren Lesern Kenntnis?

Verantwortlich: Emile Hirtzel.





# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 12/V. Jahrgang.

Dritte Märzwoche 1938.

## DAS ENDE ÖSTERREICHS UND DIE EUROPÄISCHE LAGE.

oo

Im Laufe weniger Stunden hat die gepanzerte Faust Nazideutschlands über das Schicksal Österreichs entschieden. Die Aktion wurde durchgeführt im Zusammenspiel dreier Faktoren: (1) die österreichischen Nazis, die unter der Führung deutscher Nazihäuptlinge "demonstrierten", "marschierten", Ämter besetzten usw.; (2) der Aktion von oben durch den Nazikommandeur der österreichischen Polizeikräfte (Seiss-Inquart); (3) der deutschen Truppen, SS-, SA- und Polizei-Formationen. Das Zusammenspiel der Naziorganisationen von unten und den Polizeikräften von oben im Lande selbst geschieht nach dem Muster, das von Göring im Januar-Februar 1933 in Deutschland gegeben wurde. Das Zusammenwirken des "Aufstands" im Inneren und der Intervention von aussen ging ungefähr nach spanischem Muster vor sich. Die Kombination aller dieser drei Faktoren kann als typisch für die Nazimethoden betrachtet werden. Diese Methode erlaubt einerseits eine ausserordentliche Durchschlagskraft und Schnelligkeit des Handelns, andererseits erlaubt sie Nazideutschland in Österreich und in der übrigen Welt sich als "Befreier" Österreichs, als Verwirklicher des alten deutschen Traumes eines Grossdeutschlands aufzutreten.

Die jetzt vollzogene Annexion Österreichs an Deutschland ist in der Methode die Fortsetzung der Bismarckischen Gewaltmethode bei der Schaffung Kleindeutschlands, das heisst des Deutschen Reiches von 1871. Bismarck schuf das Deutsche Reich als Grosspreussen. Hitler schafft "Grossdeutschland" als erweitertes Grosspreussen.

Der Gewaltakt der Nazis selber zeigt, dass die Mehrheit im Lande gegen Hitler war. Hitler konnte nach Schätzungen objektiver Beobachter bei einem Flebizit, das nicht von ihm selbst gemacht wurde, mit höchstens 30 - 40 % der Stimmen rechnen. Die Mehrheit der Arbeiterklasse war zwar gegen Hitler, aber auch nicht für Schuschnigg. Sie war gelähmt und verwirrt, vor allem durch die Politik der KP Österreichs - den Illusionen über Schuschnigg, des bedingungslosen Anschlusses unter Unterordnung unter ihn - aber auch durch die fehlende Zielklarheit der revolutionären Sozialisten Österreichs. Daher brachte die österreichische Arbeiterklasse diesmal keine Kraft zum Widerstand auf. Es ist leider damit zu rechnen, dass zunächst in Österreich die vorhandenen illegalen Kader der Arbeiterparteien und Gewerkschaften durch den Naziterror und durch die abermalige Niederlage vor dem Faschismus noch stärker geschwächt werden als dies bis heute im eigentlichen Deutschland der Fall ist. Die internationale Arbeiterklasse ist verpflichtet, die hartgeprüften österreichischen Arbeiter moralisch u. materiell zu unterstützen.

Die Tatsachen haben in Österreich gezeigt, welche katastrophale Illusion und welcher Verrat von der KP Österreichs gepredigte "Volksfront" mit Schuschnigg ist. Sie hat die österreichischen Arbeiter wehrlos und ohnmächtig den Nazis ausgeliefert. Die Tatsachen haben bewiesen, dass die einzige richtige Linie, die von der kleinen kommunistischen Opposition angegebene war: -selbständiges Eingreifen der Arbeiter, bewaffnete Gegenwehr der Arbeiter unter Führung ihrer eigenen Klassenorgane und in unmittel-

barer Verbindung mit dem männlichen Proletariat und Halbproletariat. Die Wiedererhebung der österreichischen Arbeiterklasse ist an die gründliche Liquidierung des Volksföutschwinds, an die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und ihre direkte Verbindung mit den proletarischen und halbproletarischen Kräften des Landes gebunden.

Die gesamteuropäische Lage hat durch die ohne Widerstand gelungene Annexion Österreichs an Nazi-Deutschland (von "Anschluss" zu reden ist unter den gegebenen Umständen blutiger Hohn) eine akute und unabsehbare Verschärfung erfahren.

Dies vor allem durch den so schlagend erbrachten Beweis, dass die Staaten des sogenannten demokratischen Imperialismus nicht gewillt und nicht fähig sind, den faschistischen Eroberermächten wirksam entgegenzutreten. Hitler versandte seine Ultimaten an Österreich und liess die Reichswehr marschieren, nachdem Ribbentrop sich bei Lord Halifax vergewissert hatte, dass England nichts Ernsthaftes für Österreich tun werde und dass infolgedessen auch Frankreich nicht militärisch eingreifen werde. Und was Frankreich anlangt, so ist die Regierungskrise dabei nur als Faktor zweiten Ranges einzuschätzen. Die französische Grossbourgeoisie im Gefolge der englischen steuerte auf eine "Verständigung" mit Deutschland und Italien hin. Dieser Kurs wurde ihnen erleichtert durch den furchtbaren Eindruck der letzten Moskauer Prozesse.

Welches sind die nächsten Perspektiven für Europa?

Das berühmte europäische "Gleichgewicht" ist gründlich zugunsten der Achse Deutschland-Italien und innerhalb dieser Achse zugunsten Deutschlands verschoben. Die "Achse" schneidet jetzt Europa in zwei Hälften. Es gibt jetzt keine direkte Verbindung Paris-Prag oder Paris-Moskau mehr. Das heisst, sowohl der franco-sowjetische Pakt, wie der tschechisch-sowjetische Pakt, wie die französischen Bündnisse in Mitteleuropa sind mehr oder weniger entwertet. Hitler-Deutschland ist jetzt unmittelbar Nachbar nicht nur Italiens, sondern auch Ungarns und Jugoslawiens. Es umklammert noch enger die Tschechoslowakei, es hält die Schweiz wie in einer Zange. Die Annexion Österreichs wird zwar zunächst die Lebensmittelnöte Hitler-Deutschlands noch vermehren - Österreich ist ein Land der Getreidezuschüsse - aber das steyrische Eisenerz bietet Deutschland die Möglichkeit, seine Eisenbasis rasch und beträchtlich zu erweitern. Die strategische Stellung Deutschlands im Donauraum und auf dem Balkan ist gewaltig gestärkt.

England und Frankreich haben eine Beschleunigung ihrer Aufrüstung angekündigt. Also ist damit zu rechnen, dass Deutschland und Italien die Zeit, bis zu der England und Frankreich sich schlagfertig fühlen werden, ausnützen werden, um sich zunächst noch so viele weitere Machtstellungen zu verschaffen, als sie ohne die Gefahr eines allgemeinen Krieges dazu imstande sind. Aber der allgemeine Krieg in absehbarer Zeit wird durch diese Entwicklung zu einer Gewissheit, ausser in dem einzigen Falle, dass die Arbeiterklasse in einem oder mehreren der grosskapitalistischen Länder auf revolutionären Wege die Macht erobert und die Welle der proletarischen Revolution in Mittel- und West-Europa in Gang setzt, sei es dass die Welle aus einem der demokratischen Länder in die Länder der faschistischen Diktatur überschlägt oder umgekehrt.

Diese einzige Chance, einen neuen Weltkrieg zu vermeiden, wird am stärksten bedroht und nahezu ausgeschaltet durch die Volksfrontpolitik und ihre Wirkungen.

Die Unrisse der nächsten Aktionen der faschistischen Mächte sind bereits genügend sichtbar, wenn auch über ihre konkrete Reihenfolge noch nichts Sicheres ausgemacht werden kann.

Unmittelbar im Anschluss an die österreichische Aktion ist der deutsch-italienische Angriff auf das republikanische Spanien an der Aragonfront gewaltig verstärkt worden. Deutschland stellt Italien für diesen



Zweck zirka 30 000 Mann deutscher Truppen und ein riesiges modernes Kriegsmaterial zur Verfügung. Der erfolgreiche Angriff auf die Aragonfront droht Katalonien von Valencia und Madrid abzuschneiden.

Es ist klar, dass nachdem Hitlerdeutschland Österreich annektiert hat, Italien in Spanien sich nicht nur mit dem Siege des faschistischen "Prinzips" begnügen wird, sondern dort wirkliche Machtstellungen gegen Frankreich (Pyrenäen) und England (Balearen, Gibraltar, Spanisch-Marokko usw.) zu schaffen versuchen wird. Die Berechnung dabei ist offenbar die, dass, wenn Frankreich ausser den bisherigen noch die Pyrenäen- und die Alpen-grenze zu verteidigen haben wird, es ausserstande sein wird, etwa der Tschechoslovakei zu Hilfe zu kommen, falls Deutschland einen Stoos gegen dieses Land richten wird. Der Sowjetpakt mit der Tschechoslovakei tritt aber nur dann in Wirkung, wenn und nachdem das tschechisch-französische Bündnis in Wirkung getreten sein wird.

An Polen hat Hitlerdeutschland als "Kompensation" offenbar die Erlaubnis gegeben, Litauen zu annektieren. Polen schiebt sich an, den ausgetretenen Wechsel einzukassieren.

-c-c-c-c-o-

DIE ANKÜNDIGUNG DER ALLGEMEINEN WEHRPFLICHT IN ENGLAND.  
oo

Die Stellungnahme Englands, wie sie durch seine Handlungen und durch die letzte Rede des Premierministers Chamberlain im Unterhan. zutage tritt, ist durch folgendes gekennzeichnet:

(1) trotz Drängens von französischer und tschechischer Seite hat die englische Regierung sich nicht dazu verstanden, offen und klar wirksamen Beistand im Falle eines deutschen Angriffs auf die Tschechoslovakei zuzusagen. England "interessiert" sich zwar für Mitteleuropa - aber nur diplomatisch.

(2) England beschleunigt und verstärkt erneut seine Aufrüstung. Aber seine Stellungnahme im Falle Österreichs und der Tschechoslovakei zeigt deutlich genug, dass es diese seine militärische Verstärkung nur für seine unmittelbaren imperialistischen Interessen einzusetzen beabsichtigt.

(3) Die Ankündigung der allgemeinen Wehrpflicht wenn auch noch nicht in ganz bestimmter Form. Die Allgemeine Wehrpflicht ist für England nicht nur eine militärische, sondern auch eine eminent politische Frage. Ihre Einführung in Friedenszeit wird das Gesicht Englands entscheidend ändern. Und zwar in dem Sinne, dass England selbst sich maximal der Typus der autoritären Staaten annähert. Es ist der Anfang vom Ende dessen, was in England von bürgerlicher Demokratie bis jetzt noch bestanden hat.

Das alles ist die Folge davon, dass bis heute noch die grosse Masse der englischen Arbeiterklasse auf dem Boden der Verteidigung des englischen Imperialismus steht und daher in den Fragen der Aussenpolitik und der Militärpolitik den führenden Klassen Englands folgt. Daraus ergibt sich, dass die wirkliche Verteidigung der bescheidenen demokratischen Rechte, die die Volksmassen in England unter dem gegenwärtigen Regime besitzen, nur unter der Bedingung möglich ist, dass die englische Arbeiterklasse den Kampf gegen den Faschismus, gegen Hitlerdeutschland und Italien nicht ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisie überlässt, sondern danach strebt, der englischen Bourgeoisie die Macht auf revolutionärem Wege zu entwenden und die aussenpolitische Abwehr gegen den Faschismus selbst durch den revolutionären Krieg zu führen.

Man braucht sich nicht zu verhehlen, dass diejenigen, die heute in England diese Aufgaben begriffen haben, erst eine kleine Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse sind. Das ändert aber nichts daran, dass dies, der einzige Weg ist, der zum Ziel führt und dass die Tatsachen der englischen Arbeiterklasse alle anderen Wege als Irrtümer und Illusionen erweisen werden.





beobachten ist, dann erinnert uns dieser Gedankengang an diejenigen, die da sagten, kann man das anders als Faschismus bezeichnen, was die Severing und Zörggibel, die Leipart, Tarnow etc. sich leisten. Wir waren der Ansicht, dass die Theorie des Sozialfaschismus die Wirkung der Kritik an der Politik der Sozialdemokratie in keiner Weise verstärkt hat, und dass zur Verurteilung dieser Politik keineswegs eine falsche Einschätzung des Klassencharakters der Sozialdemokratie gehörte. Die Einschätzung des Klassencharakters des Sowjetstaates und des gesellschaftlichen Charakters der Sowjetwirtschaft ist keine Frage der moralischen Entrüstung über Stalin und die Methoden seiner Clique.

Der Marxismus hat nie behauptet, dass der Sozialismus in lilienhafter Reinheit und jungfräulicher Unschuld geboren werden wird. Im Gegenteil, Marx hat davon gesprochen, dass die kommunistische Gesellschaft, "wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht" "ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft aus deren Schoß sie herkommt". Ich möchte hier bemerken, dass die alte Gesellschaft, deren Erbe die SU mit sich herumträgt, noch etwas anderes ist als die kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben. Bis 1861, zwei-, drei Generationen zurück, bestand die Mehrheit des russischen Volkes aus Leibeigenen, deren rechtliche Stellung mehr die von reinen Sklaven war, als die der hörigen Bauern im westeuropäischen Feudalismus. Ich will hier gleich hinzufügen, dass wir nicht, wie die Stalinisten, der Ansicht sind, die angeführten Worte von Marx rechtfertigen die Politik der heutigen Machthaber in der SU, die darauf beruht, die von der alten Gesellschaft ererbten "Muttermale" zu hegen und zu pflegen, Karrierismus, Rücksichtslosigkeit, Chauvinismus zu fördern. Die Politik der Stalinisten führt dazu, dass aus den Muttermalen Geschwüre werden, die schliesslich zu einer tödlichen Krankheit am Leibe der proletarischen Diktatur werden können.

Gen. Franz hat gefunden, dass unsere Stellungnahme nicht marxistisch sei. Allerdings sind wir nicht der Auffassung, dass es Marxismus sei, wenn man mit gefühlvoller Manöverierkunst versucht, sich von der Beantwortung der entscheidenden Fragen, die sich uns in Bezug auf die SU stellen, nämlich der Fragen nach dem Klassencharakter des Sowjetstaates, nach dem gesellschaftlichen Charakter der Sowjetwirtschaft zu drücken. Gen. Franz hat einerseits behauptet, die Basis der Oktoberrevolution sei in der SU erhalten, und das ist doch wohl die proletarische Diktatur. Er hat andererseits erklärt, es sei eine reine Abstraktion, die SU als Arbeiterstaat zu bezeichnen. Auch auf die Frage, welches nun die vorherrschende Produktionsweise in der SU sei, hat Gen. Franz in der Weise geantwortet, dass er mit einer bewunderungswürdigen Behändigkeit zwischen dem Einerseits und dem Andererseits hin- und hereilte. Ich möchte hier in Bezug auf den Charakter des Sowjetstaates einige Sätze aus dem letzten Artikel von Trotzki zitieren. Wir sind mit Trotzki, wie Ihr wisst, nicht einverstanden, aber immerhin haben seine Äusserungen über die russischen Fragen vor denen vieler anderer, die lediglich seine unrichtigen Formulierungen nachbeten, den Vorzug, dass er Russland kennt und über die Dinge nachdenkt. Trotzki sagt:

"Der Klassencharakter eines Staates wird... nicht durch seine politische Form, sondern durch seinen sozialen Inhalt bestimmt, d.h. durch den Charakter derjenigen Formen des Eigentums und der Produktionsverhältnisse, die der betreffende Staat schützt und verteidigt...

...Ein Regime, das das exproprierte und nationalisierte Eigentum vor dem Imperialismus schützt, ist unabhängig von den politischen Formen eine Diktatur des Proletariats".

(L. Trotzki, "Nichtproletarischer und nichtbürgerlicher Staat?" im "Bulletin der Opposition", russisch, Nr. 62-63, Februar 1938).

Und es heisst bei Trotzki weiter:

"Von nackten idealen Normen lassen sich Sektierer leiten, d.h. Leute, die nur in der eigenen Einbildung Revolutionäre sind. Sie sagen: diese Gewerkschaften gefallen uns nicht, wir treten nicht in sie ein;

dieser Arbeiterstaat gefällt uns nicht, wir verteidigen ihn nicht. Sie versprechen jedesmal, die Geschichte von vorn anzufangen. Sie werden, sagen sie, einen idealen Arbeiterstaat aufbauen, wenn der Herrgott ihnen eine ideale Partei und ideale Gewerkschaften in die Hände gibt. Und bis zu diesem glücklichen Augenblick werden sie möglichst böse auf die Wirklichkeit sein. (Ebenda).

Wir würden wünschen, dass Trotzki und die Trotzkiisten das, was hier über das Exkludieren gesagt wird, stets beherzigten. Ich will weiter bemerken, dass das, was Trotzki hier sagt, im Grunde genommen seine Behauptungen widerlegt, die Sowjetwirtschaft sei nicht sozialistisch. Es zeigt die widerspruchsvolle Haltung Trotzki, wenn er einerseits beweist, dass die SU ein Arbeiterstaat sei, da die Wirtschaft dort nicht kapitalistisch sei, weil sie die Grundelemente der Planwirtschaft enthalte, und dann andererseits den sozialistischen Charakter dieser Wirtschaft leugnet, ihren Charakter als der anfänglichen noch von oben bis unten mit den Muttermaßen der kapitalistischen Gesellschaft des zaristischen Russland behafteten Phase der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion.

Ich komme nun zur Frage der Stalinolique. Gen. Franz findet, dieser Ausdruck sei unmarxistisch. Er folgt Trotzki und spricht von der Bürokratie als einer festgeronnenen Schicht mit besonderen sozialen Interessen. Aber können wir nach dem, was sich seit dem Sommer 1936 abgespielt hat, nachdem Stalin Tausende und Abertausende von hohen, mittleren und kleinen Funktionären des Staates und der Wirtschaft erschossen, verhaftet und verbannt hat, von der Bürokratie als einer einheitlichen festen Schicht sprechen? Können wir mit Trotzki alle Funktionäre der Partei, des Staates, der Wirtschaft, alle Ingenieure, alle Offiziere der Roten Armee, alle qualifizierten Arbeiter, die Stachanowisten sind, durch die Bank als eine degenerierte Schicht betrachten? Ich glaube, nein, und ich glaube, dass dies durch die Ereignisse bestätigt worden ist. Wenn wir von einer Stalinolique sprechen, so geschieht das nicht weil wir darunter nur einige wenige Personen verstehen, sondern um auszudrücken, dass diese ordnungsgeschmückten, prinzipienlosen, von Chauvinismus angefressenen Karrieristen keine festgeronnene soziale Schicht und erst recht keine Klasse darstellen. Die Sowjetunion wird noch lange Berufsbeamte, Offiziere, Ingenieure brauchen. Was die Stalinolique auszeichnet, ist nicht die nützliche Funktion im Dienste des Sowjetstaates, sondern der Missbrauch ihrer Stellung, der legale Missbrauch mit Hilfe von Orden und hohen Gehältern, der ergänzt wird durch die ungesetzliche Korruption. (+)

Und wir legen allerdings Wert darauf, die persönliche Verantwortung Stalins und der anderen Führer der KPSU an der tragischen Situation, in der sich die Sowjetunion jetzt befindet, anzuprangern. Man kann für alles objektive Ursachen finden, und wir leugnen objektive Ursachen nicht. Aber wir glauben, dass alle objektiven Ursachen nichts daran ändern, dass die Führung der führenden Partei der proletarischen Diktatur, und d.h. Stalin und die Stalinsche Führung der KPSU, vor der Geschichte die Verantwortung für den Weg tragen, auf den sie die Sowjetunion geführt haben.

Wir unterscheiden zwischen der KPSU und der Stalinolique. Gen. Franz hat hier erklärt, die KPSU existiere nicht mehr, aber weitherzig, wie er ist, hinzugefügt, sie könne noch einmal eine solche Rolle spielen wie während des ersten Fünfjahresplans, allerdings nicht mit solchem Schwung. Wie sehen wir die Situation? Die Ereignisse der letzten anderthalb Jahre sind für uns ein Beweis für den Gegensatz zwischen der Politik der Stalinschen Führung und breiter Kreise der KPSU. Selbstverständlich hat die

(+) Auf Grund der Diskussion, die auf der Internationalen Konferenz vor sich ging, möchten wir hier noch folgende nachträgliche Bemerkung machen. Gen. Franz u. seine Partei sind in den kapitalistischen Ländern auf der Suche nach Bundesgenossen des Proletariats, nach einem Bündnis mit den Mittelschichten, bereit, den Kreis ihrer eventuellen Bündnispartner so weit zu spannen, dass sie die liberale Bourgeoisie umfasst. In bezug auf die SU aber verlangen sie, dass alle Beamten, Offiziere, Intellektuellen, Ingenieure usw. von der Arbeiterschaft als der Feind betrachtet werden sollen. Unserer Ansicht nach hängt der Erfolg des Kampfes gegen die stalinische Entartung der prol. Diktatur u. für die Durchsetzung wirklicher Demokratie in der SU davon ab, dass die ehrlichen, nicht korrupten Funktionäre der KPSU u. des Sowjetstaates diesen Kampf unterstützen.



verbrecherische Ausrottung von Tausenden von erprobten Kommunisten eine blutende Wunde am Körper der russischen Arbeiterschaft geschlagen. Selbstverständlich ist das ein schwerer Verlust für die kommunistische Bewegung der SU. Aber wir glauben, dass der bis zum Wahnsinn gesteigerte bürokratische Terror ein Terror der Erschrockenen ist, um ein Wort von Engels zu gebrauchen, dass das Stalinsche Bürokratenregime zwar eiserne Fäuste, aber tönernen Füsse hat. Wir sind sicher, dass es Stalin nicht gelingen wird, die junge Generation, auf die er sich jetzt stützen will, durchgehend und auf die Dauer zu beeinflussen, dass vielmehr die Entwicklung der SU auch im Rahmen der KPSU immer neue Opposition, immer neues Streben nach wirklicher Partei- und Sowjetdemokratie hervorbringen wird. Trotzki hat vor dem Untersuchungsausschuss in Mexiko selbst zugegeben, dass es keine trotzkistische Organisation in der SU gibt. Die trotzkistische Losung der Schaffung einer neuen Partei in der SU ist dort bisher von niemand aufgenommen worden, und nicht nur infolge der objektiven Schwierigkeiten, denn die sind für alle diejenigen, die innerhalb der Partei sich in irgendeiner Weise oppositionell betätigen wollten, mindestens ebenso gross. Wir glauben, dass es sich für die Arbeiter der SU darum handelt, eine kommunistische Partei zu haben, in der innerparteiliche Demokratie herrscht, weil das die Voraussetzung für die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften, den Sowjets usw. ist. Wir glauben, dass es sich für die Arbeiter der SU darum handelt, die KPSU von der Stalinclique zu säubern, und nicht eine neue Partei zu schaffen, neben der dann noch wohl eine Stalinpartei oder, wie Trotzki das vorschlägt, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, d.h. die alten Gegner der Sowjetmacht als solcher, bestehen sollen. Und ich glaube, dass es unsere Aufgabe ist, die verfolgten Mitglieder der KPSU gegen Stalin zu verteidigen, sie zum Widerstand gegen die Stalinclique zu ermutigen, statt ein Kreuz über sie zu machen und zu erklären, sei seien von der Geschichte zur Rolle von stummen Werkzeugen Stalins verurteilt.

Ich will damit schliessen, dass ich auf die Notwendigkeit verweise, gerade jetzt die Sowjetunion zu verteidigen. Gerade jetzt hat die SU die Hilfe der internationalen Arbeiterklasse nötig, wo Stalin durch seine Politik innerhalb und ausserhalb der SU ihre Verteidigungsmöglichkeiten schwächt. Das, was sich jetzt in England abgespielt hat, der Kurs der britischen Regierung auf einen Pakt zwischen den demokratischen und den faschistischen Imperialisten ist eine Konsequenz der Stalinschen Politik der Unterordnung der internationalen Arbeiterbewegung unter die Interessen der demokratischen Imperialisten. Aber die Verteidigung der SU kann nur wirksam erfolgen in Verbindung mit dem Kampfe für die proletarische Revolution in den Ländern, in denen wir wirken. Und derjenige, der wie die JAP sich mit den Stalinisten zur Volksfrontpolitik verbündet, um die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern an der Nase herumzuführen, der veründigt sich auch an den Arbeitern der SU, der ist, auch wenn er noch so sehr den Stalinismus kritisiert, der Helfershelfer seiner reaktionären Taten".

-0-0-0-

DIE NEUE FRANZÖSISCHE REGIERUNG.  
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Wenn man die Dinge nur oberflächlich betrachtet, könnte es scheinen, als sei die seit geraumer Zeit andauernde Rechtsentwicklung der Regierungspolitik nunmehr zum Stillstand gekommen, als hätten wir jetzt eine Regierung, die linker sei als die vorhergehende. Es wäre durchaus falsch, wenn die Arbeiterschaft sich von oberflächlichen Eindrücken dieser Art leiten liesse und sich der Illusion hingäbe, als sei die Ersetzung der reinradikalen Regierung Chautemps durch eine "Volksfrontregierung unter sozialistischer Führung" eine Schlappe der kapitalistischen Reaktion. Erstens hat auch die bisherige Erfahrung der französischen Volksfrontpolitik den alten Satz bestätigt, dass im Rahmen einer Koalition mit der Bourgeoisie kein Unterschied zwischen der Tätigkeit der bürgerlichen und der "sozialistischen" Minister dieser Koalition besteht. Zweitens ist die zweite Regierung Blum lediglich ihrer personellen Zusammensetzung nach linker als die vorhergehende Regierung Chautemps, ihrem politischen Programm nach steht sie rechts von dieser. Die neue Regierung Blum ist weiter nichts als die Platzhalterin der "union nationale" und gibt das

offen zu. Der Streit darüber, ob das Volksfrontprogramm durchgeführt oder nach wie vor auf das Eis der "Pause" gelegt werden soll, ob es ergänzt oder verwässert werden soll, ist erledigt. Das Programm der neuen Regierung Blum ist weder ein ergänztes noch ein beschnittenes Volksfrontprogramm. Es ist das Programm des Burgfriedens, der "union sacrée" mit der äussersten Reaktion, der imperialistischen Kriegsvorbereitung unter dem Kommando des Grosskapitals und des Generalstabs und auf Kosten der Lebenshaltung und der Rechte der werktätigen Massen.

Wie schon bei dem vorletzten Regierungswechsel, so provozierten Chauvets und die anderen radikalen Führer auch diesmal eine Kabinettskrise, um eine Erweiterung der Regierung nach rechts durchzusetzen und, wenn möglich, die KP aus der Regierungsmehrheit hinauszubugsiieren. Blum wurde mit der Regierungsbildung betraut, und es begann ein diplomatischer Notenwechsel zwischen ihm und der radikalen Partei über das zukünftige Regierungsprogramm und die Frage einer möglichen Beteiligung der KP an der Regierung, welche letztere Frage nur angeschnitten wurde, weil SFIO und Radikale sich gegenseitig die Verantwortung für die Ablehnung einer Volksfrontregierung mit Teilnahme der KPF, bzw. für den eventuellen Hinauswurf der KP aus der Regierungsmehrheit zuschieben wollten. Da erfolgte der Gewaltstreich der Nazis gegen Österreich. Angesichts der Zuspitzung der ausserpolitischen Situation erhielt für die Bourgeoisie das Problem der Kriegsbereitschaft des französischen Imperialismus unmittelbar aktuelle Bedeutung. Das wirkte sich auch auf die Verhandlungen über die Regierungsbildung aus, und zwar in dem Sinne, dass nunmehr ganz offen die Frage der Hineinnahme nicht nur eines Teiles, sondern der Gesamtheit der Rechtsparteien in die Regierung gestellt wurde. Blum schlug eine "union sacrée", eine Burgfriedensregierung von Thorez bis Marin vor. Bei der vorigen Regierungskrise wollte Blum, als er eine Erweiterung der Volksfront vorschlug, nur bis Paul Reynaud gehen, weil er immerhin nicht die innige Verquickung der Partei Louis Marins mit den faschistischen Organisationen leugnen konnte. Diesmal war Blum bereit, auch Marin u. die Seinen als "Verteidiger der republikanischen Freiheiten" gegen den Faschismus anzusprechen. Nach der neuesten Definition ist offenbar nur derjenige Faschist, der ausschliesslich von Mussolini und Hitler finanziert wird. Diejenigen Faschisten aber, die sich in erster Linie vom französischen Grosskapital aushalten lassen, sind nach Blum erwünschte Bundesgenossen im Kampfe zur "Verteidigung der demokratischen Freiheiten".

Den Zweck der "union sacrée" hat Blum in seiner Rede, die er vor den Vertretern der Rechtsparteien während der Regierungskrise hielt, angedeutet. Sie soll die Umstellung der gesamten Wirtschaft auf die Kriegsvorbereitung in die Wege leiten, sie soll bewirken, dass die Arbeiterschaft in den Rüstungsbetrieben, d.h. in den wichtigsten kapitalistischen Industrien, bereits jetzt, schon vor dem Kriegsausbruch, immer mehr einer militärischen Disziplin unterworfen wird, dass sie im Kriegsfall gehorsames Kanonenfutter in den Händen des Imperialismus und seiner Generale ist.

Die Führung der KPF sprach sich sofort für die von Blum befürwortete Burgfriedenskombination aus. Dasselbe tat die Führung der CGT. Die Führer der grossen Arbeiterorganisationen sind also bereit, vorsorglich schon vor dem Kriegsausbruch den Burgfrieden zu schliessen und den Generalstab zum obersten Schiedsrichter über die Geschicke Frankreichs zu ernennen, denn die "union sacrée" bedeutet nichts anderes. Wir vermerken mit Genugtuung, dass die "Revolutionäre Linke" der SFIO und unter ihrem Einfluss die Seinerföderation dieser Partei sich entschieden gegen jede Form der "union sacrée" ausgesprochen haben. Dagegen haben Zyromski und seine Freunde auf dem Nationalrat der SFIO für Blum und den Burgfrieden gestimmt und damit gezeigt, wie wenig ihre radikalen Redensarten wert sind. Es ist notwendig, dass die "Revolutionäre Linke" alle Konsequenzen aus ihrer Ablehnung der "union sacrée" zieht, wenn sie will, dass diese Ablehnung sich erfolgreich auswirkt.

Die Burgfriedensregierung ist diesmal nicht zustande gekommen, weil die Rechtsparteien sie ablehnten. Wenn die Führer der SFIO und der KPF sich jetzt in Deklamationen über den mangelnden Patriotismus der Reaktion, er-



gehen, so machen sie sich nur lächerlich und schreien nur ihre eigene Schande ins Land. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass die in den Rechtsparteien versammelten Vertreter des Grosskapitals ihre Ansprüche und Forderungen erhöhen, je mehr die Führer der grossen Arbeiterorganisationen die Interessen des Proletariats preisgeben.

Für die französische Arbeiterklasse heisst es, Selbstmord aus Angst vor dem Tode zu begehen, wenn sie sich einreden lässt, der Burgfrieden sei das Mittel, um der internationalen Ausbreitung des Faschismus entgegenzuwirken. Der Burgfrieden - das ist die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, die Erhebung des Generalstabs zum obersten Faktor in der Politik des Landes; die parlamentarische "union sacrée" ist die Fassade, hinter der eine tatsächliche Militärdiktatur aufgebaut werden kann und aufgebaut werden wird. Wir wissen, welches die traditionelle Rolle der führenden Kreise der französischen Armee ist, sobald sie anfangen, unmittelbar in die Politik einzugreifen. In der Dritten Republik waren die Spitzen der Armee stets das Zentrum der Bestrebungen nach "autoritären" Regierungsformen. Der Boulangerismus kam aus der Armee, und auch die Dreyfussaffaire drehte sich um die antidemokratischen Tendenzen der hohen Militärs. In der allerletzten Zeit aber sahen wir anlässlich der Aufdeckung der Verschwörung des O.S.A.R., wie zahlreich die Fäden sind, die die faschistischen Banden mit hohen militärischen Kreisen verbinden. Man kann schon heute sagen, dass, wenn es in Frankreich zu einer faschistischen Diktatur kommt, in ihr entsprechend den Traditionen der französischen Reaktion die Armee eine sichtbare Rolle spielen wird als z.B. in Deutschland und Italien. Die Politik der "union sacrée" bedeutet also nichts weiter, als dass unter dem Vorwand des Kampfes gegen den auswärtigen Faschismus dem Vormarsch des Faschismus in Frankreich selbst Tür und Tor geöffnet werden.

-o-o-o-

Die Haltung der Seine-Föderation der SFIO.

oo

Am Montag, den 14. März hielt der Föderationsrat der Seine-Föderation der SFIO eine

ausserordentliche Sitzung ab, um zu den Entscheidungen des Nationalrats der SFIO Stellung zu nehmen. Nach der Bestätigung des Büros der Seine-Föderation, an dessen Spitze jetzt Marceau Pivert als politischer Sekretär steht, entwickelte sich eine Debatte über die Beschlüsse des Nationalrats der SFIO.

Marceau Pivert unterbreitete folgende Resolution:

"Unbeirrbar den Prinzipien des Klassenkampfes anhängend, wie sie in der grundlegenden Charta der sozialistischen Partei niedergelegt sind, verwirft die Seine-Föderation die "union nationale", gleichgültig in welcher Form und welcher Begründung sich sie auch stellt;

sie fordert die Einberufung eines ausserordentlichen Nationalrats, um die Stellung der Partei über die Möglichkeit ihrer Zugehörigkeit zur "union nationale" zu bestimmen;

sie erklärt, dass allein der Kampf gegen unseren eigenen Kapitalismus mittels der Aktion der Volksmassen einen wirksamen Damm gegen den internationalen Faschismus und den Krieg errichten kann".

Zyromski vertrat die Thesen der Nationalratsmehrheit und legte eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor.

Die Abstimmung ergab 7 017 Mandate für die Resolution Pivert, 6 379 für die Resolution Zyromski und 123 Enthaltungen.

Gewisse Mitglieder der Minderheit haben die Absicht gegen dieses Votum vor dem Föderationskongress Einspruch zu erheben. Angeblich wären die Delegierten nicht genügend informiert gewesen und mit keinem klaren Mandat durch die Sektionen ausgerüstet gewesen. Für die Entscheidung des Nationalrats werden solche Bedenken selbstverständlich nicht geltend gemacht. Es ist zu erwarten, dass die Fraktion Blum-Faurc-Zyromski, sekundiert von der KPF und der gesamten bürgerlichen Presse einen Entrüstungsturm gegen H.

Pivert und seine Freunde organisieren werden.

In dieser Hinsicht verdient eine Mitteilung des "Nouvel Age" erwähnt zu werden, die aus gut informierten Kreisen wissen will, dass man jede revolutionäre Opposition in Frankreich liquidieren will, darunter besonders die "revolutionäre Linke". Dies soll so vorbereitet werden, dass man verschiedene Gruppen in verschiedene Affairen "der Übereinstimmung mit dem Feinde" hineinziehen will - offenbar nach dem Vorbild der Stalinschen Methoden gegenüber der POUM in Spanien - wofür bereits seit langem die Vorbereitungen getroffen seien.

Es bleibt nur die Frage offen, ob die Arbeiter auf diese raffinierten Manöver hereinfliegen.

Nach dem Moskauer Prozess.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Stalin hat die Angeklagten des letzten Moskauer Prozesses mit Ausnahme des 65 jährigen Rakowski, des über 70 Jahre alten Arztes Plot

new und des im Prozess zur Belastung von Krestinski und Trotzki verwendeten Bessonow hinmorden lassen. Bereits werden drei neue Prozesse angekündigt, darunter gegen 8 frühere Volkskommissare der Sowjetunion, gegen eine Reihe hoher Militärs usw. Der wahnsinnige Terror der Stalin und Jeschow rast weiter, und das heisst auch, dass die Desorganisation der Roten Armee und der Sowjetwirtschaft durch diesen Terror weitergeht.

Es ist schwer, den Schaden zu ermessen, den der letzte Prozess der Id des Kommunismus und der Weltstellung der SU zugefügt hat. Das Organ der KPD, die "Deutsche Volkszeitung", brachte vorige Woche einen Artikel über den Moskauer Prozess, den sie mit der triumphierenden Überschrift versah "Hitler hat eine Schlacht verloren". Aber auch die Stalinschen Lügen haben kurze Beine, und der betreffende Artikel hatte gerade das Licht der Welt erblickt, als Hitler Österreich an sich riss. In Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt, wie das die Lobredner der Stalinschen Verbrechen in der Presse der KI darstellen. Wenn heute Hitler sich Derartiges leisten kann, wenn die österreichische Arbeiterschaft dem Morden der Nazibanden ausgeliefert ist, dann hat dazu auch der Terror, mit dem Stalin in der SU die alte bolschewistische Garde verfolgt und die Macht der SU schwächt, seinen Teil beigetragen. Hitler wird immer froher, je weniger die SU dank der Stalinschen Politik von den bürgerlichen Regierungen als weltpolitischer Machtfaktor in Rechnung gestellt und von den Massen der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern als Rückhalt u. Hoffnung betrachtet wird.

In der nächsten Nummer der "Arbeiterpolitik" werden wir an Hand der ausführlichen Prozessberichte noch auf einige Einzelheiten der Verhandlungen des Moskauer Prozesses eingehen.

Negrin verweigert die Amnestie.  
oooooooooooooooooooooooooooo

In einem im "Libertaire" veröffentlichten Protest, der von Georges Pioch, Marceau Pivert u.a. gezeichnet ist, teilt die

kürzlich gewählte Spaniendelegation mit, dass ihr die Einreiseerlaubnis nach Spanien verweigert worden sei. Im Aufruf wird erklärt, dass die Delegation - auf einen Appell der "Solidarité Internationale Antifasciste" hin - in einem Pariser Meeting von 12 000 Besuchern gewählt worden sei. Sie war von dem einmütigen Bestreben geleitet, der Regierung Negrin eine "breite Amnestie für die antifaschistischen Gefangenen" vorzuschlagen, "die alle von der ersten Stunde an, für ein freies Spanien gekämpft haben". Der spanische Botschafter in Paris, bei dem die Delegation vorsprach, erklärte ihr, dass sie von seiner Regierung feierlich empfangen werden würde; es war bereits ein Meeting in Barcelona organisiert worden, und die spanischen Zeitungen kündigten schon die Ankunft der Delegation an. Während also die Negrin-Regierung und ihr Pariser Botschafter angeblich der Delegation nichts in den Weg legen wollten, verweigerte im letzten Moment der spanische Konsul in Paris das Visum. "Auf welchen Einfluss hin? wird im Aufruf gefragt. Wir wissen nicht, ob die spanische KP, angeregt durch den Moskauer Prozess, auf Negrin einen entsprechenden Druck in dieser Angelegenheit ausgeübt hat. Möglich ist das schon. Die Verweigerung der Einreiseerlaubnis für die Delegation ist jedenfalls mit einer Verweigerung der Amnestie der antifaschistischen Gefangenen identisch. Dies in einem Augenblick, wo die Geschlossenheit und Einheit der Arbeiter das dringendste Gebot der Stunde ist.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.



# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 13/V. Jahrgang.

Vierte Märzwoche 1938.

## DIE BURGRIEDENSAPOSTEL AN DER ARBEIT. oo

Der "Populaire" vom 24. März teilt in seinem Leitartikel mit, dass die Faschisten eine Neuauflage des 6. Februar 1934 planen. Wie damals, so sollen auch heute die Frontkämpferorganisationen die Massenbasis für den beabsichtigten faschistischen Handstreich abgeben. Der "Populaire" schreibt über die Pläne der faschistischen Drahtzieher:

"Ihren Projekten zufolge handelt es sich um ein ausserparlamentarisches Kabinett, das aus Persönlichkeiten zusammengesetzt werden soll, die "über den Parteien stehen". Das Parlament soll in Ferien geschickt werden. Die Parteien sollen "aufgehoben" werden."

Aus begreiflichen Gründen geht der "Populaire" nicht weiter auf die grosskapitalistischen Bestrebungen zur Errichtung einer reaktionären Diktatur ein, die unter dem Namen einer "Regierung der Öffentlichen Wohlfahrt" segeln soll. Es ist klar, dass das, was die Reaktion beabsichtigt, eine Militärdiktatur ist. Der "Populaire" erwähnt diese Seite der faschistischen Pläne nicht, weil er dann ja zugeben müsste, dass sie durch seine Aufrüstungspropaganda direkt gefördert werden.

Der Alarmruf, den der "Populaire" jetzt ausstösst, ist der eklatante Beweis für den völligen Bankrott der Volksfrontpolitik. Dank der Volksfrontpolitik stehen wir vor der Gefahr eines neuen, vergrösserten 6. Februar. Und der "Populaire" u. die anderen Sprachrohre der Volksfrontpolitik wissen sich in der heutigen Situation keinen anderen Rat, als die Drahtzieher, Hintermänner u. politischen Freunde des Faschismus händeringend anzuflehen, sie möchten doch gefälligst ihren Platz in einer Regierung der "Union nationale" einnehmen.

Die Volksfront, die als das Patentmittel zur Verhinderung des Faschismus angepriesen wurde, hat sich in der Praxis als eine Förderung des Faschismus ausgewirkt. Die Volksfrontpolitik hat die spontane Massenbewegung, die nach dem 6. Februar 1934 dem Faschismus entgegentrat, zersetzt und abgewürgt. Sie hat es den Kräften des Faschismus gestattet, sich wieder zu sammeln, sich zu neuen verstärkten Vorstössen vorzubereiten. Die jüngste Phase der Volksfrontpolitik, in der sie in den Dienst der Burgfriedenspolitik gestellt wird, findet in der Geschichte wenig Vorbilder, was den zynischen Bruch der den Massen gemachten Versprechungen u. die Rücksichtslosigkeit, mit der hier die Interessen der Werktätigen verraten werden, anbelangt.

Die französische Bourgeoisie befindet sich jetzt in einer Situation, die vom Standpunkt der Ausbeuterinteressen sicher beneidenswert ist. Die grossen Arbeiterorganisationen laufen den Kapitalisten nach u. tun so, als ob es die Aufgabe der Arbeiterschaft wäre, dem Klassenfeind sein eigenes Programm, das Programm des Grosskapitals aufzuzwingen. Diejenigen, die versprochen hatten, gegen die "200 Familien" zu kämpfen, flehen jetzt die Trustmagnaten an, gnädigerweise einem Burgfriedenspakt zuzustimmen. Aus dem Kampf gegen den Faschismus, der als Hauptaufgabe der Volksfront bezeichnet wurde, ist ein Bündnisangebot an die Partei Louis Marins geworden. Arm in

Arm. mit Taittinger, Henriot und Ähnlichen, der Marla-Partei angehörenden Säulen des französischen Faschismus wollen die Blum u. Thorez die demokratischen Freiheiten "verteidigen". Liest man den "Populaire" u. die "Humanité", so hat man den Eindruck, als sei es die Aufgabe der Arbeiterklasse, unter der Losung "Wir wollen möglichst viele Reaktionäre in der Regierung" zu kämpfen. Der tschechische Schriftsteller Jaroslav Hasek erfand in satirischer Absicht eine Partei, die die Forderung "grössere Strenge gegenüber den armen Leuten" propagiert. Die blutige Ironie der Hasekschen Satire wird durch die heutige französische Wirklichkeit weit übertroffen. Einst hiess es, dass die Reichen zahlen sollen. Die Praxis der Volksfrontpolitik, besonders in ihrer jüngsten Phase, steht aber im Zeichen der Losung "Faites profiter les riches". Es genügt noch nicht, dass die neue Fassung des Zwangsschlichtungsgesetzes faktisch eine Anpassung der Löhne an die Teuerung verhindert u. dadurch den weiteren Rückgang der Reallohne begünstigt. Die Führer der CGT, der SFIO u. der KPF erklären sich feierlich bereit, an der Vermehrung u. Beschleunigung der Rüstungsproduktion mitzuwirken u. zu diesem Zwecke die nötigen Opfer zu bringen. Schon heute ist der entscheidende Teil der Grossindustrie mit Aufträgen beschäftigt, die in der einen oder anderen Weise der Aufrüstung dienen, und der Anteil der Rüstungen an der Gesamtproduktion der Industrie wird noch zunehmen. Die Bereitschaft der Führer der grossen Arbeiterorganisationen, Opfer zum Besten der Aufrüstung zu bringen, bedeutet die Bereitschaft, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, eine Verlängerung der Arbeitszeit in dem entscheidenden Teil der französischen Industrie hinzunehmen. Wenn es dem Grosskapital gelingt, die Geltung der 40-Stundenwoche u. der anderen Sozialgesetze für die Rüstungsindustrie aufzuheben, dann wird die übrige Industrie bald folgen. Man lasse sich ja nicht durch die Versprechungen der Vertreter des Patronats, dass sie die Sozialgesetze einhalten würden, täuschen. Die Vertreter des Patronats haben sich seit 1936 wiederholt verpflichtet und nie daran gedacht, ihre Versprechungen zu halten. Sie werden das erst recht nicht tun, wenn die Führer der grossen Arbeiterorganisationen ihnen von vornherein zu verstehen geben, dass sie bereit sind, die Bestimmungen über die 40-Stundenwoche usw. zu durchlöchern. Es ist kein Wunder, dass der Appetit des Grosskapitals umso mehr wächst, je mehr die Führer der SFIO, der CGT u. der KPF bemüht sind, ihm die fetten Bissen direkt in den Mund zu schieben. Und die soziale Demagogie der Faschisten kann keine besseren Betätigungsmöglichkeiten finden als die, die ihr dadurch eingeräumt werden, dass die Führungen der grossen Arbeiterorganisationen zynisch die Interessen der Arbeiter denen der Unternehmer zum Opfer bringen.

Die Propaganda für die "union nationale" im Zeichen der Aufrüstung und für die Aufrüstung im Zeichen der "union nationale" läuft letzten Endes auf die Forderung hinaus, dass das ganze Volk sich bedingungslos den Wünschen u. Forderungen des Generalstabs unterzuordnen habe. Das Gesetz über die Organisation der Nation im Kriegsfall, für das sich SFIO und KPF jetzt einsetzen, ist weiter nichts als die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Errichtung einer unbeschränkten Militärdiktatur. Ist es ein Wunder, wenn angesichts dieser Haltung der SFIO und der KPF das Grosskapital dazu ermutigt wird, nicht erst bis zum Kriege mit der Errichtung einer "totalitären Militärdiktatur" zu warten, sondern das schon vorher zu versuchen? Und es ist auch klar, dass die faschistischen Tendenzen des Grosskapitals, die Tendenzen zur Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen dadurch gestärkt werden, dass die grossen Arbeiterorganisationen von ihren Führern systematisch als ohnmächtige Werkzeuge einer kapitalfreundlichen Politik benutzt werden.

Das Grosskapital hat es noch leichter, die zweite Regierung Blum mit seiner beliebten Methode der finanziellen Erpressung unter Druck zu halten als die bisherigen Volksfrontregierungen. Diese Regierung, die ja nur darauf wartet, von einem Kabinett der "union nationale" abgelöst zu werden, wird es erst recht nicht wagen, den Geldschränken der Trusts näher zu treten u. ist erst recht auf die Gnade der Grossbanken angewiesen. Die Banken haben Blum zu verstehen gegeben, dass er auf keine Anleihe rechnen könne. Die Regierung schafft sich Geld, indem sie erstens einen Vorschuss bei der Bank von Frankreich aufnimmt u. zweitens dem Währungsausgleichsfonds einige Milliarden für die neugeschaffene Rüstungskasse abknöpft. Der Vorschuss bei der Bank von Frankreich bedeutet, dass die Notenpresse zur Finanzierung



der Staatskasse in Bewegung gesetzt wird u. die Beanspruchung des Währungs- ausgleichsfonds heisst, dass Geldsummen, die zur Stützung des Frankenkurses bestimmt waren, für die Zwecke der Aufrüstung verpulvert werden. Die Inflation geht also weiter. Der Frankenkurs wird weiter in die Tiefe rutschen. Die Preise werden noch steigen, die Reallohne weiter fallen. Der Senat will der Regierung ihre Finanzforderungen nur zum Teil bewilligen, ihr nur gerade das geben, was sie für die allernächsten Wochen braucht. Das Grosskapital sorgt dafür, dass die Regierung auf dem Trockenen sitzt, wenn die von den Faschisten für die Neuaufgabe des 6. Februar geplanten "Frontkämpfer"-Demonstrationen etc. in Gang sind.

Die schamlose Burgfriedenspolitik der SFIO und der KPF wird von den Blum und Thorez mit dem Hinweis auf die von Hitler ausgehende Gefahr begründet. Gegenüber diesen Argumenten ist es ganz nützlich zu erinnern, wie die ausserpolitische Stellungnahme der deutschen Arbeiterparteien die Errichtung der Nazidiktatur erleichtert hat. Die deutsche Sozialdemokratie verteidigte die imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie unter dem Vorwand des Kampfes gegen die im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommende Unterdrückung Deutschlands durch den Imperialismus Frankreichs und Englands. Die KPD versuchte die Nazis in bezug auf Nationalismus zu übertreffen und stellte die Sache so dar, als sei der Versailler Vertrag die alleinige Ursache des Elends der werktätigen Deutschlands u. als sei die Ausbeutung durch die deutschen Kapitalisten im Vergleich dazu ziemlich nebensächlich. Ganz so wie die KPF ihre Propaganda heute auf den Nachweis konzentriert, dass es der französischen Bourgeoisie an Patriotismus fehle, klagte auch die KPD die deutsche Bourgeoisie an, sie wolle nicht gegen den Versailler Frieden kämpfen. Mit ihren chauvinistischen Parolen bahnten die deutschen sozialdemokratischen und kommunistischen Führer Hitler den Weg zur Macht. Ebenso ist die Burgfriedenspolitik, die die Blum und Thorez unter dem Vorwand des Kampfes gegen den deutschen Faschismus betreiben, alles andere als wirklich antifaschistisch. Sie ist vielmehr direkte Vorarbeit für die Errichtung einer faschistischen Diktatur (oder einen "totalitären" Militärdiktatur, was für die Arbeiterklasse kein Unterschied ist) in Frankreich selbst.

In einer Rede, die Thorez vor kurzem in der Mutualité hielt, gipfelte seine "antifaschistische" Weisheit in der Aufzählung der Quellen, die den demokratischen Imperialisten zur Beschaffung von Rohstoffen u. Rekruten für ihre Aufrüstung zur Verfügung stehen.

Nach der KPF hat die französische Arbeiterklasse nur die Wahl, entweder die Flandrische Politik der Verständigung mit Hitler und Mussolini zu unterstützen oder sich darauf vorzubereiten, zur Wahrung der imperialistischen Interessen der französischen Bourgeoisie Krieg zu führen. Die Arbeiter hätten also nur die Wahl zwischen Hitler und der "totalen" Militärdiktatur, die eine unvermeidliche Begleiterscheinung jedes unter der Herrschaft der französischen Bourgeoisie geführten Krieges sein wird. In Wirklichkeit lautet die Alternative, vor der das französische Proletariat steht, ganz anders, nämlich ob es eine selbständige und unabhängige Klassenpolitik betreiben oder ob es sich zum Anhängsel der imperialistischen Politik seiner Bourgeoisie machen soll. Tut es das Letztere, stellt es sich in den Dienst des französischen Imperialismus, dann kann es auch nicht dessen eventuelle Versuche zu einer Verständigung mit Hitler und Mussolini vereiteln; so hinderte und hindert z. B. Beispiel die imperialistische Volksfrontpolitik jeden wirklichen Kampf gegen die schändliche Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien. Eine revolutionäre Politik der französischen Arbeiter würde die revolutionären Kräfte in Deutschland und Italien fördern und stärken.

Damit die von den faschistischen Diktaturen ausgehende Kriegsgefahr endgültig beseitigt werden kann, ist der Sturz Hitlers und Mussolinis durch die deutsche und die italienische Revolution notwendig.

-o-

An die Rezipienten der "Arbeiterpolitik". Wir ermahnen nochmals um sofortige Abrechnung aller rückständigen Abonnementsbeträge an Emile Hirtzel, 18, rue des Foulons, Strasbourg-Montagne-Verte.

Brief aus der Tschechoslowakei:ZUR LAGE IN DER CSR.  
oooooooooooooooooooooooooooo

Die CSR steht zur Zeit im Mittelpunkt des weltpolitischen Interesses. Die Annektion Österreichs durch Hitlerdeutschland hat für die CSR eine sehr ernste aussen- u. innenpolitische Situation geschaffen. Dieser Nationalitätenstaat ist im 20. Jahr seines Bestehens ernstlich um seine staatliche Selbständigkeit besorgt.

Die sudetendeutsche Frage steht im Vordergrund des Interesses der europäischen Politik, sie ist die Frage, die für den Hitlerfaschismus der Vorwand sein wird, sich in die inneren Verhältnisse der CSR einzumischen; eine Einmischung, die die zwangsläufige Folge für die Durchsetzung der imperialistischen Ziele Hitlerdeutschlands sein wird. Für Hitler geht es nicht um die angebliche Befreiung der unterdrückten sudetendeutschen Minderheit, sondern Hitler muss, wenn er seinen imperialistischen Plan verwirklichen will, eine offene Strasse über den Balkan nach Bagdad zu schaffen, die tschechoslowakische Barriere aus dem Weg räumen. Damit wird aber auch die sudetendeutsche Frage zur Kernfrage für die Politik der Tschechoslowakei.

Die offizielle tschechoslowakische Politik vertritt zwei Linien, die aber nicht in Gegensatz zueinander stehen: (1) der Wille der tschechischen Bourgeoisie, sich mit Hitlerdeutschland zu verständigen und (2) die Bereitschaft, für die staatliche Selbständigkeit zu kämpfen. Es sind bereits ernste u. sichtbare Bemühungen vorhanden, eine Verständigung auf berchtsgadener Grundlage zwischen Deutschland und der CSR herbeizuführen. Darüber hinaus bringt ein Teil der ernstzunehmenden tschechischen Presse bereits zum Ausdruck, dass, wenn die CSR weiter von England und damit Frankreich u. der SU im Stich gelassen wird, sie gezwungen sei, ihre gesamte auswärtige Politik von Grund aus zu überprüfen. Dieser Teil der Bourgeoisie will also letzten Endes eine Hegemonie des Hitlerimperialismus über die CSR in Kauf nehmen. Das würde praktisch die CSR zu einem Vasallen Hitlers machen, aber bestimmt nicht die CSR in ihrem heutigen Bestande. Es ist noch nicht ganz klar, ob dieser Teil der Bourgeoisie diesen Plan ernstlich verfolgt, oder die Dinge nur ausspricht, um einen Druck auf Frankreich u. England auszuüben. In der konkreten Situation kann die CSR die alte sozialdemokratische Forderung der sudetendeutschen Autonomie, die jetzt von ihr nicht mehr vertreten wird, aber umso aggressiver von der sudetendeutschen Partei Herleins erstrebt wird, nicht erfüllen. Die Bewilligung einer sudetendeutschen Autonomie wäre der erste offene Schritt zum Auseinanderfallen der CSR, es wäre der Anfang vom Ende des "tschechoslowakischen Nationalstaates".

Durch die Annektion Österreichs teilt jetzt die CSR die Hälfte ihrer Grenzen mit Hitlerdeutschland. Das militärische Aufmarschgebiet Hitlerdeutschlands ist jetzt nicht mehr bloss Schlesien, Sachsen und Bayern, sondern auch Österreich, und nicht von ungefähr errichtet Hitler in Wien eine äusserst starke Flugzeugbasis. Die militärstrategische Lage hat sich für die CSR kolossal verachlehtert, aber trotzdem ist damit zu rechnen, dass im Ernstfall die CSR kämpfen wird.

Die Veränderung der europäischen Landkarte, die durch die Annektion Österreichs erfolgt ist, hat starke wirtschaftliche und handelspolitische Auswirkungen für die CSR. Ganz abgesehen davon, dass durch die Stärkung des deutschen Einflusses in Mitteleuropa die wirtschaftlichen Interessen der CSR auf die Balkanländer aufs ernsteste gefährdet und berührt werden, verliert die CSR durch den Wegfall Österreichs als selbständigen Staat einen für die tschechoslowakische Wirtschaft bedeutenden Kunden. Die CSR hatte bisher eine aktive Handelsbilanz gegenüber Österreich. Es ist ganz klar, dass der österreichische Konsument in Zukunft die bisher aus der CSR bezogenen Waren zum grössten Teil aus dem bisherigen Deutschland beziehen wird. Bereits jetzt sind schon ernste Störungen im Warenverkehr zwischen der CSR und dem alten Österreich eingetreten. In wirtschaftlicher Beziehung wird also die unmittelbare Auswirkung der Annektion Österreichs die sein, dass die Wirtschaftskrise in der CSR sich weiter verschlechtert und die Arbeitslosigkeit steigen wird.



Wie ist die politische Situation in der CSR?

Im sudetendeutschen Gebiet hat der Henleinfaschismus durch die letzten Ereignisse einen kolossalen Auftrieb bekommen. Die Flüsterpropaganda bringt zum Ausdruck, dass in wenigen Monaten die Sudeten zu Deutschland fallen werden. Die Sudetendeutsche Partei Henleins betreibt jetzt eine offen irredentistische Politik. Sie nützt die Gunst des Augenblicks aus und führt überall grosse Versammlungen und Demonstrationen durch, die im Gegensatz zu denen der Arbeiterorganisationen einen Riesenbesuch aufweisen. Die Henleinanhänger, und das ist die grosse Masse der Bevölkerung im sudetendeutschen Gebiet, sind durch die Ereignisse in Österreich so ermutigt, dass ihr Glaube an Hitler grenzenlos geworden ist. Hinzu kommt, dass die tschechoslowakischen Behörden sich im Gegensatz zu früher augenblicklich sehr reserviert verhalten. Sicher will die Prager Regierung durch dieses momentane loyale Verhalten keinen Anlass zu Beschwerden Hitlers geben. Diese Taktik fand dieser Tage auch im Senat bei einer Rede des Henleinsenators Ennhuber ihren Ausdruck. Sie ist aber z.T. durch direkte Interventionen Deutschlands bewirkt. So ist auch bekannt geworden, dass die verstärkte Zensur, die gegen die Linkspresse ausgeübt wird, zum Teil auf direkte Intervention des deutschen Gesandten erfolgt.

Gleichzeitig wächst der Naziterror in den Betrieben. Aber auch ein Teil der sudetendeutschen Unternehmer stellt sich offen in den Dienst der Hitlerpropaganda. So hat der Konkordiaschacht in Neusattl Feierschichten mit der Begründung eingelegt, dass die CSR keinen brauchbaren Handelsvertrag mit Deutschland habe und dass die Folge davon die Entlassung von Arbeitern ist.

Die Henleinpartei hat eine Schwenkung ihrer Politik vollzogen. Während sie bisher ständig Loyalitätserklärungen für die CSR abgegeben hat, verzichtet sie jetzt auf solche Erklärungen und sagt offen, was ihr wirkliches Ziel ist. So ist der Stellvertreter des Führers Henlein, der Abgeordnete Frank, bei der Abgabe einer offiziellen Erklärung im Parlament mit dem Hitlergruss aufgetreten. Frank stellte fest, dass der Staat die gerechten Lebensforderungen des Sudetendeutschtums nicht erfüllt, dass die nationalpolitischen Verhältnisse immer unhaltbarer u. gespannter werden u. dass der Zeitpunkt gekommen sei, wo die CSR aus freien Stücken einen Zustand schaffen müsse, der keinen Anlass zu berechtigten Beschwerden gibt. Wörtlich sagte er zum Schluss: "Andererseits erklären wir feierlich, dass wir uns weder mit dem Ziele des tschechoslowakischen Nationalstaates abfinden, noch mit dem Schein des 18. Februars 1937 begnügen, sondern in erhöhtem Masse um unsere politischen Rechte, unsere kulturelle Freiheit und wirtschaftliche Sicherung zu kämpfen gezwungen u. entschlossen sind". Der Henleinsenator Ennhuber hat im Senat noch viel offener gesprochen.

Die Erklärungen der Henleinpartei lassen keinen Zweifel daran übrig, dass diese stärkste Partei des Staates bereit ist, ihre Kräfte nur in dem Falle zur Verfügung zu stellen, wenn ihr die Autonomie gegeben und die CSR ihre Freundschaftsverträge mit Frankreich und der SU aufgibt, und wenn, wie Ennhuber sich ausdrückte, eine Aussenpolitik im Sinne der Verträglichkeit "mit unserem nächsten stärksten Nachbarn" betrieben wird.

Ein guter Gradmesser für die Stimmung im sudetendeutschen Gebiet, aber auch für die Perspektive der Henleinleute u. damit Hitlers ist ein bedeutsamer Beschluss, den die Henleinpartei gefasst hat. Nach diesem Beschluss werden Mitglieder in die Henleinpartei nur noch bis zum 1.6. aufgenommen. Diese Mitgliedersperrre gibt also allen die Möglichkeit, jetzt noch die Gelegenheit wahrzunehmen, um ein alter Kämpfer zu werden. Wer nach dem 1.6. kommt, wird sicher ein Juli- oder Augustgefallener sein. Dieser Beschluss hat die allerstärkste Auswirkung im sudetendeutschen Gebiet. Hatte bereits die Annektierung Österreichs der Henleinpartei einen starken Zulauf gebracht, so tut dieser Beschluss sein übriges. In vielen Orten ist es bereits zu Austritten von führenden Funktionären aus den Organisationen der Regierungsparteien und zu Mandatsniederlegungen in den kommunalen Parlamenten gekommen. Das ist vor allen bei den kleinen Parteien der Fall. Die deutsch-demokratische Freiheitspartei verliert ihre bedeutendsten Vertreter, die zu Henlein übergewechselt sind. Ortsgruppen der Deutschen Ge-

Gewerbetypen haben sich aufgelöst, amtierende Gemeindevorsteher dieser Partei sind zu Henlein Übergewechselt u. inzwischen ist die gesamte Partei in der Henleinpartei aufgegangen.

#### Das aktivistische Lager zerfällt.

Im sudetendeutschen Gebiet hatten sich die deutschen Regierungsparteien, also die Deutschen Sozialdemokraten, der Bund der Landwirte, die Gewerbetypen und die Christlich-Sozialen zu einer aktivistischen Zentralstelle vereinigt. Diese Politik wurde in letzter Zeit auch mehr oder weniger offen von der KP unterstützt, bezw. toleriert. Der Bund der Landwirte ist aus dem aktivistischen Lager ausgetreten und hat eine Erklärung abgegeben in der gesagt wird, dass die Partei "in dieser Stunde, die auch von ihr als eine entscheidende Schicksalswende in der Geschichte des deutschen Volkes erkannt u. begrüßt wird, die Ansprüche des Sudetendeutschums an den Staat felerlich und entschieden betone". Der Vertreter des BdL in der Regierung, der Minister Spina, hat seinen Rücktritt erklärt und der EdL ist bereits in der Henleinpartei aufgegangen.

Eine ähnliche Entwicklung macht auch die Christlich-Soziale Partei durch. Nachdem der bekannte christlich-soziale Politiker Hilgenrainer eine ausgesprochene völkische Politik gefordert hat, hat die Partei inzwischen ihren Vertreter aus der Regierung zurückgezogen und sich in die Opposition begeben, ohne allerdings völlig in der Henleinpartei aufzugehen.

Auch durch das Lager der deutschen Sozialdemokratie geht ein tiefer Riss. Der bekannte jungaktivistische Abgeordnete Jaksch, der der 2. Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratie ist, treibt eine völkisch orientierte Politik. Auf der verflorenen Reichskonferenz dieser Partei verlangte Jaksch den Rücktritt Cech's als Parteivorsitzender u. die Niederlegung seiner Ministerfunktion, sowie die Übernahme dieser Funktion durch Jaksch selbst. Jaksch hat darauf seine sämtlichen Funktionen in der Sozialdemokratie niedergelegt. Die inzwischen eingetretene Entwicklung hat diese Gegensätze im Schoß der Deutschen Sozialdemokratie noch verstärkt. Der nächste Parteikongress wird dies deutlich zeigen. Dabei muss man sich erinnern, dass vor wenigen Monaten der soz. Führer Franzel, der eine grosse Rolle bei den Jungaktivisten spielte, aus der Sozialdemokratie ausgetreten ist. Franzel hat jetzt im bürgerlichen "Frager Tagblatt" in einem Leitartikel die Annektion Österreichs durch Hitlerdeutschland als die einzige mögliche Lösung hingestellt. Das Anwachsen des Faschismus hat also bereits eine ernste Krise im Lager der Deutschen Sozialdemokratie hervorgerufen.

All diese Vorgänge haben im sudetendeutschen Gebiet bei den Henleinleuten eine Hurra-Stimmung erzeugt, während sie bei der übrigen Bevölkerung, aber vor allen Dingen auch bei der Arbeiterschaft eine äusserst besorgte, z.T. stark deprimierende Stimmung hervorgerufen haben. Der jüdische Teil der Bevölkerung hat die Hosen voll.

Alle Dinge im Sudetengebiet zusammengefasst, ergeben, dass der Faschismus einen ganz mächtigen Auftrieb bekommen hat, dass das bürgerliche Lager in Zersetzung begriffen ist, sich ideologisch und organisatorisch mit der Henleinpartei gleichschaltet und dass auch im Lager der Arbeiterschaft eine fatalistische, hoffnungslose, z.T. sogar eine Katastrophenstimmung eingezeichnet ist. Der Hitlerfaschismus hat es also verstanden, im Sudetengebiet erfolgreich jene Vorarbeit zu leisten, die notwendig war und ist, um seine Pläne zu verwirklichen. Diese allgemeine Situation wird natürlich das Tempo der politischen Offensive des Hitler- u. Henleinfaschismus beschleunigen.

#### Die Lage im tschechischen Gebiet.

Hier herrscht ein starker Nationalismus, der bis tief in die Kreise der Arbeiterschaft geht. Man rechnet mit einem Krieg als mit einer feststehenden Tatsache. Alle Parteien bis zur KP treiben Kriegspropaganda. Eine internationale klassenbewusste Orientierung hat die Arbeiterschaft nicht mehr. Das ist die Folge der kommunistischen Parteipolitik. Dieser Nationalismus stärkt auch die faschistische Ideologie im tschechischen Lager. Die





DAS "GROSSDEUTSCHE VOLKSREICH".  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Rede, die der "Führer" nach seiner Rückkehr aus Wien am 18. März im Reichstag hielt, war ein kanibalisches Triumphgeheul. Ihr antwortete rasender Beifall der Nazibonzen, die von Zeit zu Zeit als Reichstagsabgeordnete in der Kroll-Oper erscheinen, um Staats- und Frunkreden des Führers zu hören. Die Rede Hitlers war in erster Linie nach innen gerichtet, um die erste imperialistische Annektion Hitlerdeutschlands als "nationale" und "revolutionäre" Grosstat hinzustellen, als der Herstellung des "grossteutschen Volksreiches". Der Name ist charakteristisch. Er drückt den Versuch aus, dem ersten glücklichen imperialistischen Raubzug Hitlerdeutschlands ein nationales Mäntelchen umzuhängen. Die innerpolitische Ausschachtung der Annektion Österreichs drückt sich aus in dem Flohitzid, das am 10. April gleichzeitig in Deutschland und Österreich stattfindet wird, und das die bereits vollzogene Tatsache nachträglich sanktionieren soll. Kein Zweifel, dass der "Sieg" über Österreich für eine gewisse Zeit den Riss in den herrschenden Klassen Deutschlands, der am 4. Februar zutage trat, verkleistern wird; - ist doch der imperialistische Heißhunger der deutschen Bourgeoisie durch einen ersten Bissen befriedigt und zwar, ohne dass ein ernsthaftes Kriegsrisiko zu laufen war, - aber es wird sich rasch zeigen, dass dieser Erfolg für die breiten Massen Deutschlands nur bedeutet, dass die Kriegsvorbereitung auf noch höhere Touranzahl gebracht wird und dass die innere Krise, die durch die totalitäre Kriegsvorbereitung hervorgerufen ist, dadurch nicht behoben wird, sondern sich verschärft.

Was die aussenpolitische Bedeutung der Rede anbelangt, so ist charakteristisch, dass das sonst übliche Friedensgerede in dieser Rede fast völlig fehlte, dass der Führer die "demokratischen" Mächte blutig verhöhnte, dass weder die Tschechoslowakei, noch Spanien, noch auffallenderweise die Sowjetunion erwähnt wurde. Dafür enthielt die Rede allgemein gehaltene dunkle Drohungen, die die Tschechoslowakei nicht ohne Grund auf sich selbst bezogen hat.

Über Österreich hat sich nun die Nazimeute wie eine hungrige und mordgierige Wolfsmeute gestürzt, plündern und mordend. Österreich wird von den ausgehungerten Naziwölfen wie eine afrikanische Kolonie zerfleischt. In einer Woche wurden 1 700 "Selbstmorde" gezählt. Das Österreichische Volk, das einstmals wiederholt Europa vor der türkischen Barbarei gerettet hat, ist jetzt die blutende und stöhnende Beute der dschingiskanischen Barbarenhorden Nazideutschlands. Tausende von Arbeitern sind verhaftet, werden gefoltert, viele ermordet, ihre Organisationen zerschlagen. Tiefe Verzweiflung und zum Teil Hoffnungslosigkeit ist die Wirkung der zusammengebrochenen Illusionen über die "Volksfront" mit Schuschnigg, über die Hilfe von den demokratischen Mächten, über die Spekulation auf den Widerstand Mussolinis. Europa aber ist nach all den Greueln des Faschismus in Deutschland und Spanien abgestumpft.

Es sind daher ausserordentliche Anstrengungen notwendig, um die internationale Arbeiterklasse zur Hilfe für die Österreichischen Arbeiter aufzurufen und um ihnen durch tatkräftige internationale Hilfe neue moralische Kraft zu geben, deren sie mehr als die Arbeiterklasse irgendeines anderen Landes bedürfen.

-o-c-o-o-o-o-

Charles Rappoport tritt aus der KPF aus.  
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der jüngste Moskauer Prozess und die schamlose Haltung, die die französischen Stalinjünger

bei dieser Gelegenheit bezogen haben, hat den Genossen Charles Rappoport veranlasst, seinen Austritt aus der KPF zu erklären.

Genosse Charles Rappoport gehört zu den Veteranen der internationalen und der französischen Arbeiterbewegung. Er begann seine politische Tätigkeit vor über 50 Jahren im zaristischen Russland in einem illegalen Zirkel, zu dessen Mitgliedern auch der spätere Kampfgenosse Rosa Luxemburgs, Leo Jogisches gehörte. In Frankreich, das ihm zur zweiten Heimat wurde, hat Genosse Rappoport nach Guesde und Lafargue wohl am meisten zur Verbreitung



der Lehren des Marxismus beigetragen. Genosse Rappoport, der während des Krieges eine internationalistische Stellung eingenommen hatte, gehörte zu den Gründern der KPF. Eine Zeitlang leitete er auch das damalige Organ der KPF in Strasbourg.

Der Protest des Genossen Rappoport gegen den konterrevolutionären stalinischen Terror wird von allen revolutionären Arbeitern begrüsst werden.

Nachlese zum Moskauer Prozess.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das, was im letzten Moskauer Prozess über die angeblichen Verbrechen von Bucharin, Rykow usw. zusammengefaßt wurde, war so verrückt, das ausserhalb der SU niemand daran glaubte - auch die meisten Stalinisten nicht, die nach aussen so taten, als ob sie daran glaubten. Dagegen hat der Moskauer Prozess allerhand Material zur Beurteilung der verbrecherischen Methoden der Stalin und Jeschow geliefert.

So war die Behauptung, die Angeklagten hätten Gorki, dessen Sohn, Kujbyschew und Menschinski durch "medizinische Behandlung" ermorden lassen, völlig unwahrscheinlich. Aber bei der Begründung dieses Anklagepunkts haben die Jeschow und Wyschinski verschiedenes über die Sitten und Gebräuche der Stalinischen GPU ausgeplaudert. Der Arzt Lewin erzählte, Jagoda hätte ihm, als er noch Leiter der GPU war angedroht, er werde seine ganze Familie ausrotten lassen. Es gilt also unter dem Regime Stalin-Jeschow als durchaus möglich, dass die GPU bei ihr unliebigen Personen deren Angehörige massakrieren lassen bzw. durch die Androhung solcher Gewalttaten Erpressungen verüben kann. Es wird auch als durchaus möglich angenommen, dass ein GPU-Leiter sich eine Giftküche einrichten und Ärzten befehlen darf, ihre Patienten umzubringen. Der frühere General der Roten Armee Kriwitzki deutete in einem (in der "Flèche" veröffentlichten Interview) an, dass nicht Jagoda, wohl aber der jetzige GPU-Leiter Jeschow, derartige Methoden anwendet, Kriwitzki sagt:

"Ich glaube nicht, dass Gorki und die anderen vergiftet worden seien, aber ich kann nicht verhehlen, dass man in der letzten Zeit, nachdem Jeschow an die Macht gekommen war, in äusserst gut informierten Kreisen Moskaus beharrlich davon zu sprechen begann, dass Stalin und Jeschow angefangen hätten, ihnen gefährliche politische Gegner mit Hilfe von Gift zu beseitigen. Als ich zum letzten Mal in Moskau war, im April und Mai 1937, teilte mir ein sehr verantwortlicher Mitarbeiter der GPU mit, dass Ordschonikidse gerade auf diese Weise beseitigt worden sei, nachdem er im Politbüro als entschiedener Gegner weiterer blutiger Verfolgungen aufgetreten war".

Aufschlussreich ist auch eine Bemerkung, die der Staatsanwalt Wyschinski in seiner Anklagerede machte. Wyschinski erklärte, dass er die Anklage gegen Bucharin und Rykow nicht nur durch deren Aussagen, sondern auch durch die "Logik der Dinge" beweisen wolle. Die "Logik der Dinge", auf die Wyschinski anspielt, stellt sich bei näherem Zusehen als die Logik der Stalin und Jeschow heraus, mit der Rykow und Bucharin sicher nichts zu tun hatten. Wyschinski geht davon aus, dass Rykow "gestanden" habe, die "Trotzkisten" und die "Sinowjewisten" hätten Gorkis politischer Tätigkeit ein Ende bereiten wollen. Es ist nebenbei gesagt unerfindlich, weshalb die "Trotzkisten" und "Sinowjewisten" derart gegen Gorkis Tätigkeit aufgebracht gewesen sein sollen, denn Gorki bemühte sich stets, auf Stalin im Sinne einer Mässigung seines bürokratischen Terrors einzuwirken, was schliesslich in den letzten Monaten vor Gorkis Tod dazu geführt hatte, dass zwischen ihm und Stalin ein offener Konflikt entstanden war. Aber hören wir die Wyschinskische "Logik der Dinge", die man besser gesagt als die "Stimme seines Herrn" bezeichnen könnte. Wyschinski behauptet, dass der Wunsch, Gorkis Tätigkeit ein Ende zu bereiten, unbedingt die Absicht, ihn zu ermorden, hervorbringen musste. Wyschinski erklärte:

"Wie konnte man in unserem Lande, unter den Bedingungen des Sowjetstaates, wie konnten sie da Gorki anders der Möglichkeit berauben, politische Aktivität an den Tag zu legen, als indem sie seinem Leben ein Ende machten?"





# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IV KO.)

Nr. 14/V. Jahrgang

Erste Aprilwoche 1938

## Des avions, des canons pour l'Espagne

Das antifaschistische Spanien durchlebt gegenwaertig die tragischsten Stunden seit der Beginn des Buergerkriegs. Die Francobanden sind in Katalonien eingedrungen und bedrohen bereits Lerida, die zweitgroesste katalanische Stadt. Barcelona haben die Bombenflugzeuge Hitlers und Mussolinis in eine Staette des Todes und des Grauens verwandelt.

Dass eine so bedrohliche Situation fuer die spanischen Antifaschisten entstehen konnte, ist eine Folge dessen, dass dank der Politik Chamberlains, die von Frankreich bedingungslos unterstuetzt wird, die italienische und deutsche Intervention verstaerkt worden ist. Zur selben Zeit da Chamberlain und sein Aussenminister Halifax mit frescher Stirn leugneten, dass Beweise fuer die Behauptung existierten, Italien habe in der letzten Zeit Franco militaerische Hilfe geschickt, traf neues deutsches und italienisches Kriegsmaterial in ungeheuren Mengen bei den Rebellen ein; erst dadurch wurde die Offensive Francos gegen Katalonien ermoeglicht.

Die erste Voraussetzung dafuer, dass der Vormarsch der Faschisten zum Stehen gebracht werden kann und die antifaschistischen Truppen zur erfolgreichen Gegenoffensive uebergehen koennen, ist, dass die spanische Arbeiter Waffen erhalten. Die Versorgung des antifaschistischen Spaniens mit Waffen wird aber durch die verbrecherische Nichtinterventionspolitik der englischen und franzoesischen Regierung verhindert. Kampf der Nichtinterventionspolitik ist deshalb das Gebot der Stunde fuer die internationale Arbeiterklasse, will sie nicht ihre spanischen Brueder den faschistischen Mordgesellen Francos, Mussolinis und Hitlers ausliefern!

Die franzoesischen Arbeiter muessen den Kampf gegen die Nichtinterventionspolitik als Kampf gegen die franzoesische Regierungspolitik fuehren, und zwar durch Massenaktionen, Massendemonstrationen, Massenstreiks usw. Heute waere es noch laecherlicher und betruegerischer als 1936, die Nichtinterventionspolitik durch gute Ratschlaege an die Regierung aendern zu wollen, wie das nach wie vor die "Humanité" versucht. Die Bourgeoisie und ihre Volksfrontlakaien, die Fuehrungen der grossen Arbeiterorganisationen, moechten solche selbstaendigen Aktionen der Arbeiter dadurch unmoeglich machen, dass sie sie als das Werk von "Provokateuren" und "Trotzkisten" zu diffamieren versuchen, wie sie das anlaesslich des Buffalo-Meetings getan haben, als die Arbeiter "des avion pour l'Espagne" riefen. Die Arbeiter duerfen sich jedoch durch solche durchsichtigen Machenschaften nicht davon abhalten lassen, ihre Pflicht gegenueber der bedrohten spanischen Arbeiterklasse zu erfuellen.

Aber die juengste Entwicklung in Spanien ist auch ein Resultat der Volksfront- und KP-Politik. Wir erleben heute in Spanien den Zusammenbruch dieser verhaengnisvollen Politik. Die KP und die Negrin-Prieto haben die revolutionaeren Arbeiter verfolgt, verhaftet, ermordet. Aber sie haben es in fast zwei Jahren nicht fertig gebracht, eine schlagkraeftige Armee zu schaffen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nur auf revolutionaerer Grundlage eine schlagkraeftige Armee fuer den Kampf gegen den Faschismus geschaffen werden kann. In ihren Aufrufen an die antifaschistische Bevoelkerung Kataloniens zum Einsatz aller Kraefte fuer den Kampf gegen Franco vermeiden sie die Negrin und Prieto aengstlich, auch nur eine revolutionaere Frage zu gebrauchen. Nach ihnen bedroht Franco nur die katalanische Arbeiterklasse. Der Generalsekretar der KP Spaniens, José Díaz, kann in der "Humanité" behaupten, dass Franco, als noch

ein uebriges Mal zu erklaren, dass die KP kein kommunistisches Regime in Spanien errichten wolle. Dabei ist es heute klarer denn je, dass nur die proletarische Revolution imstande ist, den Sieg des Faschismus zu verhindern, dass nur eine kuehne revolutionaere Politik die Armeen mit neuem Kampfesmut erfuellen, die Massen aufrueteln, ihre Kraefte entfalten kann. Ein erster Schritt auf diesem Wege waere die Amnestie und Freilassung der antifaschistischen Gefangenen, vor allem der POUM Fuehrer. Eine solche Massnahme ist heute eine dringende Notwendigkeit zur Hebung der Kampf-moral.

Die Negrin-Frieto Regierung, die sich stolz die "Regierung des Sieges" nannte, ist zur Regierung der schmaehlichen Niederlage geworden. Nicht Anschluss der Arbeiterorganisationen, der CNT und der UGT, an die Regierung Negrin, sondern Sturz dieser Regierung, Bildung einer eigenen revolutionaeren Regierung, das muss heute die Losung der Arbeiter und Bauern Kataloniens sein.

Die spanische Arbeiterklasse ist in Gefahr - a l l e s fuer die spanische Arbeiterklasse!

Fort mit allem, was die spanische Revolution an der Entfaltung ihrer Kraefte hindert!

Des avions, des canons pour l'Espagne!

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die Unterwuehlung des tschechoslovakischen Staates.

oo

Unter dem Druck des "grossdeutschen Reiches" geht die Unterwuehlung des tschechoslovakischen Staates im Eiltempo voran. Die deutschen Agrarier und die Christlich-Sozialen sind aus der Prager Regierung ausgetreten und haben sich der Sudetendeutschen Partei angeschlossen. Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslovakie haben ihren Vorsitzenden Czech aus der Regierung zurueckgezogen und werden kuenftig die Prager Regierung nur noch unterstuetzen. Anstelle von Czech ist der "Aktivist" Jaksch als Vorsitzender der Partei getreten. Diese Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslovakie geht unter dem Druck des Kleinfaschismus vor sich, sie fuehrt zu einer Distanzierung von den Tschechen und laeuft auf fortschreitende Kapitulation vor dem Kleinfaschismus hinaus. Der Terror der Sudetendeutschen Partei gegenueber den Arbeitern waechst taeglich. Unter diesem Druck geben bereits viele Arbeiter nach, verzichten auf den Widerstand oder schliessen sich der Heimleipartei an. Die Sudetendeutsche Partei ist jetzt die staerkste Partei im Prager Parlament. Die Prager Regierung hat sich ihrerseits durch den Eintritt der halbfaschistischen Partei von Kramer, nach rechts erweitert. Henlein fordert jetzt sofortige Neuwahlen fuer das Parlament, fuer die Kreise und Gemeinden. Im Prager Parlament sind jetzt Sudetendeutsche, Polen und Slovaken mit parallel gehenden Forderungen auf Autonomie aufgetreten. Die Prager Regierung hat neue Angebote an die Sudetendeutschen angekuendigt, die aber nicht bis zur Autonomie gehen, die jetzt von den nationalen Kinderheiten als Mindestforderung gestellt werden. Die englische Regierung hat sich als "Vermittler" angeboten. Die Vermittlung zielt nicht nur darauf ab, die Forderungen der Sudetendeutschen nach Autonomie zu befriedigen, sondern auch das tschechisch-franzoesische Buendnis und den tschechosowjetischen Fakt zu loesen und so die Moeglichkeit auszuschalten, dass England in den bevorstehenden Konflikt hineingezogen wird.

Der Plan Hitlers ist offenbar der: zunaechst das Werk der Unterwuehlung der CSR von innen her fortzusetzen und nach genuegend weit getriebener Vorarbeit durch die Aktion der Sudetendeutschen in Verbindung mit der der Ungarn, Polen, Slovaken die deutschen Ziele durchzusetzen. Das Hauptziel ist: die Tschechoslovakie zu einem deutschen Vasallenstaat zu machen, der die Bruecke zu Frankreich und zur Sowjetunion abbricht, die kleine Entente aufluebt und ausserpolitisch ein Instrument Hitlersdeutschlands wird. Bei der Durchfuhrung dieses Plans wird die Isolation der



tschechischen Bourgeoisie im Rahmen des tschechischen Staates und international kann man durchaus mit der Möglichkeit rechnen, dass die Nazis ihre Ziele durchsetzen, ohne dass sie zu einem Einmarsch in die CSR zu greifen brauchen. Die Tschechoslowakei ist jetzt von drei Seiten von Hitlerdeutschland umgeben. Schon der Aufmarsch von schweren Geschuetzen an den deutsch-tschechischen Grenzen wuerde eine schwere Drohung fuer die Tschechoslowakei darstellen.

Die einzige Rettung fuer die Tschechoslowakei waere das selbstaendige Auftreten der tschechischen und deutschen Arbeiterschaft in Verbindung mit den Kleinbauern gegen die tschechische und deutsche Bourgeoisie. Nur die Kommunistische Opposition vertritt diesen Standpunkt, die KPTsch und die Sozialdemokratie unterordnen sich vollstaendig der tschechischen Bourgeoisie.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

#### Der Kniefall der oesterreichischen Bischoefe vor Hitler.

\*\*\*\*\*

Die katholische Kirche in Oesterreich, die die staerkste Stuetze des Klerikofaschismus der Dollfuss und Schuschnigg war, hat sofort nach der gewaltsamen Annexion Oesterreich durch Nazideutschland vor den braunen Eroern bedingungslos kapituliert. Auf Anweisung Innitzers, des Kardinals von Wien, laeteten die Glocken saemtlicher katholischer Kirchen beim Einzug Hitlers in Wien. Innitzer beeilte sich, kaum dass Hitler in Wien angekommen war, diesem seine persoenliche Aufwartung zu machen. Am Tage darauf forderte Innitzer die Fuehrer der katholischen Jugendorganisationen auf, "den Anschluss an die Jugendorganisationen des Deutschen Reiches vorzubereiten", d.h. die Aufloesung zugunsten der Hitlerjugend. Jetzt haben die oesterreichischen Bischoefe eine Erklaerung zum Plebiszit am 10. April abgegeben, die am letzten Sonntag in allen katholischen Kirchen Oesterreichs verlesen worden ist. In dieser Erklaerung heisst es u.a.:

"Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Regierung auf dem Gebiete des voelkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik fuer das Deutsche Reich und Volk namentlich fuer die aermsten Schichten des Volkes hervorragendes geleistet und leistet. Wir sind auch der Ueberzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstoeorenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. Die Bischoefe begleiten dieses Wirken fuer die Zukunft mit ihren besten Segenswuenschen und werden auch die Glaebigen in diesem Sinne ermahnen."

Die Bischoefe schliessen ihre Erklaerung mit der Aufforderung an die Kirchenglaebigen, am 10. April mit Ja zu stimmen.

Innitzer schickte diese Erklaerung mit einem devoten Begleitschreiben an Buerckel, das Nazipresse ebenso wie die Erklaerung im Faksimille wiedergibt. Man ersieht daraus, dass der Eifer des Herrn Erzbischofs von Wien, bei den neuen Machthabern um gutes Wetter zu bitten, so weit ging, dass er der maschinengeschriebenen Erkl., der mit der ueblichen "ausgezeichneten Hochachtung" schloss, handschriftlich hinzufuegte "und Heil Hitler!".

Die Nazipresse hat den Kniefall des oesterreichischen Klerus vor Hitler mit unsaerer Genugtuung registriert, als die deutschen Bischoefe bisher noch keine Erklaeerung zum 10. April abgegeben haben und sich nach wie vor mit der Aufloesung der hoch bestehenden katholischen Organisationen und konfessionellen Schulen nicht abfinden wollen.

Die oesterreichischen Bischoefe haben diese Haltung natuerlich nicht eigenmaechtig eingenommen, wie das die Anhaenger der Politik der "ausgestreckten Hand" gern wahr haetten, sondern mit Einverstaendnis und auf Anweisung des Vatikans. Das Bestreben des Vatikans geht, nachdem das von ihm organisierte klerofaschistische Regime in Oesterreich so elen-

dig Schiffbruch erlitten hat und damit eines seiner staerksten Bollwerke zu Fall gebracht worden ist, offensichtlich dahin, mit dem deutschen Faschismus Frieden zu schliessen. Der Vatikan hofft wahrscheinlich, dass infolge des verstaerkten Einflusses der Reichswehr auf die Nazipolitik seit dem 4. Maerz, die darauf draengt, dass die Konflikte zwischen den Kirchen und den Nazis im Interesse einer besseren ideologischen Kriegsvorbereitung der Bevoelkerung beigelegt werden, es moeglich sein wird, einen modus vivendi mit der Reichsregierung zu finden. Oesterreich zeigt allerdings, dass der Vatikan dabei den Nazis wird Konzessionen machen muessen, die er und mit ihm der deutsche Flerus bisher abgelehnt haben.

\* \* \* \* \*

Dem Ende der zweiten Regierung Blum entgegen.

Der Senat, in der die Radikalsozialisten die Mehrheit haben, hat der Regierung Blum nur 5 Milliarden Francs bewilligt mit der ausdruecklichen Aufforderung, moeglichst schnell von der Bildflaeche zu verschwinden. Die zweite Regierung Blum ist jedoch nicht sofort abgetreten, sie will zuvor noch ein "demokratisches" Finanzprogramm vorlegen, um sozusagen in Schoenheit zu sterben. Dabei ist es noch sehr fraglich, ob die Radikalsozialisten in der Regierung das geplante demokratische Reklameprogramm Blums ueberhaupt ans Licht der Welt, das heisst des parlaments, treten lassen werden. Die Tage der Regierung Blum sind jedenfalls gezahlt. Aber das Ende vollzieht sich nicht in Schoenheit, sondern in Schwach und Schande.

Unter dem Sozialdemokraten Dormoy als Innenminister wird einer der Fuehrer der Cagouards nach dem anderen aus der Haft entlassen.

Gegenueber dem Senat setzt die zweite Regierung Blum trotz aller Beschwoerungen der PPF unveraendert die Politik der Nicht-Intervention fort, getreu den Befehlen der französischen Grossbourgeoisie und der Londoner City.

Die Rechte beginnt von neuem ihre ausserparlamentarischen Kraefte zu mobilisieren; die Kriegsteilnehmerverbände, die Reserve-Offiziere, die faschistischen Studenten usw. Als Programm der Reaktion gibt der bekannte reaktionaere Schriftsteller und Abgeordnete Kérillis folgendes bekannt:

1. Ein Ministerium des oeffentlichen Wohls von 5-6 Mitgliedern;
2. Beurlaubung des Parlaments fuer 1 oder 2 Jahre; 3. Zensur der Presse; 4. Alle Gewerkschaften sind aufzuloesen; 5. Revision der Verfassung.

Es ist dies ein Programm der Militaerdictatur. In dieser Richtung arbeitet die französische Grossbourgeoisie. Auf diesem Wege wird es voraussichtlich noch allerhand Stappen geben, aber die Richtung ist klar und der Sozial-Chauvinismus der SFIO und der KPF arbeitet der Grossbourgeoisie aufs Beste in die Haende.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Der Streik der Metallarbeiter.

In einigen wichtigen pariser Metallbetrieben, darunter Citroën, haben die Arbeiter am Ende der vergangenen Woche die Betriebe besetzt. Ihre Forderungen sind die Erneuerung des Kollektivvertrags, worauf sie schon drei Monate warten, und die Anpassung ihrer Loehne an die Teuerung. Der Metallarbeiterverband ist seiner Ausdehnung des Streiks entgegengetreten und hat die Anhaenger einer solchen Forderung als "trozkist. Provokateure" bezeichnet.

Das Patronat und die Unternehmerpresse hat die Streikenden



als "Schadlinge an der Landesverteidigung" gebrandmarkt und jedes Eingehen auf die Forderungen der Streikenden abgelehnt. Die von den Unternehmergeschaffenen professionellen Verbände haben sich den Unternehmern angeschlossen und verkündet, dass der Streik ungesetzlich sei und die Forderungen entsprechend dem Schlichtungs- und Schiedsgerichtsgesetz zu erledigen seien.

Die Radikalen schendieren im wesentlichen dem Unternehmerstandpunkt, und die mit der Forderung eingeleiteten Verhandlungen kommen nur langsam vom Fleck. Die Gewerkschaften haben Vorschläge eingereicht, die die geforderte Lohnanpassung ermöglichen sollen. Diese Vorschläge beziehen sich im wesentlichen auf Ausschaltung der jetzigen Zeitverluste und auf Rationalisierungsmaßnahmen. Aber gerade in der Frage der Lohnanpassung hat sich bisher keine Einigung mit der Regierung, trotz der erwähnten Vorschläge der Gewerkschaften ergeben, von denen die Letzteren eine Freisetzung von 10-30% erwarten.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die von Leon Blum lancierte Idee der "union nationale" und die Bereitschaftserklärung der CGT, die notwendigen Opfer fuer die gesteigerte Aufrüstung zu übernehmen, darauf hinausläuft, den Arbeitern die Kosten aufzubuerden und der Patronat dieser Politik zu sichern. Es zeigt sich bereits jetzt, dass das Patronat diese Lage mit aller Kraft auszubeuten sucht.

Der Streik der Pariser Metallarbeiter ist eine schlagende Widerlegung der sozialen Friedensphrasen durch die Praxis. Er zeigt, dass die Arbeiter am besten fahren, wenn sie sich auf ihre eigene Aktion verlassen. Er zeigt, dass die Arbeiter sich nicht ins Rockhorn jagen lassen duerfen, sich nicht von den Bonzen einreden lassen sollen, es sei gefährlich, die Mittel des Klassenkampfes anzuwenden.

Die Arbeiter duerfen jetzt nicht locker lassen. Sie muessen an ihren Forderungen festhalten. Es gilt die Gewerkschaften zur solidarischen Unterstuetzung der Streikenden zu mobilisieren.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Fuenf Jahre New Deal.

=====

### Ein Leitartikel des "Workers Age" vom 23. Maerz 1938

Vor wenigen Tagen wurde die Nation informiert, dass, ungeachtet aller Symptome; die das Gegenteil beweisen, der New Deal, das alte "Staateschiff" noch immer sei, was es immer gewesen waere, das politische Instrument liberaler Reform und sozialer Planung auf lange Sicht, politische Demokratie und sozialer Gleichheit, von Unterstuetzung und Hilfe fuer die Arbeiterklasse; eine Regierungspolitik modernsten Stils, die sich dem groesstmoeglichsten Wohl weitester Kreise unter den modernen Lebensbedingungen widme. Oberflaechliche Abweichungen, gab der President zu, moegen hier und da vorkommen, aber ein New Deal fuer das amerikanische Volk sei das Leitmotiv fuer die Regierung geblieben.

Was ist in Wirklichkeit das Ergebnis dieser fuenf langen Jahre.

Der New Deal trat in Kraft als die gemeinsame politische Plattform der Geschaeftsinteressen der Nation, als man endlich zu der Uberzeugung gelangte, dass die oekonomische Krise mit der Politik des Nichtstuns von Hoover nicht beseitigt werden koenne, und als man befuerchtete, dass Zweifel an der Weisheit der herrschenden Klasse und an der Berechtigung fuer das Bestehen des geheiligten Profitsystems selbst, in der Masse des Volkes entstehen koennten.

Was geschah Maerz 1938 von Gewerkschaften an.

Roosevelt erklärt in seinen eigenen kuerzlich veroeffentlichten Kommentaren zu der politischen Entwicklung: "Eine unvorseingennommene Pruefung des Profitsystems im Fruehjahr 1933 zeigte seinen Verfall; aber im wesentlichen wollte jeder in den Vereinigten Staaten ebenso wie meine Regierung es retten." Der New Deal hatte daher ein Programm mit vielen Aspekten. Sein Hauptziel war, das kapitalistische System zu erhalten und zu stabilisieren. Von Anfang an bestrebte er sich, durch riesenhafte Darlehen an grosse Unternehmungen wie Banken, Eisenbahnen und "notleidende" Industrien durch Hoovers "finanzielle Wiederaufbaukoorperschaft" den unterbrochenen Profitstrom wieder in Fluss zu bringen. Dasselbe Ziel versuchte man durch Freimachung von Mitteln fuer Arbeitsprojekte zur Linderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Mit Hilfe der N.R.A. ermutigte, ja; ordnete man direkt die Kartellierung der Industrie an und beguenstigte die Freiskontrolle der Monopole durch Regierungseingriffe, und brachte so das einmueltige Bestreben der amerikanischen Kapitalisten nach tatkraeftiger staatlicher Hilfe in jeder Form zum Ausdruck. Als Teil des Schemas einer einheitlichen staatlichen Kontrolle des gesamten oekonomischen Lebens schlug man vor, die Gewerkschaftsbewegung dieses Landes in eine Art von regulierter quasi-staatlicher Gewerkschaftsbewegung zu verwandeln, sie zu einer blossen Masche in dem ungeheuer grossen neuen Staatsapparat zu machen.

Der Finanzpolitik, -oder bei welchem Namen man sie auch immer nennen will,- gelang es, eine Periode erhoelter Kaufkraft der Konsumenten kuentstlich zu schaffen, ein Zustand jedoch, dem nur ein kurzes Leben beschieden war, da die Preise sich bald ueber das magere Einkommen der grossen Mehrheit des Volkes erhoben.

Selbst solche New Deal-"Massnahmen, die wirkliche Konzessionen an die Arbeiter bedeuteten, wurden erlassen und unternommen fuer dasselbe grosse Ziel, das kapitalistische System zu stabilisieren und zu konsolidieren, indem man versuchte, das Vertrauen der Massen wiederzugewinnen und die bedrohlich erscheinende, weit verbreitete Unzufriedenheit der Massen zu mildern.

Der New Deal nahm einen grossen Teil von oeffentlichen Arbeiten in Angriff und plante noch ausgedehntere Projekte; aber bald begann man, die Berichte darueber zu unterdruecken und die in Angriff genommenen Arbeiten zu beschneiden. Man sprach von einer Nation, "die zu einem Drittel unterernahrt und schlecht gekleidet ist und in unzureichenden Wohnungen lebt," - und machte viele Hinweise auf das grosse Wohnungsbauprogramm, das man immer im Begriffe war durchzufuehren, aber es erfolgte nichts weiter, als dass man geringe Zuschuesse fuer den privaten Haeuserbaugab und den Plan der Beseitigung von Blume und die oeffentlichen Hausbauprojekte aufgab.

Angesichts der grossen Felder mit unverkaeufllichem Weizen fand man die "Loesung" fuer die Agrarkrise, Amerikas Erbschaft aus dem letzten Krieg darin, dass man die Farmer dafuer bezahlte, kein Getreide anzubauen und ein Teil dessen zu verbrennen, den man im Begriffe war zu ernten; aber der Pachtbesitz ist vergrossert worden und die grossen Farmer haben alles zusammengerafft. Man machte eine grosse Geste, als ob man die Dollardiplomatie aufgeben wolle und mit dem New Deal gute Nachbarschaft gegeneuber Latein-Amerika beginnen wuerde, das unter der Fuchtel des amerikanischen oekonomischen Imperialismus steht. Aber blutige Tyrannen wie Bastia in Cuba, Vargas in Brasilien und Trujillo in San Domingo halten ihre Herrschaft weiter nur dank der Bundesregierung in Washington aufrecht.

Nach 5 Jahren ist es klar, dass viele Millionen von Erwerbslosen nicht nur zeitweilige, sondern dauernde Opfer eines niedergehenden Kapitalismus sind. Zu diesen Millionen sind jetzt 3 oder 4 Millionen mehr hinzugekommen, die ihre Arbeit durch eine zyklische Krise verloren haben. Und wieder einmal sehen wir die Regierung in Washington keinen Finger ruehren. Die organisierte Arbeiterschaft fordert 3 Milliarden fuer Unterstuezung, aber der President bewilligt nur eine Viertelmilli-



ardo, und das selbst nur unter staerkstem Druck.

Im Beginn als "Freund" der Arbeiterbewegung auftretend, machte die Regierung den Versuch, diese zur Aufgabe ihrer Unabhaengigkeit zu bewegen. Jetzt, da eine starke und erfolgreiche Arbeiterbewegung, die in den entscheidenden Industrien verankert ist, existiert, missachtet sie deren Beduerfnisse. Immer wenn es darauf ankommt, laesst der New Deal die Arbeiter im Stich und verbuendet sich mit den Unternehmern, so z.B. bei dem schaedlichen Auto Code 1934, bei der Abwuerfung des allgemeinen Textilstreiks in demselben Jahr, so die feindliche Haltung des New Deal Gouverneurs Davey bei dem Streik in der Stahlindustrie 1937.

Und jetzt treibt die Regierung zum Krieg und plant die Versklavung der Arbeiterklasse und die Beschneidung aller demokratischen Rechte als Teil ihrer Kriegsvorbereitungen. Sie erlaesst die schaedlichen Gesetze ueber die "individuelle Mobilmachung" und die sogen. "Kriegsgewinne", alles das zum Zwecke der Schaffung einer Militaerdiktatur in Kriegszeiten.

Roosevelt selbst sah sich veranlasst, gegen das La Follette-Ludlow Wendenwort zu intervenieren, indem er das ganze Gewicht seiner Autoritaet gegen diesen Versuch, ein geringes Mass von Demokratie in einer fuer das Leben des ganzen Volkes so wichtigen Frage zu sichern, in die Wagschale warf. Die Regierung ist schon dabei, Fonds, die fuer wichtige oeffentliche Arbeiten bestimmt waren, fuer den Bau von Kriegsschiffen zu verwenden, um besser in der Lage zu sein; einen reaktionaeren Krieg fuer die Verteidigung der investierten Kapitalien der amerikanischen Bankiers und Industriellen im Fernen Osten unternehmen zu koennen. Alles, was im geringsten liberal im Programm war, ist auf dem Altar des Krieges und der Kriegsvorbereitungen geopfert worden.

Vor 5 Jahren wiesen wir auf den Doppelcharakter des New Deal hin, wie er einerseits in sich die Keime eines reaktionaeren Staatskapitalismus und einer "quasi-staatlichen Gewerkschaftsbewegung" trage, wie er aber andererseits gezwungen sei, gewisse liberale Reformen durchzufuehren und gewisse Konzessionen an die Massen zu machen. Es stimmt, dass solche Reformen und Konzessionen eine Generation vorher vom europaeischen Liberalismus gemacht worden waren, aber fuer dieses Land waren sie neu und wichtig.

Wir draengten die Arbeiterbewegung, aus den ungewoehnlich guenstigen Umstaenden Vorteil zu ziehen und den Kampf energisch und kuehn aufzunehmen, solange die Gelegenheit so guenstig war. Die phaenomenale Belebung der Gewerkschaftsbewegung und die Gruendung der C.I.O. sind genuegend Beweis fuer die Tatsache, dass die Arbeiterbewegung wenigstens bis zu einem gewissen Grad faehig gewesen ist, der Bedeutung des historischen Augenblicks gerecht zu werden. Die Errungenschaften der letzten Jahre haben ein neues Kapitel in der Geschichte des amerikanischen Volkes eroeffnet.

Heute ist der New Deal endgueltig im konservativen Fahrwaasser und bemueht, so schnell wie moeglich seinen urspruenglichen Liberalismus ueber Bord zu werfen als ueberfluessiges Gepaeck bei seiner irrsinnigen Jagd nach Aufruestung und Kriegsvorbereitung.

Bei jeder wichtigen Gelegenheit geraten die Beduerfnisse des Volkes, besonders die der Arbeiterklasse, in Konflikt mit dem New Deal in seinem gegenwaertigen Entwicklungsstadium.

Gegen diesen neuesten New Deal der Kriegstreibereien im Ausland und der sich verschaerfenden Reaktion im Inland, muss die Klasse des Volkes, gefuehrt von der Arbeiterbewegung, ihren Widerstand organisieren.

Wir ermahnen nochmals um sofortige An die Bezieher der "Arbeiterpolitik". Abrechnung aller ruueckstaendigen Abonnementsbetrage an Emile Hirtzel 18, rue des Foulons Strasbourg Montagne-Verte

## AUS DER ELZASS

+++++

Die Textilindustriellen gegen Lohnerhöhung, aber fuer eine starke Regierung der "union nationale".

Der Textilarbeiterverband Haut-Rhin hat fuesend auf den Indexberechnungen der Sous-Prefecture von Kuehlhausen eine Anpassung der Lohne an die amtlich festgestellte Erhoehung der Lebenshaltungskosten um 10% gefordert. Das Patronat hat ganz im Geiste der stets so gepriesenen Klassenzusammenarbeit diese Forderung abgelehnt. Darauf folgte die Einleitung der Schlichtungsprozedur durch den Textilarbeiterverband, die infolge der Haltung der Patronatsvertreter resultatlos verlief, und dies nachdem den Vertretern der Metall- und Chemieindustrie eine 7% Erhoehung zugestanden wurde, allerdings erst ab 20.3. Und das alles, obwohl, wie der Textilarbeiterverband feststellt, seit Einfuehrung der 40 Stundenwoche die Arbeitsleistung gestiegen ist.

In diesem Zusammenhang sei erwachnt, dass nach dem "Kuehlhauser Tageblatt" das Syndikat der Textil Industriellen Frankreichs ein Schreiben an den Praesidenten der Republik gerichtet, in dem die "Bildung einer starken, dauerhaften Regierung, die sich entschlossen ueber alle Parteien (nur nicht ueber die der Patrone) stellt" gefordert wird, "damit den fruchtlosen Parteistreitigkeiten ein Ende" gesetzt werden koenne, muesse "unverzuglich die Regierung des oeffentlichen Wohls" gebildet werden.

Eine "Regierung des oeffentlichen Wohls", das ist fuer die Herren Textilindustriellen eine Regierung nach ihrem Geschmack. L. Blum hat mit seiner Idee der "union nationale", auf die er noch so stolz ist, die Praefte beguenstigt, zu deren Bekaeempfung man den Massen einstmals die Volksfront empfahl. Die Textilarbeiter duerfen nicht zoegern, daraus ihr Urteil zu ziehen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Fritz Hecker richtet in "La République" eine bezeichnende Nachfrage an die reaktionaere Presse, die sich ueber die nazistische Haltung der hitlerfreundlichen "Elz", ueber deren Haltung zu den oesterreichischen Vorgaengen entruestet. Sie lautet im wesentlichen folgendermassen:

"Missbilligen diese Blaetter ("Neue Zeitung" Freys, "Elsaesser" des H. Abbé Schiess u. "Journal d'Alsace et de Lorraine") es jetzt auch, dass die "Elz" mit Geld subventioniert wurde durch das "Comité du Travail", jene Vereinigung anti-marxistischer Industrieller, die in ihrer Klassenhasserischen Kurzsichtigkeit so weit ging, den Autonomismus in ihren Dienst zu stellen?"

Verurteilen sie es mit uns, dass so etwas geschehen konnte unter der Verantwortung des Herrn Deputé Oberkirch, ancien ministre, des H. Rod. Thormann, conseiller général, des H. C. Keller, Directeur und des Sekretars H. Vischer."

Wir wundern uns ueber nichts. Die Herren, die sich da ueber den Klassenkampf der Arbeiter entruesten und jeden um sein Stueckchen Brot kaempfenden Arbeiter als Hoch- und Landesverraeter am liebsten sofort an die Wand stellen moechten, sind uns zur Genuege bekannt. Wir wissen dass sie sich in ihrem Klasseninteresse mit Tod und Teufel verbinden und daher auch bereitwillig unsere Hitlerianer finanzieren. Wundern kann man sich nur ueber diejenigen, die die Oberkirch und Konsorten - statt sie ins Gefaengnis zu sperren - anflehen, doch mit ihnen eine "union nationale" zu bilden. Die sind wirklich zu bewundern und zu bedauern.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

/ Verantwortlich: Emil Hirtzel /



# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 15/V. Jahrgang

Zweite Aprilwoche 1938

## Hilfe für die spanische Arbeiterklasse !

Auf dem Boden Kataloniens wird die über das Schicksal Gesamtspaniens entscheidende Schlacht ausgefochten werden. Bleibt das militärische Kräfteverhältnis so, wie es sich augenblicklich bei der Einnahme von Caspe, Barbastro und Lerida und den Bombardierungen von Barcelona und Madrid gezeigt hat, wo von der Regierungs-Luftwaffe wenig zu sehen war; dann hat Franco den Krieg gewonnen, in welchem er so viele Schlachten verloren hat: denn das bei ihm vorhandene Übergewicht an Kriegsmaterial ist einfach erdrückend und zermalmend.

Niemals hatte es eine General weniger schwer, unter den vorliegenden Umständen, einen Krieg zu gewinnen, wie Franco in Spanien. Seit dem Tage, da er seine Moros mit italienischen Schiffen von Marokko nach Südspanien transportierte und da Leon Blum in Paris die "Nichteinmischung" verhieß, hat es Franco niemals an Materialreserven gemangelt. Nicht einmal; dass er wenig Menschen aufzutreiben vermochte, hemmte ihn ernstlich. Der Kern seiner Truppen bestand vom Anfang an aus italienischen Truppeneinheiten und deutschen Stäben. Wo er in grösseren Gefechten dennoch in Bedrängnis geriet, kam er dem Schlachtengott durch eine tolle Verschleuderung von Kriegsmaterial entgegen. Seinen oftmaligen Menschenmangel konnte Franco mit einem Übergewicht an Fliegern, an Artillerie und an Kampfwagen korrigieren. In diesen drei Waffengattungen blieb ihm die republikanische Regierung immer unterlegen, auch in den besten Zeiten der russischen und mexikanischen Unterstützung.

Aber das republikanische Spanien ist nicht nur im Begriffe ein Opfer der himmelschreienden englisch-französischen Nichteinmischungspolitik zu werden. Das Materialübergewicht, das Franco dadurch erlangte, musste seinem Gegner gewiss höchst gefährlich bleiben, es brauchte jedoch für das Kriegsglück nicht absolut ausschlaggebend zu sein. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, aber eben die Fortsetzung der Politik, die der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomie ist. Gerade die Fortsetzung der halbfeudalistischen und militärisch-absolutistischen Franco-Politik hätte bei dem vorhandenen Ladd Hunger in den spanischen Dörfern und bei dem überwältigenden sozialistischen Willen der spanischen Arbeiter, bei ihrem tödlichen revolutionären Hass gegen den Faschismus eine solche Massenbasis für die proletarische Revolution schaffen müssen, dass diese wahrscheinlich unüberwindlich geblieben wäre, einen Sturm in ganz Europa für sich entfönd. Lenin sagte über die Intervention von 1917-20; dass die Sowjetmacht sie nicht militärisch sondern politisch besiegt hätte. Eins ist jedenfalls sicher: die freiwillige Kollektivisierung auf dem Lande (Bäuerliche Kooperationen haben in Spanien grosse Traditionen), die sozialistische Organisation in der Stadt, so der Industrien, vor allem der Kriegsindustrie, des Handels und Verkehrs, der gesamten Verwaltung, wie es in Katalonien bis Ende 1936 der Fall war, und die sofortige Schaffung einer enthusiastischen Arbeiter- und Bauernarmee mit einem eisernen zentralen Kommando, bereit, die revolutionären Prinzipien durchzuführen, wo sie hinkommt, und sie zu verkünden, wohin ihr Ruf dringt, sogar bis nach Marokko; das alles hätte die offensive Widerstandskraft der spanischen Revolution nicht weniger wirksam gemacht als die der russischen Revolution, die sich unter den miserabelsten Bedingungen drei Jahre lang mit einer halben Million gut ausgerüsteter Interventionstruppen der europäischen Grossmächte herumschlug. Der russische Bauer verteidigte immer wieder die

ihm von der Regierung geschenkt wurde, und wenn zehnmal ein Dorf von den Weissern wiedererstürmt wurde. Der soziale Zündstoff der Revolution erwies sich der schweren Artillerie überlegen.

Die spanische Revolution wäre vermutlich nicht in die missliche Lage gekommen, in der momentan die spanische bürgerliche Republik steckt, die sich, von allen verlassen, heute nur auf das erschöpfte, aus tausend Tunden blutende spanische Proletariat stützt, auf oben dieses Proletariat, dessen revolutionäre Häupter, dessen revolutionäre Organisation und dessen Revolution die Republik zertreten hat - so gross ist der Heroismus der spanischen Arbeiter! Wenn die Sowjetunion der spanischen Revolution nur in dem Masse zu Hilfe geeilt wäre, wie sie, später, der bürgerlichen Republik zu Hilfe gekommen ist, wenn sie nur das erfüllt hätte, was sie hätte erfüllen können, ohne sich selber zu gefährden, wenn die französische KP mit allen Mitteln des revolutionären Klassenkampfes sich gegen die Nicht-eingefangenen aufässig gezeigt und einen Sturm für die spanische Revolution entfacht hätte, wenn die Kommunistische Internationale nur das alles für die spanische Revolution getan hätte, was sie für die Regierung Negrin getan hat, dann würden die englischen Konservativen höchstwahrscheinlich nicht im Unterhaus über die Konsequenzen des Sieges von Franco sich unterhalten, wie sie es heute tun, den fetten Gewinn schon berechnend, der ihnen das spanische Franco-Geschäft bringen wird.

An all das denken wir heute mit tiefer Erbitterung, wenn wir den Stand der Dinge in Spanien berichten. Insofern die Führungen aller Parteien der KI, besonders der russischen, alle die hier Erwähnten kommun. Aufgaben innerhalb und ausserhalb der spanischen Revolution versäumt, bestritten, boykottiert und selbst mit der Waffe in der Hand bekämpft haben, tragen sie, wie die Sowjetregierung selbst, die historische Schuld am Niedergang der spanischen Revolution, wie an dem tragischen Dilemma der spanischen Republik. Man entschuldigt sich jetzt mit den Fehlern der Anarchisten, die die Situation verpfuscht hätten. Gewiss sind gewaltige Fehler von ihnen begangen worden. Aber kein von ihnen begangener Fehler war so gross und entscheidend für den weiteren militärischen und politischen Verlauf, wie ihr Fehler, die bürgerlich-demokratische Koalitionspolitik der Republik zu machen, "die Revolution bis nach dem Kriege"-vertagen zu wollen. Und das faule politische Geschäft, das die Stalin und Co. mit den Waffenlieferungen verbunden haben, bestand ja gerade darin, die Teilnahme der Anarchisten zu erzwingen.

Heute "engagiert" sich die Stalinclique offenbar nicht mehr für Spanien. Stalin wartet wohl das Ergebnis der englisch-italienischen Verhandlungen ab, die am 2. Mai zu einem Akkord führen sollen, in welchem Italien bescheinigt werden dürfte, dass es "die Unabhängigkeit Spaniens respektieren." Das englische Finanzkapital richtet sich bereits auf die Bereitung von Anleihen für den "Wiederaufbau Spaniens" ein, natürlich unter der Bedingung, dass Franco siegt. Frankreich beugt sich, wenn auch mit Tränen in den Augen des Ministerpräsidenten.

Während die demokratischen Mächte im Verein mit der SU die "weitere Entwicklung abwarten", hat Deutschland am 14. März 30 000 deutsche Soldaten den Franco-Mussolini zu Hilfe geschickt, als offensichtliche Gegengabe für Mussolinis Verhalten bei der Annexion Oesterreichs durch die Nazi

Die Regierung Negrin ist, wie aus alledem hervorgeht, in der bedrohlichsten Lage. Sie ist auf den Bestand der Kriegsmaterialien angewiesen, den sie noch zur Verfügung hat, der täglich zusammenschmilzt, und durch die eigene Kriegsindustrie in nennenswertem Masse kaum ersetzt werden kann. Wie das Kriegsmaterial geht die Kriegsmoral zur Neige. Eine moralisch Aufpulverung von nicht zu unterschätzender Bedeutung hat allerdings die Regierung Negrin durch das Einheitsfrontabkommen der Gewerkschaften erhalten, die für den Entscheidungskampf in Katalonien fieberhaft rüsten. Besonders in der Aushebung neuer Truppen haben speziell die Gewerkschaften erstaunliches geleistet. Wenn der republikanische Generalstab heute melden kann, dass er für die kommenden Entscheidungskämpfe ca. eine viertel Mil-



lion Soldaten zur Verfügung haben wird, so ist das der fieberhaften Tätigkeit der Gewerkschaften zuzuschreiben. Auf sich allein beschränkt, werden diese heroischen Anstrengungen nicht imstande sein, den Gegner aufzuhalten, viel weniger noch, ihn zu schlagen. Ihre Kraft würde vervielfacht werden, wenn die katalonische Arbeiterschaft, die als erste auf dem Vorposten der Revolution gestanden und ihn zuletzt verlassen hat, ihre Geschicke wieder in ihre eigenen Hände nehmen würde. Der revolutionäre Krieg den die katalonischen Arbeiter dann führen würden, würde noch einmal einen kühnen lodernden Aufschwung nehmen, dessen unberechenbare Energie die faschistische Welle brechen könnte.

Wenn aber die internationale Arbeiterklasse, vornehmlich die englische, französische und russische Arbeiterklasse, nicht in diesem entscheidenden Moment eingreift und die Waffen- und Lebensmittelaufuhr für Katalonien und die übrigen republikanischen Provinzen erzwingt, dann ist zu befürchten, dass die militärische Entscheidung im weiteren Verlauf mehr und mehr zu Gunsten Frankreichs ausfallen wird.

Wie wird in dieser tragischen Stunde die internationale Arbeiterklasse reagieren? Für ihren heldenhaften spanischen Bruder der allmählich verblutet?

\* \* \* \* \*

#### Blums Abschiedsprogramm.

=====

Es lohnt sich nicht, das Finanz- und Wirtschaftsprogramm Blums, das er dem Parlament vorgelegt hat, im Einzelnen zu analysieren. Jedermann in Frankreich versteht, dass dieses Programm ein Abschied ist. Dabei ist nur charakteristisch, dass selbst in diesem Augenblick Blum sich nicht mehr dazu aufschwingen konnte, der französischen Grossbourgeoisie ein wirkliches Kampfprogramm entgegenzustellen. Das Programm sieht zwar eine erhöhte Besteuerung der grossen kapitalistischen Vermögen und Einkommen vor, aber gleichzeitig führt es durch die Abschaffung der 40 Stunden Woche und eine riesige Inflation schwere Schläge gegen die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum. Das Abschiedsprogramm Blums ist der vollständige politische Bankrott der Volksfront, die sich damit zwischen alle Stühle setzt, und alle Klassen vor den Kopf stösst. Zugleich gibt dieses Programm der französischen Grossbourgeoisie die Handhabe, um ihr Programm des Angriffs gegen die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum mit der Autorität Blums, der SFIO ( ) der Volksfront zu decken,

Es ist lediglich noch die Frage, mit welchen Manövern die Erledigung Blums erfolgt. Die Radikalen haben im Kabinett durch Daladier "Vorbehalte" erheben lassen, die tatsächlich auf die Ablehnung hinauslaufen, sie haben ihren Abgeordneten bei den Abstimmungen freie Hand gelassen, was die Abfertigung Blums praktisch ermöglicht. Ihre Taktik ist dadurch bestimmt, dass sie einerseits das Programm und die Regierung Blum zu Fall bringen, andererseits sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, dass sie die Weisungen der Grossfinanz durchführen. Allgemein wird Daladier als Nachfolger genannt, - Daladier ist nur ein Handschirm vor der Generalität.

Charakteristisch für die Lage ist der offene Brief, den der linke radikalsozialistische Abgeordnete Archimbaud an den Ersten Präsidenten der Republik gerichtet hat. Der Brief fordert vom Ersten Präsidenten der Republik die Schaffung einer über den Parteien stehenden Regierung "des öffentlichen Wohls". Es ist klar, dass die Ausschaltung der parlamentarischen Parteien auf die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie hinausläuft. Hinter dieser Forderung von der Regierung des öffentlichen Wohls, die heute das Schicksal der gesamten französischen Bourgeoisie geworden ist, verbirgt sich das Streben nach der Militärdiktatur. Ebenso bezeichnend, die Atmosphäre, die sich in Frankreich entwickelt, sind die offenen antisemitischen Ausfälle im Parlament.

Ein ernster Appell der KPTsch-O position  
an alle Arbeiterorganisationen!

Das Gebot der Stunde: Proletarische Einheitsfront!

Die KPTsch-O position hat in der ausserordentlichen Situation, in der sich die Arbeiterklasse in den Sudeten befindet, nachfolgenden Brief an alle zentralen Instanzen aller Arbeiterorganisationen der Republik gerichtet und zwar an die deutsche und tschechische Sozialdemokratie, an die KPTsch, an die deutschen und tschechischen Feindgewerkschaften und an die Industrieverbände, sowie an die Arbeiter Kultur- und Sportorganisationen. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, dass die gemachten Vorschläge in allen Organisationen sofort zur Diskussion gestellt werden. Der Brief lautet:

Werte Genossen!

Wir wenden uns in entscheidender Stunde an Euch.

Man muss dem ganzen Ernst der gegenwärtigen Situation offen ins Gesicht sehen. Die Annexion Oesterreichs durch Hitlerdeutschland hat eine nationalistische Welle erzeugt und dem Faschismus im Sudetengebiet einen Auftrieb gegeben, der die allerschlimmsten Gefahren für die Arbeiterklasse in sich birgt. Was in Deutschland der Hitlerfaschismus nach seinem Machtantritt erreichte, das erzielt der Henleinfaschismus bereits zum Teil in der jetzigen Situation. Die deutschen bürgerlichen Parteien haben sich ideologisch und organisatorisch mit dem Faschismus gleichgeschaltet. Was ein vermeintlicher Verbündeter noch gestern für die Arbeiterklasse war, das steht heute in offener Feindschaft in der faschistischen Front gegen die Arbeiterklasse. Der Henleinfaschismus erstrebt eine österreichische Lösung der sudetendeutschen Frage. Das rückt die Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, die sich durch die Auswirkung der neuen Weltwirtschaftskrise bereits schlimm gestaltet, wird durch die Auswirkungen der Annexion Oesterreichs weiter verschlechtert und würde bei einem vollkommenen Sieg des Henleinfaschismus sich katastrophal gestalten.

Die Arbeiterklasse steht unter dem Druck dieser furchtbaren Ereignisse. Sie ist durch den geistigen Terror des Henleinfaschismus, der sich morgen bereits in einen physischen Terror auswachsen wird, bedroht. Während sich auf der einen Seite die feste Front des Faschismus formiert, ist die Arbeiterklasse ideologisch und vor allem organisatorisch zersplittert. Eine solche Situation muss bei der Arbeiterklasse das Gefühl der Hilflosigkeit hervorrufen. Die Arbeiterklasse ist aber nicht hilflos, wenn jetzt im entscheidenden Moment das getan wird, was das Gebot der Stunde ist. Wenn das Kraftbewusstsein der Arbeiterklasse gestärkt wird, ist es möglich, jede Panikstimmung zu überwinden und einen erfolgreichen Schutzwall gegen den Faschismus und die imperialistische Kriegsgefahr zu errichten.

Was tritt ein, wenn dem Faschismus widerstandslos freie Hand gelassen wird? Die Freiheit der Arbeiterklasse wird zertreten. Ihre Organisationen werden zerstört. Die imperialistische Kriegsfurie wird durchs Land rasen. Die defaitistische Politik des Henleinfaschismus wird der freiheitsliebenden deutschen Arbeiterklasse im Sudetengebiet in den Rücken fallen. Das Resultat wird nicht die nationale Befreiung der sudetendeutschen Bevölkerung sein, sie würde vielmehr in die eisernen Fesseln des Hitlerfaschismus geschmiedet, politisch restlos unterdrückt und wirtschaftlich doppelt und dreifach ausgebeutet werden.

Diese Lage ist für die Arbeiterklasse furchtbar ernst. Sie ist aber nicht hoffnungslos. Noch ist es Zeit, das Schlimmste zu verhüten. Ein ungeheure geschichtliche Verantwortung lastet auf allen Arbeiterorganisationen. Wer sich dieser Verantwortung entzieht, wer den Geschehnissen weiter fatalistisch gegenübersteht bleibt, wer aus engem Parteistandpunkt





### Die Ziele der Sudetendeutschen.

---

Die deutschen Truppen sind von den tschechischen Grenzen zurückgezogen worden. Dafür verstärkt die sudetendeutsche Partei Henleins ihre Angriffe und die Preger Regierung weicht Schritt um Schritt zurück. Die Neuwahlen in Gemeinden und Bezirken, die von der Henleinpartei gefördert worden waren, und die ihnen in zahllosen Gemeinden der Sudetengebiete die Macht geben, sollen demnächst stattfinden. Ferner ist eine politische Amnestie vorgesehen, die in erster Linie den Sudetendeutschen zugute kommen wird. Es ist jetzt ganz klar, dass die Nazis mit ihren sudetendeutschen Hilfstruppen darauf abzielen, die Tschechoslovakei von innen heraus zu sprengen und sich gefügig zu machen. Ein erheblicher Teil der tschechischen Agrarier ist bereit, die Henleinpartei in die Regierungskoalition aufzunehmen, was eine entscheidende Etappe auf diesem Wege sein würde. Der Angriff Nazideutschlands ist kombiniert mit dem Polens, das eine drohende Denkschrift an die Prager Regierung geschickt hat und Ungarns, das seinerseits von den Nazis unter immer stärkeren Druck gesetzt wird.

Der Rückzug der deutschen Truppen von der tschechischen Grenze bedeutet also nicht eine Abschwächung des Angriffs der Nazis auf die CSR, sondern nur, dass gegenwärtig das Schwergewicht gelegt wird auf die Sprengung von innen heraus.

\*\*\*\*\*

### Der Vatikan und die Österreichischen Bischöfe.

---

Die Kapitulation der Österreichischen Bischöfe vor Hitler hat in grossen Teilen der katholischen Welt eine peinliche Überraschung und grosse Bestürzung hervorgerufen. Die katholische Presse in den demokratischen Ländern verurteilte ziemlich einmütig die Lobhudeleien Innitzers gegenüber dem Naziregime. Bei den tschechoslovakischen Katholiken war die Betroffenheit besonders gross, da Kardinal Innitzer bei den sudetendeutschen Katholiken sofort Nachahmer fand; begründete doch der Senator Hilgenreiner den Uebertritt der christlich-sozialen Partei zur Henleinpartei damit, dass niemand katholischer als der Kardinal Innitzer zu sein brauche.

Mehr noch als alle anderen mussten natürlich die Instanzen der katholischen Kirche in Deutschland die Haltung des Österreichischen Klerus als einen Schlag ins Gesicht empfinden. Ihre Beziehungen zu den Nazis sind nach wie vor schlecht. Die katholischen Organisationen, die katholische konfessionelle Schule, die katholische Presse sind immer noch die Hauptobjekte des Streits zwischen Kirche und Naziregime, bei dem das letztere mehr und mehr die Oberhand gewinnt. Davon ganz abgesehen, muss der deutsche katholische Klerus auch den Stimmungen der Kirchengläubigen Rechnung tragen, und diese Stimmungen verschlechtern sich in bezug auf die Nazis, je länger die faschistische Diktatur andauert. Da die Annexion Oesterreichs zudem bei der Masse der Bevölkerung in Deutschland nicht populär ist, war es für den deutschen Klerus unmöglich, die Haltung Innitzers zustimmend zu begrüssen oder sich gar ihr anzuschliessen.

Das Unbehagen in katholischen öffentlichen Meinung wuchs angesichts der Haltung des Vatikans. Der Papst schwieg beharrlich; und aus diesem Schweigen musste jeder, der die autoritative Stellung des kirchlichen Oberhauptes und die strenge Disziplin der katholischen Kirche kennt, schliessen, dass Innitzer im Einverständnis mit dem Vatikan gehandelt habe. Diese Vermutung hat sich inzwischen, wie wir gleich sehen werden, bestätigt.

Aber der Vatikan kann sich, da die katholische Kirche eine Weltorganisation ist, nicht nur auf die faschistisch orientierten katholischen Kreise (Italien, Spanien, Polen etc.) stützen; so sehr er selber mit dem Faschismus sympathisiert; er muss in seiner Politik auch auf die Katholiken in den demokratischen Ländern, bezw. auch in Deutschland, Rücksicht nehmen. Angesichts der Missbilligung, die Innitzers Schritt in diesen Kreisen



des internationalen Katholizismus gefunden hätte, sah sich der Vatikan gezwungen, einen Rückzieher zu machen. Fast eine Woche nach der Erklärung des Österreichischen Klerus veröffentlichte das Organ des Vatikans, der "Osservatore Romano", eine Note, dass die Erklärung der Österreichischen Bischöfe weder mit dem vorherigen Einverständnis noch der nachträglichen Billigung des Vatikans gemacht worden sei. Am selben Tag sendete die Rundfunkstation des Vatikans einen Vortrag in deutscher Sprache über das Thema "der politische Katholizismus", in dem der "falsch verstandene politische Katholizismus" von Geistlichen angegriffen wurde, die nicht mehr den 3. Wolf im Schafspelz zu erkennen vermöchten.

Es schien, dass der Papst damit eindeutig den hohen Österreichischen Klerus desavouiert habe. Die Nazipresse griff den Vatikan heftig an, während Innitzer in einem neuen Brief an Bürckel noch einmal seine Ergebenheit gegenüber den Nazis beteuerte und erklärte, die Erklärung der Österreichischen Bischöfe sei "spontan" erfolgt.

Aber kaum war der "Osservatore Romano" verbreitet und die Radioansprache verklungen, als der Vatikan einen neuen Rückzug antrat, dieses Mal aber wieder in der Richtung seiner ersten Position. Er liess im "Osservatore Romano" eine Note erscheinen, dass der Radiovortrag gegen den Österreichischen Klerus nur eine "theoretische" Studie gewesen sei, die weder auf eine offizielle oder offiziöse Initiative des Vatikans zurückgehe, noch von ihm inspiriert, sondern privater Natur sei. Diese Note rief umso grösseres Erstaunen hervor, als der Radiosender des Vatikans direkt diesem unterstellt ist und der Text des betreffenden Vortrags, wie die Presse meldete, bereits einige Stunden bevor er gehalten wurde, in Rom zirkulierte, - der Vatikan also genügend Gelegenheit hatte, wenn er gewollt hätte, die Radiosendung zu verhindern.

Das Verhalten des Vatikans zeigt, dass er einerseits die Verantwortung für die skandalöse Kapitulation des Österreichischen Klerus gerne von sich abwälzen, andererseits die Brücke die ihm Innitzer zu den Nazis geschlagen hat, nicht abbrechen möchte. Was die Verantwortung des Vatikans für den Schritt der Österreichischen Bischöfe anbelangt, so wird sie durch eine Meldung des Korrespondenten des "Temps" in Rom unterstrichen. Dem "Temps"-Korrespondenten zufolge hätte der Vatikan sehr wohl Kenntnis von der Erklärung Innitzers vor ihrer Veröffentlichung. Der Vatikan soll nur versucht haben, dieser Erklärung einen Satz, in dem von "dem Macht Gottes und der Kirche" die Rede gewesen sei, hinzuzufügen. Dass dieser Satz in der Erklärung doch nicht enthalten sei, sei entweder darauf zurückzuführen, dass die Mitteilung des Vatikans zu spät gekommen sei oder die Nazis sich gegen die Veröffentlichung dieses Satzes ausgesprochen hätten.

Die Reise des Kardinals Innitzer nach Rom hat denn auch nicht, wie manche erwarteten, mit dessen Demission geendet. Das Resultat der Unterredungen Innitzers mit dem Kardinal-Staatssekretär Faccelli und dem Papst ist eine Erklärung Innitzers im Namen des Österreichischen Episkopats, die im "Osservatore Romano" erschienen ist. In dieser Erklärung heisst es u.a., dass die "feierliche Erklärung" der Österreichischen Bischöfe vom 28. März keine Billigung alles dessen darstelle, was nicht mit den Gesetzen Gottes und der Freiheit der katholischen Kirche zu vereinbaren sei. Sie dürfe von den Nazis nicht als Gesinnungszwang und zu Propagandazwecken ausgenutzt werden. In der Zukunft würden die Österreichischen Bischöfe verlangen, dass das Österreichische Konkordat nicht ohne vorheriges Einverständnis mit dem Vatikan geändert werden dürfe; dass die Schul- und Jugenderziehung den Regeln der katholischen Kirche entspräche; dass jede antireligiöse und antikirchliche Propaganda verboten würde und dass die Katholiken ein Recht auf die Propaganda und Vertretung ihrer religiösen Prinzipien hätten.

Nachdem der hohe Österreichische Klerus am 28. März bedingungslos dem Naziregime seinen Segen erteilt hatte, fixiert in dieser neuen Erklärung der Vatikan die Bedingungen, die er für ein Kompromiss mit den Nazis stellt.

## AUS SPANIEN.

Die neue Regierung Negrin.

Die Regierung Negrin ist umgebildet worden, aber in einer Form, die jeden revolutionären Arbeiter mit tiefer Besorgnis erfüllen muss. Die CNT und die UGT sind in die Volksfrontregierung eingetreten. Die CNT, die stärkste Organisation der spanischen Arbeiterklasse, hat nur ein einziges Ministerium bekommen, und zwar das Unterrichtsministerium, das in der gegenwärtigen Situation nur von untergeordneter Bedeutung ist. Die SP hat vier Ministerien, die UGT ein Ministerium erhalten. Prieto, der "Organisator des Sieges", ist nicht mehr Mitglied der neuen Regierung, das Kriegsministerium ist an den Ministerpräsidenten übergegangen. Die FP, die bisher zwei Minister hatte, hat in der neuen Regierung nur noch ein Ministerium, das Landwirtschaftsministerium. Aber der stalinistische Einfluss auf die Regierungspolitik ist nach wie vor stark. Der Außenminister Alvarez del Vayo ist für seine besonders guten Beziehungen zu den Stalinisten bekannt. Der Innenminister Paulino Gomez Sainz, der bis vor kurzem Direktor der spanischen Sureté war und der für die Errichtung der GPU - Polizei und Gefängnisse in Spanien die Verantwortung trägt, ist den Stalinisten auch nicht fremd. Gonzalez Pena, einer der eifrigsten Anhänger der Zusammenarbeit mit den stalinistischen Partei Spaniens, ist Justizminister geworden. Die übrigen Ministerien sind in den Händen der katalanischen und spanischen bürgerlichen republikanischen Parteien.

Die neue Regierung Negrin ist nicht die Regierung, die die spanische Arbeiterklasse in dieser gefährlichen Stunde braucht. Nur eine revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern ist imstande, Franco zu schlagen.

+++++

Die neuen Freiwilligenbataillone der Arbeiterklasse.

In den schweren Stunden, die Spanien augenblicklich durchlebt, ist es - wie in den ersten Stunden des 19. Juli 1936 - wieder einmal die Arbeiterklasse, die zu den grössten Opfern bereit ist. Es konnte nichts anderes erwartet werden.

Überall bilden die Arbeiter, die mit Besorgnis - und nicht unbegründet - die Schaffung in den Händen einer Militärbürokratie sahen und sich ihr widersetzen, neue Bataillone, neue Brigaden, neue Divisionen von Freiwilligen der Arbeiter und Bauern.

Die Stalinisten selber, die Verleumder der Arbeitermilizen - der "Horden"; wie der stalinistische Führer Comorera sie genannt hat - machen jetzt eine grosse Propaganda für die Bildung von Freiwilligeneinheiten.

Die revolutionären Arbeiter der CNT und der POUM, die trotz der gegen sie gerichteten Unterdrückung stets den Faschismus als die erste Gefahr betrachtet haben, dieses zu besiegen gilt, beteiligen sich wie ein an der Schaffung neuer Freiwilligenbataillone. /Mann/

In dieser Stunde, da es sich nicht mehr darum handelt seine Tressen an der Front spazierenzuführen, in diesem Augenblick der höchsten Gefahr verlangen die Stalinisten und die Republikaner, die die revolutionären Arbeiter so geschwächt und verleumdet haben, von diesen selben Arbeitern, dass sie ihr Leben hergeben, dass sie sich mit ihren Leibern dem Vorwarsch des Faschismus entgegenwerfen.

Aber zur selben Zeit, da die Arbeiter der CNT und der POUM sich anschließen, der farblosen republikanischen Armee durch ihr Opfer eine neue Moral zu geben, ihr neues Blut zuzuführen, schmachten noch Tausende und Abertausende von Arbeitern, die diesen Organisationen angehören, in den Gefängnissen der Regierung.



Die zahlreichen eingekerkerten Genossen, die in den Augen der Stalinisten und der Reformisten wegen ihrer revolutionären Taten schuldig sind, weinen vor Wut darüber, dass sie nicht denen helfen können, die gegen den Faschismus kämpfen und die um jeden Preis seinen Vormarsch aufhalten wollen.

Diejenigen, die in diesen schwierigen Augenblicken die besten Vertreter des Proletariats und die tapfersten Kämpfer im Gefängnis halten, begehen einen doppelten Verrat: sie verraten den Krieg und die Revolution.

+++++

Stimmen aus dem anarchistischen Lager.

Wir entnehmen dem in Barcelona erscheinenden Boletín de Información der CNT (deutsche Ausgabe) folgende Abschnitte aus den Nummern vom 10.3. und 24.3. 1938:

"Den Arbeitern wird dauernd von der Regierung mangelnde Waffenproduktion vorgeworfen. Aber um hunderttausend Mann Polizeimannschaft im Hinterland mit einem ins Lächerliche gesteigerten Ueberfluss an Waffen auszustatten und zu motorisieren, dazu reicht es. Warum braucht ein Polizeigent Maschinengewehrpatrone, Karabiner und ausserdem Handgranaten im Gurt, um in den Strassen Barcelonas zu promenieren. Warum verdient diese Mannschaft, ohne zu arbeiten oder zu kämpfen, doppelt soviel als eine Arbeiter oder ein Frontsoldat mit seiner ganzen Familie und erhält ausserdem noch seinen Sack Lebensmittel zum Vorkriegspreis, mit Dingen welche die Bevölkerung seit einem Jahr nicht mehr zu sehen bekommt. Man fragt sich: bekämpft die Regierung das spanische Volk oder die Faschisten? Ist es zu wundern, dass die opferfreudigste Bevölkerung angesichts dieser Tatsachen das Vertrauen und die Opferbereitschaft einbüsst."

"Es muss ein für allemal klargestellt werden, welche ungeheure Verantwortung die sogenannte Volksfrontregierung Spaniens vor dem Proletariat der ganzen Welt auf sich lädt, indem sie die Revolution unterdrückt und damit die wirklichen Kräfte des Antifaschismus lähmt. Die spanische Arbeiterschaft hat keine Lohnprämien notwendig um bis zur Erschöpfung für den Sieg gegen den Faschismus zu arbeiten und zu kämpfen. Ihr würde die Sicherheit genügen, dass das Ziel, für welches sie das tut, so einer Anstrengung wert ist. Und gerade in dieser Hinsicht sieht es sich vor den Kopf gestossen. Unter der weisen Führung Prietos macht die Konterrevolution täglich Fortschritte. Mit aller Gewalt und aller Logik zum Trotz, werden mitten in diesem Kampf die alten Privilegien des Kapitalismus wieder eingeführt. Die Volksfrontregierung sucht die Tatsachen unter einem Schwall von Propaganda und durch die systematische Unterdrückung des freien Meinungsausdrucks zu hindern. Negrin erklärt der ausländischen Presse gegenüber, dass die Regierung nicht die Absicht habe, irgendwelche Gesetze bezüglich der Auflösung der Kollektiven zu erlassen; das sei nicht notwendig, weil sie ihr Bestehen nie gesetzlich anerkannte. Wer die Wirklichkeit im republikanischen Spanien kennt weiss, dass die Kollektiven die Grundlage der neuen Wirtschaft bilden, die den Widerstand gegen den Faschismus erst ermöglichten."

"Man darf nicht alle Schuld an dem Vorstoss der Faschisten an der Aragon Front ihrer Ueberlegenheit in Bezug aufs Kriegsmaterial zuschreiben. Die ist gewiss vorhanden und kann einen gelungenen Durchbruchversuch der Franco Armee erklären. Aber für den Zusammenbruch eines ganzen Frontsektors ist sie keine Entschuldigung. 100 km Vormarsch auf einer 60 km breiten Front ohne auf ernstlichen Widerstand zu stossen. Das ist eine Tatsache, die kein gutes Licht auf die Fähigkeit und Verlässlichkeit des Heereskommandos wirft. Die faschistische Offensive kam nicht unerwartet, unsere Kräfte erlaubten uns nicht sie zu verhindern. Aber die Möglichkeit eines Rückzuges hätte unbedingt vorausgesehen, seine Durchführung organisiert werden müssen. Terralverlust einer materiellen Uebermacht gegenüber ist verständlich. Wie der Rückzug vor sich ging, darauf kommt es an. Die gepriesene Heeresorganisation Prietos hat dem Rufe den er selbst ihr beizumessen, nicht entsprochen. Das musste so kommen. Man zerstört nicht ungestraft systematisch die Spannkraft der Antifaschistischen Arbeiter und Kämpfer, wie Prieto und Negrin es seit ihrem Regierungsantritt tun."

AUS DEM ELSASS.

Sie dementieren.

Wie "La Republique" mitteilt, hat neben H. Oberkirch, dem Ehrenpräsidenten des "Comité du Travail", den Herren Haus und Schall von der "Elz", nun auch der verantwortliche Redakteur der "Elz", René Schlegel dementiert, vom "Comité du Travail" Geld erhalten zu haben.

"La Republique" fügt diesen Dementis hinzu:

"Es fehlt nun noch das Dementi des H. Dr. Karl Roos, Direktor der "Elz".

"Bevor wir er absolut feststehenden Tatsache der Geldübergabe an eine verantwortliche Person der "Elz", im Namen und aus der Tasche des "Comité du Travail", näher treten, fordern wir Herrn Dr. Roos auf, uns seinerseits bis spätestens Sonnabend, den 2. April, ein positives Dementi zu geben. Wir werden, wenn dieses Dementi ausgeblieben ist oder erneut durch Nebensächlichkeiten verdunkelt werden sollte, dann pünktlich die notwendigen Präzisionen bringen auf welche die Öffentlichkeit ein Recht hat."

Wir werden nicht verschmähen unsere Leser über die Musserst bezeichnende Subventionsaffaire "Elz - Oberkirch" auf dem Laufenden zu halten, da sie den so oft in lauten Tönen beteuerten Patriotismus unserer Nationalisten, in seinem wahren Licht erscheinen lässt.

+ + + + +

Hüber gründet ein autonomes Syndikat der Gemeindearbeiter.

Die "Neue Welt" hat angezeigt, dass sich ein autonomes, also ausserhalb der CGT stehendes Gemeindearbeiter Syndikat, mit dem Sitz in Colmar gebildet habe.

Die "Humanité" vom 3. April bringt einen ausführlichen Bericht über eine am 1. April stattgefundene Protest- und Abwehrversammlung des Strassburger Syndikats der städtischen Arbeiter gegen den Hüberschen Spaltungsversuch. Leider ist aus diesem Bericht nicht ersichtlich, wie so es den in Colmar auf ein Häuflein zusammengeschrumpften Hüber Leuten möglich gewesen ist, ein autonomes Syndikat aufzuziehen. Die "Neue Welt" spricht in ihrem Bericht von Ausschlüssen, die in Colmar durch die CGT-Syndikats Leitung vorgenommen worden sein sollen. Der Colmarer Berichterstatte in der Strassburger Syndikatsversammlung Huglin hat sich dem Bericht der "Humanité" zufolge gerade in diesem Punkt sehr gewunden und zweideutig ausgedrückt. Jedenfalls erfährt man daraus nicht, ob Ausschlüsse vorgenommen wurden und weshalb diese Ausschlüsse erfolgten. Die Erklärung von Imbs, dass die politische und religiöse Weltanschauung des Einzelnen respektiert werde und jeder ausserhalb des Syndikats nach seiner Weise selig werden könne, wirft die Frage auf, ob innerhalb des Syndikats eine revolutionäre Kritik an der Linie der CGT und der Syndikats Leitung gestattet ist. Ausserhalb des Syndikats beanstanden wir nicht die Genehmigung Imbs zur Vertretung dieser Ansichten. Unter klarer und entschiedener Ablehnung der Hüberschen Politik und seiner Spaltungsversuch muss aber dafür gekämpft werden, dass jedem auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Militanten das Recht gesichert sein muss seine Meinung; auch über den Volksfrontkurs der CGT zu vertreten. Wenn dieses Recht aufgehoben wird; wird die CGT sich weder vor der Zersetzung noch vor der Spaltung schützen können.

+ + + + +

Verantwortlich: Emile Hirtzel



# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 16/V. Jahrgang

Dritte Aprilwoche 1938

## Die neue Regierung.

Die zweite Regierung Blum, die nur eine episodische Existenz von 25 Tagen hatte, hat nichtsdestoweniger für die französische Bourgeoisie wertvolle Dienste geleistet, um die politische Entwicklung in der von der Bourgeoisie gewünschten Richtung weiter voranzutreiben. Sie hat die Ideologie der "nationalen Einheit" in der Arbeiterklasse weitergefördert. Sie hat durch ihr Eingreifen in den Metallarbeiterstreik mit dem Vorschlag der 45 Stundenwoche in den Rüstungsbetrieben der 40 Stundenwoche überhaupt den Genickfang versetzt. Sie hat im Verein mit der Leitung der Gewerkschaften, der SFIO und der KPF sich zu dem Grundsatz bekannt, dass die Forderungen der Arbeiter sich dem unterzuordnen haben, was von der Bourgeoisie als für die nationale Verteidigung erforderlich ausgegeben wird. Sie hat der Bourgeoisie die Handhabe gegeben, die Arbeiterschaft nicht nur im Kriegsfall, sondern auch vorher zu militarisieren, damit einen Strich durch die Sozialgesetzgebung zu machen und die Gewerkschaften außer Funktion zu setzen. Sie hat durch ihre Finanzvorlage die Ausschaltung der Rechte des Parlaments zugunsten der diktatorischen Vollmachten der Exekutivgewalt gefördert. Sie hat durch stillschweigende Zustimmung die Fortsetzung der "Nichtinterventionspolitik" in Spanien und die Verständigung der englischen Regierung mit Mussolini sanktioniert.

Durch die Bildung und das Programm der Regierung Daladier sind daraus weitere Konsequenzen gezogen worden - noch keineswegs die letzten.

Die radikalsozialistische Partei hat der Volkfront im Parlament abnormale einen Tritt versetzt. Die Kommunistische Partei wurde bei den Verhandlungen über die neue Regierung überhaupt nicht mehr herangezogen. Der SFIO wurde durch das Angebot von nur 5 Ministerposten zu verstehen gegeben, dass sie nur noch eine untergeordnete und abhängige Rolle zu spielen hat. Die Regierungsmehrheit ist nach rechts erweitert. Bei den Radikalsozialisten selber hat der rechte Flügel die Führung übernommen. In der neuen Regierung ist die Rechte der "marschierende Flügel". Die Regierung kündigt sich als "Regierung der nationalen Verteidigung" an. Alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen bilden nach dem Ausspruch Daladiers einen "Block" mit den militärischen Fragen, d.h., die werden militärischen Fragen untergeordnet, oder sie werden als militärische erklärt. Ein "engeres Kabinett" von 6 Ministern, das täglich zusammentreten soll, markiert auch formal den Fortschritt in militaristischer Richtung. Dieses engere Kabinett, dessen Vorbild das englische Kriegskabinett ist, soll eine Art Kriegs- und Diktaturkabinett bereits im Frieden sein. Die Regierungserklärung führt die unverhüllte Sprache des Nationalismus und Militarismus. Die in der Regierungserklärung enthaltenen Richtlinien über die Außenpolitik lassen bereit die Maske der Verteidigung der Demokratie fallen und berufen sich unverhüllt auf die Verteidigung der imperialistischen Interessen Frankreichs.

Die von der grossen Bourgeoisie geforderte Marschroute, wie sie in kategorischer Weise im "Temps" vorgeschrieben wird, fordert 1. die Verteidigung des Franken, 2. die unbedingte Verhinderung der Betriebsbesetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit, 3. den Anschluss an die Chamberlain'sche Außenpolitik der Förderung des Sieges von Franco und der Verständigung mit Mussolini.

Das alles hat die KPF und die SFIO nicht davon abgehalten, die Regierung Daladier zu unterstützen. Die KPF tat dieses im Namen der

"Front français", der nationalen Einheitsfront; die SFIC hat sich gegen den Widerstand der Gauche Révolutionnaire für die "bedingte" oder "kontrollierte" Unterstützung der Regierung Daladier ausgesprochen. Den Schlüssel zur Stellung der Mehrheit der SFIC gibt die folgende Erklärung Leon Blums in der Sitzung des Conseil National, warum die SFIC darauf verzichtete, die ausserparlamentarische Massenaktion gegen den Senat durchzuführen:

"Warum haben wir es nicht getan? Es tun, ich sage nicht, dass es die Revolution bedeutete, aber es bedeutete eine revolutionäre Situation zu schaffen und wir haben wohl überlegt gedacht, dass dies beim gegenwärtigen Zustand Frankreichs und Europas nicht möglich sei."

"Auf Grund der Ernstes der Lage wären Ereignisse dieser Art im Ausland aufgebauscht worden, so dass sie Elemente der Gefahr hervorgerufen oder gefördert hätten. Das bedeutete auch, Frankreich in ein solches Abenteuer zu stützen, dass wir nicht mehr imstande gewesen wären, zu führen oder zu leiten. Das ist ein Entschluss, vor dem wir mehr als gezögert haben und ich glaube, dass der Nationalrat mich vollständig versteht."

Der Nationalrat verstand. Die Furcht vor einer revolutionären Situation bestimmte den Beschluss der Mehrheit. Somit kann weiterhin die Bourgeoisie der SFIC das Gesetz des Handelns verschreiben.

Was die KPF angeht, so hat sie wirkliche Demonstrationen oder Aktionen gegen den Senat sabotiert - begründet wurde dies damit, dass der Senat ja eine der republikanischen Einrichtungen sei, die die Volksfront schützen müsse. Der wirkliche Grund ist das Hinsteuern auf die nationale Front, die "Front française", um im letzten Augenblick rein demagogisch von der SFIC zu verlangen, dass sie den Kampf gegen den Senat aufnehme.

Die Volksfront ist schon seit einiger Zeit tot. Was sich jetzt vollzieht, ist die fortschreitende Zersetzung dieses Kadavers, seine Auflösung in der nationalen und Bürgerfriedensfront. Dass sich dieser Prozess in den abstoßendsten Formen vollzieht, liegt in der Natur der Sache.

In der Arbeiterschaft selbst erweckt die Politik der fortgesetzten Kapitulation vor der Bourgeoisie auf innerpolitischem Gebiete, wie die offene Freigabe Spaniens steigenden Unwillen und zum Teil Widerstand. Er massierte sich in den Streiks in den Pariser Metall- und Rüstungsbetrieben, die gegen den Willen der Leitungen der Gewerkschaften der SFIC und der KPF eingeleitet und durchgeführt sind; - die wirkliche Leitung dabei hatten die Fabrikdelegierten, in den Demonstrationen für Spanien, in der Demonstration gegen den Senat, die von der Gauche Révolutionnaire veranstaltet wurde und in der Schwäche der Volksfrontdemonstration vom 10. April. Die Schwäche dieses Widerstandes besteht darin, dass er einer einheitlichen und zielbewussten Führung ermangelt. Soweit eine solche vorhanden ist, wird sie in gewissem Umfange von der Gauche Révolutionnaire der SFIC dargestellt.

Es ist jetzt schon klar, dass die französische Bourgeoisie, um ihr reaktionäres Programm vollständig durchzuführen und die angestrebte militaristisch-faschistische Diktatur aufzurichten zu können, zuvor den spontanen Widerstand der Arbeiter gewaltsam niederwerfen muss. Die Führungen der Gewerkschaften, der SFIC und der KPF leisten ihr dazu Hilfsdienste, indem sie im wachsenden Masse Demoralisation und Verwirrung in die Arbeiterklasse tragen und sie hindern, ihren Widerstand gegen die Angriffe der Bourgeoisie organisiert und zentralisiert zu führen.

Die Regierung Daladier ist ein weiterer "Übergang" in der angegebenen Richtung. Die Börse hat diese Regierung lementsprechend freudig begrüßt.

+++++

Wie spielte sich wirklich die Annexion Österreichs ab? Das können Sie erfahren aus der neuesten Nummer der Zeitschrift:

Der Internationale Klassenkampf

Bestellungen bei: Alfred Quirt, Wolfisheim, Bas-Rhin. Preis Frs. 1.50



Der Abschluss des Metallarbeiterstreiks.

Die Pariser Metallarbeiter ein Opfer der Politik der "Union nationale".

Der Streik der Pariser Metallarbeiter, der fast 4 Wochen währte und an Umfang beständig zunahm, steht vor seinem Abschluss. Der Streikausbruch fiel zeitlich zusammen, mit dem Versuch Leon Blums die "Union nationale" von Thorez bis Marin zu bilden und mit der Erklärung der CGT, dass die Arbeiterschaft zur "Anpassung" der sozialen Reformen an die Bedürfnisse der gesteigerten Aufrüstung bereit ist. Die SFIC hatte dabei ihren Führungsanspruch bei diesem Werk der Bourgeoisie auch damit nahe zu bringen versucht, dass allein Leon Blum das Vertrauen der Arbeitermassen genieße, auf das gestützt, man allein die Arbeiterschaft ohne schwere soziale Erschütterungen für die Aufgabe ihrer Klasseninteressen im vermeintlichen Interesse der Verteidigung der Demokratie gegen den internationalen Faschismus gewinnen könne.

Der spontan ausgelöste und von den gewerkschaftlichen Betriebs-Vertrauensleuten getragene Streik und der Fall Jouhaux (SEE Kundgebung im Buffalo) zeigten der Bourgeoisie, dass die Erklärungen Blums und der CGT-Führung nicht dem realen Stand der Dinge entsprachen. Im Gegenteil. Die Bourgeoisie sah die Deklamationen Blums und Jouhaux durch den Streik nicht nur widerlegt, sondern betrachtete die Etablierung einer Regierung unter sozialistischer Leitung, als eine Ermunterung und Begünstigung des Wiedererwachens der gewerkschaftlichen Aktivität der Arbeiter.

Daraus erklärte sich:

1. das beschämende Verhalten der Arbeiterorganisationen (Beschränkung des Streiks, Ablehnung der Verantwortung für den Streik, Aufforderung zum Streikbruch im "Populaire", Ablehnung der Lohnforderungen durch die Regierung, ständiges Nachgeben der Gewerkschaftsinstanzen und keinerlei Reaktion auf das provokatorische Verhalten der Unternehmer;

2. die parallel damit sich stetig verwehrende Intransigenz der Unternehmer, die darin ihren Ausdruck fand, dass das Patronat selbst die nichtsagenden und jetzt von Daladier praktisch durchgeführten Vorschläge der Regierung Blum ablehnte und zuletzt die Regierung überhaupt ignorierte.

In diesem Zusammenhang sei noch auf folgendes hingewiesen. Die streikfeindliche Haltung der Arbeiterorganisationen begünstigte auch die faschistische Propaganda beim Kleinbürgertum in Stadt und Land gegen die Streikenden. Statt die volle Berechtigung der Forderungen der Streikenden breit zu erläutern und damit das Kleinbürgertum von ihrer Berechtigung zu überzeugen, hat man sich um die Verantwortung für den Streik gekümmert und damit der faschistischen Demagogie gegen die Streikenden beim Kleinbürgertum Tür und Tor geöffnet. So wirken die führenden Arbeiterorganisationen, die jede Kapitulation vor der Bourgeoisie mit der Notwendigkeit des Bündnisses mit den Mittelschichten zu rechtfertigen versuchen, gegen ein wahres Kampfbündnis zwischen Proletariat und dem werktätigen Kleinbürgertum in Stadt und Land.

So wurden im Verlauf des Kampfes und infolge des schmachvollen Verhaltens der CGT, der Arbeiterparteien und der Regierung Blum, die Rollen völlig vertauscht. Die Gewerkschaftsinstanzen gaben eine Forderung und eine Position der Streikenden nacheinander auf, beschuldigten das Patronat der Missachtung der Landesinteressen im Interesse ihrer Klasseninteressen und der Absicht den Streik zu erweitern. Das Unternehmertum aber nutzte diese Stellung aus und gab nunmehr deutlich zu verstehen, dass es eine völlige Unterwerfung der Arbeiter und eine Änderung der Regierung im Sinne einer nachhaltigeren Sicherung des "sozialen" Friedens erstrebe.

Die Lage fand ihren Ausdruck in dem Abgang der Regierung Blum, in der Etablierung des Kabinetts der Landesverteidigung durch Einbeziehung des parlamentarischen Zentrums und die Regelung der Arbeitskonflikte unter der Assistenz des Kriegsministeriums auf eine den Forderungen der Unternehmer Rechnung tragenden Basis.

(Fortsetzung des Artikels auf Seite 10)

Ein Aufruf der POUM an die internationale Arbeiterklasse.

=====

Die Politik, die in Spanien von der Koalitionsregierung, deren konterrevolutionären Charakter wir wiederholt angeprangert haben, betrieben wird, hat ihre Früchte getragen und zu der gegenwärtigen Lage im Bürgerkrieg geführt. Die Horden Franco, Hitlers und Mussolinis setzen ihren Vormarsch fort, indem sie auf ihrem Weg die Leichen tausender revolutionärer Arbeiter und Bauern die heldenmütig bis zum Tod gekämpft haben, hinter sich lassen.

Ebenso wie während der Schlachten im Norden werden auch jetzt wieder die Arbeiter ständig von den Polizeitruppen, die bereits in den Maitagen gezeigt hatten, was sie wert sind, verraten. Aber die Arbeiter, die sich ihrer revolutionären Pflicht bewusst sind, kämpfen wie ein Mann an der Front und wahren sich mit ihren Fäusten gegen das übermächtige Kriegsmaterial des Feindes.

Die spanischen Werktätigen sind bereit sich zu opfern und bis zum letzten zu kämpfen: Sie wollen ihre revolutionären Eroberungen verteidigen und werden vor keiner Anstrengung in dem ungleichen Kampfe gegen Franco und seine Verbündeten, Hitler, Mussolini und das Weltkapital zurückschrecken.

Die spanischen Arbeiter brauchen jedoch heute mehr denn je zuvor die direkte und unmittelbare Hilfe des internationalen Proletariats. Wenn die Arbeiter aller Länder nicht ihre stalinistischen und sozialdemokratischen Führer verpflichten, mit einer Politik zu brechen, die sie verhindert hat, dem spanischen Proletariat wirksame Hilfe zu leisten, dann werden dessen Opfer wirkungslos bleiben.

Indem sie ihr Blut vergiessen, verteidigen die spanischen Arbeiter die Errungenschaften und Machtpositionen der Werktätigen der ganzen Welt. Wenn das spanische Proletariat von Franco besiegt werden sollte, dann wird die Reaktion sich unerbittlich auf die Arbeiter aller Länder stürzen. Die internationale Arbeiterfront gegen den Kapitalismus befindet sich heute in Spanien. Wenn die Arbeiterklasse es zulässt, dass ihre Vorhut niedergeworfen wird, dann wird sie die Folgen davon für lange Zeit hinaus zu tragen haben.

Arbeiter! Eure Führer haben euch irreführt, in dem sie euch an die Nichtinterventionspolitik der internationalen Bourgeoisie gekettet haben, die nur imstande war, dem Kapitalismus zu nützen und ihm zu helfen die spanische Revolution die am 19. Juli, nach dem faschistischen Aufstand begonnen hat, tödlich zu treffen.

Dem Beispiel der spanischen Arbeiter folgend, die zu zehntausenden an die Front eilen, um den Vormarsch des Faschismus zu verhindern, ist es eure Pflicht, euch gegen die Bourgeoisie zu erheben, die Franco unterstützt hat und euch gegen die stalinistischen und sozialdemokratischen Führer zu wenden, die diese Politik unterstützt haben, indem sie die sozialistische Revolution in Spanien bekämpfen.

Von eurer unmittelbaren und entschlossenen Aktion hängt die Preisgabe der Nichtinterventionspolitik - der Aufschwung der spanischen Revolution ab.

Arbeiter, es ist noch Zeit zu handeln. Ihr müsst das spanische Proletariat retten, das seinen Heldenmut und sein Klassenbewusstsein bewiesen hat.

Das geringste Zögern euresseits kann bewirken, dass alles verloren geht, und ihr werdet dann vor der Geschichte die furchtbare Verantwortung teilen, die eure Führer tragen.



Die Niederlage der spanischen Revolution würde es eurer Bourgeoisie gestatten, auch gegenüber in einer nahen Zukunft die Methoden anzuwenden, die in den Ländern üblich sind, die sich unter dem Joch des Faschismus befinden.

Seit euch dessen bewusst, dass die Bourgeoisie der sogenannten demokratischen Länder nur auf die Niederlage des spanischen Proletariats wartet, um auch eine entscheidende Schlacht zu liefern, und dass allein der Sieg des spanischen Proletariats den imperialistischen Krieg verhindern kann.

Genug des Zügens! Auf zur sofortigen Aktion zur Unterstützung und eurer spanischen Kameraden, deren Kampf auch der eurige ist..

Das Weltproletariat darf in einem solchen Augenblick nicht felge sein, es darf nicht dadurch, dass es sie im Stiche lässt, die Niederlage der heldenhaften spanischen Kämpfer begünstigen. Die spanischen Arbeiter brauchen sofort Waffen und Munition. Erwartet nichts von eurer Bourgeoisie! Ihr fabriziert Flugzeuge, Kanonen, Maschinengewehre .... Ihr könnt sie ihnen geben.

Boycottiert die Herstellung und den Transport von Material, das für Franco Spanien und seine Verbündeten bestimmt ist!

Fördert die sofortige Befreiung der Kämpfer der ersten Stunde, der tausenden von revolutionären Arbeitern, die die Regierungsgesängnisse bevölkern, in die sie von denjenigen eingesperrt worden sind, die für die schwierige Situation verantwortlich sind, in der sich augenblicklich der spanische Bürgerkrieg befindet. Diese Befreiung ist notwendig um die Einheit der Arbeiter im Kampfe für die Revolution und für den Sieg über Franco zu verstärken.

Möge eure Aktion den Werktätigen Spaniens helfen, die Position, die sie im am 19. Juli erobert haben, wieder zu gewinnen. Helft ihnen in ihrem Heldenkampfe gegen Franco und den internationalen Faschismus.

Helft ihnen, die sozialistische Revolution zu verwirklichen.

Es lebe die spanische proletarische Revolution!  
Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Barcelona, im April 1938

P • U M

(Partei für marxist. Arbeitereinheit)

+ + + + +

Ein Aktionsprogramm der ILP gegen Faschismus und Krieg.

Im "New Leader", vom 25. März 1938, dem Organ der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei, veröffentlicht Fenner Brockway das folgende Aktionsprogramm der ILP gegen Faschismus und Krieg.

1. Die britische Arbeiterklasse muss verlangen, dass die Nationale Regierung mit ihren Verhandlungen mit Mussolini und Hitler Schluss macht. Sie muss fordern, dass britische Finanzkreise Mussolini und Hitler keine Anleihen gewähren, um ihr faschistisches Regime zu stabilisieren.

Diese Forderungen sollten nicht nur politische sein. 1920 bedrohte eine konservative Regierung Soxjet-Russland mit Krieg. Die britische Arbeiterbewegung beantwortete überall diese Drohung mit der Bildung

von Aktionskomitees und indem sie auf einer grossen nationalen Konferenz der Regierung ankündigte, dass der erste Schritt zum Kriege den Generalstreik zur Folge haben würde.

Die Politik der Nationalen Regierung ist augenblicklich ebenso verheerend. Wieder sollten Aktionskomitees gebildet werden. Wieder sollte der Regierung gesagt werden, dass wenn sie mit den Verhandlungen und der Unterstützung Mussolinis und Hitler fortfährt, die Arbeiterklasse der Nationalen Regierung den Krieg durch den Generalstreik erklären wird.

2. Die Arbeiterklasse muss die Massenforderung stellen, dass die spanischen Arbeiter und Bauern selbst in dieser vorgerückten Stunde vor dem Faschismus gerettet werden. Es muss darauf bestanden werden, dass die spanische Regierung das Recht erhält, Waffen zu kaufen.

Die politische und gewerkschaftliche Führung der Arbeiterklasse sollte Aktionen in den Waffenfabriken und Docks organisieren. Sie sollte Lastwagen mit Waffen und Freiwilligenkontingente zur Unterstützung von Spanien in den Docks verladen.

Ummöglich? Ummöglich nur deshalb, weil wir durch die Vorstellung hypnotisiert worden sind, dass wir nicht selbständig handeln können, dass wir nur auf die Regierung blicken können. Eine solche Aktion würde unmittelbar zu einer Wendung führen; sie würde sowohl die Arbeiter des ganzen Landes mobilisieren und anfeuern, wie auch breite Kreise des Kleinbürgertums.

3. Die Gewerkschaftsbewegung sollte ihre Mitwirkung bei dem Aufrüstungsprogramm verweigern. Keine Überstunden etc. Die Arbeiterbewegung kann viel mehr tun, als nur im Parlament gegen die Aufrüstung zugunsten einer kapitalistischen Politik zu stimmen. Sie kann im Lande selbst arbeiten. Die Arbeiter haben Macht in ihren Händen; wenn sie sie nur gebrauchen wollen.

4. Die ganze Arbeiterbewegung muss zum Ausdruck bringen, dass sie der industriellen Mobilisierung und der allgemeinen Wehrpflicht Widerstand entgegensetzen wird. Es darf in dieser Beziehung keine Ausflüchte geben. Mr. A.V. Alexander, Mitglied des Parlaments, hielt am Montag im Parlament eine unglaubliche Rede, in der er zu verstehen gab, dass die Arbeiterpartei bereit sein würde, für die "kollektive Sicherheit" die allgemeine Dienstpflicht in "auf zu nehmen.

5. Eine aktuelle wichtige Forderung, welche die britischen Arbeiter stellen müssen, ist die folgende: unsere Häfen sollen den Flüchtlingen aus den faschistischen Ländern geöffnet werden. Die Handlungsweise der britischen Behörden in den letzten Tagen, welche von Oesterreich kommende Flüchtlinge zurückgewiesen haben, ist von einer unglaublichen Grausamkeit. Das ist eine Angelegenheit der Solidarität und von sozialistischer Bedeutung.

6. Wir müssen die Einheit der Arbeiterklasse herstellen, um die Nationale Regierung erfolgreich zu bekämpfen. Lasst uns eine Basis der Einheit schaffen und dann die Massenforderung der Auflösung der Regierung stellen und die Losung des Sieges der Arbeiterklasse herausgeben.

Bis jetzt habe ich mich mit den Aktionen der britischen Arbeiter beschäftigt, aber wir leben in einer Zeit, die internationale Aktionen der Arbeiterklasse erfordert.

Vor kurzem hat eine Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der II. Internationale in Paris stattgefunden. Ihre Direktiven an die ihnen angeschlossenen Sektionen lauten unter anderem:





Bertram D. Wolfe (New-York):

## Der Kampf um das mexikanische Petroleum.

Der Konflikt zwischen den englisch-amerikanischen Petroleumgesellschaften und den mexikanischen Petroleuarbeitern, wird mehr und mehr zu einer Krise in den Beziehungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Mexikos. Nach einigen Wochen die voll angefüllt waren mit einem starken Kampf hinter den Kulissen, hat die Roosevelt Regierung jetzt gezeigt, dass der "gute Nachbar" hinter seinem Rücken immer noch den grossen Knüppel verbirgt, der durch Theodore Roosevelt berühmt geworden ist.

Der Druck begann, als die Petroleumgesellschaften sich weigerten, den Schiedsbruch der Schlichtungsinstanz für Arbeiterfragen anzunehmen, er verschärfte sich mit der Drohung, die Betriebe zu schliessen, er enthüllte sich in aller Deutlichkeit, als sie ihre enormen Guthaben von den mexikanischen Banken abhoben und versuchten, eine Finanzpanik in Mexiko hervorzurufen. Jetzt hat die Regierung der Vereinigten Staaten einen weiteren Versuch unternommen, um die mexikanische Wirtschaft zu zerrütten, indem sie den Silberpreis herabgesetzt und den Silberkaufvertrag annulliert hat, demzufolge sie jährlich über 60 Millionen Unzen Silber zu 45 Cents pro Unze von Mexiko ankauft. Es wird öffentlich erklärt, dass diese Massnahme eine "Repressalie" sei, d.h. eine Zwangsmassnahme gegen die mexikanische Regierung im Interesse der Standard-Oil, Shell, Sinclair, Pennme und anderer Gesellschaften. Das verpflichtet die amerikanische Gewerkschaftsbewegung und die amerikanischen Massen, sich zur Verteidigung der mexikanischen Petroleuarbeiter zusammenzuschliessen und mit aller Kraft der Ausnutzung der amerikanischen Regierung und des Finanzministeriums durch die Petroleumgesellschaften zum Zwecke der Einschüchterung Mexikos, Widerstand zu leisten. Dieser Konflikt offenbart mit einem Schlage die wahre Natur der amerikanischen Regierung, ob "New Deal" oder "Old Deal", sie bleibt ein Instrument der amerikanischen herrschenden Klasse, einer der brutalsten in der ganzen Welt.

Der "Daily Worker" das Zentralorgan der KP der Vereinigten Staaten, der sich eifrig bemüht hat, den amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus reinzuwaschen, um die amerikanische Arbeiterklasse vor die Kriegsmaschine zu spannen, verwandelt Roosevelt in einer Art unschuldigem Werkzeug in den Händen "schlechter Ratgeber" im Ausserministerium, die wie die "schlechten Ratgeber" des Väterchen Zar die Prügelknaben für seine Missetaten sind.

"Hinter dieser ganzen Sache" schreibt der "Daily Worker" in seinem Leitartikel vom 20. März 1938, "sehen wir die raffinierte faschistische Hand des amerikanischen konservativen Diplomaten Sumner Welles, und der reaktionären Clique, deren Führer er in der Bundesregierung ist." Armer Roosevelt! Er weiss natürlich nichts davon. Sumner Welles bestimmt Henry Morgenthau schwingt den silbernen Knüppel, während Franklin D. Roosevelt in Warm Springs ist! Auf dieselbe Art und Weise erklärt man die skandalöse Unterstützung des blutigen Batista auf Cuba und des nicht weniger blutigen Trujillo in Santo Domingo, von Vargas in Brasilien, von Benavides in Peru usw. durch die amerikanische Regierung. Die Kommunist. Partei mag in hoch so fettgedruckten Schlagzeilen ihre Freundschaft für das mexikanische Volk beteuern - die Tatsache bleibt bestehen, dass sie versucht die Regierung reinzuwaschen, und dass sie dadurch den Angriff auf Mexiko unterstützt. Das ist die Logik des stalinistischen Chauvinismus.

Der Konflikt in Mexiko hat sich seit 1934 aus einer Reihe von Streiks und schiedsgerichtlichen Prozeduren, die die Petroleumgesellschaften ursprünglich selber gefordert haben, herausentwickelt. Die Petroleumgesellschaften weigerten sich, die Schiedsrichte anzuerkennen, zogen ihre Einlagen zurück, versuchten die Betriebe zu schliessen und





Fortsetzung von Seite 5.

Die Pariser Metallarbeiter ein Opfer der Politik der "Union nationale".

Der Schiedsspruch für die nationalisierten Betriebe, der die Marschroute für die Regelung des Gesamtkonflikts festlegt, bringt den Arbeitern weder materielle noch rechtliche Vorteile. Von einer Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung ist keine Rede, denn der sehr geringfügige Zuschlag von 75 Cts. die Stunde wird völlig aufgehoben durch die Ersetzung der 40 Stunden Woche durch die 45 Stunden Woche unter Wegfall der bisher zu zahlenden Ueberstundenzuschläge. Die 40 Stunden Woche ist also praktisch beseitigt, was noch dadurch unterstrichen wird, dass zur Ausdehnung der Arbeitszeit auf 45 Stunden keine Zustimmung der Betriebsdelegierten nötig ist. Der Wegfall der Ueberstundenzuschläge stellt das rechtlich vollkommen klar. Die Initiative der Gewerkschaften zu diesem Schiedsspruch unterstreicht nur, dass die von ihnen geforderte "Union nationale", sie nicht nur der Fähigkeit beraubt die Junierrungenschaften der Arbeiter zu verteidigen, sondern sie zu Schrittmachern der Sozialreaktion macht.

Mit diesem Ergebnis hat die französische Arbeiterklasse die erste Schlacht um die Verteidigung der Reste der Junierrungenschaften verloren, dank dem Zusammenspiel ihrer Führung mit der Bourgeoisie im Namen der "Union nationale".

Es ist an der Zeit, dass sich gegen die Politik der gewollten Niederlage eine organisierte Opposition in der CGT erhebt.

-----

Marceau Pivert und seine Freunde gemassregelt.

=====

Die CAP der Sozialistischen Partei hat Marceau Pivert, Weill-Curie, Goldschild und die anderen der "gauche révolutionnaire" angehörenden Mitglieder der Leitung der Seifeöderation der SFIO gemassregelt. Marceau Pivert ist auf drei, seinen Freund auf zwei Jahre das Recht abgesprochen worden, irgendwelche Funktionen in der SFIO zu bekleiden. Die Führer der SFIO, die Blum und Paul Faure wollen es der Leitung der Seifeöderation als Disziplinbruch ankreiden, dass sie sich, ohne So. Exzellenz den Herrn Generalsekretär zu befragen, an die anderen lokalen Organisationen der Partei gewandt haben, um sie zum gemeinsamen Kampf gegen die von den Führer der SFIO befürwortete Burgfriedenspolitik aufzufordern. Es ist nach Blum und Paul Faure also "Disziplinbruch", wenn Mitglieder der SFIO sich für die elementaren Grundsätze des Klassenkampfes gegen eine Politik der Verschacherung der Arbeiter an den Sozialchauvinismus erklären. Der Beschluss der CAP gegen Pivert zeigt, was von der "revolutionären Charakter" der SFIO in Wirklichkeit zu halten ist. Die besondere Wut der Blum und Paul Faure gegen die gauche révolutionnaire rührt daher, dass die Genossen der gauche révolutionnaire ihren ernststen Willen, der Sache des proletarischen Klassenkampfes zu dienen, nicht bloc in Worten, sondern auch durch die Tat bewiesen haben. Es ist kein Zufall, dass der Beschluss der CAP einige Tage nach der Demonstrationsfolge, die die Seifeöderation vor der Sénat entgegen dem Verbot durch damals noch von Dormoy geleitete Polizei, entgegen der Sabotage durch die Führung und Presse der SFIO und durch die Instanzen der VPF und der CGT organisiert hatte.

Die Leitung der Seifeöderation hat auf die Resolution der CAP mit Beschlüssen geantwortet die zeigen, dass sie nicht gewillt ist, sich diese Provokation gefallen zu lassen.

-----



Erscheint woechentlich

Einzelexemplar: 0.75 Cts.  
Monatlich: 2.50 Frs.  
Ausland: 3.50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 17/V. Jahrgang

Vierte Aprilwoche 1938

## Flugzeuge und Kanonen fuer die spanischen Antifaschisten - Amnestie fuer die antifaschistischen Gefangenen im republikanischen Spanien I.

Die spanische Arbeiterklasse befindet sich in einer ausserordentlich kritischen und gefaehrlichen Situation. Den Faschisten ist es gelungen, die Mittelmeerkueste zu erreichen und dadurch Katalonien von den anderen Provinzen des republikanischen Spaniens abzuschneiden. Die internationale Arbeiterklasse hat die Pflicht, alle, aber auch wirklich alle Mittel, die ihr zur Verfuegung stehen, aufzubieten, um ihren spanischen Bruedern beizustehen. Die Niederlage des spanischen Proletariats waere ein fuerchterlicher Schlag fuer die gesamte internationale Arbeiterschaft und insbesondere fuer die Werktatigen Frankreichs. Es gilt dafuer zu sorgen, dass mit der schaedlichen Nichtinterventionspolitik Schluss gemacht wird und dass die spanischen Antifaschisten, die einen ungleichen Kampf gegen die Flugzeuge, Kanonen und Truppen des italienischen und deutschen Faschismus zu bestehen haben, die noetigen Waffen und Flugzeuge erhalten! Die franzoesischen Arbeiter muessen sich dessen bewusst werden, dass die Deklamationen der Fuehrer der SFIO, der KPF und der CGT gegen die Nichtinterventionspolitik alles andere sind als ernsthafter Kampf gegen diese Politik, dass sie vielmehr nur den Zweck haben, den tatsaechlichen Verrat dieser Fuehrer am Kampfe der spanischen Arbeiter zu verschleiern. Der "Populaire" protestiert jetzt gegen die Nichtinterventionspolitik - solange seine Parteifreunde in der Regierung sassen, hat er diese Politik verteidigt. In der "Humanité" uobt sich Gabriel Péri in der Kunst, den Teufel bei seiner Grossmutter zu verklagen und appelliert gegen die Nichtinterventionspolitik an den "Antifaschismus" eines ..... Georges Bonnet! Die Fuehrer der SFIO, der KPF und der CGT denken aber keineswegs daran, auch nur einen Finger zu ruehren, um wirklich etwas gegen die Nichtinterventionspolitik zu tun, denn dies hiesse ja, der Regierung Daladier Schwierigkeiten zu bereiten und der Fregfriedenspolitik zuwiderhandeln. Dabei hat das neue englisch-italienische Abkommen ein uebriges Mal und mit zynischer Deutlichkeit festgestellt, dass die demokratischen Imperialisten Englands und natuerlich auch Frankreichs, den Daladier folgt den Spuren Chamberlains, auf den Sieg Francos setzen und dass ein wirklicher Kampf gegen die Nichtinterventionspolitik nur durch Massenaktionen gegen die Bourgeoisie und die Regierungen der demokratischen Laender moeglich ist.

Die gegenwaertige kritische Lage im spanischen Buergerkrieg zeigt, dass die spanischen Volksfrontpropheten - voran die Stalinisten - mit ihrer Politik die internationale Arbeiterschaft, die spanischen Werktatigen und sich selbst betrogen haben. Die spanische Volksfrontregierung hat die revolutionaere Vorhut des Proletariats niedergeschlagen und verfolgt, sie hat die revolutionaeren Errungenschaften des Proletariats abgebaut, was die Niederlagen an der Front zur notwendigen Konsequenz haben musste. Wo ist die grosse regulaeere Volksarmee, von der die Negrin-Regierung und die Stalinisten so viel gesprochen haben? Jetzt hoeren wir, dass Freiwillige un- ausgebildet und ohne Waffen an die Front gehen. Die Volksfrontregierung hat sich als unfaehtig erwiesen, alle wehrfaehigen Maenner des republikanischen Spanien zu einer machtvollen regulaeeren Armee zu organisieren, weil das im Kampfe gegen den Faschismus nur von einer revolutionaeren Regierung und in der Form einer Roten Klassenarmee der proletarischen Revolution geschehen kann. Die Umstellung auf das "Volksheer" hat praktisch nur bewirkt, dass die spanischen Arbeiter und Bauern, die an den Fronten unter den grossten

Schwierigkeiten helderhaft kämpfen, dem von keiner proletarischen revolutionären Instanz kontrollierten Schalten und Werten von unfachigen beziehungsweise verräterischen bürokratischen Offizieren ausgeliefert wurden. Nach 18 Monaten Bürgerkrieg hat die Volksfrontregierung es nicht fertig gebracht, die spanische Industrie auf die Kriegsproduktion umzustellen und zwar deswegen, weil sie ihrer konterrevolutionären Politik gemäss ihre Energien darauf konzentrierte, den Arbeitern und ihren Gewerkschaften die Leitung der industriellen Betriebe wieder zu entreissen. Die Negrin etc. und ihre stalinistischen Bundesgenossen und Zirbläser wollen ihre Verantwortung fuer die tragische Lage, in der sich die spanische Arbeiterklasse jetzt befindet, dadurch verschleiern, dass sie die Verfolgung der Vorkämpfer der spanischen Revolution, voran der Genossen der FOU\* steigern. Die internationale Arbeiterklasse muss mit aller Entschiedenheit die Amnestie der antifaschistischen Gefangenen im republikanischen Spanien fordern. Diese Amnestie ist im Interesse des erfolgreichen Widerstandes gegen die Horden Francos notwendig. Damit Franco zurueckgeschlagen und geschlagen werden kann, ist es notwendig, dass das spanische Proletariat seine Kraft als Klasse voll zur Geltung bringt. Die Sache der spanischen Arbeiterklasse ist in Gefahr, aber sie ist nicht verloren. Die spanische Arbeiterklasse kann siegen, wenn sie der konterrevolutionären Volksfrontpolitik zum Trotz die proletarische Revolution, die am 19. Juli 1936 begonnen hat, fortsetzt und vollendet.

+ + + + +

Eine neue Terrorwelle gegen die FOU\* !  
 =====

Mit der Neubildung der Regierung Negrin, in der die Stalinisten einen entscheidenden Einfluss haben, hat im republikanischen Spanien ein verstaerkter gegen die revolutionären Antifaschisten, besonders gegen die FOU\*, eingesetzt. Die Tage des Juni 1937 scheinen zurueckgekehrt zu sein. Die Militanten der FOU\*, die in der letzten Zeit eine rege Taetigkeit entfaltet haben, wuessen sich wieder verborgen halten, um nicht der Polizei, der KF und der PSUC in die Haende zu fallen, die eifrig nach ihnen suchen. Die Arbeiter, die gehofft hatten, dass die Regierung Negrin angesichts der schwierigen militaerischen Situation die Freilassung der antifaschistischen Gefangenen verfuegen wuerde, um den so bitter benoetigten Enthusiasmus der Massen einen neuen Anstoss zu geben und die Kampfmoral zu heben, sehen sich in ihren Hoffnungen enttaeuscht. Die antifaschistischen Gefangenen werden nicht nur nicht freigelassen, ihre Zahl wird sogar noch taeglich vermehrt. Neben Massenverhaftungen werden neue Morde an FOU\*-Genossen gemeldet. An der Aragon Front sind in den letzten Tagen zwanzig Militanten der FOU\* von den Stalinisten erschossen worden. Aus Barcelona wird berichtet, dass die Genossen des Exekutivkomitees der FOU\*, Gorkin, Bonnet, Andrade, Escuder etc., die bisher in Valencia inhaftiert waren, sowie andere FOU\*-Mitglieder, die in Provinzgefängnissen sasssen, nach Barcelona ueberfuehrt worden sind. Es besteht die grosse Gefahr, dass die neue Regierung Negrin einen Gehörprozess gegen die FOU\*-Fuehrer veranstaltet und sie zum Tode verurteilen laesst.

Die Hintergruende der neuen Verfolgungen.

Ueber die politischen Hintergruende der neuen Terrorwelle gegen die FOU\* schreibt Genosse Joan Caivet von der FOU\*:

" Seit kurzer Zeit liefert die SU wieder Kriegsmaterial Spanien, nachdem sie monatelang alle Lieferungen eingestellt hatte. Die neue materielle Hilfe der SU hat genau zwei Tage nach der Umbildung der Regierung Negrin begonnen. Das bedeutet, dass die SU wieder einmal ihre Materiallieferungen zu einer politischen Uebersetzung ausnutzt.

Wir hoffen und wir wuenschen, dass die Hilfe der SU ausreicht, um den faschistischen Verruecher zum Stehen zu bringen und dann zu



siegreichen Gegenoffensive überzuführen, damit das verlorene Terrain zu-  
rueckerobert wird. Aber wir koennen nicht urhin die folgende Frage zu stel-  
len: waere die materielle Hilfe, die die SU jetzt leistet, nicht wirksa-  
mer gewesen, wenn sie frueher gekommen waere, ehe die militaerische Lage  
sich so verschlechtert hat, ehe es den Faschisten gelungen ist, die elek-  
trischen Kraftwerke, die die Fabriken in Barcelona beliefern, zu besetzen,  
das Meer zu erreichen und Katalonien vom uebrigen antifaschistischen Spa-  
nien zu trennen? Haette sie nicht kommen muessen, ehe die Faschisten im-  
stande gewesen waeren, ueber ihre alten Positionen hinaus vorzuruecken?

Niemand wird das leugnen koennen. Aber die Stalinisten in Moskau dachten nicht daran, den spanischen Antifaschisten zu Hilfe zu kommen, bevor die neue Regierung nicht ihre Forderungen akzeptiert hatte. Prieto passte ihnen nicht. Mit ihm und seinen Freunden zusammen hatten sie Largo Caballero gestuerzt, als dieser ihnen zu unabhängig wurde. Aber nachdem Prieto mit Hilfe der Stalinisten den linken Fluegel seiner Partei besiegt hatte, wollte er sich nun seinerseits der Stalinisten entledigen. Unter anderem glaubte er, er wuerde dann, wenn er gleichzeitig auch die Anarchisten links liegen liesse, leichter Unterstuetzung bei den demokratischen imperialistischen Staaten finden. Aber die Stalinisten durchschauten Prietos Manoever und wussten, es zu durchkreuzen. Sie gewannen die Anarchisten als Bundesgenossen gegen Prieto unter dem Vorwand, dass es golte die Revolution gegen Prieto zu verteidigen - dieselbe Revolution, die sie mit der Unterstuetzung Prietos und der buergerlichen Republikaner niedergeschlagen haben.

Prieto dachte sich auf die Republikaner stuetzen zu koennen, aber diese, die realistaecher dachten und mehr um ihre Interessen besorgt waren, wandten ihre Gunst Alvarez del Vayo zu, von dem sie annahmen, dass er diese ihre Interessen im Augenblick besser verteidigen koenne. Was Negrin betrifft, so spielt er heute dieselbe Rolle des Statisten bei Alvarez del Vayo, die er vorher bei Prieto gespielt hat.

Die Hilfe der SU kam nicht eher, als Prieto und die CNT auf der grossen Linie, jeder auf seine Weise, nachgegeben hatten. Was kuenemerte Stalin der faschistische Vormarsch! Die Hauptsache war, Prieto zu Fall zu bringen.

Prieto fiel. Eine neue Regierung, in der die Stalinisten vorherrschend sind, wurde gebildet. Und die SU schickte Kriegsmaterial.

Die spanischen Arbeiter fragen sich jedoch ebenso wie wir uns, warum diese Hilfe nicht so frueh gekommen ist, dass sie nicht nur den faschistischen Vormarsch aufgehalten, sondern gestattet haette, die Offensive der Antifaschisten bei Teruel fortzufuehren? Natuerlich koennen die Stalinisten nicht zugeben, dass der Grund war, Prieto von der Macht zu entformen. Deshalb suchen sie fuer die Niederlage an der Aragon Front andere Erklarungen. In einem Manifest der Vereinigten Sozialistischen Jugend wird behauptet, die "Trotzkisten", d.h. die PCUM, seien fuer den Rueckzug und den Zusammenbruch der Aragonfront verantwortlich. In der auslaendischen stalinistischen Presse kann man sogar lesen, dass die Bataillone der PCUM die Aragonfront im Stich gelassen haetten. Aber die Bataillone der PCUM existieren bekanntlich seit langem nicht mehr. Die wenigen militaerischen Formationen, in denen die PCUM dominierte, sind bei der Einnahme von Teruel, bei der sie als Stostruppe hervorragend gekaempft haben, aufgerieben worden. Bei Caspe und an der uebrigen Front befanden sich die Streitkraefte meistens mit den Bataillonen der alten CNT-Division. Die Truppen, die den Norden von Aragon in einigen Stunden verloren, wurden von Stalinisten kommandiert, und die militaerischen Fuehrer der Truppen, die nach Frankreich fluechteten, ohne Widerstand geleistet zu haben, waren ebenfalls Stalinisten. Was wurden die Stalinisten aller sagen, wenn die Fuehrer, die den Norden von Aragon preisgaben, Militanten der

POU" gewesen waren!

Fuer die augenblickliche Stellung der Anarchisten ist ein Manifest charakteristisch, das das Nationalkomitee der CNT vordruckt. Darin heisst es inbezug auf die antifaschistischen Befehle und die Verfolgungen gegen revolutionaere Antifaschisten:

"In unserem Krieg muss man die Stoenfriede der antifaschistischen Ordnung als die besten Helfer des Faschismus in unseren Reihen betrachten. . . . Jede illegale politische Tactigkeit wird zu einer Stoenung der antifaschistischen Ordnung. Kein anarchistischer Militant darf sich dazu hergeben. Als Richtschnur muss gelten: die Legalitaet darf nicht aufgegeben werden. . . . Heute, da der Faschismus seinen besten Verbundeneten in der Stoenung der Ordnung im Hinterland und an unseren Fronten findet, erfordern unsere Rettung, unser Leben, unsere Tuerde, dass jeder anarchistische Militant nur die Verteidigung derjenigen ergreift, die wirklich unschuldig sind, und mit denjenigen bricht, die wegen Vergehen gegen die antifaschistische Ordnung im Gefaengnis sitzen."

Diese Sprache der Fuehrung der CNT ist dieselbe wie die der Stalinisten. Das ganze Geruede ueber die "Stoenfriede", die man nicht mit Namen nennt, hat nur den einen Zweck, die Verbrechen zu beschoenigen, die die Stalinisten unter dem Schutze der Regierung, an der gegenwaertig die CNT teilnimmt, begehen und deren Opfer nicht nur die Militanten der POU", sondern auch Unfaerte von CNT-Mitgliedern sind, die ihren Glauben an die Revolution noch nicht verloren haben."

+ + + + +

Das englisch - italienische Abkommen.

Das englisch-italienische Abkommen ist ein imperialistisches Geschaeft zwischen den beiden Laendern. Wie jedes imperialistische Geschaeft geht es auf die Kosten Dritter. In diesem Falle sind die Dritten die spanische "Demokratie", der Kampf der Abessinier fuer die nationale Unabhaengigkeit, die Freiheit und Unabhaengigkeit der arabischen Staemme in Suedarabien und nicht zuletzt die Sowjetunion. Das englisch-italienische Abkommen zielt ab auf einen Viererpakt oder einen Fuenferpakt (im letzteren Falle mit Einschluess Polens), der die Sowjetunion in Europa isoliert und den imperialistischen Expansionsdrang der "Lohse" in seiner Richtung ablenken soll. Die Sowjetpress stellt das mit Bitterkeit fest. Was sie aber nicht feststellt, das ist, dass die Einstellung der sowjetischen Aussenpolitik und die Kominternpolitik auf die Solidaritaet der sogenannten europaeischen Demokratie gegenueber den "faschistischen Aggressoren" nur die Wirkung gehabt hat, die internationale Arbeiterklasse zu verwirren und zu lachen und die imperialistischen Raubzuege und Abkommen zu erleichtern. Jetzt ist das Frankreich Dalldiers im Begriff, den Spuren Chamberlains zu folgen, und ein analoges Abkommen mit der "lateinischen Schwester" zu erzielen. Der Weg dazu ist durch die Regierungen der franzoesischen Volksfront in allen Einzelheiten vorbereitet worden und selbst jetzt, wo die Karten aufgedeckt sind, haben die franzoesischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften der Regierung Dalldier ihre parlamentarische Zustimmung und volle Handlungsfreiheit gegeben. Die Anerkennung der italienischen Herrschaft ueber Abessinien ist bereits von der Regierung Leon Blum zugesagt worden; daher das Angebot Dalldiers an Blum, das Aussenministerium in seinem Kabinett zu uebernehmen!

Als imperialistisches Geschaeft zwischen England und Italien ist das Abkommen unmittelbar fuer den englischen Imperialismus kein schlechtes Geschaeft, sodass Chamberlain von diesem Standpunkt aus nicht "seinen Hut zu essen" braucht. Die offene Anerkennung der italiana.



Intervention in Spanien und die fortgesetzte englische Unterstützung fuer den Sieg Francos sind nicht im Widerspruch, sondern durchaus im Einklang mit den Interessen und Bestrebungen des englischen Imperialismus. Das Abkommen zielt nur drauf ab, nach dem Siege Francos Italien und Deutschland die spanische Beute mit dem englischen und französischen Imperialismus zu teilen. Da Italien und Deutschland die Kosten der Intervention in Spanien aufgebracht haben, so koennen sie nach kapitalistischen Begriffen immerhin einen Anteil an der Beute beanspruchen.

England seinerseits leistet dem italienischen Imperialismus Hilfsdienste fuer die Eroberung Abessinians, indem es die Anerkennung der italienischen Herrschaft ueber Abessinien in Aussicht stellt. Man kann sicher sein, dass England sich dabei auch die Teilnahme an der Ausbeutung Abessinians gesichert hat, obwohl in dem veröffentlichten Abkommen nichts darueber gesagt wird. Dazu wird Italien schon durch den Umstand genoetigt, dass es garnicht in der Lage ist, die koloniale Ausbeutung Abessinians selbst durchzufuehren. Es wird die Sache der internationalen Arbeiterklasse sein, dergegenueber dem abessinischen Volk, das entschlossen, hartnaeckig und mit Erfolg um seine Freiheit kaempft, ihre moralische Hilfe zu gewaehren und die internationale imperialistische Raubsucht anzuklagen.

Der englische Imperialismus hat in dem Abkommen auch durchgesetzt, dass Italien sich dem Londoner Flottenabkommen anschliesst.

Aus alledem geht hervor, dass die Kritik an dem englisch-italienischen Abkommen von Seiten der internationalen Arbeiterklasse nur Wirkung haben kann, wenn sie auf dem Boden des antiimperialistischen Kampfes steht, dass sie aber einer hoffnungslosen Sache ist, wenn sie sich auf dem Boden der imperialistischen Interessen "ihres" Landes stellt und lediglich zu beweisen sucht, dass etwa die Geschaefstetraeger des englischen Imperialismus, dessen Interessen nicht zu uehren verstehen

Bei alledem ist keineswegs gesagt, dass bei dem englisch-italienischen Abkommen der englische Imperialismus tatsaechlich auch auf seine Rechnung kommen kann. Im Sinne des englischen Imperialismus ist das Abkommen (1) eine "ause", die England Zeit gibt, seine Ruestungen auszubauen, um dann eine kraeftigere Sprache mit seinen imperialistischen Konkurrenten zu reden, (2) eine Lockerung der "Kohes" Deutschland-Italien. Aber das Abkommen wird Italien nicht hindern, in dem Augenblick, den es fuer guenstig haelt, neue Forderungen an den englisch-franzoesischen Imperialismus zu stellen und sie gegebenenfalls mit Waffengewalt zu unterstuetzen. Andererseits laesst das Abkommen die italienische Stellung Deutschland gegenueber staerkt, so kann das einfach dazu fuehren, dass Deutschland Italien erhoehnte Versprechungen macht - eben auf Kosten Englands und Frankreichs.

Der deutsche und der italienische Imperialismus werden vorangetrieben nicht nur durch die ungesaettigte Raubsucht der Kapitalistenklassen, sondern auch durch die wachsenden und sich immer wieder erneuernden inneren Schwierigkeiten beider Laender, die immer neue ausserordentliche, immer neue Abenteuer notwendig machen. Vom rein-wirtschaftlich-finanziellen Gesichtspunkt gesehen ist Abessinien schon mehr als der italienische Kapitalismus verdauen kann (die tatsaechliche Eroberung Abessinians vorausgesetzt). Aber das allein ist nicht ausschlaggebend. Und hier liegt im Grunde die Fehlrechnung des Komplexversuches des englischen, wie des franzoesischen mit dem deutschen und italienischen Imperialismus.

Die Sache der Arbeiterklasse ist es nicht, sich als besseren Vertreter der imperialistischen Interessen der herrschenden Klassen ihrer Laender zu empfehlen. Sie gerath damit nur auf eine schiefe Ebene, auf der es keinen Halt mehr gibt, sondern die imperialistische Politik zu allererst zu Hause zu bekaeempfen.

Zur Frage des Faschismus und der Volksfront.

Nachstehend bringen wir die Ausführungen des IVKO-Vertreters in der Debatte über Faschismus und Volksfront auf der Pariser Internationalen Konferenz.

Die Redaktion der "Arbeiterpolitik".

Wir sind einverstanden mit dem Grundgedanken des Referats: Die Definition des Faschismus, die der Referent gegeben hat, scheint uns ungenügend und unzureichend. Sie sollte in der Kommission noch ergänzt werden.

Der Redner der SAP hat vorgewagt, mit starken Worten die Volksfrontpolitik der Reformisten und Stalinisten als "unrichtige Volksfrontpolitik" zu kritisieren und die Verantwortung für diese "unrichtige" Anwendung abzulehnen. Das steht in kräftigem Widerspruch zu der Beteiligung der SAP an der Volksfrontpolitik. Die Volksfrontpraxis ist Gegenstand unserer Kritik, nicht die nebelhafte Vorstellung einer idealen Volksfrontpolitik, die sich ein paar SAP Genossen zurechtlegen. Volksfrontpolitik ist nichts anderes als ein neues Wort für die alte bankrotte Koalitionspolitik der Reformisten. In der Praxis besteht der Unterschied nur darin, dass die alte Koalitionspolitik von den Kommunisten bekämpft wurde, während sie bei der Volksfrontpolitik die Initiatoren sind. Der SAP-Redner ist für die Volksfrontpolitik, weil sie angeblich die Massen in Spanien und in Frankreich in die Aktion geführt habe. Das ist vollkommen falsch. Was nach dem 6. Februar 1934 in den Arbeitermassen in Frankreich und nach den Oktoberkämpfen 1934 in Spanien entstand, war der spontane Wille der Massen zur proletarischen Einheitsfront, um im Bündnis mit den verächtlichen Kleinbürger- und Bauernschichten gegen Faschismus und Kapitaloffensive zu kämpfen. Die Volksfrontpolitiker haben diesen kämpferischen Massenwillen umgewandelt in Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Aufgabe der Kommunisten wäre es gewesen, dieser spontanen Kampfwille der Massen kommunistische Führung und Organisation zu geben. Statt diese kommunistische Aufgabe zu erfüllen, hat die V. die kommunistischen Grundsätze ~~hinaus~~ gegeben, der bankrotten Koalitionspolitik den neuen Namen "Volksfront" gegeben, um die Massen besser betrogen zu können.

Am Anfang hat dieser Betrug nicht ausgereicht, um die Massen von selbständigen Klassenaktionen abzuhalten. (Betriebsbesetzungen im Juni 1936 in Frankreich, erfolgreiche Abwehr des Franco Putsches in Spanien). Aber sobald die Volksfrontregierung in Frankreich und in Spanien gebildet worden war, wurde der Massenkampf für die eigenen Klassenziele abgezurgt und durch Aushandel mit den bürgerlichen Koalitionsvertretern ersetzt. Fein rein-bürgerliche Regierung wäre in Frankreich fähig gewesen, z.B. die breite Massenbewegung für Spanien-Hilfe abzuwehren (Flugzeuge, Kanonen für Spanien) und in "Michteinmischung" und Politik der "Paüse" umzuwandeln. Um das zu erreichen, brauchte die Kapitalistenklasse Geiseln der proletarischen Parteien in den Regierungen, um um die Massen leichter zu bedrängen und betrogen zu können, wozu sich die KP in den Hausknecht der Volksfrontpolitiker verwandelt.

Der SAP Redner hat Lenin zitiert und gemeint, wir, die prinzipiellen Gegner der Volksfrontpolitik, seien das Huhn, das nicht über den Zaun des Strich gehen kann. Er irrt, das Huhn ist er. Diese Entwicklung der SAP ist folgerichtig. Von der "weltweiten Partei", für die sich die SAP ausgab, zu dem Huhn, das man auf die Konferenz geschickt hat, links Phrasen zu machen, um die Wiedervereinigung der SAP mit der Zweiten Internationalen vorzubereiten und zu verschleiern. Wenn aus der Konferenz die Sammlung der wirklichen kommunistischen Kräfte hervorgehen soll, darf für die Volksfrontpolitik kein Platz gelassen werden.



Das gemeinsame Aktionsprogramm der CNT und der UGT.  
=====

Kurze Zeit nach dem Juli 1936 wurde ein Verbindungskomitee zwischen der CNT und der UGT geschaffen, das eine dauernde Zusammenarbeit zwischen den zwei Gewerkschaften sichern, einheitliche Aktionen vorbereiten und der erste Schritt auf dem Wege der organisatorischen Vereinigung der beiden Gewerkschaften sein sollte. Grosse politische Bedeutung hatte das Verbindungskomitee nie erlangt, eine wirkliche Zusammenarbeit wurde nicht hergestellt, eine gemeinsame Plattform wurde niemals geschaffen.

Das gegenwaertige gemeinsame Aktionsprogramm der CNT und der UGT und die Vorentwurfe die von den zwei Gewerkschafts Zentralen selbststaendig ausgearbeitet wurden, geben die beste Moeglichkeit, die Auffassungen der zwei bedeutendsten Organisationen des republikanischen Spaniens kennenzulernen und so einiger-massen ein Bild von den Dingen draussen zu erhalten.

Vergleichen wir nun die einzelnen Abschnitte des endgueltigen Programms und die beiden Vorentwurfe miteinander.

Was einem sofort bei dem Entwurf der UGT in die Augen springt ist die Uebergabe aller Befugnisse und aller Initiative an die Regierung. Die Gewerkschaften werden zu unselbststaendigen Werkzeugen der Regierung. An einer Stelle heisst es sogar:

"Man muss verstehen, dass es die fundamentale Aufgabe der Gewerkschaften ist, zu verhindern, dass im Hinterland Fragen aufgeworfen werden, welche die Aktion der Regierung stoeren koennten ....."

Eine wahrhaft sozialistische Auffassung von den "fundamentalen Aufgaben" der Gewerkschaften.

Im Entwurf der CNT sticht dagegen immer wieder, trotz allem Opportunismus, das Bestreben hervor, die revolutionaeren Errungenschaften des Juli zu verankern, auszubauen; ueberhaupt, vonigstens phrasologisch, ein revolutionaeres Gesicht zu wahren. Im UGT Entwurf ist davon kaum etwas zu spueren.

Zur Frage der Armee.

Im Entwurf der UGT heisst es:

"Die Arbeiterorganisationen muessen der Regierung die grossstmoegliche Hilfe leisten um ein maechtiges Volkshoer zu errichten, das von einem tiefen antifaschistischen Geist durchtraenkt ist."

Im Entwurf der CNT wird gesagt:

"Die CNT und die UGT sind entschlossen, alle Triebkraefte zu staerken, welche die Schaffung eines regulaeren Hoeres erleichtern."

Das Wort Volkshoer hat jetzt in Spanien einen klaren Sinn, es ist der Name fuer das sogenannte unpolitische republikanische Hoer, das jeder Kontrolle durch die Arbeiterklasse entzogen ist. Was die Anarchisten mit "regulaeres Hoer" meinen, bleibt ein Raetsel, an keiner Stelle wird es weiter ausgefuehrt. Kann es sich nur um eine Ablehnung des Ausdruckes "Volkshoer" handeln, dann ist sie keinesfalls positiv. "Regulaeres Hoer" ist noch verwaschener als "Volkshoer".

Im gemeinsamen Aktionsprogramm heisst es:

"Die UGT und die CNT anerkennen die grossen Fortschritte erreicht in der Bildung des Volkshoeres und sind entschlossen, alle Triebkraefte zu staerken, welche die Schaffung eines regulaeren Hoeres erleichtern."

Was mit der Umwandlung des Volkshoeres in ein regulaeres Hoer

gemeint ist, das bleibt dem Leser ueberlassen sich zusammenzusetzen.

Jeder in den Vorentwurfen der UGT und der CNT noch in gemeinsamen Aktionsprogramm wird auch nur mit einem Wort von einer Arbeiter- und Bauernarmee, von einer Klassenarmee gesprochen. Nichts Klares ueber eine Kontrolle und Einflussnahme der Arbeiterklasse auf das Heer. Die CNT hat also in dieser, fuer die Revolution und den Krieg entscheidenden Frage, endgueltig und vollstaendig vor dem konterrevolutionaeren Reformismus und der Militaerclique kapituliert.

Ueber die Beziehungen der Gewerkschaften zum Heer, heisst es im Entwurf der UGT:

"Ununterbrochene Aufgabe der Gewerkschaften muss es sein, engen Kontakt mit den Kaeampfern aufrechtzuerhalten ..... ohne dass dieses eine Einmischung in die Funktionen, welche dem militaerischen Kommando vorbehalten sind, bedeutet."

Im CNT Entwurf wird gesagt:

"..... fuer Aufrechterhaltung des Kriegskommissariats und Absage an alle monopolistischen Versuche innerhalb desselben."

Die zweite Haelfte des Satzes richtet sich gegen die KP, die von Anfang an einen starken Einfluss unter den politischen Kommissaren, heute Kriegs Kommissare genannt, hatte und zur Zeit als Alvaroz del Vayo, der heutige Aussenminister, Generalkommissar des ganzen republikanischen Heeres war, die Mehrheit derselben stellte. Wie aber das Kriegskommissariat aussehen, welche Funktionen, welche Rechte es zugehoer den Offizieren, welchen Einfluss die Arbeiterklasse haben soll, davon kein Wort. Nur in einem Satz kommt ein gewisser Wille zur Kontrolle zum Ausdruck. Er lautet: "In allen bewaffneten Formationen muss man einen obersten nationalen Rat schaffen, welcher die antifaschistischen Massen proportionell repraesentiert und welcher beitzende und kontrollierende Funktionen hat."

Das ist alles. Auch nur anzunehmen, dass in einem der beiden Entwuerfe oder in der gemeinsamen Plattform auch nur mit einem Wort von Soldatenraeten, von den Kaeampfern gewaehlten Komitees, gesprochen werde, waere schon ein Sakrileg.

Dass man im Grunde nur an eine Reformierung und Demokratisierung des Heeres, wie es vor dem 19. Juli bestanden hatte, denkt, beweist folgende Formulierung im gemeinsamen Aktionsprogramm:

"Man muss das gemeinsame Verstaendnis und die Uebereinstimmung zwischen den militaerischen Fuehrern, ob sie dem alten Heer entstammten oder ob sie aus dem Volk hervorgegangen sind, erreichen und dafuer wirken, dass diese Harmonie jeden Tag mit mehr Kraft konsolidiert und das Wieder-aufstehen der Mangel des alten Heeres von vor dem 19. Juli."

Dann folgt wortwoertlich der Satz aus dem UGT Entwurf:

"Staedtliche Aufgabe der Gewerkschaften muss es sein, engen Kontakt mit den Kaeampfern aufrechtzuerhalten ..... ohne dass dies eine Einmischung in die Funktionen, welche dem Militaerkommando vorbehalten sind, bedeutet."

(Fortsetzung in der nachsten Nummer.)



Einem vollstaendigen Bericht ueber die Pariser Internationale Konferenz finden Sie in der soeben erschienen, neuesten Nummer, der Zeitschrift:

--- Der Internationale Klassenkampf ---

Bestellungen bei: Alfred Quiri, Wolfisheim, Bas-Rhin. Preis Frs. 1.50



Aus dem Elsass.Bauerliche Einigung auf kleriko-faschistischer Grundlage.

In den landwirtschaftlichen Vereinen des Ober-Elsass geht es zur Zeit hoch her. Der Bauern Bund - eine Organisation mit kleriko-faschistisch-heimatrechtlicher Zielsetzung - unter Führung des Demagogen I. Bilger hat sich mit Unterstützung des kleriko-faschistisch orientierten Rossé-Flügels der UPR, seit geraumer Zeit durch das Mittel der direkten Aktion, - Milchstreik -, besonders im Ober-Elsass in den jüngeren bauerlichen Schichten eine breitere Basis zu schaffen verstanden. Gestützt auf die von Bilger organisierte Bauern SA und mittels einer tumultuösen grobschlächtigen Demagogie konnte der Bauern Bund zu einer im Gewicht fallenden Konkurrenz für die noch in liberalen und demokratischen Gedankengängen, sich zu meist auf das grossbauerliche Element stützende Führung der landwirtschaftlichen Kreisvereine werden. Hinzu kam noch, dass der Bauern Bund - der zu den politischen Wahlen in einigen Gebieten mit eigenen Kandidaten auftritt - mehr und mehr zu einer für die UPR gefährlich werdenden Konkurrenz zu werden drohte. Das führte dazu, dass der UPR Flügel um Rossé sich stark der Phrasologie des Bauern Bundes anpasste und andererseits die Verständigung mit ihm suchte, um auf diese Weise die politische Vormachtstellung der UPR auf dem Dorfe zu behaupten.

Die Agrarpolitik der Volkfront, die in erster Linie auf die Getreide bauenden fetten Bauern und Gutbesitzer zugeschnitten war, hat im Zusammenhang mit der Steigerung der Preise für Düngemittel und industrielle Fertigfabrikate und dem Wirken der Brauereien, Zuckerfabriken usw. der Demagogie einer staendisch-faschistisch orientierten Politik infolge des Fehlens einer vom Klassenstandpunkt des Proletariats ausgehenden, auf die Bedürfnisse der werktätigen Bauern zugeschnittenen Politik breiteren Boden verliehen. Dabei nutzte die Bilgersche Bewegung die Tatsache aus, dass die grossbauerliche Führung in den führenden Institutionen der Kreisvereine sich im wesentlichen mit der Politik des Weizenamtes etc. solidarisierte und ihre Vertreter vielfach mit der Industrie- und Handelskapital versippt sind. In der Bilgerschen Agitation bei den Bauern spielt ebenfalls eine grosse Rolle, dass die Vertreter der Kreisvereine im Eisenbahnrat, im Verwaltungsrat der Kalininon usw. riesige Entlohnungen einstecken, dass die Parlamentarier sich, "ohne uns zu fragen", ihre Deputatsbezüge von 65 000 auf 90 000 erhöht haben. Und der notwendige Kampf gegen den Zwischen- und Grosshandel verandert sich in der Bilgerschen Agitation in einen wuesten Antisemitismus "der Jud'ist Schuld", er schleppt den Raub ab, er ist der Profitleur, von dem sich die Bauern befreien wuessen, um zu ihrem Geld zu kommen.

Der UPR Flügel um Rossé, der ja ebenfalls den christlichen Staendestaat und die Liquidation des "Wirtschafts-Liberalismus" durch die Kooperativ Wirtschaft auf der Grundlage der Erhaltung der gegenwaertigen Eigentumsordnung vertritt, wobei sich sein ganzer Gegensatz zum Hitlerismus darin erschopft, dass er der staendisch gegliederten Wirtschaft das Recht der sogenannten Selbstverwaltung zugesteht und dem Staat nur das Kontroll- und Entscheidungsrecht in Konfliktfaellen zwischen den einzelnen Wirtschaftsgliederungen vorbehaelt, sucht jetzt mit dem Bauernbund zu einer Einigung zu kommen. Das Ziel dieser Einigung ist klar: die Ausschaltung aller, einer kleriko-faschistisch-regionalistischen Sammlung aller landwirtschaftlichen Organisationen entgegenstehenden Kräfte (bei dem Weinbau Verband hat sich dies durch das Zusammenwirken von Rossé-Bilger gegen den, den Radikalen nahe stehenden Praesidenten Walter bereits praktisch ausgewirkt); die Liquidation des Bauern Bundes durch seine Eingliederung in den Rahmen einer alle landwirtschaftlichen Organisationen umfassenden Gesamtsanierung, wodurch sich die UPR einer parteipolitischen Konkurrenz entledigen will und die landwirtschaftlichen Kreisvereine ihre Geschlossenheit unter ihrer Führung zurueckgewinnen sollen.

Der Bilgersche Bauernbund ist auf diese, angeblich von bauerlichem Interesse diktierten, Einigungsbestrebungen eingegangen. Er hat bei den Einigungsvorhandlungen mit den Kreisvereinen ein Programm über die "Voraussetzungen und Grundrisse zur Standeseinheit" vorgelegt, sowie Vorschläge zur "praktischen Verwirklichung der Standeseinheit" gemacht.

Dieses Programm entspricht in allen Punkten den burokratisch-faschistisch-regionalistischen Gesichtspunkten, die wir bereits als besondere Merkmale des Bauern Bundes hervorgehoben haben, ergänzt durch die Übernahme der nationalsozialistischen Marktordnung und Regierung des Führerprinzips und der Preisbestimmung durch den Staat. Das letztere erklärt sich wohl daraus, dass der Bauern Bund sich den Weg fuer die Unterwerfung aller landwirtschaftlichen Berufsvorbaende durch Ausnutzung der inneren Demokratie offen halten will und heute noch den Konsequenzen seiner Politik ausreicht. Der Bauern Bund verlangt die agrarpolitische Führung der neuen Einheitsorganisation; während die landwirtschaftlichen Kreisvereine und der Weinbauverband auf ihre "eigene Aufgabe", die Ausübung "technischer Funktionen", zurückgefuehrt werden sollen. Die neue Zentralorganisation, die sich vorerst auf das Ober-Elsass erstrecken soll, soll aus der agrarpolitischen Bewegung bestehen, auf die Bilger seinen Führungsanspruch geltend macht und der aller berufspolitischen Organe anzuschließen sind. Dieser Teil hebt, wie es so schon heißt, die "bureauspolitische Kontrolle" ueber alle Organisationen aus und erteilt die programmatischen Weisungen.

Dann kommen die landwirtschaftlichen Kreisvereine als Ausstattung (Petrische Wirtschaft), daneben die agrarpolitische Bewegung, die marktwirtschaftlichen Vorbaende - Preis- und Marktregelung, sowie der Verband aller Kreditorganisationen.

Um die Bilgersche Führung vollstaendig zu machen, wird in dem Programmentwurf ausdrucklich gesagt, dass die Fachvorbaende in einem Beirat zusammengefasst werden, der mit dem Vorstand der agrarpolitischen Bewegung die Einheitsorganisation verwirklicht.

Bilger verlangt von der Landwirtschaftskammer, dass sein Einheitsprogramm samtlichen Generalversammlungen der infrage kommenden Organisationen unterbreitet werde; Zugleich soll ein Aktions Komitee in Taetigkeit treten, das jeder Generalversammlung die noetigen Auforderungen gibt. Wie diese Aufklaerung aussieht, hat inzwischen die Kreisvereinsversammlung in Emsweier gezeigt, wo Bilger und seine Jungmannen den Saal besetzten und die Versammlung unter ihren Terror setzten.

Wir werden uns in einem folgenden Artikel mit der Haltung der Leitung der Kreisvereine und den Aufgaben beschaeftigen, die sich aus der Krise der bauerlichen Bewegung fuer die Arbeiterklasse ergeben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

In der naechsten Nummer:

Das Ende des Pariser Metallarbeiter Streiks.  
Die Spaltung in der SEIG.

Verantwortlich: Emil Hirtzel





von Paris. So hat die elfte Sektion der Pariser SFIO mit 339 Stimmen gegen 8 bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen, dem alten von Marceau Pivert gefuehrten Buero der Seinefoederation treu zu bleiben. Die fuenfzehnte Sektion hat sich in einer von 800 Mitgliedern besuchten Versammlung einstimmig mit Marceau Pivert solidarisiert. In der siebzehnten, der achtzehnten und der zwanzigsten Sektion haben sich Hunderte von SFIO Mitgliedern gleichfalls fast einstimmig fuer ihre gemassregelte Leitung erkluert, usw.usw. Auch ausserhalb von Paris haben sich zahlreiche Sektionen mit der "pivertistischen Fuehrung" der Seine-Foederation solidarisiert.

Rekapitulieren wir kurz die Geschichte des Konflikts in der SFIO. Am 12. Maerz tagte der Nationalrat der Partei und beschloss Léon Blum die Vollmacht zur Bildung einer Regierung der "union nationale", von Thorez bis Marin, zu erteilen. Die Vertreter der "gauche révolutionnaire" stimmten dagegen und gaben eine Erkluerung ab, in der es unter anderem hiess:

"Unverbrueehlich an den Prinzipien des Klassenkampfes festhaltend die in der grundlegenden Chartre der Sozialistischen Partei festgelegt sind, verwirft die "gauche révolutionnaire" die "union nationale", ganz gleich unter welchem Vorwand und unter welcher Form diese auftritt... die "gauche révolutionnaire" lehnt es ab, die auswaertige Lage anders als unter dem Gesichtspunkt der Klasseninterossen des Proletariats zu betrachten. Sie erkluert, dass es fuer die Masse der Werktaetigen keine Pflicht zur nationalen Verteidigung gibt, solange sie nicht die wirtschaftliche und die politische Leitung des Landes erobert haben..."

Am 14. Maerz billigte der Foederalrat der Seine-Foederation die Haltung seines Vertreters auf der Tagung des Nationalrates der Partei und nahm eine Entschliessung gegen die "union nationale" an, in der die Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages zur Beschlussfassung ueber die Stellung zur "union nationale" gefordert wurde.

Am 18. Maerz wandte sich das Buero der Seine Foederation, auf diese Entschliessung gestuetzt, mit einem Appell gegen die "union nationale" an alle Foederationen, Sektionen und Militanten der SFIO. In diesem Appell werden die Mitglieder der SFIO aufgefordert, gegen eine Wiederkehr der Politik des August 1914 Stellung zu nehmen. In diesem Appell wird u.a. gesagt:

"...Wir erklueren noch einmal, dass wir nicht hoffen koennen unsere Freiheiten zu retten, wenn wir naiv um ein inneres Buendnis mit den Gegnern unserer Freiheiten betteln."

"Wir koennen nicht behaupten, dass man den auswaertigen Faschismus mit der Unterstuetzung unseres eigenen Faschismus bekaempfen koenne, der durch einen Generalstab von Militaers, Bankmagnaten, Industriellen und Justizbeamten repraesentiert wird, welcher bereit ist offen oder heimlich mit unseren schlimmsten Feinden zu paktieren."

"Wir erklueren, dass die Sicherheit eines freien Landes nicht in einem Burgfrieden besteht, bei dem wir noch einmal schliesslich die Betroffenen sein wuerden, sondern im aktiven Kampf gegen den inneren Feind.

durch eine Entfernung der faschistischen Betriebseigentuerer, durch eine Saeuberung der Kader der Armee, der Banken, der Wirtschaft, der Justiz, durch die sofortige Verhaftung der Komplizen des CSAR (der Gogolardis), moegen sie auch noch so hochgestellt sein, und durch die Enteignung ihrer Vermoegen, durch die effektive Nationalisierung der Schluesselindustrien (Petroelum, Bergwerke, Elektrizitaet, Chemie).

Mit einem Worte, wir erklueren angesichts unseres eigenen nationalen Kapitalismus, der der Verbuedete des Weltkapitalismus ist, dass, wenn er uns den Krieg auferlegt, er uns entschlossen finden wird, alle revolutionaeren Massnahmen zu ergreifen, die dann fuer die Verteidigung des in





Das Programm Henleins und Hitlers:  
=====

Der "Temps" fasst die von Henlein in Karlsbad aufgestellten acht Forderungen kurz so zusammen:

"In der Tat, wenn sein Programm verwirklicht werden koennte, so haette es zur Folge, einen deutschen nationalsozialistischen Staat auf dem Gebiet der tschechoslowakischen Republik zu schaffen."

Die Forderungen Henleins sind natuerlich im Einverstaendnis mit Hitler aufgestellt worden. Sie umfassen aber noch und zwar ziemlich unverbluelt die weitere Forderung, dass die CSR ihr Buendnis mit Frankreich und der Sowjetunion aufbe. Das ist natuerlich fuer Hitlerdeutschland der Hauptpunkt. Die CSR, in welcher inneren Verfassung auch immer, wueede dadurch ein Vasallenstaat Hitlerdeutschlands. Die sudetendeutschen Forderungen sind nur ein Mittel zu diesem Zweck. Denselben Zweck, die CSR zur aussenpolitischen Kapitulation zu zwingen, dienen die von Polen, Rumaeonien und Jugoslawien unter der Hand an England-Frankreich abgegebenen Erklarungen, dass sie der CSR bei einem deutschen Angriff nicht zu Hilfe kommen und auch keinen Durchmarsch franzoesischer oder sowjetischer Truppen dulden wuerden. In der internationalen Presse zirkulierende Geruechte wollen wissen, dass Hitler der Prager Regierung angedeutet habe, dass die Sudetendeutschen Ruhe halten wuerden, falls die CSR aussenpolitisch kapituliere. Das ist durchaus wahrscheinlich. Die Prager Regierung setzt unter dem Druck Englands-Frankreichs ihre Verhandlungen mit den Sudetendeutschen fort und hat England-Frankreich wissen lassen, wie weit sie gehen wird. In der franzoesischen Rechtspresse mehren sich die Stimmen, die fordern, dass Frankreich sich in keinem Fall fuer die CSR militaerisch angagiere. Das entspricht offenbar der ueberwiegenden Stimmung in der franzoesischen Bourgeoisie. Von englischer Seite sind keinerlei Anzeichen vorhanden, dass die englische Regierung in Bezug auf die CSR weiter gehen wird, als die Chamberlainschen Erklarungen besagen. Die Anerkennung der italienischen Herrschaft ueber Aebessinien durch die Prager Regierung geschah auf "Wunsch" Englands. Das zeigt die Richtung an, in der sich die englische Regierung bewegt.

Die Politik Hitlerdeutschlands setzt so systematisch den Kurs fort, der gleichzeitig auf die aussenpolitische Isolierung und die innere Zersetzung der CSR hinarbeitet. Bis jetzt ist sie darin auf keinerlei ernstesten Widerstand gestossen. Es ist nur eine Frage des geeigneten Augenblicks, wann und in welcher konkreten Form Hitlerdeutschland der CSR die Pistole auf die Brust setzen wird. Zu den Druckmitteln die evtl. in Aussicht genommen werden gehoeren auch die wirtschaftlichen, Hitlerdeutschland kann, wenn es will, den tschechoslowakischen Handel und Verkehr von Hamburg und Triest aus abwuergen. Es verfuegt also nicht nur ueber militaerische Druckmittel,

Das einzige wirksame Gegenmanoever, das der Forderung der Nationalisierung Deutsch-Bohmens und der aussenpolitischen Kapitulation der CSR gegenuebergestellt werden koennte, waere die revolutionaere Losung der Nationalitaetenfrage und der sozialen Frage auf der Grundlage der proletarischen Revolution. Dies kann natuerlich keine buergerliche Regierung durchfuehren, es kann dies nur die Arbeiterklasse der CSR, Einstweilen ist es aber nur die Kommunistische Opposition der CSR, die diese Linie einschlaegt. Die tschechischen Sozialdemokraten und die Stalinisten in der CSR bewegen sich im Schlepptau der tschechischen Bourgeoisie. Wenn das so weitergeht, so werden sie zusammen mit der tschechischen Bourgeoisie unvermeidlich geschlagen,

Wenn man in der franzoesischen und englischen Presse sich auf das Argument stuetzt, dass die Henleinpartei mit 800.000 Mitgliedern bei einer deutschen Gesamtbevoelkerung von etwa ueber 3 Millionen der CSR nur eine "Linderheit" darstelle, so ist das ein Argument, das eines Schwejk wuerdig ist.



Ein Kämpfer der internationalen Brigaden gegen die stalinistische Politik.

Die Aprilnummer der kanadischen Zeitschrift "The Canadian Forum" bringt folgenden Brief eines früheren Kämpfers der Internationalen Brigaden der spanischen republikanischen Armee:

"Als einer der ersten vier Kanadier, die Kanada verliessen, um in der Internationalen Brigade zu kämpfen, gestatte ich mir zu sagen, dass die verschiedenen Briefe, die Sie kürzlich von einem anonymen Mitkämpfer auf der Seite der Regierungstruppen in Spanien veröffentlicht haben, ein ausgezeichnetes Beispiel nicht fuer die Wahrheit ueber Spanien, sondern fuer die rosigten Phantasieen sind, die die Kommunistische Internationale immer noch in bezug auf den Kampf, der dort im Gange ist, pflegt.

Ich glaube, dass ich mit einigem Recht sprechen kann, da ich vor meiner Abreise und waehrend meines sechs monatlichen Aufenthaltes in Spanien ein Mitglied der Kommunistischen Partei war, und nachdem ich mich von meiner Verwundung erholt hatte, die ich an der Front erhalten hatte, von dieser Partei nach Toronto zurueckgeschickt wurde, um eine Versammlungskampagne zu fuehren.

Ich stelle keineswegs die Berichte Ihres Korrespondenten ueber die Tapferkeit und die Ausdauer der Regierungstruppen und des spanischen Volkes, die in der ganzen Welt bekannt sind, in Frage; was truegerisch ist, ist die Annahme, dass alles das seinen Ursprung in dem Vertrauen zur Volksfrontregierung und deren Politik habe, die von den "Kommunisten" unterstuetzt wird.

Es stimmt, dass, als ich zuerst nach Spanien kam (Januar 1937) wir amerikanischen Freiwilligen begruesst und identifiziert wurden mit dem echten revolutionaeren Geist, der im Lande stark und lebendig war. Die Identifizierung bestand zu recht, denn wir hatten uns als Freiwillige gemeldet in der Annahme, dass wir nicht nur gegen Franco, sondern fuer die sozialistische Revolution in Spanien zu kämpfen haetten. Als ich jedoch im Juni verwundet wurde und nach einem Aufenthalt in verschiedenen Lazaretten nach Albacete kam, war eine grosse Veraenderung eingetreten. Erstens fand ich, dass die Mitglieder der Internationalen Brigade bei dem Durchschnittspanier so unpopulaer waren, dass ein Parteifunktionaer mir im Zuge befahl, meine Abzeichen abzunehmen; in Restaurants und Parks, wo ich versuchte, mit der Zivilbevoelkerung eine Unterhaltung mit der Erklarung anzufangen, dass ich Kommunist sei, reagierte man darauf mit finsternen Blicken und promptem Abbruecken. Gewiss, meine Partei hatte an Mitgliedern gewonnen, aber es war ein Gewinn aus den Kreisen der buergerlichen Klassen, die auf Seiten der Regierung standen, und auf Kosten des werktuetigen Volkes. In Murcia und in anderen Orten sah ich, dass unsere Flakate und Flugblaetter die Geschaeftsleute zum Eintritt in die Partei mit dem Versprechen, unter allen Umstaenden das Privateigentum zu schuetzen, aufriefen.

Allmaehlich erfuhr ich, dass das kein blosser Propagandatricks war. Jeder - innerhalb oder ausserhalb unserer Partei- der sich oeffentlich gegen den Schutz des Privatkapitals aussprach, lief Gefahr, von unserer eigenen Geheimpolizei verhaftet zu werden. Wohin die Entwicklung fuehrte, wurde mir erst klar, als ich Spanien tatsaechlich verlassen hatte, denn selbst in den Lazaretten wurden wir Freiwilligen genau so wie in den Schuetzengraeben in einer Propagandaatmosphaere gehalten. Hier wie dort konnten wir nur unsere eigene Parteioresse bekommen, und unsere Briefe wurden streng zensuriert. In einem Lazarett in Murcia wurde einer der Verwundeten zu unserem Sprecher und forderte, dass wir den "Manchester Guardian" und die "New York Times" ausser dem "Daily Worker" und dem "Clarion" (stalinistische Zeitungen), bekaemen. Wir bekamen die Zeitungen nicht und unser Sprecher wurde aus dem Saal durch Parteifunktionaere geholt und verschwand fuer immer aus unserem

Gesichtskreis.

Dieser Zwischenfall bestaetigte den Verdacht, der in mir in den Schuetzengraeben erwacht war. Dort hatten diejenigen, die ein Wort gegen die Buerokratie oder die Stupiditaet von Offizieren, die einfache Parteiangestellte ohne militaerische Ausbildung waren, aeusserten, damit zu rechnen, dass sie fuer eine selbstmoerderische Arbeit bestimmt wurden oder auf einen "Urlaub" geschickt wurden, von dem sie nie zurueckkamen. Trotz der Zensur erreichten uns Geruechte, dass unsere Parteifuehrer die Regierung dabei unterstuetzten, anarchistische Bauern oder Kollektivwirtschaften zu berauben und die Bauernhoefe in Staats- oder gar privatkapitalistisches Eigentum zurueckzuverwandeln. Dann, nach dem Mai, sprach man von einem gemeinsamen Ueberfall der Truppen unserer Partei und Caballeros auf gegnerische Arbeiterparteien in Barcelona, offiziell sagte man uns, dass "Trotzkisten" versucht haetten, dort einen Coup fuer Franco zu machen; aber die inoffizielle Version war dass die (halbtrutzkistische) POUM und die Anarchisten ueberfallen, ihre Fuehrer ermordet oder verhaftet und Hunderte in den Strassen bei einer gewaltsamen Zurueckgabe der von den Arbeitern kontrollierten Betriebe an die Privatkapitalisten getoetet worden seien.

In den Schuetzengraeben konnte man nicht herausbekommen, welche Version richtig war; wenn man zuviel Interesse dafuer zeigte, wurde man verhaftet. Aber im Lazarett traf ich drei Ueberlebende des alten Garibaldi-Bataillons (Italienisches Bataillon der Internationalen Brigade), das Ihr Berichterstatter erwachnt. Sie erzaelten mir, dass ihr Bataillon drei Monate lang ohne Abloesung im Schuetzengraben bleiben musste, da sie von diesen Geruechten auch gehoert und sich geweigert hatten, als der Befehl kam gegen ihre Genossen in Barcelona zu marschieren.

Alles hatte sich ereignet, ehe der erste Brief Ihres Berichterstatters geschrieben wurde. Warum fehlt jeder Hinweis auf all das in seinem Schreiben? Ich halte es fuer sehr gut moeglich, dass er nichts davon wusste, da er wahrscheinlich ebenso wie ich anfangs keinen Verdacht hegte und nichts anderes hoerte, solange er im Schuetzengraben war. Seine eigenen Bemerkungen beweisen das sehr gut: "Jedes Bataillon hat einen politischen Kommissar... Er ist fuer die Disziplin allein verantwortlich. Das Bataillon tritt an, um Instruktionen ueber die jeweilige Entwicklung der militaerischen Situation zu erhalten... Politik ist Tabu in der Internationalen Brigade." - Klingt das nach einer Roten Armee mit demokratischer Kontrolle, die in einem System von Soldatenraeten (wie in der Armee von Trotzki) zentralisiert ist? Nein, das ist die Beschreibung der Terrorherrschaft von GPU-Agenten und politischen Buerokraten, die von der kleinen Hierarchie in New York importiert worden sind. Sie riefen uns nur zu dem Zwecke zusammen, um uns, wie Ihr Berichterstatter schreibt, mitzuteilen, "dass wir an allen Fronten siegreich sind". Ich zitiere das aus seinem Brief vom 9. September 1937; doch vom Mai vorigen Jahres bis Januar 1938 erlitten die Regierungstruppen bekanntlich an allen Fronten Rueckschlaege. Selbst vor dem Mai war es ein staendiger Witz in unseren Kasernen, dass genaess den Heeresberichten wir in Wirklichkeit schon in Portugal kaempften.

Ich verliess Spanien in der Ueberzeugung, dass unsere spanische Politik ein einfacher Verrat war. Die Kommunistische Partei unterstuetzte Caballero, um die Massenparteien der spanischen Arbeiter und Bauern zu vernichten, damit der Krieg gegen Franco respektabel gemacht wuerde und der spanische Kapitalismus erhalten bliebe. Als Caballero sich als zu milde erwies, warf die KP ihn aus der Regierung und setzte an seine Stelle den offenen Verteidiger des Privateigentums, Negrin. Die Gefaengnisse in Regierungsspanien fuellten sich mit Kaempfern gegen den Faschismus, die aber nicht ebenso ergebene Kaempfer fuer den Kapitalismus waren. Die Massen wissen das; sie hatten nie Vertrauen zur Volksfrontregierung und sie sind jetzt mit Hass erfuellt. Nicht die Regierung hielt Franco zunaechst auf, sondern die selbstbewaffneten einfachen sozialistischen, anarchistischen und POUM-Mitglieder; sie brachten die Faschisten zum Stehen, nachdem die





dieses freiwillige Abtreten verstanden werden.

Ueber die Leitung der Wirtschaft wird gesagt:

"Die CNT und die UGT fordern die Schaffung eines Untersekretariats der Kriegsindustrie mit Repraesentation der Regierung und der Gewerkschaften innerhalb eines nationalen Rates der Kriegsindustrie, welcher die einzige Leitung derselben bilden soll."

"In jedem Untersekretariats des Ministeriums der Nationalen Verteidigung muss man einen Koordinationsrat schaffen, dessen hauptsachlichste Funktion darin bestehen soll, parteiische Entscheidungen zu verhindern." Das geht gegen die KP.

Weiter: "Fuer das Ingangsetzen dieses Planes der Nationalisierung der Industrie ebenso wie fuer die Ausfuehrung des allgemeinen Wirtschaftsplanes, fordern die CNT und die UGT die Bildung eines nationalen Rates der Wirtschaft innerhalb des Staates, gebildet aus Vertretern des Staates und der zwei gewerkschaftlichen Organisationen."

Dann wird gefordert, die "Schaffung eines Aussenhandelsmonopols und die Schaffung von Handelszentralen".

Im gemeinsamen Aktionsprogramm wird zu diesen Fragen gesagt:

"Mit aller Dringlichkeit muss durchgefuehrt werden die Nationalisierung der Bergwerke, der Eisenbahnen, der Schwerindustrie, der Schiffahrt, der Banken und aller anderen Industrien, welche fuer den nationalen Wiederaufbau wichtig sind und die von den zustaendigen Organen des Staates als solche angesehen werden."

"Die nationalisierten Industrien muessen zentralisiert und in ihrer Entwicklung koordiniert werden."

"Das Ruestungsuntersekretariat bildet die einzige Leitung der Kriegsindustrie im Einverstaendnis mit dem nationalen Rat der Industrie, welchen man unter Teilnahme der CNT und der UGT bilden wird."

Fuer das Transportwesen hat man, wie wir schon oben sagten, die Auffassung der CNT uebernommen,

Dann: "Die staetischen Betriebe werden komunalisiert." Das ist ein Schlag gegen die CNT, denn diese Betriebe befanden sich meistens in den Haenden der Syndikate der CNT.

Weiter: "„die CNT und die UGT schlagen vor die augenblickliche Bildung eines Obersten Wirtschaftsrates innerhalb des Staates mit Teilnahme der gewerkschaftlichen Organisationen. (Mit "Teilnahme der gewerkschaftlichen Organisationen" das lasen wir schon im Entwurf der UGT. Dieser Abschnitt ist vollstaendig von ihm abgeschrieben.)"

"Der Oberste Wirtschaftsrat bereitet den nationalen Wirtschaftsplan mit Hilfe der nationalen Raete der Industrie und unter Teilnahme der Gewerkschaften vor. Die spezielle Aufgabe der nationalen Raete ist es, in den nationalisierten Industrien die Produktion, die Verteilung, den Kredit, die Preise und die Gewinne, den Import und den Export der Produkte und die Formen der Verteilung und des Handels zu regeln."

"Die zwei Organisationen sind einer Meinung in der Notwendigkeit, die strengste Kontrolle des Aussenhandels, sowohl des Imports wie des Exports einzufuehren. In den Handelszentralen, die unter der Leitung des Obersten Wirtschaftsrates fuer diese Zwecke geschaffen werden sollen, muessen die Arbeiter gebuehrend vertreten sein."

### Arbeiterkontrolle.

Der UGT-Entwurf sagt zu dieser Frage:

"Das Verbindungskomitee versteht, dass die Arbeiterkontrolle eine Errungenschaft der Arbeiter von groessten Wert und Inhalt darstellt. Es ist der Meinung, dass in diesem Moment in unserem Lande ein Gesetz ueber die Arbeiterkontrolle notwendig ist, um die Rechte und Pflichten der Arbeiter festzustellen. Die Regierung muss ein Gesetz erlassen, in dem die Verpflichtungen der Arbeiter hinsichtlich der Arbeiterkontrolle festgelegt werden. Die Kontrollorgane werden demokratisch durch direktes Stimmrecht von allen Arbeitern des betreffenden Betriebes gewaehlt."

(Fortsetzung auf Seite 3)





Aus dem Elsass.

Um die Subventionierung der Autonomisten.

oo

ROSENTHAL, PAUL, 1938

"La République" teilt mit, dass H. Dr. Roos die Subvention des "Comité du Travail" an die "Elz" oder an die "Landespartei" nicht dementiert.

Stellen wir folgende, durch diese Affaire erneut aufgeholten Tatsachen fest:

- 1) das "Comité du Travail" eine Gruendung industrieller Kreise, mit seinem Ehrenpraesidenten H. Député Oberkirch, ehemaliges Haupt der nationalkatholischen APNA und derzeitiges Mitglied der Parlamentsfraktion Marins, hat den hitlerfreundlich orientierten Autonomisten Geld fuer den Kampf gegen die Arbeiterbewegung - denn darum handelt es sich - zur Verfuegung gestellt; d.h. dass der "Patriotismus" der Obörkirch und Konsorten aus sehr realen materiellen Interessen resultiert und dass diese Profitinteressen die entscheidenden Triebkraefte fuer ihr politisches Verhalten sind. Dies geht so weit, - wie in dem konkreten Falle und unter den besonderen Partei- und Klassenverhaeltnissen des Elsass-, dass die patriotische, profranzoesische und antiautonomistische Bourgeoisie, sogar die hitlerfreundlichen Autonomisten finanziell unterstuetzt.
- 2) Die finanziellen Beziehungen zwischen dem "Comité du Travail" und den Hitlerautonomisten entsprechen auch exakt dem politischen Verhaeltnis zwischen der profranzoesisch orientierten Bourgeoisie und dem buergerlichen Autonomismus. Es sind keine Klassegegensaetze, die beide trennen, und im Kampf gegen das Proletariat finden sich beide zusammen, wenn es das kapitalistische Klasseninteresse beider erhetscht. Dann empfangen und nehmen die sonst so wuetend gegen das franzoesische Kapital und die Wendel agierenden Autonomisten ihre Schmiergelder von diesem Kapital gegen den gemeinsamen Feind: das arbeitende Volk. Alle diejenigen Arbeiter, Kleinbauern, Angestellten, Beamten usw., die sich von den Rossé, Schall und ihren Vasallen Mourer und Huber, bisher ueber die Rolle dieser Trabanten tauschen ließen, moegen aus dem Vorgang - "Comité du Travail" und "Elz" - die sich aufzwingenden Folgerungen ziehen.
- 3) Unsere Radikalen um "La République" und die muss man ~~den~~ sozialistischen und kommunistischen Arbeitern sagen, haben von den Subventionsgeschichten des "Comité du Travail" nur ein Tuepfelchen gelueftet. Sie haben ihre Entruestung nur auf einen Punkt konzentriert: auf die Subventionierung der "Elz".

Das Schweigen des radikalen Organs ueber die anderen Ausgabenposten des "Comité du Travail" offenbart nur erneut, dass die kapitalistische Subventionierung des Kampfes gegen das Proletariat fuer es kein Stein des Anstoßes ist, solange und soweit die Subventionierung nicht auch auf die Agenten des deutschen Imperialismus im Elsass ausgedehnt wird.

Verantwortlich: Emilo Hirtzel





# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 19/V. Jahrgang

Erste Maiwoche 1938

Nach den ersten Notverordnungen

Die erste Serie der Daladierschen Notverordnungen ist veröffentlicht worden. Die wichtigste dieser Verordnungen ist das Dekret, das eine allgemeine Erhöhung der Steuern um 8% vorsieht. Da das französische Steuersystem ueberwiegend auf indirekten Steuern aufgebaut ist, die die Massenkonsumtion belasten, heisst das, dass der Hauptteil der durch die neue Steuererhöhung herbeigefuehrten Mehrbelastung von 4 Milliarden Francs auf die Schultern der werktätigen Massen faellt. Sind diese 4 Milliarden ein fuehlbarer Schlag fuer die breiten Massen, so reichen sie natuerlich bei weitem nicht aus, um das Defizit in den Staatsfinanzen zu decken. Deshalb hat die Regierung Daladier eine ganze Reihe inflationistischer Massnahmen vorgesehen. Dazu gehoert die in den Dekreten vorgesehene Moeglichkeit der Herausgabe von Wechseln zur Bezahlung von Staatslieferungen, dazu gehoert vor allem die neue Francoentwertung. Der Franc soll auf einen Kurs von 175-180 fuer das englische Pfund herabgesetzt werden. Natuerlich erklart die Regierung, dass dies die allerletzte Devaluation des Franc sei und dass die Waehrung Frankreichs nunmehr auf einem endgueltigen Niveau stabilisiert werden wuerde. Das haben wir auch schon bisher zu hoeren bekommen, wenn der Frankenkurs herabgesetzt wurde. Aber auch nach der juengsten Regelung bleibt die Hauptursache der Francoentwertung, naemlich die durch die immer steigenden Ruestungsausgaben verursachte Krise der Staatsausgaben weiterbestehen. Die Daladierschen Behauptungen ueber die "Endgueltigkeit" des neuen Frankenkurses werden also durch die tatsaechliche Lage mit einem grossen und dicken Fragezeichen versehen.

Natuerlich bedeutet die neue Francoentwertung ein neues Ansteigen der Lebenshaltungskosten und damit eine neue Verschlechterung der Lage der werktätigen Massen. Die Versprechungen der Regierung, dass sie eine Auswirkung der neuen Devaluation auf den Preis verhindern werde, sind eine leere Phrase, die schon dadurch widerlegt wird, dass die Regierung durch die allgemeine Erhöhung aller Steuern, darunter der indirekten und der Umsatzsteuern, selbst alles tut, um das Preisniveau in die Hoehere zu treiben. Hinter den Erklarungen der Regierung ueber den Kampf, den sie angeblich gegen die Teuerung fuehren will, steht weiter nichts als die Absicht, im Namen der Verbilligung der Produktion die 40 Stundenwoche voellig zu beseitigen und die Anpassung der Arbeiterloehne an die Teuerung zu verhindern. Es ist bezeichnend, dass Daladier in seiner Rundfunkrede darueber klagte, dass die Profite der Kapitalisten die Tendenz haetten, zu verschwinden. Dass in Wirklichkeit die Lage ganz anders ist, dass naemlich die Kapitalisten ganz gut durch die Tatsache verdienen, dass die Realloehne der Arbeiter staendig sinken, das glaubt Daladier gestuetzt auf die breitwillige Gefolgschaft, die ihm SFIO und die KPF leisten, kuehn bestreiten zu koennen.

Die Fuehrer der SFIO und der KPF versuchen, mit Hilfe von allerlei demagogischen Tricks von sich die Mitverantwortung fuer die offenbar ~~arbeiterfeindlichen~~ Massnahmen der Regierung Daladier abzuwaelzen. Aber ihre weinerlichen Klagen ueber diese oder jene Massnahme Daladiers duerfen niemanden vergessen machen, dass sie fuer alle Schritte der Daladierregierung in vollem Masse verantwortlich sind. Haben sie doch in Gemeinschaft mit den halbfaschistischen und faschistischen Rechtsparteien fuer diese Regierung gestimmt und ihr eine Blankovollmacht zur Herausgabe von Notver-

ordnungen erteilt. Die sogenannte "Kritik", die jetzt in der Fresse der SFIO und der KPF an verschiedenen Massnahmen Daladiers geübt wird, ist voellig unehrlich und dient dem Zwecke, die Massen von einer wirksamen Verteidigung gegen den von der Regierung Daladier durchgefuehrten Angriff auf ihre Lebenshaltung und ihre Rechte zurueckzuhalten.

+ + + + +

Das englisch-franzoesische Buendnis.  
=====

Das Ergebnis der Reise von Daladier und Bonnet nach London ist eine Befestigung und ein Ausbau des englisch-franzoesischen Militaerbuendnisses. Der "Populaire" und die "Humanité" begruessen den Zusammenschluss der beiden "grossen Demokratien", zerdruecken aber eine Traene im Auge, weil dieser Zusammenschluss auf der Basis der Preisgabe der spanischen Antifaschisten, der Tendenz zur Verstaendigung mit den faschistischen Diktaturen ohne und auf Kosten der SU erfolgt. Aber wenn zwei imperialistische Maechte sich zusammenschliessen, so tun sie das, um imperialistische Politik zu betreiben, und es ist Dummheit oder Betrug, wenn die sozialistischen und stalinistischen Fuehrer einerseits Reklame fuer das imperialistische Buendnis zwischen England und Frankreich machen und andererseits so tun, als ob sie sich wunderten, dass es imperialistischen Zwecken diene. Inbezug auf Spanien setzen der englische und franzoesische Imperialismus auf den Sieg Francos. Die franzoesische Regierung hat sich bereit erklaert, die Kontrolle an der spanischen Grenze provisorisch wiederherzustellen. Die Blokade des antifaschistischen Spanien wird also verschaeerft, waehrend auf der anderen Seite Chamberlain mit Mussolini ausgemacht hat, dass die italienischen Truppen erst mal so lange in Spanien bleiben, bis der Buergerkrieg zu Ende ist. In der tschechslowakischen Frage hat man in London beschlossen, vorderhand zu versuchen, einen Handel zwischen den Nazis, ihrem sudetendeutschen Unterfuehrer Henlein und der tschechslowakischen Regierung zustandezubringen. Es ist ganz klar, dass ein solcher Kuhhandel nur dem deutschen und italienischen Faschismus nuetzen kann. Die SU wurde bei den Verhandlungen garnicht erwacht. Die Stalinsche Politik innerhalb der SU und der KI wirkt sich in der Weise aus, dass der Pakt zwischen Frankreich und der SU als ein "toter Hund" behandelt wird, wie sich die Londoner "Times" ausdrueckte. Die englische und die franzoesische Regierung haben beschlossen, ihre Aufruestung nach gemeinsamen Plaenen durchzufuehren. Die Bestrebungen, Ruestungsauftraege nach Amerika zu vergeben, zeigen, dass England und Frankreich eifrig bemueht sind, mit den Vereinigten Staaten in ein engeres Verhaeltnis zu kommen. Auch im letzten Weltkrieg wurde bekanntlich das Kriegsbuendnis zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten durch die amerikanischen Waffenlieferungen vorbereitet. Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen zeigt, dass die Arbeiter gar keinen Anlass haben, sich der Illusion hinzugeben, als werde durch die Zusammenarbeit der demokratischen Imperialisten der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus gefoerdert. Im Gegenteil, die demokratischen Imperialisten tun das ihrige, um den Faschismus zu foerdern und den imperialistischen Krieg naeherzubringen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Die 14 Punkte Negrins.  
=====

Die Regierung Negrin hat ein aus 14 Punkten bestehendes Programm veroeffentlicht, das in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Programm der Verstaendigung mit dem Faschismus, ein Programm der zu Franco ausgestreckten Hand. In den 14 Punkten wird eine Amnestie fuer die faschistischen Rebellen angekuendigt (die proletaerischen Revolutionaere, vor allem die POUF-Genossen sitzen nach wie vor in den Gefaengnissen). Ferher erklaert die Regierung Negrin, dass die zukuenftige "juristische und soziale Struk-



tur" Spaniens durch ein Plebiszit bestimmt werden soll. Damit hat die Regierung Negrin, die die proletarischen Revolutionaere im Namen der buergerlichen Demokratie verfolgt, die buergerlich-republikanische Verfassung von 1931 zugunsten eines Schachergeschaefts mit Franco preisgegeben. Die Regierung Negrin, die jetzt auch einen CNT-Minister in ihren Reihen zaehlt, stellt sich auf den Boden des Vorschlags, den der englische Konservative, Churchill, schon vor laengerer Zeit machte. Churchill befuerwortete die Bildung einer kombinierten Militaerdiktatur faschistischer und republikanischer Generale, die ein Plebiszit ueber die zukuenftige Verfassung Spaniens durchfuehren sollte. Es ist ganz klar, dass dies auch die Preisgabe der buergerlichen Demokratie bedeutet, denn ein solches Plebiszit, wenn es durchgefuehrt wird, waehrend der "amnestierte" Franco mit seinen Banden offenbar das von ihnen besetzte Gebiet weiter beherrschen soll, wuerde im besten Falle zu einer etwas maskierten Militaerdiktatur fuehren. Die 13 Punkte Negrins proklamieren weiter die voellige Wiederherstellung des Kapitalismus. Inbezug auf die Landwirtschaft wird von einer Agrarreform gesprochen, die zur "Herstellung einer "soliden, bauerlichen Demokratie", die "Eigentuemern ihres Grund und Bodens" ist, fuehren soll. Das heisst, von einer entschaedigungslosen Enteignung des Grossgrundbesitzes ist keine Rede mehr, sondern nur von einer Reform zugunsten "solider" grosser Bauern. Die Volksfrontpolitik hat in Spanien folgerichtig zu einem Programm gefuehrt, das nichts anderes ist, als ein Programm der Verstaendigung mit dem Faschismus. Die Urheber dieses Programms sind dieselben Leute, die es gewagt haben, die POUM Genossen als Agenten Francos zu verleumden. Jetzt hat die Geschichte bewiesen, dass die Volksfrontpolitik zur Niederlage fuehrt, dass ihre Fortsetzung den Weg zur Kapitulation vor dem Faschismus ebnet, waehrend die von der POUM befuerwortete Politik der proletarischen Revolution diejenige ist, die den Beduerfnissen einer erfolgreichen Verteidigung gegen den Faschismus entspricht, die einzige, die das spanische Proletariat zum Siege fuehren kann.

+++++

Der Konflikt in der SFIO.  
(Fortsetzung aus Nr. 18)

=====

II.

Auf die Entscheidung der Konfliktskommission der SFIO, die Pivot und die anderen Leiter der Seinefoederation wegen des von dieser Foederation an die sozialistischen Militanten und Foederationen gerichteten Appells gegen den Burgfrieden gemassregelte, antworteten die "Cahiers rouges", das Organ der "gauche revolutionnaire" (Nr. vom 22. April 1938):

"Man will eine revolutionaere Minderheit zum Schweigen bringen, die von Woche zu Woche waechst und die Mehrheit der Partei zu erobern droht; man ist gewillt, alle elementaren Garantien des Rechts und der innerparteilichen Demokratie zu vergewaltigen... Unsere Politik und unsere Perspektiven erhalten eine eklatante Bestaetigung. Also kann man uns nicht mehr dulden. Man kann nicht dulden, dass wir energisch die Streikbrecher demaskieren, dass wir trotz dem Verbot von Dormoy gegen den Senat demonstrieren, dass wir untern den sozialistischen Senatswahldelegierten der Seine die Verraeiter suchen, die lieber fuer einen Reaktionaeren als fuer einen Kommunisten stimmen..."

Auch in der sozialistischen Jugendorganisation ist der Konflikt ausgebrochen. Auf der Nationalkonferenz der Sozialistischen Jugend in Limoges brachte die Mehrheit der Pariser Organisation eine Resolution ein, die sich mit der gemassregelten Leitung der Seinefoederation der SFIO solidarisierte. Darauf wurden diejenigen, die fuer diese Resolution eintraten, nach dem Bericht von "Cahiers rouges" mit Faustschlaegen aus dem Saal gepruegelt. Die Paul Fauristischen Jugendbuerokraten erklaeerten die Pariser sozialistische Jugendorganisation fuer ausgeschlossen. Aber auch in dieser Organisation ist die ueberwiegende Mehrheit den Versuchen, eine Paul Fau-

fistische Parallelorganisation zu gründen, zum Trotz zusammengeblieben:

Marceau Pivert und seine Freunde appellieren gegen die Kassnahme der Buerokratie der SFIO an den bevorstehenden Partaikongress in Royan, sie erklaren, dass der Nationalrat garnicht befugt gewesen sei, sich fuer den Burgfrieden zu erklaren, da das dem Programm der Partei widerspreche. Die "Cahiers rouge" fragen:

"Hat der Nationalrat vielleicht das Recht zu beschliessen, dass die Partei sich in eine Radikale Partei verwandelt? Oder in eine stalinistische Partei? Und wenn eine Mehrheit sich in diesem Sinna ausspricht, heisst es denn, der Disziplin zuwiderhandeln, wenn man diesen Beschluss an zweifelt und an die Partei selbst appelliert?"

Gleichzeitig erklaren die "Pivertisten", dass es notwendig sei, "den Reformismus zu liquidieren". In einer oeffentlichen Versammlung, die die von Paul Faure und den Seinen "aufgeloeoste" Seinefoederation im Moulin de la Galette veranstaltete, erklarte Weil-Curiel, dass er und seine Freunde gemassregelt worden seien, weil die Parteibuerokratie verhueten wolle, dass die "gauche revolutionnaire", falls sie die Mehrheit in der Partei erobere, die notwendige "Sauberung" vornehme. Daniel Guérin erklarte in derselben Versammlung:

"Wir wollen aus allen unseren Kraefte, dass unsere Partei in Royan wieder zu dem wird, was sie nie haette aufhoeren sollen zu sein, eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution. Wenn sie das nicht tut, dann wird es nicht der kuenstliche Wille dieses oder jenes Militanten, sondern das geschichtliche Gesetz selbst sein, das in diesem Lande die Partei des Klassenkampfes und der Revolution entstehen lassen wird."

-----  
Marx und Engels und das Problem "Grossdeutschland".  
=====

Die Annexion Oesterreichs durch die Nazis hat in der deutschen und in der oesterreichischen Arbeiterbewegung eine Diskussion ueber die Frage hervorgerufen, ob die deutschen und die oesterreichischen Arbeiter jetzt, nach dem 11. Maerz, die Losung der Wiederherstellung der Unabhaengigkeit Oesterreichs aufstellen sollen oder nicht. Die einzige Richtung in der deutschen und in der oesterreichischen Arbeiterbewegung, die fuer die Unabhaengigkeit Oesterreichs eintritt, ist die stalinistische. Die KPD Deutschlands und Oesterreichs vertritt den Standpunkt, dass das deutsche und das oesterreichische Proletariat fortan nur das eine Ziel haben koennen, durch den gemeinsamen Kampf in den Grenzen des gegenwaertigen sogenannten "Grossdeutschland", die Nazidiktatur zu stuerzen und das Selbstbestimmungsrecht der Voelker zu verwirklichen. Es ist zwar wohl kaum anzunehmen, dass in einem sozialistischen Deutschland die oesterreichischen werktuetigen Massen sich fuer eine Trennung Oesterreichs von einer deutschen sozialistischen Raeterepublik aussprechen wuerden, aber das oesterreichische Volk soll auf jeden Fall ueber sein Schicksal selber entscheiden koennen. Auf's Entschiedenste muessen wir es jedoch ablehnen, dass man heute versucht, wie das die Fuehrungen der KPD und der KPÖ tun, diese Entscheidung bereits vorwegzunehmen, indem man erklart, dass Oesterreich unter allen Umstaenden selbstaendig zu bleiben habe. Die Plick und Koplewicz, die zusammen mit Otto von Habsburg die eifrigsten Preisfechter fuer die Wiederherstellung der Unabhaengigkeit Oesterreichs sind, bemuehen sich, ihre Stellungnahme einmal durch den Hinweis auf eine angeblich selbstaendige nationale Kultur, die Oesterreich zu einer eigenen Nation mache, welche Anspruch auf nationale Unabhaengigkeit habe, zu begruenden; zum anderen durch die Behauptung, man billige Hitlers Gewaltpolitik, wenn man den 11. Maerz nicht wieder ungescholten machen wolle (siehe "Deutsche Volkszeitung" vom 24. April 1938: "Annexion oder Anschluss?").

Es scheint uns interessant und lehrreich zu sein, in diesem Zu-



sammenhang an die Stellung von Marx und Engels zur Frage des Verhältnisses von Deutsch-Oesterreich zu Deutschland zu erinnern. Wir werden daraus einmal ersehen, dass die stalinistischen Apostel der oesterreichischen Unabhaengigkeit sich im Widerspruch zu der Stellung von Marx und Engels befinden, und zum anderen, dass die Behauptung der Nazis, ihre gewaltsame Annexion Oesterreichs sei die Erfuellung der revolutionaeren Tradition von 1848, eine ebenso dumme wie dreiste Luege ist.

In der Revolution von 1848 traten Marx und Engels mit aller Entschiedenheit fuer die grossdeutsche Loesung der deutschen Frage, d.h. fuer die nationale Einigung Deutschlands mit Einschluss Deutsch-Oesterreichs ein. Aber diese Loesung sollte nicht durch die konterrevolutionaere Gewalt von oben erfolgen, wie das 1866, 1870 und am 11. Maerz 1938 geschah, sondern durch die Revolution von unten. In den ersten Tagen der Revolution, im Maerz 1848, veroeffentlichten die Mitglieder der Zentralboeherde des Kommunistenbundes noch von Paris aus, kurz vor ihrer Abreise nach Deutschland, die "Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland", deren erster Punkt lautete:

"Ganz Deutschland wird zu einer einzigen unteilbaren Republik erklart."

Die Propaganda fuer die grossdeutsche Einheitsrepublik, die Deutsch-Oesterreich einbeschloss, fuehrten Marx und Engels in den Spalten der "Neuen Rheinischen Zeitung" energisch fort. In seinem Artikel "Marx und die Neue Rheinische Zeitung" beschrieb Engels 1884 die Haltung der "Neuen Rheinischen Zeitung" folgendermassen:

"Das Programm der "Neuen Rheinischen Zeitung" bestand aus zwei Hauptpunkten:

Einige, unteilbare, demokratische deutsche Republik und Krieg mit Russland, der Wiederherstellung Polens einbeschloss.

Die kleinbuergerliche Demokratie teilte sich damals in zwei Fraktionen: die norddeutsche, die sich einen demokratischen preussischen Kaiser gefallen lassen und die sueddeutsche, damals fast ganz badische, die Deutschland in eine foederative Republik nach Schweizer Muster verwandeln wollte. Beide mussten wir bekaempfen: Das Interesse des Proletariats verbot ebenso die Verpreussung Deutschlands wie die Verewigung der Kleinstaaterei. Es gebot die endliche Vereinigung Deutschlands zu einer Nation, die allein den von allen ueberkommenen kleinlichen Hindernissen gereinigten Kampfplatz herstellen konnte, auf dem Proletariat und Bourgeoisie ihre Kraefte messen sollten. Aber es verbot ebenso sehr die Herstellung einer preussischen Spitze; der preussische Staat mit seiner ganzen Einrichtung, seiner Tradition und seiner Dynastie war gerade der einzige ernsthafte innere Gegner, den die Revolution in Deutschland niederzuwerfen hatte; und obendrein konnte Preussen Deutschland nur einigen durch Deutschlands Zerreissung, durch den Ausschluss Deutsch-Oesterreichs. Aufloesung des preussischen, Zerfall des oesterreichischen Staates, wirkliche Einigung Deutschlands als Republik - ein anderes revolutionaeres, naechstes Programm konnten wir nicht haben. Und dies war durchzusetzen durch Krieg gegen Russland und nur durch ihn."

Marx und Engels forderten die Hineinnahme Deutsch-Oesterreichs in die zu schaffende deutsche Republik nicht in ertser Linie aus nationalen Gruenden, sondern im Interesse der konsequenten Durchfuehrung der buergerlichen Revolution und, da sie diese nur als unmittelbares Vorspiel der proletarischen Revolution auffassten, auch zur Erleichterung der letzteren. Am 6. Juni 1848 schrieb die "Neue Rheinische Zeitung":

"...Selbst nur vom buergerlichen Standpunkt betrachtet, ist die widerspruchslöse Einheit Deutschlands die erste Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalrechtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben loesen auf einem in 39 Laendchen zersplitterten Terrain?"

Aufs Schaerfste bekaempften Marx und Engels die Anhaenger dar

kleindeutschen Lösung der deutschen Frage, die die Einigung Deutschlands ohne Deutsch-Oesterreich anstrebten, denn das bedeutete die Fortdauer der feudalen Zersplitterung und damit die Spaltung und Schwächung der revolutionären Kräfte. Für die heutigen sogenannten Kommunisten und Marxisten, die die Spaltung der deutschen und oesterreichischen Arbeiterklasse wiederherstellen mochten, hätten sie nur Hohn und Verachtung übrig gehabt.

Aber Marx und Engels wollten, dass die Einigung Deutschlands nur auf revolutionärem Wege erfolge, "im Kriegs- und Revolutionssturm", wie die "Neue Rheinische Zeitung" am 25. Juni 1848 schrieb, d.h. durch den revolutionären Sturz der deutschen und der oesterreichischen Monarchien und den revolutionären Krieg gegen das zaristische Russland, das damals der Hort der europäischen Reaktion war.

Die Einigung Deutschlands erfolgte jedoch schliesslich nicht auf dem grossdeutschen, revolutionären Wege, den Marx und Engels aufgewiesen hatten, sondern mit Hilfe der kleindeutschen und konterrevolutionären Methoden, vor denen sie so unermüdet gewarnt hatten. Welche Haltung bezogen nun Marx und Engels angesichts dieser Entwicklung. Im deutsch - oesterreichischen Krieg von 1866 wünschten Marx und Engels die Niederlage Preussens. Aber sie griffen auch nicht die Partei der Habsburgermonarchie. Am 17. Juli 1866 nahm der Generalrat der I. Internationale zum Krieg Stellung und erklärte:

"Der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation betrachtet den gegenwärtigen Krieg auf dem Kontinent als einen Krieg zwischen Regierungen. Er rät den Arbeitern, neutral zu bleiben und sich untereinander zu dem Zweck zu vereinigen, durch ihren Zusammenschluss Kraft zu erwerben und diese so erworbene Kraft dafür zu benutzen, um ihre soziale und politische Befreiung zu erringen."

Als der Krieg mit dem Siege des Bismarckschen Preussens, dem Ausschluss Oesterreichs aus dem Deutschen Bund und der teilweisen Einigung Deutschlands unter preussischer Führung (Norddeutscher Bund) endete, da bedauerte Engels zwar diesen Lauf der Dinge, aber er schrieb auch an Marx (25. Juli 1866):

"Von dem Augenblick an, wo Bismarck den kleindeutschen Bourgeoisplan mit der preussischen Armee und mit so kolossalem Erfolg durchführte hat die Entwicklung in Deutschland diese Richtung so entschieden genommen, dass wir ebenso gut wie andere die vollzogene Tatsache anerkennen müssen, sie mag uns gefallen oder nicht... (Von uns unterstrichen. Die Red.)

Die Sache hat das Gute, dass sie die Situation vereinfacht, eine Revolution dadurch erleichtert und die Entwicklung jedenfalls beschleunigt...

Der Hauptnachteil ist die unvermeidliche Überflutung Deutschlands durch das Feudementum, und das ist ein sehr grosser. Dann die momentane Abtrennung Deutsch-Oesterreichs, die ein sofortiges Vorschreiten des Slawischen in Böhmen, Mähren, Kärnten zur Folge haben wird. Gegen beides ist leider nichts zu machen.

Wir können also meiner Ansicht nach garnichts anderes tun, als das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt anbietenden grösseren Erleichterungen zur nationalen Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können."

Man vergleiche diese Stellung Engels mit der Behauptung der "Deutschen Volkszeitung", die Hinnahe der Annexion Oesterreichs durch die Nazis als fait accompli bedeute die Billigung der Hitlerschen Gewaltpolitik, und die Ignoranz der stalinistischen "Theoretiker" liegt offen zu Tage!

Marx und Engels haben Pieck und Koplenig in ihrer Polemik gegen Wilhelm Liebknecht bereits vorausgeahnt. Dieser wollte sich mit der seit 1866 geschaffenen Lage nicht abfinden, sein blinder Hass gegen alles Preussische machte ihn zu einem kleindeutschen Partikularisten. Marx und Engels kritisierten ihn sehr scharf deswegen, Engels machte sich im Januar 1869 in





Das gemeinsame Aktionsprogramm der CNT und der UGT.  
(Fortsetzung aus Nr. 18)

Wir wissen, dass eine sozialistische Wirtschaft nicht in der Weise organisiert werden kann, wie die Anarchisten sich das vorstellen, naemlich so, dass die ganze Wirtschaft ausschliesslich von den Gewerkschaften geleitet wird. Wir sind der Ansicht, dass eine sozialistische Wirtschaft von den Organen der proletarischen Staatsmacht unter Beteiligung der Gewerkschaften geleitet werden muss. Aber in Spanien haben wir heute keine proletarische, sondern eine buergerliche Regierung und die dort von den Stalinisten und von ihren Verbundenen in der Regierung aufgestellte Losung der Nationalisierung hat weiter keinen Zweck, als die Betriebe der Leitung durch die Gewerkschaften, die proletarische Organisationen sind, zu entziehen, um sie unter das Kommando der Buerokratie des buergerlich-republikanischen Staates zu stellen und so die Voraussetzungen fuer ihre Rueckgabe an das Privatkapital zu schaffen. Die spanischen Volksfrontregierungen haben ja wiederholt erklart, dass sie die Enteignung der industriellen Betriebe nur als voruobergehende Kriegsmassnahmen betrachten. Entsprechend ihrer falschen Grundauffassung haben die Anarchisten geglaubt, es sei garnicht so wichtig, ob die politische Macht der Bourgeoisie wieder befestigt werde oder nicht, wenn nur die Arbeiter auch weiterhin ihre am 19. Juli 1936 errungenen Positionen in der Wirtschaft beibehielten. Die Wirklichkeit hat diese syndikalistische Phantasie grausam zerstoeert. Nachdem die buergerlich-demokratische Kontorrevolution auf dem politischen Gebiet mit Erfolg vorgedrungen ist, geht sie dazu ueber, den Arbeitern und ihren Gewerkschaften die Betriebe wegzunehmen. Wenn die spanischen Arbeiter nicht ihre Staatsmacht aufrichten, dann wird ihnen die buergerliche Staatsmacht wieder die Betriebe nehmen, die sie uebernommen hatten.

Aus dem Aktionsprogramm geht eindeutig hervor, dass die Leitung der Betriebe durch, von der Regierung ernannte Leute, geschehen soll. Die Verkoppelung des geforderten Gesetzes ueber die Arbeiterkontrolle mit einem Gesetz ueber "Vorteile in den Arbeitsbedingungen, d.h. ein Arbeiterschutzgesetz, beweist ein uebriges. Die CNT hat damit voellig kapituliert. Darueber helfen keine Erklarungen ueber die demokratische Wahl der Kontrollorgane hinweg. Auch die deutschen Arbeiter koennten in der Weimarer Republik ihre Betriebsraete auf die allerdemokratischste Weise waehlen.

Zur Frage der Landwirtschaft.

Die Vorschlaege des UGT Entwurfs zur Agrarfrage lauten:

"Das Verbindungskomitee spricht sich fuer die Nationalisierung und die Industrialisierung des Grund und Bodens aus, die zu unveraessertlicher Nutzniessung den Bauern und Landarbeitern uebergeben werden soll. Sie koennen ihn individuell oder kollektiv bearbeiten. Die Flaeche der Parzelle fuer die individuelle Bearbeitung darf nicht grosser sein, als eine Bauernfamilie selbst bearbeiten kann. Den Verhaeltnissen der autonomen Regionen muss Rechnung getragen werden. Es muessen aber die gesetzlichen Bestimmungen wie sie im uebrigen Teil des Landes herrschen in einem minimalen Masse eingehalten werden."

"Das kleine laendliche Eigentum der Landwirte, die den Grund und Boden direkt kultivieren, muss respektiert werden."

"Beide Gewerkschaften werden alle durch die Massen des Landes erreichten Eroberungen verteidigen und sich bemuehen, die landwirtschaftliche Produktion zu intensivieren."

(Fortsetzung in der naechsten Nr.)

(Aus technischen Gruenden muss die "Arbeiterpolitik" diese Woche leider achtseitig erscheinen.)

Verantwortlich: Emile Hirtzel



Erscheint wöchentlich

Einzelnummer 0,75 Frs.  
Monatlich 2,50 Frs.  
Ausland 3,50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 20/V. Jahrgang

Zweite Maiwoche 1938

## Gewerkschaftliche Aufgaben.

Auf dem Kongress der Gewerkschaft der Postler hat Jouhaux eine Rede gehalten, in der er unter anderem erklärte, dass jetzt mit der "Pause" Schluss gemacht werden müsse, dass die CGT entschlossen sei, fuer die Durchfuehrung der in ihrem Plan enthaltenen Forderungen, wie Arbeitsbeschaffung und Nationalisierung der wichtigen Industrien, einzutreten, dass die CGT das allein tun werde, wenn die Volksfront es wie bisher ablehne, irgendetwas dafuer zu tun. Es waere natuerlich falsch, wenn die Arbeiter sich darauf verlassen wollten, dass Jouhaux und die anderen Fuehrer der CGT mit diesen stolzen Worten auch Ernst machen. Die bisherigen Taten der Fuehrung der CGT und der Fuehrer der SFIO und der KPF, die jetzt in der "Humanité" und im "Populaire" ihre Zustimmung zu der Rede Jouhaux' auf dem Postlerkongress erklæren (nachdem sie allerdings in ihrer Wiedergabe dieser Rede sorgfæchtig den Satz gestrichen haben, der von einer selbstændigen Aktion der CGT ohne die Volksfront spricht) geben den Arbeitern allen Grund, keinerlei blindes Vertrauen in solche Ankuendigungen, wie die Jouhaux', zu setzen. Jouhaux' Rede zeigt, dass er sich ueber die tiefgehende Unzufriedenheit, die innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft um sich greift, im klaren ist. Die Politik der Regierung Daladier ist fuer die grossen Kapitalisten sehr angenehm; denn diese koennen jetzt, falls sie ihre ins Ausland verschobenen Kapitalien wieder in Franken anlegen, einen erheblichen Devaluationsgewinn einheimson. Den Arbeitern aber bringt die von den grossen Arbeiterorganisationen im Namen der Volksfront unterstuetzte Regierung Daladier neue Steuern und eine neue Teuerungswelle, die mit einer weiteren Senkung der Realloehne droht. Es ist deshalb kein Wunder, dass in den Reihen der CGT die Misstimmung ueber die von den Gewerkschaftsfuehrern betriebene Politik der Volksfront, des Burgfriedens etc. um sich greift. Auf demselben Postlerkongress, auf dem Jouhaux seine Rede hielt, wurde von den Delegierten eine energische Aktion zur Erhoehung der Gehaelter der Postler gefordert, die Haltung der verschiedenen Volksfrontregierungen wurde scharf angegriffen, die Gewerkschaftsfuehrer bekamen allerlei derbe Wahrheiten ueber ihr Verhalten zu hoeren, insbesondere wurde festgestellt, dass sie die Unternehmeroffensive gegen die 40 Stundenwoche beguenstigten, indem sie bereitwillig allen moeglichen Ausnahmen aus dem Arbeitszeitgesetz zustimmten ( wir haben das juengst am Beispiel der Pariser Metallindustrie gesehen, wo die stalinistischen Fuehrer der Metallarbeiterfoederation die Einfuehrung der 45 Stundenwoche in den Ruestungsbetrieben als grossen Sieg ausposaunten); auch machte sich auf dem Postlerkongress eine starke Opposition gegen die sozialchauvinistische Politik der Gewerkschaftsinstanzen, gegen ihre burgfriedliche Haltung gegenueber dem franzoesischen Imperialismus bemerkbar.

Die Mitglieder der CGT muessen jetzt Jouhaux beim Worte nehmen. Sie muessen verlangen, dass die Fuehrer der CGT mit den Ankuendigungen Jouhaux' Ernst machen. Dazu ist der Bruch mit der bisherigen Politik der CGT-Fuehrung notwendig, dazu ist notwendig, dass die Organisationen der CGT zu ausserparlamentarischen Aktionen ohne die Volksfront und gegen sie; zum Kampfe gegen die Regierung Daladier, die die Geschæfte des Grosskapitals besorgt, mobilisiert werden. Es ist reiner Humbug, wenn z.B. die "Humanité" tagtaeglich ihren Lesern erzæhlt, die "Festigung" der Volksfront, d.h. das Buendniss mit Daladier, Bonnet, Marchandeu und aehnlichen "Vorkaempfern" gegen das Kapital - sei das Mittel, um die Reichen zum Zahlen zu bringen, um eine grossmassige Arbeitsbeschaffung durchzusetzen etc.,





(1) eine formelle Allianz ist nicht abgeschlossen worden, aber die "Achse" ist nicht gelockert, sondern eher gestaerkt; der deutsche und der italienische Generalstab werden kuehftig staendig zusammenarbeiten. Man kann vermuten, dass sich diese Zusammenarbeit nicht nur auf lokale Aktionen, sondern auch auf die Ausarbeitung gemeinsamer strategischer Plaene fuer den allgemeinen Krieg beziehen wird, insbesondere fuer den gemeinsamen Aufmarsch gegen Frankreich. (2) einer von Deutschland vorgeschlagenen gemeinsamen Demonstration fuer die deutschen Kolonialforderungen ist von Italien nicht zugestimmt worden. Das schliesst jedoch gemeinsame Plaene in dieser Richtung nicht aus. (3) Deutschland und Italien haben sich ueber die Abgrenzung ihrer "Einflussphaeren" in Mittel- und Suedosteuropa geeinigt. Italien wird Hitlerdeutschland freie Hand in der Tschechoslowakei lassen, und sein Vorgehen dort diplomatisch unterstuetzen. Anerkennung besonderer italienischer Interessen in Ungarn, Jugoslawien, Griechenland, besonderer deutscher Interessen in Rumaenien, Bulgarien und auch Jugoslawien. (4) Anerkennung der Brennergrenze durch Hitlerdeutschland, das heisst Verzicht auf Suedtirol. (5) Italien sind offenbar Versprechungen gemacht worden inbezug auf verstaerkte deutsche Hilfe in Spanien und "Afrika". Afrika wird von Deutschland als italienische Expansionsphaere anerkannt.

Bei den Verhandlungen war Hitlerdeutschland vermoege seiner Machterweiterung durch seine Aufruestung und die Annexion Oesterreichs in der Vorhand. Italien ist von Hitlerdeutschland erhuert worden, die gegenwaertige internationale Lage zu neuen "Ueberraschungen" auszunutzen; mit Ruecksicht darauf, dass Japan zunaechst durch die Festlegung in China weiter militaerisch und aussenpolitisch geschwaecht wird, fuer mit Ruecksicht auf die Fortfuehrung und Beschleunigung der englisch-franzoesischen Aufruestung, die das Kraefteverhaeltnis von einem gewissen Zeitpunkt ab zu ungunsten der "Achse" veraendern wird. Deutschland seinerseits schoepft aus den Verhandlungen mit Italien Ermutigung fuer beschleunigtes Vorgehen in der Tschechoslowakei.

In der Schweiz ist die Beunruhigung ueber deutsch-italienische strategische Abmachungen, die die Schweiz beruehren, gestiegen. Aus dem Wort Hitlers von der Brennergrenze als der Bruecke zwischen Deutschland und Italien folgert die Schweiz, dass gegebenenfalls ihr Land als Durchmarschgebiet fuer einen deutsch-italienischen Angriff auf Frankreich dienen soll.

Da in dem Verhaeltnis Italien-Deutschland zuletzt Deutschland am Zuge war; so kann man erwarten, dass Italien jetzt zum Zuge zu kommen trachtet. Jedenfalls ist klar, dass die deutsch-italienischen Abmachungen Perspektiven auf neue europaeische Erschuetterungen eroeffnen.

Ein neuer und bedeutsamer Zug in der europaeischen Lage ist die Erklaerung des amerikanischen Kriegsministers gegen weitere Vorstoesse Deutschlands und Italiens, eine Erklaerung, die in ihrer Schroeffheit alles uebertrifft, was bis jetzt von englischer oder franzoesischer Regierungseite oeffentlich geaussert wurde. Amerika meldet damit seinen Anspruch an, auch in den europaeischen Fragen nicht nur als Sekundant Englands-Frankreichs aufzutreten, sondern eine selbstaendige und fuehrende Rolle zu spielen. Dieselbe Bedeutung haben die amerikanischen Ankuendigungen in Bezug auf die Aufhebung des Embargos gegenueber Spanien. Objektiv werden diese Gesten Amerikas die Wirkung haben, das Tempo des Vorgehens Deutschlands-Italiens zu beschleunigen. Sie lassen auch keinen Zweifel daran, dass die amerikanische Bourgeoisie sich drauf vorbereitet, bei dem kommenden Weltkrieg eine weit aktiver und gewichtigere Rolle zu spielen, als beim letzten. Eine Warnung fuer die amerikanische Arbeiterklasse.



Die diesjährigen Maifeiern in der Tschechoslowakei.

=====

Von der KP(Tsch.)-Opposition wird uns geschrieben:

Die Durchführung des 1. Mai in der Tschechoslowakei war ein bedeutender und sichtbarer Ausdruck fuer die Formierung und Neugruppierung der innerpolitischen Fronten und der Aussenpolitik der Republik. Durch die Demonstrationen wurde die gewaltige Verschiebung der verschiedenen Klassenkraefte, der Ein- und Unterordnung der Arbeiterklasse unter die herrschende tschechische Bourgeoisie und die Grosse der faschistischen Gefahr augenfällig zum Ausdruck gebracht.

Das Begruesungstelegramm des Praesidenten Dr. Benesch an Hitler aus Anlass des 1. Mai ist mehr als ein diplomatischer Hoeflichkeitsakt, er zeigt die Richtung an, die die tschechoslowakische Aussenpolitik in verstaerktem Masse nach den Londoner Ministerbesprechungen, vor allem unter dem Druck der englischen Regierung, einschlagen wird. Welche innerpolitische Wirkung dieses Telegramm auf den Henleinfaschismus hat das wurde in Eger von Tollner in aller Eindeutigkeit gesagt: "Die Sudetendeutschen haben jetzt das Recht, sich offen zu Hitler zu bekennen". In diesem Zusammenhang wurde auch von den Massendemonstrationen der Henleinpartei, an denen sich freiwillig und durch Terror gezwungen viele Arbeiter beteiligten, ein unverhuelletes Bekenntnis zum Nationalsozialismus des Dritten Reiches abgelegt. Nur wer mit politischer Blindheit geschlagen ist wird nicht sehen, dass vom Henleinfaschismus Dinge vorbereitet werden, die verfluchte Aehnlichkeit haben mit Methoden der oesterreichischen Nazis vor der Errichtung "Grossdeutschlands". Die verschiedenen Reden des "Fuehrers" Henlein, der sein Karlsbader Programm als "eine gerade noch zulaessigliche Grundlage fuer eine friedliche Loesung" bezeichnete, erbringen sehr klar den Beweis, dass es der Henleinpartei garnicht um eine Loesung der nationalen Frage im Rahmen der Republik, sondern um die Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung, d. h. um die Verwirklichung der imperialistischen Ziele des Dritten Reiches geht. Fuer diese Politik hat Henlein am 1. Mai demonstriert und in den Sudeten ueber eine Million Menschen mobilisiert, die Demonstrationen unter Vorantritt der uniformierten "Ordnung" in Bewegung gesetzt, und die Hauserfronten in den Sudetenstaedten mit unzähligen Henleinfahnen und wie in Asch auch mit Hakenkreuzfahnen neben der Staatsflagge dekoriert.

Die proletariaeschen Klassenkraefte sind am 1. Mai in einer ganz falschen Richtung zum Ausdruck gekommen. Der 1. Mai stand nicht im Zeichen der proletarischen Einheitsfront, die die einzige Kraft waere dem Faschismus und den imperialistischen Kriegstreibern ein entschiedenes und wirkungsvolles Paroel zu bieten. Gewiss, die sozialdemokratischen Parteien und die KPC sind an diesem 1. Mai aufmarschiert und ihre Aufmaersche trugen teilweise Massencharakter. Aber abgesehen von einigen parteimassigen Sonderveranstaltungen der deutschen Sozialdemokratie, die fuer den "Volkssozialismus" demonstrierte, fanden diese Maidemonstrationen im Zeichen des Burgfriedens und der Unterordnung unter die herrschende tschechische Bourgeoisie statt.

Der 1. Mai wurde im tschechischen Gebiet des Staates vom tschechischen Nationalrat veranstaltet. Der Fuehrer des Nationalrates ist Professor Nemeec, der ehemalige Kandidat der Nationalen Vereinigung und der Agrarier bei der Praesidentenwahl. An der Maifeier des Nationalrates beteiligten sich von der halbfaschistischen Nationalen Vereinigung und den Agrariern alle Parteien mit Einschluss der Sozialdemokratie bis zur Kommunistischen Partei. Diese grosse Burgfriedensfront demonstrierte fuer folgende Losung: Fuer die Einheit der Nation, die Sicherheit der Republik, die Demokratie und den Frieden.



In Prag hatte die KPTsch eine selbstaendige Parteidemonstration. Die mitgeführten Transparente enthielten Losungen fuer den Schutz und die Verteidigung der Republik und der Demokratie, fuer eine Volksfrontregierung. Es wurde fuer die Kriegsbereitschaft demonstriert. Weder die marxistische Losung der nationalen Frage noch irgendwelche soziales und wirtschaftlichen Forderungen fuer die Arbeiterklasse wurden auf den Transparenten zum Ausdruck gebracht. Am Schlusse der Demonstrationsversammlung wurden die kommunistischen Arbeiter durch Lautsprecher von der Parteifuehrung aufgefordert, alle roten Fahnen, Transparente, rote Kopftuecher, Partei- und kommunistische Malabzeichen abzulegen und dann auf den Wenzelsplatz zu gehen, um an der Maifeier des tschechischen Nationalrates diszipliniert teilzunehmen. Es wurde ausdrucklich davor gewarnt, auf dem Wenzelsplatz kommunistische Losungen zu rufen und die Internationale zu singen. Wer das mache, wuesse als Provokateur behandelt werden. Ideologisch und organisatorisch abgeruestet, kamen dann die Massen der kommunistischen Demonstration unter Fuehrung einer Anzahl riesiger Staatsfahnen auf dem Wenzelsplatz an.

Man sah es den Arbeitern an, dass sie ihre revolutionaeren Hoffnungen und Grundsaeetze zu Grabe tragen mussten. Die Bourgeoisie hat es jedenfalls erreicht, dass die KPTsch ihre Massen freiwillig zur Verfuegung stellte.

Die KPTsch demonstrierte also gemeinsam mit den Agrarern und der Nationalen Vereinigung. Was die Nationale Vereinigung will, das hat einer ihrer Abgeordneten, Dr. Frantisek Novotny, im Pardubitzer Organ der Nationalen Vereinigung, in "Vyход" (Der Osten) zum Ausdruck gebracht. Er wendet sich dort gegen den "Pseudo-Humanismus und den weinerlichen Pazifismus". Woertlich droht er dann in dem Maikartikel: "Proletarier der Tschechoslowakei, im kommenden Jahr werden die roten Fetzen eurer hassvollen Banner verschwinden! Proletarier, zum letzten Male und verschamt ducket sich eure roten Fahnen in den duonn gewordenen Keim der enttaeuchten Bekenner des Evangeliums von Marx, des Hasses gegenueber allen!" Das ist die Sprache der tschechischen Henlein. Und diesen Leuten haben am 1. Mai die Kommunisten und die Sozialdemokraten die Klasseninteressen der Arbeiterschaft geopfert. Dieses Opfer wurde auf den Altar des Burgfriedens, des faulsten Friedens, den es gibt, niedergellegt. Fuerwahr: "Herrliche" Perspektiven fuer das, was nicht austreten wird.

Das gleiche Bild zeigte sich auch in den Sudeten. So maechtig diese Kundgebungen auch waren, so viel Mut und Vertrauen sie bei der Arbeiterschaft ausgeloeset haben, so wenig hatten sie aber klassenmassigen Geist in sich. Es wurde zwar gressententeils einheitlich aufmarschiert, aber mit Einheitsfront hatt dies nichts zu tun. Unter Einheitsfront verstehen wir den revolutionaeren einheitlichen Kampf fuer ein revolutionaeres sozialistisches Ziel. Bei den Manifestationen in den Sudeten war die Zielsetzung aber nicht eine sozialistische, sondern eine buergerliche, kapitalistische. Es wurde zwar gegen den Faschismus demonstriert, aber fuer die Erhaltung der eigenen kapitalistischen Unterdrueckung.

Dies konnte nur geschehen, weil die Kommunistische Partei auf jede Klassenpolitik Verzicht leistet; ja, sie war sogar der treibende Faktor dieser verwaechenen Einheitsfrontkundgebung. Denn sie schrieb in der "Roten Fahne": "Am 1. Mai muss die Strasse frei sein fuer gressere republikanische Kundgebungen und Demonstrationen, die am besten von der Regierung selbst einzuberufen sind". Es ist natuerlich klar, dass Kundgebungen von einer Regierung, die staendig vor dem Faschismus kapituliert, zwar einheitlich, aber gar keines revolutionaeren Charakters sein muessen. Dieses Verlangen bedeutet auch eine Herabwuerdigung des 1. Mai. Der 1. Mai ist der Kampftag gegen den Kapitalismus, das bedeutet auch gegen den Faschismus, denn dieser ist nur eine Herrschaftsform desselben. Nun aber Verlangen, dass die Sachwalterin der Kapitalisten, die Ro-

gierung, die Organisierung des Kampfes gegen den Kapitalismus vornimmt; ist naiv, wenn wir nicht gerade sagen wollen: eine Schandthat des 1. Mai. Und dementsprechend waren auch die Kundgebungen in den Sudeten. Nur bei zwei einheitlichen Kundgebungen sprachen kommunistische Referenten. Bei den uebrigen gestattete man ihnen nur eine Resolution anzubringen, aber nicht eine kommunistische, sondern eine patriotische. In Weipart marschierte an der Spitze des Zuges der KPTsch, die "Severoceska Jednota", eine speziell zur nationalen Unterdrueckung gegruendete Organisation. In Komotau riefen auf der Kundgebung die tschechischen Teilnehmer unter dem Beifall der Kommunisten: "Es lebe das tschechische Komotau". Die Referenten der sozialdemokratischen Parteien, insbesondere Jaksch, erwaehnte mit keinem Wort die Sowjetunion. Wie wenig revolutionaerer Geist auf den Kundgebungen herrschte, beweisen alle tschechischen Zeitungsnachrichten. Sie berichten nur, dass in den Sudeten tschechische Kundgebungen mit Teilnahme der Deutschen stattgefunden hatten. Das Fehlen jeglichen Klassencharakters und das Hervorheben des Patriotismus bringt sie zu diesem Urteil. Bei den grossen Kundgebungen in Reichenberg, Aussig, Teplitz, Bruox und Komotau hatten auch tatsaechlich die Tschechen die Fuehrung. Die deutschen Sozialdemokraten mussten erst auf die Kundgebungen gedruegt werden. Die Kommunisten verzichteten auf Klassenforderungen und es ist deshalb auch kein Wunder, dass die tschechischen Minderheiten den Kundgebungen den Stempel des Patriotismus, zum Teil sogar des Chauvinismus aufdrueckten.

So maechtig diese Kundgebungen waren, sind sie dennoch nicht der Ausdruck der Staerke der Arbeiterklasse. Auf einer einheitlichen Kundgebung muss die revolutionaere Arbeiterklasse fuehrend sein. Dies war aber in den Sudeten nicht der Fall. Die revolutionaere Arbeiterschaft unterordnete sich ihren zweifachen Unterdrueckern, der tschechischen Bourgeoisie. Diese polatische Wirrwarrkonnte nur entstehen, weil die Kommunistische Partei auf eine buergerliche Plattform hinausbergewechselt ist. Die KPTsch ist verantwortlich, dass der Tag der Arbeiterschaft in den Sudeten nicht ein Kampftag fuer Arbeit und Brot, fuer den Sozialismus, fuer die revolutionaere Loesung der nationalen Frage war, sondern im Sumpf des Patriotismus unterging.

Der 1. Mai zeigt aber auch, dass in den Sudeten riesige Massen vorhanden sind, die bereit sind gegen den Faschismus zu kaempfen und die in Bewegung gesetzt werden koennen. Es ist deshalb notwendig, dass diese Massenbewegung revolutionaeren Inhalt bekommt. Die revolutionaere Arbeiterklasse muss fuehrend werden. Der Kampf gegen den Faschismus muss einheitlich unter revolutionaerer Fuehrung und Zielsetzung fortgesetzt werden. Nur eine Einheitsfront, aber kein Einheitsbrei wie ihn der 1. Mai in den Sudeten darstellte, ermoeglicht einen Sieg ueber den Faschismus.

Die Gefahr des Honleinfaschismus und des tschechischen Faschismus ist riesengross. Nicht kleiner ist der Sumpf in dem sich die Arbeiterklasse befindet. Es gibt noch keinen Karl Liebknecht in der Tschechoslowakei. Es müssen deshalb die einfachen Arbeiter versuchen, alle oehrlichen und denkenden Kommunisten und Sozialisten, das in den Schmutz geworfene Kampfbanner aufzuheben und dem Klassenkampf des Proletariats vorantragen.

+++++

#### Solidaritaet mit der POUM I

Im Auftrage unserer amerikanischen Bruderorganisation hat der Genosse Lovestone das folgende Telegramm an den spanischen Ministerpraesidenten Negrin gerichtet:

"Die Unabhaengige Kommunistische Arbeiterliga, die den spanischen antifaschistischen Kampf entschieden unterstuetzt, richtet sich von neuem an Sie mit dem Appell, die Verfolgung der POUM und anderer revolutionaerer Arbeitergruppen einzustellen. Alarmierende Nachrichten ueber neue Erschiessungen revolutionaerer Antifaschisten an der Front und ueber weitere Verhaftungen. Fordern sofortige Amnestie im Interesse eines einheitlichen erfolgreichen Widerstandes gegen die Faschisten."



Die Volksfrontpolitik in den Vereinigten Staaten.  
=====

Nachstehende bringen wir die Rede des Genossen Jay Lovestone von der Unabhängigen Kommunistischen Arbeiterliga der Vereinigten Staaten, gehalten in der Debatte ueber die Volksfront auf der Pariser Internationalen Konferenz.

Unter der Fuehrung von Lenin und dem Einfluss der russischen Revolution haben wir, die wir heute der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) angehoren, aus zwei Hauptgruenden mit der Sozialdemokratie gebrochen. Diese waren: die Haltung gegenueber dem imperialistischen Krieg und die Einschaeztung der buergerlichen Demokratie. Als Revolutionaere erklaerten wir damals und erklaren wir weiterhin, dass, wenn man die geringste Konzession in der Richtung der Unterstuetzung des imperialistischen Krieges macht und auch nur imgeringsten zur Unterstuetzung der buergerlichen Demokratie als eines politischen Systems, als einer Staatsform hinneigt, das bedeutet, dass man den Kapitalismus als ein Gesellschaftssystem verteidigt und fuer die Fortdauer der kapitalistischen Herrschaft arbeitet.

Als wir diesen Bruch vollzogen, den ich erwaehte, betonten wir gleichfalls, dass es die erste Pflicht der Revolutionaere in jedem Lande ist, in erster Linie ihre eigene Bourgeoisie zu schlagen. In Ergaenzung dazu betonen wir mit gleichem Nachdruck, wie wir es immer getan haben, dass ein organischer Teil dieses Kampfes fuer den Sturz unserer eigenen Bourgeoisie die Aufgabe ist, unsere eigenen Reformisten und Sozialchauvinisten zu schlagen. Aus diesem Grunde kaempfen wir mit solcher Energie gegen das Gift des Reformismus, das jetzt durch die Komintern den werktaechtigen Massen eingeimpft wird. Natuerlich kann ich hier nicht im einzelnen die konkrete Taktik aufzeigen, die durch die in Frage kommenden Organisationen in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus und gegen die Reformisten, die in den Reihen der Arbeiterbewegung die buergerliche Herrschaft verteidigen, angewandt werden muss. Ich kann nur eine allgemeine Orientierung geben.

Aber ihr werdet gewiss interessiert sein, von einem allgemeinen Standpunkt aus zu erfahren, wie die Ideologie und Politik der Volksfront sich in den Vereinigten Staaten auswirken, fuer wen und gegen wen sie, in einem Lande wie dem unsrigen, wo die buergerliche Demokratie als politisches System noch maechtig ist, arbeiten. Ihr werdet unzweifelhaft interessiert sein, etwas ueber die schaedlichen Wirkungen des Giftes der Volksfront in einem Lande zu erfahren, in dem in Reihen der Arbeiterklasse sich gerade die ersten Anfaenge einer kritischen Haltung und eines Misstrauens gegenueber der buergerlichen Demokratie und dem Kapitalismus bemerkbar machen.

Wir in den Vereinigten Staaten befinden uns erst im Anfangsstadium einer grossen unabhängigen Arbeiterbewegung im nationalen Rahmen. Wir befinden uns erst im Anfangsstadium einer Kristallisierung der Klassenbewegung des Proletariats als einer selbststaendigen Bewegung, als einer klassenbewussten Kraft. Darin besteht die fundamentale, die entscheidende Bedeutung des ILO. Inbezug auf seine Moeglichkeiten ist das letzte weit mehr als nur eine Gewerkschaftsbewegung auf der Grundlage von Industrieverbaenden, obgleich ich weit davon entfernt bin, die fundamentale Bedeutung selbst einer solchen Bewegung zu verkleinern. Hierin liegt die wirkliche Bedeutung der Tendenz zu einer Labor Party. Hier ist eine Tendenz zu unabhängigen Aktionen der Arbeiterklasse, hier ist eine Betonung der ersten Anfaenge einer revolutionaeren Desillusionierung - mag sie auch unbestimmt, konfus, zogernd, unklar sein - inbezug auf die buergerliche, die parlamentarische Demokratie als politisches System.

Aber ausgerechnet in diesem Augenblick eilt die Kommunistische Partei zur Rettung des Kapitalismus, zur Unterstuetzung der buergerlichen Demokratie, zur Irrefuehrung der Arbeiter, zur Unterstuetzung der Ausbeuterklasse herbei, damit diese ihre Herrschaft weiter aufrecht erhalten koenne. Und weshalb? Aus dem Grunde, weil es moeglich sei, sich vorzustellen, dass die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten noch schlechter behandelt werden koennte, als das heute der Fall ist. Zu einer Zeit, da fuehrende Gewerkschaftsfuehrer wie John L. Lewis, die weit davon entfernt sind Kommunisten zu sein, eine gesunde kritische Haltung gegenueber Roosevelt und seiner Regierung zum Ausdruck bringen und entwickeln, widmet sich die Kommunistische Partei der geheiligten Aufgabe, Roosevelt, seine Politik und sein Programm zu verteidigen!

Betrachten wir als Beispiel den diesjaehrigen Lenin-Gedaechtnistag in den Vereinigten Staaten. Was hat die KP an diesem Tag getan, insofern es die Arbeiterbewegung betrifft? In Baltimore gab sie ein Flugblatt mit der Ueberschrift heraus: "Warum eine Lenin-Gedaechtnisfeier?" In diesem Flugblatt heisst es an einer Stelle: "Lenin wuerde den Staatssekretaer Innenminister) Ickes und den Stellvertretenden Generalstaatsanwalt zu ihrem Kampf gegen die amerikanischen "sechzig Familien" faschistischer Monopolkapitalisten beglueckwuenschen". Das mag albern erscheinen, und ist es auch. Aber es ist auch tragisch. Eine Kommunistische Partei, eine Partei der Arbeiterklasse, die einem Generalstaatsanwalt zujubelt! Ihr wisst, was ein Generalstaatsanwalt ist, worin seine Arbeit besteht; Ihr wisst, was eine Polizeiverwaltung ist, die im nationalen Rahmen taetig ist; Ihr wisst, gegen wen eine solche Verwaltung arbeitet und in wessen Auftrag sie letzten Endes immer wirkt. Und wenn in Frankreich Stalins Befehle lauten, nicht gegen den Kapitalismus als ein System, sondern gegen die "zweihundert Familien" zu kaempfen, dann wird in Amerika diese Ideologie mechanisch uebernommen und in einen Kampf gegen die "sechzig Familien" verwandelt. Ihr seht, wir haben in den Vereinigten Staaten grossere und bessere Plutokraten und darum haben wir weniger, moechten Stalin und Browder Euch glauben machen.

Nehmt aber keinen Augenblick an; dass wir den Tiefpunkt stalinist. Wuerdelosigkeit und Entartung schon erreicht haben. Die KP der Vereinigten Staaten faehrt fort, den Lenin-Gedaechtnistag im Geiste der Volksfront und auf der Basis der Volksfrontagitiation und des Volksfrontprogrammes zu entwickeln. Und dieses antiproletarische Dokument, das den Stempel des kommunistischen Parteikomitees des Staates Maryland traegt, faehrt marktschreierisch fort: "Und es ist die Angst vor dem Geiste Lenins, der heute in der Welt wirksam ist, der die Wirtschaftskoenige Amerikas davon zurueckhaelt, ihre Drohungen, Praesident Roosevelt zu ermorden, durchzufuehren."

Ich glaube, dass der einzige Kommentar, den man berechtigtermassen zu dieser Perfidie machen kann, der folgende ist: "Lasst niemand anderen zu Worten seine Zuflucht nehmen. Nur Stalin kann und darf dies. Als Sachverstaendiger in diesem Punkte muss er freie Hand haben, daruon zu entscheiden, wer ermordet werden soll." Und wir koennten hinzufuegen, dass dass die Kommunistische Partei sehr gut sagen koennte, und es auch faktisch tut, wenn sie sich wie oben erwaeht aussert: "Lenin ist tot! Es lebe Roosevelt!"

Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten faehrt in Uebereinstimmung mit der Volksfrontstrategie und dem Verrat der marxistisch-leninistischen Prinzipien fort: "Die amerikanische Kommunistische Partei, die mit den Lehren Lenins und Stalins gewappnet ist, schmiedet mit allen progressiven Kraefte zusammen schnell eine maechtige Volksfront, um die "sechzig Familien" zurueckzuschleudern, die die amerikanische Demokratie zu ordrosseln planen. Amerikanische Landsleute, dieses ist Eure Partei... Dieses ist die Partei eines grosseren, gluecklicheren, freieren Amerikas... Freunde der Demokratie von Maryland!... Der Geist Lenins, Lincolns und Jeffersons marschiert wieder vorwaerts zu Frieden, Prosperitaet und Demokratie. Der Kommunismus ist der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts."

(Fortsetzung in der naechsten Nr.)



Aus dem Elsass.Die Nazipropaganda in Elsass-Lothringen  
und die Aufgaben der Arbeiterschaft.

## I.

In letzter Zeit beschäftigt sich die Linkspresse Elsass-Lothringen und selbst die Innerfrankreichs, in wachsender Masse mit der Nazipropaganda in Elsass-Lothringen. Das Schicksal Oesterreichs und das bedrohliche Wachstum der sudetendeutschen Honleinbewegung und ihre offende Erklärung, dass sie sich als ein Teil der nationalsozialistischen Bewegung betrachtet, hat die Gefahren verdeutlicht, die der elsass-lothringische Autonomismus, der bereits seit langem als eine von Berlin dirigierte Sache der deutschen imperialistischen Propaganda in Elsass-Lothringen taetig ist, darstellt.

Die Liga fuer Menschenrechte hat jetzt in einer der Presse uebermittelten Erklärung die Aufmerksamkeit der staatlichen Behoerden auf die verstaerkte Nazipropaganda gelenkt und die strikteste Anwendung der Gesetze dagegen gefordert. Die Liga fuer Menschenrechte laesst sich bei ihrem Schritt allerdings nur von dem Gesichtspunkt leiten, dass durch die Nazipropaganda die Landesverteidigung und die Sicherheit der Buerger gefaehrt werden. Aber in einem Punkt weist die Liga auch auf den Kern des Problems hin. Sie sagt, dass diese Propaganda keinerlei Aussicht auf Erfolg haette, wenn sie keine guenstigen Bedingungen zu ihrer Verbreitung vorfinden wuerde. Diese Bedingungen sieht die Liga darin, dass "unsere Grenzgebiete empfindlicher als andere Gebiete fuer die Verschlechterung der Wirtschaftslage sowohl in industrieller, wie in landwirtschaftlicher Hinsicht sind (Unsicherheit, Landflucht, Absatzmangel). Dieser Hinweis deutet die Quellen an, aus denen die Nazipropaganda gespeist wird, aber er deutet sie nur unvollstaendig an, und es liegt an ihrer buergerlichen Beschaenktheit, dass die Liga ausser ihrem Appell an die Staatsgewalt kein eigenes Programm zum Kampf gegen die Nazigefahr im besonderen, um die faschistische Gefahr im allgemeinen zu entwickeln vermag.

Die Verstaerkung der nazistischen und sonstigen faschistischen Propaganda und ihrer Wirkung, laesst sich zusammengedraengt auf folgendes zurueckfuehren:

1) Wachsende Enttaeuschung der kleinbuergerlichen und kleinbaeuertlichen Massen ueber die Volksfrontpolitik und zunehmende Neigung bei diesen Schichten sich durch den Faschismus gegen die Arbeiterschaft einspannen zu lassen. Die Ergebnisse der Volksfrontpolitik fuer das Kleinbuergertum (Inflation, Preissteigerungen, Steuererhoehungen usw.) werden der Arbeiterschaft zur Last gelogt. Die Arbeiterschaft aber ist infolge des Nichtvorhandenseins einer wirklich kommunistischen Partei unfaeelig gemacht, einen Ausweg fuer diese Schichten zu zeigen. Die Arbeiterschaft selber ist aus der Periode der hoffnungsgeschwellten Begeisterung inbezug auf die Volksfront in einer Periode der ausserparlamentarischen Inaktivitaet, der Depression und beginnenden Auswegslosigkeit getreten und ist in einzelnen Teilen - Arbeitslose usw. - bereits zum Objekt faschistischer und faschistenfreundlicher Agitation geworden.

2) Die aussonpolitischen Spannungen und das Wachsen der Kriegsgefahr vermehren die wirtschaftliche Unsicherheit im Grenzgebiet. Gewisse Unternehmungen, insbesondere auch solche die fuer die Aufruestung arbeiten, und soweit sie fuer ihre Produktion nicht an die Region gebunden sind, ziehen sich aus dem Grenzgebiet zurueck. Betriebserweiterungen werden kaum vorgenommen. Dazu kommen Absatzschwierigkeiten, da der deutsche Markt der Einfuhr franzoesischer Erzeugnisse infolge der Autarkiepolitik und der Einfuhrdrosselung grosse Hindernisse entgegengesetzt. Die deutsche Propaganda beutet diese Lage aus und sie kann sie ausbeuten, weil keine antiimperialistische Arbeiterpartei da ist, die diese Lage als ein naturnotwendiges Ergebnis der imperialistischen Gegensatzes darstellt, die nur durch den Fort-





Er erscheint wöchentlich

Einzel exemplar: 0.75 Cts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 Frs.

# ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 21/V. Jahrgang

Dritte Maiwoche 1938

## Der Thorezsche Hirtenbrief.

Die Arbeiter haben allmählich die Volksfrontpolitik der Führer der grossen Arbeiterorganisationen satt bekommen, insbesondere seitdem diese Politik dazu geführt hat, dass der letzte Pariser Metallarbeiterstreik mit der faktischen Abschaffung der 40 Stundenwoche in der Rüstungsindustrie endete und seitdem diese Politik und die Regierung Daladier beschützt hat, zu deren Ministern solche direkten Repräsentanten der "200 Familien" gehören, wie Paul Reynaud, und deren Tätigkeit auch die helle Freude des Grosskapitals, der Boersianer etc. auslöst. In der CGT ist ein ziemlicher Mitgliederrückgang zu beobachten und auch bei den Stalinisten beginnen die Mitglieder zu murren. Bei dem Regime, das in der KPF herrscht, haben die Mitglieder natürlich keine Möglichkeit, ihre Kritik in einer Diskussion in Organisation und Presse vorzubringen. Aber angesichts der Gefahr, dass ihr die Mitglieder davonlaufen, kann die stalinistische Bürokratie diese Unzufriedenheit auch nicht einfach totschweigen. So wird uns eine Komödie vorgespielt, die des stalinistischen Jesuitismus und Bürokratismus würdig ist. Die "Humanité" veröffentlicht einen Brief des Abgeordneten von Clichy, Honel, in dem dieser die Stimmungen der Mitglieder der KPF schildert und in untertäniger Weise den Statthalter Stalins in Frankreich, Thorez, bittet, zu entscheiden, was nun zu tun sei. Der "Sohn des Volkes" hat denn auch seine Antwort bereits parat und schreibt in einem Hirtenbrief, den die "Humanité" in Fortsetzungen veröffentlicht, den Parteimitgliedern die Regeln ihres Verhaltens vor.

Sieht man von dem demagogischen Brimborium ab, mit dem Thorez seine Artikel versieht, so läuft sein Rezept auf eine Fortsetzung der verhängnisvollen Politik hinaus, über die sich unter den Arbeitern mit Recht immer grössere Unzufriedenheit bemerkbar macht. Thorez denkt nicht daran, der Forderung nachzugeben, die nach dem Brief von Honel von verschiedenen Arbeitern gestellt wird, nämlich, die Forderung nach der Schaffung einer "Arbeiterfront" bzw. einer "revolutionären Front" statt der Volksfront. Um diese Forderung zu widerlegen, erklärt Thorez, dass die Volksfront nicht der Arbeiterfront widerspreche, sondern gewissermassen die Erweiterung darstelle. Er widerlegt sich aber selbst, indem er in der am 19. Mai erschienenen Fortsetzung seiner Hirtenepistel der SFIO-Führung die Einheit zum Zwecke der Fraktizierung der Volksfront und der "Front Française" und des gemeinsamen Kampfes gegen den "Trotzkisten" Marceau Pivert vorschlägt, d.h. die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in der Volksfront, und in der "Union nationale"; um die Arbeiterklasse zu spalten, um die von SFIO-Reformisten und Stalinisten beeinflussten Massen gegen die revolutionären Teile der Arbeiterschaft, wie z.B. die Gauche révolutionnaire, ins Feld zu führen. Thorez klagt über die neue Devaluation, die neuen Massensteuern und die anderen Leistungen der Regierung Daladier. Aber diese Klagen von Thorez sind reine Heuchelei. Die arbeiterfeindlichen Massnahmen der Regierung Daladier sind keineswegs, wie das Thorez behauptet, etwas, was der Volksfrontpolitik widerspreche, sondern sie sind nur möglich gewesen, weil die KPF und die SFIO der Regierung Daladier im Namen der Volksfrontpolitik die Vollmacht zu ihren Dekreten gegeben haben.

Thorez fordert jetzt die Einberufung eines Volksfrontkongresses, der von Volksfrontkomitees, die in den Betrieben und in den Wohnorten geschaffen werden sollen, zu beschicken waere. Diese Volksfrontkomitees tauchen periodisch in der Agitation der KPF auf. Es ist aber aus dieser Lösung bisher nichts geworden, und sie wird auch weiterhin keine praktischen Konsequenzen haben. Wirkliche Massenorgane der Werktaetigen koennen nicht auf der Basis der Politik der Volksfront, der Unterstuetzung der Regierung Dauladier, des Buendnisses mit der radikalen Bourgeoisie, bezw. der Politik der "Front Français", d.h. des Burgfriedens, der "Union nationale", geschaffen werden. Zur Schaffung wirklicher Kampforgane der Werktaetigen gehoert eine Politik der "Arbeiter Front"; eine solche Politik der proletarischen Einheitsfront wuerde ihrerseits allerdings die Schaffung breiter Einheitsfrontorgane, wirklicher Kampforgane der Massen erfordern.

—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—

Neue Verhaftungen in den obersten "Sphaeren" des Stalinregimes.

Die Agentur Havas meldet aus Moskau die Verhaftung von Eiche, Kossior, und Stetzki. Eiche und Kossior sind Mitglieder des Polbueros. Seit laengerer Zeit ist bereits das Mitglied des Polbueros, Rudsutak, verhaftet. Es sind also jetzt drei Mitglieder des Polbueros verhaftet. Wenn von Palastrevolution die Rede ist, so trifft sie hier zu. Stetzki war der Leiter der Propagandaabteilung des ZK, die rechte Hand Stalins auf dem Gebiete der ideologischen Leitung der Partei und des Landes. Diese Tatsachen zeigen, dass die Krise in den oberen Sphaeren des Stalin Regimes nicht nur nicht abbricht, sondern sich immer weiter verschaeft.

Fuer die politische Atmosphaere, die in diesen Sphaeren herrscht sind bezeichnend einige Aeusserungen von Malern ueber die von ihnen zum 20. Jubilaeum der Roten Armee ausgestellten Bilder.

Einer der Maler bemerkt ("Deutsche Zentral Zeitung v. 10.5.38.):

"Die Gestalt Stalins steht im Mittelpunkt meiner Bemuehungen...

In der Haltung des Fuehrers (!) bemuehte ich mich, die ungewoehnliche menschliche Wuerde zu vermitteln."

Weiter berichtet der Maler, dass er ein "Bild der Kommandeurfrauen" ausgestellt habe, auf dem er ihre "kraftvolle Lebensfreude, ihren Mut" zeigen will. Ein anderer Maler zeigt an, dass er folgende drei Bilder ausgestellt habe: 1. die Zusammenkunft der Hoerer der mit dem Leninorden ausgezeichneten Militaerakademie fuer Flugwesen "Shukowski" mit den Kuenslern des Stanislawski-Oportheaters; 2. ein Portraet Molotows; 3. Distanzritt der Frauen der Roten Kommandeure.

—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—o—

Morddrohungen gegen Charles Rappoport.

Wie unser amerikanisches Bruderblatt, "Workers Age", mitteilt, ist in der "Freiheit", der in jiddischer Sprache herausgegebenen Tageszeitung der KP der Vereinigten Staatch, am 25. April ein Schimpfartikel gegen den kurzlich aus der KPF ausgetretenen Genossen Ch. Rappoport erschienen, der mit folgenden Worten schliesst:

"Aber Rappoport befindet sich im buergerlichen Frankreich, wo Vertraeter am Proletariat nicht vor Gericht gestellt werden... Aber, wer weiss die Macht der Tschecha geht ueber jedes Vorstellungsvermoegen hinaus, vielleicht sie sogar in Paris fachig sein ihren Feinden eine spezielle "Dosis" zu verabreichen." Auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit den Gerichten und der GPU Stalins, ist es klar, dass dies eine glatte Morddrohung gegen den greisen Genossen Rappoport ist. Der Artikel der "Freiheit", der von W. Lutzky gezeichnet ist, gesteht offen ein, dass die GPU ausserhalb der SU Bandoen unterhaelt, deren Aufgabe Mordanschlaege gegen revolutionaere Gegner Stalins sind.

+ +



### Der Verwesungsprozess des Voelkerbundes.

Die letzte Tagung des Voelkerbundes in Genf zeigte den Voelkerbund in einem so fortgeschrittenen Stadium der Verwesung, dass Europa vor dem Gestank sich gewissermassen die Nase zuhielt. Die englische Politik benutzte Genf, um ihre faulsten und schmaehlichsten Geschaefte auf den Voelkerbund abzuladen: Abessinien, Spanien, Frankreich folgte gehorsam den Spuren Englands. Die Leistungen der beiden fuehrenden Maechte des Voelkerbundes: England - Frankreich in der Selbstzersetzung und Kompromittierung des Voelkerbundes sind derart, dass die faschistischen Maechte sich mit Behagen begnuegen koennen, zuzusehen. Vielleicht noch kennzeichnender als die Faelle Abessinien und Spanien ist der Fall der Schweiz. Sie ist praktisch von allen Voelkerbundsverpflichtungen enthoben worden. Der Voelkerbund zerschneidet damit selbst die formellen Bande, die ihn ausserlich noch zusammenhalten. Dieselbe Bedeutung hat der Fall Abessinien; der Voelkerbund ermächtigt seine Mitglieder, jedes auf eigene Faust, nach individuellen Belieben die Voelkerbundsverpflichtungen ausser Kraft zu setzen. Dagegen versuchten die Sowjetunion, Spanien, Abessinien und China die Triebung von Genf zu benutzen, um ueber die Koepfe der Regierungen weg an die oeffentliche Stimmung, vor allem in England, zu appellieren. Aber die Wirkung solcher Anrufe wird mehr als aufgewogen dadurch, dass die betreffenden Maechte helfen, den Kadaver des Voelkerbundes noch zu erhalten, und die Illusionen aufrechtzuerhalten, die sich an ihn knuepfen.

In dem Verwesungsprozess des Voelkerbundes spiegelt sich der unaufhaltsame Zerfall des Systems von Versailles wider, fuer dessen Erhaltung er geschaffen worden war.

Die internationale Arbeiterklasse hat demgegenueber die Aufgabe, auszusprechen, was ist und sich der Organisierung der eigenen internationalen Aktion gegen Krieg, Faschismus und Imperialismus zuzuwenden. Ihre Losung muss sein: "Lasst die Toten ihre Toten begraben!"

### Die Tragodie im Gefaengnis "Canol Roddo" von Barcelona.

Die "Independent News" meldet aus Barcelona:

Die Gefaengnisse der Republik sind voll von Antifaschisten. Alte proletarische Kaempfer und Freiwillige der ersten Milizen sind wegen ihrer Treue zur Revolution ins Gefaengnis geworfen worden. Der Hass des Stalinismus haelt sie dort fest.

Staatsgefangene und Angeklagte haben Wochen und Monate vorbeigehen sehen, ohne dass die konterrevolutionaeren Richter, die sie ignorieren, sich die geringste Muehc geben, ihren Fall aufzuklaeren, ohne dass die Regierung sich entschied zu intervenieren, um sie einer Willkuer zu entreiessen, die in der gegenwaertigen Periode durch nichts gerechtfertigt werden kann.

Der Eintritt der CNT in die Regierung hatte den Gefangenen einen Funken von Hoffnung gegeben. Aber es dauerte nicht lange, bis dieser verschwand. Endlose Verhandlungen, unendliches Warten folgten aufeinander ohne irgendeine Loesung herbeizufuehren. Die Atmosphaere des Gefaengnisses wurde immer unertraeglicher. Was tun? Die Verzweiflung der Gefangenen erreichte ihren Hoehenpunkt. Die Verhandlungen zwischen den Komitees und den Organisationen fuehrten zu keiner zufriedenstellenden Loesung des Problems. Die Umstaende beguenstigten jede Art von Verzweiflungsausbruch. Man haette meinen koennen dass die Regierung auf die Erregung der Gefangenen spekulierte und einen Grund suchte, um sie niederzumetzeln. Wir finden keine andere Erklaerung fuer die Verschleppungstaktik der Schoerden in ihrer Behandlung des Problems der antifaschistischen Gefangenen.

Am Mittwoch, den 20. April, um 7 Uhr morgens, fuerchten die Poli-

zisten und die Sturmgarden (Asaltos) mit geladenem Gewehr eine Durchsuchung im "Carcel Modelo" durch. Das war eine offene Provokation. Man fing bei mit Antifaschisten belegten Galerien an, ohne dass die Komitees verstaendigt wurden. Man fuehrte die Durchsuchung aufs gruendlichste durch. Jedes Stueckchen Papier wurde gelesen. Man weckte die Gefangenen und zwang sie ihre Zelle zu verlassen und in die Galerien zu gehen, wo es einen toedlichen Durchzug gab.

Ploetzlich gaben die Sirenen Alarm, was ein bevorstehendes Bombardement bedeutete, und die noch eingeschlossenen Gefangenen begannen gegen ihre Zellentueren zu haemmern, als ob das Heulen der Sirenen das erwartete Signal gegeben haette. Es war ein betaeubender, hoellischer Laerm. Die Polizei wollte diesen Hoellenlaerm zum Schweigen bringen, aber sie wurde ueberrannt. Tueren wurden gesprengt und die Genossen gingen spontan von Zelle zu Zelle, um die Tueren zu oeffnen. Die Gefangenen waren ausser sich. Die Polizei und die Asaltos mussten sich aus den Galerien zurueckziehen um sich im Zentrum des Gefaengnisses zu sammeln.

Keiner kann sich erklaren, was sich dann ereignete. In fuenf Minuten brannten am Gitter der ersten Galerie 50 Strohsaecke. Das Gitter der anderen Galerie zerbrach in Stuecke unter dem Anstoss eines Eisenbettes, das von dreissig Armen bewegt wurde. An den Fenstern der Galerie an der Provence-Strasse brannten auch mehrere Dutzend Matratzen. Die Flammen stiegen an den Gittern empor.

Die wochen- und monatelang aufgespeicherte Verzweiflung machte sich in einer Art von Zerstoerungswut Luft. Nach 10 Minuten war keine einzige Matratze in den antifaschistischen Galerien uebriggeblieben. Feuer brannte an allen Enden und vernichtete alles, was eine nicht mehr auszuhaltende Unterdrueckung symbolisierte. Die Zellentueren flammten trotz ihrer Schwere wie Brennholz; die Uhr, die die Stunde zeigt, wann die Gefangenen eingeschlossen werden, die Telefonverbindung mit der Direktion, alles brannte und der Rauch und die Helligkeit der Flammen steigerte noch die Nervositaet der Gefangenen.

Die Polizei und die Asaltos sahen sich gezwungen, das Zentrum des Gefaengnisses zu verlassen und sich auf die erste Etage zu begeben. Aber die Gefangenen verfolgten sie. Nach wenigen Augenblicken brach das Hauptgitter zusammen. Die widerstandsfaeigsten Eisenstaebe wurden verbogen. Die solidesten Schloesser wurden herausgestossen, die staerksten Tueren demoliert. Nichts konnte diese Menge aufhalten. Ein Gitter nach dem anderen wurde fortgetragen. Die Gefangenen kamen bis zum letzten Gitter, das sich in dem auesseren Hof des Gefaengnisses befindet. Aber es war nicht das Gitter, das der geringste Anstoss haette zerstoeren koennen, das sie aufhielt, sondern vier russische schussbereite Maschinengewehre die auf sie gerichtet waren. Es kam zu einer Verhandlung zwischen der Masse der Gefangenen, die bereit waren, sich toeten zu lassen und den Asaltos mit ihren drohenden Maschinengewehren. Man musste die Wachen ueberzeugen, dass sie es nicht mit Faschisten zu tun hatten. Verbruederungsrufe, antifaschistische Losungen, revolutionaere Lieder ertoenten. Das waren bewegende Augenblicke. Vor dem Gitter trug man einen Verwundeten aus der vierten Galerie vorbei. Er lag im Sterben. Eine Kugel hatte seinen Schaedel durchbohrt. Man legte ihn auf eine Matratze nieder, alles um ihn herum war von Blut durchtraenkt. Diesem Sterbenden gelang es, die Wachen zu ueberzeugen. Sie zogen die Maschinengewehre zurueck. Nach sehr langen Verhandlungen zogen sich die Gefangenen von dem Gitter zurueck, damit man den Verwundeten wegtragen konnte. Ein Strom schwarzen Blutes kam aus seinem Munde. Nach dem Verwundeten trug man einen Toten heraus, einen englischen Kommunisten aus der Internationalen Brigade. Einer seiner Kameraden trug ihn und richtete sich in englischer Sprache an die Wachen unter dem Schwallen aller Gefangenen. Alle waren tief erschuettert. Einige Wachmannschaften schlugen die Augen nieder, als die Gefangenen sprachen. Man verlangte eine Kommission. Die Verantwortlichsten, welche, die eine Tragoedie verhindern konnten, wurden gewacht. Bis nahmen die Vorschlaege der Behoerden





Im Entwurf der CNT gibt es noch einen Abschnitt ueber Kollektivwirtschaften; die wesentlichsten Saetze lauten:

"Die CNT und die UGT ratifizieren die Existenz der Kollektivwirtschaften und zielen darauf hin, dieses System auszubreiten. Damit praktisch demonstriert wird, dass das die Form der Arbeitsorganisation ist, welche am besten dem Temperament und den Interessen der Befreiung des spanischen Proletariats entspricht. In der Industrie und auf dem Lande, im Handel und in allen Abschnitten der Wirtschaft, welche nicht Objekt der Nationalisierung waren, werden wir die Kollektivwirtschaften verteidigen und eine geschlossene Politik durchfuehren, um ihre legale und juristische Anerkennung zu erlangen. Das Recht der Kollektivwirtschaften sich untereinander zu organisieren wird anerkannt."

"Die Konsumgenossenschaften, die unvollkommene Formen der Kollektivisierung sind, muessen durch die CNT und die UGT ausgebreitet und gefoerdert werden, um gegen die Spekulation Front zu machen und um im Kleinhandel den Geist der Bourgeoisie zu besiegen."

Im gemeinsamen Aktionsprogramm wurde die Stellung zu diesen Fragen folgendermassen formuliert:

"Die UGT und die CNT sprechen sich fuer die schnelle Nationalisierung des Grund und Bodens aus, welcher den Kollektivwirtschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften der UGT und der CNT zur Nutznießung uebergeben werden soll."

"Der Wille der Arbeiter, welche die individuelle Bodenbearbeitung vorziehen, muss respektiert werden. Das kleine Landeigentum, das legal erworben worden ist, direkt bebaut wird und die gesetzlichen Verfuegungen achtet, muss respektiert werden. Die Bearbeitung des Landes muss reglementiert werden, damit die individuelle Nutznießung nicht die Kollektivwirtschaften bedroht."

"Die Lebenshaltung der Landarbeiter muss verbessert werden. Die landwirtschaftlichen Produkte muessen besser bezahlt werden, damit die Bauern im Verhaeltnis zu den Kosten der Industriewaren, loehendere Preise erhalten. Es muessen feste Preise bestimmt werden."

"Die UGT und die CNT erachten die Legalisierung der Kollektivwirtschaften fuer notwendig. Es ist erforderlich eine Gesetzgebung ueber die Kollektivwirtschaften zu schaffen, welche festlegt, welche von den Kollektivwirtschaften weiter existieren muessen und die Normen fuer ihre Bildung und ihr Funktionieren und fuer die Intervention des Staates in dieselben festlegt. Die Kollektivwirtschaften welche sich dieser Gesetzgebung nicht unterwerfen muessen verschwinden. Der Staat wird den Kollektivwirtschaften helfen sich dieser Gesetzgebung anzugleichen und ihre oekonomische Nuetzlichkeit anerkennen. Die Gesetzgebung ueber die Kollektivwirtschaften muss studiert und der Regierung durch den Nationalrat der Wirtschaft vorgeschlaegen werden."

Von den Vorschlaegen der CNT ist nicht viel uebriggeblieben. Die Kollektivwirtschaften werden unter dem gesetzlichen Schutz der Regierung gestellt. Wie dieser aussieht, das sah man in den Maitagen von 1937, als unter stalinistischer Fuehrung die Kollektivwirtschaften in Aragon zerschlagen und das Land den alten Besitzern zurueckgegeben wurde. Jetzt erhaelt die Regierung die gesetzliche Handhabe, alle Kollektiven, ob auf dem Lande oder in der Industrie, die nicht zu ihrer Politik passen, ganz "legal" aufzuloesen, denn die Gesetzgebung ueber die Kollektivwirtschaften soll ja von der Regierung ausgearbeitet werden.

Es ist interessant, dass die UGT bei den Verhandlungen mit der CNT fuer die Legalisierung der Kollektivwirtschaften eingetreten ist. Die Stalinisten haben bekanntlich die Kollektivisierung der Landwirtschaft offen bekampft und den Widerstand der spanischen Kulaken dagegen organisiert. Wenn sie bei ihren Verhandlungen mit der CNT nicht gewagt haben, offen gegen die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe aufzutreten, so ist das ein deutliches Zeichen dafuer, dass die Kollektivisierung dem Willen der grossen Massen der spanischen Landarbeiter und Kleinbauern entspricht.



Zur Frage der Löhne.

Im UGT Entwurf heisst es:

"Das Verbindungskomitee ist der Meinung, dass ein Mindestgehalt im Verhaeltnis zu den Lebenskosten aufgestellt werden muss. Man muss eine Nationalkommission fuer Löhne und Gehälter, mit Repraesentation der Gewerkschaften, bilden."

Im CNT Entwurf wird dazu gesagt:

"Die zwei Gewerkschaften werden sich bemuehen, die Gehälter gerechter zu gestalten.....was den Arbeitern erlauben wird, sich ein Minimum des unumgaenglich Notwendigen anzuschaffen, um sie physisch faehig zu machen, den Anforderungen zu genuegen welche an sie gestellt werden."

Das gemeinsame Aktionsprogramm sagt zu diesem Punkt:

"Die UGT und die CNT sind der Meinung, dass ein Mindestgehalt im Verhaeltnis zu den Lebenskosten aufgestellt und man mit der Qualifikation und den Leistungen eines jeden Rechnung getragen werden muss."

Von einer wirklichen Versorgung der Werktaetigen mit Lebensmitteln und allem Notwendigen, von einem organisierten Kampf der Gewerkschaften gegen den Wucher wird nicht gesprochen. Ebensowenig davon, dass die Polizeitruppen und die Buerokraten reichlich und billig Lebensmittel bekommen.

Zur Gesetzgebung.

Dazu heisst es im Entwurf der UGT:

".....man muss die soziale Gesetzgebung revidieren und sie rechtlich durch die praktisch schon erreichten Forderungen der Arbeiter erweitern....."

Das ist sehr duerftig. Im CNT Entwurf wird gesagt:

"Die CNT und die UGT sind der Meinung, dass man zu einer Revision der Gesetzgebung des Landes uebergehen muss. Die Fortschritte die durch die Revolution erreicht wurden, muessen anerkannt werden, der ganze alte Plunder der alten Gesetzgebung welcher das Zurueckkehren der Unterdrueckerklasse mit sich fuehrt, muss beseitigt werden."

"Schaffung einer Sozialversicherung."

"Liquidierung der ganzen Zivil- Straf- Handels- etc. Gesetzgebung und Eröffnung einer neuen gesetzgebenden Periode, welche die Ansprueche des Volkes in einer demokratischen, foederalen, sozialistischen Republik zusammenfasst."

Aus allen drei Programmen ist dies die einzige Stelle wo das Wort "sozialistisch" vorkommt. Welch revolutionaere Kuehnheit der Schoepfer dieses Entwurfs. Der Satz mit dem alten Plunder ist wirklich nicht schlecht, aber wer soll beseitigen? Die Arbeiterklasse? Dann muss sie die Macht uebernehmen.

Im gemeinsamen Aktionsprogramm ist verstaendlicherweise von der revolutionaeren Phraseologie der CNT auf diesem Gebiet nichts uebrig geblieben. Aus der Liquidierung der alten Gesetzgebung ist eine Revision geworden. Dann heisst es: "Legalisierung der revolutionaeren Eroberungen und Unfall- und Sozialversicherung".

Zur Frage der Regierung:

Fuer die UGT besteht kein Regierungsproblem. Sie war stets in der Regierung, direkt oder indirekt, vertreten.

Im CNT Entwurf heisst es:

"Die UGT und die CNT verpflichten sich den effektiven Einfluss des Proletariats in der Regierung des spanischen Staates zum Ausdruck zu bringen, ohne in diesem Verhaeltnis die nichtproletarischen Kraefte auszuschliessen. Jetzt und immer verpflichten sich die CNT und die UGT ein wahrhaft demokratisches, soziales Regime zu verteidigen und jeden totalitaeren Anspruch einer Klasse oder Partei zu bekaempfen."

".....augenblickliche Bildung der Antifaschistischen Volksfront und Reorganisation der Regierung im Verhaeltnis zur Staerke die

Jede einzelne Organisation oder Partei besitzt." Dann folgt ein zensurierter Abschnitt.

Das gemeinsame Aktionsprogramm sagt dazu:

"Am Ende des Kampfes gegen den Faschismus, verpflichten sich die zwei Organisationen dem spanischen Volke, insbesondere der Arbeiterklasse das Recht zuzuerkennen die Form der Regierung zu waehlen, die seinen gegenwaertigen Cpfern entspricht und eine wahre Demokratie in unserem Lande zu beguenstigen."

"Die UGT und die CNT haben den Vorschlag des Verbindungskomitees betreffend die Eingliederung der Gewerkschaften in die Funktionen der Regierung examiniert. Nachdem diese Frage diskutiert wurde, ist man uebereingekommen:

1) Die UGT welche stets die Sozialistische Partei und gegenwaertig die Sozialistische und Kommunistische Partei als ihre Vertretung in der Regierung betrachtete, ist der Meinung, dass es den politischen Parteien, die die Volksfront bilden, zusteht, endgueltig ueber diese Frage zu beschliessen; 2) die UGT orklaert nach Fruefung der Situation der CNT, dass sie kein Hindernis bei der Eingliederung der CNT in die Funktionen der Regierung bilden werde. Die beiden Organisationen werden in kuertzester Zeit die Frage der Eingliederung der CNT in die Volksfront studieren."

Nach den Maitagen begann die CNT die "Antifaschistische Volksfront" zu propagieren. Die bestehende Volksfront sollte durch Hineinnahme der Anarchisten erweitert werden. In der ersten Zeit stiess diese Forderung auf allseitige Ablehnung der Parteien, die die Volksfront bilden. Als dann Prieto sich den Stalinisten zu entledigen begann, orientierten sich diese auf die CNT und uebernahmen deren Parole.

Nachdem die Faschisten Lorida besetzt und hart bis ans Meer gelangt waren, waren sich die buergerlichen Republikaner, Reformisten und Stalinisten im klaren, dass, nur wenn die CNT ihre Arbeitermassen ins Feuer warf, noch Erfolgchancen bestanden. Man bekam die CNT billig. Das Wort "antifaschistisch" und das Unterrichtsministerium genuegten.

Interessant ist noch die Stellung der CNT zur Losung der "Revolutionaeren Arbeiter Allianz". Nach den Maitagen 1937 lehnte die CNT diese Parole aufs Schaerfste als utopistisch ab, und stellte ihr ihre "Antifaschistische Volksfront" entgegen. Nach dem Zusammenbruch der Nordfront (Baskenland, Santander, Asturien) tauchte sie wieder vereinwelt in der CNT Presse auf. Kurz vor dem Eintritt der CNT in die Regierung und d Bildung der Antifaschistischen Volksfront schrieb "CNT" von Madrid:

"Mit dem gemeinsamen Aktionsprogramm der zwei Gewerkschaften hat man die Revolutionaere Arbeiter Allianz verwirklicht. Jetzt muss man noch auf politischem Gebiet die Einheitsfront verwirklichen, durch Bildung der Antifaschistischen Volksfront".

Eine solche Vermanschung bedeutet eine ungeheuerliche Verballhornung der Losung: Revolutionaere Arbeiter Allianz. Ihr Sinn war stets und kann in der heutigen Zeit nur sein: Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden eines revolutionaeren Programms - Bildung einer revolutionaeren Arbeiter und Bauern Regierung.

+++++

Die Volksfrontpolitik in den Vereinigten Staaten.

( Fortsetzung )

Dieses sind haessliche Worte. Die deutsche Sozialdemokratie aeusserte sich bei ihrem Verrat am Marxismus selbst in ihren schwerzesten Tagen mit weniger Unverhohlenheit und Plumpheit und mit weniger Gemeinheit. Die Volksfont und ihre Politik der Klassenzusammenarbeit, die die Kommunistische Partei betreibt, fuehren nur dazu, das wachsende Klassenbewusstsein und den Geist der Klassenselbstaendigkeit, die sich jetzt in den Reihen der amerikanischen Arbeiter entwickeln, zu verwirren. Eine solche Propaganda, eine solche Dienstleistung fuer die Ausbeuter und Unterdruecker des Proletariats traegt masslos dazu bei, die Arbeitermassen zu verwirren



und zu laechern; Die Volksfrontideologie und ihre antiproletarischen Prinzipien fuehren zur Untergrabung der zwei wichtigsten Vorbedingungen fuer die Entwicklung einer klassenbewussten Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten; Diese Vorbedingungen sind unserer Auffassung nach; der Aufbau unabhängiger Klassenorganisationen der Arbeiter in den entscheidenden Industrien = mächtiger kämpferischer Industrieverbände = und die Zerstoerung der traditionellen Illusionen in bezug auf die bueurgerliche Demokratie und die kapitalistische Prosperitaet.

Ich will Euch hier nicht mit endlosen Beispielen aus der Politik der Kommunistischen Partei langweilen, aber ich moechte an Hand der von mir soeben vorgeschlagenen Methode die Politik der Stalinschen Marionettenorganisation in den Vereinigten Staaten pruefen. Sie wissen, dass wir in den Vereinigten Staaten heute eine sehr schwere Wirtschaftskrise haben; Diese Krise hat bei weitem noch nicht ihren Tiefpunkt erreicht. Wir haben jetzt ueber 12 Millionen Arbeitslose. Hier waere nun eine glaenzende Gelegenheit fuer eine wirkliche Arbeiterorganisation, fuer eine wirkliche Kommunistische Partei, zu den amerikanischen Arbeitern zu gehen und ihnen zu sagen; "Arbeitsbrueder, das ist das kapitalistische System in Amerika. Hier hat es eine schwindelende Hoehe erreicht. Hier ist seine Entwicklung frei von feudalen Fesseln gewesen. Und was habt ihr davon? Trotz alledem Reichthum, trotz der privilegierten Stellung des amerikanischen Kapitalismus in der Welt werden Millionen Arbeiter staendig aus dem Produktionsprozess hinausgeworfen, sie haben nichts zu essen, der Hungertod droht ihnen, sie sind arbeitslos und in wachsender Verzweiflung."

Welch bessere Gelegenheit fuer eine Anklage gegen den Kapitalismus als System koennte eine wirklich kommunistische Partei sich wuenschen? Aber was macht die Kommunistische Partei? Der Volksfront entapromand sagt sie in Wirklichkeit: "O, nein. Der Kapitalismus ist in Amerika nicht zusammengebrochen. Es sind nur eine Handvoll schlechter Kapitalisten, die in den Streik getreten sind." Die Stalinschen Marionetten gehen sogar so weit und beschmutzen die glaenzende Tradition der Sitz-Streiks (Betriebsbesetzungen). Diese Stalinisten sagen, dass die boesen Grosskapitalisten; natuerlich nur einige von ihnen - ich nehme an die "Sechzig Familien" und vielleicht nicht einmal alle von ihnen - einen Sitzstreik proklamiert haetten, um die Wirtschaftslage zu verschlechtern, die Betriebe zu schliessen, in welchen die Arbeiter fuer ihre Profite produzieren, und um sich so an Roosevelt zu raechen, weil er sich ihnen gegenueber nicht freundschaftlich genug verhaelt und weil er ihrer Meinung nach den Arbeitern gegenueber zu freundlich sei!

Ihr habt sicher von dem grossen Reformprogramm der Roosevelt-Regierung gehoert. Lasst mich offen sagen, dass meiner Ansicht nach Praesident Roosevelt weit links von einer ganzen Reihe von europaeischen sozialdemokratischen Fuehrern wie Blum und anderen steht. Mag das stimmen oder nicht, auf jeden Fall liefert die gegenwaertige schwere Wirtschaftskrise den schlagenden Beweis, dass das Roosevelt'sche Reformprogramm bankrott ist und dass die Reformierung des Kapitalismus und eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter auf die Dauer selbst unter den guenstigsten kapitalistischen Bedingungen unmoeglich ist. Zeigt die Kommunistische Partei das auf? Bringt die Kommunistische Partei diese Botschaft zu den Arbeitern? Nein. In ihrer Unterstuetzung Roosevelts ist sie von einer erbarmlichen Kriecherei, sie spielt die Rolle eines einfachen Speichelleckers und ist Roosevelt-freundlicher und weniger kritisch in bezug auf ihn als der Praesident selber in bezug auf sich und seine Politik.

Das ist die Volksfront in den Vereinigten Staaten. Anstatt auch nur die elementarsten Klassenideen und Klassenprinzipien zu propagieren und zu verwirklichen, beurteilt die Kommunistische Partei die gegenwaertige Wirtschaftskrise und den Zusammenbruch des Roosevelt'schen Reformprogramms folgendermassen; "Die Organisatoren der Sabotage organicierten den Verrat. Das ist keine Schwarzschoerei. Das ist die nackte Wahrheit. Die Wirtschaftskoenige bereiten den Sturz der Roosevelt-Regierung vor, sie wollen die Wahl des amerikanischen Volkes umstossen, sie planen die Vernichtung der Demokratie." (Daily Worker vom 6. Dezember 1937)

Abscheuliche Verbrechen! Das ist nicht zum Lachen, so ideotisch es auch ist, Genossen. Unormessliche Not und tragische Verluste sind die Folgen einer solchen Politik.

Ein Wort zu der letzten Botschaft von Praesident Roosevelt, der Botschaft, die er bei der Eröffnung des Kongresses verlas. Sie war mehr als eine typische Rooseveltsche Botschaft; sie war eine politische Erklärung des Praesidenten der Vereinigten Staaten. Er machte in ihr mehr als eine Andeutung inbezug auf die "Verantwortung der Gewerkschaften". Ihr müsst wissen, dass unter diesem Schlagwort die reaktionärsten Elemente versuchen, die Gewerkschaften zu entmannen und zu vorkrueppeln, indem man ihre Organisationen mit ihren Goldorn haftbar macht, damit diese auf Antrag der Unternehmer, gegen die Kämpfe geführt werden, der gesetzlichen Beschlagnahme unterworfen werden koennen. In dieser selben Botschaft schlug Praesident Roosevelt auch eine Senkung der Lohnskala fuer die Arbeiter des Baugewerbes vor.

(Fortsetzung in der naechsten Nr.)

Jay Lovestone.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Aus dem Elsass.

Zur Krise in der SFIO.

Im Oberelsass haben sich verschiedene SFIO-Organisationen mit dem Vorgehen Paul Faures gegen die Pivortisten der Seine-Foederation beschaeftigt.

So hat auf dem Foederationskongress der sozialistischen Jugend Weill-St.Louis im Namen der Grenzsektionen die Aufhebung der gegen Marceau Pivort beschlossenen Sanktionen der Konfliktskommission gefordert. Der Vorstand versuchte diese Frage auf die Foederationskonferenz der Partei abzuschieben. Nach einer laengeren Debatte wurde dann eine ziemlich farblose Resolution einstimmig angenommen, in der das Comité National gebeten wird, sich mit der Aufhebung der Sanktionen zu befassen die gegen die jungsozialistischen Kameraden der Seine-Foederation ergriffen wurden sind. Dieses Verlangen wird im Interesse der Partei und der Seinefoederation gestellt.

In der Mitgliederversammlung Muhlhausen gab F.Wagner einen Bericht ueber die Vorgaenge in der Seine-Foederation und stellte im bewussten Gegensatz zu den Tatsachen die Dinge so dar, als ob Marceau Pivort und seine Freunde nicht wegen ihrer politischen Auffassungen, sondern nur wegen eines Verstosses gegen das Statut mit Sanktionen bedroht worden seien. Wagner setzte sich mit aller Kraft dafuer ein, dass der Beschluss der Konfliktskommission nicht umgeworfen werden darf und kann. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde mit Mehrheit angenommen. In der Frage des Nationalkongresses wiederholte der Vorstand seine bereits zur staendigen Praxis gewordene Schiebung und unter dem Vorwand, den Delegierten kein gebundenes Mandat zu geben, wurden die auf Baum-Faure eingeschworenen Buerokraten zu Delegierten bestimmt.

In Colmar erhob sich eine recht starke Zahl von Mitgliedern gegen die getroffenen Sanktionen. Am Schluss der Debatte erhielt eine Resolution die sich fuer ungebundene Mandate zum Nationalkongress ausspricht 39 Stimmen. Eine Resolution gegen die Klassenzusammenarbeit, die von der franzoesischen Sektion ausging, erhielt 20 Stimmen. 36 Stimmen billigten die Sanktionsmassnahme. 5 forderten ihre erneute Pruefung.

Es zeigt sich, dass die Buerokratie sich mit Eifer bemueht die Mitglieder ueber den praktischen Inhalt des Konflikts der Seine-Foederation im Dunklen zu lassen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-



Erscheint woechentlich

Einzelexemplar 0,75 Frs  
Monatlich 2.50 Frs  
Ausland 3.50 Frs

# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 22/V. Jahrgang

Vierte Maiwoche 1938

## Die Gefahr eines neuen Weltkriegs

Ende der letzten Woche stand die Welt unmittelbar vor der ganz konkreten Gefahr des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges. Der Friede ist einstweilen erhalten worden, aber mit welchen Mitteln und was fuer ein Friede! So wie die Dinge heute liegen, kann der Zustand der unmittelbaren, akuten Kriegsgefahr, wie er am letzten Sonnabend vorhanden war, jeden Augenblick wiederkehren und zum Weltbrand fuehren.

Wie die Londoner Zeitung "Evening Standard" meldete, hatte die Hitler-Regierung die Absicht, den Gewalstreich, der sie in den Besitz Oesterreichs gebracht hatte, dieser Tage auch gegenueber der Tschechoslowakei zu wiederholen. Henlein, dessen Banden in den letzten Wochen einen immer zuegeloseren Terror in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei ausuebten, sollte nach den Gemeindevahlen eine "sudetendeutsche Regierung" bilden, die Autonomie proklaemieren, die tschechische Polizei durch seine "Ordnerdienst" genannte SS entwaffnen lassen und dann als zweiter Seyss-Juquart die Reichswehr zum Einmarsch in die Sudetendeutschen Gebiete auffordern. Auf diese Weise wollten die Nazis sich ebenao, wie sie das in Oesterreich getan hatten, "friedlich" in den Besitz der ganzen Tschechoslowakei setzen, denn sie erwarteten, dass die tschechische Bourgeoisie ihnen nach der Besetzung der sudetendeutschen Gebiete keinerlei Widerstand entgegenzusetzen wuerde. Die deutschen Truppen begannen sich an der tschechischen Grenze zu sammeln. Natuerlich rechnete die Hitlerregierung damit, dass der englische und der franzoesische Imperialismus die gleiche passive Haltung beobachten wuerden wie im Falle Oesterreich.

Es kam aber anders. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend mobilisierte die Tschechoslowakei 200 000 Mann und liess die ganze deutsch-tschechische Grenze militaerisch besetzen. Von einem "friedlichen" Einmarsch der Reichswehr in die Sudetendeutschen Gebiete konnte keine Rede mehr sein. Die tschechische Bourgeoisie hatte Henlein ruhig gewaehren lassen, solange dieser sein Hauptaugenmerk darauf richtete, die Arbeiterorganisationen durch Terror und Demagogie zu zerschlagen. Nun aber in ihrer eigenen Herrschaftstellung bedroht, stellte sich die tschechische Bourgeoisie, gestuetzt auf eine Welle des tschechischen Nationalismus, der als Reaktion auf den deutschen Chauvinismus der Henleinleute entstanden war, auf die Hinterbeine. Als sie die Mobilmachung erklarte, handelte die tschechische Regierung sicher auf Grund von Zusicherungen, die sie von Frankreich und der S.U. erhalten hatte.

Am Freitag, Sonnabend und Sonntag sprach der englische Botschafter in Berlin nicht weniger als sechsmal bei der deutschen Regierung vor, um gegen den deutschen Aufmarsch an der tschechischen Grenze zu protestieren und um deutlich zu erklaren, dass England an der Seite Frankreichs stehen wuerde, falls dieses, wie zu erwarten, der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs militaerischen Beistand leiste. Auf der anderen Seite zeigte es sich, dass die Nazis bei einem Krieg nicht auf die Hilfe der von ihnen als Freunde und Verbuendeten betrachteten Maelchte rechnen konnten. Die polnische Militaerdiktatur war bereit, bei einem isolierten Konflikt zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sich selber ein Stueck der Tschechoslowakei zu rauben und es militaerisch besetzen zu lassen. Sie erklarte aber gleichzeitig, dass sie im Falle eines Eingreifens der Westmaechte auf der Seite Frankreichs und Englands gegen Deutschland Krieg

fuehren wurde. Was Italiens Stellung anbelangt, so scheint sie die folgende gewesen zu sein: Mussolini scheint Hitler seine Unterstuetzung zur "friedlichen" Inbesitznahme der Tschechoslowakei zugesichert, es aber strikt abgelehnt zu haben, an der Seite der Nazis wegen der Tschechoslowakei Krieg zu fuehren. Der Grund fuer diese Verhalten Mussolinis ist offenbar der, dass die "fuehrenden Demokratien", d.h. Frankreich und England, dem italienischen Faschismus dafuer, dass er die Achse lockert, Kompensationen in Spanien zugesichert haben. In der Tat soll die bevorstehende Sitzung des Nichtinterventionskomitees neue Massnahmen zur Erdrosselung des antifaschistischen Spaniens beschliessen, damit Franco siegen kann und damit die Freundschaft zwischen dem englischen und dem franzoesischen Imperialismus einerseits - dem italienischen Imperialismus andererseits, oder soll man vielleicht sagen die "Einreihung" Mussolinis in die "Front der Weltdemokratie", mit dem Blute unzuehlicher spanischer Arbeiter besiegelt wird.

Angesichts einer Lage, in der die Hitlerregierung ohne Verbueendete gegen eine grosse Koalition von Gegnern Krieg zu fuehren haette, zog diese es vor, ihren geplanten Gewaltstreich vor der Hand zu verschieben. Die Reichswehrgenerale, die seit dem letzten Februar ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der deutschen Aussenpolitik besitzen, hielten die Partie fuer zu riskant. Aber das bedeutet keineswegs, dass nun der Friede gesichert sei. Im Gegenteil. Ein Friede, der nur noch durch Kriegsdrohungen, Mobilmachungen etc. aufrechterhalten werden kann, ist mehr als unsicher.

Der franzoesische Imperialismus hat zusammen mit dem englischen diesmal die Bereitschaft zur Verteidigung der Tschechoslowakei erkluert. Die Reformisten - Stalinisten freuen sich ueber diese "Solidaritaet der Demokratien". In Wirklichkeit ist die Haltung des franzoesischen und des englischen Imperialismus von keinerlei demokratischen Prinzipien diktiert. Sie sind fuer die Tschechoslowakei, weil deren Erhaltung fuer sie ein imperialistisches Interesse darstellt, und sie sind aus denselben imperialistischen Interessen heraus bereit, die spanische Republik, an Haenden und Fuessen gebunden, an Franco und Mussolini auszuliefern. Die SU hat sich in der letzten Krise ebenso wie im spanischen Buergerkrieg als Nachtrab der demokratischen Imperialisten verhalten. Es zeigt sich immer mehr, dass das stalinsche Regime die SU hindert, als ein revolutionaerer Faktor in der Weltpolitik aufzutreten.

Die letzten Tage haben gezeigt, dass die Politik der Reformisten und der Stalinisten dadurch, dass sie die Arbeiterklasse als unabhaengigen politischen Faktor ausschaltet, damit auch die wichtigste Kraft zur Erhaltung des Friedens lahmlegt. Das Allerbeunruhigendste, Alarmierendste in diesen Tagen, da der Friede Europas an einem duennen Haerchen hing, war die passive, halb unbewusste Haltung der breiten Massen. Es kann keinen Kampf fuer den Frieden geben, der nicht mit der selbstaendigen Klassenaktion der Arbeiter auf allen Gebieten verbunden ist. Waehrend der kritischen Tage haben wir in Frankreich, England und der Tschechoslowakei den faktischen Burgfrieden beobachten koennen. Die franzoesische Presse war sich vom "Jour" bis zur "Humanité" im Grunde genommen einig, und Leon Bailby hatte mit Gabriel Péri nur inbezug auf die ideologische Verhuellung der Politik des franzoesischen Imperialismus Meinungsverschiedenheiten.

Die Politik der Reformisten und Stalinisten hat die Dinge so da rgestellt, als ob die Arbeiterklasse, wenn sie nicht eine Politik des Gewahren lassens der faschistischen Diktatoren, wie sie die franzoesische und die englische Regierung beim Anschluss Oesterreichs betrieben haben, unterstuetzen wolle, nur die Wahl habe, sich darauf vorzubereiten, im Namen der "Demokratie" fuer die imperialistischen Ziele der demokratischen kapitalistischen Staaten in den Krieg zu ziehen. Diese Auffassung geht von der stillschweigenden Voraussetzung aus, dass die Arbeiterklasse unfuehig sei, selbstaendig in den Lauf der Geschichte einzugreifen. Aber gerade auf dieses selbstaendige Eingreifen kommt es an. Es ist notwendig, weil die Kriegsgefahr latent andauert, es ist notwendig, um die spanischen Antifaschisten vor den Erdrosselungsplaenen des Weltimperialismus zu retten.



Die Initiative der  
=====

Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Opposition) in Asch  
=====

Vorbemerkung: Der nachstehende Aufsatz, der von unseren Genossen aus der Tschechoslowakei stammt, ist vor den Gemeindewahlen des letzten Sonntag geschrieben worden. Die Red. der "Arpo".

Der in Asch, sowohl in den Betrieben, wie ueberhaupt in allen Zweigen des oeffentlichen Lebens herrschende faschistische Terror steigert sich noch immer. Um denselben Einhalt zu gebieten, ergriff die Kommunistische Opposition die Initiative zu einem gemeinsamen Vorgehen aller Arbeiterparteien. Ueber unseren Vorschlag einigten sich zunaechst die Kommunistische Partei, die deutsche Sozialdemokratische Partei, die tschechische sozialdemokratische Partei, die tschechischen Sozialisten, sowie die freien und roten Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Vorsprache bei den hiesigen Behoerden so wie zur Ueberreichung eines Memorandums an die Regierung selbst.

Die Vorsprachen bei der hiesigen Bezirks- und der Polizeibehoerde ergaben zunaechst, dass dieselben keinerlei Weisung haben mit den, ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, gegen den Terror der Partei Konrad Henleins einzuschreiten. Im Gegenteil, es scheint, als ob man die Henlein-Leute mit Absicht gewahren und austoben laesst.

Immerhin gelang es durch die gemeinsame Vorsprache, die Behoerden auf die Methoden des SdP-Terrors (SdP=Sudetendeutsche Partei=Henleinfaschisten) nachdruecklichst aufmerksam zu machen. Unsere Genossen forderten entschlieden Schutzmassnahmen zu Gunsten der antifaschistischen und der demokratisch gesinnten Bevoelkerung.

Die gemeinsame Sitzung zur Ausarbeitung des Memorandums an die Regierung wies einen sehr starken Besuch auf.

Das von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Memorandum konnte von uns nicht mit unterzeichnet werden. Es enthaelt zunaechst keine Darstellung der oertlichen Ereignisse, trug keinen antifaschistischen Charakter, ging nur zum Teil von den Interessen der Arbeiterklasse aus, bewegte sich daher vielmehr auf dem Boden der buergerlich-kapitalistischen Ordnung. In dem Entwurf fehlten aber auch die konkreten politischen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen, die geeignet sind, den Arbeitern Hilfe zu bringen und dem Faschismus Halt zu bieten.

Nach langen gruendlichen Beratungen entschloss sich daher die Kommunistische Opposition, ein eigenes Memorandum auszuarbeiten, das auch von mehreren Kulturorganisationen, Gewerkschaften und Vereinen mitunterzeichnet wurde.

Es waere falsch von uns gehandelt, wenn wir die Arbeiterschaft glauben machen wollten, dass durch die Ueberreichung des Memorandums und die durchgefuehrten Deputationen den Arbeitern gehoelphen wuerde. Das, was getan wurde kann nur ein Auftackt zum allgemeinen Kampfe gegen den Faschismus, ein Signal zum Sammeln und zum Wehren sein. Es wird darauf ankommen, ob und inwieweit es uns durch die Schaffung der proletarischen Einheitsfront gelingt, den Arbeitern im Betrieb, die unmittelbar dem Terror ausgesetzt sind, das Rueckgrat zu staerken, ob und wann jene Arbeiter, die in das Lager des Faschismus gelaufen sind, erkennen werden, dass sie einer Partei dienen, welche die vollkommene politische und wirtschaftliche Versklavung des Proletariats bezweckt. Dass dieser Weg schwer ist, dessen sind wir uns bewusst; dass er zum Ziele fuehren wird, dessen sind wir ebenso sicher.

In dem Memorandum der KPTsch-Opposition an die Regierung und Nationalversammlung heisst es u.a.:

"Nach der Annektion Oesterreichs durch Deutschland sind im Sudetendeutschen Gebiet und speziell im Ascher Bezirk Ereignisse eingetreten, die fuer

die Arbeiterklasse unertraeglich geworden sind. Die gesamte antifaschistische deutsche und tschechische Bevoelkerung, vor allen Dingen aber die Arbeiterschaft, sowohl die Betriebsarbeiter wie die Arbeitslosen, sind einem unerhoerten Terror unterworfen...

Am ersten Mai mussten auf Druck der SdP alle Hausbesitzer, Geschaeftsleute und Wohnungsinhaber ihre Hauser und Wohnungen mit SdP-Fahnen und Symbolen dekorieren. Nicht dekorierte Hauser und Wohnungen wurden durch Beauftragte der SdP festgestellt. Nichtbefolgung der Beflaggungsanweisung der SdP hatte wirtschaftlichen, persoelichen und gesellschaftlichen Boykott zur Folge. Die Organisation des Maiaufmarsches der SdP erfolgte nach dem Strassenblock-System. Personen, die sich nicht am Standort ihrer Strasse zur Demonstration stellten, wurden namhaft gemacht. Saemige wurden noch aus den Wohnungen geholt. Auf Grund dieser Massnahmen wurde fast die gesamte Bevoelkerung gezwungen, an der SdP-Kundgebung teilzunehmen. Es ereigneten sich nicht wenige Faelle, dass Arbeiter, die in ihrem Herzen keineswegs die Gesinnung der SdP tragen, entgegen ihrer politischen Ueberzeugung, infolge des Druckes und bei Gefahr des Verlustes des Arbeitsplatzes am SdP-Umzug teilnehmen mussten, nach demselben nach Hause kamen, sich in ihrer Wohnung einschlossen und geweint haben wie kleine Kinder.

Am furchtbarsten wirkt sich der Terror der SdP in den Betrieben aus. Unmittelbar nach der Annektion Oesterreichs durch Deutschland setzte ein ungeheuerer Druck auf die Arbeiter ein, Mitglied der SdP zu werden. Meister u. Vorgesetzte, die Chefs selbst, ferner besonders Beauftragte der SdP legten den Arbeitern bei Androhung des Verlustes ihres Arbeitsplatzes nahe, Mitglied der SdP zu werden. Den Lohnueten der Arbeiter lagen Beitrittserklaerungen zur SdP bei. Firmeninhaber und Meister liessen sich die Arbeiter kommen zu Auspraechen unter vier Augen, wo denselben gesagt wurde, dass es fuer sie nur dann Arbeit weiter gaebe, wenn sie der SdP beitreten. Zum ersten Mal wurden in den Fabriken die Arbeitsraeume und Maschinen, auch die Arbeitsplaetze antifaschistischer Arbeiter mit Symbolen der SdP dekoriert. Besonders schlimm ist dieser Zustand in den Arbeitsraeumen der Frauen. Reichsdeutsche nationalsozialistische Lieder werden gesungen, mitunter steht die Belegschaft ganzer Abteilungen auf einmal auf und grussat demonstrativ mit erhobener Hand "Heil Hitler". Arbeiter und Arbeiterinnen, die an solchen provozierenden Demonstrationen nicht beteiligen, werden foermlich in Acht und Bann erklart. Sie werden verhoehnt, verspottet, persoellich bedroht. Nicht selten sind Faelle, dass Arbeiterinnen weinend nach Hause kommen.

In letzter Zeit werden in den Betrieben regelrechte Appelle mit Anspraechen nationalsozialistischen Inhaltes durchgefuehrt. Eine Nichtbeteiligung wuerde bereits oben erwaehte Folgen nach sich ziehen. Anlaesslich der Rede Hitlers in Rom wurde viele Betriebe vorzeitig stillgelegt, und die Belegwurde aufgefordert, sich die Rede Hitlers anzuhoeren. Zu den Geburtstagsfeierlichkeiten Konrad Henleins wurden ebenfalls die meisten Betriebe zwangsweise stillgelegt. Der Terror in den Betrieben ist so organisiert, dass er nicht greifbar ist. Ein Wehren dagegen, sei es durch Anzeigen oder persoelliche Massnahmen, haette den Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge.

Auch in den Schulen herrschen bereits unhaltbare Zustaeude. Der gesamte Lehrkoerper ist mit der SdP gleichgeschaltet. Uniformierte Kinder, in der Ausruestung der deutschen Turnerjugend, sind in der Schule keine Seltenheit mehr, besonders nicht in der staatlichen Gewerbeschule fuer Textilindustrie, wo die Schueler in der Ordneruniform der SdP erscheinen.

Der in Neuenbrand bei Asch einquartierte Arbeitsdienst der SdP traegt rein militaerischen Charakter. Es werden von demselben Wachposten gestellt. Im nahen Wald wurden bereits militaerische Uebungen abgehalten.

In den Gemeindeverwaltungen vollzieht sich ebehfalls die Gleichschaltung. Ohne Beschluss des Stadtrates wurden in der Stadt Asch staetische Gebaeude mit SdP-Fahnen dekoriert und die Strassen mit SdP-Girlanden ueberspannt.

Der allgemeine Eindruck ist der, dass sich der Bezirk Asch bereits im  
(Fortsetz. S. 10)



Die Volksfrontpolitik in den Vereinigten Staaten

(Fortsetzung von Nr. 20 u. 21)

Die "New York Times", die zweifellos ein Organ des Grosskapitals und nicht der kleineren, guten Volksfrontkapitalisten, der Lieblinge Stalins, ist, begruesst die Botschaft des Praesidenten als "beruhigend". Der "Daily Worker", das Organ der Volksfront in den Vereinigten Staaten, begruesst diese Botschaft Roosevelts als "ermutigend". Nun, wenn Ihr den Unterschied zwischen "beruhigend" und "ermutigend" herausfinden koennt, werdet Ihr imstande sein den Unterschied zwischen den Klasseninteressen, die die "New York Times" vertritt und jenen Klasseninteressen, die der "Daily Worker" heute verteidigt, zu erfahren. Der "Daily Worker" ist natuerlich das offizielle Organ von Stalins Organisation in den Vereinigten Staaten.

Lasst mich beilaeufig erwahnen, dass Roosevelt der Fuehrer der demokratischen Partei ist, die ihre Massenbasis im "soliden Sueden" hat, wo die Neger der am typischsten und am eigentuemlichsten amerikanischen Form der Justiz unterworfen werden, die ihnen mit Hilfe des Stricks zuteil wird, d.h. sie werden gelyncht. Man versuche sich vorzustellen, wieviel Unteratuetzung ein Negerarbeiter oder ein Neger, der Landarbeiter ist, einer Partei gewahren werden, die sich die Kommunistische Partei nennt und die eine so unkritische und sklavische Haltung gegenueber dem offiziellen Fuehrer der Demokratischen Partei bezieht.

Jetzt zur Frage des imperialistischen Krieges.

Wir sind in unserem Lande Zeugen riesenhafter und sehr geschickter Vorbereitungen, um das Land bis an die Zaehne zu bewaffnen und seine entscheidende Rolle in dem kommenden Weltkrieg zu sichern. Gleichzeitig, muss man wissen, existiert neben dem steigenden Fieber des Chauvinismus eine starke wenn auch konfuse Stimmung gegen den imperialistischen Krieg. Diese Stimmung ist in nicht geringem Masse pazifistisch. Doch es existiert ein ziemlich starkes Gefuehl im Lande, dass es keinen Grund auf der Welt fuer die Vereinigten Staaten gaebe, sich heute in irgendeinen Krieg einzulassen. Ihr viele haben nicht vergessen, wie die Vereinigten Staaten in den letzten Krieg eintraten, um "die Welt fuer die Demokratie zu sichern"; viele erinnern zynisch an Wilsons Versprechungen, "uns aus dem Krieg herauszuhalten" und an die mit Sacharin versuessten "Vierzehn Punkte". Der Faktor einer revolutionaeren proletarischen Opposition gegen den imperialistischen Krieg ist noch sehr schwach. Unsere Organisation hat sich der breiten Antikriegsbewegung angeschlossen, um dort mit anderen Arbeiterorganisationen zusammen, wie der Sozialistischen Partei und den grossen Gewerkschaften auf dem Boden eines gemeinsamen Programms zu arbeiten. Gleichzeitig propagieren wir unsere eigene revolutionaere Stellungnahme.

Einige ernsthafte Probleme tauchen hier auf. Natuerlich ist es richtig, die Differenzen zwischen den imperialistischen Maechten zum Zwecke der Unterstuetzung internationaler Klassensolidaritaet und zur Staerkung der internationalen Arbeiterbewegung auszunutzen. Das ist besonders richtig fuer ein Proletariat, das sich an der Macht befindet, wie das Proletariat der Sowjetunion. Auf der Grundlage der Volksfrontpolitik jedoch spaltet das Stalinsche Regime die Arbeiter in der Welt, statt sie zu einigen. Stalin und seine Marionetten arbeiten darauf hin, einer Gruppe imperialistischer Maechte gegen eine andere - den sogenannten "grossen Demokratien" gegen die faschistischen Maechte zu helfen.

Die amerikanische Kommunistische Partei fuehrt diese Stalinsche Politik in einer direkt verbrecherischen Weise durch. Man kann in den "New Masses", einem Stalinschen Organ in New-York, einen Appell an Wallstreet (die New-Yorker Boerse) und ihre Regierung finden, China auf der Grundlage der eigenen

imperialistischen Interessen von Wall-Street zu helfen. Als das amerikanische Schiff "Panay" auf dem Jangtse bombardiert und versenkt worden war, stiessen die sympathisierenden Organisationen der Kommunistischen Partei den Schlachtruf aus "jetzt ist es genug!" Lassen Sie mich nebenbei bemerken, dass die "Panay" Petroleumschiffe der Standard Oil Company begleitete und beschuetzte. Die Volksfrontpolitik beruht angeblich auf der Theorie der Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Mittelklasse, bezw. den kleinen Kapitalisten zum Zwecke der Hilfe fuer die Letzteren. Wir brauchen uns deshalb nicht zu sehr darueber zu wundern, dass die Standard Oil Compny in der Rolle eines "kleinen Kapitalisten" auftaucht. Diese Firma gehoert bekanntlich Rockefeller. Man sieht daran, wie die Volksfront in der Praxis nicht nur nicht dem Proletariat hilft, sondern letzten Endes nicht einmal den kleinen Geschaeftsmann beschuetzt. In Wirklichkeit dient die Volksfront politik der Verteidigung der Interessen der Bourgeoisie.

In den grossindustriellen Bezirken, wo eine Betraechtliche Opposition der Arbeiterklasse gegen Roosevelts Kriegsprogramm besteht, geht die Kommunistische Partei darauf aus, ihre eigenen Mitglieder falsch zu erziehen und die Arbeiter irrezufuehren, um aus ihnen Chauvinisten, willfaehrige Werkzeuge des Imperialismus von Wallstreet zu machen. Ich moechte das durch ein Zitat aus dem "Daily Worker" (vom 9. Februar 1938) illustrieren, in dem die Lenin-Gedaechtnisfeier der Kommunistischen Partei in Wilkes-Barre (Pennsylvania), dem Zentrum der Steinkohlenindustrie, geschildert wird:

"Die Redner waren gut kontrolliert, das Komitee arbeitete ruhig und wirksam. Jedermann war gut diszipliniert. Die Versammlung begann mit dem Gesang des 'Sternenbanners' (amerikanische Nationalhymne); Filme wurden gezeigt, so 'Millicen von uns' und 'Das Bombardement der Pany'".

Hieran sehen Sie, wie die Kommunistische Partei zu einer voelligen Agentur der Wallstreet-Kriegsmaschinerie geworden ist. Als Roosevelt sein gewaltige Flottenprogramm bekanntgab, war das einzige, was der "Daily Worker" zu sagen hatte, dass man ein noch gewaltigeres erwartet habe. Als eines der radikalen Kongressmitglieder, Maury Maverick aus Texas, gegen das Ruestungsbudget des Praesidenten auftrat, kritisierte der "Daily Worker" ihn heftig. Alles das geschieht im Namen des Wundermittels "kollektive Sicherheit". Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, dass, wenn die Stalinisten in den Vereinigten Staaten von "kollektiver Sicherheit" sprechen, sie nie ein Wort darueber verlieren, welche Klasse sich dieser kollektiven Sicherheit, die sie erstreben, erfreuen soll.

Die Stalinisten machen in ihrem Kampf gegen die Kraefte, die um den Frieden ringen, Ueberstunden. Sie sind soweit gegangen, diese Kraefte bei der Regierung zu denunzieren und sich ihr gegenueber zu verpflichten, dass im Falle eines Krieges sie (die Stalinisten) die Ersten sein werden, die jede Organisation oder Gruppe, welche "illoyal" ist, bekaempfen werden. Der stalinistische Fuehrer Browder hat erkluert:

"Wenn in Amerika jemals eine aehnliche Situation, wie in Spanien eintreten sollte, wo die demokratische Republik von den 'unkontrollierten Extremisten' den Dolchstoss in den Ruecken erhielt, waehrend sie die faschistische Invasion zurueckschlug, dann wuerden wir wie unsere spanischen Brueder in den vordersten Kampfreihen stehen, um solche 'Extremisten', die die wirklichen Agenten des Faschismus sind, zu unterdruecken und unschaedlich zu machen".

Jedermann weiss heute, was ein Stalinist meint, wenn er von "unschaedlich machen" spricht. Man versuche die unzuehligen Bolschewiken zu zaehlen, die in der S.U. ermordet worden sind. Dies ist Stalins Methode, "sie unschaedlich zu machen", weil sie mit ihm nicht einverstanden und der revolutionaeren internationalen Arbeiterbewegung treu geblieben sind.

Die Anhaenger der Volksfrontpolitik behaupten mit grossem Geschrei, dass der Grund, weshalb sie zu diesem Kurs ihre Zuflucht nehmen, der sei, dass sie wuenschten, die Rechte der Arbeiter im eigenen Lande zu wahren und zu ver-



teidigen. In Wirklichkeit sind jedoch die Anhänger der Volksfront die ersten, die die Wahrung der Rechte der Arbeiter in den imperialistischen Ländern preisgeben und unmöglich machen. Auf welche Art und Weise? Wieso? Die Volksfrontpolitik ist auf der Unterminierung und der Preisgabe selbständiger Aktionen der Arbeiterbewegung basiert. In den Kolonien nehmen die Regierungen und die Anhänger der Volksfront ihre Zuflucht zu den reaktionärsten Handlungen der bürgerlichen Demokratien und unterstützen sie. Die Kolonialverwaltung und die Beherrschung der Kolonialvölker durch eine Volksfrontregierung unterscheiden sich nicht im geringsten von der Behandlung dieser Völker durch die faschistischen Regime. Wir brauchen bloss nach Französisch-Marokko zu schauen.

Die Fardole der Volksfront ist angeblich "Einheit". Einheit mit wem? Einheit wofür und zu welchem Zweck? Für Einheit in den Reihen der Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung? Nein! Es ist die Einheit der Arbeiterorganisationen mit den Organisationen der feindlichen Klasse auf der Basis des Programms und der Verteilung der Interessen der feindlichen Klasse und der Fortdauer ihres sozial-ökonomischen Systems - des Kapitalismus. Das ist keine Einheit, sondern Spaltung, was die Arbeiterklasse und ihre Interessen betrifft.

Ich habe bereits auf die Tätigkeit unserer Organisation im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg hingewiesen. Es ist sehr ermutigend für uns, Euch mitteilen zu können, dass so mächtige Gewerkschaftsorganisationen, wie das Komitee für die Organisierung der Stahlarbeiter, der Vereinigte Automobilarbeiterverband, der Verband der Aluminiumarbeiter - die alle dem CIO angeschlossen sind - beschlossen haben, für eine Verfassungsänderung einzutreten, die verlangt, dass die Regierung nicht in einen Krieg eintreten darf, ohne dass vorher eine Volksabstimmung stattgefunden hat. Es ist etwas "merkwürdig" (natürlich nur, für den oberflächlichen Betrachter), dass die Stalinisten, die in Worten so besorgt um die Verteidigung der demokratischen Rechte der Arbeiter sind, die erbittertesten Feinde dieses Vorschlages einer Verfassungsänderung sind, der immerhin versucht, den Arbeitern das bescheidene Recht zu geben, sich zum mindesten zu ihrer Hinschlachtung in einem imperialistischen Krieg zu äussern.

Ausser den oben erwähnten Gewerkschaftsorganisationen hat auch die Gewerkschaftsföderation von Chicago, die der A.F. of L. angeschlossen ist, eine gesunde Stellung in der Kriegsfrage bezogen. Der Verband der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas, der von John L. Lewis geführt wird, hat dieselbe Richtung eingeschlagen, desgleichen die Gewerkschaftsföderationen von Minnesota und Wisconsin, die der A.F. of L. angeschlossen sind, und die Labor Party in Illinois. Es wird Euch allen klar sein, dass die Tatsache, dass die Gewerkschaften in so wichtigen Kriegsindustrien, wie der Stahl-, der Motor- und der Aluminium-Industrie, eine gesunde Stellung in der Kriegsfrage bezogen haben, nicht ueberschaet werden kann.

Lasst mich zum Schluss einige Worte zu einigen Fragen, die hier im Laufe der Debatte aufgeworfen worden sind, sagen. Es kann nie einen wirklichen Gegensatz zwischen der Aktivität der Masse und einer revolutionären marxistischen oder kommunistischen theoretischen Stellungnahme geben. Wir stehen niemandem nach in unseren Wünschen und unserer Bemühen, an der Massenbewegung der Arbeiterklasse in unseren Lande teilzunehmen. Wir haben immer danach gestrebt und werden weiter danach streben, unsere revolutionäre Stellungnahme durch eine solche Teilnahme am Klassenkampf lebendig zu machen.

Jed möchte auch sagen, dass es nicht richtig wäre, zu behaupten, dass die jetzige Volksfrontpolitik einfach mit der Politik der Klassenzusammenarbeit identisch sei. Zwischen der ersten und der gegenwertigen Auflage der Volksfront bestehen verschiedene Unterschiede. Die erste Auflage der Volksfront, die von den Sozialdemokraten geführt und gefördert wurde, ermöglichte den Sieg des Faschismus über die Arbeiter. Sie trug dazu bei, ihn

zu sichern. Diese Volksfront schloss die Kommunisten nicht ein. Damals waren die Kommunisten gegen die Volksfrontpolitik. Die zweite Auflage der Volksfront schliesst die Kommunisten als ihre lautesten und energischsten Vorkämpfer ein und macht einen Sieg der Arbeiter ueber den Faschismus unmöglich. Diese Unterschiede sind meiner Ansicht nach nicht unbedeutend. Es sollte fuer Jeden klar sein, dass es verrueckt waere zu glauben, man koenne die Volksfront dadurch bekampfen, dass man in ihr ist und sich fuer sie verantwortlich macht. Wir sollten gegen sie sein; wir sollten uns ausserhalb ihrer befinden und wir sollten diejenigen, die in ihr und fuer sie sind, als fuer sie verantwortlich bezeichnen, fuer sie verantwortlich machen. Wenn wir diesen Kurs nicht einschlagen, dann hiesse das, dass wir unser Recht auf selbstaendige Aktionen der Arbeiterklasse opfern, unsere Verpflichtung zu solchen Aktionen preisgeben, und zu einer Politik der Abhaengigkeit von der Bourgeoisie oder ihrer Agenten in der Arbeiterklasse greifen.

## A · U · S · D · E · M · E · L · S · A · S · S

### Die Nazi-propaganda in Elsass-Lothringen und die Aufgaben der Arbeiterschaft

#### II. Die Volksfront

Was schlaegt nun die Volksfront fuer den Kampf gegen die hitlerische Propaganda vor? Das Volksfrontkomitee fuer das Unterelsass hat zu dieser Frage eine Resolution angenommen. In dieser Resolution wird der Erwartung Ausdruck verliehen, dass die Regierung Daladier-Bonnet-Mandel-Reynaud energische Massnahmen gegen diese "antifranzoesischen Umtriebe" trifft. Die "Feinde der franzoesischen Demokratie, der Republik und des franzoesischen Volkes haben keinen Anspruch auf die republikanischen Freiheiten, die die im Dienste des faschistischen Auslandes fortgesetzt missbrauchen", heisst es in der Resolution. An anderer Stelle der Resolution wird gesagt: "Das Volksfrontkomitee ... appelliert bei dieser Gelegenheit an die Regierung, die wirtschaftlichen und sozialen Wuensche der arbeitsamen und friedlichen Bevoelkerung des Elsass zu beruecksichtigen".

Es ist nicht unbekannt, dass in den Zusammenschluss der tschechoslowakischen Parteien auch die tschechischen Faschisten einbezogen wurden und damit dem Kampf gegen den heimischen Faschismus der Genickfang gegeben wurde. Und es bedarf auch keiner ausfuehrlichen Erlaeuterung um einzusehen, dass der Zusammenschluss aller Parteien zur "union nationale" gegen den von aussen kommenden Hitlerfaschismus, die politische und soziale Reaktion foerdern und letzten Endes damit auch die hitlerische Demagogie beguenstigen muss. Die Solidarisierung mit dem franzoesischen Imperialismus drueckte der Volksfrontpropaganda gegen die kalte Durchfuehrung des Plans des ehemaligen Senators und Generals Bourgeois den Stempel der Unehrllichkeit auf. Der Verzicht auf den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und die kapitalistische Ausbeutung und das Streben nach einem Zusammenschluss mit den Parteien der Bourgeoisie, den Stuetzen der kapitalistischen Profitwirtschaft, machen die Arbeiterparteien unfahig, sich fuer den Kampf fuer die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der werktuetigen Bevoelkerung zu schlagen. Die Unterstuetzung der Politik der Notverordnungen, der Frankenentwertung, des Abbaus der sozialen Errungenschaften, der steuerlichen Belastung der breiten Massen, schaffen guenstige Voraussetzungen fuer die Propaganda des Hitlerautonomismus.

Der Aufschwung der ausserparlamentarischen Massenbewegung im Juni 1936 hatte eine Krise in der hitlerfreundlich orientierten autonomistischen Bewegung ausgeloeest. Die proletarischen Elemente sonderten sich von ihm ab und stroemten zu den Arbeiterparteien. Die UPR musste stark an Einfluss einbuessen, die sozialen Gegensatze drohten das konfessionelle Band, das die verschiedensten sozialen Schichten des katholischen Bevoelkerungsteils



unter grossbuergerlicher Fuehrung in der UFR zusammenhielt, zu sprengen. Der Autonomismus enthuelte sich durch sein Zusammengehen mit den, auch im Bewusstsein der Massen als Vertretungen des Grosskapitals erkannten Parteien (Demokraten und URD - Mandel) als eine sozialreaktionaere Kraft. Die nationale Frage wurde voellig aus dem Gesichtsfeld der Massen gerueckt, die soziale Frage ueberragte alles und drohte das Gefuege der alten traditionellen buergerlichen Massenparteien ins Wanken zu bringen. Eine wirkliche proletarische Klassenfront, mit einem Programm, das die dringendsten Beduerfnisse der Massen - auch des werктаetigen Kleinbuerger- und Bauertums - zusammenfasste, so wie es allein die IVFC in ihrem Flugblatt im Mai 1936 vertrat, haette dies erreicht. Ein Programm das auf den Kampf gegen das Trustkapital, auf die Preis- und Produktionskontrolle durch die selbstaerigen Organe des werктаetigen Volkes ausgerichtet war und um das die Arbeiterparteien und die CGT das ganze werктаetige Volk direkt und unmittelbar, in der Form von ueberparteilichen Klassenorganen zum auserparlamentarischen Kampf zu organisieren vermoecht haetten, haette die sich durch die Juniktion abbahnende tiefgreifende Aenderung in den politischen Kraefteverhaeltnissen zwischen Bourgeoisie und Proletariat in Elsass-Lothringen, schdruecklichst zu Gunsten des Proletariats beeinflusst.

Die Volksfrontpolitik hat eine solche Entwicklung unmoeglich gemacht. Sie hat zugleich auch erneut guenstige Voraussetzungen fuer die hitlerfaschistische Propaganda geschaffen. Appelle an die Regierung Daladier, Erwartungen, dass diese Regierung die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen fuer die Wirksamkeit der hitlerisch-autonomistischen Propaganda aufheben koennte, sind von der gleichen na-iv-dummen "Kurzsichtigkeit", wie die gesamte Volksfrontpolitik. Genau so, wie man im Buendnis mit der radikalen Bourgeoisie weder den heimischen Faschismus zu schlagen noch die "300 Familien" zu entwurzeln vermoechte, sondern im Gegenteil deren Macht staerkte, genau so wenig kann man mit einer Politik der Appelle und der Erwartungen gegenueber der Regierung Daladier-Bonnet-Mandel-Reynaud eine Entwurzelung der Hitlerpropaganda erwarten. Was bei dieser Politik herauskommt, zeigt ja zur Genuege die Debatte um die Auslage der deutschen Presseerzeugnisse in den Zeitungskiosken im Strassburger Gemeinderat, die wie das Hornberger Schieszen ausging. Die Arbeiterklasse darf sich weder auf die Initiative der Regierung, noch auf den Polizeiknueppel verlassen, der hier und da als Rettungs- und Hilfsmittel gegen die Hitlerpropaganda angerufen wird. Natuerlich muss die Arbeiterklasse die Unterdrueckung der Presseerzeugnisse des III. Reiches und der faschistischen Propaganda- und Agitationstaetigkeit fordern und dafuer in Aktion treten. Aber sie muss das selbstaendig und von ihrem Klassenstandpunkt und unter Ablehnung jeglichen Chauvinismus und Hurrapatristismus tun, der von den profranzoesischen Bourgeoiskreisen damit verbunden wird und ohne sich in einen Schleppentraeger des franzoesischen Imperialismus zu verwandeln.

Das Entscheidende aber ist die selbstaendige Klassenaktion fuer die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Werктаetigen. Nur indem das Proletariat sich zum Vorkaempfer dafuer macht, wird sie der Hitlerpropaganda den Wind aus den Segeln nehmen, wird sie ihr jede Moeglichkeit nehmen, in Elsass-Lothringen eine Massengrundlage zu finden. Dazu aber ist die Volksfrontpolitik der "Volksfront in der Agonie" noch untauglicher, als diese Politik es in ihrer Mehrheit war. Dazu bedarf es einer neuen Front, der proletarischen Einheitsfront, und eines Kampfes fuer von den Interessen der Werктаetigen inspirierter Aktionsprogramms. Das ist nicht eine Frage der elsass-lothringischen Arbeiterschaft allein, aber gerade ihr brennendes Interesse, Heilmittel zustaende in Elsass-Lothringen auszuschliessen, gibt ihr das Recht und legt ihr die Pflicht auf, hier fuehrend voranzugehen und ihre innerfranzoesischen Kameraden in dieser Richtung zu ermutigen. Denn nur mit ihrer Unterstützung und nur im Buendnis mit ihnen kann der Kampf gegen die Nazipropaganda in Elsass-Lothringen wirksam gefuehrt werden.

In einem Schlussartikel werden wir die Grundlagen der Aktion der Arbeiterklasse zur Ueberwindung der Hitlerpropaganda entwickeln.

Die Initiative der  
=====

Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Opposition) in Asch  
=====

(Fortsetzung von Seite 4)

3. Reich befindet. Der Bevölkerung wird die fixe Jäce suggeriert, dass Hitler kommt und das Sudetendeutsche Gebiet "befreit".

Die Tatsache, dass es im Ascher Bezirk viele Arbeitslose gibt, dagegen die benachbarten bayrischen und saechsischen Bezirke Arbeiter aus dem hiesigen Gebiet aufnehmen, benutzt die SdP als Zugmittel fuer ihre nationalsozialistische Propaganda. Die Arbeiter des Ascher Bezirkes, die in Deutschland in Arbeit stehen, konnten dieselbe nur unter vollstaendiger politischer Kapitulation und nur dann erhalten, wenn sie das SdP-Mitgliedsbuch in der Tasche hatten.

Die Einverleibung Oesterreichs durch Deutschland hatte fuer die hiesige Industrie den Verlust sowohl des oestorreichischen Marktes, als auch eines grossen Teils des Exportes nach dem Balkan zur Folge, da Wien ein Umschlagplatz fuer hiesige Waren war. Die Dumpingpolitik Deutschlands verstaerkt weiterhin die Krise der heimischen Industrie.

Die schwere wirtschaftliche Krise, die zuegellose nationalsozialistische Propaganda und der SdP-Terror in den Betrieben haben eine mit Explosivstoff gefuellte Situation geschaffen. Es sind deshalb schnelle und entschlossene Massnahmen notwendig. Die entscheidende Massnahme ist, dem Arbeitslosen Arbeit und dem Hungernden Brot zu geben.

Wir fordern daher eine sofortige grosszuegige Arbeitsbeschaffung. Zur Finanzierung der Arbeit sind Staatsmittel bereitzustellen, die unter Kontrolle der antifaschistischen Gewerkschaften zu verwenden sind. Ganz oder teilweise stillgelegte Betriebe sind durch Staatssubventionen wieder in Stand zu setzen und weiterzufuehren, und zwar unter Kontrolle der antifaschistischen Gewerkschaften und der Betriebsausschuesse. Die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess muss durch Schaffung von oeffentlichen und subventionierten Arbeiten beschleunigt in Angriff genommen werden. Die Ernaehrungsaktion muss ausgebaut und den Arbeitslosen muss eine Unterstützung in der Hoehe des Existensminimums gewahrt werden.

In nationaler Hinsicht ist die sofortige Erfuellung der berechtigten nationalen, kulturellen und sprachlichen Forderungen der deutschen werktae-tigen Bevölkerung als entscheidende Massnahme gegen die nationalsozialistischen Gleichschaltungsbestrebungen mit dem dritten Reich unbedingt notwendig.

Als grundlegende politische Massnahme fordern wir das Verbot und die Aufloesung der Sudetendeutschen Partei mit allen ihren Nebenorganisationen, da dieselbe eingestandenermassen die Weltanschauung der reichsdeutschen Nationalsozialisten vertritt. Die SdP ist nach dem Muster der nationalsozialistischen Partei organisiert, wendet die Methoden dieser Partei im sudeten deutschen Gebiet an und stellt sich vollkommen in den Dienst der imperialistischen Ziele des 3. Reiches. Zum Schutze der antifaschistischen Bevölkerung und zur Sicherung eines freien Arbeitsverhaeltnisses in den Betrieben, verlangen wir durchgreifende Schutzmassnahmen, Unterbindung des Betriebsterrors, vor allen Dingen aber Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktaetigen und Aufhebung aller Massnahmen, die die Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit einschnueren.

Wir fordern die Zulassung von proletarischen Abwehrformationen zum Schutze der antifaschistischen Bevölkerung und des proletarischen Eigentums. Diese Abwehrformationen muessen noetigenfalls bewaffnet werden.

-----

Verantwortlich: Emile Hirtzel .





# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 23/V. Jahrgang

Erste Juniwoche 1938

## Zur innerpolitischen Lage

Einige Tage vor dem Zusammentritt des Parlaments hat die Regierung eine neue Serie von Dekreten erlassen, die denselben arbeiterfeindlichen Geist atmen wie die zuerst verkündeten. Die Dekrete sehen allerlei Vergünstigungen fuer die Exporteure vor, auch die Neuregelung der Produktionsabgabe ruft auf eine Liebesgabe fuer grosskapitalistische Kreise hinaus. Die in einem der Dekrete vorgesehene Arbeitsbeschaffung durch die staedtischen und laendlichen Gemeinden ist dagegen recht mager ausgefallen. Im ganzen sollen dafuer bis Ende 1940 11 Milliarden ausgegeben werden, davon 6 durch den Staat und 5 durch die einzelnen Gemeinden. 11 Milliarden Francs sind nach der erneuten Devaluation, angesichts des Ansteigens aller Preise recht wenig, wenn man beruecksichtigt, was geleistet werden muesste, um auch nur das allerdingendste in bezug auf Bau von Wohnungen und Schulen, sanitaere Einrichtungen etc zu verwirklichen. Aber die Regierung ist offenbar, wie das schon das Kabinett Blum vor ihr ankuendigte, entschlossen, die Frage der Arbeitsbeschaffung vor allem durch erhoehrte Aufruestung zu "loesen".

Das wichtigste Dekret der neuen Serie ist jedoch das ueber die sog. "Verfeinerung" der 40 Stundenwoche. Nach der Durchfuehrung dieses Dekrets wird von der 40 Stundenwoche praktisch nur noch der Name uebrig bleiben. Das Dekret sieht vor, dass Arbeitsstunden, die durch kollektive Arbeitsunterbrechung verloren gegangen sind, im Laufe der darauf folgenden 12 Monate nachgearbeitet werden koennen, und zwar hat zu diesem Zwecke eine Erhoehung der woechentlichen Arbeitszeit um 8 Stunden, auf 48 Stunden zulaessig. Diese Regelung der Arbeitszeit bedeutet, dass die Unternehmer die Moeglichkeit erhalten, bei Andrang von Auftraegen die 48 Stundenwoche einzufuehren, um dann in der Zeit flauen Geschaefstganges zur Kurzarbeit in den Betrieben ueberzugehen und Entlassungen vorzunehmen. Die im Artikel 4 des Dekrets enthaltene Bestimmung, dass die Unternehmer nicht das Recht haben, waehrend des Monats, der auf eine Periode verlaengerter Arbeitszeit folgt, Arbeiter zu entlassen, bedeutet keinen Schutz der Arbeiter, denn die Bestimmung bezieht sich nicht auf die zeitweilig waehrend des grossen Arbeitsandrangs eingestellten Arbeiter und Angestellten. Die neue Arbeitszeitregelung lauft also auf folgendes hinaus: bei gutem Geschaefstgang soll die 48 Stundenwoche gelten, bei schlechtem Geschaefstgang entlassen die Unternehmer die Arbeiter, die sie nicht staendig im Betrieb brauchen und fuehren fuer ihre staendigen Arbeiter die Kurzarbeit ein. Dieses System bedeutet die tatsaechliche Abschaffung der 40 Stundenwoche, zumal die Regierung ermachtigt wird, fuer bestimmte Betriebe und Industrien die in dem Artikel 4 des Dekrets enthaltenen und wie gesagt voellig ungenuegenden Bestimmungen ueber Entlassungsschutz ausser Kraft zu setzen.

Die Volksfrontpolitik der grossen Arbeiterorganisationen hat also dazu gefuehrt, dass nunmehr auch die letzte Errungenschaft der Junibewegung von 1936, die noch bestand, naemlich die 40 Stundenwoche, praktisch vernichtet wird.

Die Gewerkschaftsbuerokratie denkt nicht daran, die Organisationen der CGT zum Kampfe gegen die Daladierschen Dekrete und insbesondere zur Verteidigung

ung der 40 Stundenwoche zu mobilisieren. Sie beschränkt sich auf stoehrende Klagen, deren offenkundiger Zweck es ist, bei den Arbeitern den Eindruck zu erwecken, als beabsichtigen die Gewerkschaftsfuehrer, etwas gegen die arbeiterfeindlichen Massnahmen der Regierung zu tun; in Wirklichkeit sind die Jouhaux, Racamond etc. nur darauf bedacht, der franzoesischen Bourgeoisie und ihrer Regierung keine Schwierigkeiten zu machen. Schon jetzt ist in den Gewerkschaften infolge der bürgerfriedlichen Politik ihrer Fuehrer eine starke Mitgliederflucht bemerkbar, und wenn die Gewerkschaftsinstanzen so fortfahren, werden sie noch weiter zur Zerstoerung der gewerkschaftlichen Organisation beitragen.

Auch die K.P. hat, wie das schon in der Antwort von Thorez an Honel angekündigt worden war, auf ihrem Z.K.-Plenum eine Stellung bezogen, die dadurch gekennzeichnet wird, dass die stalinistischen Fuehrer ein paar Traenen ueber die Schlechtigkeit, bzw. das Unverstaendnis von Daladier vergiessen, um dann zu erklaren, die Einheit der Volksfront, d.h. mit demselben Daladier, Bonnet, Marchandeu, ueber deren praktische Politik man sich beklagt, muesse unbedingt und nun erst recht aufrechterhalten werden. Wenn Thorez erklart, die KP habe im Parla ment nicht fuer die Notverordnungen gestimmt, die Daladier erlassen habe, und werde auch weiterhin nicht fuer solche Massnahmen stimmen so ist das ein ganz grober ~~demagogischer~~ Schwindel. Als die KP Daladier die Ermaechtigung zu seinen Notverordnungen erteilte, wusste sie ganz gut, welchen Gebrauch er davon machen werde, es sei denn, man nehme an, die stalinistische Fuehrung bestehe aus Vollidioten und habe geglaubt, Daladier werde zusammen mit Marchandeu und Paul Reynaud die Reichen zahlen lassen. Auch jetzt wissen die KP-Fuehrer ganz genau, dass alle die Forderungen, die sie an die Regierung Daladier richten, von dieser nicht beachtet werden. Fuer die KP-Fuehrung sind diese Forderungen lediglich ein Mittel, um es zu rechtfertigen, wenn sie im Parlament von neuem fuer Daladier stimmt. Was den Volksfrontkongress anbelangt, von dem auf dem ZK-Plenum die Rede war, so weiss die stalinistische Fuehrung gleichfalls ganz genau, dass ihre Volksfrontpartner von einem solchen Kongress nichts wissen wollen. Wenn man wirklich Kampforgane der Werktaetigen schaffen will, dann muss man mit der Volksfront brechen.

Wie die Praxis zu den Reden, die auf dem ZK-Plenum der KP gehalten worden sind, aussieht, zeigt die juengste Sitzung der Delegation der Linksparteien des Parlaments. Ducloux brachte dort die Forderungen der KP vor. Ein Protest gegen die Nichtinterventionspolitik in bezug auf Spanien wurde nicht nur von den Radikalen, sondern auch von den SFIO Abgeordneten abgelehnt. Die Artikel des "Populaire" gegen die Nichtinterventionspolitik und der juengste Protokoll der 2. Internationale gegen diese selbe Politik sind also nur zur Beruhigung der sozialistischen Arbeiter bestimmt. In bezug auf die ubrigen Forderungen, die die KP und SFIO in der Delegation der Linken aufstellten, erklarten die radikalen Abgeordneten, dass man darueber erst mit der Regierung sprechen muesse. Es wurde dann eine Delegation zur Regierung geschickt, die von Daladier mit nichtssagenden Erklaroerungen abgespeist wurde. Die Politik der Aufrechterhaltung der Volksfront, wie sie von den Fuehrungen der KPF und der SFIO betrieben wird, laeuft darauf hinaus, dass die Arbeiterparteien Schuhputzerarbeit fuer die Regierung leisten, waehrend diese Regierung und die radikale Partei immer vernehmlicher auf die Volksfront pfeifen, wie das die Wahlen von Uzès und Saintes zeigen, wo die Radikalen als "antimarxistische", buergerliche Einheitskandidaten gegen die SFIO auftraten.

Die Theorie dazu, weshalb die Arbeiterparteien sich um jeden Preis an die Rockschoen der Radikalen klammern und die Volksfront politisch fortsetzen mussten, ganz gleich, welche reaktionaeren Massnahmen die Radikalen und ihre Regierung auch treffen moegen, hat Leon Blum in seinen Artikeln geliefert, die er im "Populaire" zu den Problemen des Parteitages von Royan schreibt. Blum spricht das offen aus, was die Thorez und andere denken, Blum versucht zunaechst zu beweisen, dass die SFIO der Regierung Daladier nicht den Kampf ansagen duerfe, denn das muesste nur zur Folge haben, dass die Radikalen sich mit den Rechtsparteien verbinden. Als ob das nicht heute schon zu einem grossen Teil der Fall waere - siehe die Beteiligung von Paul Reynaud



und Wandel an der Regierung, siehe die Wahlen von Uzès und Saintes, und als ob vor allem die Politik von Daladier nicht das Maximum an politischer und sozialer Reaktion darstellte, das das Grosskapital unter den gegenwaertigen Umstaenden durchsetzen kann. Blums Argumentation erinnert haergenau an die beruechtigte Theorie von "kleineren Uebel" mit der die Sozialdemokratie die deutsche Arbeiterklasse in den Abgrund gefuehrt hat.

Blums Auffassung laeuft darauf hinaus, dass die Arbeiterschaft weder gegen Daladier noch gegen eine Rechtsregierung kaempfen duerfe. Blum meint, dass die Arbeiterorganisationen zwar Forderungen aufstellen koennten, sich aber ja hueten muessten diese Forderungen ernst zu nehmen, d.h. fuer sie zu kaempfen. Denn dies, so schreibt er im "Populaire" vom 29. Mai "wuerde im Lande eine Krise von revolutionaerem Charakter eroeffnen" und die Revolution in Frankreich wuerde nach Blum "vielleicht die Bahn fuer den internationalen Faschismus und den Krieg frei machen". Dabei ist es klar, dass der internationale Faschismus, also die Hitler und Mussolini nichts so fuerchten wie eine Revolution in irgend/einem anderen Lande. Sie wissen, dass sie nicht imstande waeren, die Volksmassen Deutschlands und Italiens mit Erfolg zu einem Krieg gegen ein revolutionaeres Land zu mobilisieren, und dass eine solche Revolution unvermeidlich auf Deutschland und Italien ansteckend wirken wuerde. Blum hat, indem er offen zugegeben hat, dass die Volksfrontpolitik die voellige Preisgabe des Kampfes fuer die Interessen der Arbeiterschaft bedeutet, den Arbeitern gezeigt, was sie davon zu halten haben, wenn er und Thorez ihnen wieder mit radikal klingenden Phrasen kommen.

#### Die neue Methode

#### Hitlerdeutschlands gegenueber der Tschechoslowa kei

Da Hitlerdeutschland nicht in der Lage war, so, wie es beabsichtigt hatte, am 21. und 22. Mai 1938 die Niederwerfungsstrategie gegen die CSR anzuwenden, hat es jetzt zwar nicht seine Ziele aufgegeben, aber es hat seine Methoden geaendert. Es wendet jetzt die Ermattungs- oder Zermuerbungsstrategie an und sucht seine Ziele in Etappen zu erreichen. Seine Hauptanstrengungen sind jetzt darauf gerichtet, die tschechischen Militaer- und Polizeikraefte aus dem Sudetengebiet zu entfernen, und so Voraussetzungen zu schaffen, damit die Henleinleute dort die oeffentliche Gewalt in die eigenen Haende nehmen koennen. Ist das erreicht, so wird man weiter sehen ... Zu diesem Zweck verstaerkt Hitlerdeutschland seinen Druck auf die englische und franzoesische Regierung, damit diese ihrerseits auf die Prager Regierung drueckt. Tatsaechlich druecken auch die englische und die franzoesische Regierung auf die Prager Regierung, damit sie die militaerische Besetzung des sudetengebietetes abbaue. Es scheint aber einstweilen nicht, dass die tschechische Regierung diese ihre staerkste Karte aus der Hand geben will.

Die Henleinleute haben gegenueber den Vorschlaegen der Prager Regierung nunmehr ihrerseits "14 Punkte" formuliert, deren entscheidende die Forderungen sind, die Polizei- und die Justizgewalt in die eigenen Haende zu nehmen und die CSR zu noetigen, das Buendnis mit der Sowjetunion aufzugeben.

#### Rueckwirkungen in Hitlerdeutschland

Die Nazipresse versuchte eine zeitlang, im Innern die Tatsache des geplanten Ueberfalls auf die CSR und des erzwungenen Verzichts darauf, zu unterschlagen, indem sie dies als eine laecherliche franzoesisch-englische Legende darstellte. Jedoch erwies sich diese Verschleierung als ein Versuch mit

untauglichen Mitteln. Die wirklichen Tatsachen sinkern langsam auch in Deutschland durch und ueben dort ihre Wirkungen, die keineswegs das innere Ansehen des Regimes erhoehen.

Eine der Wirkungen ist, dass die Generalitaet der Reichswehr sich wieder staerker auf die Hinterbeine stellt. Allmaechlich werden auch naechere Einzelheiten ueber den katastrophalen Zusammenbruch des Einmarsches der motorisierten Divisionen nach Oesterreich bekannt. Im Zusammenhang damit zirkulieren hartnaeckig Geruechte von der bevorstehenden Wiedereinsatzung des Generals Fritsch und seiner Freunde in leitende militaerische Stellungen. Damit bestaetigt sich die von uns vertretene Einschaeztung des 4. Februars gegenueber der falschen Auffassung, als ob es den Nazis gelungen sei, sich die Reichswehroffiziere voellig unterzuordnen. Es bestaetigt sich ferner, dass die militaerische Staerke Hitlerdeutschlands gerade in bezug auf die modernsten technischen Mittel schwache Punkte aufweist und in vieler Hinsicht ueberschaetzt wird.

Schliesslich weist der Eifer, mit dem die Nazipropaganda die Absicht des Ueberfalls auf die CSR hinterher zu leugnen sucht, darauf hin, dass diese Politik keineswegs in den Massen populaer ist, wie das faelschlicherweise vielfach von der franzoesischen und englischen buergerlichen Presse dargestellt wird. Die Massenstimmung in Deutschland gegenueber dieser Politik ist teils Kriegsfurcht, teils Gleichgueltigkeit, teils der Wunsch nach dem Krieg als Gelegenheit, um mit dem Regime aufzuraeumen.

-----

#### ===== Noch tiefer hinein nach China =====

Das ist der Sinn der letzten Umwandlung des japanischen Kabinetts, in dem jetzt fuenf Generale oder Admirale sitzen, und aus dem der Aussenminister Hirota ausgeschifft ist. Gleichzeitig sind damit auch in Japan fast die letzten Reste des Scheinkonstitutionalismus aufgeraemt und ist die Militaerdiktatur noch umfassender und unumschraenker als bisher geworden. Keine der beiden alten politischen Parteien ist mehr in der Regierung vertreten. Das einzige buergerliche Element an wichtiger Stelle ist noch der Finanz- und Wirtschaftsminister, ein Vertreter des Mitsui-Trusts.

Die verschiedenen Versuche der japanischen Militaers in der letzten Zeit, den chinesischen Armeen ein "Cannae", eine Vernichtungsschlacht durch vollstaendige Einkreisung zu bereiten, sind gescheitert. Dagegen ist den Cinesen anscheinend, wenn auch in kleinerem Mass tabe, eine solche Einkreisung japanischer Truppen gelungen.

Der japanische Entschluss, die gesamte militaerische und wirtschaftliche Kraft des Landes aufzubieten, um China niederzuringen, setzt letzten Endes die Existenz des japanischen Imperialismus aufs Spiel. Der Entschluss beruht auf drei Voraussetzungen:

1. dass die Sowjetunion nicht eingreifen werde,
2. dass es Japan gelingen werde, England-Frankreich-Amerika zu neutralisieren, oder zu einem imperialistischen Kompromiss mit ihnen zu kommen,
3. dass der chinesische Widerstand schliesslich erlahmt.

Alle diese drei Voraussetzungen sind aber fraglich. Mit diesem seinem Entschluss ist der japanische Imperialismus ein Hasardspiel eingegangen, bei dem es um Kopf und Kragen fuer ihn geht.

-----



## Das neue Statut der amerikanischen Stalinisten

Von Will Herberg (New York)

Auf ihrem kommenden Parteitag soll die amerikanische Kommunistische Partei einige wichtige Zusatzanträge zu ihren Statuten annehmen. Diese stellen ganz offensichtlich, nicht blosse nebensächliche Aenderungen dar, sondern beruehren die Grundsätze, die politischen und moralischen Grundlagen der Bewegung. Es lohnt sich, diese vorgeschlagenen Satzungsänderungen sorgfältig und objektiv zu untersuchen, denn eine solche Untersuchung wird zeigen, wie weit der stalinistische "Kommunismus" bereits auf dem Wege der Entartung fortgeschritten ist.

"Die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten", so heisst es in einem der Aenderungsanträge, "wahrt die demokratischen Erungenschaften des amerikanischen Volkes. Sie bekaempft mit aller Kraft jede Clique, Gruppe, jeden Zirkel, jede Organisation oder Partei, die danach trachtet oder es unternimmt, irgendeine oder alle Einrichtungen der amerikanischen Demokratie zu zerstören, zu untergraben, zu schwächen oder umzustuerzen ...". Aus diesen Aeusserungen einer geschmacklosen Legaltätsanbetung geht eines klar und deutlich hervor: Die Kommunistische Partei beteuert ihre unnachgiebige Loyalität gegenüber "jeder einzelnen und allen Einrichtungen der amerikanischen Demokratie" und unternimmt es eifrig, diese Institutionen gegen alle "umstuerzlerischen" Elemente zu verteidigen.

Welches sind diese "Einrichtungen der amerikanischen Demokratie", deren Verteidigung die Kommunistische Partei so in Bausch und Bogen uebernimmt? Es sind die Einrichtungen der kapitalistischen Demokratie, die politischen Einrichtungen einer Gesellschaftsordnung, die sowohl unter dem "New Deal" als auch unter dem "Old Deal" ökonomische Ausbeutung, politischen Betrug und stetige Kriegsgefahr fuer die grossen Massen des Volkes bedeutet. Es sind die Einrichtungen eines Systems, das fuer zwölf Millionen Neger Entrechtung, Unterdrueckung und Lynchjustiz bedeutet.

Eine kommunistische Partei, die die Verteidigung der "Einrichtungen der amerikanischen Demokratie" auf sich nimmt, ist bestimmt nur eine grobe Karikatur, des Kommunismus, den Marx und Lenin vertraten. Solch eine Partei ist - oder strebt wenigstens danach, es zu sein, ein Bollwerk des Kapitalismus, was in Krisenperioden gleichbedeutend mit einem Instrument blutiger Reaktion ist.

"Parteimitglieder, bei denen es sich herausstellt, dass sie Streikbrecher, Degenerierte, Gewohnheitsaeufer, des Parteivertrauens Unwuerdige, Provokateure, Propagandisten des Terrorismus und der Gewalt als Methoden der Parteibetaetigung sind ... sollen kurz und buendig ihrer Funktion enthoben, ausgeschlossen und vor der Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden." So lautet ein anderer Zusatzantrag zu den Statuten.

Wie weit muss der moralische Niedergang der stalinistischen Fuehrung bereits fortgeschritten sein, wenn sie es fuer moeglich haelt, "Propagandisten des Terrorismus und der Gewalt", selbst wenn deren Auffassungen fuer falsch gehalten werden moegen, in einem Atemzug mit "Streikbrechern, Degenerierten, Gewohnheitsaeufern und Provokateuren" zu nennen! Gibt es wirklich keine Grenze fuer die Selbsterniedrigung dieser Clique bei ihrem krampfhaften Bemuehen, sich einen Anstrich, einer fadenscheinigen "demokratischen" Ehrbarkeit zu verschaffen?

Eine Partei, die in einer kriecherischen, servilen Weise versucht, sich bei der "ehrbaren" oeffentlichen Meinung zu empfehlen, indem sie demonstrativ "Terrorismus und Gewalt" aus Prinzip verwirft, hat keinen Anspruch darauf, als revolutionaer oder marxistisch betrachtet zu werden. Vor allem hat sie keinen Anspruch auf die Bezeichnung kommunistisch, wenn das Programm der Kommunistischen Internationale ein Kriterium ist, denn dieses Programm schliesst mit dem historischen Schlussabsatz des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels:

"Die Kommunisten verschmaehen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklaren es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden koennen durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung."

Vielleicht der abstossendste der neuen Vorschlaege ist der Antrag, die Parteimitgliedschaft auf diejenigen zu beschraenken, die Buerger der Vereinigten Staaten sind oder erklaren, dass es ihre Absicht sei, es zu werden. Das ist ohne Zweifel krasser Chauvinismus. Es gibt viele konservative Gewerkschaften in diesem Lande, die es verschmaehen wuerden, in ihren Satzungen die Aufnahme als Mitglied einer solchen Einschraenkung zu unterwerfen. Auslaendischen Arbeitern nahe zu legen und zu helfen, Staatsbuerger zu werden, damit sie wirksamer am gesellschaftlichen und politischen Leben in Amerika teilnehmen koennen, ist eine Sache; aber es ist etwas ganz anderes, solche auslaendischen Arbeiter zu einer besonderen minderwertigen Kategorie von zweitrangigen Elementen zu machen, die der Mitgliedschaft in einer Partei, die sich selbst als proletarisch und kommunistisch bezeichnet, unwuerdig seien. In diesem Lande, wo die Hetze gegen Auslaender immer die Lieblingslosung der Reaktion gewesen ist und wo der Liberalismus stets die Gleichheit fuer die Auslaender gefordert hat, ist die neue Haltung der Stalinisten gegenueber Nichtstaatsbuergern besonders gefaehrlich und verachtungswuerdig.

Und wa's sollen wir zu dem Bannfluch sagen, den Herr Browder gegen Mitglieder seiner Partei schleudern moechte, die "persoenliche oder politische Beziehungen" zu "Lasswellen oder Trotzlisten" haben? Ist das nicht ein ziemlich aufschlussreicher Beweis dafuer, dass er sich der Schwaeche der politischen Stellung seiner Partei bewusst ist? Herr Browder muss in der Tat ueber den Geisteszustand der Mitglieder seiner Partei beunruhigt sein, ueber die Zweifel und Fragen, die in ihren Koepfen trotz allem geistigen Drill und aller Unterdrueckung aufzutauchen beginnen, wenn er zu solch verzeifelten Massnahmen wie dem statutenmaessigen Verbot, mit politischen Gegnern zu reden oder zu verkehren, seine Zuflucht nehmen muss.

Wir unsererseits haben nicht solche Befuerchtungen. Wir sind nicht nur gewillt, Kontakt mit den Mitgliedern der Kommunistischen Partei herzustellen, sondern wir sind sogar entschlossen, das trotz Herrn Browders papstlichem Bannfluch zu tun. Wir wissen, dass in der Kommunistischen Partei, selbst wie sie heute ist, Hunderte von ernsthaften, ergebenen Kommunisten sind; mit diesen wollen wir in der Zukunft, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, kameradschaftliche Beziehungen aufrechterhalten. Und Herr Browder wird nicht in stande sein, uns daran zu hindern.

=====

**" Unser Glueck und unsere Freude sind grenzenlos "**

=====

Die Nachricht, dass Stalin die Kandidatur zum Obersten Sowjet der ukrainischen Raeterepublik im Stalinrayon annimmt, begrusste der Parteisekretaer Grebenjuk in einer Massenversammlung in Kiew nach dem Bericht der "Deutschen Zentral-Zeitung" folgendermassen:

"Genossen! Unser Glueck und unsere Freude sind grenzenlos - der grosse Fuehrer der Voelker, unser geliebter Stalin, hat seine Zustimmung gegeben, in unserem Wahlkreis fuer den Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR zu kandidieren."

Stalin ist in nahezu allen Bundesrepubliken als Kandidat fuer die Obersten Sowjets dieser Republiken aufgestellt. Mit ihm saemtliche Mitglieder des Politbueros - ausser denen, die inzwischen von der Bildflaeche verschwunden sind, naemlich: Rudsutak, Eiche, Kossier. Nach Stalin schlaegt Jeshov den Rekord in der Aufstellung. Er ist bis jetzt in zwanzig Bundesrepubliken aufgestellt.



Die C.G.T. und die Preistreiberei  
=====

Die infolge der Frankenabwertung staendig wachsende Teuerung hat die Leitung der CGT veranlasst, in einer Erklarung ihre Stellung zum Kampf gegen die Preistreiberei zu praezisieren. Darin beschwert sich die CGT ueber den ungenuegenden Opferwillen des Patronats im "nationalen Interesse." Sie fordert von der Regierung, dass das nationale Preisueberwachungskomitee sich nicht wehr n u r darauf brschraenkt, eingetragene Preiserhoehungen zu bestaetigen, sondern auch Preiserhoehungen, die sich nicht durch absolute industrielle Notwendigkeiten rechtfertigen lassen, abzulehnen. Zu diesem Zweck wuenscht die CGT, dass dem Komitee die Vollmachten gegeben werden, um die Gestehungspreise der Betriebe zu erfahren und den "normalen" Gewinnanteil eines jeden festzusetzen. Die Kontrolle soll insbesondere die Betriebe erfassen, die Teile industrieller Konzerne sind, oder im Genuss faktischer oder rechtlicher Monopole stehen. Gleichzeitig soll die Verantwortung aller Mitglieder des Komitees oeffentlich bei jeder Entscheidung festgelegt und die "Unabhaengigkeit" der mit der Pruefung der Dossiers beauftragten Berichterstatter sicher gestellt werden. Die CGT ersucht die Regierung die zur Durchfuehrung der CGT-Forderungen noetigen Massnahmen auf dem Dekret-Wege durchzufuehren. Die CGT erklart, dass, falls ihren Forderungen keine Folge geleistet wird, sie die Frage ihrer weiteren Mitarbeit und Mitverantwortung im nationalen Preisueberwachungskomitee erneut ueberpruefen muesse.

Die Feststellungen der CGT-Fuehrung ueber die Resultate der Arbeit des auf der Basis der Klassenzusammenarbeit unter Leitung des kapitalistischen Staates und seiner Buerokratie - die mit den Monopolgewaltigen versippt ist - arbeitenden Preisueberwachungskomitees offenbaren dessen Bankrott im Kampfe gegen die Preistreiberei.

Die Forderung nach einer Kontrolle der Gestehungskosten der Betriebe laesst sich nur gegen das Patronat und nur gestuetzt auf die Arbeiter und Angestellten und im Kampfe fuer deren Kontrolle ueber die Produktion verwirklichen, die ihrerseits nur wirksam sein kann, wenn sie das Bank- und Geschaeftsgeldvertrauen durchbricht. Dieses Recht fuer die Arbeiter aber ist nicht durch eine Regierung Daladier zu erwarten, nachdem es ihr durch eine Regierung Blum - das ebenso um das beruechtigte Vertrauen des Kapitals warb - nicht gegeben wurde. Dieses Recht kann das Proletariat nur Kraft seiner Macht und seines Einsatzes a uf ausserparlamentarischem Gebiet erlangen, so, wie es den kollektiven Arbeitsvertrag und die Sozialreformen nur als Ergebnis des ausserparlamentarischen Einsatzes seiner Klassenkraft erlangte und das einmal erworbene Recht nur Kraft ihrer Erhaltung und Betaetigung zu behaupten vermag. Eine elementare Voraussetzung fuer eine gewissenhafte Kontrolle und Feststellung der Produktionskosten ist daher die Staerkung der Macht, die Erweiterung der Rechte der Betriebsdelegierten. Dazu gehoert auch ihre Zusammenfassung ueber den Rahmen eines jeden Syndikats, sowohl im lokalen, regionalen und Landesmasstabe, als auch im Rahmen der Konzerne, sowie ihre regelmaessige Beratung, und ihre Verbindung mit der durch die Gewerkschaften und Genossenschaften zum Zwecke der Kontrolle der Grosshandels- und Kleinverkaufspreise organisierten Masse der Konsumenten und Kleinhaendler.

Was die CGT-Mitglieder fordern muessen, ist also die durch die CGT zu organisierende Kontrolle der Produktion und Preise durch Organe der Werktaetigen und die Organisation der direkten Aktion dafuer. Nur auf diesem Wege vermag das Proletariat auch der Regierung wirkliche Zugestaendnisse und Rechte fuer den allein wirksamen Kampf gegen die Organisatoren der Preisteigerung, die grossen Kapitalshyaenen, abzurufen. Die Arbeiter muessen verlangen, dass die CGT nicht nur Forderungen an die Regierung stellt, sondern die Massen fuer die allein wirksamen Massnahmen organisiert und in den Kampf fuehrt. Die einzelnen Syndikate muessen die Unions locales der CGT vor diese Aufgabe stellen und die Mitglieder muessen dazu in ihren Syndikaten die Initiative ergreifen.

A U S D E M E L S A S S  
=====Die Nazipropaganda in Elsass-Lothringen  
und die Aufgaben der Arbeiterschaft

Um der Nazipropaganda in Elsass-Lothringen den Boden zu entziehen, muss die Arbeiterschaft sich zum Fuersprecher der materiellen und sozialen Interessen des werktuetigen Volkes machen und den ausserparlamentarischen Kampf da fuer organisieren. Auf der Basis der Volksfront, der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, ist dieser Kampf nicht zu organisieren. Der ausserparlamentarische Kampf im Juni 1936, der sich auf der Basis der proletarischen Einheitsfront und der Gewerkschaftseinheit vollzog, hat gezeigt, dass allein auf diesem Boden der hitlerische Autonomismus seiner Demagogie entkleidet und liquidiert werden kann.

Die autonomistische "Friedens"-Propaganda, ~~aus deutsch-franzoesischen Aus-~~ gleichs auf dem Boden der Anerkennung der Raubplene des deutschen Imperialismus und der Preisgabe des franco-sowjetischen Buendnisses muss als eine Wahrnehmung der Interessen des deutschen Faschismus und als Beguenstiger seiner Kriegsplaene enthuellet werden. Dem imperialistischen "Ausgleich" muss das bruederliche Buendnis zwischen dem arbeitenden Volke Deutschlands und Frankreichs entgegengesetzt werden, was sich faktisch in der Unterstuetzung der illegalen deutschen Arbeiterbewegung und ihres Kampfes gegen das hitlerische Regime, fuer die Sperrung der Ausfuhr von Rohstoffen fuer die deutsche Aufruestung und im Kampf gegen die Anerkennung der imperialistischen Eroberungen des deutschen und des italienischen Imperialismus ausdruecken muss.

Damit in Verbindung muss die Unterdrueckung jeder Nazipropaganda gefordert werden. Dazu gehoert nicht nur das Verbot der Einfuhr und des Verkaufs aller reichsdeutschen Zeitungen, Zeitschriften und Buecher, sondern auch die Unterdrueckung aller auf heimischem Boden entwickelten und taetigen hitlerfreundlichen Organisationen und ihrer Agenten, sowie die Schaffung eines proletariatischen Klassenselbstschutzes.

Diese Massnahmen aber koennen nur wirksam sein, wenn sie als die Ergaenzung des Kampfes fuer die sozialen und die wirtschaftlichen Interessen auftreten. Dazu gehoeren die Aufstellung eines regionalen Arbeitsbeschaffungsprogramms und seine Finanzierung durch eine Zwangsabgabe der Besitzenden, sowie die Entlastung der Industriegemeinden durch die Schaffung eines staatlichen Arbeitslosenfonds, die Anpassung der Arbeitslosenunterstuetzung und der Renten an die Teuerung und die Altersrente ~~auf Kosten der Besitzenden durch~~ den Staat.

Dazu gehoert der Kampf gegen die Teuerung, einmal im Sinne des Kampfes fuer die gleitende Lohnskala auf der Grundlage des Goldwerts des Franken, andererseits im Sinne der Preis- und Produktionskontrolle durch die Organe der Werktuetigen, wie wir es an dieser Stelle wiederholt entwickelt haben. Dieser Kampf macht auch die Organisierung des direkten Austauschs zwischen Stadt und Land noetig, und zwar auf dem Wege ueber die Genossenschaften zur Ausschaltung des Zwischenhandels, der ein besonderes Objekt der antisemitischen Hetze der Faschisten ist. In dem Masse, wie die Arbeiterorganisationen die Kleinbauern und die staedtischen Arbeiter- und Kleinbuergermassen in deren Eigenschaft als Konsumenten verbinden und dem Kleinbauern als Verbuedeter im Kampfe gegen die Trusts (Zuckerfabriken, Brauereien, Kali- und Maschinenindustrie, Banken) und den Grosshandel zu Hilfe kommen, wird der Kleinbauer und der Kleinbuenger - darunter verstehen wir den Bauern und Kleinbuenger, der keine staendigen Arbeitskraefte ausbeutet - auch den Kampf der Arbeiter unterstuetzen. Der antisemitischen Propaganda der Bilger und Konsorten wird dann der Boden entzogen. Wenn die Arbeiter fuer die Befreiung der Kleinbauern von Steuern und Abgaben und fuer ein Schuldemoratorium, sowie fuer die Staerkung der landwirtschaftlichen Dahrlehenskassen und ihre Unter-



stellung unter die Kontrolle der Kleinbauern eintreten, werden die Kleinbauern sich auch von der grossbauerlichen Fuehrung der Kreisvereine losloesen ohne sich unter die Bilgersche Fuehrung zu begeben. Sie werden dann sehen, dass die Arbeiter ihre gegebenen Verbundenen sind, und sie werden den Arbeitern auch im Kampfe gegen das Truskapital und den Faschismus folgen. Nur dann, wenn die Arbeiter sich, statt sich an das ganze Dorf zu wenden, sich auf die sozialen Schichten orientieren, die ihrer Lage nach allein als Verbundene des Proletariats in Frage kommen, koennen auch die Interessen der Handarbeiter wirksam wahrgenommen werden, vermag das Proletariat den Dorfpfaffen und die Dorfreichen aus der Fuehrung des Dorfes auszuschalten, sich wirkliche Bundesgenossen gegen Kapitalismus und Faschismus im Dorf zu schaffen.

Das Gleiche trifft auch auf den staedtischen Kleinbuerger zu der unter der Wirkung der Geldentwertung und der Teuerung leidet.

Die Volksfront hat gezeigt, dass sie keine Formation des Kampfes gegen das Truskapital und die Herrschaft der "200 Familien" ist. Die Arbeiterklasse muss alles tun, damit die beginnende Enttaeuschung der Massen nicht vom Faschismus ausgenutzt und in eine Waffe gegen die Arbeiterbewegung umgewandelt wird. Sie muss gerade in Elsass-Lothringen, wo auch der deutsche Faschismus auf der Lauer liegt und seine Morgenroete anbrechen sieht, entschlossen mit der Politik der Volksfront brechen und die proletarische Einheitsfront auf der Basis des ausserparlamentarischen Kampfes und auf dem Wege des direkten Buendnisses mit den nichtausbeutenden Schichten des Kleinbuerkertums formieren. Die revolutionaeren Arbeiter muessen in diesem Sinne in den Arbeiterparteien und in der CGT auftreten und ueberall praktisch an die Formierung dieser Kampffront schreiten. Dann wird zwar die Unfehlbarkeit der Fuehrungen der fuehrenden Arbeiterparteien zerstoert, aber die Arbeiterbewegung selbst wieder zum Sammelpunkt aller Ausgebeuteten und Unterdrueckten werden und damit dem Faschismus jeder Nationalitaet der Boden entzogen werden.

---

### Der Angriff der Strasbourger Metzgerinnung auf die 40 Stundenwoche

---

#### Zum Kapitel: Arbeiter und Mittelstand

---

Anlaesslich der Verhandlungen ueber die Erneuerung des Kollektivvertrages im Fleischereigewerbe in Strasbourg, haben die Vertreter der Fleischerinnung die Abschaffung der 40 Stundenwoche und die 50 Stundenwoche fuer die Ateliers und die 54 Stundenwoche fuer die Laeden gefordert. Daneben hat die Innung eine Reduzierung der Loehne von 310,50 bis auf 250 Frs gefordert. Auf Grund dieser Forderungen haben sich die Verhandlungen zerschlagen.

Durch welche Umstaende die Fleischerinnung zur Einbringung solch provokatorischer Vorschlaege ermuntert wurde, nachdem die CGT-Fuehrung selbst der Unternehmeroffensive gegen die Juni-Erungenenschaften durch den freiwilligen Verzicht auf die 40 Stundenwoche in der Ruestungsindustrie, Vorhub geleistet hat, und die ausserparlamentarische Aktivitaet der Arbeiter gegen die systematischen Anschlaege des Patronats unter Hinweis auf die Aufrechterhaltung des "Buendnisses" mit dem Mittelstand abgewuergt hat, duerfte bekannt sein.

Allen Arbeitern ist noch in bester Erinnerung, dass die zur Volksfront gehoerende radikalsozialistische Presse, wie z.B. "La Republique" sich zum Mundstueck der allgemeinen Unternehmerwuensche gegen die Juni-Erungenenschaften machte und systematisch den sog. Mittelstand (Bauunternehmer, Fleischermeister usw.) als Sturmbock gegen die Sozialreformen unter dem

Schlagwort ihrer "Anpassung" an die Beduerfnisse der nationalen Produktion einsetzte. Die Arbeiterparteien und die CGT haben ausser einigen harmlosen Pressepolemiken keine Konsequenzen daraus gezogen, sondern weiter an der Aufrechterhaltung der Volksfront mit den Radikalen festgehalten, die sich in der offensten Weise als Liquidator, der vom Proletariat erkampften sozialen Erungenschaften, betatigten.

Wir haben mehr als einmal gesagt, dass der als Verbundeter des Proletariats dargestellte Mittelstand, soweit er fremde Arbeitskraefte ausbeutet und auf der Basis des Kleinbetriebes arbeitet, aus ganz natuerlichen Gruenden reaktionaer, Arbeiter- und Gewerkschaftsfeindlich ist und dass keinerlei natuerliche Basis fuer ein Buendnis zwischen ihm und dem Proletariat gegeben ist, weil die materiellen Interessen beider ueberwiegend entgegengesetzt sind.

Der Lebensmittelarbeiterverband hatte zur Aufgabe gehabt, seinen Mitgliedern diesen klaren Interessengegensatz zum Bewusstsein zu bringen, die vom kleinen Patronat gepflegte Arbeitsgemeinschaftsideologie gegenueber den Gesellen in ihrer Arbeiterfeindlichen Grundtendenz blosszustellen und ihr Klassenbewusstsein zu entwickeln. Statt dessen hat der Verband im Geiste der Volksfrontpolitik die arbeitsgemeinschaftlichen Tendenzen gestaerkt, wie sie in der Unterstuetzung von Jubilaeumsfeierlichkeiten fuer die Patrons etc. zum Ausdruck kamen.

Jetzt zeigt sich ja sehr klar in welchem Geist diese "Familiengemeinschaft" und "Arbeitsgemeinschaft" verstanden wird. Die Herren haben eine durchaus ueberlegte Komodie gespielt, die ganz ihren wohlverstandenen Interessen entsprach. Um ihre sozialen und materiellen Interessen zu vertreten, muessen auch die Arbeiter der Handwerks- und Kleinbetriebe zum Klassenkampf greifen. Und Hilfe in diesem Kampf koennen sie nur bei ihren Klassenbruedern, aber nicht bei ihren Patrons finden. Die Volksfrontpolitik mit ihrer Ruecksichtnahme auf die Interessen dieses sog. Mittelstandes, der dem Lohnarbeiter in seiner Eigenschaft als Kaeufer der Ware Arbeitskraft gegenuebertritt, entwaeffnet nur das Proletariat bei der Wahrnehmung seiner Klasseninteressen. Seine wahren Verbundeten im Lager der sog. Mittelklassen koennen nur die nichtausbeutenden Schichten dieser Klasse sein. Der Weg zu diesen Schichten aber fuehrt nicht ueber die Volksfront und das Buendnis mit der radikalen Kapitalistenpartei, sondern nur ueber die proletarische Einheitsfront und die unmittelbare Einbeziehung der nichtausbeutenden Schichten des Kleinbuergertums in Stadt und Land in diese Front.

---

#### Das Londoner Komitee

---

Unter der Fuehrung der englischen Regierung steuert das Londoner Komitee darauf hin, unter allen Umstaenden den englischen Plan durchzusetzen, der darauf abzielt, dem republikanischen Spanien jede Zufuhr von Kriegsmitteln abzuschneiden, um Franco zu erlauben, es rasch abzuwuergen. Die Sowjet Union lehnt diesen Plan behaerlich ab, der wahre Henkersarbeit gegen das republikanische Spanien waere. Im Komitee selbst hat sich jetzt eine Front England-Frankreich-Deutschland-Italien in dieser Frage gebildet. Die Abwuergung Spaniens soll als Kompensation fuer die Tschechoslowakei dienen. Das Beispiel ist typisch dafuer, wie die imperialistische Taktik der "demokratischen" Laender staendig damit manoevert, die Existenz und Freiheit schwacherer Staaten und Voelker ihren imperialistischen Gegenspielern als Beute hinzuwerfen, um ihre eigenen imperialistischen- und Klassenziele zu foerdern.



Erscheint  
wöchentlich

=====

ARBEITER - POLITIK

=====

Preis 0,75 Frs  
Monatl. 2,50 Frs  
Ausl. 3,50 Frs

-----

Organ der Kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

-----

Nr. 24/V. Jahrgang

Zweite Juniwoche 1938

### Der Kongress von Royan

=====

Am Schluss des Parteitags von Royan hat der Vertreter der Gauche Révolutionnaire erklärt, die SFIO habe nunmehr aufgehört, eine Partei des Klassenkampfes zu sein. Das ist insofern nicht ganz richtig, als die SFIO, wie die gesamte II. Internationale, bereits 1914 den Boden des Klassenkampfes praktisch verlassen hatte. Aber in der Erklärung des Sprechers der Gauche Révolutionnaire steckt ein richtiger Kern. Die SFIO war, bis sie zur Regierungspartei wurde, eine Partei von der Art, die man als zentristisch bezeichnet, das heisst eine Partei, die ihren Reformismus nicht offen zur Schau trug, die es infolgedessen auch ablehnte, als ständiger Teilhaber und Mitverantwortlicher fuer die Innen- und Aussenpolitik des bürgerlichen Frankreich aufzutreten. Das hat sich seit 1936 geändert, und der Parteitag von Royan hat mit aller Deutlichkeit festgestellt, dass die SFIO nunmehr, wie das von verschiedenen Delegierten gesagt wurde, eine Regierungspartei (un parti gouvernemental) sei, die sich, wie das beliebte reformistische Argument lautet, nicht mehr den Luxus einer Oppositionspolitik leisten koenne. Der Parteitag von Royan hat ferner, - und das hat die Gauche Révolutionnaire am eigenen Leibe erfahren, - gezeigt, dass sich in der SFIO noch etwas geändert hat. Hat die SFIO zwar auch bisher keine Politik des revolutionären Klassenkampfes betrieben, so war es immerhin fruher noch moeglich, innerhalb der SFIO in einem ziemlich weiten Ausmass Forderungen des revolutionären Klassenkampfes zu vertreten und fuer sie zu werben. In der heutigen regierungsfremd-staatsmaennischen SFIO ist das nicht mehr moeglich.

Zwei Merkmale der allgemein politischen Situation beherrschten die Debatten des Parteitags von Royan. Einmal der Bankrott der Volksfrontpolitik, die Tatsache, dass die Arbeitermassen jetzt - nach den grossen Erwartungen, die sie in bezug auf die Volksfront hegten - bitter enttauscht sind, weil sie sehen, dass die Bilanz von zwei Jahren volksfrontlicher Regierungspolitik ein Truempferfeld ist, auf dem die Fetzen zerrissener und nicht erfuehlter Versprechungen herumliegen. Zweitens haeren die Werktatigen das Groessen des herannahenden neuen Weltkriegs, der noch zaehlreichere Opfer fordern wuerde als der letzte.

Die Delegierten des Parteitags von Royan bestanden aus drei Gruppen: die Richtung Blum-Paul Faure, die fuer sich die absolute Mehrheit aller Mandate hatte, die Richtung Zyromski, deren Fuehrung von stalinistischen Gedankenegaengen inspiriert ist, die aber durch einen leeren Wortradikalismus gewisse kampfwillige proletarische Elemente an sich zu fesseln wusste, und schliesslich die Gauche Révolutionnaire, die Vertretung der dem Gedanken des Klassenkampfes ergebenen SFIO - Proletarier. Bei der Schlussabstimmung erhielt die Resolution Blum 4 872 Mandate, die Resolution Zyromski 1 735 Mandate, die von Hérard vorgelegte Resolution der Gauche Révolutionnaire 1 430 Mandate. Dabei ist zu beruecksichtigen, dass die Gauche Révolutionnaire nicht in ihrer vollen Staerke auf dem Parteitag vertreten war, denn die von Marceau Pivert gefuehrte Seine-Soedeban-Foederation war bekanntlich vor dem Parteitag von der SFIO-Buerokratie ausgeschlossen worden. Der Parteitag lehnte es gegen eine sehr starke Minderheit ab, die Delegierten der ausgeschlossenen Seine-Soedeban-Foederation zuzulassen. Auf diese Weise wurden die 600 - 700 Mandate der Seine-Soedeban-Foederation statt fuer die Gauche Révolutionnaire fuer die Resolution Blum abgegeben.

Der Kehrreim der Reden der Vertreter der Parteimehrheit war, dass man die Regierung Daladier nicht stürzen könne, weil sonst eine ausgesprochene Rechtsregierung komme. Blum hat in seiner Schlussrede zur politischen Debatte versucht, diesen Standpunkt ausführlich zu begründen, der weiter nichts ist als die berüchtigte Politik des kleineren Übels, mit der die deutsche Sozialdemokratie Schiffbruch erlitten hat. Blum gab zu verstehen, dass man mit solchen Leuten wie Paul Reynaud und Mandel, die wohl Reaktionäre, aber keine Faschisten seien, gegen den Faschismus zusammenarbeiten könne. Das ist derselbe Gedankengang, der die deutsche Sozialdemokratie s. Zt. veranlasste, von Hindenburg zu erwarten, dass er sie gegen Hitler schützen werde. Nicht jeder Reaktionär ist ein Faschist, das stimmt, aber jeder Reaktionär - und jeder politische Vertreter des Kapitals überhaupt - ist, weil er Kapitalinteressen vertritt, unfähig, den Faschismus wirksam zu bekämpfen, vielmehr bestehen zwischen dem Faschismus und den übrigen kapitalistischen politischen Organisationen teils offene, teils versteckte Verbindungen, die sich daraus ergeben, dass beide vom Grosskapital finanziert und mit politischen Aufträgen versehen werden.

Die Zyromskisten waren zum Kongress mit einer Resolution gekommen, die von der SFIO den Sturz Daladiers forderte. Auf dem Kongress selbst erklärte Zyromski, dass er Daladier keineswegs sofort stürzen wolle, so dass praktisch seine Stellungnahme zur Regierungspolitik sich von der Blums nur noch der Form nach unterschied. Die Gründe für diesen Unfall der Zyromskisten sind: einmal die Tatsache, dass für die Führer dieser Fraktion ihr Radikalismus seinen Hauptzweck erfüllt hatte, nachdem es ihnen gelungen war, der Gauche Révolutionnaire durch eine Kampfansage gegen Daladier ein paar Mandate abzufragen; zweitens dass die zyromskistische Fraktion ein Werkzeug stalinistischer Manöver ist, und in den leitenden Kreisen des Stalinismus ist man fest entschlossen, Daladiers Politik zwar ab und zu mit dem Schaum der Entrüstung vor dem Munde anzuklagen, ihm aber keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten. Wir wollen hier beiläufig bemerken, dass die Bemühungen der Zyromskisten um die "organische Einheit" mit der KPF auf dem Parteitag keinen besonderen Erfolg hatten. Als Sprecher der Mehrheit der Parteiführung erklärte Lebas, dass die SFIO die Sicherheit verlange, dass eine aus der Verschmelzung mit der KPF entstandene vereinigte Partei nie und unter keinen Umständen der KJ angehöre, mit anderen Worten, er verlangte die faktische Auflösung der KJ, denn die KPF ist ja deren wichtigste Sektion ausserhalb der SU.

Was die Diskussion über die Fragen der Aussenpolitik und die Stellung zum Kriege anbelangt, so sei hier zunächst auf das Eintreten von Blum für die "union sacrée" im Kriegsfall verwiesen. Blum erklärte, dass er nach wie vor die 1914 von der Sozialistischen Partei eingeschlagene Politik der "union sacrée" für richtig halte und dass er in einem ähnlichen Fall für die Wiederholung dieser Politik sei. Das war eine klare Antwort auf die Frage, die die Gauche Révolutionnaire in bezug auf die Stellung zum Burgfrieden an den Parteitag stellte. Sowohl die Richtung Blum wie die Zyromskisten traten für die Aufrüstung des französischen Imperialismus und für die imperialistische Landesverteidigung im Kriegsfall ein. Es gab aber in den Reihen der Sozialpatrioten eine Diskussion, die zeigte, in welche Sackgasse jede Politik führt, die von dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse absieht und die die Arbeiterklasse zum Instrument imperialistischer Schachergeschäfte und imperialistischer Rivalitäten herabwürdigt. Auf der einen Seite verlangte Camille Planche eine Politik der Verstaendigung mit den faschistischen Mächten, eine Politik der Konzessionen an Hitler und Mussolini, auf der anderen Seite zog Zyromski aus der Tatsache, dass der Krieg im Kapitalismus unvermeidlich sei und dass die faschistischen Diktatoren zum Kriege treiben, den Schluss, der Arbeiterklasse bleibe nichts übrig, als in den Dienst der Kriegsrüstungen der demokratischen imperialistischen Mächte zu treten, um über kurz oder lang für die imperialistischen Interessen der französischen, der englischen, der amerikanischen Bourgeoisie usw. in den Krieg zu ziehen. Als guter Freund der Stalinisten verband Zyromski seinen Lobgesang auf die demokratischen Eigenschaften der Tanks und Kanonen der Imperialisten Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten mit Komplimenten



menten fuer das Stalinregime und mit Schmachungen der Opfer des Stalinterrors wie Tuchatschewski.

Die vom Parteitag angenommene Resolution Blum versucht, die Standpunkte von L'Hévecher und von Zyromski miteinander zu versoenen und sagt dem franzoesischen Imperialismus die Unterstuetzung der SFIO sowohl fuer eine Politik der "Verstaendigung", lies der Schachergeschaefte mit den faschistischen Imperialisten als auch fuer den Fall eines Kriegs zu.

Die Berichte der Delegierten aus Algerien, Marokko etc., die von dem beispiellosen Elend und der brutalen Unterdrueckung in den Kolonien erzaelten, waren eine ungewollte Widerlegung der Phrase, dass der franzoesische Imperialismus berufen sei, die Grundsaeetze der Demokratie zu verteidigen.

Im Namen der Gauche Révolutionnaire erklarte Midon aus der Meurthe-et-Moselle, dass die Volksfront tot sei, dass jedes Buendnis mit Ausbeutern abzulehnen sei. Hérard sprach sich gegen die Landesverteidigung im Kapitalismus aus und legte dar, dass es notwendig sei, die Macht auf revolutionaerem, nichtparlamentarischem Wege zu erobern, damit die Arbeiterklasse in der Lage sei, einen revolutionaeren Krieg gegen den internationalen Faschismus zu fuehren. Die Redner der Gauche Révolutionnaire forderten den Kampf fuer den Boykott der Lieferungen von Friegerohstoffen an die faschistischen Maechte, wobei sie auf den Skandal der franzoesischen Erzlieferungen fuer die Aufruestung Hitlerdeutschlands hinwiesen. Einige Unklarheiten in den Reden der Vertreter der Gauche (so z.B. die buergerlich-pazifistische Idee der "Neuverteilung der Rohstoffquellen", die Erwaehnung der Forderung der "wahren Volksfrontregierung") zeigen, dass in ihren Reihen noch nicht alle Probleme durch gruendliche Diskussion geklaert worden sind.

Die Gauche Révolutionnaire hat angekuendigt, dass sie die Konsequenzen aus den Beschluessen von Royan, die die Burgfriedenspolitik und Unterdrueckung der innerparteilichen Demokratie fuer revolutionaer gesinnte Elemente sanktionieren, ziehen, das heisst an die Konstituierung einer eigenen Partei herangehen werde. Die Schaffung einer revolutionaeren Partei der franzoesischen Arbeiterklasse ist eine dringende Notwendigkeit; die letzten Jahre haben gezeigt, welche traurigen Auswirkungen es fuer die Werktaetigen hat, wenn eine solche Partei fehlt. Die Schaffung einer solchen Partei ist nach den Verwuestungen, die Reformismus und Stalinismus angerichtet haben, keine leichte Aufgabe. Aber keine Schwierigkeiten sind auf die Dauer imstande, diejenigen aufzuhalten, die die Zukunft, die das Erstgeburtsrecht der Arbeiterklasse vertreten.

#### Die Vorbereitung Amerikas fuer sein Eingreifen in Europa

Die Reden, die nacheinander der amerikanische Staatssekretaer des Auswaertigen, Hull, und der Unterstaatssekretaer Sayre gehalten haben, zeigen, dass die Regierung Roosevelt Schritt fuer Schritt ihre Aktion fortsetzt, um in einem kommenden Weltkrieg von vornherein eine ganz andere fuehrende Stellung einzunehmen, als dies im letzten Weltkrieg der Fall war. Die Reden verfolgen den Zweck, einerseits die amerikanische oeffentliche Meinung systematisch in dieser Richtung zu entwickeln, andererseits Europa fuer die neue Rolle Amerikas vorzubereiten. Hull sprach sich so unzweideutig, wie nie zuvor gegen die Politik der Isolation aus und malte zu diesem Zweck das Gespenst einer Bedrohung Amerikas von Europa her an die Wand, falls in Europa der faschistische Imperialismus siege. In Wirklichkeit handelt es sich um die Erhoehung der imperialistischen Vormachtstellung Amerikas, um seine imperialistische Hegemonie im Weltmasstab. Noch weiter in den Einzelheiten bis zum positiven Vorschlag einer Zusammenarbeit mit Europa zur "Wahrung des Rechts" ging der Unterstaatssekretaer. Aller Wahrscheinlichkeit nach kuenden diese Reden bereits praktische Vorschlaege der amerikanischen Regierung in der naechsten Zeit an.

Noch ein Verbrechen Stalins  
=====

Das Zentralorgan der Menschewiki veroeffentlicht in seiner Nummer 9/10 (vom 28. Mai) unter der obenstehenden Ueberschrift die Zuschrift eines polnischen Kommunisten, der mit dem Stalinismus gebrochen hat. Wir glauben, dass es fuer die Jnformation der revolutionaeren Arbeiterschaft ueber die Zustaende in der K.I. nuetzlich ist, wenn wir diese Zuschrift vollinhaltlich in unserem Blatte bringen. Sie lautet:

"Zwischen dem zweiten und dem dritten Moskauer Prozess hat Jeschow hinter dem Ruecken der Aussenwelt alle fuehrende Persoenlichkeiten der polnischen kommunistischen Bewegung vernichtet, indem er sie zu diesem Zwecke mit dem Brandmal, eine Agentur der polnischen Geheimpolizei zu sein, versah. Unter denjenigen, die erschossen oder verhaftet wurden, befinden sich solche Persoenlichkeiten wie Adolf Warski (War, Warschawski) der ein enger Freund und Mitarbeiter Rosa Luxemburgs, einer der Begruender der Sozialdemokratie des Koenigreichs Polen und Litauens, die 1893 geschaffen wurde, in der Vorkriegszeit und der kommunistischen Partei Polens in der Nachkriegszeit war, ferner Wera Kostzewa (Maria Koschutaska), die Fuehrerin der PPS-Linken in der Vorkriegszeit und faktische Leiterin der KP Polens, J. Lenski (J. Leszerzynski), der ein fuehrendes Mitglied der Sozialdemokratie des Koenigreichs Polen und Litauens und Generalsekretaer der KP Polens war, und viele andere hervorragende Mitglieder der Partei.

Stalin war sich voellig darueber im Klaren, dass niemand in Polen daran glauben wird, dass diese alten polnischen Revolutionaere Agenten der polnischen Geheimpolizei gewesen seien und dass die blossе Tatsache ihrer Verhaftung bzw. Erschiessung Entruestung unter den polnischen Kommunisten hervorrufen koenne. Deshalb haben die stalinschen Agenten in Polen sorgfaeltig die emporenden Terrormassnahmen verschwiegen. Jetzt, wo diese ohnedies bekannt geworden sind, ist dieses Schweigen nicht mehr moeglich und in der Nummer 2 (Jahrgang 1938) des offiziellen Organs der KI; der "Kommunistischen Internationale" ist ein Artikel eines gewissen S. Swiencicki aus Warschau erschienen, dessen Stil und Jnhalt jedoch beweisen, dass sie nicht von einem Verfasser polnischer Herkunft stammen, sondern ein Serienfabrikat Jeschowscher Marke darstellt.

Welche Beweise bringt dieser als Anklageschrift gedachte Artikel, um die Angeklagten der ihnen zugeschriebenen schrecklichen Verbrechen zu ueberfuehren? Behandeln wir einige davon, die wesentlichsten.

"Entsprechend der Direktive der Geheimpolizei versuchten die Fuehrer beider Fraktionen systematisch die K.J. zu betraegen. Sie faelschten Zahlen ueber den Zustand der Parteiorganisation und verfassten falsche Berichte ueber nichtvorhandene Massenbewegungen." (Siehe den Artikel "Provokateure am Werk"). Aber, wenn dies ein Beweis fuer Provokateurarbeit ist, weshalb wird dessen nur die polnische Sektion der K.J. beschuldigt? Haben nicht alle Sektionen ohne Ausnahme falsche Berichte geliefert? Und sind sie darin nicht lediglich dem von oben gegebenen Beispiel gefolgt? Wer leitete und leitet denn dann eigentlich den Apparat der SU und der KJ?

Es muss jedoch daran erinnert werden, dass bereits 1930 eine Gruppe von polnischen oppositionellen Kommunisten das ZK anklagte, erlogene Berichte ueber die Bewegung und die Parteiarbeit zu verfassen und dass sie dafuer durch Vermittlung des jetzt zerschlagenen Z.K. als Panikmacher, Sozialfaschisten und trotzkistische Polizeispitzel bezeichnet wurden.

Sehen wir uns das andere, ebenso gewichtige Beweisstueck, an :

"In den Haenden der Pilsudski nahestehenden Kreise war die Entfesselung des Fraktionskampfes in der K.P. das Hauptmittel zur Desorganisierung der Kommunistischen Bewegung. Die polnische Geheimpolizei hatte ihre Agenten in beiden Fraktionen (Mehrheit und Minderheit) und das erkluert, weshalb waehrend des Malumsturzes beide Fraktionen keinen Klassenstandpunkt bezogen



sondern lediglich Pilsudski unterstuetzt haben".(Ebenda).

Wer die Geschichte der K.P.Polen kennt, dem ist es bekannt, dass es kein Jahr in ihrer Geschichte gegeben hat, waehrend dessen sie nicht von inneren Krisen und von Fraktionskaempfen zerrissen wurde. Von 1919 bis 1922 wurde der innerparteiliche Kampf gegen die ultralinke, ziemlich starke Gruppe von Grzed-Fiwalski gefuehrt, von 1923 bis 1924 mit der Gruppe von Warski und Walecki, in den Jahren 1924 bis 1925 mit der Gruppe Dowski-Sophie Unschlich usw., usw. Nach der Methode der "KJ" wuerde man schliessen, dass die KP Polen ueberhaupt von der Geheimpolizei geschaffen worden ist, denn sie wurde ja erst im Dezember 1918 gegruendet. Uebrigens: der Fraktionskampf war, ebenso wie die falschen Berichte, keine polnische Spezialitaet. Wurde der offene oder geheime Fraktionskampf nicht in allen Sektionen der K.P. ohne Ausnahme waehrend der ganzen Zeit ihres Bestehens gefuehrt? Hat er nicht immer wieder zu Ausschlussen aus der Partei gefuehrt? Was waren dann die Fuehrer der Komintern? Jetzt wird man sagen, sie seien "Provokateure" gewesen - erst Sinowjev und dann Bucharin. Aber bis zu 1923 war es doch Lenin selbst, der die gesamte internationale kommunistische Bewegung leitete!

Nehmen wir den dritten Beweis: die alten Fuehrer haetten "auf Grund von Anweisungen von Pilsudski den Umsturz unterstuetzt".

Die Wahrheit besteht darin, dass nicht nur die Fuehrer, sondern die gesamte Partei dies tat. Und sie tat dies keineswegs auf Weisung des Z.K., mit dem gerade zu dieser Zeit alle organisatorischen Verbindungen unterbrochen waren. Man muesste also annehmen, dass die lokalen Organisationen direkte Anweisung von der Geheimpolizei erhalten haetten. Dabei wusste niemand in Polen ausser dem engsten Kreis der unmittelbaren Teilhaber des Umsturzes, dass der Umsturz gerade fuer den 13. Mai vorbereitet werde.

(Schluss folgt .)

-----  
 Die Vorbereitung einer  
 =====

neuen Offensive Hitlerdeutschlands gegen die Tschechoslowakei  
 =====

Die Umrisse der neuen Taktik Hitlerdeutschlands gegenueber der Tschechoslowakei zeichnen sich bereits deutlich ab. Im Sudetengebiet werden die Provokationen der Henleinleute fortgesetzt und in der Presse Nazideutschlands entsprechend ausgeschlachtet. Der Druck auf England - Frankreich wird verstaerkt, damit diese ihrerseits auf die Tschechoslowakei in der Richtung moeglichst weitgehender Zugestaendnisse an die Henleinleute druecken. Bezeichnend dafuer, wohin die deutschen Wuenschen gehen, ist ein Artikel von Londonderry in der "Times", der nicht weniger verlangt, als die sofortige Lostrennung des Sudetengebiets und der uebrigen nationalen Gebiete von der Tschechoslowakei. Unter deutschem Einfluss hat der ungarische Aussenminister Fanya eine Erklaerung fuer Hitlerdeutschland und gegen eine Verstaendigung mit Prag abgegeben.

Das praktische Ziel Hitlerdeutschlands ist, die CSR, England und Frankreich durch staendige Beunruhigung und staendigen Druck zu ermueden und eine schwache Stunde abzuwarten, um dann aufs Neue gegen die CSR vorzustossen. In der CSR selbst hat es den Anschein, als ob in der Arbeiterschaft bereits erhebliche Zweifel an der Zweckmaessigkeit der Burgfriedenspolitik sich bemerkbar machen: dies sind die Folgen einerseits der materiellen Opfer, die die Teilmobilisierung der werktuetigen Bevoelkerung auferlegt, andererseits des Zurueckweichens der Prager Regierung gegenueber den Henleinleuten und Hitlerdeutschland unter dem Druck Englands-Frankreichs. Die Arbeiter sehen dieses Zurueckweichen mit grossem Unbehagen.

-----

Die Differenzen im Franco-Lager

Nach Informationen, die aus verschiedenen Quellen herrühren, sind Aufstände im faschistischen Lager nicht nur im Fort San Cristobel in Pampoluno vorgekommen. Uebrigens war es unerschrocken, dass die Gefangenen in San Cristobel Komplizen oder Sympathisierende unter der Garnison der Festung hatten, um ueber die Mauern des Forts gelangen zu koennen. Das ist fuer alle diejenigen, die ungluecklicherweise das Fort Cristobel nach den Tagen des Oktoberaufstands 1934 kennengelernt haben, unzweifelhaft.

Die Tatsache, dass sich Aufstaende im faschistischen Lager an verschiedenen Orten ereignet haben, zeigt, dass die Aufstaendischen Sympathien und Unterstuetzung in den militaerischen Kreisen gefunden haben und aller Wahrscheinlichkeit nach sogar die des Generals Yaguë, des einzigen bedeutenden Generals, der mit den Elementen der spanischen Phalangisten sympathisiert.

Die Meutereien erfolgten unter den Rufen: "Hinaus mit den Italienern", "Es lebe das unabhaengige Spanien".

Dass es gerade die Italiener sind, die die verhasstesten von den zwei fremden Nationen, die an Seiten Francos kaempfen, sind, kann leicht erklart werden.

Waehrend die Deutschen, die diszipliniertes und diskretes sind, sich bemuehen bei der Erfuellung ihrer Auftraege, die fast immer technischer Art sind, von der grossen Masse unbemerkt zu bleiben und mehr den fuehrenden Kreisen die leitenden Posten streitig zu machen, nehmen die Italiener, die ihrem Temperament und ihren Sitten und Gebrauehen nach den Spaniern verwandter sind, mehr am oeffentlichen Leben des Landes teil. Wenn die Deutschen "sich amuesieren", gehen sie in die vornehmen Vergnuegungspalaeoste und Nachtlokale, aus denen sie die spanischen Offiziere verjagen; sie reisen erster Klasse und haben so zu sagen keinerlei Kontakt mit den Leuten aus dem Volke, die mit einem Worte, mit den erklarten Feinden Francos, d.h. den Arbeitern, den Bauern, die feindlich oder indifferent gegenueber Franco sind, und dem Kleinbuergertum. Die Italiener dagegen suchen beruechtigte Kneipen auf, wenn sie sich amuesieren wollen, und verschmaehen nicht die finsternen Lokale, wo der Abschaum der Francofaschisten sich mehr oder minder laermend zu zerstreuen beliebt. Zudem stellt Italien das staerkste Kontingent an "menschlichem Schlachtvieh" neben den Technikern, die es ebenfalls schickt. Das spanische Volk, sowohl die Arbeiter wie die Kleinbuergler nutzen nun alle Gelegenheiten, die sich ihnen bieten, aus, um sich an denjenigen zu rachen, die sie als Eindringlinge betrachten, um indirekt ihre Abneigung gegen das Regime, das sie nach Spanien gebracht hat, zum Ausdruck zu bringen und um ihre Verbundenheit mit der Sache der Revolution zu bekunden, die sie infolge der italienischen Hilfe fuer Franco in diesem Teil Spaniens nicht haben durchfuehren koennen.

In den letzten Wochen hat der Radio-Sender Saragossa mehr als einmal flohendo Ermahnungen zum Frieden und zur Vertraeglichkeit zwischen den "Bruedern" gesendet.

Alles das veranlasst uns, wiederum einmal die Frage zu stellen: Was haben die Maenner, die das republikanische Spanien seit dem Aufstand der Rebellen regieren, getan, um das faschistische Lager zu zersetzen und so den Sturz Francos zu beschleunigen? Nichts, absolut nichts. Und das tragischste an der ganzen Sache ist, dass der einzige positive Faktor, der zu dieser Zersetzung beitragen koennte, naemlich die revolutionaeren Errungenschaften der Arbeiter und Bauern, nach und nach zerstort worden ist, bis man jetzt bei den 13 Punkten der Regierung Negrin-Alvarez del Vayo-CMT gelandet ist, die die Verneinung alles dessen, was unmittelbar von den Massen selbst erobert worden ist, bedeuten.

Wir finden den Beweis fuer unsere Behauptungen in der Misstimmung, die in



der faschistischen Zone herrscht, und in der phalangistischen Literatur, und zwar nicht nur in der neueren, sondern auch in der älteren Literatur.

Der Phalangist Luis Pagès Guix veröffentlichte im November 1937 - also vor mehr als 6 Monaten - eine Broschüre unter dem Titel "Der Verrat Francos". Darin heisst es:

"Unsere Bewegung ist nicht, und konnte es nicht sein, als ein Krieg gedacht worden, sondern als eine Revolution, was etwas ganz verschiedenes ist".

Was versteht Pagès unter Revolution? Er definiert sie als "antikapitalistisch, antimarxistisch, antimonarchistisch". Gleichzeitig beschuldigt er Franco, kein Faschist zu sein und sich dem englischen Kapitalismus durch die Vermittlung des Herzogs von Alba, der "mehr Engländer als Spanier" sei, verkauft zu haben.

Das heisst, die Phalangisten gebrauchen dieselbe soziale Demagogie, die Hitler benutzte, um zur Macht zu gelangen.

Die Phalangisten waren nur eine kleine Organisation z. Zt. des Juliaufstandes. Ihre Anhänger rekrutierten sich wie die Hitlers und Mussolinis aus den deklassierten Elementen des Kleinbürgertums und des Proletariats. Erst durch die faschistische Rebellion vom 19. Juli 1936 vergrösserten sich ihre Reihen.

Es waren die Phalangisten, die zu Beginn des Bürgerkriegs die meisten Verbrechen verübten. Die anderen Elemente im Lager der Aufständischen, die doch ein wenig zu kompromittiert waren, liessen die Phalangisten wirtschaften gerade wegen der demagogischen Stellung, die diese einnahmen, um die Massen an sich zu ziehen. Die Phalangisten sammelten die politisch wenig geschulten Massen um sich, aber die letzteren strebten instinktiv danach, ihre seit Jahrhunderten gehassten Feinde, die Grossgrundbesitzer und die Militärs zu vernichten und sahen in der phalangistischen Organisation nur das Mittel, um ihr Ziel zu erreichen.

"... Es war verboten, die Reden von José Antonio (dem Sohn Primo de Riveras, dem Führer und Grunder der Falange) wiederzugeben. Sie zu verbreiten, bedeutete, ins Gefängnis zu wandern", schreibt Pagès in seiner Broschüre.

Die Phalangisten wollten Gewerkschaften für die werktätigen Massen organisieren, um sie für die Friedenszeit an sich zu ketten und einige soziale Verbesserungen zu erreichen. Das wurde ihnen aber unmöglich gemacht. Unter dem Vorwand, dass es nicht angebracht sei, Politik zu betreiben, verweigerte das Hauptquartier Francos ihnen sogar die Erlaubnis, Zusammenkünfte in den Lokalen der Phalangisten zu veranstalten.

"... Die Lohnkürzungen gingen weiter, ebenso die Erhöhung der Arbeitszeit und die tausend Praktiken des mittelalterlichen spanischen Kapitalismus, gegen die kein Protest erhoben wurde, denn der Arbeiter, der zu protestieren gewagt hätte, hätte Gefahr gelaufen, als "Roter" behandelt zu werden, das heisst auf "die grosse Reise" geschickt zu werden".

Pagès nimmt eine Losung auf, die Franco und den "Reaktionären" (!), die ihn umgeben, zugeschrieben wird und wiederholt immer wieder: "man muss zunächst den Krieg gewinnen!"

Aus den Ausführungen des Faschisten Pagès geht ebenso wie aus jeder wirklichen Analyse des spanischen Bürgerkriegs hervor, dass eine entschiedene revolutionäre Aktion von antifaschistischer Regierungsseite die Zersetzung im Franco-Lager beschleunigt hätte, denn das Hauptziel der Massen sowohl auf Seiten Francos als auch auf Seiten der Republikaner war dasselbe:


A U S D E M E L S A S S  
=====Die SFIO-Foederationskonferenz des Haut-Rhin  
-----

Auf der letzten Foederationskonferenz der SFIO-Haut-Rhin, die zum Pfingstkongress in Royan Stellung zu nehmen hatte, suchte die Foederationsleitung ihre bisher so erfolgreiche Taktik erneut anzuwenden. J. Wagner, der das Referat ueber die Stellung zum Nationalkongress hielt, vertrat - wie bisher immer - die Forderung; den Delegierten kein gebundenes Mandat zu geben. Er stuetzte sich dabei auf eine Entschliessung der Muehlhauser Parteisektion, in der das Gewicht der Buerokratie bei Parteientscheidungen bekanntlich sehr gross ist. Dass es sich bei dem Manoever der Foederationsleitung nur um eine unehrliche politische Schiebung handelte, durch die man die in den buerokratischen Schiebungen unerfahrenen Parteimitglieder fuer die Politik der Blum-Faure gewinnen wollte, ergab sich aus zwei Tatsachen. Erstens verband Wagner im Namen der Foederationsleitung die Forderung nach ungebundenen Mandaten mit einer Resolution, die aus "rein statutarischen" Gruenden die Sanktionen gegen die Seine-Foederation (Marceau Pivert und seine Freunde) billigte. Zweitens trat auf der Foederationskonferenz zum ersten Male eine Opposition auf, die auf die buerokratischen Manoever nicht hereinfiel, der Resolution der Leitung eine eigene Resolution entgogensetzte und auf ihrer Abstimmung bestand.

Obzwar Wagner und die Foederationsleitung sich als tendenzlos, ueber allen Richtungen stehend, nur das allgemeine Parteiinteresse verteidigend ausgaben und den Delegierten einzureden versuchten, dass es sich im Falle der Seinefoederation nicht um eine Verurteilung der "Gauche révolutionnaire", sondern nur um die Frage der Parteidisziplin handle, konnte die Foederationsleitung diesmal nicht die gewünschte Einstimmigkeit fuer ihre Entschliessungen erlangen. So wurde die Resolution, die den Delegierten freie Hand inbezug auf die in Royan zu fassenden Beschluesse gab, nur mit 51 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Resolution in der Frage der Seinefoederation der Foederationsleitung wurde mit 48 gegen 15 Stimmen angenommen.

Den Standpunkt den "Gauche révolutionnaire" vertraten Fomry-Muehlhausen und Alleaume-Colmar, die von den Delegierten der Sektion Hueningen weitgehend unterstuetzt wurden.

Es bedarf keine ausfuhrlichen Beweisfuhrung, dass bei Vorhandensein einer wirklich kommunistischen Partei die Linksentwicklung in der SFIO des Haut-Rhin einen ganz anderen Umfang annehmen wuerde.

Die Differenzen im Francolager   
=====Fortsetzung von Seite 7

soziale Errungenschaften fuer die Arbeiter- und Bauernmassen.

Derjenige, der diese Sehnsucht der Massen haette befriedigen koennen, haette die Massen erobert. Weder Franco noch die Phalange waren dazu imstande. Die proletarischen Massen in Franco-Spanien koennten diese Errungenschaften nur auf revolutionaeren Wege erlangen. Das versuchten und begannen sie spontan. Aber schon bald wurde dieser Prozess unterbrochen und im Blute des Proletariats in Stadt und Land erstickt.

(Independent News)

Verantwortlich: Emile Hirtzel.





# ARBEITERPOLITIK

Organ der Kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 25/V. Jahrgang

Dritte Juniwoche 1938

## E I N A N F A N G

Die neue Sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei, die von den Anhaengern der Gauche Révolutionnaire nach dem Parteitag von Royan gegruendet worden ist, hat ihr Gruendungsmanifest veroeffentlicht. (An einer anderen Stelle dieser Nummer findet der Leser eine ausfuehrliche Inhaltsangabe dieses Dokuments). Seit drei Jahren, seit die Stalinisten den Weg eines immer unverschaefteren Reformismus betreten haben, wurden innerhalb der franzoesischen Arbeiterbewegung die Traditionen der revolutionaeren Gegnerschaft gegen die Bourgeoisie, die Ideen des Marxismus, die Lehren von Lenin, ja der Gedanke des proletarischen Klassenkampfes ueberhaupt immer mehr in den Schmutz gezogen und als alter, wertloser Plunder behandelt. Es ist deshalb ein hoffnungsvolles Zeichen, dass sich revolutionaere franzoesische Proletarier zusammengeschlossen haben, um den SFIO - Reformisten und den Stalinisten zu Trotz ein eigenes Banner aufzupflanzen, das kein anderes sein soll als das Banner des proletarischen Klassenkampfes, die rote Fahne ohne Verschandelung durch die Trikolore. Und wenn heute nach den Niederlagen der Arbeiterklasse in Deutschland und Oesterreich, nach der verhaengnisvollen Entwicklung, die die S.U. und die das antifaschistische Spanien eingeschlagen haben, nach den moralischen Verwuestungen, die die Volksfrontpolitik in Frankreich angerichtet hat, die Schwierigkeiten fuer diejenigen, die gegen den Strom des traditionellen und des stalinistischen Reformismus schwimmen wollen, besonders gross sind, so ist der Schritt derjenigen, die ungeachtet dieser Schwierigkeiten den Bruch mit der reformistischen Organisation vollzogen haben, nur umso hoeher zu bewerten.

Natuerlich ist der Bruch mit der SFIO nur der erste Schritt zur Schaffung einer revolutionaeren Partei, die die franzoesische Arbeiterbewegung so dringend braucht. Dem SFIO - Reformismus und dem Stalinismus wird die neue Partei, falls sie ihrer Aufgabe gewachsen sein will, ein klares, grundsuetzliches Programm entgegenstellen muessen, das auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus (und zwar des Leninismus von Lenin und nicht des Pseudo-Leninismus von Stalin und auch nicht der Trotzki'schen Bearbeitung des Leninismus) aufgebaut ist und die Erfahrungen der Klassenkaempfe des internationalen Proletariats in den letzten Jahren beruecksichtigt.

Es ist zu begruessen, dass das Manifest der Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei anstelle der Volksfront eine "Kampffront" der staedtischen Hand- und Kopfarbeiter und der Bauern befuehrt. Es ist auch richtig, dass das Manifest feststellt, dass das Buendnis der Arbeiterparteien mit der radikalen Partei von Anfang an falsch gewesen ist. Wir haetten aber gewuenscht, dass das Manifest klar und deutlich gesagt haette, dass die Volksfront als solche von Anfang an verhaengnisvoll war, denn die Volksfront bedeutete von vornherein nichts anderes als das Buendnis der Arbeiterparteien mit der radikalen Partei; die Volksfront ohne die radikale Partei waere eben keine Volksfront sondern eine Einheitsfront der Arbeiter, der Werktaetigen gewesen. Es genuegt heute nicht, die Volksfront aus dem Grunde abzulehnen, weil sie, wie das Manifest erkluert, als parlamentarische und als Regierungskombination zerfallen sei. Die Volksfront existiert nach wie vor in einem bestimmten Sinne. Obwohl die Regierung Daladier keine eigentliche Volksfrontregierung mehr ist, dient ihr die Volksfront als Feigenblatt.

gegenueber den Massen. Diesen Betrug gilt es zu zerstoeren, ebenso wie es gilt, den Illusionen entgegenzuwirken, die die Fuehrer der SFIO und der KPF in bezug auf die Moeglichkeit eines neuen Aufschwungs der Volksfront verbreiten.

In bezug auf die Fragen der Aussenpolitik und der Kriegsgefahr stellt das Manifest die richtige Losung auf, dass man den demokratischen Imperialisten die Ruestungskredite verweigern und gleichzeitig die Aktion zur Verhinderung der Lieferung von Kriegsrohstoffen an die faschistischen Imperialisten organisieren soll. Nicht gluecklich sind einige Formulierungen im Manifest, die so aufgefasst werden koennen, als verurteilten seine Verfasser jedes Buendnis zwischen der SU und einem kapitalistischen Staat. Der Umstand, dass Stalin die SU zum Werkzeug ihrer imperialistischen Bundesgenossen macht und die KJ veranlasst, die Interessen der Arbeiterklasse um dieser Bundesgenossen der SU willen zu verraten, darf nicht zu der Folgerung fuehren, dass ein proletarischer Staat unter keiner Bedingung Buendnisse mit kapitalistischen Maechten schliessen duerfe.

Schliesslich glauben wir, dass es der augenblicklichen Situation des Klassenkampfes in Frankreich nicht entspricht, wenn das Manifest erkluert, dass die werktaetigen Massen "mehr denn je entschlossen" seien, "zur Offensive ueberzugehen, um ihre Errungenschaften aufrechtzuerhalten und auszubauen". Wohl ist es richtig, dass es jetzt zunaechst gilt, den Kampf fuer die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter zu fuehren. Aber das waere noch keine Offensive, sondern ein Verteidigungskampf gegen die von der Regierung Daladier gefuehrte Kapitaloffensive. In Wirklichkeit hat sich ja unter den Arbeitern infolge ihrer Enttauschung ueber die Volksfrontpolitik eine Depressionsstimmung ausgebreitet. Damit die Arbeiterklasse wieder zur Offensive uebergehen kann, muessen erst einmal ihre Verteidigungskaempfe organisiert werden. Die Fuehrer der GGT, der KPF und der SFIO tun alles, um eine wirksame Verteidigung der Arbeiter gegen die Angriffe des Grosskapitals und der Regierung dieses Grosskapitals zu verhindern. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Partei, gegen diese Sabotage und die durch sie gefoerderte Depressionsstimmung der Massen anzukaempfen. Dafuer waere es notwendig, dass die Sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei ein konkretes Aktionsprogramm zur Wahrnehmung der unmittelbaren Interessen der werktaetigen Massen ausarbeitet. Indem ein solches Aktionsprogramm die unmittelbaren Tageslosungen mit revolutionaeren Uebergangslosungen und Endlosungen verbindet, wuerde es den Arbeitern praktisch den Weg zeigen, wie sie von den Tageskaempfen fuer die Verteidigung ihrer naechsten Forderungen zur revolutionaeren Offensive, zur proletarischen Revolution fortschreiten koennen.

-----  
Neue "Reinigungen" durch Stalin - Jeschow  
=====

Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der ukrainischen Raeterepublik ist abgesetzt worden. - Ein Ueberblick zeigt, dass von 10 Parteisekretaren der Bundesrepubliken, die im Vorjahr noch in Funktion waren, heute alle bis auf zwei bereits wieder abgesetzt sind.

Eine Moskauer offizioese Meldung besagt, dass dort ein verraeterisches Komplott aufgedeckt sei, an dem eine groessere Anzahl von hoeheren Offizieren der Roten Armees, insbesondere in der Ukraine, beteiligt seien.

Wie das "Bulletin" der trotzkistischen Opposition in seiner Nr. 66/67 vom Mai-Juni 1938 mittelt, sollen in der SU folgende Mitglieder der KPD unter der Anklage der Spionage erschossen worden sein: Hermann Kupferstein, frueher bekanntes Mitglied des RFB, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Schubert, Werner Hirsch, Heinrich Suesskind (Kurt), Birkenhauer (zuletzt Leiter des Thaelmann-Fomitees in Paris), Rudolf Haus (Hauschild). Verhaftet sollen sein: Rudolf Gerber, Ladislaus Boross und Prof. Felix Halle.



Das Manifest der neuen  
=====Sozialistischen Arbeiter- und Bauernpartei  
=====

Am Schluss des Kongresses der SFIO in Royan erliess eine Konferenz von Delegierten der Gauche Révolutionnaire (aus der Seine und der Provinz) einen Aufruf an die "Arbeiter in Stadt und Land". Der Aufruf geht davon aus, dass der Kongress von Royan es einerseits abgelehnt hat, die ausgeschlossene Seine-Föderation wieder in die Partei aufzunehmen, andererseits sich zur "Unité française" bekannt habe, die eine "scheinheilige Variante der Union nationale" sei. Der Aufruf faehrt dann fort:

"Diese doppelte Entscheidung stellt die Sozialisten der Seine ebenso wie Tausende Militanten der Gauche Révolutionnaire vor die Tatsache der Spaltung."

Um die tieferen Ursachen dafuer zu erkennen, sei es notwendig, "eine ehrliche und objektive Bilanz der Ereignisse zu ziehen, die das Land von der Volksfront 1936 zur Union nationale von 1938 gefuehrt haben".

Ueber die Volksfront von 1936 heisst es in dem Aufruf:

"Ohne Zweifel ist die maechtige Massenbewegung, die vom 12. Februar 1934 ausgegangen ist, durch die Koalition der Arbeiterparteien mit einer der Parteien der Bourgeoisie, der radikalen Partei, entstellt worden. Aber die Verbindung eines Wahlsieges, der der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei 230 Sitze gegeben hatte, mit der maechtigen Bewegung der Fabrikbesetzungen, die Panik, die als Folge dessen im Lager der Bourgeoisie entstand, haetten der Arbeiterklasse gestattet, waehrend sie in der Regierung sass, sich der Grossen Unternehmungen zu bemaechtigen und die kapitalistische Oligarchie zu zerbrechen. Die oekonomischen, politischen und psychologischen Bedingungen fanden sich vereint, auf dass 1936 fuer die Bourgeoisie zu dem wuerde, was 1789 fuer die Aristokratie gewesen war."

Aussenpolitisch haette eine solche Regierung ein guenstiges Terrain vorgefunden, um mit der Politik des Versailler Friedensvertrags und dem Wettruesten brechen zu koennen. Eine schnelle materielle Hilfe fuer die spanischen Arbeiter im Kampfe gegen Franco haette den Sieg der Revolution in Spanien hervorgerufen, die revolutionaeren Kraefte in Frankreich verstaerkt, zum Erwachen der von den Diktaturen unterdrueckten Voelker beigetragen, die Grundlagen des internationalen Faschismus erschuettert und so die Gefahr eines europaeischen Krieges vermindert.

"Damit das eingetretene waere, genuegte es, dass die proletarischen Parteien, anstatt an eine "loyale" Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu glauben, den Sieg der Volksfront in vollem Umfang als eine Kurze Etappe zur sozialistischen Revolution ausnutzten."

Der Aufruf faehrt dann fort:

"Nichts von dem, was zugleich moeglich und notwendig war, ist versucht worden. Die sozialistische Partei und ihr Fuehrer Léon Blum ... haben es abgelehnt, die Kraefte des Proletariats zu gebrauchen um die Macht der Banken und der Trusts zu brechen."

Es werden dann die Wirtschaftspolitik, die "Pause", die Kapitulation vor dem Senat, das Wettruesten, die Politik der Militaerbuendnisse, die Nichtinterventionspolitik und der Verrat an den Kolonialvoelkern scharf kritisiert und verurteilt.

Einen grossen Teil der Verantwortung fuer diese Entwicklung, heisst es in dem Aufruf weiter, trage die Kommunistische Partei. Sie habe alles getan, um

das Volksfrontprogramm auf oberflaechliche Reformen zu beschraenken, Streiks zu bremsen, den Senat zu unterstuetzen; sie habe durch die Politik der "ausgestreckten Hand" unter der Firma "Front des Français" einen neuen Burgfrieden fuer eine illusorische "Verteidigung der S.U." schaffen wollen; sie habe die Entruestung der Arbeiter ueber die Blockade des antifaschistischen Spaniens in chauvinistische Bahnen lenken wollen. durch ihre nationalistische Agitation habe sie dazu beigetragen, den militaristischen Geist zu foerdern und die unerhoerten Massnahmen Daladiers gegen die antifaschistischen Fluechtlinge vorzubereiten; sie trage ebenfalls mit die Verantwortung fuer die Unterdrueckung in den Kolonien.

Wir lesen in dem Aufruf weiter:

"Die Volksfront ist heute in ihrem politischen und parlamentarischen Ausdruck zerfallen ... Indem Léon Blum heute die sozialistische Partei endgueltig an den Weg zur "Unité française" bindet, unterzeichnet er den Sterbeakt der Volksfront auf dem Gebiet des Parlaments und der Regierung."

Der Bankrott der Volksfront sei der Bankrott des sozialdemokratischen Reformismus, aber auch der des "Neobolschewismus":

"Die Dritte Internationale, die am Kriegsende so grosse Hoffnungen erweckt hatte, hat ihre Mission seit dem Tage nicht erfuehlt, da sie, auf die Weltrevolution verzichtend, die Sicherheit der SU auf Buendnisse mit diesem oder jenem kapitalistischen Staat gegruendet habe. Von diesem Tage an haben die verschiedenen nationalen kommunistischen Parteien ihre Aktion den Interessen der Sowjetdiplomatie untergeordnet, die nur zu oft in Widerspruch zu denen des Proletariats stehen".

Diese traurige Lage der Arbeiterbewegung ruehre nicht daher, so erklart der Aufruf, dass der revolutionaere Sozialismus Bankrott gemacht habe, sondern vielmehr da her, "dass die Prinzipien des revolutionaeren Sozialismus vergessen oder mit den Fuessen getreten worden sind". Diese Prinzipien: Klassenkampf, Internationalismus und proletarische Demokratie beanspruchten die Verfasser des Aufrufs jetzt fuer sich:

"Um dem revolutionaeren Sozialismus treu zu bleiben, verlassen wir heute die Sozialistische Partei der 'Union nationale', um eine sozialistische Partei des Klassenkampfes und der Revolution zu gruenden..."

Der Aufruf faehrt dann fort:

"Wir sind keine Spalter. Wir glauben im Gegenteil, dass der Kampf gegen Kapitalismus, Faschismus und Krieg gebieterisch die Sammlung aller Volkskraete in einer maechtigen "Front de combat" (Kampffront) erfordert. Wenn die Volksfront im Parlament und in der Regierung auch tot ist, so haben doch die werктаetigen Massen, die sie geschaffen haben, nicht auf den Kampf verzichtet. Mehr als je zuvor sind sie entschlossen, zur Offensive ueberzugehen, um ihre Errungenschaften zu behaupten und zu erweitern".

Deshalb wende sich der Aufruf an alle Werктаetigen in Stadt und Land, die der Kapitalismus, der buergerliche Staat und die Kirche in ihrer Existenz bedrohen und unterdruecken.

Der Aufruf ruft ebenfalls zum Kampfe gegen den Krieg auf, wobei er die Werктаetigen warnt, sich dabei den buergerlichen Regierungen, ganz gleich ob demokratisch oder faschistisch anzuvertrauen.

"Die Werктаetigen muessen sich mit allen Mitteln der materiellen und moralischen Vorbereitung der neuen Schlaechtereie widersetzen. Sie muessen durch ihre eigene Aktion den faschistischen imperialistischen Staaten die fuer den Krieg unerlaesslichen Rohstoffe (deren Monopol die 'demokratischen'



Maechte besitzen) verweigern, den "demokratischen" imperialistischen Staaten aber die Freide des Todes, der nationalen Verteidigung ablehnen. Der Kampf gegen den Krieg, der untrennbar mit dem Kampfe gegen den Faschismus verbunden ist, muss die Werktuetigen dazu fuehren, sich gegen ihre Bourgeoisie zu erheben. Die Niederwerfung des Kapitalismus ist das einzige Mittel, um die tieferen Ursachen der Kriege zu beseitigen".

In dem Schlussabschnitt des Aufrufs heisst es:

"Die Sozialistische Arbeiter- und Bauernpartei, die wir heute gruenden, will nicht nur in der Avantgarde der Kampffront gegen Kapitalismus, Faschismus und Krieg stehen, sondern auch und vor allem will sie mit aller Kraft an der Verwirklichung der revolutionaeren Einheit des Proletariats, die die Voraussetzung fuer den Endsieg ist, arbeiten. Die Partei, die wir heute gruenden, kann ihre Ziele nicht ohne ein enges Zusammenwirken aller ihrer Mitglieder in der Aktion verwirklichen, aber auch nicht ohne eine breite innerparteiliche Demokratie ... Das organisierte Proletariat hat nicht einem 'verehrten Fuehrer' zu folgen, noch 'allmaechtigen Buerokraten', sondern es muss in frei gewaehlter Disziplin selbst seine Entscheidungen treffen".

Der Aufruf schliesst mit folgenden Losungen:

"Ein einziges Ziel: Die sozialistische Gesellschaft.  
Ein einziges Mittel: Der Klassenkampf und die Revolution.  
Eine einzige Fahne: Die rote Fahne.  
Ein einziger Gesang: Die Internationale."

-----  
Englische Hilfe fuer die Blockade Spaniens  
=====

Die vollstaendige Blockade des republikanischen Spaniens ist das Ziel, dem Hitlerdeutschland und Italien mit allen Mitteln zustreben. Zu diesen Mitteln gehoeren auch die Versenkungen britischer Schiffe in spanischen Haefen und die provokatorischen Luftangriffe auf franzoesisches Gebiet. Die letzten Erklarungen Chamberlains im Unterhaus, der Verzicht der englischen Regierung auf Repressalien gegen die Schiffversenkungen und die Warnung an die britischen Schiffe, dass sie auf eigene Gefahr die spanischen Haefen anlaufen, bedeuten einen klaren Erfolg der faschistischen Maechte. Waehrend auch in England der Widerstand gegen die Chamberlainsche Politik immer weitere Kreise zieht, und sich verstaerkt, so ist es in Frankreich bei der allgemeinen Erschlaffung der Arbeiterbewegung im Gefolge der Volksfrontpolitik nicht der Fall. Die Wirkung der verschiedenen parlamentarischen Manoeuvres der KP-Frankreichs steht im umgekehrten Verhaeltnis zu dem damit verbundenen parlamentarischen und Zeitungslaarm.

Die Einnahme von Castellon wurde hauptsächlich durch die massiven Materiallieferungen Hitlerdeutschlands und Italiens ermoglicht. Sie verstaerkt die Bedrohung von Valencia. Sie hat uebrigens den Francotruppen sehr schwere Verluste gebracht. Es kann jedoch keine Rede davon sein, dass die Franco-truppen vor einem raschen Enderfolg stehen.

Die englischen Genossenschaftler gegen die Volksfront  
=====

Die englischen Genossenschaftler haben auf ihrer Konferenz in Scarborough die Volksfront mit 4 492 : 9 382 Stimmen abgelehnt, also mit nahezu 2/3 Mehrheit. Die Aussichten fuer die Verwirklichung der Volksfront in England sind also trotz der unablaessigen Anstrengungen der Kommunistischen Partei in dieser Richtung keineswegs bedeutend.

Der amerikanische Antikriegskongress  
=====

Vor kurzem fand in Washington der erste Nationalkongress des Komitees "Keep America out of War" ("Haltet Amerika aus dem Krieg heraus") statt. Es waren ueber 1000 Delegierte anwesend, die Gewerkschaften, politische und soziale Organisationen, Friedensgesellschaften etc. vertraten. Die Arbeiterbewegung war durch eine starke Delegation repraesentiert. Nicht weniger als 235 Delegierte waren Vertreter der Gewerkschaften (u.a. der Vereinigten Bekleidungsarbeiter Amerikas, der Lehrgewerkschaft, der Eisenbahner, der Internationalen Damenbekleidungsarbeiterunion, des Organisationskomitees der Stahlarbeiter, der Vereinigten Schuharbeiter Amerikas usw.). Homer Martin, der Vorsitzende der Vereinigten Automobilarbeiterunion, sprach im Namen von 400 000 organisierten Arbeitern der Automobilindustrie. Von sonstigen fuehrenden Gewerkschaftern, die auf dem Kongress anwesend waren, wollen wir noch Charles S. Zimmerman, den Vizepraesidenten der internationalen Damenbekleidungsarbeiterunion, erwaehnen, der Mitglied unserer amerikanischen Bruderorganisation, der JCLL ist. Die verschiedenen Friedensorganisationen hatten 254 Delegierte entsandt. Die politischen Organisationen, u.a. die Sozialistische Partei und die JCLL, waren mit 193 Delegierten vertreten. Die Kommunistische Partei, die die eifrigste Propagandistin des amerikanischen Imperialismus ist, nahm dem Kongress nicht teil. Kirchliche Organisationen waren durch 93 Delegierte vertreten. Der Kongress setzte sich also im grossen und ganzen zu einem Drittel aus Vertretern der Gewerkschaften, zu einem Drittel aus Vertretern politischer Organisationen und zu einem Drittel aus Vertretern von Friedensorganisationen zusammen. Als Grundlage der weiteren Arbeit nahm der Kongress das folgende " Sechs-Punkte-Programm gegen den Krieg " an:

1. Sofortige Zurueckziehung amerikanischer Schiffe und Mannschaften aus Kriegszonen und Evakuierung amerikanischer Staatsbuerger, die, wenn sie bleiben, das auf ihr eigenes Risiko tun sollen, Kampf gegen jede Ausserung des amerikanischen Imperialismus.
2. Feine Erhoehung des Heeres- und Marinebudgets, Hinarbeiten auf einen Abbau der gegenwaertigen uebersteigerten Kriegsmaschinerie.
3. Demokratisches Recht der amerikanischen Buerger, ueber eine Kriegserklaerung abzustimmen.
4. Preisgabe aller bestehenden Plaene fuer eine industrielle Mobilmachung und Ablehnung aller neuen Plaene fuer allgemeine Wehrpflicht und Rekrutierung, um dadurch unseren Militaristen zu verstehen zu geben, dass das amerikanische Volk keinen Krieg draussen und keine Militaerdictatur im Innern dulden wird.
5. Kein Buendnis und keine gemeinsame Aktion mit einem Staat oder einer Staatengruppe zum Zwecke eines Krieges und kein Buendnis, das wahrscheinlich zum Kriege fuehren wuerde, ob mit oder ohne Kriegserklaerung, unter welchem Namen oder Vorwand auch immer.
6. Im Lande selber Konzentration auf den Kampf gegen Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend und Armut, daad Entschlossenheit Prosperitaet mit Hilfe dieses Kampfes und nicht durch Handel mit Kriegsmaterial zu erreichen. Ausserhalb der Grenzen des Landes verstaerkte Solidaritaet mit den Voelkern aller Laender im Kampfe fuer die Beseitigung wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und kolonialer Unterdrueckung, sowie im Kampfe fuer die Beseitigung der Wurzeln des diktatorischen Militarismus.

In seiner Nummer vom 11. Juni 1938 wuerdigt unser amerikanisches Bruderblatt der "Workers Ago", die politische Bedeutung dieses Kongresses in einem Leitartikel, in dem es u.a. heisst:



"Der nationale Antikriegskongress, der in Washington abgehalten wurde, ist eines der hoffnungsvollsten Zeichen an einem Horizont, der so bedrohlich von Kriegswolken verdunkelt wird, denn er zeigte nicht nur, dass grosse Teile des amerikanischen Volkes sich der Gefahr bewusst sind, die sie bedroht, sondern dass sie auch bereit sind, gegen diese Gefahr zu handeln, indem sie sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammenfinden, um die Pläne der Kriegstreiber zu vereiteln und zu verhindern, dass dieses Land in einen Krieg hineingezogen wird. Der Washingtoner Kongress war im Wesentlichen ohne Koalition von proletarischen und kleinbuergorlichen Kraefte, die sich auf ein Minimalprogramm gegen den Krieg geeinigt haben, auf die bekannten "Sechs Punkte", die wesentlich verbessert und praezisiert worden sind. Diese Zusammenarbeit wurde nur deshalb moeglich und fruchtbar, weil auf dem Kongress ein aufrichtiger Geist der Zusammenarbeit Hand in Hand ging mit der offenen Anerkennung, dass die angeschlossenen Organisationen das Recht haben, jede im Lichte ihres eigenen Programms und ihrer eigenen politischen Ueberzeugung ueber die "Sechs Punkte" hinauszugehen.

Ein anderer anerkennenswerter Zug des Kongresses, der zeigte, dass er sich auf dem richtigen Weg befand, war die hervorragende Rolle, die die organisierte Arbeiterbewegung auf seinen Tagungen spielte. Nicht nur war die Arbeiterbewegung in bezug auf Delegierte und Arbeiterorganisationen gut vertreten, sondern sie gab auf dem Kongress den Ton an und war von entscheidendem Gewicht bei seinen Beratungen. Unserer Ansicht nach besteht die wirkliche Perspektive fuer das Wachstum der Bewegung als eines Ganzen vor allem in der Befestigung und Ausbreitung der Sektionen fuer Arbeiterbewegung und Jugend, vor allem der ersteren. Der Kongress war sehr gut beraten, als er eine Regelung traf, wonach diese Sektionen der Bewegung ebenso wie die andern weite Selbststaendigkeit auch in bezug auf das Programm geniessen und so die volle Moeglichkeit haben, sich auf eigenen Bahnen zu entwickeln.

Unsere Stellungnahme zu dem Washingtoner Kongress und zu der von ihm repraesentierten Antikriegsbewegung ist durch unsere praktische Taetigkeit in der Bewegung "Haltet Amerika aus dem Krieg heraus" und auf dem Kongress selbst genuegend klargestellt worden. Wir sind revolutionaere Marxisten, internationale Sozialisten. In vielen entscheidenden Fragen gehen unsere Auffassungen ueber die Kriegsfrage weit ueber die Ansichten und Programme mancher anderer auf dem Washingtoner Kongress vertretenen Ansichten und Programme hinaus oder unterscheiden sich zumindest wesentlich von diesen. Es ist unsere Ueberzeugung, dass die Kriegsgefahr am wirksamsten durch den unermuedlichen Klassenkampf gegen den Kapitalismus als System bekaempft werden kann, da der Krieg eine Folge der durch den kapitalistischen Imperialismus geschaffenen Gegensatze ist. Wir glauben auch, dass dieser Klassenkampf nicht mit dem Kriegsausbruch aufhoert, vielmehr in einer neuen und intensiveren Form auf einer neuen und hoeheren Ebene weitergeht; er verwandelt sich in einen revolutionaeren Kampf, um dem Regime, das zum Kriege fuehrt, ein Ende zu machen. Das sind unsere Auffassungen als revolutionaere Sozialisten. Wir wissen, dass dies nicht die Auffassungen des Washingtoner Kongresses und der Bewegung, die er vertritt, sind. Unsere rueckhaltlose Teilnahme an dieser Bewegung beruht auf unserer vollen Zustimmung zu dem von ihm aufgestellten Minimalprogramm und auf unserem tiefgehenden Vertrauen in die Zukunft der Bewegung, die durch die unerbittliche Logik der Dinge vorwaerts getrieben werden muss."

-----  
Noch ein Verbrechen Stalins

-----  
( Schluss )

Der Artikel von Swienzizki fuehrt als einen weiteren Beweis fuer die Schuld der Fuehrer, die jetzt umgebracht werden, an, dass die Spaltung, die im Jahre 1928 vorbereitet wurde, das Werk von Provokateuren gewesen sei. Wie soll man sich dann aber die Tatsache erklaren, dass die Urheber dieser Spaltung schon seit Jahren im Gefaengnis sind und noch Jahre abzusitzen haben? Der

Schueler Wyschinskis erklart dies damit, dass die Geheimpolizei manchmal absichtlich auf 8, 10, 12 Jahre einsperre! Zur Vervollstaendigung dieser "Beweisfuehrung" fehlt nur noch das "Gestaendnis" der Beschuldigten. Aber das ist wohl ein ausschliessliches Vorrecht der Buerger des gluecklichsten Landes der Welt!

Wo lag denn wirklich die Ursache des Mai - Fehlers? Man muss sie vor allem auf einer anderen geographischen Laenge suchen. Damals war die Zeit der engen Freundschaft mit Tschiang-Kai-Schek, der Verschmelzung der KP Chinas mit der Kuomintang etc. In Polen glaubten die kommunistischen Kaders, dass Pilsudski ein polnischer Kerenski sei und dass man ihn darum unterstuetzen musste. Warski schrieb damals, dass "unsere Ziele weitergehen als die Pilsudskis" und dass man einen Teil des Weges mit ihm zusammengehen koenne. Lenski sprach in der deutschen "Roten Fahne" von der "revolutionaeren Armee Pilsudskis". Die Fraktionen entstanden erst nach dem Maiaumsturz im August 1936, d.h. nachdem die Komintern ein Schreiben gesandt hatte, in dem sie die Durchfuehrung einer Diskussion in der Partei forderte; dabei trat die Fraktion als die rechte, die Fraktion Lenskis als die linke Tendenz auf.

Der alten Regel zum Trotz setzte die Komintern damals nicht die Fuehrung ab. Das erklart sich daraus, dass der Kampf innerhalb der KP Polens nicht zu Gunsten der einen oder der anderen Fraktion entschieden werden konnte, solange der Block zwischen Stalin und Bucharin bestand; in der Partei wurde die Paritaet der Richtungen hergestellt, und die Komintern ernannte zwei Kommissare, die die faktischen Herren der Partei waren. Daraus ist ersichtlich, wer eigentlich die Partei "desorganisiert" hatte ... Erst als Stalin endgueltig mit Bucharin brach, wurde die Fraktion Warskis von der Parteiarbeit entfernt (1929), und Lenski wurde mit seiner ultralinken Vergangenheit als ein besser geeigneter Kandidat fuer den Posten des Generalsekretaers der KP Polens in der "Dritten Periode", der Periode des stalinschen Sozialfaschismus, betrachtet.

Aber weshalb hat denn eigentlich der Bestialische, wie ihn Charles Rappoport treffend nannte, die fuehrenden Kaders der KP Polens ausgerottet? Die Gruende sind einige.

Erstens waren die alten polnischen Kommunisten mit den alten Bolschewiki durch langjaehrige Freundschaft und durch gemeinsame Arbeit in verschiedenen Institutionen (Wirtschaftsapparat, GPU etc) verbunden. Als Jeschow sich an die "Saeuberung" der alten Bolschewiki machte, mussten seine blutigen Haende unvermeidlich auf die polnische Kolonie in Moskau und in der Prov z stossen.

Zweitens passen Louto, die jahrzehntelang gegen die Losung der "Unabhaengigkeit" Polens gekaempft haben und die fruher Anhaenger Rosa Luxemburgs waren, der Stalin den Krieg erklart hat, nicht zu der neuen Linie des stalinschen Sozialpatriotismus in Polen.

Es ist schliesslich moeglich, dass Stalin, indem er die Kaders der KP Polens physisch und moralisch vernichtet, den Boden fuer irgendwelche aussenpolitischen Kombinationen vorbereitet.

Wie dem auch sei, muss die Zerschlagung der KP Polens, die das Werk nicht der Bourgeoisie, sondern der Stalin-Jeschow ist, alle zum Nachdenken veranlassen, die ihr ganzes Leben der Sache der Arbeiterklasse gewidmet haben und ihr auch weiterhin dienen wollen. Schweigen und in den stalinschen Reihen verbleiben, heisst, die Verantwortung fuer alle Bestialitaeten des Terrorregimes tragen und die Sache des Sozialismus verraten ..."

Damit schliesst der interessante Aufsatz des bisherigen Mitgliedes der K.P. Polens.



A U S D E M E L S A S S  
=====Volksfrontkongress fuer Bas-Rhin  
-----

Die Volksfrontparteien des Bas-Rhin haben kuerzlich in Strasbourg eine Konferenz abgehalten. Nach der Ansicht der KFF-Fuehrung sollen die departementalen Volksfrontkongresse, die die Vorlaeuer eines Landeskongresses der Volksfront sein sollen, die Volksfront neu beleben und der Ausgangspunkt einer Aktion fuer die vollstaendige Realisierung des Volksfrontprogrammes bilden. In Wahrheit sollen diese Kongresse nur das tatsaechliche Fiasko der Volksfront verschleiern, die Massen des werktuetigen Volkes ueber die Aufloesung der Volksfront hinwegtaeuschen und sie von der Organisation einer wirklichen Massenbewegung gegen das Grosskapital abhalten. Nichts hat dies klarer unterstrichen, als der Vorlauf und die Beschluesse des unterelsaessischen Volksfrontkongresses.

In den angenommenen Resolutionen wird erkluert, dass die eingetretene wirtschaftliche Depression das Ergebnis der "landesschaedlichen" Sabotagepolitik der Trusts sei und dass dieser Sabotage mit Festigkeit entgegengetreten werden muesse, indem die Volksfront im Parlament dem Einheits- und Aktionswillen der 5 Millionen Volksfrontwaehler Rechnung trage.

Es braucht nicht naeher auseinandergesetzt zu werden, dass der Verzicht auf den Bruch mit den Spitzen der radikalen Partei, dass der Verzicht auf die ausserparlamentarische Aktion gegen die von der Regierung Daladier-Bonnet beguenstigte und gefoerderte Politik der Kapitaloffensive, alle Erklarungen, fuer die Forderungen der Massen einzutreten, als Theaterdonner enthuellt. Die Politik der Einheit mit den Radikalen und der "union nationale" von Paul Reynaud bis Thorez schliesst jede Politik des wirklichen Kampfes gegen das Grosskapital aus. Zu meinen, man koennte mit den Vertretern des Grosskapitals gegen das Grosskapital kaempfen, heisst, das werktuetige Volk betraegen. Die zweijaehrige Erfahrung mit der Politik der Zusammenarbeit mit der sogenannten liberalen Bourgeoisie in der Form der radikalen Partei hat klar gezeigt, dass die Koalitionspolitik auch dann, wenn ihr ein neues Etikett umgehungen wird, keine anderen als die aus anderen Laendern bekannten Ergebnisse zeitigen kann. Das, was an sozialen Reformen erkaempft wurde, war hier wie anderswo nicht das Ergebnis der Koalitionspolitik, sondern ein Resultat der ausserparlamentarischen Aktion der Massen, die man auf diese Weise zu besaenftigen suchte, indem man einigen ihrer Forderungen entgegenkam, um zu verhindern, dass sie zu einer Gefahr fuer das kapitalistische Ausbeutersystem ueberhaupt wurde. Die Bindung der Arbeiterparteien an die Radikalen und die Opferung der Interessen der Arbeiter zum Zwecke der Erhaltung dieses Buendnisses war das Mittel fuer das Grosskapital, um den Boden fuer die Zuruecknahme der gewaehrten Reformen vorzubereiten.

Alle Erklarungen fuer diese oder jene Reform einzutreten, bleiben daher wertlos, wenn sie nicht mit der Preisgabe der Politik der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Parteien verbunden sind. Leider gab es niemand, der diese einfache, und durch die juengste Erfahrung erneut bestaetigte Wahrheit zum Ausdruck gebracht und Mittel und Wege aufgezeigt haette, um die Arbeiterbewegung aus der Sackgasse herauszufuehren, in die sie durch die Volksfrontpolitik gekommen ist.

Was nottut, das ist, dass in Stadt und Land, Arbeiter und Bauern sich in allen Orten und auf dem Boden ihrer dringendsten Interessen zur Formierung einer aktionsfaehigen Front gegen den Faschismus und das Grosskapital zusammenfinden, zu einer Front, in der die Vertreter des Kapitals keinen Platz finden. Diese Front muss sich ueber das ganze Land zusammenschliessen und mit der Masse der organisierten Arbeiter als Kern, das ganze werktuetige Volk in die Aktion fuehren. Es ist die Aufgabe der in der CGT organisierten Arbeiter, die CGT, die ein Instrument ihrer Interessen sein soll, in diesem Sinne zu beeinflussen.

Nach Beendigung der Gemeindewahlen in der C S R  
=====

Die Gemeindewahlen der CSR sind nunmehr beendet. Sie haben keine Ueberraschungen gebracht. Das Bild ist ungefaehr dasselbe, wie bisher. Im Sudetengebiet ist die Stellung der KP fast voellig aufgerieben. Auch die Sozialdemokratie rettet nur noch Reste. Es verdient aber Erwahnung, dass bei den Gemeindewahlen im Ascher Bezirk (Asch ist die Residenz Konrad Henleins) die Henleinleute verhaeltnismaessig schlechter abgeschnitten haben, als in anderen Bezirken. Waehrend die Henleinleute in den anderen Sudetendeutschen Gemeinden fast ueberall rund 90 % aller deutschen Stimmen erhielten, erhielten sie im Ascher Bezirk nur 70%. Dieses Ergebnis haengt zweifellos zusammen mit der Existenz und der Taetigkeit der KPTsch-O. in diesem Bezirk.

Die Verhandlungen der Prager Regierung mit den Sudetendeutschen gehen weiter - sie spielen sich hinter dicht verschlossenen Tueren ab. Von der englischen und der franzoesischen Regierung wird der Druck auf die Prager Regierung verstaerkt, um bald abzuschliessen und den Henleinleuten die weites gehenden Zugestaendnisse zu machen.

Die Zugestaendnisse gehen vor allem auf Kosten der Arbeiter und der uebrigen werктаetigen Bevoelkerung. Im Sudetengebiet gilt es nunmehr fuer die Arbeiter, ihre Kraefte in den einzelnen Orten einheitlich zusammenzufassen, um ihre bedrohten Rechte zu verteidigen und auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet den Gegenangriff gegen die faschistische Front zu fuehren.

Hitlerdeutschland setzt einstweilen national und international seine Ermattungs- und Zermuerbungsstrategie gegen die Tschechoslowakei fort. Dazu gehoert die Drohrede von Hess. Dazu gehoert die Reise des Generals Keitel nach Ungarn, die offenbar dem Zwecke dient, Ungarn in die Einkreisung der CSR einzubeziehen.

In der Tschechoslowakei ist die Einfuehrung der dreijaehringen Dienstzeit angekuendigt und wird sicherlich in naechster Zeit erfolgen. Diese Massregel legt vor allem den werктаetigen Klassen die schwersten Lasten auf. Dabei koennte die militaerische Abwehrbereitschaft der Tschechoslowakei mit weit geringerem Aufwand enorm gesteigert werden, durch die Bewaffung der Arbeiterschaft, aber freilich ist das eine Massregel, die nur die Arbeiterschaft selbst durchsetzen kann.

-----  
Die "Stalinsche Sonne"  
=====

Die "Deutsche Zentralzeitung" berichtet unter dieser Ueberschrift (natuerlich ohne Anfuhrungszeichen) von einer Wahlrede eines armenischen Waehlers, in der dieser erklart haben soll:

"Erst unter der Sowjetmacht habe ich, erwaermt von den Strahlen der Stalinschen Sonne, wirklich zu leben begonnen."

Wobei nur zu erinnern waere, dass die Sowjetmacht geraume Zeit vor der "Stalinschen Sonne" begonnen hat, und dass es nach diesem Ausspruch und seiner Wiedergabe in der offiziellen Presse so aussieht, als ob die Leninsche Periode der Sowjetmacht ins Dunkel der Vergessenheit gerueckt werden solle.





# ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei- Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 26/V. Jahrgang

Vierte Juniwoche 1938

Die Schlinge um den Hals Spaniens wird enger gezogen

=====

Nach übereinstimmenden Pressemeldungen hat die französische Regierung am 13. Juni 1938 die Pyrenäengrenze für Transit von Waffen und Munition nach dem republikanischen Spanien hermetisch gesperrt. Nach einer Meldung des Pariser Berichterstatters der "Frankfurter Zeitung" hat darüber hinaus der französische Aussenminister Bonnet die Löschung des Sowjetdampfers "Patria" im Hafen von Le Havre untersagt. "Die Franzosen", fügt der Berichterstatter erklärend hinzu, "erscheinen also die bevorstehenden Beschlüsse des Lóndoner Nichteinmischungsausschusses für ihren Teil vorwegnehmen zu wollen, um der britischen Regierung gefällig zu sein und vor anderen Mächten ihre Solidarität mit England zu verteidigen..." Ausserdem müsse man einen Zusammenhang dieses Schrittes mit der Unterbrechung der französisch-italienischen Verhandlungen annehmen.

Dieser Schritt der Regierung Daladier ist zugleich ein Anzeichen fuer die Verschiebung der innernen Lage Frankreichs. Die Regierung Daladier ist schon so weit, dass sie auf die Volksfrontparteien im Parlament keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Allein die "Humanité" hat gegen diese Massregel einen Wortprotest erhoben (zu mehr als das hat sich die KP nicht aufgeschwungen), die übrige französische Presse schweigt die Tatsache tot-einschliesslich der SFIO-Presse, wo nur Zyromski unter seiner eigenen Verantwortung auf die Tatsache hinweist und einen lahmen Protest erhebt. Die Regierung Daladier kann so handeln, weil sie weiss, dass die breiten Massen der Arbeiterschaft im Gefolge der Volksfrontpolitik enttäuscht und entmutigt sind.

Die englische Regierung hat ihrerseits mehr auf indirektem Wege die Schlinge um den Hals des republikanischen Spaniens enger gezogen. Die Erklärungen Chamberlains im Unterhaus, dass die englische Regierung den englischen Schiffen, die republikanische Häfen Spaniens anlaufen, keinen Schutz gegen Luftangriffe gewährt, haben bewirkt, dass der Versicherungssatz von Loyd für solche Schiffe auf 25% (!) erhöht worden ist (statt der bisherigen 5%), was einem effektiven Verbot gleichkommt, falls nicht die republikanische Regierung diese prohibitiven und wucherischen Sätze aus eigener Tasche bezahlen will...

Im Lóndoner Nichteinmischungsausschuss ist danach ein einstimmiger Beschluss für die englisch-französischen Verträge zustande gekommen. Auch der Sowjetvertreter hat zugestimmt, mit der Forderung, dass die Flottenkontrolle in den Häfen verstärkt wird, eine Forderung, die er aber selbst als unzulänglich bezeichnen musste... Es ist bezeichnend, dass Péri, der Aussenpolitiker der "Humanité", der vorher (mit Recht) diese Beschlüsse als Erdrosselung des republikanischen Spaniens bezeichnet hatte, jetzt die Stellungnahme des Sowjetvertreters damit verteidigt, dass im Falle der Ablehnung Schlimmeres herausgekommen wäre... und sich damit tröstet, dass das Frankreich, das diese Stellung bezieht, das Frankreich Flandins-Lavals sei, aber nicht das

"wirkliche" Frankreich. Er vergisst nur hinzuzusetzen, dass die KPF immer noch zu der parlamentarischen Mehrheit gehört, die diese Regierung unterstuetzt, also für ihre Politik voll verantwortlich ist.

Was aus den Londoner Beschlüssen praktisch wird, ist noch nicht zu übersehen. Aber darüber darf man nicht vergessen, dass eine Reihe von Tatsachen zu Ungunsten des republikanischen Spaniens bereits geschaffen sind, nämlich 1. die Schliessung der Pyrenäengrenze von Frankreich, 2. das tatsächliche Verbot für britische Schiffe, die republikanischen Häfen anzulaufen infolge der prohibitiven Erhöhung der Versicherungsrate, 3. der kombinierte Druck der von den Mächten des Londoner Komitees einschliesslich der S.U. auf die republikanische spanische Regierung ausgeübt wird. Dieser Druck geht in Richtung eines Waffenstillstandes und einer Vermittlung zwischen Franco und Barcelona.

Diesem Druck kommt bereits die letzte offizielle Erklärung des Ministerpräsidenten Negrin entgegen, die sich für ein Plebiszit über die künftige Regierungsform Spaniens und für "Wiederversöhnung der Spanier zum Aufbau" ausspricht. Das setzt die Bereitwilligkeit der Annahme eines Waffenstillstandes und eines Kompromisses mit dem faschistischen Lager voraus und wird dementsprechend auch in der internationalen bürgerlichen Presse zustimmend begrüsst.

Der sonstige Inhalt der Rede Negrins ist bestimmt durch die Tatsache, dass die spanischen Arbeiter immer noch mit bewundernswertem Mut und Ausdauer den Kampf fortsetzen. Das Mindeste, was alle wirklich revolutionären Elemente in der internationalen Arbeiterbewegung aufbringen sollten, wäre die unablässige und verstärkte Mobilisierung der Massen zum Protest gegen die Regierungen, die die Schlinge um den Hals des republikanischen Spaniens immer enger ziehen, wobei die sogenannten demokratischen Mächte England - Frankreich mit den faschistischen Mächten zusammenarbeiten. Es ist ferner notwendig ein scharfer Protest aus den Reihen der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Hilfe, die die Sowjetdiplomatie diesen Bestrebungen leistet.

-----  
Daladier - Brüning  
-----

Der französischen bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ist durch die bruske Schliessung des Parlaments ein schwerer Nackenschlag versetzt worden. Sowohl die SFIO, als die KPF schwangen sich bei dieser Gelegenheit nur noch zu "symbolischen", d.h. nicht ernst gemeinten Protesten auf und die parlamentarische Volksfrontkonstellation ging bei dieser Gelegenheit wieder einmal in Stücke. - die Sozialisten trennten sich von den Kommunisten, die Radikalsozialisten gingen mit den Rechten. Die Schliessung des Parlaments, die bis zum Oktober dauert, hat mit einem Schlag die Altersversorgung, die Erhöhung der Beamtengehälter und andere sozialpolitische Anträge in der Versenkung verschwinden lassen und lässt der Regierung Daladier freie Hand in ihrer Aussenpolitik, die von dem Aussenpolitiker Péri der KPF als die von Laval-Flandin bezeichnet wird.

Nach dem "Populaire" wurde sogar im Kabinett unmittelbar vor Schliessung des Parlaments die Forderung erhoben, die 40 Stundenwoche und die Schiedsgerichtsgesetzgebung auf dem Wege des Dekrets zu beseitigen und das Parlament im Oktober gleich wieder nach Hause zu schicken, wobei das Budget durch Dekret des Präsidenten der Republik oktroyiert werden sollte. Diese Vorschläge gingen einstweilen noch nicht durch, aber sie zeigen an, was kommt. Der bürgerliche Parlamentarismus kommt in Frankreich fortschreitend unter die Räder. Daladier, der Repräsentant der Generalität spielt die Rolle des "Frontsoldaten Brüning". Die SFIO und die KPF spielen dabei sogar noch eine kläglichere Rolle als seinerzeit die deutsche Sozialdemokratie. Sie tolerieren den Abbau der bürgerlichen Demokratie durch die



Regierung Daladier in der illusionären Erwartung, dadurch sich Anrechte auf die künftige Aufnahme in einer Regierung der "nationalen Einheit" oder der "union sacrée" zu erwerben - während sie in Wirklichkeit gerade dadurch für die herrschenden Klassen Frankreichs die Voraussetzungen schaffen, um die SFIO und die KPF im weiteren Verlauf in die Wüste zu schicken.

Die Parallelen mit der deutschen Entwicklung unter Brüning springen auch sonst in die Augen: so auf der einen Seite das den konstitutionellen Traditionen Frankreichs widersprechende Hervortreten des Präsidenten der Republik mit offiziellen Reden gegen die 40 Stundenwoche usw., auf der anderen Seite der hohle parlamentarische Krakeel der stalinistischen Abgeordneten, der beim Verzicht auf ernstgemeinte Aktionen der militaristischen Reaktion und dem Faschismus ihr Spiel in der Diskreditierung und der fortschreitenden Ausschaltung des Parlaments und der Stärkung der Exekutivgewalt gegenüber dem Parlament nur erleichtert. Im Unterschied zu Deutschland bewegt sich aber die Entwicklung in Frankreich überwiegend in der Richtung der Militärdiktatur, wobei die faschistischen Organisationen eher eine untergeordnete Rolle spielen.

#### Die Judenpogrome in Nazideutschland

Die Judenverfolgungen der Nazis haben in der letzten Zeit Ausmasse angenommen, wie man sie seit 1933 nicht mehr erlebt hat. Die neue antisemitische Welle begann mit der Annexion Österreichs. Die grauenhaften Szenen, die sich im April und Mai 1933 in Deutschland abgespielt hatten, wiederholen sich jetzt in dem eroberten Österreich, nur mit dem Unterschied, dass sich in zwischen die Nazis in der Kunst der Judenverfolgungen geübt und "verbessert" haben. Infolgedessen ging und geht die wirtschaftliche Ruinierung der jüdischen Bevölkerung Österreichs (Entlassung der jüdischen Beamten und Angestellten an Staats-, Kommunal- und Privatbetrieben, Vertreibung der jüdischen Künstler, Journalisten, Ärzte, Rechtsanwälte aus ihren Berufen, faktische Enteignung jüdischer Geschäftsinhaber etc.) in viel schnellerem Tempo, als es in Deutschland geschah, vor sich. Auch die Methoden, Juden körperlich und seelisch zu misshandeln, sie zu quälen, aus ihnen Schau- und Bestätigungsobjekte für den Nazimob zu machen, waren in Österreich weitaus "raffiniert", d. h. unmenschlicher und gemeiner, als s. Z. in Deutschland. Mit dem Terror gegen die österreichischen Juden verfolgen die Nazis die gleichen demagogischen Zwecke, die 1933 die Nazis bestimmten, mit der Verwirklichung ihres antisemitischen Programms zu beginnen. Die Nazis möchten dadurch in den Augen der Massen als "Antikapitalisten" etc. erscheinen. Daneben dienen die wirtschaftlichen Massnahmen gegen die Juden dazu, der Naziregierung und den Nazibonzen jüdische Vermögenswerte zuzuschanden und sich Sympathien bei kleibürgerlichen und intellektuellen Kreisen zu erwerben, die sich über die Ausschaltung der jüdischen Konkurrenten freuen.

Die antisemitische Welle hat von Österreich auch auf Deutschland übergriffen. Die Verfolgungen gegen die deutschen Juden, die seit 1933 ununterbrochen vor sich gegangen sind, aber in den letzten Jahren in "legalen" Bahnen erfolgten, gehen jetzt plötzlich wieder in offen brutalen Formen vor sich. Polizeijagd auf Juden in Restaurants, Cafés, in den Strassen, Massenverhaftungen, Ansammlungen und Beschädigungen jüdischer Geschäfte durch organisierte Trupps von nichtuniformierten Nazis, antisemitische Demonstrationen etc. sind an der Tagesordnung. Im Zusammenhang damit ist ein verschärfter Boykott über jüdische Geschäfte, Ärzte etc. verhängt worden.

Das Wiederaufleben des offenen Terrors gegen die deutschen Juden ist einmal auf innenpolitische Gründe zurückzuführen. Das Scheitern der Nazipläne gegen die Tschechoslowakei hat dem Prestige des Naziregimes in Deutschland selbst einen schweren Schlag versetzt. Zum ersten Mal haben die Massen

gesehen, dass die anscheinend allmächtige Nazidiktatur ihre Absichten nicht hat verwirklichen können. Diesen für das faschistische Regime peinlichen Eindruck möchten die Nazis bei den Massen möglichst bald verwischen. Die Judenverfolgungen sollen dazu beitragen, sie sollen die Massen ablenken, sie sollen den Massen die Stärke des Nazisystems demonstrieren, sie sollen schliesslich einschüchternd auf die Nazigegner wirken.

Zum andern sind die neuen antisemitischen Ausschreitungen die Begleitmusik zu der ökonomischen Enteignung der Juden, die die Nazis jetzt vorhaben. Sie sollen der Welt zeigen, dass die Nazis mit ihren Expropriationsmassnahmen gegen die Juden nur den "Volkswillen" erfüllen.

Die Höhe des jüdischen Vermögens, das die Nazis beschlagnahmen wollen, wird auf einige Milliarden Reichsmark geschätzt. Diese sollen dazu dienen, die immer schwieriger werdenden Finanzlage des Reichs zu erleichtern. Als Entschädigung für ihr beschlagnahmtes Vermögen sollen die Juden Reichsschatzwechsel erhalten, mit denen sie faktisch nichts anfangen können. Die Nutznießer dieser Enteignung sind neben dem Nazistaat die hohen Nazibürokraten. Immer mehr verwachsen das Monopolkapital und die hohe Nazibürokratie miteinander, immer häufiger finden wir Nazibonzen und ihre Sippschaft in den Aufsichtsräten der grossen Konzerne und Banken. Diese letzteren sind es nun gerade, die bei der "Arisierung" der jüdischen industriellen, Handels- und Bankunternehmungen die Gewinner sind. Die Nazis versuchen, die Expropriation der Juden als eine "sozialistische" Massnahme hinzustellen. Aber die Expropriation eines Teils der Kapitalisten zugunsten der Kapitalistenklasse als Ganzes und ihres Nazistaats hat mit Sozialismus nichts zu tun, ganz abgesehen davon, dass die Masse der auf diese Weise Exproprierten aus kleinen Geschäftsleuten besteht.

Die ausländischen Zeitungen melden, dass die neuen Judenverfolgungen von der Bevölkerung mit stillschweigender Ablehnung beantwortet werden. Diese tragen noch weniger als 1933 den Charakter "spontaner" Aktionen; die Tatsache, dass sie bewusst von den Naziorganisationen mit Hilfe des Nazipöbels organisiert worden sind, lässt sich nicht verhüllen. Nichtsdestoweniger dauern die antisemitischen Exzesse fort - im Gegensatz zu 1933, wo die Nazis bald den offenen Terror gegen die Juden einstellten. Die Erklärung dafür ist in dem passiven Verhalten der Weltöffentlichkeit zu suchen. 1933 fand eine internationale Protestkampagne gegen die antisemitische Barbarei in Hitlerdeutschland statt, diese zwang die Nazis, den offenen Terror gegen die Juden einzuschränken. 1938 wird kaum ein Protest im Ausland gegen die neue antisemitische Welle im Dritten Reich laut. Nachdem die Nazis gesehen haben, dass die Weltöffentlichkeit auf ihre antisemitischen Verbrechen nach der Annexion Österreichs nicht reagiert hat, haben sie es gewagt, dieselben barbarischen Methoden auch in Deutschland wieder einzuführen. Nur eine mächtige internationale Protestbewegung wäre imstande, den neuen Judenverfolgungen der Nazis Einhalt zu gebieten.

-----  
Die antifaschistische Arbeiterschaft des Ascher Bezirks steht fest  
=====

Dem Organ der KPTsch-Opposition entnehmen wir:

Bei den sonntägigen Wahlen im Ascher Bezirk glaubte die SdP alle anderen Bezirke übertreffen zu können. Sie wollte am Sitze des "Führers" einen besonderen, nicht überbietbaren Sieg feiern. Alle diese verfrühten Hoffnungen scheiterten an der Standhaftigkeit der antifaschistischen Arbeiterschaft. Im Gegensatz zu anderen Bezirken gelang es der SdP hier, trotz der Riesenpropaganda und des Terrors, nur 70% aller Stimmen zu erreichen. In einigen Orten, wie in Friedersreuth, nur 56%. Desgleichen liegen in Wernersreuth, Steingrün und Hirschfeld die Prozentsätze unter 70. Am besten hat sich die Arbeiterbewegung in Friedersreuth gehalten.



Unsere Gruppe kandidierte in drei Gemeinden auf Einheitslisten mit der Kommunistischen Partei ~~und~~ der Sozialdemokratie. In Hirschfeld konnte die Einheitsliste fünf und in Neuenbrand zwei Mandate erringen. Die Arbeiterschaft von Hirschfeld, Frankenhaus und Halbgebäu hat unter der Führung der Kommunistischen Opposition die Totalitätspläne der SdP zu nichts gemacht. In Neuenbrand haben wir einen grossen Verlust erlitten. Zur Klarstellung sei folgendes gesagt. In Neuenbrand gibt es 220 Wähler. Davon entfallen 80 auf ein Fürsorgeheim. Dies sind alles alte Leute über 70 Jahre. Die Verwaltung dieses Heims liegt in den Händen von SdP-Leuten. Man hat diese alten Leute mit Bier und Wurst präpariert und sie zur Wahlurne mit von Fabrikanten zur Vergütung gestellten Autos gefahren. Da diese alten Leute Wahlhelfer in die Wahlzelle mitnehmen konnten und dies in jedem Falle ein SdP-Anhänger war, ist es leicht erklärlich, dass eine derartige Verschiebung eintreten muss. Diese Leute, bei früheren Wahlen überhaupt nicht in Erscheinung getreten, jetzt aber von der SdP an die Wahlurne geschleppt, in Autos von Fabrikanten, die sie 50 Jahre ausgebeutet haben, besteht durch sie die Möglichkeit einen derartigen Sieg herbeizuführen. Ferner versuchte die SdP noch Wahlschwindeleien. Man schickte Nichtwahlberechtigten für Leute, die nicht zur Wahl gingen. Es kam vor, dass diese alten Wähler von drei Mann in die Wahlzellen getragen werden mussten. An Stimmen haben wir gegenüber der Parlamentswahl 25 verloren. Es sei noch darauf hingewiesen, dass die Listen der SdP einige Deserteure der Arbeiterbewegung zierten.

In Wernersreuth ereignete sich folgender Fall: Die Sozialdemokraten stellten eine Liste mit nur drei Kandidaten auf, trotzdem sie früher 11 Mandate und den Bürgermeister hatten, sowie auch im Orte je eine starke Bau- und Textilarbeitergewerkschaftsgruppe besteht. Bei der Wahl erhielten sie aber fünf Mandate. Die überschüssigen zwei Mandate fielen der SdP zu. Die KPTsch hat an die Sozialdemokraten ein Ansuchen um Aufstellung einer Einheitsliste gestellt. Dies wurde aber von ihnen abgelehnt. Der Erfolg dieser reaktionären Handlung liegt heute offen zu Tage. Jeder sozialdemokratische Arbeiter muss hier sehen, dass die Verhinderung der Einheitsfront nur den Faschisten nutzen kann.

Die Wahlen im Asocher Bezirk haben gezeigt, dass die antifaschistische Arbeiterbewegung in den stärksten Stürmen standgehalten hat. Jetzt gilt es das Verlorene wiederzugewinnen. Dazu ist es notwendig, dass wir einheitlich marschieren, die Einheitsfront bilden. Dies ist die einzige Voraussetzung den Massenkampf gegen den Faschismus führen zu können, den Schwachen und Differenzen wieder den Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse zu geben. Ziehen wir diese Lehre, marschieren wir gemeinsam und der Erfolg wird uns sicher sein, insbesondere da die Wahlen bewiesen haben, dass der Kern der sozialistischen Arbeiterbewegung unerschütterlich fest steht.

#### -----

#### Die "Skäuberung" der Fussnoten

#### -----

Wir lesen in "Workers Age" vom 18. Juni 1938:

"In der Vorbemerkung der Herausgeber zu Band IX von Lenins Ausgewählten Werken, der soeben englisch erschienen ist, finden wir folgende bemerkenswerte Erklärung:

• Die Anmerkungen, die den vorhergehenden Bänden der ausgewählten Werke beigelegt waren, waren aus der oben erwähnten russischen Ausgabe (von 1933) übersetzt worden. Die Entwicklung während der letzten Jahre erfordert jedoch gebieterisch eine gründliche Revision dieser Anmerkungen, und das Marx-Engels-Lenin-Institut ist jetzt damit beschäftigt, sie für die Veröffentlichung in Russisch zu revidieren. Diese Revisionsarbeit nimmt aber längere Zeit in Anspruch, als vorgesehen war, und warten, bis sie fertig ist, würde die Veröffentlichung der restlichen Bände der englischen Ausgabe hinausschieben. Die Herausgeber glauben deshalb, dass sie im Interesse der

Die Gewerkschaftsbewegung und die Kriegsfrage  
=====

Der vor einigen Monaten gegründete "Centre syndical d'action contre la guerre" hielt am 4. und 5. Juni in Paris eine Nationalkonferenz ab, auf der etwa 150 Teilnehmer anwesend waren. Dem Organisationsbericht zufolge zählt der "Centre" bisher 3 200 Einzelmitglieder, die sich in der Hauptsache auf die Gewerkschaften der Postler, Lehrer, Metallarbeiter, Techniker und Beamte verteilen; etwa 30 lokale gewerkschaftliche Organisationen gehören dem "Centre" als Kollektivmitglieder an. Die Konferenz nahm eine Resolution über die Organisation und ein Manifest an. In der ersteren wird erklärt:

"Der 'Centre syndical d'action contre la guerre' ist keine fraktionelle Gruppierung. Ihm können sich Mitglieder der CGT anschliessen, die gegen den Krieg und die 'union sacrée' zu wirken wünschen."

In dem Manifest heisst es u. a.:

"Die Mitglieder des 'Centre syndical d'action contre la guerre' ... verpflichten sich, in ihrem Kampfe auf gewerkschaftlichem Gebiet weder zu ruhen noch zu rasten, indem sie eine direkte und beständige Aktion gegen ihre beiden natuerlichen Gegner, den Staat und das Unternehmertum, fuehren und indem sie immer fuer friedliche Loesungen in allen Konfliktsfaellen, was sie auch immer sein moegen, einzutreten fuer uns ist der Krieg nicht unvermeidlich. Er kann nicht ohne ein Minimum an Zustimmung der Voelker stattfinden. Es ist immer moeglich, den Frieden zu sichern, und man kann fuer alle internationalen Probleme eine vernuenftige Loesung finden. Es genuegt dafuer, dass die Arbeiterklasse die Wahrheit fordert und die Regierungen zu einer Politik des Verstaendnisses, der Verhandlungen, der Verstaendigung und der materiel- len und moralischen Abruestung zwingt ...

... Der 'Cercle syndical d'action contre la guerre' beschliesst, im Lande eine starke und beharrliche Aktion zugunsten einer Politik des Friedens einzuleiten mit dem Ziel, das Stattfinden einer europaeischen Konferenz zu erreichen, die den Auftrag haette, zu verwirklichen:

1. Die Revision oder die Aufhebung der noch existierenden Klauseln der Vertraege von 1919 ...
2. Eine vernuenftige Neuverteilung der Rohstoffe und des Reichtums in der Welt, die zum Leben notwendig sind.
3. Die foederative Organisation Europas, deren wesentliche Voraussetzung die Annaeherung der Voelker und insbesondere des deutschen und des fran- zoesischen Volkes ist.
4. Den sofortigen Stillstand des Wettruestens ... "

Das Manifest fordert ausserdem, dass die Arbeiter, um den Krieg zu verhin- dern, den Praeventivgeneralstreik und alle Mittel der direkten Aktion, die in ihrer Macht liegen, anwenden.

Das hier zitierte Manifest zeigt, dass der "Centre" eine Politik einschlaegt mit der es nicht moeglich ist, einen wirksamen Widerstand der Arbel- termassen gegen den Burgfrieden und den imperialistischen Krieg zu orga- nisieren. Diese Politik laeuft vielmehr praktisch darauf hinaus, das Prole- tariat in den Dienst bestimmter imperialistischer Kombinationen zu stellen, welche wie alle imperialistischen Kombinationen schliesslich auch zum im- perialistischen Krieg fuehren muessen.

Statt den Imperialismus und dem imperialistischen Krieg die Loesungen der proletarischen Revolution entgegenzustellen, greift das Manifest auf die



Gedankengaenge des buergerlichen Pazifismus zurueck, der die Sicherung des Friedens von Abkommen zwischen den kapitalistischen Regierungen erwartet. Dass die Rezepte des buergerlichen Pazifismus nicht geeignet sind, den Frieden wirklich zu sichern, das haben wir insbesondere seit 1918 wiederholt beobachten koennen. Heute ist zudem die Lage so, dass diese buergerlich-pazifistischen Losungen, soweit sie nicht voellig utopisch sind, praktisch auf eine Verstaendigung zwischen den demokratischen und den faschistischen Imperialisten auf Kosten der internationalen Arbeiterklasse, auf Kosten der spanischen Revolution, auf Kosten der SU hinauslaufen, - auf eine Politik, wie sie in England von Chamberlain und Halifax betrieben und in Frankreich von Flandin offen befuehrt und auch von der Regierung von Zeit zu Zeit immer wieder, wie z.B. gegenueber Italien, versucht wird. In der Tat bedeutet eine Revision der Friedensvertraege von 1919, die nicht durch die internationale proletarische Revolution erfolgt, eine Revision dieser Vertraege zugunsten von Hitler und Mussolini. Eine "Neuverteilung der Rohstoffe" durch eine Konferenz imperialistischer Regierungen wuerde nichts anderes heissen als eine Beruecksichtigung der Kolonialforderungen der Nazis. Dagegen ist die Abruestung im Rahmen des Kapitalismus heute mehr denn je eine Utopie. Was den Praeventivgeneralstreik zur Verhinderung des Krieges anbelangt, so ist er eine alte anarchistische Idee, die heute ebenso unrichtig ist wie zu der Zeit, als sie zuerst auftauchte. Den Generalstreik auf die Zeit des Kriegsausbruchs anzusetzen, heisst die Arbeiterklasse nicht auf die notwendige und moegliche Aktion einzustellen, die heute und morgen gefuehrt werden muss, sondern ihr zu versprechen, dass eines schoenen Tages ein Wundermittel angewandt werden werde, um den Krieg zu verhindern. Dabei zeigt jede gruendliche Ueberlegung und auch die Erfahrung von 1914, dass gerade der Augenblick des Kriegsausbruchs die allergeringsten Chancen fuer die erfolgreiche Durchfuehrung eines Generalstreiks bietet.

Die Ablehnung der Propaganda, die fuer den imperialistischen Krieg unter der Flagge der Verteidigung der Demokratie betrieben wird, darf nicht dazu fuehren, dass man, wie es der "Centre" tut, sich ungewollt in das Fahrwasser einer anderen imperialistischen Methode begibt, die darauf beruht, imperialistische Schachergeschaefte mit den faschistischen Maechten anzustreben, welche Schachergeschaefte auch ihrerseits die imperialistische Kriegsgefahr foerdern. Die eine imperialistische Methode muss von der Arbeiterklasse ebenso abgelehnt und bekaempft werden wie die andere. Die Arbeiterklasse muss als selbstaendige Klassenkraft auf den Plan treten. In der Tat ist auch kein wirksamer Kampf gegen den Burgfrieden mit den imperialistischen Regierungen moeglich, wenn man, wie der "Centre", erwartet, dass der Weltfriede durch eine Aktion der imperialistischen Regierungen herbeifuehrt werden koenne.

Es ist notwendig, dahin zu wirken, dass die Gegner des imperialistischen Krieges und des Burgfriedens innerhalb der CGT sich zu revolutionaerer Klarheit durchringen und dass in ihren Reihen Auffassungen ueberwunden werden, die in der Sache nicht einen Gegensatz zum Sozialimperialismus, sondern nur eine Abart des Sozialimperialismus darstellen.

#### "Demokratische" Rohstoffe fuer die faschistische Aufruestung

Die Zeitschrift "Monde Libre" veroeffentlichte vor kurzem folgende aufschlussreiche Darstellung der Verteilung der wichtigsten Rohstoffe auf die einzelnen Laender:

**E i s e n :** Von der Weltproduktion entfallen auf die Vereinigten Staaten 30 Prozent, auf Frankreich 21,5 Prozent, auf die S.U. 16 Prozent, auf Schweden 11,1 Prozent, auf das Britische Weltreich 10,5 Prozent, auf Deutschland 4 Prozent und auf Jta lien 0,5 Prozent

**K o h l e :** Von der Weltproduktion liefern die Vereinigten Staaten 35 Proz.

das Britische Weltreich 23 Prozent, die SU 10 Prozent, Frankreich 3,8 Prozent, Deutschland 12,5 Prozent, Japan 3,3 Prozent, Italien 0,6 Prozent.

**K a u t s c h u k** : Von der Weltproduktion liefern rund 92 Prozent das Britische Weltreich, die holländischen und die französischen Kolonien.

**E r d ö l** : Von der Weltproduktion stammen von den Vereinigten Staaten 62 Prozent, von der SU 11,5 Prozent, von Deutschland und von Italien null Prozent.

**B a u m w o l l e** : Von der Weltproduktion stammen 88 Prozent aus dem Britischen Weltreich, den Vereinigten Staaten, der SU und China.

**G o l d** : In der Weltproduktion marschieren die Vereinigten Staaten, die SU und das Britische Weltreich an der Spitze; auf Deutschland entfallen 0,1 Prozent, auf Italien 0,4 Prozent.

Diese Uebersicht zeigt, dass die demokratischen Länder, wenn sie wollten, die Möglichkeit hätten, durch die Sperrung der Ausfuhr der kriegswichtigen Rohstoffe nach den faschistischen Staaten, den letzteren die materielle Basis ihrer Kriegspolitik zu zerstören. In Wirklichkeit jedoch ermöglichen die demokratischen Länder durch ihre Kriegsstofflieferungen an die faschistischen Staaten erst deren Kriegsabenteuer. Das beleuchtet in drastischer Weise ein Artikel von J.G. Forrest in der "New York Times" vom 24. April 1938, der die Rohstoffnöte Japans behandelt. Dort heisst es:

"Japan hat sich mehr und mehr an die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Holland und Frankreich wegen der Rohstoffe anlehnen müssen. Diese Nationen liefern fast 75 % der Rohstoffe, die von Japan verwendet werden, davon entfallen auf die Vereinigten Staaten und Grossbritannien 62 Prozent".

Forrest schildert dann im einzelnen Japans Rohstoffbedürfnisse. An Petroleum produziert es nur 10 % dessen, was es in Friedenszeiten braucht, an Eisen nur 35 Prozent seines normalen Bedarfs und führt ein Drittel aus den Vereinigten Staaten ein. Japan ist einer der grössten Abnehmer von Abfalleisen in den Vereinigten Staaten seit Mitte 1935. Es tätigt seine jährlichen Einkäufe an Baumwolle halb in den Vereinigten Staaten und halb in Indien. Grossbritannien liefert 85 Prozent der Wolle, die Japan braucht. Bauxit, das für die Herstellung von Aluminium gebraucht wird und für den Flugzeugbau wichtig ist, kommt zum Teil aus Holland, in der Hauptsache aber aus Kanada, das 71 Prozent des japanischen Bedarfs an Bauxit liefert.

Erwähnen wir schliesslich noch die Mitteilungen, die der Pariser Metallarbeiter Walter auf der Pfingstkonferenz des "Centre syndical d'action contre la guerre" machte. Nach Walter werden in den Betrieben Gnome-et-Rhône 45 Stunden wöchentlich gearbeitet um Flugzeugmotoren herzustellen, die für Hitlerdeutschland bestimmt sind.

Diese Tatsachen liefern wieder einmal den Beweis dafür, dass die Bourgeoisie der demokratischen Länder und die der faschistischen Staaten Teile eines Ganzen, nämlich der kapitalistischen Weltwirtschaft, des Weltkapitalismus sind. Deshalb kann die Arbeiterklasse der demokratischen Staaten Aktionen, die die Verhinderung der Ausfuhr von kriegswichtigen Rohstoffen nach den faschistischen Ländern, nicht im Bündnis mit ihrer eigenen Bourgeoisie organisieren; sie muss sie vielmehr als selbständige Klassenaktion führen, ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der "demokratischen" Kapitalisten zu nehmen.

-----



## Wirtschaftsautonomismus als erster Schritt

Das einer Initiative Rossés entsprungene "Comité de Vigilance et d'action économique" hat jetzt durch einstimmige Entscheidungen beider Generalräte des Elsass die Unterstützung aller parlamentarischen Parteien, von den Staliniisten bis zu den Elzianern, gefunden. Beide Generalräte haben eine ganze Reihe von Forderungen erhoben und der Generalrat des Haut-Rhin hat sogar die Beteiligung an einer zu schaffenden "Société anonyme de crédit à l'industrie alsacienne" beschlossen, dafür 200.000 Franken bewilligt und den Klerikoa autonomisten Josef Rossé als Vertreter des Departements in den Aufsichtsrat bestimmt.

Die Aufgabe des erwähnten Comité, dessen Aktion jetzt die Unterstützung der Generalräte und Parteien gefunden hat, sollte nach den ursprünglichen und von Rossé keineswegs aufgegebenen Absichten der Kampf gegen Paris und gegen die Assimilation der elsässischen Wirtschaftszweige sein. Gleichzeitig sollte damit ein Druck auf die Staatsgewalt ausgeübt werden, um die Sonderwünsche der elsässischen industriellen Bourgeoisie, sowohl in der Richtung der Begünstigung der elsässischen Industrie gegenüber der innerfranzösischen Industrie, als auch in bezug auf die Ausgestaltung der Handelsverträge mit den Nachbarländern zugunsten der elsässischen Industrie wirksamer anzumelden. Daneben aber sollte die auf dieser Basis von Rossé erstrebte "Einheitsfront" des elsässischen Volkes auch ein politisches Kampfinstrument für die von ihm verfochtenen politischen Ziele sein; ein Mittel zur Förderung einer elsässischen Burgfriedens-Stimmung, einer dem Autonomismus günstigen Atmosphäre, die von den materiellen Interessen der elsässischen Bourgeoisie ausgehend, das elsässische Volk als Ganzes gegen Paris mobilisiert und so auch einen wirksamen Blitzableiter für die aus der Misere des Kapitalismus resultierende soziale Unzufriedenheit der Werktätigen schafft. Die Rossé und Konsorten hofften auf diesem Wege auch ihren Plänen einer imperialistischen deutsch-französischen Verständigung auf Kosten der Sowjetunion wirksamen Beistand zu verleihen und die Autonomisten rechneten damit aus der ganzen Aktion ebenfalls Kapital für ihre durchaus prodeutsche, dem Hitlerimperialismus dienende Propaganda zu schlagen.

Die Volksfront hat sich anfangs geäußert auf die Rossé'sche Gründung einzugehen. Später aber hat sie eine Wendung vollzogen und ist dem genannten Comité beigetreten. Die radikalsozialistische "Republique" beglückwünscht sich zu dieser Entscheidung und meint, dass der Rossé'sche Einfluss und seine politischen Aspirationen bedeutungslos geworden seien. Das bedeutet natürlich eine Übertreibung, was Rossé's Delegation in den Aufsichtsrat der zu gründenden Bank zeigt, zum ändern handelt es sich für die Arbeiterklasse nicht um Rossé, sondern um die Bourgeoisie, die mittels dieser Aktion ihre Interessen mit Hilfe einer alle Parteien umfassenden Einheitsfront durchsetzen will. Die Volksfrontparteien haben infolge ihrer politischen Position, der zufolge sie als die entschiedensten Verfechter des Allgemeininteresses des französischen Imperialismus im Elsass auftreten auch die Fähigkeit und den Willen verloren, ein konkretes soziales und wirtschaftliches Not- und Rettungsprogramm zu formulieren, das diktiert von den Interessen der Werktätigen und ausgerichtet auf die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus, den sozialen und wirtschaftlichen Kurpfuschereien der regional orientierten Bourgeoisie entgegengesetzt und zum Ausgangspunkt einer ausserparlamentarischen Massenbewegung gemacht werden kann. So haben es denn die Volksfrontparteien vorgezogen, sich auf den von Rossé fixierten Kampfboden zur angeblichen Rettung der elsässischen Wirtschaft zu stellen, und damit die autonomistische Note in dieser bourgeoisen Aktion zurückzudrängen und darüber zu wachen, dass sie in den Grenzen des sogenannten nationalen Interesses und der Landesverteidigung

bleibt. Es ist aber ohne weiteres klar, dass eine ganze Reihe von Massnahmen, wie die Rückverlegung der Generaldirektion der Kaliminen, Steuer- und Frachtvergünstigungen, Subventionen zur Finanzierung der industriellen Ausrüstung und der Neueinrichtung von Industrien, bei dem chronischen Finanzdallas der Staatskasse und der Organisierung und Placierung der Industrien unter dem Gesichtspunkt einer kriegerischen Auseinandersetzung, im Rahmen der Grundlinie der Politik der "union nationale", nur auf Kosten der Werktätigen realisiert werden können. Es ist bezeichnend, dass die Vertreter der reformistischen Arbeiterparteien, die doch sonst die Theorie der Kaufkraft, als das grosse Rezept zur Heilung der Wirtschaftskrise darbieten, mit keinem Wort von dieser Seite an die Behebung der Wirtschaftskrise herantreten. Noch bezeichnender aber ist, dass sie sich einer Politik der faktischen Subvertionierung der Industrieritter anschlossen, ohne auch nur die Frage der Arbeiterkontrolle der Produktion und der Banken aufzurollen. Für die Kapitalisten, die nach ihren eigenen Erklärungen den aus den Knochen der Proletarier geschundenen Mehrwert nicht einmal in beschränktem Umfange zur technischen Vervollkommnung ihrer Betriebe verwandten, die ihr Heil in erster Linie in der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und selbst in der absoluten Verlängerung des Arbeitstages sahen, - für diese Herren soll die Arbeiterklasse jetzt eintreten, damit sie Gratifikationen und Vergünstigungen auf Kosten der Masse der Steuerzahler bekommen. Nicht einmal eine Inventuraufnahme bei den Bank- und Industrieherrn unter der Kontrolle der Organe der Arbeiter haben die Arbeitervertreter gefordert. Nein, neue Bankgründungen auf Kosten der Steuerzahler und mit Herrn Rosse als Vertreter im Aufsichtsrat, das sind die Objekte, denen die Vertreter der Arbeiterparteien ihre Sanktion erteilten und an deren Schöpfung sie mitarbeiten. Ihr Interesse konzentriert sich nur auf die nationalen Belange, die der Arbeiter sind ihnen offenbar nur ein Objekt agitatorischer Demagogie. Sie werden bald merken, dass selbst ihre nationalen Belange dabei schlecht wegkommen und der Hitlerfreundliche Autonomismus Vorteil aus der mit Sanktion der Volksfront geschaffenen elsässischen Einheitsfront, für eine wirtschaftliche Sonderstellung der elsässischen Wirtschaft im Rahmen der französischen Gesamtwirtschaft, ziehen wird.

Die Arbeiterklasse und alle Werktätigen dürfen auf dem Gebiete der Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht ihre Fahne einrollen und ihre selbständige und unabhängige Aktion aufgeben. Sie dürfen nicht als gehorsamer Tross hinter ihrer Bourgeoisie einhertrotten. Sie müssen, gerade in einer Zeit, wo die grundlegenden Gebrechen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung offen zutage treten, ihre eigene Fahne, ihr eigenes Programm und ihre eigene Rettungsaktion breit entfalten.

-----  
Die "Säuberung" der Fussnoten

-----  
(Fortsetzung von Seite 5)

englischen Leser handeln, wenn sie sich im Einverständnis mit dem Marx-Engels-Lenin-Institut entschliessen, die Anmerkungen aus den restlichen Bänden wegzulassen."

Kann man sich ein schmälicheres Bekenntnis des moralischen und ideologischen Bankrotts denken? Unter dem Willkürregime der stalinistischen Reaktion ist die Geschichte der russischen Revolution in einem solchen Masse neugeschrieben und gefälscht worden, dass die Anmerkungen der russischen Ausgabe von 1933 bereits auf dem Index stehen. Überdies sind die stalinistischen journalistischen Prostituierten, die die Anmerkungen besorgen, so verwirrt, dass sie die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit betrachten und sich entschlossen haben, überhaupt keine Anmerkungen zu schreiben, deren Platz leer, aber dafür sicher zu lassen. Welch ein treffendes Symbol für den Stalinismus - die Abdankung von Wissen, Vernunft und selbst Denken in dem furchtbaren Schatten der Jeschowschen GPU.

Verantwortlich: Emile Hirtzel